REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 343 · 3.6.1992

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 53 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Experiment gescheitert, jedoch kein Ende des ak (Erklärung der RedakteurInnen der Mehrheit)
2. Gegen die Herrschende Weltordnung! Gemeinsam gegen den Weltwirtschaftsgipfel "92
3. Lebenslänglich für antifaschistischen Widerstand. Die zweite Verfolgung des Gerhard Bögelein
4. "Jedes Gebäude über dem Friedhof ..." Zu den Auseinandersetzungen um den jüdischen Friedhof in Hamburg-Ottensen
5. Die Kreise schließen sich - vom 2. ins 4. Reich. Zum Urteil gegen die Antifaschisten Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn
6. Europäische Normalität? Nach den Wahlen in Frankreich, Italien und Deutschland
7. "Täglich eine linke, radikale Zeitung" - Kommentar zu Broders Interview mit Schönhuber in der "taz"
8. Berliner Bezirkswahlen: Geteilte Stadt
9. Die Westfront in der Geschichtsrevision Ein Denkmal für "Bomber-Harris"
10. Zwischen Widerstand und Knetmasse von Wolfgang Gehrke
11. Dunkelgrün mit braunem Einschlag Kleines Portrait des Ökofaschismus
12. Verteidigung oder Kollaboration? "Telegraph" wirft Gysi Mandantenverrat bei der Verteidigung Bahros vor - Claudia Gohde
13. Briefe von Bernhard Rosenkötter, Ali Jansen, Michael Dietiker zur RAF Erklärung
14. Krankheit wird zum Druckmittel Die haftunfähigen Gefangenen warten immer noch auf ihre Entlassung
15. Dokumentation des Aufrufs zur Demonstration für die Freilassung der politischen Gefangenen, 20.6.92
16. "wir sind in einer phase des übergangs"
17. "Jede Lebensäußerung wird registriert." Beitrag von Rolf Heißler auf der Demo zur Freilassung von Bernd Rössner
18. Alle 40 müssen raus! Interview im Lübecker Knast mit Hanna Krabbe, Christine Kuby, Irmgard Möller und Gabriele Rollnick
19. "Freiheitskämpfer" auf Eroberungstour. Kroatien und Bosnien-Herzegowina
20. Thailand: Mit Handtelefon zur Demo
21. Euskadi im Jahr 1992 Harte Schläge und die alten Probleme
22. Aufstandsbekämpfung in Euskadi durch Auslieferungen - der Roten Hilfe Berlin
23. Paul Merker und die Juden (DDR-Kulturpolitik, Teil 3)
24. Skandal Columbus (Teil 2): Die amerikanischen Kulturen vor der Eroberung
25. Der Konsul und sein Entführer - (k)ein brasilianisches Märchen
26. Ein Grund mehr zum Sterben. Cholera in Brasilien
27. Schluß mit der Blockade! Bericht vom Cuba-Kongreß in Bonn
28. Die Angst vor einem schwarzen Planeten. Nachträge zu den Riots in den USA. von Günther Jacob
29. Afghanistan: Zurück in die Zukunft
30. Die schreckliche Heiterkeit Richard Stahlmanns. - Über eine Figur in Peter Weiss" "Ästhetik des Widerstands"
31. Musealisierung des Sozialismus. Russische Anvantgarde in der Frankfurter Schirn von Michael Barg und Verena Krieger
32. "Bitte keine Sentimentalitäten" Marlene Dietrich: Mythos gegen Mythos von Regina Behrendt
33. Islam: Das altneue Feindbild
34. Volxküche und Volksgemeinschaft Die feinen Analysen der Gruppe K
35. Was uns Adorno eigentlich sagen wollte. Entgegnung J. Bruhns auf den Artikel "Vom Elend der Ideologiekritik" (AK 341)
36. Tod eines Fischers. Nachruf auf Thies Kätner
37. Der "Dach-AK" vor dem Ende? Rechenschaftsbericht der Gruppe K über ihre AK-Arbeit und ein Ausblick auf die Zukunft des AK

38. Juskowiak und die Schwedenplatte. Wenn Deutsche zum Fußball nach Schweden fahren - Dietrich Schulze-Marmeling
39. Quelldatei 09.htm
40. Quelldatei 28.htm
41. "... dem Militärischen endgültig abschwören"
42. Quelldatei 39.htm
43. Sieger unter sich
44. Sozialismus im Museum
45. Kroatische Aggression und deutsches Interesse
46. Ende des Dach-AK
47. Euskadi - Ein Hindernis auf dem Weg der EG-Angleichung
48. Freilassung sofort!
49. Deutschland tobt
50. Feindbild Islam
51. Paul Merker und die Juden
52. Nicht die schwarze, sondern die weiße Gewalt ist das Problem!
53. Schreckliche Heiterkeit

1. Experiment gescheitert, jedoch kein Ende des ak (Erklärung der RedakteurInnen der Mehrheit)

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:43

Die Herausgabe des ak in gemeinsamer Verantwortung durch die aus dem 1991 aufgelösten Kommunistischen Bund hervorgegangenen Gruppen Mehrheit und Gruppe K war auf ein Jahr befristet. Sie war angelegt als ein Versuch; insofern ist bei Ablauf (Juli 1992) zu prüfen, ob eine Fortsetzung möglich, sinnvoll und gewollt ist.

Die Gruppe der Mehrheit hat auf einer Versammlung am 23.5.92 über die Erfahrungen diskutiert und folgenden Entscheidung herausdiskutiert.

1. In einer Fortsetzung des Dach-ak, d.h. an einer gemeinsam verantworteten publizistischen Tätigkeit, wird von der Mehrheit kein Sinn gesehen.

2. Die Gruppe K wird gebeten, einer Nichterneuerung des vor einem Jahr geschlossenen Vertrages zuzustimmen.

3. Falls die Gruppe K einer solchen Aufhebungsvereinbarung nicht zustimmen sollte, soll sie aufgefordert werden, positiv darzulegen, welchen Sinn eine gemeinsame Publizistik nach den Erfahrungen des vergangenen Jahres haben soll.

Als Begründung wurde angeführt, daß der ak in der jetzigen Form keine gemeinsam erarbeitete und diskutierte Publizistik sei, sondern das reine Additiv zweier völlig unabhängig voneinander und kontrovers zueinander arbeitenden Gruppen. Weder gibt es einen Ansatz gemeinsamer redaktioneller Arbeit, noch einen konstruktiven Bezug aufeinander, und es gibt keinerlei Anzeichen, daß sich dies in Zukunft ändern würde. Statt dessen durchzieht die Auseinandersetzung vor allem die Abgrenzung, nicht der Wille, gemeinsame neue Erfahrungen und Kenntnisse zu gewinnen und gemeinsam Politikfelder zu entwickeln. Dies trifft selbstverständlich nicht auf alle Arbeiten zu, aber auf die Teile, die die größten Differenzen beinhalten. Ein solcher Zustand sollte unserer Ansicht nach möglichst schnell beendet werden, wobei dafür gegenwärtig, gerade auch aufgrund der noch so kurz zurückliegenden gemeinsamen Organisationsvergangenheit, keine Aussichten innerhalb eines gemeinsamen Projektes gesehen werden. Die Beendigung der gemeinsamen Herausgeberschaft geschieht nicht in der Absicht, die von der Gruppe K behandelten Themen und vertretenen Positionen aus der Zeitung herauszuhalten.

Die Fortsetzung des Projekts ak durch die Mehrheit ist in jedem Fall gesichert. Es wird dann nicht die gleiche Zeitung sein wie in den vergangenen zehn Monaten, jedoch eine, die eine Traditionslinie des alten ak fortsetzen wird, ohne daß wir uns damit als "einzig legitime" Nachfolgegruppe bezeichnen wollen..

Die in dieser Ausgabe erscheinende Bilanz der RedakteurInnen der Gruppe K ist uns vor Drucklegung nicht bekannt gewesen, so daß wir in dieser Hinsicht den gleichen Stand haben wie die LeserInnen. Eine ausführlichere Darlegung unserer Überlegungen wird in der nächsten Ausgabe erscheinen.

Die RedakteurInnen der Mehrheit

(Hinweis: Eine Bilanz der RedakteurInnen der Gruppe K auf Seite 39)

2. Gegen die Herrschende Weltordnung! Gemeinsam gegen den Weltwirtschaftsgipfel "92

Gemeinsam gegen den Weltwirtschaftsgipfel '92 in München

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:37

Die Machthaber der sieben mächtigsten Staaten der Erde (USA, Kanada, Japan, Großbritannien, Frankreich, Italien und die Bundesrepublik) versammeln sich vom 6. bis 8. Juli zum sogenannte Weltwirtschaftsgipfel in München. Vom 3. bis 5. Juli findet ein Internationaler Kongreß gegen den "Weltwirtschaftsgipfel" ebenfalls in München statt. Am 4. Juli wird es eine Großdemonstration geben. Vom 6. bis 8. Juli, während des Gipfels, sind Aktionstage in München geplant.

Der "Weltwirtschaftsgipfel" findet vor dem Hintergrund von mehr als 500 Jahren kolonialer Barbarei statt. Er findet statt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, er findet statt nach dem Golfkrieg. Er findet statt in einer - nach Einverleibung der DDR und durch die neue deutsche Weltmachtposition - größeren Bundesrepublik . Allein der Titel "Weltwirtschaftsgipfel" ist pure Arroganz, als wären diese sieben Staaten schon die Welt. Aber er zeigt auch die realen Machtverhältnisse, schließlich beherrschen die Konzerne und Banken aus diesen Ländern tatsächlich die Weltwirtschaft und damit die Weltordnung.

Auf nach München!

Mehr als 60 Gruppen,Verbände und Organisationen aus der gesamten Bundesrepublik haben sich für eine starke Mobilisierung nach München entschieden, um gegen die Politik der G7-Staaten zu protestieren. Auf mehreren bundesweiten Treffen wurde ein Konzept für München diskutiert und verabschiedet (1).

Der Internationale Kongreß findet vom 3. bis 5.7.92 in der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München, Hauptgebäude, Geschwister-Scholl-Platz 1, statt. Er beginnt am Freitag, den 3.7.92 um 18 Uhr mit einer Eröffnungsveranstaltung zum Thema "Die neue Weltordnung, Entwicklung in Osteuropa, Rolle der BRD".

Am Sonnabend wird ab 9 Uhr in Foren diskutiert werden, die mittags wegen der Teilnahme an der Demonstration unterbrochen werden. Nach Beendigung der Demo sollen die Foren am Nachmittag ab 17 Uhr fortgesetzt werden. Am Sonntagmorgen treffen sich die Foren nochmal. Der Kongreß soll am Mittag mit der Diskussion und Verabschiedung einer Abschlußerklärung beendet werden.

Unter dem Motto: "Für eine Welt ohne Hunger, Verfolgung, soziale Ungerechtigkeit und Krieg!" sollen in sieben Foren folgende Themen diskutiert werden:

Forum 1: 500 Jahre Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand. In diesem Jahr jährt sich zum 500. mal die Eroberung des amerikanischen Kontinents durch weiße, europäische Kolonialisten. Die Herrschenden nehmen dieses Datum zum Anlaß, die Geschichte und Gegenwart des Kolonialismus zu verherrlichen. Das halbe Jahrtausend Kolonialgeschichte endet nicht zufällig mit der Vollendung des EG-Binnenmarktes, durch den neokoloniale Verhältnisse festgeschrieben werden und die Ausplünderung der "3. Welt" fortgesetzt wird.

Das Forum soll das Thema der bis heute anhaltenden Ausbeutung und Unterdrückung von Asien, Afrika und Amerika mit der Frage nach unseren Verständnis von Menschenrechten, Demokratie und Emanzipation verbinden.

Forum 2: Migration - Rassismus. Auf der Straße und in den Institutionen wittern alte und neue Rassisten und Faschisten Morgenluft. Große Teile der deutschen Gesellschaft formieren sich zu einem aggressiven Block auf völkisch-rassistischer Grundlage. Die nicht erst seit Hoyerswerda laufende Welle brutalster Angriffe auf Flüchtlinge ist noch nicht vorbei, da schicken sich die Regierungsparteien an, die Stimmung weiter anzuheizen. Durch die Änderung der Verfassung will die Bundesregierung zum Vorreiter der Abschottung der "Festung Europa" gegen die vom Westen in die Flucht getriebenen Menschen werden.

In mehreren Arbeitsgruppen sollen Themen wie: Fluchtursachen und Schließung der europäischen Grenzen für Flüchtlinge, Rassismus und Dominanzkultur, Sexismus und Rassismus sowie Fragen zur Bevölkerungspolitik behandelt werden.

Forum 3: Ökologie. Nur widerwillig haben die Herrschenden die Existenz globaler Umweltzerstörung anerkannt. Nun herrscht Beredsamkeit und Einigkeit über Probleme wie Ozonloch und Treibhauseffekt, denn als Schuldige haben sie andere ausgemacht: Es gibt zu viele Arme auf der Welt. Eine ihrer "Lösungen": Großflächige bevölkerungspolitische Programme wie die massenhaften Zwangssterilisationen von Frauen auf Puerto Rico.

Im Forum soll anhand von drei Themen diskutiert werden:

1. Ökoimperialismus, Grünhelme am Beispiel von Kurdistan

2. Feindbild Mensch, Gentechnologie, Bevölkerungspolitik

3. Perspektiven und Widerstand

Forum 4: Herrschaftssicherung und Rüstungspolitik. Die Versuche, eigene Wege aus Abhängigkeit und Unterentwicklung zu suchen, sind bisher zumeist gescheitert. Ausschlaggebend sind die Abhängigkeit vom Weltmarkt und seinen Instrumenten IWF und Weltbank sowie die militärische Überlegenheit der führenden Industrienationen und deren Bereitschaft, diese rücksichtslos einzusetzen. Die Blutspur zieht sich von Algerien und Vietnam, über Angola und Nicaragua, Chile, Zaire bis hin zu Panama, Kurdistan und dem Krieg am Golf. Die Bundeswehr plant am Grundgesetz vorbei weltweite Einsätze zur "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und der Sicherung des Zugangs zu strategisch wichtigen Rohstoffen", um damit weltweit als Europapolizist auftreten zu können. Trotz des Zerfalls des Warschauer Paktes wird nicht ab-, sondern umgerüstet auf High-Tech Waffen, internationale Eingreiftruppen, weltweite Programme zur Aufstandsbekämpfung.

Im Forum geht es in Arbeitsgruppen um die neuen NATO-Strategien, die Einrichtung von Schnellen Eingreiftruppen, UNO-Blauhelme, die Planungen der WEU um die bundesdeutsche Debatte zur Grundgesetzänderung in Richtung von "out of area"-Einsätzen der Bundeswehr.

Forum 5: Osteuropa und GUS. Der Münchner Gipfel tagt vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der neuen deutschen Weltmachtposition. Die Bundesrepublik hat mit der Einverleibung der DDR das Startsignal zur Neuaufteilung Europas gegeben. Das Ziel ist die Verwandlung Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion in den Hinterhof Westeuropas unter deutscher Vorherrschaft, ähnlich wie es der US-Imperialismus mit Lateinamerika vorexerziert hat. Hauptthema in München werden die ökonomische und politische Aufteilung Osteuropas sein, sowie die Auslandsschulden der GUS und ihre weitere Integration in den kapitalistischen Weltmarkt.

In vier Arbeitsgruppen sollen folgende Themen behandelt werden:

1. Soziale und ökologische Probleme Osteuropas

2. Nationalitätenkonflikte und Staatenaufbau

3. Weltwirtschaftliche Integration der osteuropäischen Länder und der ehemaligen SU, die Rolle von G7, OECD und EG

4. Rolle der BRD in Osteuropa

Forum 6: Frauen. Weltweit ist der Alltag von Frauen von patriarchalen Unterdrückungsstrukturen geprägt. Die Referentinnen aus der sogenannten Dritten Welt, Osteuropa und der Bundesrepublik sollen die unterschiedlichen Strategien und bevölkerungspolitischen Maßnahmen darstellen, die Frauen an einem selbstbestimmten Leben hindern. Es soll die Verbindung von Bevölkerungspolitik und Wirtschaftsinteressen, Rassismus, Militarismus, Entwicklungsfragen und Frauenalltag hergestellt werden. In einem zweiten Schritt sind Möglichkeiten aufzuzeigen, wie Frauen sich bevölkerungspolitischen Maßnahmen widersetzen, die nicht das Wohl der einzelnen Frau ins Zentrum ihrer Überlegungen stellen, und wie sich die Frauen dabei gegenseitig unterstützen können.

Forum 7: Weltwirtschaft. Die Regeln der Weltwirtschaft werden von den Banken und Konzernen der G7-Staaten und ihren transnationalen Strukturen beherrscht. Nur wenigen der ehemaligen Kolonien ist es gelungen, eine Produktion aufzubauen, die den Bedürfnissen der eigenen Bevölkerung gerecht wird.

Im Forum wird die unterschiedliche Rolle der verschiedenen Gremien wie IWF, Weltbank, G7, OECD usw. dargestellt und erläutert sowie die Frage der Schuldenkrise (Haltung der G7-Staaten dazu) behandelt. Außerdem werden die GATT-Verhandlungen näher unter die Lupe genommen.

Zu dem Kongreß soll ein Textreader und ein detailliertes Programm erscheinen. Diese Unterlagen und weitere Informationen zur Demo und den Aktionstagen können über den Münchner Koordinationskreis gegen den Weltwirtschaftsgipfel, Holzstr.2, 8000 München 5, Tel. 089/26 81 23, Fax. 089/260 35 13 bezogen werden.

hk, gruppe k

Anmerkungen:

1) Unterstützt werden die Demonstration, der Kongreß und die Aktionstage u.a. vom Münchner Bündnis gegen den WWG, Münchner Friedensbüro, Münchner Friedensbündnis, AK WWG München, DKP Parteivorstand, SDAJ Bundesvorstand, Autonomes Zentrum Saarbrücken, Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, Nord-Süd-Forum Nürnberg, Deutsche Pfadfindergesellschaft, Kurdistan-Komitee BRD, Medico international e.V., Ökumenische Initiative eine Welt, BUKO Kampangnenkoordinierungsausschuß, Jungdemokraten NRW, Pax Christi, Rhein-Main-Koordination 500 Jahre, Devrimci Sol Gücler, Infobüro Nicaragua Wuppertal, Münchner Frauenkoordination, DFG-VK München und Bayern, bundesweite Koordination linksradikaler Gruppen, VSP, PDS, terre des hommes AG München, Inprekorr, Juso-Unterbezirk München, Fachschaft Mathe/Physik LMU München, Gesellschaft für bedrohte Völker München, IG Medien Jugend, Mütter gegen Atomkraft München, Ökologische Linke München, Radikale Linke München, Öko-Bank, Stadtratte - Münchner Stadtzeitung und vielen anderen.

3. Lebenslänglich für antifaschistischen Widerstand. Die zweite Verfolgung des Gerhard Bögelein

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:38

Im Prozeß gegen Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn (siehe ak 340 und 342) sind am 18. Mai die Urteile verkündet worden: Freispruch für Karl Kielhorn aber lebenslänglich für Gerhard Bögelein.

Der seit Dezember 1990 trotz schwer angeschlagener Gesundheit und Medikamentenabhängigkeit in Untersuchungshaft gefangene Gerhard Bögelein (69) wurde von der 22. Strafkammer des Hamburger Oberlandesgerichtes unter Vorsitz von Diethelm Erdmann für schuldig befunden, 1947 den NS-Militärrichter Erich Kallmerten ermordet zu haben. Dieses Urteil ist ein weiterer Schritt auf dem traditionsreichen Weg bundesdeutscher Geschichtsfälschung. Gerächt und somit auch gerechtfertigt werden die Täter, verurteilt - nun auch juristisch - wird der aktive antifaschistische Widerstand.

Der Täter als Opfer im Sinne der Anklage

Kallmerten war NS-Militärrichter an der Ostfront. Der Oberstabsrichter war in der 132. Division tätig und gleichzeitig den Richtern sämtlicher 30 Divisionen der berüchtigten "Kurland Armeegruppe" übergeordnet. Er unterzeichnete die Todesurteile für diesen Bereich. Mindestens 176 Todesurteile gegen Deutsche, Russen, Esten, Letten und Litauer hatte er zu verantworten.

Wie der Moskauer Germanist und Historiker Professor Brodski der taz (3.4.92) berichtete, war die "Kurland Armeegruppe" im August 44 schon vollständig von der Roten Armee eingekesselt. Hitler und Generaloberst Schörner (Kommandeur im "Kurland") hatten beschlossen, die Soldaten bis zum letzte Mann ihrem Schicksal zu überlassen. Das "Nationalkomitee Freies Deutschland" entsandte 33 diplomatische Kuriere mit einen Kapitulationsangebot an Schörner, das von dem in sowjetischer Gefangenschaft befindlichen Feldmarschall Paulus (1) und anderen hohen deutschen Offizieren unterstützt wurde. Eine Antwort erfolgte niemals. Das sinnlose Gemetzel wurde noch acht Monate fortgesetzt. Alle Parlamentäre, die ankamen und ihren Auftrag erfüllen konnten, wurden in Erich Kallmertens Verantwortungsbereich hingerichtet.

1992, im Hamburger Prozeß, standen jedoch die durch den NS-Unrechtsstaat legitimierten Massenmorde nicht zur Debatte oder gar vor Gericht. Der Versuch, die Rolle der NS-Militärjustiz zu dokumentieren, wurde kurz und bündig vereitelt. Richter Erdmann erklärte den Antrag der Verteidigung, Fritz Wüllner als sachverständigen Zeugen zur Militärjustiz aufzurufen, schlicht für überflüssig. Zusammen mit Manfred Messerschmidt hatte Wüllner 1987 die erste gründliche Darstellung der Militärjustiz im "Dritten Reich" vorgelegt (2).

An dieser Stelle hätte die Tatsache von über 20.000 Todesurteilen durch die Militärjustiz Beachtung finden müssen. Werden die Todesurteile der Militärrichter gegen die Zivilbevölkerung mitgerechnet, muß man eher von einer Zahl von über 50.000 Todesurteilen ausgehen, von denen ca. 65% ausgeführt worden sind. Eine Schreckensbilanz, die, was die Anzahl der Opfer betrifft, die der Sondergerichte und des Volksgerichtshofs noch übersteigt.

Die Wirklichkeit dieser totgeschwiegenen Opfer blieb im Hamburger Prozeß nur am Rande erwähnt. Richter Erdmann beschränkte sich darauf, das im Herbst '91 ausgesprochene Urteil des Bundessozialgerichtes zu zitieren, wonach erstmals der Witwe eines hingerichteten Deserteurs eine Hinterbliebenenrente zugestanden worden war. In diesem Urteil, das sich wohlgemerkt auf Entschädigungs- beziehungsweise Rentenzahlungen bezieht, wird zwar von Unrechtsurteilen der Militärjustiz gesprochen; das bedeutet aber noch lange nicht die juristische Rehabilitation aller Opfer oder die strafrechtliche Verfolgung der Täter (3).

In der Prozeßführung waren keine nennenswerten Bemühungen zu erkennen, die Vorwürfe gegen den Militärrichter Kallmerten zu prüfen. In den Plädoyers und der Urteilsbegründung werden die gegen ihn erhobenen Vorwürfe als nicht nachprüfbar verworfen. Lediglich zu Gunsten des Angeklagten sei anzunehmen - so Richter Erdmann - er (Bögelein) habe davon ausgehen können, daß Kallmerten Urteile gefällt habe, die an "Zweckmäßigkeit im Sinne nationalsozialistischer Ziele" ausgerichtet gewesen seien. Diese Sprache spricht Bände. Kallmerten galt und gilt als unbescholten.

In ganz anderer Weise aber wurde über Kallmerten in seiner Rolle als Opfer "dieses ruchlosen Gewaltverbrechens" gesprochen. Der Ankläger, Oberstaatsanwalt Duhn, folgte mit solchen Formulierungen fast buchstabengetreu den Vorgaben des Untersuchungsrichters Steckel, der in den 50er Jahren die Ermittlungen für die Erstauflage dieses Prozesses geführt hatte (s. ak 340). Während der sechs Verhandlungsmonate wurde die immer gleiche Schilderung der Tötung Kallmertens - die niemand bezeugt hatte - geradezu zwanghaft wiederholt. Allein in der Urteilsbegründung geschah dies dreimal.

Der Deserteur und Überläufer auf der Anklagebank

Gerhard Bögelein hatte sich auf dem Hintergrund seiner Deutsch-Nationalen Erziehung freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet. Seine idealisierte Vorstellung zerbrach an der Kriegswirklichkeit. Nach drei Jahren Wehrmacht - unter anderem war er bei der Partisanenbekämpfung in Jugoslawien eingesetzt - beschloß er zu desertieren und zur Roten Armee überzulaufen, um sich bewaffnet dem antifaschistischen Widerstand anzuschließen. Noch bevor er desertieren konnte, widersetzte er sich seinem Vorgesetzten, als er an einem Erschießungskommando teilnehmen sollte, wurde verurteilt und kam anschließend in ein Feldstrafgefangenenlager in Estland.

Sein erster Fluchtversuch wurde verraten. Er wurde von der Feldpolizei gefoltert und kam als Minenleger nach Opotschka. Bei einem zweiten Fluchtversuch fiel er einem faschistischen Partisanenjagdkommando in die Hände und wurde zum Tode verurteilt. Erst sein dritter Fluchtversuch im Juni 44 gelang. Er lief zur Roten Armee über. Dort war er ab August 44 in einer Spionage-Abwehr Abteilung tätig. Er wurde dazu ausgebildet, zielgerichtet Kundschaftertätigkeit im Hinterland der Faschisten durchzuführen. Am 8. März sprang er zusammen mit einem Funker im Samland ab. Die Gruppe wurde verraten, geriet in Gefangenschaft, wurde von der Gestapo verhört und Bögelein wurde am 9. April - als 21 jähriger - von einem NS-Militärgericht zum Tode verurteilt. In allerletzter Minute gelang der Gruppe die Flucht und sie erreichten in den Wirren der letzten Kriegstage die Linien der Roten Armee. Später wurde er mit der Aufgabe betraut, Kriegsverbrecher aufzuspüren und zu verhören. Dies war auch im Kriegsgefangenenlager Klaipeda/Litauen seine Aufgabe. Für einen Deserteur und Überläufer ein typischer Lebenslauf.

Im Verlauf des Hamburger Prozesses aber wurde immer wieder versucht, Gerhard Bögelein als unglaubwürdigen, verwirrten und anmaßenden Spinner zu diffamieren. Als er von sich sagte, er wäre damals sehr mutig gewesen, wurde ihm das als Geltungssucht ausgelegt. Monatelang wurden Zeugenaussagen verlesen, in denen Gerhard Bögelein im NS-Jargon geschildert wurde: Deserteure waren "minderwertige Psychophaten, kriminelle, Versager und Feiglinge, tierisch, instinkthaft, Schädlinge - vor allem aber verlogene Verräter". Ohne Einspruch wurde diese braune Soße über Gerhard Bögelein ausgekippt.

Diese Zeugenaussagen stammen aus den Ermittlungsakten des Untersuchungsrichters Steckel. Steckel hatte seine Tätigkeit als Staatsanwalt am Sondergericht im damaligen Königsberg und am Volksgerichtshof in Potsdam vertuscht und konnte seine Gesinnungsarbeit nach einer kurzen Pause in Hamburg fortsetzen. Deutlich fand dieser Hintergrund seinen Niederschlag im Prozeßverlauf. Staatsanwalt Duhn, Steckel-Schüler in den 60er Jahren, distanzierte sich nicht von seinem Lehrer. Er bezeichnete Gerhard Bögelein in seinem Plädoyer als "psychopathisch erscheinend, aber voll schuldfähig". Er sprach von "sogenannten Kriegs- und Naziverbrechen" und "Herrn Dr. Kallmerten".

Alle Versuche Gerhard Bögeleins, sich dieser Flut entgegen zu stellen, wurden unterminiert. Wenn er sich dem Vorwurf, er sei im Lager ein gekaufter Spitzel gewesen, dadurch zu erwehren suchte, daß er darauf beharrte, ganz offiziell für den NKWD gearbeitet zu haben, so wirkte das eher noch strafverschärfend. Wenn er sich an die ganzen Umstände um den Tod Kallmertens nicht mehr so genau erinnern konnte und dies damit begründete, daß ihm das alles nicht so wichtig gewesen sei, es habe in jener Zeit so viele Tote gegeben, dann wurde ihm dies als kaltblütiger Zynismus ausgelegt. Mit Unterstützung der Presse - bis hin zur taz - war man sich einig, bei dem Angeklagten handele es sich um eine unglaubwürdige, nicht ernstzunehmende Persönlichkeit. Im Verlauf der Verhandlung verstummte Gerhard Bögelein resigniert.

Die Tochter des Täters als Nebenklägerin

Die Tochter des NS-Richters Kallmerten, Frau Sackmann-Schäfer, hat als Nebenklägerin eine von Richtern, Staatsanwalt, Verteidigung, als auch einem Teil der Öffentlichkeit und der Presse mit Lob und Anerkennung

aufgenommene Erklärung abgegeben. Nicht Rachsucht, sondern eine an der Wahrheit orientierte Haltung hätten ihr Verhalten in diesem Prozeß gekennzeichnet.

Die Rolle als Nebenklägerin hatte sie, wie sie erklärte, übernommen, um mehr über ihren Vater, den sie als 10jährige zum letzten Mal gesehen hatte, zu erfahren. Ihre von christlichem Humanismus geprägte Erklärung beendete sie mit dem Zitat aus dem Brecht-Gedicht an die Nachgeborenen. Mit Rücksicht auf die Gefühle der Tochter verzichteten die Verteidiger darauf, die Rolle des Kriegsrichters näher zu untersuchen.

Das wirft ein Schlaglicht auf den psychologischen Hintergrund, vor dem die gegenwärtige Geschichtsfälschung betrieben wird. Das Dilemma der zweiten Generation besteht darin, mit der Schuld der Eltern leben zu müssen. Der Widerstreit zwischen Anklage und Verteidigung der Eltern muß ausgehalten werden. Statt dessen wird immer wieder versucht, durch Versöhnung endlich Frieden zu finden. Alle sind ein bißchen Opfer und ein bißchen Täter. Schließlich hätten ja damals zwei totalitäre Regime gegenübergestanden und der Einzelne wäre Zwängen ausgesetzt gewesen, die wir heute nicht mehr nachvollziehen könnten. Rot ist gleich braun, aber damit haben wir ja heute nichts mehr zu tun. Es ginge darum, heute Verantwortung zu übernehmen.

Die Annexion des Antifaschismus-Begriffes

Während sich der erste Prozeß in den 50er Jahren (in Abwesenheit von Kielhorn und Bögelein) noch als Prozeß gegen die Antifa darstellte, hat man sich jetzt in den 90er Jahren auf einen Antifaschismus-Begriff geeinigt, der seines antikapitalistischen Inhaltes beraubt ist. Er ist degeneriert zu einer pazifistisch-humanistischen Haltung, die auch jene einnehmen können, die sich als Mitläufer schuldig gemacht haben. Der Hitler-Faschismus wird als Unfall in der deutschen Geschichte dargestellt, dem alle "guten Deutschen" zum Opfer gefallen seien. Die Kontinuitäten werden verschleiert. Das ist nichts neues, neu ist, daß Kontinuitäten hergestellt werden, wo es sie nicht gibt. Der Widerstand wird dem Hitler-Faschismus gleichgesetzt. Damit wird nicht nur der DDR-Antifaschismus deligitimiert, sondern jeder Widerstand, der das Gewaltmonopol des kapitalistischen Staates in Frage stellt.

Im Sinne dieser Gleichsetzung von Faschismus und antifaschistischem Widerstand wird im Moment auf allen Ebenen viel unternommen: KZ-Gedenkstätten werden "ergänzt". Neben den deutschen Verbrechen an der Menschheit soll das Unrecht des Stalinismus dokumentiert werden. Die Relativierung der NS-Verbrechen hatte bereits in den 70er Jahren stattgefunden. Die Debatte um die Verjährung von NS-Verbrechen war durch die Aufhebung der Verjährung von Mord beendet worden. Dadurch wurde der einfache Mord den NS-Massenmorden juristisch gleichgesetzt. Auf dieser Grundlage konnte der Prozeß gegen Karl Kielhorn und Gerhard Bögelein überhaupt nur stattfinden.

Die Doppelmoral der Gleichsetzungskampagne findet auch in der zweiten Verurteilung Gerhard Bögeleins ihren Ausdruck. Das Urteil des sowjetischen Militärgerichtes 1947 (4) gegen Gerhard Bögelein wurde ignoriert. Seine jetzige Verurteilung gilt nach Auffassung des Hamburger Gerichtes nicht als Doppelverurteilung, da die erste nicht in Deutschland erfolgt ist. Die Kompetenz der sowjetischen Militärjustiz wird einfach nicht anerkannt.

Rot ist brauner als braun

Um die Gleichsetzung von Faschismus und antifaschistischem Widerstand durchführen zu können, muß das eine freigesprochen, das andere aber kriminalisiert werden. So stehen die vier Hauptpersonen des Hamburger Prozesses am Ende da: Neben dem Freispruch von Karl Kielhorn, dessen sonstige antifaschistischen Taten verjährt sind, gibt es noch zwei weitere faktische Freisprüche. Die NS-Täter Kurt Steckel und Erich Kallmerten galten und gelten noch immer als juristisch unbescholten. Gerhard Bögelein, der Deserteur, Überläufer und Widerstandskämpfer ist ein zweimal zum Tode und einmal zu lebenslang Verurteilter, denn die Todesurteile der NS-Militärjustiz gegen ihn wurden niemals aufgehoben.

Gerhard Bögelein ist mutiger gewesen, als die überwiegende Mehrheit der Deutschen. Sich dem Konformitätsdruck zu entziehen, dazu gehörte viel Mut und persönliche Stärke, vor allem aber die Fähigkeit, das Unrecht des NS-Angriffskrieges zu erkennen. Die BRD-Justiz hat nicht das Recht, ihn anzuklagen und zu verurteilen. Niemand hat das Recht, Gerhard Bögelein zu entwürdigen und zu isolieren. Er hat getan, was alle hätten tun müssen. Das Urteil gegen ihn trifft uns alle.

Ortrud, Prozeßgruppe

Anmerkungen:

1) Paulus war Kommandeur der 6. Armee, die, vor Stalingrad 1942 eingekesselt, weitgehend aufgerieben gegen Hitlers Anordnung in Gefangenschaft geführt worden war.

2) Die Wehrmachtsjustiz im Dienste des Nationalsozialismus - Zerstörung einer Legende. Nomos Verlag Baden-Baden, 365 Seiten.

3) Von den etwa 3.000 Militärrichtern ist nur ein einziger verurteilt worden. 1948 wurde Adolf Holzwig, der noch nach dem 8. Mai 1945 drei Matrosen wegen Fahnenflucht hat hinrichten lassen, vom Hamburger Landgericht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Er wurde dann allerdings doch noch freigesprochen, nachdem der Bundesgerichtshof in einem Grundsatzurteil von 1952 festgestellt hatte, daß ein Richter sich nur bei bewußter Rechtsbeugung strafbar gemacht hat.

4) Gerhard Bögelein war 1947, gleich nach der Tötung Kallmertens, von einem sowjetischen Kriegsgericht wegen Beteiligung am Totschlag zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden. Über den damaligen Prozeß ist kaum etwas bekannt geworden, da das Gericht den Antrag der Verteidigung auf Ziehung der vollständigen Akten abgelehnt hat.

Eine Ungeheuerlichkeit ist geschehen! Das Landgericht Hamburg hat am 18.5.92 den aufrechten Antifaschisten Gerhard Bögelein wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt. Zur gleichen Strafe, wie sie der faschistische Massenmörder, SS-Oberscharführer Josef Schwammberger am gleichen Tag in Stuttgart erhalten hat. Diese Gleichstellung stellt in meinen Augen eine Perversion dar. Ich bin der festen Überzeugung, daß Gerhard Bögelein die ihm vorgeworfene Tat nicht begangen hat, und daher ist er meiner Meinung zu Unrecht verurteilt worden.

Hiermit schließe ich mich voll dem Protest der antifaschistischen Kräfte Hamburgs an: Freiheit und sofortige Freilassung von Gerhard Bögelein!

Hamburg, den 23.5.92

Karl Kielhorn, PDS.

4. "Jedes Gebäude über dem Friedhof ..." Zu den Auseinandersetzungen um den jüdischen Friedhof in Hamburg-Ottensen

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Juden in der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:45

"Jedes Gebäude über dem Friedhof wird ein Schandmal für die deutsche Regierung sein." (Itzhak Kolitz, 21. Mai 1992)

Zu den Auseinandersetzungen um den jüdischen Friedhof in Hamburg-Ottensen

Eine Woche lang (28.4.-4.5.) setzten der Hamburger Senat, die Polizei und die Investorenfirma auf offene Eskalation der Auseinandersetzung um den jüdischen Friedhof in Hamburg-Ottensen gegen die orthodoxen Juden. Wissentlich und willentlich billigte der Senat antisemitische Reaktionen und produzierte durch dieses Szenario die Bilder, die angeblich nicht um die Welt gehen sollten, da sie dem vielbeschworenen liberalen Ruf der Hansestadt schadeten. Die Baufirma, Büll & Liedtke, nutzte die Zeitspanne, um Tatsachen zu schaffen durch den Abtransport von "Bauschutt" und durch Aufreißen der Erde unter dem gesprengten Bunkerplatz.

Am 4.5. verkündeten die Investoren einen überraschenden Baustop auf dem Friedhofsgelände, um, public relations lassen grüßen, Oberrabbiner Itzhak Kolitz aus Jerusalem die Gelegenheit zu geben, eine Stellungnahme zur Frage der Bebauung abzugeben. Kolitz flog nach Hamburg, besah das Gelände und sprach mit den "Konfliktparteien", kehrte nach Israel zurück und faxte nun sein Urteil (s. Dokumentation auf dieser Seite): Eine Umbettung ist ausgeschlossen, die Bebauung wird nicht verhindert werden können, jedoch darf nicht ausgeschachtet werden. Der Hamburger Senat und die Bundesregierung haben sich geweigert, einen klaren Beschluß zur Auslösung des Friedhofs zu fällen und somit die Überbauung zu verhindern. "Jedes Gebäude über dem Friedhof wird ein Schandmal für die deutsche Regierung sein".

In ersten Reaktionen erkennt die Baufirma das Urteil des von ihnen eingeladenen Gutachters nicht an, der Senat besteht auf dem Bau des Einkaufszentrums und beginnt nach einigen Tagen Verhandlungen mit den Investoren und der Jüdischen Gemeinde, der Baustop hält an und in dem Teil der Öffentlichkeit, die sich die liberale nennt, wird kaum auf die veränderte Lage reagiert. Dabei zeigt sich jetzt nochmals in aller Deutlichkeit, daß eine politische Klärung erreicht werden muß, indem anerkannt wird, daß es sich um ein deutsches Problem handelt und nichtjüdische ZuschauerInnen dieses seit Monaten andauernden Geschehens aktiv für den Erhalt des Friedhofs und gegen den ansteigenden Antisemitismus Stellung beziehen müssen.

Die Stellungnahme von Oberrabbiner Itzhak Kolitz, die klar die Verantwortlichen für die entstandene Lage benennt, wurde in der Presse überwiegend selektiv zitiert, nach dem Motto: Bebauung ja, Umbettung nein (oder im heimatlichen Dialekt: "Bauen ja - buddeln nein"). Das Hauptinteresse der Medien bestand darin, aufzuzeigen, welche Baumöglichkeiten für den Investor wohl denkbar seien und ob ein Kompromiß in Sicht sei.

Am Tag nach dem Urteil des Rabbiners erschienen die zwei großen Hamburger Tageszeitungen, die Morgenpost und das Abendblatt, mit Leitkommentaren, die beide, in großer Sorge um Deutschlands Ansehen in der Welt, ein politisches Eingreifen forderten. Unter der Titelzeile "Jetzt ist der Senat gefragt" stellte das Hamburger Abendblatt vom 22.5.92 fest: "Wieviel Porzellan im deutsch-jüdischen Zusammenleben muß eigentlich noch zerschlagen werden, bevor sich endlich einmal diejenigen äußern, die in der Lage wären, einen Schlußstrich unter dieses unerfreuliche Kapitel zu ziehen? Wo ist der Senat? Wo ist Bürgermeister Voscherau?" - Und die MoPo: "(...) das Spiel auf Zeit ist vorbei. Für Henning Voscherau und Helmut Kohl. Denn in Jerusalem blickt man auf Hamburg und Bonn: ‚Jedes Gebäude über diesem Friedhof wird ein Schandmal für die deutsche Regierung sein.` Die Gräber von Ottensen müssen Kabinettsache werden. In Bonn amtiert der Rechtsnachfolger von 1942, dort werden die großen Schritte der Versöhnung mit Israel gegangen, dort liegen auch die Gelder, die unter dem trostlosen Titel Wiedergutmachung verwaltet werden." Abschließend wird der Verdacht geäußert, "Staat und Parteien haben die Fehlentscheidung getroffen, unter dem Druck von Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus zu lavieren."

Erste Reaktionen

Zuerst reagierte Büll&Liedtke, noch am Nachmittag des 21.5.92, mit einer Pressemitteilung. Die Firma werde nach deutschem Recht wie geplant bauen. Das Votum des Rabbiners, mit dessen Einholung sie sich schmückten, paßt ihnen nicht.

Der Senat meldete sich einen Tag später zu Wort; Senator Dr. Thomas Mirow, Chef der Hamburger Senatskanzlei, sprach von einer neuen Lage, die durch die Erklärung von Kolitz entstanden sei und "erstmals einen Kompromiß erreichbar erscheinen läßt". Er kündigte Gespräche des Bürgermeisters Henning Voscherau mit dem Vorstand der Jüdischen Gemeinde, Landesrabbiner Levinson und dem Grundstückseigentümer an. Ziel sei es, die "Möglichkeiten zu erörtern, die es für eine Verwirklichung der Bauabsichten des Investors im jetzt aufgezeigten Rahmen gibt."

Der Vorstand der Jüdischen Gemeinde in Hamburg bestätigte dem Landesrabbiner Prof. Dr. Levinson, der sich in einem Gutachten für die Umbettung der Gräber ausgesprochen hatte, die erteilte Vollmacht in vollem Umfang. "Da der Eigentümer erklärt hat, daß er sein Bauvorhaben fortführen wird, hat der Landesrabbiner einen israelischen Experten beauftragt, die Bauarbeiten zu beaufsichtigen."

Die GAL und die Bundesarbeitsgemeinschaft "kritischer Polizistinnen und Polizisten" forderten, das Baugelände in eine Gedenkstätte zu verwandeln. Die AG sprach sich gegen den Einsatz von PolizistInnen im Rahmen des "Konfliktes" aus.

Für die orthodoxen Juden wurde bisher in den Medien nur Aaron Gärtner erwähnt: "Auch wenn es für Hamburgs Ansehen nicht gut ist, daß auf dem Friedhof gebaut wird: Wir könnten diese Lösung akzeptieren." (HA, 22.5.92)

Für den Zentralrat der Juden in Deutschland hat Heinz Galinski erneut eine Erklärung abgegeben. Zu den zwei Aspekten, den Vermögenswerten auf der einen und dem unantastbaren Respekt vor der Totenruhe auf der anderen Seite, sei ein drittes Element hinzugekommen: "der Wert des friedlichen Zusammenlebens von Juden und Nichtjuden in diesem Lande. (...) Andererseits muß darauf hingewiesen werden - was in der Hitze der Auseinandersetzung beinahe in Vergessenheit geraten ist -, daß die Wurzel des Übels in der ursprünglichen Schändung des Friedhofs durch Nationalsozialisten zu suchen ist, und daß diesbezüglich die nichtjüdische Seite zur Übernahme der moralischen Verantwortung ohne Rücksicht auf trockene Gesetzesinterpretationen aufgerufen ist. Als Ergebnis der Betrachtungen appelliert der Zentralrat der Juden in Deutschland dringendst an alle Beteiligten, einen konstruktiven Ausweg aus der Situation zu suchen und zu finden, um die bereits entstandenen Spannungen nicht weiter zu eskalieren und jenen politischen Kräften nicht ungewollt Hilfe zu leisten, die ohnehin in unserer Gesellschaft in der letzten Zeit alarmierenden Zulauf erhalten." (Allgemeine Jüdische Wochenzeitung - AJW vom 28.5.92)

In den Tagen nach dem Schiedsspruch behielt Büll&Liedtke den Stop der Bauarbeiten auf dem Friedhofsgelände bei. Die Absperrgitter stehen einsatzbereit herum, keine PolizistInnen sind zu sehen, vereinzelt kommen orthodoxe Juden direkt ans Baugelände.

Polizeiliche Fahndung

Parallel dazu hat der Landespolizeidirektor, Krappen, in einem Fernschreiben an alle Dienststellen die BeamtInnen aufgefordert, "ab sofort Erkenntnisse über Anreise und Aufenthalt von orthodoxen Juden in Hamburg dem Lagedienst der FD 5 unverzüglich" mitzuteilen. Datum des Fernschreibens ist der Freitag, einen Tag nach dem Eintreffen des Gutachtens von Itzhak Kolitz in Hamburg. Innensenator Hackmann hatte Krappen vorher genauestens über die neue Lage informiert, trotzdem (oder gerade deswegen) wurde diese "präventive" Fahndungsmaßnahme im Stil einer Generalüberwachung, der verdeckten Observierung, angewiesen. "Man habe potentielle Demonstranten rechtzeitig über den neuesten Stand unterrichten wollen, damit es nicht ‚unnötig zu Auseinandersetzungen kommt`".

Krappen gibt zu, daß das Fernschreiben "etwas unglücklich sei, und bei kritischer Betrachtung den Anschein erwecken könne, wir wollten Juden observieren". Unglücklich formuliert, mißverständlich, unsensibel - meinen diese Beamten. Sie erwähnen nicht, daß die Maßnahme außerdem illegal ist: selbst nach ihrem vielbeschworenen deutschen Recht, nach dem gezielte Aufklärung nur Beamte mit besonderem Auftrag durchführen dürfen, d.h. bei sogenannter Gefahrenabwehr oder Strafverfolgung.

Die GAL fordert personelle Konsequenzen, die VVN/BdA hat eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die verantwortlichen Beamten, insbesondere Krappen, eingereicht, daß die Weisung des Fernschreibens sofort aufzuheben sei. Am Montag, dem 25.5., zog die Polizeiführung die Aufforderung zurück.

Neue Phase eröffnet

Durch die Stellungnahme von Oberrabbiner Itzhak Kolitz wird nochmals deutlich, daß der "Konflikt" um den jüdischen Friedhof kein innerjüdischer Religionsstreit ist, wie seit Monaten vom Hamburger Senat und den Medien behauptet. Es ist durch sie eine Situation entstanden, in der noch offensichtlicher geworden ist, daß dies ein Problem der Deutschen ist, das politisch geklärt werden muß und nicht gelöst werden kann im Sinne des Schlußstrichs, des Ein-Für-Alle-Mal. Kolitz stellt einfach fest, daß sowohl der Senat als auch die Bundesregierung, als die Verantwortlichen, sich geweigert haben, "den klaren Beschluß zu fassen, diesen von den Nazis geschändeten Ort auszulösen, um ihn in einen Ort des Gedenkens zu verwandeln, ihn zu pflegen und so eine Bebauung zu verhindern, wie das bei jedem anderen jüdischen Friedhof der Welt üblich ist." Damit ist das Problem vollständig an die Verantwortlichen zurückgegeben.

Die Regierung der Hansestadt, die durch den Empfang von Itzhak Kolitz, das Bürgermeistergespräch im Rathaus und den entsprechenden Medienrummel ihr liberales Image aufmotzen wollte, hat dieses Urteil wohl nicht erwartet. Der vom Senat, der Baufirma und den Medien betriebene Aufbau des Oberrabbiners aus Jerusalem zur entscheidenden Schlichtungsinstanz hat es Voscherau und seinen Mitarbeitern nochmals ermöglicht, sich nicht politisch eindeutig äußern zu müssen. Zur Zeit ist diese Taktik unmöglich geworden: sie müssen verhandeln, egal ob sie das Urteil akzeptieren oder nicht. Wie Itzhak Kolitz nach der Medienkampagne nach seinem Urteilsspruch behandelt wurde, verdeutlicht, wie fadenscheinig und verlogen das tolerante Gerede war, sich dem Beschluß des Rabbiners beugen zu wollen.

Senatspolitik

In der Zeit zwischen dem Besuch von Kolitz und seinem Urteilsspruch haben verschiedene Gruppen und Einzelpersonen bei Voscherau interveniert, unter anderem das Auschwitz-Komitee und eine Gruppe Hamburger StudentInnen. In der Erklärung des Auschwitz-Komitees heißt es: " (...) Wir wenden uns an Sie mit der Aufforderung, endlich in die Auseinandersetzung um den jüdischen Friedhof politisch einzugreifen. Der Konflikt ist eine deutsche Angelegenheit. Die Chance, das Selbstverständliche zu tun und eine politisch tragbare Lösung zu finden, ist noch nicht vergeben." (AJW vom 21. Mai 1992) Flora Neumann, eine bekannte Hamburger Antifaschistin und Überlebende von Auschwitz: "Auch ich als nicht gläubige Jüdin finde, daß es die Pflicht der Deutschen ist, das jüdische Gesetz nicht einfach zu übergehen. Es müßte doch möglich sein in einer Demokratie mit Hilfe des Hamburger Senats und des sogenannten Amtes für Wiedergutmachung den jetzigen Grundbesitzer zu entschädigen, vielleicht mit einem anderen Bauplatz." (AJW vom 21. Mai 1992)

Immer wieder wird auf den ansteigenden Antisemitismus hingewiesen und die Aufforderung ausgesprochen, politisch zu intervenieren. Der einzige öffentliche Appell von Bürgermeister Voscherau stammt vom 22.4.1992, in dem von "quälerischen Auseinandersetzungen" die Rede ist und insbesondere die Demonstranten aufgefordert werden, "von schädlichen Aktionen abzulassen. Es darf kein weiterer Schaden für den inneren Frieden in unserem Lande entstehen! Es ist jetzt an der Zeit, sich zu besinnen und eine neuerliche Eskalation zu vermeiden, die unabsehbare Folgen haben könnte." Im gesamten Text taucht die Tatsache des Antisemitismus mit keinem Wort auf, die "ungeahnten Folgen", die entstehen könnten, werden von den Demonstranten, den orthodoxen Juden verursacht, ganz nach dem antisemitischen Denkmuster, die Juden seien selbst schuld am Antisemitismus.

Kein einziges Mal haben Voscherau oder andere Regierungsmitglieder im Laufe dieser Auseinandersetzung öffentlich gegen den Antisemitismus Stellung bezogen, geschweige denn sich vor die Jüdinnen und Juden gestellt, die eben diesen Angriffen ausgesetzt sind. Der Verdacht drängt sich auf, daß hier durch Nichtbenennung des Problems vermieden werden soll, es als existent anzuerkennen und somit die Verantwortung dafür übernehmen zu müssen.

Die veröffentlichten Briefe und Stellungnahmen zeigen stattdessen das Bestreben, die orthodoxen Juden auszugrenzen, ihr Anliegen - der Erhalt des jüdischen Friedhofs - als unberechtigt darzustellen und die Antragsteller zu diffamieren. Die Einsätze der "besonders geschulten, sensibilisierten" PolizistInnen - ("Die Hamburger Polizei bemüht sich, vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und vor den verständlichen

religiösen Empfindungen bei ihrem Einschreiten mit allergrößter Sensibilität gemäß ihrem gesetzlichen Auftrag vorzugehen." Innensenator Hackmann) - die Strafverfahren, die Eskalationsstrategie vor dem Besuch von Kolitz, die zum Stadtthema wurde, die "judenfreie" Straße und die Stadtteilbelagerung durch die Polizei, nun das "Fahndungsmißgeschick" - all das produziert Antisemitismus und kalkuliert Antisemitismus mit ein. Diese direkte Einladung an eine Bevölkerung mit weitverbreiteten antisemitischen Ressentiments zeigt Wirkung, denn die TäterInnen können damit rechnen, nicht belangt zu werden.

Der Mythos der Verhandlungen, der "Gespräche mit allen Beteiligten", die gleichzeitige öffentliche Kriminalisierungsstrategie gegen die Orthodoxen dienen der Imagepflege des toleranten, aber auch zum Durchgreifen bereiten Hamburgs.

In den letzten Tagen wurde der Bürgermeister mehrfach in den Medien angegriffen. Er solle seinen neutralen Beobachterstatus aufgeben und endlich eingreifen. Dieser Status war nie neutral. Er war bestimmt von der "Gnade der späten Geburt", dem Prototyp des dynamischen sozialdemokratischen Technokraten, der durch nichts berührt wird und alle Probleme für organisatorisch und technisch bewältigbar hält, dem politischen Verwaltungsangestellten, der mit der Leerformel des "alle Beteiligten müssen zufriedengestellt werden" sich im deutschen Recht weiß und hofft, sich so unbeschadet aus der Sache raushalten zu können.

Schon allein diese Konstruktion zeigt die bewußte Negierung der Folgen der Vergangenheit, da auch die TäterInnen gleichberechtigt behandelt werden sollen, alle gleich seien - bei gleichzeitiger offensichtlicher Ungleichbehandlung. Die Propaganda des "besonders Schmerzlichen" (Mirow) der deutschen Betroffenheit dient als Ablenkungsmanöver, da die Lösung des Problems seit Beginn des "Konflikts" auf der Hand liegt: Rückgabe des Geländes in die Verfügung jüdischer Gruppen.

Die Bundesregierung

Von Anfang an haben die orthodoxen Juden immer wieder darauf hingewiesen, daß sie den Erhalt des jüdischen Friedhofs als eine Angelegenheit betrachten, die in den Bereich des Senats und der Bundesregierung fällt. Schon im Herbst 1991 blieben zahlreiche Versuche von jüdischen Organisationen, emigrierten Juden, Appelle aus dem In- und vor allen Dingen Ausland, sowohl an den Senat, die Hamburger Kulturbehörde, Bundeskanzler Kohl und Staatssekretär Dieter Kastrup ohne Erfolg. Der Appell von 34 Abgeordneten des US-Kongresses an Kohl im Februar 1992, den Neubau zu stoppen, führte zu nichts. Desgleichen eine Protestkundgebung vor der Deutschen Botschaft in London.

Am 6.5.1992 demonstrierten etwa 350 orthodoxe Juden aus Israel, den USA, Kanada, England., der Schweiz und Belgien vor dem Bundeskanzleramt in Bonn. Eine Delegation wurde von der Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth empfangen, der ranghöchsten deutschen Politikerin, die sich der Sache bisher angenommen hat. "Sie baten Parlament und Regierung, alles zu tun, um den 350 Jahre alten Friedhof zu retten". (AJW vom 14. Mai 1992) Frau Süßmuth sagte zu, das Anliegen nach Hamburg weiterzuleiten. Außer einer Kurznotiz in der Frankfurter Rundschau erschien keine Meldung in den nichtjüdischen Zeitungen.

Obwohl der "Konfliktfall" Ottensen inzwischen weltweit bekannt ist, läßt Regierungssprecher Dieter Vogel verlauten: "Die Bundesregierung kann sich mit derartigen Dingen nicht befassen, weil dies vordringlich eine Angelegenheit Hamburgs ist. Wenn Hamburg diesbezüglich an den Bund herantritt, wird man weitersehen". (Hamburger Morgenpost vom 5.5.92) Ganz im Sinne der Senatserklärung von Mirow vom 22.5.92: "Die Bundesregierung hat ihrerseits im übrigen ebenso kontinuierlich deutlich gemacht, daß sie keine eigene Verantwortung in dieser Angelegenheit sieht".

Die Investorenfirma

Büll&Liedtke, die das Gelände 1988 kauften (laut Hamburger Abendblatt vom 21. Mai 1992 für 14 oder 18 Mio. DM, davon 4 Mio. DM für das Grundstück), machten vor sechs Wochen das "Angebot" an die Juden, das Gelände für 50 Mio. DM zurückkaufen zu können.

Ihre oben genannte Pressemitteilung nach dem Gutachten Kolitz' beginnt mit der Feststellung: "In der Erklärung des Oberrabbiners Kolitz wird der wahre Sachverhalt um das ehemalige Friedhofsgelände in Ottensen unvollständig dargestellt, so daß sich ein verzerrtes Bild ergibt. Zunächst ist festzustellen, daß es sich bei dem Gelände nicht um einen intakten Friedhof handelt. Das Gelände ist auch in keiner Weise mehr als Friedhof zu erkennen." Dann folgen ausführliche Beschreibungen, die beweisen sollen, daß der Friedhof nicht

mehr existiere - seit den "frühen dreißiger Jahren", dem Bunkerbau mit Tiefausschachtung 1940/42, dem Verkauf des Geländes 1950/51 an den Hertiekonzern und den Baumaßnahmen im Erdreich bei der Errichtung des Kaufhauses. Der Nationalsozialismus wird mit keinem Wort erwähnt.

Dann folgt die bekannte Renommiertour, die Baugenehmigung enthalte die ausdrückliche Verpflichtung des Bauherrn, sich mit der jüdischen Gemeinde in Hamburg wegen der Umbettung der Gräber abzustimmen. Die Aufzählung der zur Umbettung bereiten "Konfliktparteien" darf nicht fehlen, genausowenig wie die Zuweisung der Außenseiterrolle an Athra Kadisha, die "lediglich eine Minderheit von weniger als 1% der Weltjuden" seien und selbst in Israel mit ihren Positionen keine Unterstützung fänden.

Alles ist rechtstaatlich, notariell beglaubigt und juristisch unanfechtbar. Also: "B&L wird das Bauvorhaben entsprechend den deutschen Gesetzen im Rahmen der Baugenehmigung und den darin enthaltenen Auflagen" durchführen.

Der Grund, warum diese Firma, nachdem sie "dem Chief-Rabbi von Jerusalem" die Gelegenheit gab, eine "religiöse, obergutachterliche Stellungnahme" abzugeben, sich an das Urteil nicht halten möchte, liegt auf der Hand. Würden tatsächlich die Konsequenzen des Urteils in die Bebauung miteinbezogen, so müßten die Baupläne neu geschrieben werden, ein neues Konzept her und das bedeutete immense Kosten. (Bei Beharren auf deutschem Recht und Unterstützung des Umbettungskonzeptes ergäben sich die Kosten für die Umbettungsmaßnahmen, die B&L ja anbot zu übernehmen.)

Außerdem hat die Firma die Idee, auf Tiefgarage und Ausschachtung zu verzichten, die Gebäude von einer alles versiegelnden Betonplatte aus hochzuziehen oder auf Stelzen zu bauen, schon vor Wochen strikt abgelehnt. Was im Moment bei den Gesprächen mit Bürgermeister Voscherau verhandelt werden soll, ist und bleibt bei dieser Ausgangslage unklar. Bisher hat der Senat bezüglich des Rückkaufs des Geländes aus Geldmitteln des arisierten Vermögens der reichsten Metropole Deutschlands keine Stellung bezogen.

Deutsche "Unfähigkeit"?

Unter dem Stichwort der "besonderen deutschen Verantwortung" wird seit Mitte der achtziger Jahre, stellvertretend vorexerziert durch Bundespräsident Richard von Weizsäcker, eine spezielle Variante der Spurenbeseitigung deutscher Geschichte betrieben. Die Basis der verschiedenen Strategien der "Vergangenheitsbewältigung" ist immer dieselbe - mit lebenden Menschen, gar Überlebenden, mit der real existierenden Bedrohung des Antisemitismus hat all das wenig zu tun. Seien es die nationalen Kampagnen für`s museale Erinnern, um endlich mit den aus dem Holocaust entstandenen Folgen der Geschichte für die Nachfolgegenerationen der TäterInnen abzuschließen, sei es die international wie national das deutsche Wesen aufmöbelnde Tour, sich der "Erinnerung" zu stellen - eben gerade nicht "die Schrecken der Vergangenheit zu leugnen" - um eben wegen dieser Vergangenheit als besonders geeignete Nation sich verantwortungsvoll um die (eigenen) Interessen in dieser Welt zu kümmern - sei es im Rahmen der EG, der UNO, der NATO oder wo auch immer.

Diese Art der aktiven "Erinnerungsarbeit", mit dem nötigen zerknirschten Ernst und der vertrauenserweckenden Pose wieder und wieder vorgetragen, ermöglicht die scheinbare Befreiung von dieser eigenen Geschichte als erklärtes Ziel der eigenen Anstrengungen und hat nichts mit dem Aus-der-Geschichte-nicht-lernen-können-oder-wollen zu tun. Sie ist ein bewußter, aktiver Prozeß der nationalen Standortbestimmung, wo Auschwitz geradezu notwendig erscheint, um die deutsche besondere Rolle weltweit zu begründen.

Der jahrelang geltenden These von der "Unfähigkeit zu trauern", mit der Generationen von Deutschen aufgeweckt wurden und begannen, sich mit dem Nationalsozialismus und dessen Kontinuität im Nachkriegsdeutschland zu beschäftigen, muß inzwischen eine Absage erteilt werden. Die Deutschen sind nicht unfähig sich ihrer Vergangenheit zu stellen, sie verdrängen nicht ihre Schuld, weil sie nicht anders können und sie akzeptieren gerne ihre "besondere Verantwortung". In den letzten Jahren beseitigen sie aktiv und öffentlich die Spuren dieser Geschichte und bekämpfen zunehmend die Forderungen der Überlebenden.

Ein "Recycling"-Prozeß, der darauf angelegt ist, wieder "stolz" in die Zukunft zu blicken.

O., ZF, Gruppe K Hamburg

Jerusalem, 16. April 1992

Lieber Herr Blumenfeld,

wir sind schockiert, sehr schockiert und beunruhigt über das, was wir gerade gehört haben - daß trotz all unserer Bitten, der Zerstörung des alten jüdischen Friedhofs Ottensen in Hamburg-Altona Einhalt zu gebieten, diese Pläne weiterverfolgt werden.

Ich gehöre zu der Generation, die den entsetzlichen Holocaust durchlitten hat. Aber wir versuchen, eine neue Seite in den Beziehungen zwischen dem jüdischen Volk und Deutschland aufzuschlagen.

Wir können einfach nicht begreifen, und es ist für uns unfaßlich, wie es möglich ist, daß so etwas geschehen kann. Reicht denn noch nicht, was schon während des Holocaust geschehen ist? Wie kann Deutschland es zulassen, daß die Ruhe derjenigen gestört wird, die in den vergangenen 300 Jahren dahingeschieden sind?

Sie machen sich keine Vorstellung von dem Sturm, den dies überall in der Welt ausgelöst hat. Bitte tun Sie alles, was in Ihren Kräften steht, um diese entsetzliche Zerstörung des Friedhofs in Hamburg-Altona zu beenden.

Ich warte darauf, von Ihnen zu hören - daß Sie diese Zeilen erhalten haben, daß Sie unsere Gefühle verstehen, und daß Sie Ihr Bestes tun werden, um zu verhindern, daß die unvergessenen, schrecklichen Erinnerungen an den Holocaust wieder heraufbeschworen werden, indem man die Ruhe der auf diesem Friedhof Beigesetzten stört.

Bitte lassen Sie mich wissen, was Sie in dieser Sache unternehmen werden. Aus ganzem Herzen appelliere ich an Sie: Bitte stoppen Sie die schreckliche Zerstörung dieses Friedhofs.

Mit freundlichen Grüßen

Menachem Porush

Stellvertretender Minister für Arbeit und Soziales

Quelle: Brief an Erik Blumenfeld, früherer Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und langjähriger CDU-Abgeordneter im Europa-Parlament aus: Die Welt, 7. Mai 1992

Stellungnahme des Oberrabiners

Itzhak Kolitz vom 21.5.92

Das Friedhofsgelände Ottensen in Altona ist von der jüdischen Gemeinde Hamburgs vor dreihundertsechsundzwanzig Jahren gekauft worden. Sie erwarb dort das Grundstück für einen Friedhof. Altona stand damals unter dänischer Herrschaft. Der Bodenerwerb führte zu ewiglichem Eigentum; nicht nur zum Besitz für einen befristeten Zeitraum. Die jüdische Gemeinde wollte eine Enteignung des Geländes niemals befürchten müssen. Über Jahrzehnte wurden auf diesem Friedhof fast viertausend Juden begraben.

Während des Zweiten Weltkriegs schändeten die Nazis den Friedhof und enteigneten ihn. Nach dem Krieg fielen die Eigentumsrechte an die britische Besatzungsmacht. Diese übergab den Friedhof an die damals in Hamburg bestehende jüdische Gemeinde.

Die jüdische Gemeinde betrachtete sich als den alleinigen Eigentümer des Friedhofs, nachdem sie ihn von den Briten erhalten hatte. Die Briten hatten ihn von den Nazis erobert. Die Nazis hatten sich gemäß dem Nazi-Gesetz zu den Eigentümern des jüdischen Friedhofs gemacht, nachdem sie ihn vorher enteignet hatten.

Vor etwa 42 Jahren verkaufte diese jüdische Gemeinde das Friedhofsgelände.

In jüngster Zeit kaufte eine Firma namens B & L das gesamte Grundstück, um dort Gebäude zu errichten und um in die Tiefe zu graben. Nach Angaben der Direktoren dieser Firma hätten sie beim Kauf des Geländes nicht gewußt, daß es sich um einen jüdischen Friedhof handelte. Und als ihnen das zu Ohren gekommen war, schlugen die Käufer vor, alle verbliebenen Gräber an jedweden Ort umzubetten, der ihnen genannt werde, um die Bau- und Ausschachtungsarbeiten nach Plan auszuführen.

An dieser Stelle müssen wir deutlich machen und mit aller Klarheit feststellen: weder eine private noch eine öffentliche Körperschaft hat das Recht, wie auch immer, einen Friedhof oder Teile davon in irgendeiner Weise zu verkaufen, zu übergeben oder abzutreten. Jeder Begrabene auf einem Friedhof erwarb sein Grab auf ewig. Ein Friedhof ist nicht veräußerbares Eigentum. Die darauf begrabenen Toten sind nicht herrenloses Gut.

Jene Gemeinde, die das Friedhofsgelände als Folge der Gesetze aus der Nazizeit - wie oben beschrieben - erhalten hat, ward nicht zum Eigentümer der geheiligten Stätte und zweifelsohne nicht zum Eigentümer der Begrabenen. Deshalb hat der Verkauf des Friedhofs durch die jüdische Gemeinde keine Gültigkeit. Der Verkauf ist widerrechtlich und ohne Verfügungsmacht geschehen.

Uns geht es nicht um eine juristische Diskussion über deutsche Gesetze. Nach den Gesetzen der jüdischen Religion jedoch war der Verkauf des Friedhofs durch die jüdische Gemeinde von vornherein null und nichtig.

Gewiß hätte sich die jüdische Gemeinde Hamburgs vor dem Zweiten Weltkrieg allein bei dem Gedanken entsetzt, einen Friedhof zu verkaufen. Nicht nur die großartigen jüdischen Gemeinden Hamburgs, sondern alle jüdischen Gemeinden in der Welt wären über eine derart schreckliche, niemals dagewesene Tat erschaudert: Einen Friedhof mitsamt der Gräber und den darin begrabenen Toten zu verkaufen.

Selbst das kommunistische Regime in Ostdeutschland sah das ein. Es annullierte den Verkauf eines Geländes in Ost-Berlin, auf dem Gräber lagen.

Wir sind jedenfalls dazu verpflichtet, die Würde der Toten zu hüten. Nach den jüdischen Gesetzen ist dies eine außerordentlich bedeutsame Sache. Die begrabenen Toten sind gewiß keine Gegenstände, die man kaufen kann oder mit denen man willkürlich umspringen darf.

Nach einem Besuch auf dem Friedhof und einer gründlichen Prüfung aller Probleme kamen wir zu folgendem Beschluß:

1. Wir verbieten, die Gräber oder das Erdreich des Friedhofs wegzuräumen, und sei es auch, daß man sie in das Land Israel brächte.

2. Wir verhindern nicht eine Bebauung über dem Friedhof, das heißt auf ihm. Doch es darf nicht ausgeschachtet werden.

3. Ein von uns berufener Aufseher wird die Bauarbeiten ständig beaufsichtigen.

Der Beschluß unter Punkt 2, also die Bebauung über dem Gelände, fiel schweren Herzens; unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Käufer viel Geld für den Erwerb des Ortes investierten. Zweifellos entspricht es nicht der Würde des Friedhofs, wenn Häuser über ihm wachsen.

Jedes Gebäude über dem Friedhof wird ein Schandmal für die deutsche Regierung sein. Die Bundesregierung hatte der Sache ihr Ohr verweigert. Es wird auch ein Schandmal für die Stadtregierung sein. Sie war immerhin bereit zuzuhören. Aber beide Verwaltungen, Deutschlands und der Stadt, wiesen jegliche Verantwortung zurück und schoben sie sich gegenseitig zu. Trotz aller Bemühungen und Bitten weigerten sie sich, den klaren Beschluß zu fassen, diesen von den Nazis geschändeten Ort auszulösen, um ihn in einen Ort des Gedenkens zu verwandeln, ihn zu pflegen und so eine Überbauung zu verhindern, wie das bei jedem anderen jüdischen Friedhof der Welt üblich ist.

Abschließend sei festgestellt: Alle Bewohner des Erdreichs in diesem Friedhof haben das unvergängliche Recht, an ihrem Ort zu bleiben und in den von ihnen erworbenen Gräbern zu ruhen. Beim Erwerb dieses Friedhofs strebten die Käufer an, ihren Toten eine ewige Ruhe an diesem Ort zu gewähren. Wir sind verpflichtet, dieses zu respektieren und darauf zu achten, daß deren Würde nicht verletzt werde, auf daß sie ruhen bis zum Ende der Tage.

Rabbi Itzhak Kolitz

Oberrabbiner und Vorsitzender der rabbinischen Gerichte Jerusalem, Israel

(Vollständige Fassung der Übersetzung des hebräischen Originals, FAZ vom 22. Mai 1992)

5. Die Kreise schließen sich - vom 2. ins 4. Reich. Zum Urteil gegen die Antifaschisten Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:19

Der Prozeß gegen Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn bestätigte wieder einmal alles, was diesem deutschen Staat und seiner Justiz zugetraut werden muß.

Bögelein wurde nach einem Gesetz wg. "Mord" zu lebenslanger Haft verurteilt, das weltweit seinesgleichen sucht und in seiner heutigen Form erst während des deutschen Faschismus entstand. Nur in wenigen westlichen Staaten verjähren bestimmte Straftaten nie. Der deutsche Staat dagegen ist ein Rächerstaat, in dem ein Mord lebenslang und meistens auch noch überall verfolgt wird. Obwohl Bögelein schon einmal Ende der 40'er Jahre von sowjetischen Instanzen für die vermeintliche Tat verurteilt worden war, schlug die deutsche Justiz jetzt noch einmal zu. Der Mordparagraph selbst ist, wie z.B. der §129a StGB, reines Gesinnungsstrafrecht, von Nazi-Juristen kreiert. Nicht die objektive Tat macht den Mord aus, sondern wie sie ausgeführt, was dabei gewollt wurde. Bögelein wurden und mußten deshalb in der Anklage "Heimtücke" und "niedrige Beweggründe" vorgehalten werden. Mit den absurdesten Konstruktionen schaffte es das Gericht dann auch, Bögelein zumindest "Heimtücke" zu unterstellen. Der vorsitzende Richter betonte in seiner Urteilsbegründung, daß keine Schwierigkeiten bestünden, Bögelein jetzt noch zu verurteilen, weil heute und damals die gleichen Gesetze galten. Offener können Kontinuitäten des deutschen Faschismus nicht hervortreten.

In der Urteilsbegründung wurden ebenso typische Muster staatlicher anti Anti-Faschismus Strategien deutlich. Das Gericht versuchte in "gute" und "schlechte" Antifaschisten zu spalten. Kielhorn war "gut", weil er aus Sicht des Gerichtes z.B. das Lagerleben durch Kulturangebote verbesserte und nicht zu Gewalt gegen einzelne aufrief. Bögelein dagegen war "schlecht", einer, der den faschistischen Staat mit allen ihm möglichen und sinnvollen Mitteln bekämpfte. Erst desertierte er zur Roten Armee, danach unterstützte er den Partisanenkampf hinter der deutschen Front, später forschte er im Auftrag des sowjetischen NKWD nach deutschen Kriegsverbrechern. Das reichte aber noch nicht, ebenso mußte seine stark angeschlagene Gesundheit dafür herhalten, ihn persönlich zu diffamieren. Nach all dem Terror, den er als junger Mann im deutschen Faschismus erlebte, und den Verwicklungen, die nach 1945 folgten, sind psychiatrische Behandlungen, Tabletten- und Alkoholkonsum nicht gänzlich überraschend. All das langte dem Gericht, um Gerhard Bögelein als psychisch labilen, unberechenbaren Einzeltäter hinzustellen.

Genau an diesem Punkt fängt die Geschichtslüge an, wird Noltes Geschichtsrevisionismus, daß der Nationalsozialismus eine Reaktion auf die Oktoberrevolution war, mit anderen Mitteln fortgesetzt. Gerhard Bögelein war kein unberechenbarer Einzeltäter, noch können wir als Linke eine Spaltung des antifaschistischen Widerstandes in einen "demokratischen" und einen militanten hinnehmen.

Bögelein und Kielhorn standen, ob bewußt oder unbewußt, durch die Hinwendung zum Antifaschismus in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, die sich seit der Novemberrevolution 1918 in Abwehrkämpfen gegen konterrevolutionäre Bewegungen befand. Mit der Niederschlagung der bayerischen Räterepublik 1919 und der Roten Ruhrarmee nach dem Kapp-Putsch 1920 zeigte das reaktionäre Bündnis aus monarchistisch gesinnten Truppen der Reichswehr, den Freicorps, dem Staatsapparat und Teilen der Sozialdemokratie zum ersten Mal im größeren Maßstab was es hieß, sich gegen Kapital und preußische Junker aufzulehnen. Nicht nur marschierten die Freicorpsverbände damals unter Hakenkreuz und Totenkopf in die von ihnen zurückeroberten Städte ein, die Weißen Truppen richteten auch ein unbeschreibliches Blutbad unter den Mitgliedern der jeweiligen roten Armeen und der mit ihnen sympathisierenden Zivilbevölkerung an. Die Freicorpsverbände, die maßgeblich von der preußischen Offizierskaste beeinflußt waren, wurden 1918/19 zuerst vom damaligen Reichswehrminister Noske (SPD) angeworben. Da erhebliche Teile der Reichswehr 1918/19 nicht gegen revoltierende Arbeiter eingesetzt werden konnten, avancierten die Freicorps zur letzten Bastion des reaktionären Staates. Historisch und politisch gesehen waren sie aber auch ein entscheidendes Bindeglied zwischen dem Wilhelminischen Obrigkeitsstaat und dem aufkommenden Faschismus. Viele

Freicorpssoldaten traten später in SA und SS ein. Da sie den alten Eliten nahe standen, trugen sie vor 1933 mit dazu bei, der NSDAP den Charakter einer Volkspartei zu geben und sie den Repräsentanten des bürgerlichen Staates näher zu bringen.

Die Erfahrungen der Linken mit dem weißen Terror bis 1923 hatten unglückliche Folgen. U.a. beschränkte sich die KPD in der Weimarer Zeit in der direkten Auseinandersetzung mit der NSDAP fast ausschließlich auf einen militanten Abwehrkampf, ohne wirkliche soziale und kulturelle Alternativen anzubieten.

Nachdem Bögelein, Kielhorn und andere das faschistische Regime überlebt hatten - im Gegensatz zu vielen Linken und der ArbeiterInnenbewegung insgesamt -, traten sie politisch für das einzig Folgerichtige ein: Den reaktionären Eliten in Staat und Wirtschaft sowie der faschistischen Bewegung mußte der erneute Zugang zur Macht verwehrt werden. Oberstabsrichter Kallmerten war einer dieser Leute, die für den sog. Wiederaufbau in Westdeutschland gebraucht wurden. Ihm wurde noch im Kriegsgefangenenlager der Bürgermeisterposten in Husum (Nordfriesland) angeboten. Wer immer ihn umbrachte, nach den Erfahrungen von 1917 bis 1947 mit dem unbedingten Machtwillen der deutschen Reaktionäre und dem faschistischen Terror war diese Tat eine Folge der historischen Entwicklung und nicht bar jeder politischen Rationalität.

Vom militanten Antifaschismus ist damals wie heute die "Kulturarbeit", der sich auch Kielhorn u.a. widmete, oder wie wir heute sagen würden, der Aufbau sozialer Gegenmacht, nicht zu trennen. Nur beides zusammen könnte den Faschisten gegenwärtig den Boden unter den Füßen wegziehen und sie zerschlagen.

Das sich heute herausbildende 4. Reich knüpft an das 2. Wilhelminische Reich an. Es entsteht ein bürgerlich-imperialistisches Großdeutschland. In näherer Zukunft werden wir uns wahrscheinlich der autoritäreren Alternative eines bürgerlichen Staates gegenüber sehen. Der Ruf nach "starker Führung" in Innen- und Außenpolitik hallt nicht umsonst durch den bürgerlichen Blätterwald und die öffentlich-rechtlichen Medien - der preußische Obrigkeitsstaat läßt grüßen. So wie es in der Zeit nach der Novemberrevolution nicht automatisch angelegt war, daß eine reaktionäre Entwicklung in den Faschismus führt, ist das heute auch nicht so. Aber ein starker deutscher Staat, der alte kranke Männer wie Bögelein, die seine modernen Wurzeln bekämpft haben, bis an ihr Lebensende gefangen halten will, ein Staat, der seine neoimperialistische Politik forciert, und den zur Zeit keine Linke ernsthaft dabei stören könnte, solch ein Staat trägt die Saat für neue Kriege und Faschismus hier und anderswo in sich.

Bei all dem mutet es dann nur nach als Randnotiz an, daß der Untersuchungsrichter Steckel, auf dessen Ermittlungsarbeit in den 50'er Jahren der gegenwärtige Prozeß beruht, als Freicorpskämpfer das 2. Reich verteidigte, im Dritten Karriere bis an den Volksgerichtshof machte und in der alten BRD die Grundlagen legte, um in Schauprozessen die Macht und den Vernichtungswillen des 4. Reiches zu demonstrieren.

Freiheit für Gerhard Bögelein,

für eine Gesellschaft ohne Knäste.

rat., Hamburg

6. Europäische Normalität? Nach den Wahlen in Frankreich, Italien und Deutschland

Rubrik: Wahlen; Frankreich; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:22

Im Vergleich mit Le Pen und seinen Kumpanen vom Front National (FN) wirken "die deutschen Rechtsradikalen... - noch - etwas primitiver, improvisierter", schreibt Pas-cale Hugues in der französischen Tageszeitung "Libération" (1). Eine Gegenüberstellung, die - Betonung auf dem "noch" - für den weiteren Lauf der Dinge wenig aussagt. Was heute vielen als bloßer Anschluß an "europäische Normalität" erscheint - der verglichen mit anderen Ländern verspätete Boom der deutschen Rechtsextremisten - kann morgen schon Modell für andere sein.

Als im November 1923 der Hitler-Putsch kläglich scheiterte, war Mussolini schon ein Jahr Regierungschef. Als Le Pens Front National 1984 bei den Europawahlen mit 11% den entscheidenden Durchbruch schaffte, waren die Republikaner gerade gegründet, krebste die NPD bei weniger als 1% herum. Der ab 1989 erkennbare Aufschwung der deutschen Rechtsextremen wurde durch den Anschluß der DDR noch einmal unterbrochen. Nutznießer der schwarzrotgoldenen Welle waren allein die Bonner Regierungsparteien.

Es wäre zweifellos verfehlt zu behaupten, die Deutschen würden rechts wählen, weil "die anderen" es auch tun. Wenn aber international sich angleichende gesellschaftliche Entwicklungen in anderen Ländern vorweggenommen werden, dann kann der Blick über die Grenzen, vor allem nach Frankreich und Italien, der deutschen Linken zu besser abgesicherten Zukunftsprognosen verhelfen. Dieser Artikel hat ein bescheideneres Ziel. Ausgehend von den Ergebnissen der Wahlen in Frankreich, Italien, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein sollen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Massenstimmungen in den drei führenden kapitalistischen Ländern des europäischen Festlandes untersucht werden.

Die braune Brut der "Demokraten"

Gleichermaßen gilt in den drei Ländern: die Wahlerfolge der Rechten sind kein unabwendbares Naturereignis, sondern Resultat der herrschenden Politik. Die scheinheilige Betroffenheit der bürgerlichen Sprechblasenproduzenten und ihre Warnungen vor der "Gefahr für unsere Demokratie" können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie selbst den Rechtsextremen die Hasen in die Küche getrieben haben. Mit ihrer Hetze gegen die ungebetenen Gäste, die Einwanderer vor allem aus der Dritten Welt, haben die Etablierten - heißen sie nun Craxi, Giscard, Chirac, Stoiber oder Farthmann - es immer wieder verstanden, ihre Konkurrenz von rechts in den Schatten zu stellen. Für Schönhuber ist es ein Leichtes, sich von "falschen" und "inhumanen" Formulierungen (2) wie der von der "durchraßten Gesellschaft" (Stoiber) oder Farthmanns Vorschlag zur Beschleunigung des Asylverfahrens zu distanzieren: "an Kopf und Kragen packen und raus damit!" Auch Jean-Marie Le Pen kann mit gewissem Recht darauf verweisen, von den französischen Konservativen "so weit rechts überholt" worden zu sein, daß er jetzt "in der Mitte" stehe.

Daß die rassistische Hetze und die immer neuen Maßnahmen zur Eindämmung der "Einwandererflut" nicht nur zu rechten Wahlerfolgen führen, sondern auch direkt gewaltfördernd wirken, ist ebenfalls keine deutsche Besonderheit. In Süditalien hat der Terror gegen afrikanische Einwanderer schon etliche Todesopfer gefordert. Die brutale Mißhandlung der albanischen Flüchtlinge in Bari diente nicht nur der Abschreckung weiterer ungebetener Gäste, sondern auch der Ermunterung zur Nachahmung im Kleinen: "am Kragen packen und raus damit".

Die linke Gegenwehr ist hier wie dort unzureichend. Weitgehend abgetaucht sind auch demokratische "Persönlichkeiten", deren ureigenstes Anliegen es sein müßte, auf Humanität und Einhaltung der Menschenrechte zu bestehen - und das nicht erst nach Pogromen wie in Hoyerswerda und ähnlichen nationalen Schanden. Eine honorige Persönlichkeit wie der italienische Philosoph Norberto Bobbio hat es aufgegeben, gegen den Strom des inneritalienischen Rassismus anzuschwimmen: "Die Frage des Südens ist heute zum großen Teil eine Frage der Süditaliener". Und da die nun mal gewalttätiger sind als die Menschen des Nordens, ist es kein Wunder, daß sie ihrerseits in Mailand oder Genua verhauen werden - diese Konsequenz zu ziehen, überläßt der "liberale" Denker seinen Zuhörern. Hilflos klingen auch die Abgrenzungen vom Separatismus der Lega Nord: "Während das Gros der Linksintellektuellen noch wie gelähmt erscheint, erinnert ein anderer Teil der am alten Nationenbegriff orientierten Intellektuellen in Appellen, die eher

Wahlempfehlungen für die etablierten Parteien ähneln, daran, daß zumindest die kulturelle Einheit des Landes nicht in Frage gestellt werden dürfe" (Vincenzo Delle Donne). (3)

Die Wähler der Rechtsextremen

Die Liste der Hochburgen von Reps und DVU belegt, daß der "typische deutsche Rechtswähler" vor allem in drei sozialen Milieus zu Hause ist: im großstädtischen "sozial-schwachen" Milieu (Arbeiterviertel Kiel-Ost); in den "Speck"- bzw. "Wohlstandsgürteln" am Rande der Großstädte (Stuttgart, Pforzheim); in kleinstädtisch-kleinbürgerlichen Milieus. Als weniger anfällig für rechte Rattenfänger erweisen sich die von Linken traditionell mit besonderem Mißtrauen angesehenen BewohnerInnen ländlicher Gebiete.

Die Dreiteilung des rechtsextremen Wählerpotentials gilt analog vor allem für die Anhänger von Le Pens Front National, während für das Potential der italienischen Rechten die Gruppe der Deklassierten eine vergleichsweise geringe Rolle spielt. In allen drei Ländern sind es vor allem Männer, die rechtsextrem wählen (im Verhältnis 2:1 bei Reps, DVU, FN und MSI, aber "nur" 1,3:1 bei der Lega Nord). Ein besonders großer Anteil von jungen Wählern ist übereinstimmendes Merkmal von Reps, DVU, FN und Lega. Die einzige erfolgreiche Partei der "alten" Rechten, der italienische MSI (mit Wahlergebnissen zwischen 4,4% und 8,7% seit 1953), findet dagegen den stärksten Zuspruch bei Wählern über 54. Aber auch unter den 18- bis 34jährigen liegt er mit 5% nur knapp unter seinem Gesamtergebnis von 5,4%.

Bezogen auf die politische Vergangenheit neugewonnener Rechtswähler gilt: Der Hauptzuwachs kommt von konservativen Parteien, ein etwas geringerer Prozentsatz hat früher sozialdemokratisch gewählt. Groß ist auch der Anteil der ErstwählerInnen (die nicht in jedem Fall JungwählerInnen sein müssen). In Frankreich und Italien sind in kleinerer Zahl auch ehemalige KP-Wähler zur FN bzw. zur Lega übergelaufen.

In Frankreich gilt ebenso wie in Deutschland, daß in der öffentlichen Diskussion um die Ursachen des Rechtsrucks vor allem die ausgegrenzten "Modernisierungsopfer" hervorgehoben werden. Das geschieht nicht immer mit der Absicht, die Situation zu verharmlosen, sondern auch aus einer gewissen Hilflosigkeit und dem Bestreben, zu konkreten Abwehrmaßnahmen zu kommen. So fordert etwa der Sprecher von SOS Racisme, Harlem Désir, eine "antirassistische Sozialpolitik", vor allem Wohnungsbau und Programme gegen Arbeitslosigkeit. Das ist zweifellos vernünftig in Marseille, Neapel, Berlin und anderen Ballungsgebieten, aber kein Mittel gegen den Rechtstrend der "Speckgürtel"bewohner von Stuttgart. An deren Rechtsorientierung wird sich so lange wenig ändern, wie die derzeit herrschende Politik weiter die "Asylfrage" bzw. die "Eindämmung der Zuwanderung" zum drängendsten aller Probleme hochredet und es so den Rechten ermöglicht, sich mit "überzeugenden", weil handgreiflichen Lösungen zu profilieren. Die Mailänder Wohlstandschauvinisten werden einstweilen der Lega treu bleiben, die, so Alexander Langer, "weiß, daß sie derzeit nicht aufgrund der Güte ihrer eigenen Politik, sondern eher wegen der miserablen Qualität der Altparteien gewählt wird - von dieser miserablen Qualität könnte sie noch eine Weile zehren" ("Kommune" 5/1992).

Können die deutschen Rechten von Le Pen lernen?

In den Analysen der Wahlen von Baden-Württemberg wird besonders die "geringe Bindung" der Rechtswähler an die von ihnen gewählten Parteien hervorgehoben. Daraus zu schließen, es handele sich bei ihnen hauptsächlich um "Protest"- bzw. "Denkzettelwähler", wäre ein Kurzschluß. Mag den meisten auch das Schicksal der "ehemaligen deutschen Ostgebiete", welche die DVU heim ins Reich holen will, ebenso egal sein wie Schönhubers Bekenntnis zur Waffen-SS, in einem Punkt scheinen sie sich alle einig zu sein: Sie wollen, daß "in der Asylfrage endlich etwas getan wird". Da dies das zentrale Wahlkampfthema von Reps und DVU war, kann schwerlich behauptet werden, ihre Wähler hätten mit ihrer Stimmabgabe eigentlich nur "Parteiverdrossenheit" ausdrücken wollen.

In Frankreich und Italien stellt sich das etwas anders dar. FN, Lega und MSI haben Wählern, die es "denen da oben mal zeigen" wollten, ein erheblich breiteres Angebot gemacht. Le Pens wohlkalkulierte Ausfälle gegen die sozialistische Regierung - "Bande von Erpressern, Dieben und Gangstern" - oder Bossis Tiraden gegen die christdemokratische "Partei von Schurken" und gegen den "kriminellen Staat" haben ihren Organisationen in der Tat auch Proteststimmen zugeführt. Schönhuber und Frey haben sich derlei in der Öffentlichkeit nicht erlaubt. Hier wäre zweifellos "mehr drin", als die nicht mehr ganz frisch wirkenden Führer der deutschen Rechten zu leisten bereit oder in der Lage sind.

Ein wesentlicher Vorteil der französischen und italienischen Rechten liegt darin, daß sie mit Le Pen und Bossi über charismatische Persönlichkeiten verfügen, die es verstehen, Massen in Begeisterung zu versetzen. "Wir können froh sein, daß das solche Gurken sind", bewertete Joschka Fischer zutreffend das Leitungspersonal der deutschen Rechtsextremisten. Wer als Verfechter des Führerprinzips oder zumindest des starken Staates glaubwürdig sein will, sollte selbst wenigstens einen starken Mann präsentieren können. Hier ist Jean-Marie Le Pen allererste Wahl: ein ehemaliger Kolonialkrieger, der laut Geheimdienstdokumenten im Algerienkrieg eigenhändig gefoltert hat und bei einer Wirthausschlägerei ein Auge verlor - was für ein Kerl in den Augen seiner männlichen Anhänger, die dem Idol einstweilen im engsten Familienkreise nacheifern.

Die weniger gewalttätige, aber ähnlich effektive Variante des rechten Volkstribuns ist der lombardische "senatur" Umberto Bossi, der das Image des ganz klein angefangenen Aufsteigers aus eigener Kraft mit einer vor keiner Provokation zurückschreckenden Dreistigkeit verbindet. Solche Fähigkeiten sind zum Glück nicht im Rhetorikkurs erlernbar. Schönhuber hat auch gerade erst zu verstehen gegeben, daß er seinen Hang zum Rechtspopulismus eher begrenzen als ausweiten will. (Vergleiche sein Interview in der "taz", 19.5.1992).

Ein entscheidendes Hemmnis für die optimale Ausschöpfung ihres Wählerpotentials ist die Zersplitterung der rechtsextremen Parteien in Deutschland. In Baden-Württemberg fielen insgesamt 3,3% für ÖDP, NPD und Deutsche Liga unter den Tisch, in Schleswig-Holstein 1,2% für die Reps. Für den Einzug in den Bundestag könnten das entscheidende Stimmenanteile sein. Le Pen hat in Frankreich lange vor seinen ersten Wahlerfolgen die organisatorischen Weichen gestellt und den Front National als modern organisierte Sammlungsbewegung aufgebaut. Die Konkurrenz von Lega und MSI fällt insofern weniger ins Gewicht, als es in Italien klar abgesteckte regionale Einflußgebiete gibt. Südlich von Bologna ist für die Lega nichts mehr zu holen. Dort profitiert vom Rechtstrend allein der MSI.

Separatismus der Reichen

Einstweilen ist er eine italienische Besonderheit, der militante Regionalismus der Lega Nord, der eine Dreiteilung des Landes zum Wohle der Mailänder Börsianer und venezianischen Hoteliers auf seine Fahnen geschrieben hat. Dieser Separatismus ist historisch gewachsen in einem Lande, das faktisch zwei verschiedenen Welten angehört. Eine so scharfe Widerspiegelung des weltweiten Nord-Süd-Konflikts innerhalb der Grenzen eines Staates gibt es in Europa kein zweites Mal. Der schottische Nationalismus, von der "taz" ebenso wie von "Libération" mit dem norditalienischen Regionalrassismus in einen Topf geworfen, wächst und gedeiht unter ganz anderen Rahmenbedingungen: in einer wirtschaftlich schwachen, von der Zentralregierung vernachlässigten Provinz, deren BewohnerInnen legitimerweise die Früchte des Erdölreichtums in der Nordsee für sich behalten wollen.

In Deutschland könnte die wachsende Abneigung gegen die Ossis - wegen "Solidaritätszuschlag" und anderen "Kosten der Einheit" - eine besonders unübersichtliche Situation herbeiführen. Ob das deutsche Nationalgefühl auf Dauer stärker ist als die Furcht vor Einkommenseinbußen, wird sich erst noch erweisen müssen. Das Erfolgsrezept der Lega Nord hieße, ins Deutsche übersetzt: Überlaßt die armen Landsleute im Osten sich selbst, gebt ihnen Autonomie, am besten wieder einen eigenen Staat, aber bloß kein Geld, weil jede dort investierte Mark verloren

Fortsetzung Seite 7, erste Spalte

7. "Täglich eine linke, radikale Zeitung" - Kommentar zu Broders Interview mit Schönhuber in der "taz"

Rubrik: Republikaner; TAZ · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:35

Schönhuber im "taz"-Interview am 19. Mai, befragt von Henryk M. Broder, eine ganze Seite. Mensch schnappt nach Luft, gibt es denn bei dieser Zeitung überhaupt keine Grenzen? "Jeden Tag eine gute taz" - so bewirbt sie sich bei Geldbesitzern um die Zeichnung von Genossenschaftsanteilen und ihr neuer Chef Michael Sontheimer schreibt in einem Prospekt für die potentiellen InvestorInnen: "Gleichwohl ist sie wichtigen Überzeugungen treu geblieben: Sie attackiert jede Spielart von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit."

Ist es also an der Zeit, ein weiteres Mal - das wievielte eigentlich? - "Skandal" zu rufen und die "tageszeitung" des Verrats zu bezichtigen?

Natürlich nicht, denn die Liste der großen und kleinen "Skandale" in diesem Blatt könnte mensch jeden Tag fortschreiben und käme zu nichts anderem. Außerdem gehört es heutzutage fast zum "guten Ton" unter Linken, sich die eine oder andere Sauerei vorzunehmen und in Grund und Boden zu kritisieren respektive zu polemisieren. Allzu einfach ist es, die "taz" als das zu entlarven, was sie schon lange nicht mehr ist - wenn sie es je war -, nämlich linksradikal. So betrachtet, ist auch dieses neuerliche "Highlight" ein Beweis dafür, daß die "taz" eben auch nur eine bürgerliche Zeitung ist. Und was es mit der Hilflosigkeit des bürgerlichen Antifaschismus (und Antirassismus) auf sich hat, das wissen "wir" ja eh' ... Sprachs, blätterte um und las eine Woche später auf Seite eins der "taz": "Der befürchtete Durchmarsch der Republikaner blieb aus." (26.5.) So was ist eben normal in Deutschland.

Natürlich doch. Denn: Wann eigentlich ist der Punkt erreicht, an dem wir ein Ereignis nicht mehr "normal" finden? Oder, um bei der "taz" zu bleiben: als vor einigen Jahren ein privater Fernsehsender Schönhuber zu einer Talkshow eingeladen hatte, wurde noch bundesweit diskutiert - nicht nur in der "liberalen Öffentlichkeit" - ob es nicht politisch falsch sei, eine solchen Mann vor die Kameras zu holen. Heute kann mensch feststellen, daß es selbst etlichen linken LeserInnen gar nicht aufgefallen ist, daß dieses Interview in der "taz" erschienen ist.

Noch ein anderer Gedanke soll angeführt werden: Wenn dieses Interview "einfach so" in der "taz" erscheinen kann, dann hat das auch eine Pilotwirkung; die immer noch mit "links" identifizierte Zeitung hat gezeigt, was möglich ist. Die "taz" schreibt sich nicht nur stolz diese Trendsetter-Funktion zu, sie hat sie tatsächlich für bestimmte gesellschaftlich durchaus wichtige Gruppen: Alt- und Ex-Linke, die ihren Frieden mit dieser Gesellschaft gemacht haben, Alternative, denen es schon immer darauf ankam, diesen Staat besser zu machen, undsoweiter; alles Leute jedenfalls, die vor kürzerer oder längerer Zeit mehr oder weniger aktive TrägerInnen linker Positionen waren. Wie sie diese Einstellungen bei ihrer Hinwendung zum Staat (um es mal so verkürzt auszudrücken) verarbeiten, davon hängt nicht unwesentlich das politisch/gesellschaftliche Klima in diesem Land ab. Anders gesagt: so, wie die FAZ Meinungsführerin eines Teils der gesellschaftlicher Eliten ist, ist es die "taz" für einen anderen Teil.

Darauf ist sie nicht nur stolz (Sontheimer im oben zitierten Prospekt: "Keine Tageszeitung genießt in Deutschland unter Journalisten größeres Wohlwollen als taz, die tageszeitung."), sie erfüllt diese Funktion auch tagtäglich. In diesem Zusammenhang hat dann auch das Schönhuber-Interview einen Sinn und ist mehr als ein "Tabubruch" oder das antiautoritäre Übertreten eines "Denkverbots": es soll tatsächlich ein Stück Normalität schaffen; und alles spricht dafür, daß es gelingt.

Der behauptete Zusammenhang wird deutlich, wenn mensch sich anschaut, mit welchen Positionen "taz"-Schreiber die Wahlergebnisse insbesondere für REPs und DVU in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein kommentierten.

"Vor uns liegt eine neue Normalität" schreibt Jürgen Gottschlich am Tag nach der Wahl (6.4.). Matthias Geis legt einen Tag später nach: "Die wachsende Anfälligkeit für rechts ist ein Stück europäischer Normalität ..." (7.4.) Abgesehen von der biologistischen Formulierung von der "Anfälligkeit", die signalisiert, daß "rechts" (warum eigentlich nicht "faschistisch" oder wenigstens "rechtsradikal"?) eine Krankheit sei, der "Volkskörper" also auch wieder kurierbar, kann es deutlicher selbst von Exponenten der faschistischen Parteien kaum noch

kommen. Front National in Frankreich, MSI in Italien, Haider in Österreich, nun also REP und DVU, vielleicht auch demnächst FAP, NL - was ist schon dabei.

"Kein Grund zur Panik" (7.4.) jedenfalls, vor allem aber kein Grund zu Antifaschismus, denn "Ausgrenzung verstärkt das Ressentiment" (7.4.). In diesen Formulierungen erscheint das, was nicht nur die "taz" schon seit längerer Zeit zum Umgang mit Rechtsradikalen und Faschisten empfiehlt: bloß nicht davon reden, daß sie was mit dem historischen Faschismus zu tun haben, denn das könnte daran erinnern, daß diese Gesellschaft auf tausenderlei Art und Weise in der Kontinuität des "3. Reiches" steht. Deshalb also vor Ort Sozialarbeit mit Nazi-Skins, daher das "besser, man hat es (das gesellschaftliche Potential für rechts) in den Parlamenten" (7.4.) - und in der Zeitung eben Interviews mit faschistischen Exponenten.

"Was vor zehn Jahren für die Grünen galt, gilt heute für die Rechtsradikalen" - da ist sie wieder, die alte "links gleich rechts"-Formel (Grün wird, daran kann kein Zweifel bestehen, trotz aller Bemühungen, immer noch mit links identifiziert), mit der nun also auch die "taz" operiert. Diesmal nicht, um "links" auszugrenzen, sondern um "rechts" hereinzuholen in die Demokratie. "Wie vordem bei den Grünen muß man nach diesen Wahlen davon ausgehen, daß rechtsradikale Parteien zukünftig auf ein stabiles Potential bundesweit rechnen können." (6.4.) Ein weiterer Schritt zum "alles normal".

Wem aber immer noch Zweifel an der "Normalität" solcher Entwicklungen kommen, dem/der wird die massenhaft pro-faschistische Wahl als Chance dargestellt: "Doch deren (der Demokratie; ak) Gefährdung besteht nicht im Einzug der Rechtsradikalen, sondern im entschlossen selbstgerechten ‚Jetzt erst recht`, das in den Wahlkommentaren der Spitzenkandidaten zum Ausdruck kommt." (7.4.) Eigentlich sind REPs und DVU also ein Glücksfall, um den "tragenden Parteien", die "nicht umdenken" (7.4.), mal so richtige Feuer zu machen ...

Die "taz", Protagonistin der These von der "Protestwahl", transportiert damit nicht nur eine Verharmlosung faschistischer Haltungen und Organisierung, sie transportiert zudem auch ihre Inhalte.

Zugegeben: zitiert werden hier nur zwei Kommentare, wer sich jedoch die Mühe macht, Dutzende "tazzen" zu den Themen Antifaschismus und Antirassismus durchzuarbeiten, wird (mit Ausnahme sicherlich vom Nürnberger Korrespondenten Bernd Siegler) kaum etwas anderes finden.

Erinnert sei auch daran, daß die "taz" schon immer ein auffälliges Faible für "Querdenkereien" der eben skizzierten Art hat: als ein Beispiel sollen hier nur die Lobhudeleien zum "Hitler"-Film von Syberberg 1979 (sowie der Abdruck einer Reihe von Artikeln dieses Neuen Rechten) genannt werden. (1)

Und nun also dieses Interview. Die Überschrift bleibt einigermaßen rätselhaft; "Eine Fußnote der Geschichte" war ein Ausspruch Le Pens vor einigen Jahren, mit dem er die Shoah leugnete. Soll das nun eine Distanzierung des Überschriftenredakteurs sein, indem Schönhuber mit Le Pen identifiziert wird? Oder ist das gar die verdeckte Zustimmung der "taz" zu Le Pen? Einen redaktionellen Vorspann gibt es jedenfalls nicht, der die Absicht von Interview (und Überschrift) klärt und auch der Fragesteller Broder hat sich öffentlich nicht dazu geäußert. Dessen Motivation, dies "Gespräch" zu führen, wird auch im Verlauf dieser einen Seite nicht deutlich: er fungiert als reiner Stichwortgeber für Schönhuber. Allein dies Verhältnis zwischen Frager und Befragten reicht aus, um Schönhuber zum Ehrenmann zu machen, schließlich ist Broder nicht nur der Linken zugeordnet, er ist auch bekannt dafür, einer der schärfsten Kritiker antisemitischer Tendenzen - gerade auch in der Linken - zu sein. Wenn der sich also mit Schönhuber unterhält ...

Dieser selbst - alles andere als dumm - nutzt die Chance vollkommen. Es gelingt ihm nicht nur, sich als Demokrat darzustellen, der sich von Frey (DVU) oder der NPD deutlich unterscheidet. Er will sich nicht als "Brauner" bezeichnen lassen, weil das eine "Kriminalisierung" aller jener "bürgerlichen Menschen, Akademiker, Arbeiter, Handwerker, Bauern" bedeuten würde, die Mitglieder der REP sind und die Hoyerswerda "fürchterlich" fanden und sich dafür "geschämt" haben. Kein Wort vom "Asylmißbrauch", sondern: "Ich habe nie von der ‚durchraßten Gesellschaft` gesprochen, dieser Satz ist per se falsch und auch inhuman. (...) Es kann ein Schwarzer genauso Deutscher sein wie ein Gelber oder was auch immer", vorausgesetzt, er hat einen "deutschen Paß". Wer jetzt meint, Schönhuber widerspreche sich selber, sei darauf aufmerksam gemacht, daß die REP schon Anfang 1990 ein Parteiprogramm beschlossen haben, das im wesentlichen die "modernisierte", neu-rechte Fassung faschistischen Gedankenguts präsentierte, die all das eben auch enthält. (2) Und Broder unterläßt es vollkommen, diese Selbstdarstellung zu hinterfragen.

Schönhuber kann auch noch in einem Großteil seiner Antworten dazu beitragen, den Geschichtsrevisionismus auf den "Hintergrund"-Seiten der "taz" salonfähig zu machen. Über die Bestätigung dessen, was die Kommentatoren des Blattes sowieso schon wußten hinaus, macht das die eigentlich Bedeutung des Interviews aus.

Die "Arbeitspolitik des Dritten Reiches hatte zutiefst inhumane Züge. Das kann man Mussolini nicht vorwerfen, er hat ein paar Mafiosi auf eine Insel verbannt, aber nicht ganze Bevölkerungsteile terrorisiert." So einfach gehts: der Versuch der Vernichtung der europäischen Juden ist Terrorisierung von Bevölkerungsteilen im Zeichen von Arbeitspolitik. Und bleibt unwidersprochen.

Dabei werden von Schönhuber gleich zwei Vorbilder präsentiert: Mussolini und Strasser. Der italienische Faschismus, der "in der Zeit der Wirtschaftskrise Italien nicht hineinziehen ließ, weil er Kooperativen hatte, weil er ständestaatlich orientiert war" und die "soziale Komponente der NSDAP", die Schönhubers Vater zum Nationalsozialisten machte. Schönhubers Kontakte zum MSI, zum Front National machen deutlich, daß Schönhubers Worte nicht nur Gedankenspiele sind.

Überhaupt: die "Bewältigung unserer Vergangenheit". Auch bei diesem Thema zeigt sich Schönhuber auf der Höhe der Zeit. "Es lief von Anfang an in Deutschland etwas schief." Und wer ist Schuld: "Die Schuld lag nicht alleine bei den Deutschen. Als damals Adenauer und Ben Gurion miteinender ‚Frieden` schlossen, da hätten die Israelis ..." Also doch: die Juden sind schuld, weil sie nicht die Ablösung Globkes verlangt haben.

Undsoweiter undsofort: In Zukunft also nicht nur bei der FAZ nachschauen, die Noltes und Stürmers lesen, sondern auch öfter mal zur "taz" greifen.

Schönhuber und die REPs stehen - und die Signale werden selbst in der "taz" reichlich ausgestreut - für eine faschistische Rechte in Deutschland. Das dies - auch in der "taz" - "normal" sein soll soll, wirft die Frage auf, was bei wirklichen oder wenigstens vermeintlichen Krisen noch alles als akzeptabel gelten wird ...

HKS 25, Gruppe K (F)/Hamburg

Anmerkungen:

1) Reichlich weiteres Material, geeignet auch als Gedächtnisstütze für 13 Jahre "taz", findet sich bei Tolmein/zum Winkel, "tazsachen", Konkret Literatur Verlag, 1989

2) Siehe dazu ak 315 und 316

8. Berliner Bezirkswahlen: Geteilte Stadt

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:40

Daß es mit der "inneren Einheit" in der erweiterten BRD nicht so recht vorankommt, haben die Berliner Kommunalwahlen am 24.5.1992 gezeigt. Die politischen Uhren laufen in der ehemaligen DDR anders als in der Sieger-BRD - vergleicht man den Zeigerstand mit der Gesamtberliner Abgeordnetenhauswahl vom 2.12.1990, dann ticken sie sogar wieder mit deutlicherer Differenz.

Der markanteste Unterschied ist das völlig konträre Abschneiden der PDS in den beiden Stadthälften. Im Westen 0,9 Prozent (8.392 Stimmen), im Osten 29,7 Prozent (162.524 Stimmen). Die Kommentatoren der Berliner Zeitungen sind vorherrschend beunruhigt. "Eine andere Welt tut sich da auf!", so der Kommentar in der Westberliner Boulevardzeitung "BZ" unter der Überschrift "Sieger PDS". Und die führende Lokalzeitung "Der Tagesspiegel" findet: "Mindestens (!) ebenso deprimierend (wie der Zuwachs der Republikaner, Anm. J.) ist es, daß sich die PDS eben doch ... als zweitstärkste Kraft festsetzen kann. Hier dokumentiert sich eine Teilung der Stadt, die die Einigung im Kern berührt." Von der "geteilten Stadt" sprechen die "Berliner Zeitung" aus Ostberlin und die "Frankfurter Rundschau", während die Dinge, werden sie mehr aus den oberen Etagen Frankfurts betrachtet, schon etwas an Dramatik verlieren: "Kein Grund für Angst" lautet die sprachlich ausnahmsweise verunglückte Überschrift des entsprechenden Leitartikels im Blatt für kluge Köpfe. Auf die Feststellung, daß die 30 Prozent "nicht nur SED-Funktionäre sein (können), die ihren Privilegien nachtrauern", folgt die Erwägung, ob sich die PDS "vielleicht ... doch noch zu einer den Dimensionen nach wenigstens am Rande beachtlichen radikalen Linkspartei" entwickeln werde (FAZ, 26.5.). Die "taz" sieht es diesmal ganz locker: "Vive la différence! Das ist ehrlicher als jeder Jammer über die Unüberwindbarkeit der Mauer." (taz Berlin, 26.5.)

Zweiter Grund für westliche Irritationen: Die CDU geht im Ostteil mit 14,3 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen baden (Westberlin: 35%). Wen wundert's, daß darum dem Regierenden Bürgermeister Diepgen die Eingebung zuteil wurde: "Wir haben eins auf die Bademütze bekommen." Mit Ergebnissen zwischen 12,9% im Bezirk Mitte und 18,3% in Weißensee konnten die Parteichristen hinter SPD und PDS ostberlinweit immerhin den dritten Rang vor dem Bündnis 90 (12,6%) halten. "Der hohe Anteil der SED-Nachfolgepartei PDS, das gleichzeitig katastrophale Abschneiden der Bonner Regierungsparteien CDU und FDP im Ost-Teil der Stadt signalisieren die geradezu bedrohliche Unzufriedenheit der Berliner in den östlichen Stadtbezirken", findet die "Berliner Morgenpost". "Jetzt ist die CDU die Partei des Westens", meint die "taz" und wie zur Bestätigung entfährt dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Landowsky die Drohung, Ostberlin finanziell kürzer treten zu lassen. Die "FAZ" versucht zu beruhigen: "Die beiden großen Parteien CDU und SPD ... haben sich im großen und ganzen behauptet." Dritter bemerkenswerter Unterschied: Die "Republikaner" erhalten im Westen fast doppelt so viele Prozente wie im Osten: 9,9 zu 5,4. Ihr Aufwärtstrend ist damit ungebrochen.

Im folgenden soll ein wenig genauer hingeschaut werden. Dabei ist zu beachten, daß die Wahlbeteiligung auf 63,5% (West) bzw. 57,4% (Ost) gesunken ist - für Kommunalwahlen eine übliche Größe.

Ob nun die CDU der eindeutige Verlierer der Wahl ist oder nicht vielleicht doch die SPD, hängt davon ab, welche vorangegangenen Wahlen zum Vergleich bemüht werden. Sind es, formal korrekt, die Ostberliner Stadtbezirkswahlen vom 6.5.1990 bzw. die Westberliner BVV-Wahlen vom 29.1.1989, dann verzeichnet die SPD die wesentlich größeren Verluste: Minus 6,6 Prozentpunkte im Westen, minus 1,1 Prozentpunkte im Osten ergeben zusammen ein Minus von 4,6 (einen Zuwachs gab es für die SPD nur noch im Bezirk Weißensee). Bei der CDU hingegen sind es nur 1,9 Prozentpunkte weniger; diese errechnen sich aus minus 0,6 im Westen (mit Zuwächsen in drei Bezirken) und, peinlicherweise eben, minus 3,9 im Osten, welche dort die schon erwähnten 14,3% ergeben. Die SPD statt dessen kann jetzt für sich reklamieren, mit je 31,8% sowohl im Osten wie im Westen nicht nur die stärkste Partei, sondern auch die Partei des ideellen Gesamtberliners zu sein, während sich das unsympathische Wessi-Image der CDU mit jenen 14,3% sowie den 35% aus dem Westen (27,5% Gesamtberlin) weiter verfestigt hat.

Ist es hingegen die Berliner Abgeordnetenhauswahl vom 1.12.1990, die zusammen mit der Bundestags-Kanzler-Einheitswahl veranstaltet wurde, dann darf sich die SPD eines Zuwachses von berlinweit 1,3 Prozentpunkten rühmen, während die CDU fast 13 Prozentpunkte (13,9 im Westen, 10,7 im Osten) abgeben mußte. Bei der damaligen Wahlbeteiligung bedeutet das für die SPD einen Verlust von fast 130.000

Wählerinnen und Wählern, während der CDU jetzt für die Berechnung der Wahlkampfkostenrückerstattung gar 392.000 Stimmen fehlen!

Deutlicher Zuwachs für die Rechtsextremen

Gegenüber dieser Wahl hat überhaupt nur eine Partei an absoluter Stimmenzahl gewonnen. Die REP, die damals erhebliche Einbußen hin zur CDU hatten und mit berlinweit 3,1% (West 3,7%, Ost 1,9%) 61.550 Stimmen zusammenbekamen, erhielten diesmal insgesamt 125.369 Stimmen; 29.459 im Osten, 95.910 im Westen. (Zum Vergleich: Bei den Wahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus im Januar 1989, bei denen die REP mit 7,5% bundesweit erstmals die Fünfprozenthürde übersprangen, erhielten sie bei einer Wahlbeteiligung von knapp 80% 90.222 Stimmen.)

Daß mit den aktuellen 9,9% der Republikaner im Westen und den 5,4% im Osten (Berlin = 8,3%) der Vormarsch der Republikaner "zum Stoppen gekommen" sei, konnte sich wohl nur ein ehemaliger Politologe wie SPD-Chef Momper zusammenrechnen. Aber der Mann hat ja seine Anhänger. Geradezu begierig griff der beliebte "taz"-Kommentator Nowakowski die gewagte Behauptung für einen entsprechenden Kommentar auf (taz, 25.5.). Unter der Überschrift "Vormarsch gestoppt. Etablierte Parteien und Rechtsextreme erhalten Abfuhr" versuchte er den Unsinn des alternativen Hoffnungsträgers von Anno 1989 auszumalen. Die "eigentliche Überraschung" sei "die unerwartete Schlappe der REPs, weil sie nicht einmal das in der Stadt vorhandene rechtsextreme Wahlpotential an sich binden konnten". Mit der Behauptung "die Wähler haben begriffen, daß dumpfe Parolen nicht kluge Politik ersetzen kann", endet die Verdrängungsleistung in falschem Deutsch. Daß ihm klar ist, was er aufschreibt, kann dann wohl eher dem schon zitierten FAZ-Kommentar unterstellt werden: Die Republikaner hätten "den Schritt über die Grenzlinie der Bedeutungslosigkeit nicht überschritten", wird dort bewußt verharmlost.

Der "nicht dramatische Zuwachs der Republikaner" (Tagesspiegel) ergibt in den Ostbezirken die solide Basis von Anteilen zwischen 4,9 (Treptow) und 6,2% (Hellersdorf) und damit den Einzug in neun von elf Bezirksverordnetenversammlungen (BVVs), in Westberlin hingegen zwischen 4,8% in Zehlendorf (+0,9) und 14,4% in Wedding (+4,8) mit Sitzen in elf von zwölf BVVs und mindestens fünf Stadtratsposten. Republikaner-Chef Müller jedenfalls findet das Ergebnis seiner Partei "sagenhaft" und "hätte es nicht besser haben wollen" (Berliner Zeitung, 26.5). Neben dem Bezirk Wedding weisen weitere fünf Bezirke über zehn Prozent REP-Anteil auf: Neukölln (12,8%; +2,6), Tiergarten (10,6%, +2,4), Reinickendorf (10,5%; +2,3), Spandau (10,3%; +3,6) und Kreuzberg (10,2%; +3,0) - alles Bezirke mit hohen Anteilen abhängig Beschäftigter. Und: Je "bürgerlicher" ein Bezirk, um so niedriger der REP-Anteil.

Laut "INFAS" haben die REP aus dem Nichtwähler-Potential schöpfen können und ansonsten ihre Stimmen bei CDU und SPD im Verhältnis von ca. 2 zu 1 abholen können. Was noch auffällt: Die REP weisen keine ausgesprochenen Hochburgen auf. Unter den 2115 Stimmbezirken in Westberlin fanden sich nach intensiverer Durchsicht lediglich drei, in denen ihr Anteil an den abgegebenen Stimmen über 20 Prozent liegt; in Ostberlin fanden sich zwanzig Stimmbezirke, in denen die REP über 10 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielten (sechs in Friedrichshain, fünf in Mitte, drei in Köpenick und je zwei in Treptow, Hellersdorf und Marzahn).

Das offen nazistische Wahlbündnis "Die Nationalen" kandidierte in neun Bezirken und erhielt insgesamt 2.843 stimmen (zwischen 0,7% in Wedding und 0,2% in Reinickendorf). Die Nationalistische Front (NF) bekam in Hohenschönhausen 136 Stimmen (0,3%), die Wählergemeinschaft der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) in Prenzlauer Berg 228 Stimmen (0,4%). Eine offen rassistische Liste namens "Die Bürger" erhielt in Tiergarten 601 Stimmen und damit 1,6%. Die DSU kandidierte in insgesamt vier Bezirken und erreichte insgesamt 925 Stimmen. Die ÖDP, die in sieben Westberliner Bezirken kandidierte, erhielt dort insgesamt 5.920 Stimmen (0,6% bis 1,5%, 1989 erhielt sie in allen Bezirken 8.489 Zweitstimmen), im Ostberliner Bezirk Köpenick erhielt sie 829 Stimmen (1,5%).

Einen absoluten Zuwachs an Stimmen (zumindest gegenüber den Westberliner Wahlen vom Mai 1990) kann auch die FDP verbuchen; sie bleibt aber mit 3,5% in Ostberlin (nirgends über 5%) und 5,6% in Westberlin (in sieben Bezirken über 5%) weiter bedeutungslos.

Die Grünen/AL können nach ihrem Einbruch bei den Abgeordnetenhauswahlen im Dezember 1990 (Westberlin 6,9%) wieder an ihren Stand vom Januar 1989, dem Starttermin für die rot-grüne Koalition, anknüpfen. Von damals 12,6% in den Bezirken verbessern sie sich jetzt in Westberlin auf 13,5%. Kreuzberg

liegt mit jetzt 29,1% weiter auf Platz 1 der AL-BVV-Hitliste, es folgt jetzt Tiergarten mit 25,2% (+3,3) vor Schöneberg mit 23% (wie gehabt). Weiterhin Schlußlicht bleibt Spandau mit 6,4% (+1,2). Interessanterweise ließen sich die Grünen/AL im Ostberliner Neubau-Bezirk Hellersdorf eine eigenständige Kandidatur nicht ausreden. Mit 7,2% überrundeten sie dort das Bündnis 90 (7,1%); zusammengenommen ergibt das gegenüber dem 1990er Ergebnis des Bündnisses (11%) immerhin einen Zuwachs von 3,3 Punkten, während in den vergleichbaren Neubaubezirken Ostberlins (Hohenschönhausen und Marzahn) das allein kandidierende Bündnis 90 Verluste von 2,2 bzw. 0,9 Punkten hinnehmen mußte (10,3 bzw. 11,2%). Das Bündnis 90 erhielt in Ostberlin 0,7 Prozentpunkte weniger (12,6); seine besten Ergebnisse erhielt es dort, wo es gar nicht als Bündnis 90, sondern als bezirkliches Bündnis unter Einschluß etwa vom Unabhängigen Frauenverband und anderer Gruppen antrat: Prenzlauer Berg 18,1% (+0,8), Mitte 16,1% (+2,1), Friedrichshain 13,5% (-0,9).

Links ist, wo der Westen nicht ist

Mit 29,7% in Ostberlin knüpfte die "kommunistische PDS" (Diepgen) ziemlich exakt an ihre prozentualen Ergebnisse der Volkskammerwahlen am 18.3.1990 und den Stadtverordnetenwahlen vom 6.5.1990 an. Nur, daß die Wahlbeteiligung seitdem stetig sank: Von 87,5 über 70,6 auf jetzt 57,4%. Immerhin: Gegenüber der Abgeordnetenhauswahl vom 4.12.1990, bei der sie in Ostberlin 170.281 Stimmen erhielt (23,6%), verlor sie diesmal nur noch 7.757 Stimmen, bei leichten absoluten Zuwächsen in den Bezirken Treptow und Pankow. In sechs Bezirken erreichte die PDS über 30%, dort ist sie auch jeweils die stärkste Partei: Mitte 35,8%, Lichtenberg und Hohenschönhausen je 35,5%, Marzahn 34,9%, Friedrichshain 32,5%, Hellersdorf 30,9%. Der einzige Bezirk, in welchem sie unter 20% liegt, ist Weißensee (18,5%); in der Bürgerbewegungshochburg Prenzlauer Berg liegt sie bei 23,4%.

Nach dem Berliner Bezirksverwaltungsgesetz stehen der PDS somit mindestens 26 Stadträte-Posten zu. Ob sie allerdings auch 26 Fachleute finden wird, die über 9.000 DM brutto, mit denen diese Jobs dotiert sind, ihre politische Herkunft nicht vergessen und entsprechende Anteile an die Partei abführen, wie es dem Berliner PDS-Vorsitzenden Brie vorschwebt, bleibt zu beobachten.

Kurios, daß der PDS in Berlin etwas gelingt, was dort keine andere Partei schafft: In einzelnen Stimmbezirken erreicht sie "oberbayerische" Ergebnisse von über 70% (je einmal in Treptow, Lichtenberg und Hohenschönhausen) oder 80% (je einmal in Treptow und Lichtenberg) der abgegebenen gültigen Stimmen.

Daß für die PDS die Bäume keineswegs in den Himmel wachsen, lehrt sie, so sie ihn für nötig hält, ein Blick nach Westberlin. Dort kümmern ihre Setzlinge gar traurig vor sich hin. Diese sind am Berliner Gesamtergebnis von 11,3% (+0,6) mit 0,9% für Westberlin beteiligt. Von den 14.507 Stimmen bei der Abgeordnetenhauswahl im Dezember 1990 (1,1%) blieben ihr diesmal noch 8.392 (wobei sie allerdings in Tiergarten und Tempelhof nicht kandidierte). In Kreuzberg etwa verlor sie 1.673 Stimmen, es blieben noch 1.179 (2,4%, das beste Ergebnis in Westberlin). Schwacher Trost: Gegenüber den 6.873 Zweitstimmen der SEW vom Januar 1989 bleibt noch ein kleines Zubrot; im Vergleich zu den damaligen gut 10.500 Erststimmen dieser inzwischen aufgelösten Partei ist auch hier der Ast ein absteigender.

Andere linke Kandidaturen: Die DKP, in Berlin noch recht neu, hatte sich für den Wahlwettbewerb die Bezirke Kreuzberg und die angebliche Stasi-City Hohenschönhausen ausgeguckt: 48 Stimmen hier (0,1%), 192 Stimmen dort (0,4%) lauten die nicht erbaulichen Resultate. Das "Kreuzberger Bündnis Opposition von Unten" (KOB) mit Adresse in 1000 Berlin 10 (Charlottenburg) war eher ein aufgesetztes Projekt, als daß es bezirkliche Basisinitiativen Ausdruck verliehen hätte. Das Ergebnis: 1% = 497 Stimmen. Schon näher an dem, was in Kreuzberg die Menschen bewegt, war dort ein Verein namens KPD/RZ, vom Wahlleiter, zwecks Vermeidung politischer Mißverständnisse, in KrPD/RZ umgekürzt, was soviel heißt wie Kreuzberger Patriotische Demokraten/Realistisches Zentrum. Die Spaßkandidatur fanden immerhin 1.040 Bürgerinnen und Bürger unterstützenswert: 2,1% waren Lohn und Anerkennung für die Ausarbeitung eines facettenreichen Satire-(Wahl)Programms. Merke: von KrPD/RZ lernen, heißt siegen lernen.

J./Westberlin

9. Die Westfront in der Geschichtsrevision Ein Denkmal für "Bomber-Harris"

Rubrik: Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:26

Seit dem letzten Jahr gibt es in deutschen Tageszeitungen eine Kampagne gegen "Bomber-Harris", den ehemaligen Chef des Strategischen Bomberkommandos der Royal Air Force, Sir Arthur Harris, dem die Veteranen aus dem 2. Weltkrieg eine überlebensgroßen Statue als Denkmal aufstellen wollen.

Es gehört zum Standard kriegführender Staaten, ihre Krieger zum Zwecke der nationalen Sinnstiftung als Helden zu präsentieren. Auch auf deutscher Seite bestehen keinerlei Skrupel, die größten Verbrechen mit Soldatenehre zu ummänteln, doch in diesem Fall zeigt man sich in konzertierter Art bis an höhere Stellen empört und betroffen. Genscher hat, noch in seiner Funktion als Außenminister, der britischen Regierung zu verstehen gegeben, daß er ihr Einschreiten erwartet. Tatsächlich geht es nicht um "Bomber-Harris", sondern um etwas anderes. Der deutsche Geschichtsrevisionismus hat die Westfront erreicht. Sir Arthur Harris wird in besonderer Weise mit dem deutschen Trauma vom verlorenen Krieg und Zusammenbruch des Nazireiches verbunden. Als Chef der strategischen britischen Bombergeschwader wird er dafür verantwortlich gemacht, den Krieg in alle großen deutsche Städte zurückgetragen zu haben, weshalb er als "Schlächter" (FR), "Schlächter Harris" bezeichnet wird und sein Werk als "Harris-Barbarei" (FAZ).

Das ganze schöne (Nazi)Deutschland eine Wüste, Feuer, Trümmer, Tod und nicht zu vergessen die Vernichtung der vielen Kulturdenkmäler als Beweise deutscher Zivilisiertheit, Geschichte und Identität - alles sank in Schutt und Asche. Noch bis in die letzten Kriegsmonate, also noch bis kurz vor Schluß, machten die Alliierten in angeblich beispiellosem Bombenterror gegen die Zivilbevölkerung die deutschen Großstädte dem Erdboden gleich. Viele, die dabei waren oder die Resultate sahen, haben zu diesem Märchen etwas mit dem Impetus des Opfers beizutragen, vor dem der Zuhörer nur noch die Mütze ziehen darf. Die Legende der "Stunde Null" (1) war geboren, und die in vielen Hinsichten dezimierten Deutschen durften sich im eigenen, aber gemeinsamen (damit doppeltem) Leid suhlen und erkennen.

Diese ganze Selbstgefälligkeit und Täter-Opfer Täuschung und trotzige Unbelehrbarkeit hat ein Symbol: Dresden. "Der Tod von Dresden" (2) am 13./14./15./16.2.45 im britisch-amerikanischen Bombenhagel ist damit gemeint.

Für die Bombardements in allen großen deutschen Städten steht Dresden als Symbol. Die Erinnerung daran hat eine geradezu aufbauende Wirkung für deutsche Gemüter, steht es doch für die doppelte Ungerechtigkeit des Schicksals, zuerst Hitler und dann auch noch den Krieg ausbaden zu müssen, bei dem die angeblich so zivilisierten Engländer sich bestialischer betragen hätten als die bestialischen Deutschen.

Im neuen Großdeutschland ist das Symbol Dresden geradezu ideal für die populäre Geschichtsrevision, weil es in der DDR und in der BRD gepflegt wurde. Es hat, wie sich am Beispiel Sir Arthur Harris zeigt, seine Mobilisierungsfähigkeit behalten.

Symbol für Friedensmahnung?

Das Symbol Dresden wurde auch von der deutschen Friedensbewegung im Golfkrieg wieder recycelt. "Denkt an Dresden! Waffenstillstand sofort! Stoppt den Krieg in Nahost!" (3) hieß es damals. Gebranntes Kind scheut das Feuer, mag der Friedenspädagoge gedacht haben. Dresden ist aber nicht das Symbol der Warnung vor dem Kriege, sondern der Verdrängung der eigenen Rolle darin durch das Erschaudern vor den eigenen Leiden. Die Erinnerung der eigenen Betroffenheit wurde mit dem Symbol Dresden ebenso inszeniert, wie die Betroffenheit während des Golfkrieges. Dieses geschah ausgerechnet, während die BRD durch Waffenlieferungen, Know-How-Vermittlung und Giftgasausstattung massiv am Krieg beteiligt war. Eine wahrhaft deutsche Tat, soweit Verdrängung eine Tat und nicht ein Zustand ist. Es wurde vermieden, die Brandstifter zu nennen: "Gerade als Deutsche, die wir die Flächenbombardements in deutschen Städten miterlebt haben, haben wir die Pflicht, an die Mitmenschlichkeit zu erinnern." (4) Dresden steht für die konstante Verdrängung und den Frieden der Täter vor der Erinnerung.

Ein Denkmal für Sir Arthur Harris

Am 31.5.92 wird in der Traditionskirche der Royal Air Force, St. Clement Danes in London, eine Statue zu Ehren von Sir Arthur Harris eingeweiht, die von Mitgliedern des britischen Bomberkommandos aus dem Zweiten Weltkrieg gespendet wurde. Enthüllt wird sie von der Patronin des Veteranenverbandes der RAF, der Königinmutter.

1942 wurde Harris Chef der britischen Bomberstaffeln. Unter ihm begann die englische Luft-Großoffensive gegen Nazideutschland mit Angriffen auf Industriestädte und U-Boot-Basen. Die Einsätze galten der Rüstungsindustrie, der Infrastruktur und Wohngebieten. Unter Harris' Kommando wurden Bomber-Großeinsätze auf alle Großstädte und fast alle größeren Städte Deutschlands geflogen. Ab 1943 nahmen auch amerikanische Flugzeuge an den Bombardierungen teil. (5)

400.000 bis 500.000 Tote (6) sollen die Bombardements insgesamt nach Schätzungen gefordert haben. 73.471 britische und 79.265 US-Flieger starben bei den Einsätzen zur Beendigung der Herrschaft des deutschen Faschismus (7). U.a. wurde 1943 die V2-Produktion durch Bomberangriffe auf Peenemünde erheblich verzögert, 1944 wurde durch Bombardements des Erdölgebietes von Ploesti (Rumänien) und der deutschen Hydrierwerke Benzin und Flugbenzin so knapp, daß die Durchführung militärischer Operationen erheblich behindert wurde. Durch die systematische Zerstörung des Verkehrsnetzes trat 1944 eine transportbedingte Kohleknappheit ein. (8) 1945 wurde der Schienentransport durch die Bombardierung von Rangierbahnhöfen stark behindert. (9) Immer wieder wurde unter schweren britischen Verlusten Berlin bombardiert, u.v.m. Aufgrund schlechter Zieltechniken wurden die Bomben in den Innenstädten abgeworfen, ohne daß eine genaue Zielauswahl möglich war. Das Flächenbombardement in den Städten sollte auch die Bevölkerung demoralisieren und die Aussichtslosigkeit der weiteren Kriegführung deutlich machen. Diese Rechnung ging allerdings nicht im erwarteten Maße auf. 1944 stieg die Rüstungsproduktion noch auf den absolut höchsten Stand (unter Einsatz von 5,3 Mio. ZwangsarbeiterInnen und 1,8 Mio. Kriegsgefangenen) (10). Wo die Kriegsmoral in Deutschland Schaden nahm, reichte der Terror der Kriegsorgane bis zum Schluß aus, um Vernichtung, Produktion, verbissene Verteidigung und Kriegspropaganda aufrecht zu erhalten. Im Juni 1944 begann noch der Abschuß der insgesamt 17.200 V1 und ab September der V2-Raketen mit dem Hauptziel London. Hitler hoffte, die britische Bevölkerung zermürben zu können, was sich aber als völliger Fehlschluß erwies. 1944 erfolgten auch die meisten Bombenabwürfe der Alliierten auf das 3. Reich. In England schlugen bis März 1945 insgesamt 1.115 V2 ein (11). Es wären wesentlich mehr gewesen, wenn die "Vergeltungswaffen" V1 und V2 so funktioniert hätten, wie es die Erbauer erhofft hatten.

"Schlächter-Harris"

In der BRD gibt es eine regelrechte Kampagne gegen Luftmarschall Harris oder besser die Aufstellung seiner Statue in London. Verwöhnt von Genschers außenpolitischen Erfolgen bei der Relativierung der deutschen Geschichte, (Vaclav Havel hat die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslovakei bereits als "Unrecht" anerkannt), wird deutsches Leid zum Maßstab für die Gerechtigkeit in der Welt.

Dresden, Pforzheim, Würzburg, Hamburg, Hildesheim, Köln, Magdeburg und Mainz haben durch ihre Oberbürgermeister gegen die Absicht der Bomber Command Association (BCA), die Harris-Statue aufzustellen, protestiert. Die Oberbürgermeister fühlen sich als Repräsentanten von Städten, die durch die britischen Bomber erheblich zerstört wurden, legitimiert, die "politische und moralische Taktlosigkeit gegenüber den Opfern" (OB Burger, Köln) zu rügen.

Genscher hat bei seinem britischen Amtskollegen und Londons Botschafter in Bonn ein Einschreiten der britischen Regierung angemahnt. In einem Brief an den Oberbürgermeister von Pforzheim droht Genscher den Briten: "Das Vorhaben ist geeignet, alte Wunden wieder aufzureißen. Es könnte zu einem Rückschlag für die in deutsch-englischen Städtepartnerschaften über viele Jahre in vorbildlicher Weise geleistete Arbeit führen." (12)

In Köln wird zum 50. Jahrestag des "1.000-Bomber-Angriffs" eine Ausstellung gezeigt. Die Eröffnungsrede hielt Bürgermeister Burger (SPD) und setzte dazu den alliierten Luftkrieg und das faschistische Völkermordprogramm gleich. Die Tatsache, daß Juden und Zwangsarbeiter von den Bomben betroffen waren, hebt er besonders heraus, nicht aber, daß die Bomben auch etwas mit ihrer Befreiung zu tun hatten, die, wenn sie sie überhaupt noch erlebten, noch drei Jahre auf sich warten ließ. Er erinnert sich dankbar der

Sonderzuteilungen für die "Fliegergeschädigten", die aus Hab und Gut der rassistisch Verfolgten und Deportierten bestand. (13)

In Hamburg brachte die CDU bereits am 30.10.91 einen Antrag in die Bürgerschaft ein, in dem die Errichtung eines zentralen Dokumentationszentrums mit den Zeugnissen der Zerstörung Hamburgs gefordert wird, "als anschauliche Mahnung vor dem Krieg und seiner schrecklichsten Form, der geplanten Vernichtung ziviler Bevölkerung." (14)

In einem BILD-Artikel (27.3.92) "Die Nacht, in der Lübeck starb", wird ein Mensch zitiert, der sich diesem ‚nationalen Schicksal` der Deutschen durch Exil entzog und deshalb nicht mitreden darf: Thomas Mann (Ehrenbürger Lübecks), der die Bombenangriffe als "gerecht, notwendig, unentbehrlich" bezeichnete. (15) Hier sind nur wenige, aber bezeichnende Ausschnitte der Kampagne aufgeführt.

Die Bomben haben aus den Bewohnern deutscher Großstädte keine Antifaschisten gemacht. Wenn doch, dann die mit der weißen Weste. Sie haben aber geholfen, den faschistischen Staat zu besiegen.

Großbritannien hatte nach der Besetzung Frankreichs 1940 auf dem Festland keine Verbündeten mehr. Die Küsten von Nordsee und Atlantik waren in deutscher Hand, durch Italiens Kriegseintritt war der Zugang zum Mittelmeer stark bedroht. In dieser Situation lehnte Großbritannien ein Friedensangebot Hitlers ab. Churchill: "Jene Gewohnheit, in Defensivbegriffen zu denken, die die Franzosen zugrunde gerichtet hat, darf bei uns nicht Platz greifen und unseren Initiativgeist nicht lähmen." (16) Auf dem Festland konnten sich die Briten noch nicht bewegen, zur See wurde später der U-Boot-Krieg von Deutschland entfacht und die britische Luftflotte befand sich noch im Aufbau.

Daß in Großbritannien heute an der Aufstellung der Statue Kritik geübt wird und z.B. von der "Times" an die Adresse des BCA Verzicht angemahnt wird, ehrt die Briten, wird aber in mehreren deutschen Zeitungen als sich selbst Recht gebend angeführt.

Bomben im Kalten Krieg

Mit gegenseitigen Schuldzuweisungen versuchten die ehemaligen Alliierten, die Verantwortung für die Bombardierung von Dresden dem Gegner im Kalten Krieg in die Schuhe zu schieben. Sie versuchten, sich die deutschen Gefühle nutzbar zu machen. Das amerikanische Außenministerium behauptete, daß Dresden auf Anforderung der Sowjets bombardiert worden sei, um zu verhindern, daß Truppenverstärkung durch Dresden geleitet werde; dem widersprach die SU jedoch. Wenn die Entscheidung für die Bombardierung von Dresden auch nicht frei von taktischen und politischen Erwägungen war, paßte sie durchaus in die Kriegführung der Alliierten zur Niederwerfung des verbissen weiterkämpfenden Nazideutschlands.

Die deutschen Positionen verbreiten das Bild der Sinnlosigkeit der Bombardements. Die DDR machte die Amerikaner für die Zerstörungen verantwortlich, ohne den britischen Anteil entsprechend zu würdigen und interpretierte sie als eine antisowjetische Aktion. Danach seien die Bomben geworfen worden, damit die Stadt für die anrückenden Sowjets unbrauchbar würde. (17)

Die BRD propagierte die Sinnlosigkeit der Bomben, weil Hitler auch ohne sie geschlagen worden wäre und prangerte die Unmenschlichkeit der Bombenkriegführung an. Ungerecht ist es danach auch, daß im Kriegsverlauf die deutschen Bombardements in Großbritannien abnahmen, während die alliierten Bombardements im Verlauf des Krieges wesentlich zunahmen. (18) Die Argumentation unterstellt, daß das 3. Reich einen separaten Krieg mit Großbritannien geführt hätte. Diese Argumentation wird auch weiterhin beibehalten.

Rettung der deutschen Fliegerehre

Die FAZ (19) machte einen längeren Text von Günther Gillessen, einem bekannten Geschichtsrevisionisten (20), in dem sie sich "Schlächter-Harris" vorknöpft, mit der Schlagzeile auf "Die Rache der Veteranen" (21). Darüber wird eine halbseitige Luftaufnahme vom schwadenverhangenen, brennenden Köln platziert. Anhand des Denkmals kommt sie 50 Jahre nach den Ereignissen zu dem Schluß, "Es geht nicht, wie es Deutschen erscheinen kann, um eine Art Fortsetzung des Bombenkrieges der vierziger Jahre mit anderen Mitteln (...). Freilich läuft es auf (...) den Versuch hinaus, zu rechtfertigen, was auch in einem gerechtfertigten Krieg als ein unrechtes Mittel angesehen werden muß." Ausgerechnet aus deutscher Sicht den Ehrenmann

herauszuhängen und mit den Briten auf honoriger Ebene eine Debatte über rechte Mittel im Luftkrieg führen zu wollen, setzt an einer ähnlichen Stelle mit der Geschichtsrevision an, wie bereits die Debatten über die Rettung der Kombattantenehre der Wehrmacht bei der Vernichtung der slawischen "Untermenschen" und die Darstellung der Waffen-SS als raue Burschen mit schwierigen Aufgaben und wenigen schwarzen Schafen. Nach den Versuchen, die rassistische Wehrmacht und die bewaffnete Nazi-Elite nachträglich auf den Verhaltenskodex der Genfer Konvention zu hieven, soll die Deutsche Luftwaffe rehabilitiert werden, indem die britische "Verwilderung des Luftkrieges" nicht als der barbarische und notwendige antifaschistische Akt dargestellt wurde, der er war, sondern als ein die deutschen Verbrechen in den Schatten stellender unmenschlicher Akt. Die FAZ: "Wie war es möglich, daß die britische Führung einen Mann wie Harris von der Kette ließ und im Kampf gegen Hitler-Deutschland zu Mitteln griff, die eher zu dem gewissenlosen Diktator als zu den Führern zivilisierter Demokraten paßten?" Dagegen: die deutsche Luftwaffenführung "teilte jedenfalls nicht die Vorstellung, ersatzweise oder direkt Krieg gegen die Zivilbevölkerung zu führen" und hielt "im Großen und Ganzen an der herkömmlichen Unterscheidung militärischer Ziele fest und suchte Nichtkombattanten zu schonen". Dann werden Ausnahmen angeführt: "Die Bomben auf das Londoner Eastend hatten den Dockanlagen gegolten", "Coventry, Rotterdam und das vielzitierte Guernica waren nicht als ‚Terror-Angriffe` geplant, sondern resultierten aus Fehlern", "Canterbury, Bath und York als ‚Repressalien` für britische Angriffe" und "V1 und V2 gegen London" werden als ",Vergeltungswaffen`" bezeichnet. Hier übernimmt die FAZ die Nazipropaganda und führt sie weiter. Sie argumentiert ganz im Sinne des für die Bombardierung von Guernica verantwortlichen Kommandeurs v. Richthofen, der von einem "etwas rüpelhaften Benehmen" (22) seiner Flieger sprach, allerdings entgegen einer internen deutschen Studie von 1937: "Im künftigen Luftterror kommt es weniger darauf an, die Arsenale der wirtschaftlichen Technik zu zerstören, als vielmehr sie zu entvölkern ..." (23).

Auch nicht erwähnt wird: Nach dem an der britischen Übermacht gescheiterten Versuch, die Luftüberlegenheit auf den britischen Inseln zu bekommen und der hitlerschen Invasionspläne, griff ab August 1940 die deutsche Luftwaffe besonders London, Coventry und Birmingham in Nachtbombardements an (24). Der deutsche Bombenkrieg gegen Großbritannien forderte 60.000 Tote auf der Insel und zerstörte 3,5 Mio. Wohnungen (25).

Die Bombenangriffe ließen erst nach, als die Flugzeuge für die Afrikafront gebraucht wurden. Die deutsche Luftwaffe hat wegen der Überlegenheit der Briten zum Glück nicht so gekonnt, wie sie gewollt hätte. Ihre Verhinderung legen sich die Wehrmachtsluftwaffe und ihre Ehrenretter heute als humane Militaristenehre aus. Der Verlierer will als Geschichtsklitterer moralischer Sieger über die britische "zivilisierte Demokratie" werden.

Die FAZ zählt unter den von "Schlächter-Harris" mit "area bombing" überzogenen Städten auch Freiburg i.B. auf. Dort gibt es aber eine besondere Geschichte zu erzählen: Der Angriff am 10.5.1940 auf den örtlichen Flughafen eröffnete den Bombenkrieg mit Großbritannien. Die deutsche Seite hatte den Angriff erst französischen, dann britischen Flugzeugen angehängt, ihn aber selbst (eventuell irrtümlich) geflogen. (26) Einen Tag später erteilte Churchill den Befehl zum Bombenabwurf im deutschen Hinterland. Es ist durchaus plausibel, daß der Angriff auf Freiburg bei den Alliierten als Versuch der deutschen Führung interpretiert wurde, eine Legitimation gegenüber der deutschen Bevölkerung für entsprechende ‚Vergeltungsaktionen` beim britischen Gegner zu bekommen. Die anschließenden, im Verhältnis zu späteren kleineren, britischen Angriffe z.B. auf Berlin (6./7.9.1940) werden in der deutschen Literatur gern als der Beginn des Bombenkrieges dargestellt. (27) Tatsächlich hat die deutsche Luftwaffe die sog. zweite Phase der Luftschlacht um England eröffnet, als sie vom 9.9.1940 an mit Nachtangriffen in großem Ausmaß Städte in ganz England bombardierte. Erst bei den späteren Angriffen der RAF wurde auch Freiburg i.B. zum Trümmerfeld und kommt in der FAZ zu antibritischen Ehren.

Zur Einweihung der Statue am 31.5. in London wird sicherlich eine Fortsetzung bringen:

hG, Gruppe K, Westberlin

Anmerkungen:

(1) So auch der Titel eines Fotobandes; Heinz Leiwig, Deutschland Stunde Null, Historische Luftaufnahmen 1945, Stuttgart 1987.

(2) Ebenfalls ein Buchtitel; Axel Rodenberger, Der Tod von Dresden, Frankfurt a.M. 1963. Zu "Dresden" gibt es eine große Auswahl von unsäglichen Büchern. Dieses ist zufällig herausgegriffen. Es wimmelt von Vergleichen mit Hiroshima und Auschwitz.

(3) Siehe dazu auch: Aram Ockert, Deutsche Friedensfreunde - unschlagbar, in: Kantstein (Zeitung der GAL-Hamburg) Nr.1 Jan./Feb. 92, S. 36 ff

(4) Prof. Gottstein vom IPPNW, zitiert nach: Flugschrift der Radikalen Linken, März 1991, S.21

(5) E. Schramm u.a., Geschichte des 2. Weltkrieges 1936-45, Teil 1, 1960, S. 54 ff

(6) Die Angaben über die Bomben-Toten erhalten bei dieser Kampagne zur Relativierung der deutschen Verbrechen und zur Intensivierung des deutschen Selbstmitleides, anscheinend einen Emotionalisierungszuschlag. Die BILD-Zeitung (27.3.92) hat 600.000 gewählt, in der FAZ (21.9.91) werden den nach amtlichen Angaben 35.000 Toten in Dresden 100.000 entgegengesetzt. Sie nähert sich damit schon der Propagandazahl der Nazipolizei von 202.040 Toten an.

Zu den Toten werden heute auch die Verfolgten des Naziregimes gezählt, die besonders als ZwangsrüstungsarbeiterInnen natürlich auch unter den Bombenopfern zu finden sind. Diese demokratische Gleichbehandlung der Opfer, halten sich viele deutsche Kommentatoren zugute. Sie meinen sich damit von den Nazis abzugrenzen, doch dient es der Funktionalisierung der Opfer für deutsche Interessen. Die Nazis haben in ihren Angaben über die Bombentoten, Ausländer, Häftlinge und Zwangsarbeiter als "getötet" oder "verletzt" gezählt, der deutschen Volksgemeinschaft zugehörige als "gefallen" oder "verwundet".

(7) Heinz Leiwig a.a.O., S. 11

(8) Eberhard Aleff, Das 3. Reich, Hannover 1970, S. 235

(9) wie (5)

(10) E. Aleff a.a.O., S. 211

(11) E. Schramm a.a.O., S. 56

(12) Frankfurter Rundschau 6.5.92, Eine Statue für Bomber-Harris soll Londons City zieren

(13) vgl. Politische Berichte 8.5.92, Eine problematische Form der Vergangenheitsbewältigung: "Gott strafe England"

(14) zitiert nach: Aram Ockert a.a.O.

(15) vgl. Politische Berichte a.a.O.

(16) E. Aleff a.a.O., S. 186

(17) Wolfgang Paul, ... zum Beispiel Dresden, Schicksal einer Stadt, Frankfurt a.M. 1964, S. 14 ff

(18) Als ein Beispiel von vielen: DTV-Atlas zur Weltgeschichte, Band 2

(19) Zur kontinuierlichen und treibenden Rolle der FAZ bei der Geschichtsrevision vgl. Heinrich Senfft, Kein Abschied von Hitler, Ein Blick hinter die Fassaden des "Historikerstreits", Hamburg 1990

(20) Günther Gillessen ist als FAZ-Autor bereits ein alter Bekannter in Sachen Geschichtsrevision und Historikerstreit. Damals aber noch an der Ostfront, wo er Hitler einen Präventivkrieg gegen die SU bescheinigt und zur Ehrenrettung des Generalfeldmarschall Erich v. Manstein antritt. Siehe dazu: H.Senfft a.a.O., S. 76. Manstein wurde als führender deutscher Stratege und Heerführer von einem englischen Militärgericht zu 18 Jahren verurteilt.

(21) FAZ 9.5.92, Günther Gillessen, Die Rache der Veteranen

(22) zitiert nach: Neues Deutschland 25./26.4.1992, Mehr als nur Rache für Guernica und Coventry

(23) zitiert nach: Neues Deutschland a.a.O.

(24) Kurt Kluxen, Geschichte Englands, Stuttgart 1968, S. 810

(25) K. Kluxen a.a.O., S. 811

(26) E. Aleff a.a.O., S. 187

(27) z.B. E. Schramm a.a.O., 1960, S. 46

10. Zwischen Widerstand und Knetmasse von Wolfgang Gehrke

Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:41

Von Wolfgang Gehrcke

Scheiden tut weh, so singt es schon der vielzitierte Volksmund, von einem Mythos Abschied nehmen tut weher, könnte mensch in der neudeutschen Werbesprache texten. Und trotzdem, der Bundesparteitag der Grünen, der vom 15. - 17.5.92 in Berlin-Ost stattfand, läßt keinen anderen Schluß zu: Die Grünen, wie sie sich Mitte der siebziger Jahre in der BRD herausgebildet hatten und wie sie über fünfzehn Jahre mit überraschenden Vorschlägen und Aktionen der offiziellen Politik das Fürchten beibrachten, gibt es nicht mehr.

Etwas Neues ist am entstehen: Eine ökologisch orientierte Bürgerrechtspartei im Osten und Westen Deutschlands. Die Konturen dieser Partei - begründet auf eine Fusion des Bündnis 90 und der Grünen - sind noch undeutlich, der Weg dahin vorgezeichnet und offensichtlich ohne Alternative. Teil des erneuten Umbruches der Parteienlandschaft der BRD.

Kaum eine andere - bisher im Parteienspektrum links anzusiedelnde -Kraft hatte es mit der Unterstützung so vieler Menschen es in einem geschichtlich kurzen Zeitraum geschafft, sich gesellschaftlich zu verankern und tatsächlich neue Impulse in die Politik einzubringen. Dies scheint sich heute auch angesichts eines Rückganges von Bewegungen und von Großdeutschland auf Wahlen zu verengen. Die wahlpolitische Unterstützung der Grünen scheint hingegen nach dem Ausrutscher "Bundestagswahlen" ungebrochen. Deshalb konnte Ludger Volmer, Sprecher der Grünen und des Linken Forums zu Beginn des Grünen Parteitages feststellen: "Die Grünen (stehen) in der Öffentlichkeit so gut da, wie seit Jahren nicht mehr".

Es ist und bleibt ein Verdienst der "alten" Grünen, die kapitalistisch wie auch die realsozialistisch geprägte Fortschritts- und Technologiegläubigkeit aufgebrochen zu haben und Gedanken einer anderen Produktivkraftentwicklung, eines veränderten Mensch-Natur Verhältnisses im Massenbewußtsein und in der Politik verankert zu haben.

Ebenso kamen von den Grünen wichtige Anstöße für ein neues Demokratieverständnis und die Frauenbewegung ist ohne Grüne kaum vorstellbar.

Die Grünen erreichten - zumindest über Zeiten - eine Auflösung des traditionellen Politikproblems: Forderung nach außen und Verhalten nach innen, parlamentarische Verankerung und außerparlamentarische Bewegung durch solche Festlegungen wie Frauenquote, Rotation, offene Listen u.a. mehr.

Obwohl selbst Partei, erschienen sie als Antipartei, als Begriff einer neuen Glaubwürdigkeit in der Politik.

Alles nicht ohne Widersprüche, Differenzen und Rückschritte. Ihr jetziger Parteitag schließt diese Entwicklung, mit einer Übereinstimmung zwischen Leitungen und Delegierten ab. Über den künftigen Weg der Grünen gab es keinen Kampf, weil kaum jemand noch da war, der darüber kämpfen wollte.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden, wenn dies so bleibt, zu einer Wahlpartei und koalitionsfähig bis zur CDU, und dies nicht erst seit dem Weggang von Jutta Ditfurth und des fundamentalistischen Flügels. Die historische Kraft einer grünen Politik hatte sich erschöpft.

Für den sicher schwierigen Prozeß, grüne Positionen für eine Vereinigung von Bündnis 90 und Grünen zu bestimmen, hatte sich der Grüne Parteitag zwei Stunden Zeit genommen. Elf (11) gesetzte RednerInnen verbrauchten davon die Mehrheit, ein Antrag die Debattenzeit zu verlängern, verfiel der Furcht, es könnte etwas zerredet werden. Artig zogen Delegierte - eine(r) nach der/m anderen - Alternativanträge zum Text des Bundesvorstandes mit höflichen Verbeugungen zurück. Eine wenig bedeutende Abstimmungsniederlage des Bundesvorstandes wurde mit einer über neunzigprozentigen Mehrheit für das Gesamtprojekt kompensiert. Die Parteitagsregie, ein früher im Zusammenhang mit Parteitagen der Grünen kaum vorstellbarer Begriff, dominierte. Vor den strengen Augen des angestrebten Wunschpartners und der FreundInnen MinisterInnen.

Raus aus dem Lagerdenken, mit diesen Worten wurden die Sondierungsgespräche zwischen Grünen und der CDU in Baden-Württemberg kommentiert und von der Mehrheit des Parteitages beklatscht. Ernsthaft waren

diese Gespräche und nicht auf Entlarvung gerichtet und mußten in Rechnung stellen, daß die SPD in Baden-Württemberg nicht regierungsfähig ist, auch diese Feststellung stieß auf wenig Widerspruch. Oh Zeiten, wo die Frage Tolerieren oder/und Koalieren mit der SPD grüne Parteitage entzweite. Dies wäre heute nun überhaupt kein Diskussionspunkt mehr.

Eine ökologische Bürgerrechtspartei "DIE GRÜNEN/Bündnis 90" oder umgekehrt ist nicht mehr mit sozialistischen Positionen zu beurteilen und lehnt für sich auch den Begriff links ab. Für eine solche Partei wird ein Platz im Parteienspektrum deutlich über 5% vorhanden sein und ohne sie werden künftig Regierungsbildungen schwer werden. Die Plätze auf den Oppositionsbänken werden einsam werden. Wer außer der PDS will heute eigentlich Opposition sein? Und das nicht nur notgedrungen.

Das Entstehen einer Bürgerrechtspartei wird Einfluß auf das politische Verhalten aller anderen Kräfte haben. Es wird gut sein, bei aller Enttäuschung mit einer gewissen Offenheit ihre Entwicklung zu betrachten. Das zeigen u.a. die Entscheidungen des Grünen Parteitages zum § 218, zur Solidarität mit den östlichen Bundesländern und zum Asyl. Hier sind zahlreiche Berührungspunkte mit den Auffassungen der PDS vorhanden.

Die Grünen sind nicht mehr die Grünen, aber bekanntlich läßt die Katze das Mausen nicht und neu entstehende Bewegungen, außerparlamentarische Kämpfe werden nicht spurlos an der neuen Partei, egal wie sie denn heißen wird, vorbeigehen.

Es bleibt ein persönliches Fazit:

- Wer die Grünen der vergangenen Jahre sucht, wird wenig wiedererkennen;

- wohin das Neue geht, ist in vielerlei Hinsicht offen und

- der Autor hat sich in der Vergangenheit, was die Grünen angeht, häufiger getäuscht. Auch dies sollte bedacht werden.

Wolfgang Gehrcke ist Bundesgeschäftsführer der PDS

11. Dunkelgrün mit braunem Einschlag Kleines Portrait des Ökofaschismus

Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Rechtsradikale, Altnazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:29

Am Wochenende des 2./3. Mai '92 beschloß es die Bundesdelegiertenkonferenz des Bündnis 90 in der großdeutschen Hauptstadt Berlin und zwei Wochen später der grüne Bundesparteitag ebenda: innerhalb der nächsten 11 Monate sollen die westdeutschen GRÜNEN und das ostdeutsche Bündnis 90 zu einer neuen gesamtdeutschen Partei fusionieren. So gähnend langweilig und irrelevant die grüne Parteikiste für die Überreste der Linken auch geworden ist: an einem Punkt sollten Linke, als AntifaschistInnen, die Entwicklung dieses Spektrums genau beobachten. Diskutiert wird in beiden Parteien derzeit, ob mann/frau einen Beifahrer mit ins gemeinsame Boot nehmen soll. Es handelt sich um die "Ökologisch-Demokratische Partei" ÖDP.

Die ÖDP ist der parteiförmige Ausdruck jener Strömungen im "klassisch" rechtsextremen Lager und aus der Bürgerinitiativ- und Ökologiebewegung heraus, die Ökologie verbinden mit:

- Bevölkerungspolitik (gegen "Überbevölkerung" in der "Dritten Welt", gegen "Zustrom von Ausländern" als "ökologisches Problem"),

- de facto "Rassenhygiene",

- sogenanntem "Lebensschutz" (sprich: harte Position gegen Schwangerschaftsabbrüche).

Fundament dieses ideologischen Gebräus ist, daß das Grundübel hinter den realen ökologischen Problemen darin läge, daß die menschliche Gesellschaft gegen biologische Naturgesetze verstoße. Die Biologie wird dabei unterschiedslos auf die menschliche Gesellschaft wie auf Ökosysteme von Pflanzen und Tieren angewandt.

Die ÖDP gründete sich im Jahr 1981 aus jenen Kräften, die sich unter Führung des ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl wegen der "zu linken" Passagen des Saarbrücker Parteiprogramms (vom März 1980) von der frisch gegründeten grünen Partei abgespalten hatten. Mißfallen erregten vor allem die Passagen zur Emanzipation der Frau und gegen die Diskriminierung von Homosexuellen sowie die Unterstützung von gewerkschaftlichen Forderungen.

Rechtsextreme und Ökofaschisten hatten in der Anfangsphase der ökologischen Parteigründung eine bedeutende Rolle gespielt. Martin Mußgnug, der langjährige NPD-Boß (inzwischen bei der "Deutschen Liga"), erklärte Ende der 70er Jahre: "Wenn einige vorausschauende Linke in der grünen Welle letzlich die ‚Gefahr einer Rechtsentwicklung` sehen, so wollen wir dem nicht widersprechen. Nationaldemokraten voran." In Rheinland-Pfalz gründete die NPD gar selbst die regionale "Grüne Liste". Der Bundesvorstand der GLU (Grüne Liste Umweltschutz, eine der Vorläuferorganisationen der grünen Partei) nahm damals Fusionsverhandlungen mit dieser Grünen Liste (weitgehend identisch mit der dortigen NPD) auf. Die rheinland-pfälzische NPD ließ ein "Ökologisches Manifest" kursieren, das eindeutig vom "Ökologischen Manifest" des Herbert Gruhl abgeschrieben war und durch die "Jungen Nationaldemokraten" (JN) bundesweit übernommen wurde. Von dem ÖDP-Gründer Herbert Gruhl schrieb nicht nur die NPD/JN ab, sondern in jener Zeit - als das neofaschistische Spektrum auf die Gründung einer rechtslastigen Ökologiepartei hoffte - auch die DVU, die neu-rechten "Solidaristen" (die dem Vorbild des NSDAP-"Linken" Otto Strasser folgten), das Blatt "Die Bauernschaft" von Thies Christophersen (SS-Mann, KZ-Wächter und Autor von "Die Auschwitz-Lüge") und andere.

Anfänglich hatten größere Teile des reaktionären und faschistischen Spektrums Hoffnungen darauf gesetzt, daß eine Ökologiepartei à la Herbert Gruhl die von ihnen propagierte "Vierte Partei" werden würde. (Als die CSU 1976 ihre bundesweite Ausdehnung ankündigte, wurden bundesweit "CSU-Freundeskreise" ins Leben gerufen. Nachdem auf Druck der CDU die bundesweite CSU doch wieder abgeblasen wurde, entstanden daraus "Vierte Partei"-Initiativen.) Der "Bundesverband der Deutschen Industrie" (BDI) plädierte in einer internen Studie dafür, "grüne Listen bei Landtagswahlen vorsichtig zu begünstigen"; die Managerpostille "Gesellschaftspolitik und Wirtschaftsordnung" (4. August 1978) lobte den Chef der GLU Niedersachsen, der durch die "Solidaristen" unterstützt wurde. Doch das Hineinströmen von Linken und Ex-Linken in die grüne

Partei ließ immerhin die Kreise um Herbert Gruhl gehörig auf die Schnauze fallen. Mensch könnte einerseits konstatieren, wie Detlef zum Winkel einmal in der "Konkret" schrieb, daß - so schlimm die Entwicklung in der grünen Partei auch verlief - es denjenigen Linken, die in diese Partei hineingingen, immerhin zu verdanken sei, daß in der gesellschaftlichen Wahrnehmung das Thema Ökologie mit einem linken, gesellschaftskritischen Ruf verbunden wurde und die Verbindung Ökologie-Rassismus und die Herausbildung dunkelgrüner Parteien erspart blieb. Andererseits wäre einzuwenden, daß die Mitarbeit von Gruhl und Konsorten in der grünen Partei möglicherweise mehr an deren Halsstarrigkeit als am mangelnden Willen von anderen Grünen gescheitert ist. Die ehemalige linke Gallionsfigur Rudi Dutschke prägte jedenfalls den geflügelten Begriff vom "Historischen Kompromiß von Gruhl bis Dutschke".

In den 80er Jahren hatte die ÖDP eher ein Schattendasein geführt. Jahrelang lag sie im Windschatten der 1%-Hürde, an die sie erst die Landtagswahl in Baden-Württemberg im Frühjahr 1988 heranbrachte. Seither erringt die ÖDP zumindest Achtungserfolge; bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg im April 1992 erreichte sie immerhin knapp 2%. In ihrer regionalen Hochburg im nordöstlichen Bodenseeraum (um Ravensburg und Weingarten) liegt sie seit 1987 in der Größenordnung über 5%.

Im Laufe des Jahres 1989 erlebte die ÖDP zwei Abspaltungen. Auf dem ÖDP-Bundesparteitag in Saarbrücken im Januar 1989 verabschiedete eine knappe Mehrheit des Parteitags eine Erklärung, die eine formelle Abgrenzung zur NPD und den REPs zieht. (Dies ist weiter nicht besonders bedeutend, die REPs haben einen ähnlichen Beschluß gegenüber NPD und DVU.) Spitzenfunktionäre und circa 500 Mitglieder verließen daraufhin die ÖDP; weitere 1.000 blieben in der Partei, stellten aber die Zahlung ihrer Mitgliedsbeiträge ein (laut Angaben der "Dissidenten"). Manche ehemaligen ÖDP-Funktionäre, speziell im niedersächsischen Raum sowie in Bayern, stiegen rasch innerhalb der REPs auf. Herbert Gruhl, der langjährige Übervater der ÖDP, gründete mit circa einem Viertel der Delegierten von Saarbrücken den "Arbeitskreis Ökologische Politik"; dort setzte er als erstes die Forderung nach einem "Einwanderungsstopp aus ökologischen Gründen" durch. Zum Mitarbeiterstab seiner Zeitschrift "Ökologie" zählen zahlreiche ehemalige REPs, "Nationalrevolutionäre" wie Heinz-Siegfried Strelow und Wolfram Bednarski. Am 14.7.1989 gründete sich eine weitere ökofaschistische Gruppierung aus ehemaligen ÖDP-Mitgliedern: die "Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Ökologen Deutschlands". Es wäre falsch zu glauben, damit seien die Rechtsextremen aus der ÖDP "draußen", wie es deren jetziger Bundesvorsitzender Hans-Joachim Ritter hinzustellen sucht. Richtig ist vielmehr, was das Buch "In bester Gesellschaft - Antifa-Recherche zwischen Konservativismus und Neofaschismus" feststellt: "Die ‚Unabhängigen Ökologen` können relativ autonom ... auf die ÖDP, die REPs und verstreute Aktivisten der verschiedenen ‚nationalrevolutionären` Gruppen und Reste des WSL ("Weltbund zum Schutz des Lebens"; ak) Einfluß nehmen." (S. 138) Die Kontakte zur ÖDP sind keineswegs abgerissen: bei den ersten Versammlungen der "Unabhängigen Ökologen" im "Collegium Humanum" des WSL "hielten sich ... Mitglieder der ÖDP, der REPs und Parteilose die Waage." (ebenda)

Nach den Spaltungen streckte die neue ÖDP-Führung ihre Fühler sofort wieder nach rechts aus. Zum Schlesier-Treffen in Hannover wurde ein Flugblatt der niedersächsischen ÖDP verteilt, worin zu lesen war: "Was sollen Heimatvertriebene von einer Bundesregierung erwarten, welche die Oder-Neisse-Linie als ‚endgültige deutsche Ostgrenze` bezeichnet ...? Wir Ökologischen Demokraten meinen: Deutschlandpolitik muß zuerst den Menschen dienen. Deshalb treten wir besonders für die circa 1,1 Mio. Deutschen, die immer noch jenseits von Oder und Neisse ohne elementarste Grundrechte leben, ein."

Doch gleichzeitig bieten sich neuerdings in der grünen Partei und beim Bündnis 90 bisher ungeahnte Bündnismöglichkeiten für die Ökofaschisten. Auf Bundesebene ist die Diskussion um die Einbeziehung der ÖDP in die künftige Vereinigung GRÜNE/Bündnis 90 voll im Gange; von Wolfgang Templin und anderen war auf dem jüngsten Parteitag ein Antrag gestellt worden, der die ausdrückliche Einbeziehung der ÖDP fordert. Antje Vollmer erklärte, sie habe zur ÖDP "keinerlei Berührungsängste", der Bruch mit den Wertkonservativen der ÖDP müsse "gekittet werden". Günter Nook vom Bündnis 90 in Brandenburg äußerte im Interview im "Neuen Deutschland": "Die ÖDP als rechte Partei darzustellen, ist falsch. Daß manche sie gerne so sehen möchten, weiß ich. (...) Unser Projekt Bündnis für Ökologie und Demokratie kann kein linkes Projekt sein. Deswegen sind die Stimmen aus dem Linken Forum bei den Grünen völlig irrelevant." (4.5.92) Bei der Vorbereitung der Aktivitäten gegen den Weltwirtschaftsgipfel im Juli '92 in München, die sich in zwei politische Flügel gespalten hat, gingen auf dem einen Flügel GRÜNE und ÖDP ein enges Bündnis ein. Während auf Bundesebene noch diskutiert wird, praktiziert das Bündnis 90 in Brandenburg schon heute ebenso eine enge

Zusammenarbeit mit der ÖDP wie die GRÜNEN an vielen Orten in Bayern. Peter Schwanewilms, Mitglied im grünen Kreisvorstand in Hamburg-Altona, merkt in einem Leserbrief in der "taz" an: "Ein Mitglied der ÖDP ist mit Mehrheit der Wahllisten-MV auf die Liste für die Bürgerschaftswahl (im Juni 1991) gewählt worden. In mehreren Bezirken sind ÖDP-Mitglieder Mitglied der Fraktion der Grünen der Bezirksversammlungen bzw. ihrer Ausschüsse (Altona, Harburg, Wandsbek). Die Mitarbeit der ÖDP-Mitglieder ist normaler Alltag unserer politischen Arbeit." Damit hat die grüne Partei den Rechtsextremen schneller einen Platz im neuen deutschen Parteiensystem verschafft als die großen Volksparteien dies vermochten.

Bernhard, Gruppe K

12. Verteidigung oder Kollaboration? "Telegraph" wirft Gysi Mandantenverrat bei der Verteidigung Bahros vor

"Telegraph" wirft Gregor Gysi Mandantenverrat bei der Verteidigung Rudolf Bahros vor

Autor: Claudia Gohde · Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Stasi-Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:46

Am 4. Mai 1992, drei Wochen vor der Berliner Wahl, präsentierte das Fernsehmagazin "Kontraste" erneut einen Stapel Stasi-Akten, die angebliche Protokolle und Berichte Gregor Gysis über die Verteidigung des ehemaligen Regimekritikers Rudolf Bahro wiedergeben. Die "Kontraste"-Mitarbeiter Roland Jahn und Peter Wensierski stützten sich dabei auf eine Sondernummer der Zeitschrift "telegraph", die in der Tradition der DDR-oppositionellen "Umweltblätter" steht und von der "Umweltbibliothek", verantwortlich Wolfgang Rüddenklau, herausgegeben wird. In einem 22seitigen Brief an die RedakteurInnen des "telegraph" hat Gregor Gysi zu diesen Dokumenten Stellung genommen und versucht, das Zustandekommen aufzuklären. Dabei sind mehr Erkenntnisse und Details über die Tätigkeit der Stasi zu Tage gekommen, als in vielen allgemeinen Einschätzungserklärungen, die jeweils zur Verdammung des einen oder Rechtfertigung eines anderen abgegeben werden. Und wieder einmal beweist sich, daß die Stasi-Akten nicht per se die Wahrheit sind, sondern erst mit Hilfe aller seinerzeit Beteiligten - MfSlerInnen, Opfer, IMs - entschlüsselt werden müssen.

In den meisten der vom "telegraph" veröffentlichten Dokumente geht es um die Verteidigung Rudolf Bahros. Rudolf Bahro hat selber keine Akteneinsicht beantragt, weil er meint, daß "nur dort eine Chance zu wirklicher Aufarbeitung besteht, wo man den Menschen Raum läßt, sich selber zu offenbaren - alles andere vermehrt die Vergiftung und bringt nur scheinbar die Gerechtigkeit voran" (Brief an "Neues Deutschland" 14.5.92). Insofern steht die Frage, woher die anonymen AutorInnen die Akten bezogen haben. Unter anderem veröffentlichen sie auch ein MfS-Dokument, in dem die beabsichtigte Anwerbung Gregor Gysis begründet wird; dieses Dokument war von Gregor Gysi bereits vor einigen Wochen selbst veröffentlicht worden, allerdings unter Einschwärzung des Namens seiner ehemaligen Ehefrau. Eben dieses Dokument taucht nun ohne Einschwärzung im "telegraph" auf, so daß auf einen direkten Aktenfluß zwischen Gauck-Behörde und den "telegraph"-MacherInnen geschlossen werden kann.

Die Verteidigung Rudolf Bahros

Gegen Rudolf Bahro war 1977 ein Ermittlungsverfahren mit gleichzeitiger Inhaftierung wegen des "Staatsverbrechens der "Staatsfeindlichen Verbindungsaufnahme" eingeleitet worden, das erst später auf das Staatsverbrechen der "Nachrichtenübermittlung und das Vergehen "Geheimnisverrat" geändert wurde. Zunächst ging es nur formal um seine Kontakte in die BRD und erst später auch um sein Buch "Die Alternative" und seine Dissertation, die er in die BRD, bzw. nach Westberlin übermittelt hatte (Vorwurf der Nachrichtenübermittlung). 1978 wurde er zu acht Jahren Freiheitsstrafe wegen "Nachrichtenübermittlung" und "Geheimnisverrats" verurteilt. Die Berufung wurde abgewiesen. Im Rahmen einer Amnestie im Jahr 1979 erfolgte die Entlassung aus dem Strafvollzug und unmittelbar danach die Übersiedlung von Rudolf Bahro und seinen Familienangehörigen in die BRD. Im Jahr 1990 kassierte das Oberste Gericht der DDR das Urteil und sprach ihn frei.

In den Jahren 1977 bis 79 galt Bahro in der DDR als Staatsfeind Nummer Eins. Mit der Inhaftierung war die politische Absicht verbunden, Bahro auch zu verurteilen. Obwohl Mandant und Anwalt sich darüber im Klaren waren, legten sie die Verteidigungsstrategie auf Freispruch an, was in politischen Prozessen schon als Anmaßung verstanden wurde. Dabei gestaltete sich der Kontakt zwischen Angeklagtem und Verteidiger äußerst schwierig. Bei Einleitung des Ermittlungsverfahrens und der Inhaftierung hatte der Staatsanwalt festgelegt, daß Gregor Gysi seinen Mandanten nur im Beisein eines Vertreters der Untersuchungsabteilung des MfS sprechen durfte, zudem war ihm untersagt, über die "Sache", d.h. über die Beschuldigung zu sprechen. Erst nach Abschluß des Ermittlungsverfahrens konnte das erste Vier-Augen-Gespräch stattfinden. Im Strafvollzug war zunächst ein Vier-Augen-Gespräch möglich, weitere wurden dann aber wieder untersagt, als ein Kassiber Rudolf Bahros im "Spiegel" veröffentlicht wurde, und Gysi deswegen verdächtigt wurde. Ein Großteil der Gespräche mußte also unter Aufsicht abgewickelt werden, und selbst bei den Vier-Augen-Gesprächen mußte mit Abhörmaßnahmen gerechnet werden. Entsprechend wurden die

Gespräche zu Kunstwerken, die sowohl gegenseitige Informationen transportieren sollten als auch die jeweiligen Lauscher mit Informationen bedienen sollten.

Eine Amnestie für Rudolf Bahro und Nico Hübner

Spätestens nach der Verurteilung Rudolf Bahros war das Ziel der Verteidigung, einerseits eine Verbesserung der Haftbedingungen zu erreichen und andererseits die Gründe für eine vorzeitige Haftentlassung auszuformulieren. Dabei bedienten sich Mandant und Verteidiger einer Taktik, den Verantwortlichen möglichst viele eigene Argumente zuzuspielen: Die Haftbedingungen sollten nicht dergestalt schlecht sein, daß sie das Ansehen der DDR international schädigten; verdeutlicht werden sollte, daß, solange Rudolf Bahro in Haft war, er ein ständiger Grund der Verunglimpfung der DDR und der inneren Unruhe war, so daß von DDR-Seite das Interesse, ihn loszuwerden, bestärkt wurde. Es war klar, daß sowohl Begnadigung, als auch Wiederaufnahmeverfahren oder womöglich Kassation des Urteils für die DDR-Führung wegen des damit verbundenen Gesichtsverlustes nicht in Frage kam, auch weil damit die abschreckende Wirkung des Urteils verlorengegangen wäre. So blieb nur die Amnestie. Dazu Gregor Gysi: "Die Amnestie war für die Parteiführung insofern eine Lösung, weil dann Rudolf Bahro scheinbar zufällig Nutznießer einer allgemeinen Haftentlassung wurde. Sie schränkte auch die Präventivwirkung nicht ein, weil kein anderer potentieller 'Täter' darauf vertrauen konnte, zufällig unter eine Amnestie zu fallen. Noch heute behaupte ich, daß die Amnestie im Jahre 1979 in erster Linie wegen Rudolf Bahro und dem Wehrdienstverweigerer Nico Hübner durchgeführt wurde. Die SED-Führung wollte unter Aufrechterhaltung des Urteils beide loswerden und gleichzeitig den Eindruck vermeiden, internationalem Druck nachgegeben zu haben. Aber das 'Loswerden' war auch ernstgemeint. Hätte es diese beiden 'berühmten' Strafgefangenen nicht gegeben oder hätten sich beide entschlossen, in der DDR zu bleiben, hätte es - glaube ich - diese Amnestie nicht gegeben. Das wird schon bei einem Vergleich der verschiedenen Amnestiebeschlüsse des Staatsrates der DDR sichtbar. Sowohl die Amnestie davor als auch die danach waren wesentlich umfangreicher. Es war die Amnestie 1979 die mit der größten Zahl von Ausnahmen, d.h. von Verurteilten, die nicht unter die Amnestie fielen. Die Straftatbestände, die unter die Amnestie fielen und jene, die nicht darunter fielen, waren so abgezirkelt, daß Rudolf Bahro und Nico Hübner unter die Amnestie fielen, andere Verurteilte nicht, die aber nach der Logik des Strafgesetzes der DDR wegen weniger schwerwiegender Straftaten verurteilt worden waren." Eine Amnestie war für die Führung aber nur akzeptabel, wenn sie mit der Ausreise Rudolf Bahros aus der DDR verbunden war und ebenso mit der Ausreise seiner Angehörigen, damit der "Unruheherd" aus der DDR verschwand und die Kontakte zur DDR weitgehend abgebrochen wurden.

Mandantengespräche unter Aufsicht

In Kenntnis all dieser Konstellationen und Interessenlagen, versuchten Rudolf Bahro und Gregor Gysi Informationen wie Spielkarten sowohl bei ihren Gesprächen untereinander als auch bei Gesprächen Gregor Gysis mit Staatsanwalt und Vertretern des ZK der SED auszuspielen. Zu einem in den Stasi-Akten wiedergegebenen Gespräch erklärt Gregor Gysi: "Dieses längere Gespräch zwischen Rudolf Bahro und mir während des Besuchs im Strafvollzug zu dieser Thematik führten wir ja nicht für uns. Sie waren aus seiner Sicht eindeutig zur Weiterleitung durch den Offizier des Strafvollzugs bestimmt. Rudolf Bahros Interesse bestand darin, den politisch Verantwortlichen klar zu machen, daß es auch auf ihrer Seite Motive geben könnte, Rudolf Bahro zu rehabilitieren. Dabei sollte die Argumentation so vertieft wie möglich geführt werden. Es gehörte deshalb auch zu dieser Art des Gesprächs, daß ich ihm gegenüber versuchte, die möglichen Gegenargumente der politisch Verantwortlichen aufzuzeigen. So bekam er die Gelegenheit, auch darauf zu erwidern. Und so entstand die Chance, eine umfassende Argumentation durch Rudolf Bahro und indirekt auch durch mich zu geben. Es fällt auch auf, daß die Argumentation nie mit einer Ausführung von mir, sondern immer mit einer Ausführung dagegen von ihm endet. So wie Rudolf Bahro daran interessiert war, daß der Offizier des Strafvollzugs dies weiterleitete, war er gleichermaßen daran interessiert, daß auch ich diese Argumentation den politisch Verantwortlichen zugänglich machte. Das habe ich auch in dem Gespräch mit dem Mitarbeiter der Abteilung Staat und Recht des ZK getan."

Akten als Produkte der Informationsverdichtung

Die präsentierten Dokumente aus der Stasi-Hinterlassenschaft, Tonbandabschriften und Gesprächsprotokolle, sind tatsächlich auf den ersten Blick kaum widerlegbare Zeugnisse für eine Kollaboration Gysis mit dem MfS. Die Berichte beginnen in der Regel mit der Formulierung "Am ... wurde mit Gen. Gysi in seiner Wohnung ein

weiteres Gespräch geführt". Er berichtete über die am ... erfolgte Aussprache mit Bahro ... deren Extrakt er auf Tonband sprach". Solche in der Ich-Form gehaltene Tonbandabschriften sind ebenfalls dokumentiert. Sie enthalten Aussagen zum Gesundheitszustand des Mandanten, Forderungen zur Hafterleichterung, aber auch Äußerungen, in denen sich Gregor Gysi scheinbar die Interessen der Parteiführung zu eigen macht, bzw. gegen die Interessen seines Mandanten berichtet und argumentiert.

Aktenlage...

Ein besonders schwerwiegender Vorwurf sei hier von der Aktenlage her und den Erklärungen, die Gregor Gysi dazu abgibt, dargestellt: In zwei Dokumenten vom 7. Dezember 1978 werden Nachrichten wiedergegeben, die Rudolf Bahro seinem Anwalt während des Haftbesuches auf einen Zettel geschrieben hatte. Zunächst die angebliche Tonbandabschrift eines Gysi-Berichtes aus den Stasi-Akten: "Aus Furcht, daß das Gespräch abgehört werden könnte, notierte er (Bahro, d. Verf.) auf einem Zettel, daß er bereits eine Meldung nach drüben lanciert habe, die eine Berichtigung der ADN-Nachricht über seine Verurteilung darstellen würde. Weiterhin notierte er zu einem späteren Zeitpunkt noch, daß er auch eingeleitet habe, daß seine Familie ausreichend finanziell versorgt werden würde. Dies sei für ihn wichtig, damit er nicht für den Unterhalt der Kinder im Strafvollzug arbeiten müsse." Und weiter heißt es noch: Im Laufe des Gespräches erklärte er auch, er wüßte, daß vor einigen Tagen eine Konferenz über ihn in Westberlin stattgefunden hatte. Er wußte sogar, daß die Konferenz mehrtägig war. Ich habe ihm mitgeteilt, daß die Konferenz allgemein als wenig erfolgreich von den Veranstaltern bezeichnet wurde."

In einem ergänzenden Bericht des Stasi-Majors Lohr über ein angeblich mit Gregor Gysi geführtes Gespräch vom gleichen Tage heißt es: "Die während des Gespräches von Bahro auf den Zettel des Gen. Gysi aufgeschriebenen Notizen - 'Ich habe eine Meldung nach drüben lanciert, die eine Berichtigung der ADN-Meldung über meine Verurteilung darstellt' und 'ich hoffe, das finanzielle Problem für die Kinder gelöst zu haben - brauche also für den Unterhalt der Kinder im Strafvollzug nicht mehr zu sorgen' beziehen sich nach Einschätzung von G. auf den aus der Haft geschmuggelten Brief von Bahro ('Spiegel' Nr. 44/78, 'Brief aus der Haft') (und auf) die Einbeziehung eines Häftlings in die finanziellen Angelegenheiten betreffs der durch die 'Europäische Verlagsanstalt' Köln für Bahro hinterlegten Gelder, in dem er einen Häftling beauftragt hat oder beauftragen wird, durch Vollmacht von ihm in den Besitz dieser Summe oder eines Teils zu kommen und an die Familie Bahros zu übergeben."

... und so könnte es gewesen sein

Beide Berichte vom selben Tage enthalten zum Teil identische, unnötig wiederholende, zum Teil einander ergänzende Aussagen. Es steht zu vermuten, daß hier verschiedene Quellen benutzt wurden und daraus Berichte aus einem Guß "verdichtet" wurden. Gregor Gysi erklärt dazu, daß keines dieser Gespräche in seinem Haus und auch nicht mit einem Mitarbeiter des MfS geführt wurde. Er schlußfolgert: "Derjenige oder diejenige, der oder die hier die Information in dem ergänzenden Bericht geliefert hat, muß aus meinem unmittelbaren Umfeld gewesen sein. Er bzw. sie muß auch die Möglichkeit gehabt haben, kurz in meine Akten zu sehen. Die Vermutung "kurz" ergibt sich daraus, daß die oder der Betreffende offensichtlich nicht ausreichend Zeit hatte, um die Notizen von Rudolf Bahro richtig zu entziffern bzw. sich aufzuschreiben, um sie auch korrekt zitieren zu können. In diesem Bericht werden zwei Notizen von Rudolf Bahro zitiert. Die eine Notiz soll lauten: 'Ich habe eine Meldung nach drüben lanciert, die eine Berichtigung der ADN-Nachricht über meine Verurteilung darstellt.' In Wirklichkeit lautete die Notiz: 'Ich habe das, was zur Richtigstellung der ADN-Meldung nötig ist, wahrscheinlich drüben.' Die zweite Notiz soll laut Bericht heißen: 'Ich hoffe, das finanzielle Problem für die Kinder gelöst zu haben - brauche also für den Unterhalt der Kinder im Strafvollzug durch körperliche Arbeit - nicht zu sorgen.' In Wirklichkeit lautete aber die Notiz: 'Ich hoffe, das Finanzielle für Gundula bald gelöst zu haben, so daß ich wegen Geld nicht arbeiten müßte.' Wenn ich versucht hätte, wörtlich zu zitieren, dann hätte ich dies auch exakt tun können. Es ergibt auch keinen Sinn, wenn tatsächlich diese Mitteilungen durch mich übermittelt worden wären, daß ich diese dann falsch zitiert hätte. Es spricht also vieles dafür, daß hier eine persönliche Quelle genutzt wurde, die aber nicht mit mir identisch ist."

Was die angebliche Tonbandabschrift angeht, erinnert sich Gregor Gysi daran, mit einem Vertreter der Abteilung Staat und Recht des ZK der SED oder einem Staatsanwalt über die dargestellten Themen gesprochen zu haben. Zu den Kassibern schreibt er: "Erklären muß ich jedoch, weshalb und wie die Informationen gegeben wurden. Rudolf Bahro hatte mir aufgeschrieben, daß er wahrscheinlich eine

Berichtigung der ADN-Meldung bereits im Westen habe. Ich ging davon aus, daß er damit jenes Schreiben meinte, das der "Spiegel" bereits im November veröffentlicht hatte. Auch in diesem Schreiben beschäftigte er sich ja mit dieser ADN-Meldung. Wahrscheinlich meinte er aber den zweiten Kassiber, von dessen Existenz ich noch nichts wußte. Er hatte auch nicht erwähnt, daß es sich um eine zweite Nachricht handelte. Deshalb habe ich ihm zu verstehen gegeben, daß diese Nachricht bereits angekommen und im "Spiegel" so veröffentlicht worden war, daß auch die Herkunft eindeutig war. Damit war die Tatsache dieses Kassibers kein Geheimnis mehr, wenn auch zwischen uns das Mißverständnis blieb. Der Mitarbeiter des ZK sollte aber nicht wissen, daß Rudolf Bahro über die Veröffentlichung bereits von mir informiert war. Deshalb erfolgte dazu keine Information. Er und sein Vorgesetzter sollten durchaus im Glauben belassen werden, daß Rudolf Bahro nicht wüßte, ob der Kassiber angekommen ist oder nicht. Die Verantwortlichen sollten ferner wissen, daß Rudolf Bahro eine Regelung hinsichtlich der Unterhaltsansprüche gefunden hatte. Eine heimliche Unterhaltszahlung hätte ihm nichts genutzt, weil der Strafvollzug verpflichtet geblieben wäre, von der Vergütung seiner Arbeitsleistung den Unterhalt seiner Angehörigen zu überweisen. Das hatte ich Rudolf Bahro bereits im Gespräch gesagt. Er wollte nämlich, statt eine unqualifizierte Arbeit zu leisten, die Zeit nutzen, um Konspekte aus Büchern anzufertigen oder theoretisch zu arbeiten. Aus dem Dokument ergibt sich, daß ich auch darüber informierte, daß Rudolf Bahro über die Solidaritätswelle im Westen Bescheid wußte. Das war wichtig, damit sie nicht denken würden, daß er sich vergessen fühlte und deshalb auf ihre Bedingungen eingehen würde.

Es stimmt auch, daß ich dem Vertreter des ZK sagte, daß ich Rudolf Bahro erklärt hätte, daß die Konferenz allgemein als wenig erfolgreich von den Veranstaltern bezeichnet wurde. Rudolf Bahro wird aber noch wissen, daß ich dies sogar laut und deutlich so gesagt und ihm gleichzeitig ein Zeichen gegeben habe, das das Gegenteil bestätigte. Aus welchen Gründen ich Letzteres dem ZK-Vertreter nicht mitteilte, bedarf wohl keiner Erläuterung."

"Damit Sie sich selbst ein Urteil bilden können" ?

Die "telegraph"-Sondernummer zum Fall Gysi enthält neben Berichten und Tonbandabschriften einen einleitenden Kommentar, in dem ein vernichtendes Urteil über Gregor Gysi gefällt wird: "Unseres Erachtens war Gregor Gysi immer auf der anderen Seite der Barrikade, auf der Seite der Mächtigen. (...) Damals 1978 als Anwalt, wie auch ab 1989 als Parteivorsitzender hat Gregor Gysi alternative Ansätze von unten verhindert, die Verantwortlichen für Mißwirtschaft und innenpolitischen Unrechtsstaat geschützt und die Übernahme der DDR durch die BRD vorbereitet, was ganz deutlich sein Verhalten in (?? d. Verf.) und zur Regierung Modrow-Luft verdeutlicht. (...) Nur scheint sich seine Loyalität gegenüber der staatstragenden Partei stärker ausgewirkt zu haben als seine anwaltlichen Pflichten. Man könnte auch schlicht von Mandantenverrat sprechen. (...) Gysi profilierte sich verdeckt als Berater und Zuträger der Partei und des Staates."

Solchermaßen beseelt und motiviert für ein unbefangenes und sachbezogenes Erkenntnisinteresse wird der/die LeserIn in das Aktenstudium der "ungekürzten Dokumente. Damit Sie sich selbst ein Urteil bilden können" (siehe "telegraph"-Anzeige auf dieser Seite) entlassen. Völlig absurd sind die Behauptungen der "telgraph"-AutorInnen, ihnen ginge es um Diskussion und Aufklärung. In keinem einzigen Fall wurde vor der Veröffentlichung Gregor Gysi, Rudolf Bahro oder womöglich einer der seinerzeit Beteiligten befragt. Dabei liegt der Fall so, daß gerade in diesem Fall bei einer gründlichen Recherche wirklich qualitativ neue Erkenntnisse über das Akten(un)wesen des MfS gewonnen werden und wurden. Doch selbst auf die "Opfer", zu dessen Fürsprecher die "telegraph"-Redaktion sich gerne machen will, wurde in diesem Fall keine Rücksicht genommen. So werden Details aus dem Privatleben der Angehörigen Bahros preisgegeben, auf die selbst im Interesse der AutorInnen hätte verzichtet werden können.

Was bleibt, ist Denunziation und Persönlichkeitsdemontage eines politischen Gegners von einer sich links verstehenden Zeitschrift, die die Konjunktur des Stasi-Themas nutzt, und in den Medien der Herrschenden damit kostenlose Werbung bekommt. Finstere Zeiten. Hoffen wir, daß die angesprochenen LeserInnen tatsächlich sich selbst ein Urteil bilden.

Claudia Gohde

13. Briefe von Bernhard Rosenkötter, Ali Jansen, Michael Dietiker zur RAF Erklärung

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:04

Mit dem Folgenden wollen wir einige grundsätzliche Überlegungen in die Auseinandersetzung um die Erklärung der Genossinnen und Genossen der RAF vom 10.4.92 einbringen.

Wir stehen dabei vor dem Widerspruch, daß es uns einerseits unter den Nägeln brennt, so schnell wie möglich Stellung zu beziehen, daß aber andererseits die eigentlich nötige Ausführlichkeit und Genauigkeit einer solchen Stellungnahme eine intensive Arbeit erfordert, die wir in der notwendigen Schnelligkeit gar nicht leisten können. Zumal wir immer noch in verschiedenen Knästen hocken und all unsere Diskussionen nur mühsam schriftlich führen können.

Weil wir jetzt aber auf keinen Fall den viel zu oft gemachten Fehler wiederholen wollen, aus diesem Dilemma heraus zu spät oder gar nicht zu reagieren, haben wir beschlossen, zwei Briefe aus unseren Diskussionen mit Genossinnen und Genossen draußen zu veröffentlichen. Das kann natürlich nur ein Anfang sein.

Bernhard Rosenkötter,

Ali Jansen, Michael Dietiker

Gefangene aus dem

antiimperialistischen Widerstand

Butzbach/Schwalmstadt, Mai 92

liebe ...,

nun also mal zum zur zeit alles dominierenden thema. weißt du, was mir selbst beim ersten und nun wirklich noch flüchtigen lesen des briefes vom 10.4. sofort wie 'ne heiße nadel unter die haut ging, das war diese oberflächliche, sich selbst und damit natürlich auch seine eigene geschichte im grunde nicht ernst nehmende und (nun, ich sag mal) lieblose art, in der dieser brief so runtergeschrieben worden ist. daß an dieser in jeder hinsicht ja wirklich sehr wichtigen erklärung richtig intensiv gearbeitet worden ist, sie darüber tage, wochen und ... diskutiert, überlegt, diskutiert ... haben, einmal bevor sie sich ans schreiben machten und dann noch einmal bevor sie den text dann wirklich abgeschickt haben, das vermittelt dieser brief eigentlich in keiner zeile. mir zumindest nicht. auch das jetzt nachgeschobene "ps" vom 14.4. macht das m.M.n. deutlich, ist letztendlich aber praktisch nur noch sowas wie das pünktchen auf dem i. da ich nicht weiß, ob es dir in dieser hinsicht ebenso geht, will ich dir an zwei kurzen und m.M.n. symptomatischen briefpassagen versuchen deutlich zu machen, was ich damit meine.

"uns ist klar geworden, ... und dass es so nicht weitergeht, dass wir als guerilla alle entscheidungen allein treffen und die anderen sich an uns orientieren. wir haben das zwar oft anders formuliert, aber die realität war so." - steht auf seite 2 ihres briefes.

"wir, die raf, haben seit 89 angefangen, verstärkt darüber nachzudenken und zu reden, dass es für uns wie für alle, die in der brd eine geschichte im widerstand haben, nicht mehr so weitergehen kann wie bisher. wir haben überlegt, dass es darum geht, neue bestimmungen ..." - schreiben sie auf seite 1 des gleichen briefes.

auf der einen seite zu sagen, es geht nicht, daß wir alle entscheidungen allein treffen, sich alle an uns orientieren, auf der anderen seite ohne vorherige breite diskussion gleich für alle, die in der brd eine geschichte im widerstand haben, nicht nur nachzudenken, sondern auch entscheiden zu wollen, ob es so weitergeht oder nicht, das ist einfach nur noch grotesk. leider ist der brief aber nicht nur das!

wie du dir sicher vorstellen kannst, in den vergangenen 2 wochen habe ich die letzten 8 oder 10 jahre noch ein weiteres mal sehr gründlich für mich revue passieren lassen und ich kann mich auch danach nur nochmal wiederholen: dieser text ist sowas wie der logische und auch beinah zwangsläufige endpunkt einer langjährigen fehlentwicklung; einer sehr oft problematisierten und auch ausführlich kritisierten fehlentwicklung.

und offensichtlich wird jetzt nur noch ein weiteres mal, daß die verfasser/innen des briefes sich mit der kritik an ihnen, an ihrer analyse und praxis nie ernsthaft auseinandergesetzt haben.

kurz vorab, damit da keine mißverständnisse aufkommen können: ihre entscheidung, die eskalation zurückzunehmen, die ist natürlich richtig. zu kritisieren ist dabei nur, daß sie sich in ihrer erklärung nicht mit der entwicklung hin zu ihrer weitgehenden reduktion auf "gezielt tödliche aktionen" auseinandersetzen; mit einer entwicklung, in der sie angriffe, die nur in besonderen ausnahmefällen legitimiert sein können, zu etwas beinah normalem verkommen ließen. denn die dieser entwicklung zugrunde liegende art und weise, in der sie die realität und machtstrukturen in der imperialistischen gesellschaft wahrnahmen und "analysierten", wiederholen sie jetzt nur noch ein weiteres mal, indem sie völlig unreflektiert ins gegenteil verfallen:

"justizminister kinkel hat mit seiner ankündigung im januar, einige haftunfähige gefangene und einige von denen, die am längsten im knast sind, freizulassen, das erste mal von staatlicher seite offen gemacht, dass es fraktionen im apparat gibt, die begriffen haben, dass sie widerstand und gesellschaftliche widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen mitteln in den griff kriegen. gegen die gefangenen haben sie seit 20 Jahren auf vernichtung gesetzt. die kinkel-ankündigung wirft die frage auf, ob der staat dazu bereit ist, aus dem ausmerz-verhältnis, das er gegenüber allen hat, die für ein selbstbestimmtes leben kämpfen, die sich nicht der macht des geldes beugen, die eigene interessen und ziele entgegen den profitinteressen formulieren und umsetzen, also ob er raum für politische lösungen zuläßt (und wenn auch vertreter aus der wirtschaft dahingehend druck auf die regierung machen, kann das nur gut sein)."

wer sowas denkt und schreibt, der hat sich von der dringend notwendigen re konstruktion revolutionärer politik verabschiedet, der sucht zuflucht im reformismus.

aber weißt du, beinah ist das ja sogar ein wenig verständlich. genossen/innen, die jahrelang falsche und völlig unbegründet euphorische "analysen" zum ausgangspunkt ihres kampfes machten, die den imperialismus in politische agonie verfallen sahen, die politischen interventionsmöglichkeiten des staates/des kapitals für beendet wähnten und von "entscheidungsschlacht" redeten, die müssen natürlich am momentanen siegeszug des imperialismus verzweifeln, ihre zuflucht im reformismus suchen - zumindest müssen sie das solange, wie sie sich nicht auf eine kritische aufarbeitung der letzten jahre einlassen, sie nicht in den vordergrund ihrer anstrengungen stellen. aber nein, sie haben sich auch jetzt nicht verändert, d.h. ihre art zu analysieren und "politik" machen zu wollen ist die gleiche wie vor 6, 7 oder 8 jahren geblieben. unter dem druck der globalen entwicklung haben sich nur die ergebnisse verändert. und korrespondierend zur analyse und praxis aus den letzten jahren ist letztendlich daher auch der gesamte brief vom 10.4. verfasst worden. mensch muß sich das mal vor augen halten: statt zu realisieren, daß kinkel erkannt hat, daß die weitere von der politik eingeklagte inhaftierung von günter, bernd und z.b. irmgard (20 jahre ...) kontraproduktiv zu werden droht und ein ständiger und nicht zu kalkulierender mobilisierungsfaktor ist, und er deswegen eine völlig unverbindliche pontius-pilatus-initiative startete (und wie zu erwarten war: plötzlich erinnern sich diese herren wieder an die unabhängigkeit der staatsschutzsenate der oberlandesgerichte), da erkennen die illegalen darin eine entwicklung, in der sich politische lösungen nicht nur für uns politische gefangene abzeichnen, sondern gleich auch für alle, "die für ein selbstbestimmtes leben kämpfen, die sich nicht der macht des geldes beugen, die eigene interessen und ziele entgegen den profitinteressen formulieren und umsetzen." und das kapital macht gleich auch noch dahingehend druck ... sag mal, wo leben wir denn?

nun, ich laß das für heute erstmal so stehen und setz mich jetzt nicht auch noch mit dem restlichen brief auseinander. grundsätzlich werden wir daran aber nicht vorbeikommen.

zum abschluß noch ein zitat aus dem beschluß des olg (der 2/3 ablehnung):

"der senat hat davon abgesehen, eine sperrfrist gemäß § 57 abs. 6 STGB für die stellung eines erneuten antrages festzusetzen. im hinblick auf die dem senat nach dem anhörungstermin bekannt gewordene, der raf zugeschriebene erklärung vom 10.4.1992, in der auch der verurteilte namentlich erwähnt worden ist, kann nicht ausgeschlossen werden, daß der verurteilte sich in naher zukunft den dort angekündigten gewaltverzicht zu eigen macht und damit eine neue beurteilungsgrundlage schafft."

lieber ...,

was du von der atmosphäre der letzten zeit schreibst, diese mischung aus unsicherheit, wie was gemeint ist, und unverständnis, kann ich mir nur zu gut vorstellen - leider. daß es in einer situation wie heute keine "fertigen antworten" gibt, ist klar (die gibt es in wirklichkeit nie), aber das problem ist, daß zu den ganzen brennenden fragen scheinbar nirgendwo wenigstens klare grundhaltungen formuliert werden, die den jeweiligen einschätzungen zugrunde liegen. dabei ist genau das jetzt von existentieller bedeutung. ich kann dazu nur sagen, wie wir das sehen.

daß in kinkels "versöhnungs-offensive" (treffender begriff, hab ich aus einem radio-kommentar) drinstecken würde, uns als politische gegner anzuerkennen, denken wir überhaupt nicht. im gegenteil, kinkel eigene interpretation seines schlagwortes macht das deutlich: er hat "versöhnung" damit erklärt, daß sich schließlich auch die juden mit den deutschen versöhnt hätten! wohlgemerkt, in dem bild sind raf, widerstand und gefangene die nazis, und bundesregierung und kapital sind "die juden". was da drinsteckt, ist also, uns mit dem terror der nazis gleichzusetzen, sich als unschuldiges opfer zu gerieren und uns aus der real überlegenen machtposition heraus "anzubieten", wir dürften uns schämen, "entterrorifizieren" und reumütig bessern.

natürlich muß es trotzdem darum gehen, dieses veränderte staatliche kalkül zu nutzen für die durchsetzung von zusammenlegung und freilassung. aber voraussetzung dafür ist, daß wir ihrem kalkül mit einer klaren und offensiven grundposition gegenübertreten, die erklärung vom 10.4. hat da genau gegenteilig gewirkt: seither steht auch bei den staatlich gewollten vorzeige-entlassungen das "abschwören von der gewalt" noch viel betonter im vordergrund. wir halten es in der situation für notwendig, ein paar (eigentlich:) selbstverständlichkeiten deutlich und offensiv zu formulieren. zum beispiel einfach mal klar festzustellen, daß es eine "gewaltfrage" im sinn von "ja oder nein" überhaupt nicht gibt. es gibt lediglich die frage nach dem ziel. was ich damit meine, ist, daß der staat den gewaltverzicht ja nicht aus pazifismus fordert, sondern im gegenteil als anerkennung seines gewaltmonopols - sprich der staat ist der einzige, der gewalt anwenden darf. was sonst ist denn golfkrieg, autobahnbau, wohnungsnot, wozu dient militär, bullen-, justiz- und knastapparat, wenn nicht zur gezielten ausübung von gewalt? oder anders: zum staatlichen selbstverständnis der brd gehört die feier des 20. juli, also eines bewaffneten attentats gegen einen staatschef. der gewaltfrage muß also entgegengehalten werden, daß es erstmal nicht um gewalt an sich geht, sondern darum, mit welchen ziel welche gewalt angewandt wird. und daraus ergeben sich erst die kriterien. ganz plump gesagt, die herrschenden setzen zur verteidigung ihrer ausbeutungsinteressen unterdrückerische gewalt ein, und dagegen richtet sich der revolutionäre kampf. so kommts dann vom kopf auf die füße, ein ende von gewalt setzt also die abschaffung der herrschenden verhältnisse voraus.

natürlich ist das so arg simpel ausgedrückt. dazu ist in jeder hinsicht noch sehr viel mehr zu sagen, aber es bleibt trotzdem die grundlage. und so wäre es möglich, eine position zu formulieren, die die staatliche abschwör-forderung als entlassungsbedingung souverän zurückweist.

statt aber von der grundlage aus zu argumentieren, bleibt die erklärung vom 10.4. auf eine ganz verheerende weise in genau diesen fragen unklar und widersprüchlich. einerseits wird das scheitern einer bestimmten politik festgestellt und die hoffnung auf eine einsichtige, zu "politischen lösungen" bereite staatliche politik ausgedrückt, andererseits wird die unversöhnlichkeit der ziele betont ("von allein werden sie an keinem punkt zurückweichen..."), zu der deshalb notwendigen eigenen stärke wird aber nichts weiter gesagt als die drohung, dann die politik fortzusetzen, deren scheitern zuerst festgestellt worden war.

das ist unserer meinung nach aber kein zufall und auch kein einzelner fehler, es ist auch nicht nur absurd, sondern ist ausdruck von unklarheiten und fehlern, die schon ziemlich lange die antiimperialistische politik (nicht nur der raf) kennzeichnen. ich kann das auf die schnelle hier nur stichwortartig anreißen, aber es ist einfach existentiell notwendig, diese auseinandersetzung endlich zu führen, wenn wir die probleme jemals knacken wollen.

und damit ist auch schon der erste punkt benannt, nämlich die fehlende bereitschaft zur kritischen und selbstkritischen diskussion der jeweiligen politischen bestimmung und politischen praxis. die obigen "selbstverständlichkeiten" zur frage der gewalt heißen ja nichts anderes, als daß revolutionäre praxis dem ziel entsprechen muß, daß revolutionäre gewalt nie was selbstverständliches haben kann, daß sie ein höchstmaß an verantwortlichkeit verlangt. wie weit eine praxis, die sich immer mehr auf "gezielt tödliche aktionen" gegen einzelne repräsentanten beschränkt, diesen anforderungen entspricht, also im grund die erste frage nach selbstreflexion für revolutionäre politik überhaupt, war beinah in der gesamten antiimperialistischen linken

zumindest in den letzten 10 jahren kein thema. fast alle kritik und beinah alle versuche, solche auseinandersetzungen anzugehen, sind im plumpen Pro-Contra-Schema erstickt worden, zwischen zustimmung und "counter" gabs für kritische weiterentwicklung kaum platz. darin hat sich eine im grund zutiefst unkritische, unrevolutionäre denkweise etabliert, die aus allem nur die elemente rauszupft, die "an sich" gut und richtig sind oder sonst gerade in den eigenen kram passen. und das, was ursprünglich "nur" gegen kritik immunisiert hat, führt jetzt dazu, selbst mit staatlichen angriffen wie der kinkel-initiative genauso umzugehen. so stehen dann plötzlich hoffnungen auf den staatlichen willen zur "politischen lösung" unvermittelt und unvereinbar neben dem wissen um die unversöhnlichkeit der ziele. auf genau derselben ebene lief seit langem die auseinandersetzung mit revolutionärer gewalt. die kritik an der konkreten bestimmung einzelner aktionen wurde sofort zur grundsatzfrage gemacht: wer kritisiert, stelle den bewaffneten kampf in frage. vom notwendigen und in seiner bestimmung ständig genau zu reflektierenden kampfmittel wurde der bewaffnete kampf so zur gesinnungsfrage; und die ebene der "gezielt tödlichen aktionen" zur bestimmung revolutionärer politik schlechthin. und deshalb kriegt jetzt auch die "an sich" ja völlig richtige entscheidung, eine ganz spezifische ebene von praxis so nicht mehr fortzusetzen, diesen unklaren und schwer faßlichen beigeschmack von "beendigung".

aber in der erklärung vom 10.4. fehlt ja nicht nur ein versuch der analyse der eigenen entwicklung, ja es wird nicht mal die frage danach aufgeworfen, vielmehr wird als grund für die veränderung an erster stelle der zusammenbruch des realsozialismus genannt!

durch den zusammenbruch des realsozialismus hat sich natürlich die gesamte internationale lage völlig verändert, und natürlich bedeutet das für die nationalen befreiungsbewegungen einen harten schlag und ganz veränderte strategische aussichten. auch die gesellschaftlichen widersprüche in der brd sind durch den ddr-anschluß massiven veränderungen ausgesetzt. und sicher muß die kinkel-initiative auch vor dem hintergrund gesehen werden, daß die herrschenden sich jetzt auf neue, in ihrem ausmaß noch ganz unvorhersehbare probleme einstellen und sich deshalb ein paar unfunktional gewordene "altlasten" vom hals schaffen wollen. aber mit den fragen an die bestimmung revolutionärer politik hier und an die rolle des bewaffneten kampfs hat das ziemlich wenig zu tun, die fragen stellen sich auch nicht erst seit 1989.

natürlich war die politik der raf von anfang an internationalistisch bestimmt, im zusammenhang mit dem weltweiten kampf der befreiungsbewegungen anfang der 70er jahre. die sowjetunion/der realsozialismus hat darin aber allenfalls eine unmittelbare rolle gespielt, als zwar strategischer, aber insgesamt trotzdem passiver faktor im internationalen kräfteverhältnis. dieser internationalistische hintergrund war zudem nur ein teil, der andere teil war die situation in der brd, die davon gekennzeichnet war, daß eine breite protestbewegung immer deutlicher an ihre grenzen stieß und für die weiterführung der globalen antiimperialistischen offensive eine überwindung dieser grenzen (gerade) auch in den metropolen notwendig wurde. durch den zerfall und die integration der 68er-bewegung hat dann erstmal zwangsläufig die internationalistische bestimmung eine ganz besondere rolle für die revolutionäre linke in der brd eingenommen. aber spätestens in den 80er jahren wurde das zur vereinseitigung insofern, als sich die politische analyse immer mehr auf die untersuchung und bewertung der globalen imperialistischen planspiele und strategien reduziert hat, die entwicklung in der brd einzig aus diesen blickwinkeln wahrgenommen wurde. und die veränderung gegenüber den anfänglichen bestimmungen wurde vielleicht überhaupt nicht mehr realisiert, ganz sicher wurde sie aber nicht diskutiert, sondern sie wurde als quasi gradlinige fortentwicklung unterstellt. und jetzt schlägt das ganze einfach um bzw. setzt sich mit umgekehrten vorzeichen fort. an die stelle der imperialismus-strategie-analysen treten die innergesellschaftlichen widersprüche, genauso vereinseitigt und auch ohne darin die entwicklung der eigenen praxis und die veränderungen der eigenen bestimmungen zu untersuchen.

klar ist nur eins: auf die art werden auch noch die letzten grundlagen für revolutionäre politik verlorengehen.

ich laß es mal bei diesen kurzen und sehr stichwortartigen bemerkungen. aber es macht vielleicht schon mal deutlich, wo wir die eckpunkte für die genauere auseinandersetzung jetzt und für die aufarbeitung der geschichte sehen - als unbedingt notwendige voraussetzung, wenn wir uns unsere politische geschichte nicht rauben lassen und an der rekonstruktion revolutionärer politik arbeiten wollen.

14. Krankheit wird zum Druckmittel Die haftunfähigen Gefangenen warten immer noch auf ihre Entlassung

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:32

Günter Sonnenberg ist draußen! Das ist ein Grund zum Freuen. Er war bei seiner Festnahme am 3. Mai 1977 lebensgefährlich am Kopf verletzt und von Anfang an haftunfähig. Jetzt, nach 15 Jahren Knast, kann er endlich versuchen, die Folgen der Schußverletzung mit ÄrztInnen und TherapeutInnen seines Vertrauens vernünftig zu behandeln.

Leider wird die Freude über Günters Freilassung - er ist nach Claudia Wannersdorfer jetzt der zweite haftunfähige Gefangene, der entlassen worden ist - dadurch getrübt, weil sich ansonsten nichts bewegt. Bernd Rössner, Ali Jansen und Isabel Jacob, die auch haftunfähig sind, sind weiterhin im Knast. Bernd Rössner muß sofort raus! Er ist seit April 1975 im Knast und war davon über zehn Jahre in Einzelisolation. Im Mai 1990 (nach 15 Jahren Haft) wird bei einem Haftprüfungstermin seine Entlassung abgelehnt. Das Gnadengesuch, das Bernds Mutter für ihn gestellt hat, befindet sich seit 1991 in der Entscheidungsphase. Auf Anforderung der Bundesstaatsanwaltschaft wird erneut ein Gutachten durch Prof. Dr. Saß über den Gesundheitszustand von Bernd Rössner verfaßt. Das Gutachten enthält eine ablehnende Haltung gegenüber einer sofortigen Entlassung ohne Bedingungen, es könnte aber als Befürwortung einer möglichen Entlassung für den Fall einer Verlegung in ein psychiatrisches Krankenhaus aufgefaßt werden. Konkret legt sich Prof. Dr. Saß in dem Gutachten nicht fest. Rolf Heißler, der zeitweise mit Bernd Rössner zusammenkommen konnte, schildert in einem Demoredebeitrag dessen Situation. (Siehe Dokumentation)

Der Antrag von Isabel Jacob auf Halbstrafe ist noch nicht entschieden.

Bei Ali Jansen lehnte das Gericht inzwischen den Antrag auf Zweidrittel-Haftentlassung ab.Zum Anhörungsverfahren von Ali Jansen schreibt sein Anwalt Fresenius: "... Am 21.4.1992 beschied der 5. Senat des Oberlandesgerichts Frankfurt den Antrag auf Aussetzung des Strafrestes gem. § 57 Abs.1 StGB (2/3-Antrag). Nachdem die Anhörung vor dem OLG wegen eines Notarzteinsatzes bei Ali Jansen zunächst verschoben werden mußte, fand diese dann am 13.4.1992 statt. Mein Mandant hat zu dieser Anhörung eine schriftliche Erklärung abgegeben. In dieser Erklärung beschreibt er seine spezifische Situation als erkrankter politischer Gefangener und äußert sich in der sich ihm zur Zeit möglichen allgemeinen Form zur Notwendigkeit der Bestimmung revolutionärer Politik in der heutigen Zeit. Die BAW, die gem. § 147 des Gerichtsverfahrensgesetzes der Aufsicht des Bundesjustizministers - zur Zeit Herr Kinkel - untersteht, lehnte durch ihren Sitzungsvertreter OStA Kouril die Haftentlassung mit einer offen politischen Begründung ab. Wer wie die Bundesanwaltschaft in der Erklärung meines Mandanten eine ‚Aufforderung zum terroristischen Kampf` erkennen will, wer Antiimperialismus und Antikapitalismus mit Terrorismus gleichsetzt, der reduziert sein Verlangen auch im Zusammenhang mit einer Entlassung von kranken Gefangenen nicht nur weiterhin auf Abschwör- und Unterwerfungsrituale, sondern der versucht, antikapitalistische und antiimperialistische Politik a priori zu kriminalisieren. Die lebensbedrohliche Krankheit von Herrn Jansen würdigt der ablehnende Beschluß des 5. Senats des Oberlandesgerichts Frankfurt mit den Worten: ‚Diese Erkrankung mag zwar seine Strafempfindlichkeit erhöhen. Eine daraus sich ergebende Sinneswandlung ist jedoch nicht feststellbar.`

Mein Mandant ist krank - schwer krank. Ali Jansen hat aber auch deutlich erklärt, daß die Krankheit, eingesetzt gegen ihn als Druckmittel zur Durchführung eines Abschwörszenarios, nicht greifen wird."

Unter dem Motto "Für das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen" rufen FreundInnen und GenossInnen der politischen Gefangenen für den 20.6. 1992 zu einer bundesweiten Demonstration nach Bonn auf.

ga.

(Ein ausführlicher Bericht zur Situation der haftunfähigen Gefangenen ist in ak 341 vom 8. April 1992)

15. Dokumentation des Aufrufs zur Demonstration für die Freilassung der politischen Gefangenen, 20.6.92

Wir rufen auf zur

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:36

Bundesweiten Demonstration

am 20. Juni 1992 in Bonn

Beginn: 11.00 Uhr

Viele haben vor drei Jahren - während des letzten Hungerstreiks der politischen Gefangenen - gemeinsam mit uns (FreundInnen, Angehörigen, GenossInnen) für die Forderungen der Gefangenen demonstriert. Diese Forderungen sind bis heute im Wesentlichen nicht verwirklicht!

Wann, wenn nicht jetzt - Wer, wenn nicht wir?!

Nach mehr als 20 Jahren Sondergesetzen, Isolationshaft und neun toten Gefangenen, nach mehr als 20 Jahren kollektivem Kampf der Gefangenen und immer größer werdender öffentlicher Unterstützung sehen sich Teile des Staatsapparates gezwungen, die harte Haltung des Staates gegenüber den Gefangenen in Frage zu stellen.

Mit ihrer Erklärung vom 10. April 1992 hat die RAF entschieden, Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat für den jetzt notwendigen Prozeß einzustellen. Damit markiert die RAF einen Schnitt in die aktuelle Situation. Für die Gefangenen aus RAF und Widerstand sagt Irmgard Möller, seit 20 (!) Jahren im Knast, in einer Erklärung vom 15. April 1992:

"... daß die globalen und innergesellschaftlichen umbrüche so tiefgehend sind, daß sie für alle eine einfache fortsetzung der politik und praxis der 70er und 80er jahre unmöglich machen ..."

Dazu gehört unbedingt, daß die politischen Gefangenen an den jetzt notwendigen politischen Prozessen teilnehmen können. Wir wollen eine gemeinsame Diskussion, die unter den vorhandenen Bedingungen nicht möglich ist. Diese Bedingungen müssen sich ändern - sofort und für alle!

Alle, die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit an ganz konkreten Fragen organisiert und durchgesetzt werden kann, fordern wir auf, mit nach Bonn zu kommen!

Wir wollen jetzt nach Bonn gehen, um von der Regierung zu fordern, die Weichen für eine politische Lösung - für alle politischen Gefangenen - zu stellen. Wir wollen auf die Straße gehen, weil wir wissen, daß konkrete Schritte zur Änderung der Situation aller Gefangenen nicht freiwillig gemacht werden, sondern erkämpft werden müssen!

Politische Lösungen für alle Gefangene heißt:

- Sofortige Freilassung von Bernd Rössner, Günter Sonnenberg, Isabel Jacob,

Ali Jansen und aller anderen haftunfähigen Gefangenen!

- Ute Hladki und Angelika Goder müssen draußen bleiben,

weil auch sie haftunfähig sind!

- Sofortige Freilassung der am längsten inhaftierten Gefangenen!

- Freiheit für alle politischen Gefangenen in einem absehbaren Zeitraum.

Als ersten und sofort möglichen Schritt dahin fordern wir ihre Zusammen-

legung in eine große Gruppe, ohne sie von anderen Gefangenen zu trennen.

- Die Aufhebung aller Sondermaßnahmen, wie z.B. solche,

die die Kommunikation einschränken oder unmöglich machen.

- Weg mit den Sondergesetzen!

- Sofortige Einstellung aller neuen Verfahren gegen Gefangene aus der RAF,

die auf der Kronzeugenregelung basieren!

- Sofortige Schließung der Isolationstrakte und Sonderabteilungen!

FreundInnen und GenossInnen der politischen Gefangenen in der BRD

(UnterstützerInnen: Bunte Hilfe Darmstadt, Infobüro Stuttgart, Initiative für die Zusammenlegung Heidelberg, Infobüro Karlsruhe, Infoladen Bonn, red house Düsseldorf, clockwork 129a. Stand: 10. Mai 1992)

Kontaktadresse: Infoladen Bonn, Wolfstr. 10/Hinterhaus, 53 Bonn 1

Spendenkonto: K. Leukefeld

Postgiroamt Köln: BLZ 370 100 50, Konto-Nummer: 39 68-506, Stichwort: Bonn-Demo

16. "wir sind in einer phase des übergangs"

Brief von Eva Haule zur RAF-Erklärung

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:05

es ist zentral in unserer ganzen geschichte: die aktion der raf war bestimmt innerhalb einer konkreten gesamtkonzeption und zielvorstellung des revolutionären prozesses, um ihn voranzutreiben. was lutz richtig die "zentralperspektive" genannt hat, die sich historisch aus der entwicklung des befreiungskampfes im internationalen klassenkrieg rausgebildet hatte - darin die bewaffnete intervention hier, guerilla als offensivposition in der metropole. eben auch die perspektive, die jede aktion vermittelt hat. das war seit 1970 unsere sache. ob das so begriffen und richtig gefunden wurde, ist jetzt nicht der punkt, das ist ein extra thema. für uns war es so und auch im verständnis aller, zu denen wir hier und international beziehungen hatten. dass ein lineares weiterziehen dieser bestimmung unmöglich ist, ist uns schon länger klar. das ist eine seite der begründung dieses schrittes jetzt. wie für die gesamte militante linke geht es auch für uns darum, uns neu zu orientieren und zu organisieren. nicht in einem abstrakten ideologischen raum oder als positions-klopperei, sondern indem sich radikal die konsequenzen aus den globalen umbrüchen klargemacht werden und um neue strategische bestimmungen und perspektiven gekämpft wird, um neue konzeptionen verändernder politik. dass es darum geht, diesen politischen prozess einzuleiten, in dem auch die frage nach den mitteln revolutionärer politik und ihrem einsatz neu geklärt und bestimmt werden wird, davon gehen wir gefangene seit 88 aus. "ein offener prozess" haben wir gesagt - den die ganze situation verlangt und den wir aus unserer geschichte auch anfangen können.

die zweite seite ist für uns, dass die probleme, die gelöst werden müssen, so viele, konkrete und zugespitzt sind, dass die bewaffnete aktion, wie sie in den 22 jahren war, keine (strategische) gesamtfunktion für den revolutionären prozess mehr erreichen kann. die realität für alle, die weiter um veränderungen kämpfen, zeigt das jeden tag. es gibt nicht mehr die "zentrale linie" in einer konkret zu definierenden etappe, die die gesamte auseinandersetzung zwischen imperialismus und revolution entscheidend bestimmt, wie es z.b. in den 80ern war und nicht nur von uns so begriffen wurde. heute sind in verschiedenen "bereichen", "problem-komplexen" gleichzeitig radikale kämpfe dringend notwendig, und das drückt sich da, wo widerstand entwickelt wird, schon praktisch aus. in der internationalismusarbeit, im kampf um wohn- und lebensraum, bei den antifa gruppen, beim kampf gegen die staatliche ausländerpolitik und dem gegen den neuen interventionismus der imperialistischen staaten, beim kampf gegen umweltvernichtung, beim kampf in den gefängnissen.

und das angesichts einer gesellschaftlichen und internationalen realität, die geprägt ist vom zerfall der sozialen und politischen strukturen, massiv von oben geschürten reaktionären entwicklungen, brutalisierung und gewalt als "normalität" - und jeder ansatz sinnvoller lösungen für die masse der unterdrückten und ausgestossenen wird von oben mit allen mitteln blockiert. wie wir gesagt haben: der langgezogene destruktive prozess ist das bestimmende geworden, und er bedeutet wesentlich auch, dass der sinn von politik, politik überhaupt erstickt wird. wir sagen, dass in einer solchen entwicklung den politischen militanten eine besondere verantwortung zukommt. wenn von oben politik durch krieg ersetzt wird und gewalt sich in den (welt-)gesellschaftlichen verhältnissen und strukturen immer mehr ausbreitet, müssen wir um so mehr darum kämpfen, dass die auseinandersetzungen politisch bestimmt geführt werden und produktive entwicklungen möglich gemacht werden. daran muss der einsatz der mittel orientiert sein. das meint auch, dass die radikalität in der politik, die in allen bereichen zwingend notwendig ist, zu neuen inhalten und formen in den innergesellschaftlichen und internationalen prozessen kommen muss, um wege für lösungen freizukämpfen und zu verhindern, dass der destruktive prozess die politik auffrisst - auch die der revolutionären kräfte.

wir begreifen es so und hoffen wirklich, dass die militanten aus allen ecken das auch anfangen - dass nach den 22 Jahren und was darin nicht nur von uns durchgekämpft worden ist, klar ist: die bewaffnete und militante aktion ist ein mittel der politik, das uns, der gesamten radikalen linken hier zur verfügung steht und souverän und politisch bestimmt und gezielt eingesetzt werden kann. eben nicht politik-ersatz, nicht ausdruck von ziel- und sprachlosigkeit, wo die radikalität nur in der form, nicht aber in den inhalten und perspektiven vermittelt ist, nicht einfach "reinhauen, wo reingehauen werden kann" - sondern: mittel revolutionärer politik, die neu zu entwickeln in der neuen situation der prozess ist, der vor uns liegt und gemeinsam angepackt werden muss. unsere verantwortung und auch unsere freiheit.

die gefahr ist ganz real und schon überall sichtbar, dass in der allgemeinen eskalation aus den objektiven bedingungen - der imperialistischen politik wie der gesellschaftlichen und internationalen entwicklungen - politik regelrecht zerrieben wird und die auseinandersetzungen nicht mehr politisch bestimmt und kontrolliert verlaufen, sondern allein aus dem krachen der widersprüche. und da ist die frage, welche politische bestimmung der entwicklung möglich gemacht wird, wie prozesse eingeleitet werden, die eine orientierung geben können, die neue bezüge und so neue entwicklungen in der auseinandersetzung einleiten können. das ist einer der inhalte des schrittes der raf und auch unserer initiativen als gefangene seit 88.

es gibt den widerspruch, und er ist nicht glatt und nicht theoretisch aufzulösen: dass wir konfrontiert sind mit der tendenz zu faschistischen lösungen von oben - was den bewaffneten angriff als "antwort" permanent rechtfertigen würde. man muss sich entscheiden - was ist jetzt wichtiger? was bringt uns und den ganzen politischen prozess weiter?

wir sind in einer phase des übergangs, die alten bestimmungen und bezüge für den revolutionären prozess kann es so nicht mehr geben, neue müssen entwickelt werden in einem prozess, der aus der gesamten situation ganz anders als bisher als verbindlicher gemeinsamer hier wie international angegangen werden muss. es gibt überall menschen, die das wollen, auch wenn die vereinzelung und die fragmentierung der politischen zusammenhänge gross ist. das ist aber aus der ganzen situation auch erklärbar und kein grund für rückzug, resignation, übermacht-mythen. wer den kampf für diesen prozess aufgibt, und das heisst vor allem jetzt auch den um neue beziehungen zwischen allen, die weiter um veränderungen kämpfen wollen - gibt sich selbst auf. es ist also die frage, wie wir uns entscheiden - konkret wir, die gefangenen und die raf - um an einer konkreten frage und auseinandersetzung anzufangen, eine produktive Lösung durchzusetzen und dafür den raum zu öffnen. wir wollen das erkämpfen im ganzen zusammenhang der geschichte von 22 jahren vernichtungsstrategie gegen die gefangenen, der politischen geschichte des kampfes in dieser zeit und mit einer orientierung nach vorn, die im durchkämpfen dieser lösung: unsere freiheit - liegt, im kern eine politische perspektive für alle auseinandersetzungen. was ist also wichtiger: in der phase des übergangs die "bewaffnete position" praktisch in aktionen zu "halten" oder sie in dieser phase zurückzustellen und so auch an der frage der gefangenen einen weg freizukämpfen für unser leben und unsere unmittelbare teilnahme am politischen prozess.

wir haben uns für das zweite entschieden. wie gesagt, nicht widerspruchsfrei. aber wir sind aus unserer geschichte drin und draussen stark genug dafür.

wie weit wir kommen hängt davon ab, ob und wie es gelingt, eine mobilisierung aufzubauen, durch die in einem gemeinsamen prozess zwischen uns und gesellschaftlichen und politischen zusammenhängen draussen (die nicht im interesse der repression handeln) erreicht wird, dass dem staat die bestimmung der entwicklung in dieser auseinandersetzung aus der hand genommen wird. das ist eine frage an alle draussen, deren interesse es auch ist, dass diese auseinandersetzung politisch geführt wird - wie es der geschichte und ihren inhalten entspricht - und diese seit 22 jahren laufende vernichtungsstrategie gegen die gefangenen durchbrochen wird. es muss dahin kommen, dass der staat nicht allein entscheidet, nicht die entwicklung diktieren kann - so wie er es an allen ecken und enden über die köpfe und interessen der menschen hinweg macht. und dass er jetzt nicht einen neuen weg versuchen kann (der wie alle anderen vorher an uns scheitern wird), um unsere zerstörung doch noch zu erreichen, indem wir durch die justizmühle gedreht werden sollen und unsere geschichte, sowohl die politische wie auch die der ganzen jahre isolation - auf die art jetzt liquidiert werden soll. was genau sinn und zweck der KGT-"initiative" ist. ein genauer Ausdruck der staatlichen nicht-politik, die alles nur zertreten und entpolitisieren will, was sich ihren interessen nicht unterwirft, und die im verhältnis zu den realen konflikten, ihren ursachen und möglichen sinnvollen lösungen nur noch irrational ist. ihre einzige "rationalität" ist die der vernichtung. das ist in allen auseinandersetzungen so, und dagegen müssen die kämpfe für andere entwicklungen geführt werden.

in der diskussion unter uns gefangenen seit 87, als sich anfing abzuzeichnen, dass wir mit einer in jeder beziehung neuen historischen situation konfrontiert sind, war von da an klar, dass wir verändert weiterkämpfen müssen, und wir denken natürlich auch im knast weiter als raf. (wenn ich hier von "diskussion unter uns" rede, müssen alle im kopf haben, wie eingeschränkt das aus den bedingungen nur geht!) das hat am wenigsten zu tun mit fehlern, die wir früher gemacht haben; auch wenn wir heute sehen, dass wir uns in den ganzen 80er jahren viel zu wenig auf die politische arbeit, den politischen prozess konzentriert haben. darüber wird noch zu reden sein - und dann richtig, inhaltlich. aber das ist es nicht in der hauptsache. wir gefangene hatten von

anfang an nicht im kopf, dass wir die bestimmungen unserer politik, wie sie seit 1970 waren, so weiterverfolgen und sie nur besser vermitteln, die leute besser "überzeugen" müssen o.ä.

auch ging es nicht darum, wie die guerilla hier in irgendwas anderes umgewandelt werden kann, von dem heute noch kein mensch wirklich sagen kann, was es sein soll in konzeption und strategie - "waffe der sozialen bewegungen", was hier und da rumgeisterte, "bewegungen", die es so gar nicht mehr gibt und die erst neu wachsen werden in den auseinandersetzungen jetzt); "schärfstes mittel des widerstands"); oder die alten bestimmungen plus erweiterter aktionsradius, wie z.b. eingriff in den häuserkampf, was nicht geht, weil das heute so keine perspektive vermitteln kann und über den politischen prozess wegwalzt, der erst als ein gemeinsamer entwickelt werden muss. also: alles das - nicht. das sind nicht wir. und bewaffnete aktionen sind kein "experimentierfeld". es war klar: es geht aus unserer ganzen politischen geschichte und aus der der gefangenengruppe um eine zäsur. so sind wir 89 in den streik. wäre die zl und freie kommunikation erreicht worden, hätte das damals schon ein aussetzen der kommandoaktionen bedeutet, denn in der diskussion, die wir 89 wollten, sollte es um neue gemeinsame grundlagen für die gesamte revolutionäre bewegung gehen; was die priorität des politischen prozesses einschliesst und dass er offen ist für eine gründliche klärung aller fragen. das heisst auch, dass nicht eine fraktion der revolutionären linken - in dem fall: die raf - allein von sich aus grundlagen setzt, die aus ihrem niveau, einfach schon aus der qualität der angriffe den charakter und verlauf der ganzen weiteren auseinandersetzung determinieren. und das, ohne eine strategische perspektive vermitteln zu können.

das ist uns mit am wichtigsten, und wir sagen das, weil wir da auch selbst gebrannt sind: unsere politik und praxis kann nie einfach "reaktion", ein zur rechenschaft-ziehen der verantwortlichen für die ver- brechen des imperialismus sein, nie einfach ausdruck der eigenen lage und emotionen und daraus "zurückschlagen" - was zwar tausendfach gerechtfertigt wäre jeden tag, aber keine politik und schon gar nicht die der guerilla ist. wo wir selbst in diese sackgasse geraten sind, waren das genau unsere schlimmsten fehler (85 die erschießung des GI, ein beispiel). wenn die politische und strategische bestimmung der bewaffneten Aktion nicht im zentrum steht und vermittelt ist, stirbt die politik. das gilt heute mehr denn je.

jetzt schrieb mir grade jemand aus berlin, dass die entscheidung der raf und was wir gefangene dazu gesagt haben, bei manchen leuten "gefühle der ohnmacht und niederlage" ausgelöst habe und sie nur noch alles "zusammenbrechen" sehen. das kann ich mir einerseits erklären, so wie die lage der linken ist und weil ich weiss, dass für viele hier mit der raf und ihren aktionen eine ganze menge vor allem emotional verbunden war, hoffnungen, "der kampf geht weiter"... alles das. aber andererseits sind diese reaktionen politisch völlig leer, und das denken, das sich darin ausdrückt, darf uns heute nicht mehr ausreichen. was soll das auch, natürlich geht der kampf weiter. aber es geht ja um reale hoffnungen und perspektiven, die auch in der aktion vermittelt sind, und das ist keine sache von beschwörungen, haltungen oder "symbolik", sondern eine der politik und konkreter politischer prozesse im weltweiten kampf für befreiung. also einfach: das ist jetzt die knochenarbeit, die für alle und für alle gemeinsam ansteht, die wirklich weiterkämpfen wollen. wir werden das tun. so oder so. das ist jetzt die frage, welche entwicklungen hier möglich gemacht werden.

es war in der zeit der politischen erdbeben seit ende 89 richtig, die kontinuität zu halten gegen die unterwerfungstendenzen und das getöne vom "tod des kommunismus". das haben auch wir in den knästen so gesehen, nachdem unser versuch im streik 89 plattgemacht worden war. aber jetzt müssen und wollen wir weiter. für uns ist jetzt die politische zeit, in der unsere freiheit erkämpft werden kann, in der auch der schritt der raf richtig und dafür eine voraussetzung ist - anders wäre "freiheit" bloss ein schöner traum. es reicht uns nicht zu konstatieren, dass wir in einer phase des übergangs sind, wir bestimmen sie auch für uns und für eine perspektive nach vorn. das ist der schritt jetzt und der inhalt unserer initiativen als gefangene in den letzten jahren.

25.4.92

17. "Jede Lebensäußerung wird registriert." Beitrag von Rolf Heißler auf der Demo zur Freilassung von Bernd Rössner

Beitrag von Rolf Heißler für die Demo am 11.4.1992 in Straubing zur Freilassung von Bernd Rössner

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:31

aden. der 24. april 1975. wir, befreit seit knapp zwei monaten, sitzen um den weltempfänger und hören die deutsche welle. rauschend, knackend, ständige störungen, schwer zu verstehen. in stockholm hat ein kommando der raf die westdeutsche botschaft besetzt. wir rechnen die flugstunden aus. wie lange wird es dauern, bis wir unsere genossinnen und genossen in die arme schließen können. wir reden mit jemenitischen genossen, sie sind sich sicher, die bundesregierung wird solch hochrangige vertreter ihres staates nicht opfern, sondern die gefangenen freilassen. wir scherzen, macht schon mal zimmer für sie frei. sie dagegen, laßt sie erst mal in der luft sein. wir waren froh und gelöst, es ging uns unendlich gut und dann ... das jähe erwachen. statt befreite genossinnen und genossen, verhaftete und tote. am nächsten tag hörte ich im radio zum ersten mal den namen von bernd.

am 20.3.81 sahen wir uns das erste mal. in straubing im knast während des hungerstreiks. wir hatten unsere freiwillige verlegung ins spital von einem gespräch miteinander abhängig gemacht, der knastarzt hatte sich dafür eingesetzt, und so konnten wir nach tagelangem hin und her unter seiner aufsicht im besuchsraum eine halbe stunde miteinander reden. aber auch nach dem streik blieb unsere trennung aufrechterhalten trotz der zusage des bundesjustizministers schmude, daß wir in kleingruppen zusammengelegt und nicht mehr isolationsgefoltert würden. ich wurde ein paar monate später nach nordrhein-westfalen zum prozeß und in teilweise zweierisolation verlegt. bernd blieb in straubing, nicht mehr isoliert, aber als einer von wenigen damals weiter allein ohne jeden direkten kontakt mit genossinnen und genossen von uns. nach ablehnung seiner beantragten verlegung in die bestehende kleingruppe nach celle wollte er es wissen. er führte einen monatelangen einzelkampf, den dreckstreik, für die zl, doch ohne jedes ergebnis.

erst im juli 85 sahen wir uns wieder. es hieß, ich käme in den "normalvollzug", zwar in ein anderes haus als bernd, aber ich könne während des hofs mit ihm zusammenkommen. es klang nach einem kleinen schritt vorwärts. ich hing gleich am fenster, es war arbeitslosenhof, aber bernd nicht da. so sagte ich einem aus seinem haus, er solle ihm sagen, er solle nachmittags in den hof kommen, ich sei da.

doch nachmittags kein bernd weit und breit, obwohl ihm mein dasein angekündigt worden war. ich verstand nichts. so schickte ich einen bei ihm vorbei, doch der konnte nur sagen, bernd ist in seinem loch, er hatte ihn nur angebellt und rausgeworfen, ob er komme, wisse er nicht. fünf minuten später kam er aber doch, und es war schön, arm in arm drehten wir unsere runden. sein ursprüngliches nicht-kommen-wollen hakten wir nur ab, es war nicht darüber zu reden. aber das passierte in den nächsten wochen des öfteren, bevor sie die höfe und damit uns wieder total auseinanderrissen. ich bekam ihn oft tage nicht zu sehen und wußte und erfuhr nichts davon, warum er drinnen blieb. auch das reden war schwierig. mal war er lebendig, sprudelnd, offen, einfach da, mal dagegen total zu, verschlossen, ablehnend, fragen gingen ins leere. heute so und morgen anders. wie wir unsere zl in straubing oder auch insgesamt durchsetzen, war nicht zu bereden. ich hatte gedacht, wir sind zu zweit, jetzt fühlte ich mich mehr und mehr allein, ich wußte nicht, liegt es an mir, liegt es an ihm, daß kein zusammen zustandekommt. manche nacht verbrachte ich heulend, ich wußte nicht weiter, ich wußte nur, ich kann das bei ihm ablaufende nicht erklären und vermitteln.

meine tränen trockneten sich erst, als ich monate später auf den satz des für die vernichtungsoperation für die führer der tupamaros verantwortlichen stieß: "wenn wir sie schon nicht umbringen konnten, als wir sie geschnappt haben, werden wir sie in den wahnsinn treiben."

ich hatte den schlüssel in der hand. die jahrelange isolationsfolter. du bist mit dir und deinen gedanken allein, dein lachen und dein weinen kannst du mit niemandem teilen. du hast niemanden gegen die permanente kontrolle und fremdbestimmung rund um die uhr. jede lebensäußerung wird registriert, jede kleinste schwäche gegen dich ausgenutzt. die zelle leer, öde, beton, gitter, fliegengitter, kaum bewegliches darin. es ist die hölle.

bestialisch. eine ständige staatliche machtdemonstration, jeden tag wird dir vermittelt, wir können alles mit dir machen, was wir wollen, eure politik ist chancenlos. die kontakte nach außen total beschnitten, in zeitungen, im radio liest und hörst du nur den üblichen counterdreck, alles andere, authentische wird wegzensiert. mit der post dasselbe. besuche überwacht und lka-bespitzelt, trennscheibe, wie oft abgebrochen, rauswürfe und verbote. unmöglich, intensivere kontakte aufzubauen. nach innen dasselbe. wenn du überhaupt gefangene siehst, dürfen sie nicht mit dir reden, nichts, und wenn sie dich mit welchen zusammenlassen, braucht es zeit zum abbau von skepsis und mißtrauen, die dir nicht gegeben wird, und wird sie dir gegeben, endet es in zwangsverlegungen wie bei mir weit weg nach frankenthal und trotzdem nah geblieben.

bernd hat sich aus einer realität zurückgezogen, die die totalste negation der vorstellungen ist, für die wir draußen gekämpft haben, und sieht sich trotzdem mit ihr immer wieder konfrontiert. er hat es sich angeschaut und sich gesagt, so will ich es nicht mehr, die alternative der rückzug in mich selbst. die möglichen ansprechpartner wie wir oder ich wurden ihm mit allen mitteln und jeglicher gewalt entzogen. die wirkung menschenvernichtend.

heute weiß ich nur eines, bernds festhalten ist seit jahren ein verbrechen. sie wissen, daß es schon lange nicht mehr um distanzierung oder abschwören geht, sondern sie seit jahren nur noch die offene frage vor sich herschieben und unbeantwortet lassen, lassen wir ihn raus und gönnen wir ihm sein leben oder behalten wir ihn und nehmen wir ihm sein leben, weil anders vor dem volk nicht versteckt werden kann, welche wirkung die menschenrechtswidrige behandlung der politischen gefangenen in der brd haben kann und hat.

günter hat sie in seiner erklärung mit einem entweder oder konfrontiert, entweder sie lassen ihn, bernd, isabel, ali wie auch alle anderen haftunfähigen gefangenen in den nächsten wochen bedingungslos raus, und dann wird auch unsere zusammenlegung mit der perspektive unserer freiheit vorstellbar, oder nicht, dann haben wir zusammen sie freizukämpfen und alles weitere anders durchzusetzen.

fordern wir vom staat das leben von bernd wie von allen anderen ein. das ist nicht zu viel verlangt.

rolf heißler, gefangener aus der raf, jva frankenthal, inhaftiert seit 1978

18. Alle 40 müssen raus! Interview im Lübecker Knast mit Hanna Krabbe, Christine Kuby, Irmgard Möller und Gabriele Rollnick

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:17

Im folgenden dokumentieren wir ein Interview, das Irmgard Möller, Christine Kuby, Hanna Krabbe und Gabriele Rollnick dem NDR gegeben haben. Es wurde am 16. Mai im Dritten Programm des NDR-Fernsehens gesendet (außerdem gekürzt im Hessischen Rundfunk und im Westdeutschen Rundfunk.)

Wir weisen darauf hin, daß es ein Fernseh-Interview ist, daß dieser Text nur die Ebene des Wortes wiedergeben kann. Allen Interessierten empfehlen wir dringend, sich unbedingt auch den Film selbst anzuschauen.

Wir danken ganz herzlich Irmgard Möller, Christine Kuby, Hanna Krabbe und Gabriele Rollnick sowie dem Autor des Beitrages, Oliver Tolmein.

Noch ein Lesehinweis: wir haben an einigen Stellen aus gesprochener Sprache geschriebene Sätze machen müssen, dabei aber nichts weggelassen.

Nach der Transkription hatten die vier gefangenen Frauen die Gelegenheit, den Text nocheinmal leicht zu redigieren. Bei dieser Gelegenheit haben sie uns noch folgende Bemerkung geschickt: "Wir wollten mit diesem TV-Interview auch Leute erreichen, die nichts über uns wissen, vielleicht nur 20 Jahre Hetze über und gegen uns mitbekommen haben. Wir haben es also bewußt nicht als linke Diskussion geführt."

Die Zwischenüberschriften sowie die Zitate aus der RAF-Erklärung haben wir aus dem Film übernommen. Die kurzen Berichte und einige Zwischentexte des Autors sowie ein Statement des schleswig-holsteinischen Justizministers Klingner haben wir weggelassen.

kla.

Gabriele Rollnick: Die Kräfte, die ein Interesse daran haben, daß alles so weiterläuft wie bisher, das sind wir ja nicht. Das sind Kräfte im Staatsapparat. Die möchten nach alter Weise weitermachen. Dann - ja gut, dann ist es eben wieder so. Wir Gefangenen haben 20 Jahre lange gekämpft, wir werden auch die nächsten 20 Jahre kämpfen. Das ist jetzt nicht der Punkt.

wir haben uns entschieden,

daß wir von uns aus die eskalation zurücknehmen. das heißt, wir werden angriffe auf führende repräsentanten aus wirtschaft und staat für den jetzt notwendigen prozeß einstellen.

(Zitat aus der RAF-Erklärung vom 10.4.92)

die entscheidung unserer

genossen ist richtig. mit "taktieren" hat das nichts

zu tun.

(Zitate aus der Erklärung von Irmgard Möller vom 15.4.92 für die Gefangenen aus RAF und Widerstand)

"RAF und Widerstand"

Oliver Tolmein: Wer ist diese Gruppe "Gefangene aus RAF und Widerstand" eigentlich?

Irmgard Möller: Das sind einmal die Gefangenen aus der RAF, die in der RAF gekämpft haben, bevor sie gefangen wurden. Und die anderen, das sind die, die als vom Widerstand gekämpft haben - militant - oder jedenfalls dafür verurteilt wurden.

Verstehen Sie sich als Gefangene aus der RAF noch als Teil der Rote Armee Fraktion oder ist das jetzt ganz was anderes?

Irmgard Möller: Wir verstehen uns weiter als Teil vom Widerstand. In dem Moment, wo man verhaftet ist und keine Waffe mehr hat und legaler ist als man überhaupt nur sein kann, kann man nicht mehr wie RAF kämpfen, sondern man ist ja gefangen. Man ist aber immer noch Teil, auch wenn es nicht mehr eine Organisation ist.

Im letzten Jahr hat die Bundesanwaltschaft in den Zellen umfangreiche Sammlungen von Aktenordnern und Papieren beschlagnahmt mit der Argumentation, daß aus den Zellen heraus die Aktionen der RAF draußen gesteuert worden sind.

Irmgard Möller: Seit Anfang an, seit wir gefangen sind, war das immer so, daß die Bundesanwaltschaft - oder die gesamte Staatsschutzmaschine - behauptet hat, daß die Gefangenen die Sachen draußen steuern. Das sollte die Maßnahmen gegen uns legitimieren. Das war die öffentliche Linie, um zu rechtfertigen, warum man uns isoliert, warum man uns so behandelt.

Christine Kuby: Außerdem sollte es vermitteln, daß es keine wirkliche Kontinuität von Widerstand und Kampf draußen gibt, sondern daß das nur dadurch lebt, daß die Gefangenen quasi die Fäden ziehen.

Und die anderen sozusagen die Handlanger wären ...

Christine Kuby: Genau. Und das ist einfach nicht die Realität gewesen. Und ist sie auch nicht.

Gibt es denn eigentlich überhaupt eine Abstimmung oder einen Kontakt zwischen Ihnen hier im Gefängnis und der RAF draußen?

Irmgard Möller: Keinen direkten Kontakt. Es gibt keinen direkten Austausch. Wir können feststellen, was sie machen und können uns dazu verhalten, durch Briefe oder dadurch, was wir sagen. Wir können aber nicht direkt mit ihnen reden.

Gabriele Rollnick: Die RAF und wir sind in derselben politischen Situation, aber an verschiedenen Orten.

Wie weit reicht dieser Widerstand eigentlich? Z.B. die Anti- AKW-Bewegung, gehört die dazu oder ...

Irmgard Möller: Die gehört sicher dazu.

Gabriele Rollnick: Auf jeden Fall fühlen wir uns diesem Widerstand verbunden. Wie gesagt, das ist eben nicht organisatorisch. Wir hatten ja auch Zusammenhänge in der Gesellschaft, von Gruppen, die uns auch unterstützt haben, oder die die Situation so ähnlich gesehen haben wie wir, ohne gleich den Schritt gemacht zu haben, in die Illegalität zu gehen. Die haben legal versucht, was zu ändern. Die haben sich aber uns auch verbunden gefühlt. Von denen sind wir dann später auch besucht worden.

Wir sind nie aus der Gesellschaft rausgefallen und konnten uns immer - trotz Isolation - ein Bild von den Entwicklungen machen. Wir haben uns das zumindest erkämpft.

Hanna Krabbe: Die Gesellschaft hat sich verändert, die Kämpfe haben sich verändert. Und wir sind als politische Gefangene immer ein Faktor gewesen in den Kämpfen gegen den Staat. Das haben wir wesentlich immer aus unserer eigenen Situation entwickelt, aus der Situation von Gefangenen.

Alltag im Gefängnis

Haben Sie eigentlich auch einen Alltag, in dem Sie mal über was ganz anderes reden, was ja vielleicht auch, sagen wir, neue oder andere Impulse bringen könnte. Was weiß ich, was man für Bücher gelesen hat ...

Irmgard Möller: Absolut. Daß wir uns Bücher erzählen, die wir über Nacht gelesen haben. Oder Filmchen, die man geguckt hat, oder ... Man darf sich nicht vorstellen, daß wir den ganzen Tag sitzen und politische Probleme diskutieren.

Wir sind ja keine Funktionäre. Wir gucken zusammen Bilderbücher, also Kunstbücher. Oder wir kochen zusammen, das ist auch was wichtiges.

Christine Kuby: Das ist aber auch erst seit drei Jahren.

Hanna Krabbe: Aber das ist was unheimlich wichtiges.

Irmgard Möller: Daß wir zusammen essen können ...

Was kochen Sie denn am liebsten?

(Lachen) Gabriele Rollnick: Erbsensuppe. (Lachen)

Ist es das, was Sie am liebsten kochen, oder das einzige, was Sie kochen können?

Christine Kuby: Nein, wir können schon gut kochen, aber wir haben auch nicht so viel Mittel. Wir können uns einmal im Monat frisches Gemüse einkaufen, und das kann man dann halt nur in den ersten Tagen kochen, sonst ist es kaputt.

Hanna Krabbe: Aber kochen und essen und miteinander reden und kommunizieren, das ist wirklich 'ne wichtige Sache. Du schmeckst was, es ist auch eine sinnliche Erfahrung. Wenn du jahrelang immer nur in der Zelle sitzt und kriegst das Essen vom Knast und du bist allein - du schmeckst dann auch gar nicht mehr richtig. Erstens schmeckt sowieso alles gleich, aber du schmeckst auch nicht mehr die Unterschiede. Als wir angefangen haben, hier wieder für uns zu kochen, das war 'ne richtige Bereicherung.

Kochen Sie dann jeden Tag?

Alle: Ja, wenn es möglich ist, eigentlich immer.

Irmgard Möller: Oder wir nehmen die Sachen, die wir vom Knast kriegen und verändern sie, wenn wir nicht eigene Mittel haben.

Was lesen Sie gern, was sind das für Bücher, die Sie sich anschauen?

Irmgard Möller: Das ist ein ganz breites Spektrum. Am Anfang, als ich gefangen genommen wurde, habe ich erstmal alles gelesen, kreuz und quer. Ohne Plan, ohne Vorstellung, wo führt das hin. Und dann habe ich 'ne Zeit lang ganz viel Romane gelesen; vor allem solche, wo sich ein Befreiungskampf kulturell ausdrückt. Romane von Palästinensern. Das sind seltene, zeitgenössische, die sind dann gerade erst geschrieben worden, weil die früher keine geschrieben haben. Oder aus Lateinamerika ganz viel Sachen. Zwischendurch auch so trockene Sachen, theoretische, Wirtschaftsanalysen, was weiß ich ... Aber es gibt Phasen, wo man abstrakte Sachen gar nicht packt, gar nicht lesen kann.

Hanna Krabbe: Bei mir war das zum Beispiel so nach '77, als die Haftbedingungen besonders schwer waren, als wir auch ganz wenig von draußen gehört haben, da habe ich fast nur Romane gelesen. Einfach um Wärme und menschliche Entwicklung mitzukriegen. Eigentlich quer durch den Garten. Aus anderen Ländern, anderen Kulturkreisen, aber vor allem Romane, wo 'ne Entwicklung, die die Menschen durchmachen, nachvollziehbar war oder für mich wieder vorstellbar war. Andere Sachen konnte ich zu der Zeit überhaupt nicht lesen.

wir haben aus verschiedensten gründen keine anziehungskraft mehr für die menschen hier entwickelt, die gemeinsames handeln möglich macht. als einen zentralen fehler haben wir gesehen, daß wir viel zu wenig auf andere, die hier auch aufgestanden waren, zugegangen sind; und auf die, die noch nicht aufgestanden waren, gar nicht.

(Zitat aus der RAF-Erklärung vom 10.4.92)

"An Gewalt entwickelt sich politisch nichts mehr"

Irmgard Möller: Ich habe gedacht, es ist unbedingt wichtig, daß wir sagen, was wir denken, damit kein Raum für Spekulationen bleibt, weil grundsätzlich immer das Bestreben ist, uns gegeneinander auszuspielen.

Wen gegen wen?

Irmgard Möller: Die Gefangenen, oder Teile der Gefangenen gegen andere Gefangene oder die RAF gegen die Gefangenen oder jeden gegen jeden ...

Gabriele Rollnick: ... Hardliner gegen Weichliner ...

Irmgard Möller: Ja. Das sind alles Konstruktionen und Erfindungen, die mit der Realität überhaupt nichts zu tun haben. Und deswegen hatte ich es unheimlich eilig.

Gabriele Rollnick: In dieser kurzen Zeit konnten wir uns natürlich nicht untereinander irgendwie absprechen. Aber uns war klar, daß die anderen Gefangenen, daß wir alle ähnlich denken ...

Irmgard Möller: ... daß es Konsens gibt und keine Widersprüche zu diesem Thema.

Gabriele Rollnick: Von daher konnte Gabi das klar für alle aussagen.

Um sich das mal ganz praktisch vorzustellen: ist das dann so gelaufen, daß Sie, Frau Möller, das formuliert haben und intuitiv den Eindruck hatten, die anderen werden das auch so finden und deswegen erklären Sie das jetzt für alle?

Irmgard Möller: Ich war einfach sicher.

Hanna Krabbe: Intuitiv, das trifft es glaube ich nicht; das ist der Stand unserer Diskussion.

Christine Kuby: Eben, es kommt aus unserer Diskussion.

Hanna Krabbe: Schon seit Mitte der achtziger Jahre und bis Ende der achtziger Jahre war ja zu sehen, daß weltweit ein Umbruch stattfindet, daß diese Front gegen den Imperialismus stagniert. Die sozialistischen Staaten sind dann zusammengebrochen in der Konfrontation gegen die imperialistische Militärpolitik, vor allem aber auch an inneren Widersprüchen, so daß wir jetzt global eine ganz andere Situation vorfinden. Alles, was sich jetzt gegen Imperialismus entwickelt, entwickelt sich nicht mehr an einer inneren und äußeren Front, sondern eigentlich nur noch an inneren Widersprüchen im imperialistischen System.

Können Sie vielleicht nochmal genauer beschreiben, was der Zusammenbruch - oder die Auflösung - des sozialistischen Staatensystems für den bewaffneten Kampf in der Bundesrepublik für eine Rolle spielt?

Christine Kuby: Es hat ja auch Auswirkungen im Innern, der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers. In einer positiven Weise auch. Bestimmte starre Denkstrukturen - viele haben sich ja auch darauf verlassen, daß da eine Kraft ist, die dem Imperialismus entgegentritt und ihn in Schach hält - was gar nicht mehr realistisch war -, die nicht aus ihren eigenen Bedingungen oder Bedürfnissen heraus gekämpft haben. Die eine andere Gesellschaft wollten, aber das irgendwie delegiert haben. Das ist jetzt was, was auch weggefallen ist.

Ich meine: in der RAF-Erklärung steht "Jeder ist auf sich zurückgeworfen."

Gabriele Rollnick: Als wir angefangen haben, hier bewaffnet zu kämpfen, da war klar, es gibt diesen Gegenpart. Wir kämpfen innerhalb einer weltweiten Auseinandersetzung, in der das sozialistische Staatensystem eine Rolle spielt, die Befreiungsbewegungen und wir innerhalb des Imperialismus. Und nachdem jetzt der "real-existierende Sozialismus" zusammengebrochen ist, hat sich das natürlich total verändert. Und das heißt dann aber auch für uns, unter welchen Bedingungen wir kämpfen ... der Kampf heute findet unter anderen Bedingungen statt.

Hanna Krabbe: In den Sechzigern, Siebzigern - in den Achtzigern hat das dann schon aufgehört - hat der Staat ja auch versucht, durch Reformen das System zu verbessern. Heute desintegriert der Staat. Zum Beispiel bei der Krankenkasse oder beim Wohnungsbau sieht man das: alle Leute werden nur ausgegrenzt, Probleme werden vom Staat weggenommen, dem "freien Markt" überlassen und die Leute müssen jetzt selber damit fertig werden. Das ist gesellschaftlich eine total andere Situation.

Wir haben ja immer unsere Angriffe gegen den Staat gerichtet, weil der Staat eben diese Funktion gehabt hat, als zentrale Funktion, die die gesellschaftliche Entwicklung wesentlich bestimmt.

Das sind also eher Überlegungen politischer und strategischer Art, als zu sagen, wir finden Attentate oder Tötung von Menschen prinzipiell nicht richtig?

Hanna Krabbe: Prinzipiell kann man sowas überhaupt nicht beantworten, denke ich. Aber was sich zum Beispiel auch verändert hat, ist einmal die Funktion von Staat, dann aber auch die Funktion von Gewalt. Hier in der Gesellschaft, was wir jetzt sehen, ist eine unheimliche Brutalisierung, Brutalisierung im Alltagsleben, wie gesellschaftliche Konflikte ausgetragen werden - unpolitisch ausgetragen werden. Daß also die Menschen die Gewalt, die auf sie einwirkt auf Grund der verschärften gesellschaftlichen Verhältnisse, gegeneinander wenden. Zum Beispiel Kinder sind vor allem betroffen, oder auch Frauen, dann die Ausländer. Die Gewalt, die in den Sechzigern und Siebzigern was Besonderes war und die auch die besondere Funktion hatte - von unserer Seite - gesellschaftliche Widersprüche aufzubrechen, sichtbar zu machen und zuzuspitzen, daß die heute gar nicht mehr die Funktion haben kann. Das haben wir auch an den letzten Aktionen von der RAF

gesehen, oder auch von anderen militanten Aktionen: die passieren, aber es entwickelt sich politisch nichts mehr dran. Und das hat was mit dem gesellschaftlichen Zustand hier zu tun.

Gabriele Rollnick: Wir sind ja dabei, die Situation erstmal überhaupt auch zu begreifen. Wir im Knast als Gefangene, uns ist total klar, daß wir diese Situation gar nicht wirklich erfassen können. Wir kriegen die sinnlich ja nicht mit. Wir kriegen die mit über Zeitungen, wir kriegen die mit über Fernsehen, und dann sehen wir, es sind unheimliche Probleme. Die fallen uns auf, die kennen wir von früher nicht, da muß man jetzt anders mit umgehen, als wir das bisher gemacht haben.

Und - ich sehe das jetzt als Diskussion hier, ohne daß wir jetzt sagen können, so, das ist jetzt was Festes - wir versuchen zu lernen, wir versuchen zu gucken, wir versuchen zu begreifen.

In der Erklärung der RAF ist es ja so, um nochmal darauf zurückzukommen, sie sagen, für uns ist das eine Zäsur, wir stellen jetzt die Angriffe ein, wir nehmen die Eskalation zurück, da sagen wir zu dem Punkt: solche Angriffe kann man nur machen, wenn man eine konkrete Vorstellung hat, wohin man damit will, wie sie die Situation verändern wollen. Wenn die Vorstellung nicht mehr da ist, dann kann man diese Angriffe auch nicht machen.

Wieso merkt die RAF das eigentlich gerade jetzt, 1992, und nicht zum Beispiel vor dem Anschlag auf Herrn Rohwedder? Gab es da noch eine feste Vorstellung?

Gabriele Rollnick: In der Erklärung, so weit ich das im Kopf habe, sagen sie ja, seit 2 Jahren probieren sie ...

Irmgard Möller: ... parallel ...

Gabriele Rollnick: ... 'nen parallelen Prozeß zu machen ...

Hanna Krabbe: ... sie haben gesagt, sie haben weiter Aktionen gemacht, bewaffnete Aktionen und haben versucht, gleichzeitig einen Diskussionsprozeß in Gang zu setzen. Und haben dann gesagt, daß es gleichzeitig gar nicht geht, weil durch die Aktionen eine Eskalation entsteht, die aber diesem Diskussionsprozeß widerspricht, die den auch blockiert. Auf jeden Fall haben sie ihn nicht vorangebracht. Das ist auf jeden Fall ja mal ein Fakt. Und daraus haben sie 'ne Konsequenz gezogen. Und wir denken, daß es noch viel mehr ist, daß es uns viel mehr auf ganz grundsätzliche Probleme, wie jetzt hier politische Lösungen gefunden werden können, gebracht hat. Daß wir auf viel grundsätzlichere Fragen gestoßen sind. Das ist nicht nur ein Problem der RAF, das ist ein Problem von allen.

von allein werden Sie an keinem punkt zurückweichen, dafür wird immer gesellschaftlicher druck und kämpfe für unsere forderungen notwendig sein

(Zitat aus der RAF-Erklärung vom 10.4.92)

"Gegenmacht von unten"?

Ist die Linke für Sie als Konzept überholt oder sind das gar nicht mehr Ihre Ansprechpartner?

Hanna Krabbe: Die gibt`s eigentlich so nicht mehr. Die hat sich ja auch zersetzt, auch durch diesen Umbruch. Es gibt in dieser Gesellschaft ganz viele Arten von Widerstand und Menschen, die sich zusammenschließen, weil sie in ihrem Leben an einen Punkt gekommen sind, wo sie Lebensinteressen nur noch durchsetzen können, wenn sie sich zusammenschließen.

Wenn man jetzt mal ganz polemisch fragt: Es gibt doch mindestens noch eine Rechte? Oder gibt es die Ihrer Meinung nach auch nicht mehr?

Hanna Krabbe: Natürlich.

Irmgard Möller: Die gibt es, ja.

Hanna Krabbe: Aber es hat ja keine linke Kraft gegeben. '89/'90/'91: wo ist die gewesen? Der Staat hat einen unheimlichen Machtzuwachs bekommen und die Opposition war gelähmt, desorientiert, bewußtlos.

Als was würden Sie sich bezeichnen, wenn Sie sagen, es gibt eine Linke heute nicht mehr? Man hat ja klassisch immer gesagt, die RAF oder die Gefangenen aus der RAF gehören zur Linken, sind ein Bestandteil davon.

Hanna Krabbe: Wir wollen, daß sie sich wieder konstituiert.

Irmgard Möller: Wir haben '89 gesagt, wir wollen einen Prozeß herbeiführen, in dem sie sich neu zusammensetzen kann, weil es sie schon damals nicht mehr gab als sichtbar oder etwas, was man im groben Sinn als Einheit betrachten kann.

Man sieht auch, daß bestimmte Positionen aus den Medien vollkommen verschwinden. Wie mit Asylbewerbern umgegangen wird oder wie bestimmte Konflikte nicht gelöst werden, daß es da einen richtigen Rutsch gegeben hat. Daß auch Leute, die früher linke Intellektuelle waren, nicht mehr sichtbar sind, daß sie sich nicht mehr artikulieren können. Und daß dadurch ein Gesamteindruck entsteht, als gäb's die nicht mehr. Und als Kraft schon mal gar nicht.

Sie haben vorhin gesagt, beim real-existierenden Sozialismus hat der Zusammenbruch auch was mit inneren Bedingungen zu tun. Denken Sie, daß das bei der bundesdeutschen Linken auch der Fall ist?

Hanna Krabbe: Ja, bestimmt.

Irmgard Möller: Das ist es immer, wenn was zusammenbricht, durch äußere Einwirkung herbeigeführt. Aber wenn es von innen stimmt, dann würde es auch nicht zusammenbrechen. Mal ganz grundsätzlich, denke ich.

Haben Sie eine Idee davon, was das sein könnte, welche Wurzel da verrottet ist?

Gabriele Rollnick: Ja, vielleicht, daß die Linke das mit ihrem eigenen Leben nie richtig verbunden hat, was sie politisch anders wollte. Daß da was geklafft hat zwischen dem, was politisch in der Gesellschaft anders sein sollte, und den Zielen und dem, wie sie gelebt hat. Also: daß sie sich selbst nicht richtig umgewälzt hat. Und daß dadurch Ideologie so wichtig wurde und ideologische Widersprüche, weil es an der Substanz nicht gestimmt hat.

Hanna Krabbe: Oder sich in einem Ghetto bewegt, wo das gar keine gesellschaftliche Relevanz gehabt hat. Also zum Beispiel Diskussionen geführt werden oder Zeitungen, Flugblätter gemacht werden, die gesellschaftlich nichts mehr in Bewegung gesetzt haben. Die 'ne Selbstbeschäftigung waren.

Gabriele Rollnick: Wo auch gar nicht die Menschen angeguckt werden, mit denen man was machen will und dann geguckt wird, kann ich mit denen was machen und finden wir einen gemeinsamen Nenner. Sondern geguckt wird, na, hat der die richtige Meinung.

Hanna Krabbe: Ich finde das so begrenzt, wenn ich jetzt sagen würde, wir gucken - meinetwegen -, was die Leute in den Häusern machen, die sich eigene Zentren, Lebens- und Diskussionszentren in besetzten Häusern zum Beispiel, erkämpft haben ...

... Hafenstraße ...

Hanna Krabbe: ... oder Hafenstraße, oder so. Das gehört dazu, aber das finde ich noch viel zu eng. Ich möchte das viel weiter, richtig durch die gesamte gesellschaftliche Breite.

Zum Beispiel was in Hamburg war mit der Stresemannstraße.

... Als dort die Straße blockiert wurde.

Hanna Krabbe: Ja. Da donnern die Lastwagen durch 'ne Wohnstraße. Das ist die befahrenste Straße in ganz Hamburg und da sind schon ganz viele Kinder überfahren worden. Irgendwann haben die Leute, die da leben, einfach gesagt, so, jetzt ist Schluß. Sie haben die Straße zugemacht, sie haben den Verkehr blockiert und dann ist unheimlich viel passiert. Dann haben sie sich mit der Verkehrspolitik auseinandergesetzt, sie haben gemerkt, wenn die Straße zu ist, dann können unsere Kinder ja auf der Straße spielen. Oder die Frauen und Männer, die da wohnen, haben gemerkt, wir können ja jetzt wieder auf den Balkon raus, vorher ging das gar nicht, weil die Luft so dreckig war. Also, es sind ganz viele Probleme an einem ganz kleinen Punkt: eine Straße, da ist ein Kind überfahren worden. Die gesamtgesellschaftliche Organisierung - also: wie wird hier der Verkehr organisiert, wie wird hier Kommunikation organisiert beziehungsweise nicht organisiert, wo haben die Menschen eigentlich noch einen Raum in den Bereichen, wo sie leben, wie können sie das herstellen - das geht gleich um alles.

1977: Mord an Schleyer -

Tod in Stammheim

Irmgard Möller: Ich weiß nicht im einzelnen, was abgelaufen ist, also wie, wer, weil ich nie an die Akten gekommen bin. Das erzähle ich gleich noch genauer.

Ich weiß, daß wir das nicht selber gemacht haben, daß wir keine Waffen hatten. Und daß ich bewußtlos in 'ner Intensivstation eingeliefert wurde und nach ein paar Tagen aufgewacht bin.

Und ich bin ganz sicher, daß es Mord war. Wir waren damals in der Kontaktsperre ...

Was heißt Kontaktsperre?

Irmgard Möller: Kontaktsperre heißt, daß die Gefangenen untereinander und nach außen total isoliert sind. Daß keine Briefe rausgehen, daß keine Besuche stattfinden können. Daß noch nicht mal Gespräche mit dem Arzt unter vier Augen laufen, sondern daß jemand vom Staatsschutz dabei ist und den wiederum überwacht. Vorher hatten wir richtig zusammengelebt und dann durften wir nicht mal mehr gemeinsame Gegenstände berühren. Äußerst rigide wurde das angewandt.

Daß wir nach außen total abgeschottet waren, das war die Bedingung, um überhaupt sowas behaupten zu können.

Sowas behaupten zu können, wie, daß es Selbstmord gewesen sei?

Irmgard Möller: Ja. Überhaupt: das zu tun und nachher als solches darzustellen.

Andere ehemalige Mitglieder der RAF haben ja gesagt, daß es Gespräche über Selbstmord als kollektive Handlungsmöglichkeit gegeben habe. Können Sie sich das vorstellen?

Irmgard Möller: Das kann ich mir überhaupt nicht vorstellen. Während der Kontaktsperre hatten wir noch einen Streik angefangen, um zu signalisieren, wir wollen leben, wir wollen kämpfen. Ich kann mir das überhaupt nicht vorstellen. Bei uns hat es solche Gespräche nicht gegeben.

Wir wollen ja leben.

Würden Sie denn sagen, daß die Situation im deutschen Herbst, die Situation zwischen Ihnen und dem Staat, der Bundesrepublik, in dieser Zeit besonders eskaliert ist?

Irmgard Möller: Ja, das war der absolute Höhepunkt. Alles was danach war, das hat sich immer darauf bezogen.

Wir wollten nicht, daß es sich weiter zuspitzt, daß Sachen überwältigt werden, daß Leute vor Tatsachen gestellt werden, die sie gar nicht bewältigen können, weil das so scharf und so überschlagen ist, daß niemand vorbereitet ist. Und daß dann die ganze Politik 'rausfällt und es sich unheimlich militarisiert - von beiden Seiten -, das wollten wir verhindern.

Deswegen hatten wir vorgeschlagen, wenn sie uns freilassen, daß wir dann nicht in die Bundesrepublik zurückkehren, daß wir außerhalb, in Westeuropa oder sonstwo bleiben, natürlich weiter politisch kämpfen, aber nicht bewaffnet, jedenfalls die nicht, die da freigelassen worden wären. Darauf sind sie nicht eingegangen.

Sie haben gesagt, Sie wollten verhindern, daß sich die Situation auf beiden Seiten militarisiert ...

Gabriele Rollnick: Das heißt auch: in der Hand behalten, daß einem das nicht entgleitet in Richtung ...

Irmgard Möller: ... von einer zwanghaften Reaktion/Gegenreaktion, wo niemand mehr das in der Hand hat.

Wie bewerten Sie denn dann die Ermordung von Hanns-Martin Schleyer?

Irmgard Möller: Das war sicher keine Racheaktion, das denke ich nicht. Racheaktionen hätten ganz anders ausgesehen.

Hanna Krabbe: Racheaktionen stelle ich mir vor: blind. Wenn jemand zum nächsten Polizeirevier gegangen wäre und einfach die MP reingehalten hätte zum Beispiel. Das würde ich als Rache bezeichnen. Wenn du gar

nicht mehr überlegst, gegen wen du eigentlich kämpfst, sondern einfach nur alles, was irgendwie nach Staat aussieht, angreifen würdest.

Haben Sie sich mal das Szenario überlegt, was eigentlich passiert wäre, wenn die RAF damals Schleyer freigelassen hätte? Dann hätte sie doch in einer Situation der Eskalation und Verschärfung doch zumindest relativ menschlich dagestanden?

Hanna Krabbe: Nachdem die Gefangenen tot waren?

Irmgard Möller: Ich denke, das wäre nicht möglich gewesen. Das kann man so durchspielen, aber - ich weiß es nicht.

Sie halten das aus der Situation, wie das damals war, für unvorstellbar?

Irmgard Möller: Ja, weil dadurch, daß die Gefangenen tot waren, hatte die Regierung auf Schleyer verzichtet, das war ausdrücklich.

Was aber nicht heißen muß, daß die Guerillaorganisation das dann auch tun muß.

Irmgard Möller: Ja, sicher. Ich weiß nicht. Ich kann schwer darüber reden.

die haftunfähigen und die gefangenen, die am längsten sitzen, müssen sofort raus und alle anderen bis zu ihrer freilassung zusammenkommen!

(Zitat aus der RAF-Erklärung vom 10.4.92)

Haftbedingungen

Irmgard Möller: Wir hatten draußen schon mal überlegt, daß sie mit uns anders umgehen, wenn sie uns fangen, als drei Jahre vorher, als Leute aus der Studentenbewegung gefangen waren. Da gab's nichts besonderes. Darüber wußten wir, über die Erfahrung von Teufel oder von einzelnen Leuten, einzelnen Studenten oder Leuten, die verhaftet worden waren. Da gab's nichts besonderes in der Richtung.

Dann haben wir damit gerechnet, daß wir geschlagen werden, daß wir physisch gefoltert werden. Und dann haben wir festgestellt, wir werden es nicht, sondern daß man bei uns sich was ausgedacht hat - später haben wir dann wissenschaftliche Abhandlungen darüber gefunden - was viel subtiler war und viel schwerer vermittelbar, und wir haben selber unheimlich lange gebraucht, Monate, Jahre eigentlich, um zu begreifen, was das ist. Daß Isolation Folter ist und daß sie die gleiche Funktion hat wie physische Folter. Nicht nur sofort Informationen zu erlangen, sondern langfristig den einzelnen Gefangenen seiner Geschichte zu berauben, seiner Identität zu berauben, seiner ganzen Persönlichkeit. Ihn umzudrehen.

Ist es nicht vielleicht viel banaler vorstellbar, daß man gesagt hat, wir haben jetzt hier besonders gefährliche Gefangene, die RAF versucht ja auch, Gefangene zu befreien, die Bewegung 2. Juni hat versucht, Gefangene zu befreien, wir müssen jetzt besondere Sicherheitsmaßnahmen ...

Irmgard Möller: Nein, keineswegs. Das war eigentlich nie Sicherheit. Es ging, sie haben das dann zwei Jahre später ausgesprochen, darum, uns von unseren Zielen abzubringen. Wir haben das viel zu spät bemerkt. Ulrike war im Toten Trakt, und vorher war Astrid Proll im Toten Trakt gewesen, und wir haben das gar nicht gewußt. Wir haben nicht realisiert: was macht das. Wir haben gesehen, die kann nicht mehr schreiben, ihr Kreislauf ist zusammengebrochen, die ist vollkommen desorientiert - Astrid Proll. Wir haben aber viel zu spät begriffen, daß das Folter ist und sie als solche anzugreifen. Wir hätten anders interveniert, wenn wir das vorher gewußt hätten. Wir haben das am eigenen Leibe praktisch erfahren, daß das so ist.

'77, dann war ich zum Beispiel dauernder Observation, Tag und Nacht Licht, dauernde Kontrollen, dauernd Schließer vor der Tür, die permanent aufgepaßt haben, auch wenn ich um 'ne Ecke ging, haben die die Tür aufgerissen, um zu gucken, was ich mache in der Zelle.

Am Anfang hatte ich keine Tür, ich hatte statt dessen ein Gitter, wie im Tigerkäfig. Und die haben sich draußen 'ne Tribüne aufgebaut, damit sie in 'ner richtigen Augenhöhe saßen, Tag und Nacht, und haben da auch zu zweit gesessen und geschwatzt. Ich hatte kein Radio, ich hatte nichts, womit ich mich dagegen hätte abschirmen können. Ich hab dann Mechanismen entwickelt, wie ich mich bewege, aber ich war unter dauernder Kontrolle.

Ich habe keine Informationen gekriegt, ich habe keine Besuche gekriegt, dann wurde die Trennscheibe eingeführt für alle. Ich hab' sowieso keine Besuche gekriegt, und die, die stattfanden, waren unerträglich hinter der Scheibe. Dann habe ich keine mehr gemacht. Jahrelang. Ich dachte, ich soll wirklich verrückt werden da drin, ich soll alles vergessen und rotieren und richtig durchdrehen.

Christine Kuby: In den 80'ern waren wir jahrelang zu dritt in diesem Trakt. Wir waren vollkommen von allem abgeschottet. Wir haben niemanden gesehen, wir hatten eine Stunde Besuch im Monat hinter der Trennscheibe und ansonsten war nichts. Es war einfach nichts da. Wir hatten jahrelang, was Gabi vorhin schon mal gesagt hat, Schreibverbot zu anderen Gefangenen, total.

Wie sind denn ganz konkret Ihre Haftbedingungen im Augenblick?

Irmgard Möller: Die sind schon besser geworden.

Christine Kuby: Was sich jetzt an unseren Bedingungen, also an den Bedingungen von uns vier hier in Lübeck, verändert hat, das hat sich in anderen Knästen für einzelne Gefangene überhaupt nicht verändert, die sind weiter unter unheimlich scharfen Bedingungen seit zehn Jahren gefangen. Also beispielsweise Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar, seit '82 sind die gefangen, da hat sich überhaupt nichts gelockert oder fast gar nichts gelockert.

Irmgard Möller: Was sich verändert hat, ist die Zensur, also daß nicht mehr so angehalten wird wie die ganze Zeit vorher und beschlagnahmt wird. Was natürlich weiter passiert, daß es weitergeleitet wird. Aber wir bekommen das. Es wird uns nicht mehr vorenthalten. Dann hat sich verändert, daß wir eine Stunde am Tag Hofgang machen können mit den sozialen Gefangenen, Frauen hier.

Soziale Gefangene?

Christine Kuby: Die Frauen, die hier im Knast sind, die wir ein Jahrzehnt lang nicht gesehen haben und mitgekriegt haben. Nichts gehört, kein Gesicht, nichts. Das ist seit drei Jahren, daß wir dies können und die Möglichkeit dazu haben.

Wie ist denn Ihr Verhältnis zu denen? Haben Sie gute Kontakte dahin?

Irmgard Möller: Wir hatten mal gute; die sind dann entlassen worden. Es ist eine sehr starke Fluktuation, die haben kürzere Strafen.

Hanna Krabbe: Und es ist auch begrenzt. Wir leben ja ganz woanders. Wir leben in diesem Trakt und haben da auch mit dem Knastsystem zu tun; es ist ja immer noch ein besonderes Regime. Die anderen Gefangenen, die im Normalvollzug sind, die kriegen wir ja nur in der einen Stunde mit. Man kann gar nicht so gut miteinander kommunizieren. Wenn man mehr machen würde, dann würde man auch zusammen handeln und das geht dadurch nicht, daß die ganz andere Bedingungen haben. Es ist dadurch erschwert.

Wäre es denn ein Wunsch von Ihnen, integriert zu werden in so eine Haftsituation?

Christine Kuby: Das wäre mein Wunsch nicht. Ich habe relativ viel Kontakt mit den Frauen und ich merke, wie mich das anstrengt nach diesen ganzen Jahren der Isolation. Nicht einfach irgendwie so 'ne oberflächliche Beziehung zu den Frauen zu haben - ich würde das überhaupt nicht schaffen. Das wäre: mich oder uns in eine vollkommen andere Realität, als sie die ganzen Jahre über war, plötzlich reinzustecken. Mit so vielen Leuten sich auseinanderzusetzen - man kann ja nicht einfach dran vorbeigehen -, das ist etwas, das würde meine Kraft übersteigen, das könnte ich nicht mehr.

Würden Sie denn sagen, daß die Isolationshaft Auswirkungen hat, die heute immer noch fortwirken?

Christine Kuby: Na, auf jeden Fall. Ich denke, das wird auch noch ein ganz langer Prozeß, überhaupt die Fähigkeiten, die man verloren hat durch diese Bedingungen, sich überhaupt wieder anzueignen und ich denke, das geht nur draußen. Ich kann mir überhaupt keine Veränderungen der Haftbedingungen vorstellen, die so eine Regeneration der ganzen Persönlichkeit möglich macht.

justizminister kinkel hat ... das erste mal von staatlicher seite offen gemacht, daß es fraktionen im apparat gibt, die begriffen haben, daß sie widerstand und gesellschaftliche widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen mitteln in den griff kriegen.

(Zitat aus der RAF-Erklärung vom 10.4.92)

Alle 40 müssen raus

Hanna Krabbe: Wo wir noch gar nicht wirklich sind, daß es um alle geht, daß es um diesen ganzen politischen Zusammenhang geht. Einmal auf Grund von den besonderen Haftbedingungen, denen wir unterworfen werden und dann aber auch von dem, was wir politisch wollen. Wir wollen ja was ganz bestimmtes politisch zusammen. Wir wollen ja auch, daß wir das, was wir uns erkämpft haben, jetzt auch an Bewußtsein und an Begriff von der Situation, was wir weiter machen wollen - wir sehen auch, daß das vom Knast aus überhaupt nicht geht - das ist ja das zweite, weswegen wir sagen, alle müssen raus. Weil wir politisch draußen handeln wollen.

Was denken Sie, was sind Etappen dorthin?

Irmgard Möller: Wir denken, daß es insgesamt in einem überschaubaren Zeitraum sein kann von ein, zwei Jahren zum Beispiel - mal gesagt. Und daß natürlich der Staat nicht jetzt hingeht und uns alle 40 rausläßt ... wie es genau läuft, das weiß ich überhaupt noch nicht. Wichtig ist, daß es 'ne Entscheidung gibt, das überhaupt ins Auge zu fassen und dazu bereit zu sein. Dann kann man ja sehen, in welchen Etappen. Zum Beispiel die, die am längsten drin sind, also zuerst die Haftunfähigen und dann die über 15 Jahren und dann die zwei Drittel und so weiter. Alle praktisch.

Bundesjustizminister Klaus Kinkel hat ja mal diesen Begriff der Versöhnung in die Diskussion gebracht. Ist das für Sie etwas, worunter Sie das subsummieren würden?

Irmgard Möller: Also, Versöhnung würde ich mal nicht wörtlich nehmen, sondern für mich hat das ausgedrückt, daß es überhaupt als möglich gedacht wird, uns als politischen Zusammenhang zu akzeptieren. Versöhnung - das kann man wirklich nicht wörtlich nehmen, es ergibt keinen Sinn für mich.

Sie möchten sich auch nicht mit dem Staat versöhnen?

Irmgard Möller: Ich sehe auch gar nicht, wie das, wie, wozu. Ich kann mir das nicht vorstellen.

Hanna Krabbe: Dieser Begriff, finde ich, ist aber auch nicht so wichtig. Da ist zwar jetzt unheimlich viel dran polemisiert worden, ob man das darf oder nicht darf ...

Irmgard Möller: Das ist aber deswegen so polemisiert worden, weil daran was anderes rüberkommt, nämlich die Möglichkeit, uns als politischen Gegner zu akzeptieren - oder die Tatsache, daß wir einer sind.

Das würde ja aber möglicherweise implizieren an Sie auch die Erwartung, sich auf die politischen Spielregeln, die in diesem Land existieren, einzulassen?

Gabriele Rollnick: Wir nehmen die zur Kenntnis, wir müssen sie zur Kenntnis nehmen, nehmen sie auch schon lange zur Kenntnis. Das heißt aber nicht, sich einzulassen, sondern: das ist ja jetzt ein Prozeß, in dem wir uns befinden, und wir versuchen das auch zu beeinflussen.

Hanna Krabbe: Dieser ganze Begriff, politische Regeln in diesem Land, was soll das sein? Die Regeln der Herrschenden? Es gibt ja auch andere politische Regeln.

Also wird es auch nicht, wie zum Beispiel der schleswig-holsteinische Justizminister Klingner gesagt hat, das jetzt als ein Schlußstrich, sondern als Weiterentwicklung ...

Alle: Ja, beides.

Irmgard Möller: Schlußstrich stimmt auch, also, wenn es möglich wäre.

Gabriele Rollnick: Wenn wir sagen Zäsur, das heißt das ja auch. Aber nicht Schlußstrich in dem Sinne: jetzt in den Müll und weg damit, sondern auf 'ne andere Stufe kommen.

Hanna Krabbe: Auf 'ne andere Ebene kommen. Wenn das so vom Staat gesagt wird, vom Justizministerium, dann kann ich das nur so verstehen, daß es bedeuten soll, daß diese Kontinuität von Ausnahmestaat, Ausnahmerecht, Ausnahmebehandlung gegenüber uns, daß mit denen Schluß gemacht werden soll, da bin ich natürlich einer Meinung.

Hinweis:

Auf zwei weitere Interviews mit Gefangenen aus der RAF, die in diesen Tagen veröffentlicht worden sind, soll hier noch hingewiesen werden:

Irmgard Möller im "Spiegel" 21/92, 18.5.

Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts in "Konkret" 6/92

Das RAF-Papier und das Schreiben von Irmgard Möller sind in AK 342 dokumentiert.

19. "Freiheitskämpfer" auf Eroberungstour. Kroatien und Bosnien-Herzegowina

Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:24

Nach der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens hat der Bürgerkrieg in Jugoslawien kein Ende gefunden. Wie im Falle Kroatiens hat die Bundesregierung und die gesamte deutsche Presse wieder in Serbien den Alleinschuldigen für den Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina ausgemacht, den es schnellst möglichst zu isolieren und auszuschalten gelte. Für diese Sichtweise des Konflikts erhält Deutschland mittlerweile auch immer mehr Zustimmung aus dem westlichen Ausland. Angesichts der immer stärker forcierten Intervention der kroatischen Armee in der Nachbarrepublik läßt sich das simple, von deutschnationalen Interessen bestimmte Schwarz-Weiß-Gemälde der jugoslawischen Krise, wie es kt im letzten AK noch einmal in aller Schlichtheit ausbreitete, nicht mehr aufrechterhalten und ist wohl auch angesichts des fortgeschrittenen Stadiums der Krise nicht mehr nötig. Daß der kroatische Appetit auf bosnisches Territorium keine Reaktion auf eine serbische Offensive ist, wie nun der Öffentlichkeit weisgemacht werden soll, zeigt ein Blick auf die Unabhängigkeitserklärung der Regierung Tudjman.

Ungewollte Unabhängigkeit

Die Führung der Republik Bosnien-Herzegowina hat lange Zeit, gestützt auf eine projugoslawische Mehrheit unter den Muslims, versucht, irgendeine Form des Zusammenschlusses der verschiedenen jugoslawischen Republiken zu erhalten. Das von Slowenien und Kroatien und in zunehmendem Maße auch von den Serben vertretene Modell der Gründung separater Nationalstaaten auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawiens mußte das multinationale Bosnien in seiner Existenz bedrohen. Die Muslims verbinden mit dem titoistischen Staat durchaus positive Erinnerungen. Aufgrund ihrer Religion und ihrer starken Identifizierung mit dem osmanischen Reich konnten sie nicht wie die christlichen Religionsgemeinschaften an der imperialistischen Liquidierung dieses Staates teilnehmen und davon profitieren. Statt dessen waren sie einer jahrzehntelangen Diskrimierung als national nicht zuverlässige "Türken" ausgesetzt. Dies änderte sich erst Mitte der 50er Jahre. Aufgrund der Investitionen, die Jugoslawien in seiner zentral gelegenen Republik vorgenommen hatte, erlebte die Wirtschaft des Landes einen beachtlichen Aufschwung. Um den serbischen und kroatischen Nationalismus und die Rivalität beider um die serbokroatischen Muslims zu dämpfen, wurden diese 1963 offiziell als Nation anerkannt. Beides förderte sowohl eine muslimische Renaissance als auch eine Identifikation mit Jugoslawien.

Daß die Politik der Regierung Izetbegovic für einen Erhalt Jugoslawiens nicht frei von Widersprüchen war und letzlich scheiterte, hat mehrere Ursachen:

1. Die Projugoslawienpolitik war nicht im eigentlichen Sinne antinational, sondern basierte selbst auf einem muslimischen Nationalismus. Dieser ist zwar wesentlich defensiver und gebremster als der kroatische und serbische, aber durchaus vorhanden. So erklärt es sich auch, daß es dem Ministerpräsidenten Ante Markovic nicht gelang, seiner Partei, dem "Bund der Reformkräfte", bei den Wahlen im Nov. 1990 eine größere Basis in Bosnien zu verschaffen. Zwar konnte der Kroate Markovic für seine Politik eines kontrollierten Übergangs Jugoslawiens einschließlich des unterentwickelten Südens zum Kapitalismus mit der Unterstützung der siegreichen muslimischen Partei SDA rechnen, während er von den Republikführungen Kroatiens, Sloweniens und Serbiens heftig bekämpft wurde. Grundsätzlich war Bosnien auch bereit, Markovics zu unterstützen, bei seinen Versuchen den zwischen diesen Republiken ausbrechenden Wirtschaftskrieg sowie die Übernahme des Zollwesens durch die Einzelrepubliken und die Beschneidung von Bundeskompetenzen zu verhindern. Doch kollidierte sein Versuch, zu diesem Zweck die Kompetenzen der Bundesregierung auf Kosten der Republiken auszuweiten, mit der auch in Sarajevo sich ausbreitenden nationalistischen Dynamik. Zudem waren Bosnien und Mazedonien eher bereit, Kroatien und Slowenien bei ihren Dezentralisierungsbemühungen entgegenzukommen, um diese weiterhin im jugoslawischen Verbund zu halten, als der auf die Stärkung der Bundeszentrale setzende Markovic.

2. Die sich verschärfende Wirtschaftskrise führte zunehmend dazu, daß Bezirkshäuptlinge, Fabrikmanager, Clanchefs etc. aus ihrem Herrschaftsbereich sich alles das unter den Nagel zu reißen suchten, was sie nur kriegen konnten. Da die Zentralregierung durch die Wirtschaftskrise als Verteilungsinstanz und Herrschaftslegitimation zunehmend ausfiel und durch die Blockade Serbiens, Kroatien und Sloweniens noch

zusätzlich entwertet wurde, wurde der Nationalismus zum wichtigsten Mobilisierungsmittel, bedrohte politische und soziale Herrschaft aufrechtzuerhalten und zu legitimieren. Dieser Prozeß machte auch vor Bosnien nicht halt. Muslimische, serbische und kroatische Parteifunktionäre, Stadtverwaltungen und Direktoren suchten deshalb ihrer Herrschaft durch die Entlassung anderer Nationalitäten und die Einstellung der eigenen wieder eine gesicherte Grundlage zu geben.

3. Die von Deutschland gegenüber den anderen EG-Staaten durchgepeitschte Anerkennungspolitik gegenüber Kroatien und Slowenien hat der Politik der Regierung Izetbegovic die Grundlage entzogen. Der Unterstützung, die die beiden reichsten Republiken durch Deutschland erfuhren, hatte das Gespann Bosnien/Mazedonien/Markovic-Regierung nichts gleichwertiges entgegenzusetzen. Vor allem die deutsche Regierung hat deren Bemühen um einen Erhalt einer jugoslawischen Föderation immer wieder erfolgreich bekämpft, indem diese als serbisch dominiert diffamiert wurde. Die Versuche des Dreiergespanns, im Sommer 1991 die Initiative in der jugoslawischen Frage zu übernehmen, wurden vor allem von Deutschland abgeblockt, dem es darauf ankam, die Regierungen in Zagreb und Ljublana aufzuwerten.

Trotz der hier genannten Widersprüche und Mängel der bosnischen Politik hat diese doch Spielräume und Möglichkeiten eröffnet für eine nicht auf die völkische Herkunft gerichtete Entwicklung von Staat und Gesellschaft und zu einem einigermaßen friedlichen Zusammenleben der Völker auf dem Balkan. Der Roma-Minderheit, die anderswo als Sündenbock für alles und jedes herhalten muß, geht es in Bosnien von allen Teilen Jugoslawiens bei weitem am besten. In dieser Republik hat es auch immer eine starke antinationalistische Friedensbewegung gegeben. Als Anfang April serbische Nationalisten auf eine mehr als 30.000 Menschen zählende Friedensdemo in Sarajevo schossen, trugen diese unzählige Porträts von Tito und jugoslawische Fahnen mit sich. Anders als bei "Traditionsdemos" in der Ex-UDSSR etwa, wo Stalin-Bilder in trauter Eintracht mit Zarenporträts herumgeschleppt werden, war nicht nationale Demagogie das Anliegen der Demonstranten. Im Gegenteil, sie demonstrierten für ein Ende der nationalistischen Auseinandersetzung und forderten den Rücktritt aller drei nationalistischen Parteien im Parlament und der amtierenden Regierung, da alle drei den Bürgerkrieg als Mittel der Politik in Kauf nähmen.

Tudjman in den Fußstapfen der Ustascha

"Weitere Schießereien fanden in Mostar statt", hieß es eine ganze Zeit lang lapidar im Anschluß an ausführliche Berichte über bewaffnete Aktion serbischer Tschetniks. Wenn heute ansatzweise zumindest zugegeben wird, daß in Bosnien auch die Ustascha-Milizen der HOS von Dobroslav Paraga und reguläre kroatische Streitkräfte aktiv sind, so wird doch zugleich entschuldigend hinzugefügt, daß diese nur zum Schutz der Kroaten gegen serbische Angriffe aktiv würden oder lediglich mithelfen würden, die Integrität Bosniens zu sichern. Sofern die Eroberungsabsicht der Kroaten eingestanden wird, heißt es in aller Regel, daß dies zwar eine bedauerliche, aber letzlich unvermeidliche Reaktion auf die serbische Aggression darstelle. Nichts von dem entspricht den Tatsachen.

Kroatische Nationalisten waren wie ihr serbischer Gegenpart nie bereit, eine eigenständige muslimische Nation anzuerkennen. Mit nationalistischer Blindheit geschlagen waren sie unfähig zu erkennen, daß gesellschaftliche und soziale und nicht nationale Widersprüche die Ursache für den massenhaften Übertritt der serbokroatischen Bevölkerung in Bosnien zum Islam waren.

Die Theorie von den islamisierten Kroaten, von kt im letzten AK mit viel Verständnis wiedergegeben, sollte dazu dienen, den Herrschaftsanspruch der Kroaten über die Bosnier zu legitimieren. Für das Ustascha-Regime waren die Muslime die "Blüte des kroatischen Volkes". Das Regime, das als Abfallprodukt der Nazi-Eroberung auf dem Balkan entstand, mußte an den Bündnispartner Italien nämlich Teile des eigentlich anvisierten Kroatiens, vor allem die Dalmatinische Küste, abtreten. Im Gegenzug wollte man sich selbst am bosnischen Territorium schadlos halten. Mit der oben genannten Formel sollten die Muslime, unter denen es zum Teil ebenfalls prodeutsche Tendenzen gab, wie die sog. "Jungen Muslime" (In Bosnien hob der berüchtigte Palästinenserführer Husseini sein islamisches SS-Bataillon aus), in den neuen Staat integriert werden, ohne daß ihnen eine Beteiligung an der Staatsmacht zugestanden wurde.

Die Regierung Tudjman, in dessen Beraterstab viele Kroaten aus der westlichen Herzegowina sitzen, die ein Großkroatien bis an die Drina anstreben, knüpft wieder an diese Tradition an. Nach den Wahlen zum kroatischen Parlament im Mai 1990 erklärte Tudjman, die Bevölkerung Bosniens und der Herzegowinas sollten

in einem Referendum über den Status ihrer Republik entscheiden, aufgrund der engen historischen Verbundenheit beider Republiken läge eine enge Zusammenarbeit nahe (FAZ, 9.5.90) Das Parlament in Sarajevo sah sich daraufhin veranlaßt, entschieden davor zu warnen, die Integrität der Republik anzutasten. Unter den Kroaten in der Herzegowina machte sich seit dem Sommer 1990 eine massive nationalistische Welle breit, überall wehte die kroatische Fahne und hingen Bilder von Tudjman. (Archiv der Gegenwart 1990 34786A). Vor allem in der westlichen Herzegowina war die Partei Tudjmans, die HDZ, besonders stark. Eigentlich war diese Partei, wie auch ihr serbisches Gegenstück, der SDS, nach der am 31.7.90 im Parlament von Sarajevo verabschiedeten Verfassung nicht ganz legal. Nach dieser Verfassung dürfen Parteien, die ihr Zentrum außerhalb der Republik haben, nur dann an den Wahlen teilnehmen, wenn es sich um gesamtjugoslawische Parteien handelt.

Im Juli 1991 traf Tudjman sich mit Milosevic, um über eine Aufteilung der Nachbarrepublik zu verhandeln. Tudjman ließ in der Öffentlichkeit verlauten, im Ernstfall müsse Bosnien-Herzegowina zwischen Serbien und Kroatien aufgeteilt werden, und ein muslimisch-bosniakischer Rumpfstaat solle als Puffer zwischen beiden Staaten verbleiben. Zu dieser Zeit war die Bewaffnung sowohl der serbischen als auch der kroatischen Bevölkerung in der Herzegowina bereits weit fortgeschritten. Als Reaktion auf die Äußerungen Tudjmans rief Izetbegovic die Armee wiederholt dazu auf, die Grenzen der Republik zu schützen, da andernfalls eigene Milizen aufgestellt werden müßten. (AdG 1991 35858). Es ist also keineswegs so, wie kt es darstellt, daß Bosnien eine doppelbödige Politik betrieb, einerseits verbal Neutralität zu bekunden und andererseits einen Krieg der Bundesarmee gegen Kroatien von seinem Territorium aus zu dulden. Vielmehr ging es um die Abwehr einer tatsächlich von Kroatien ausgehenden Bedrohung, die heute kein Jahr später reale Gestalt annimmt.

Daß in dieser Auseinandersetzung die Armee aufgefordert wurde, für die Sicherheit der Republik zu sorgen, hängt mit einem Umstand zusammen, der überhaupt nicht in das Bild eines angeblichen Unterdrücken der Kroaten und Slowenen in Jugoslawien paßt. Im Rahmen des nach der Intervention des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei geschaffenen Konzepts der "Allumfassenden Verteidigung" erhielten Slowenien und Kroatien sogenannte Territorialtruppen, die das Land im Falle eine Angriffs durch den Warschauer Pakt verteidigen sollten. So kommt es, daß Slowenien und Kroatien 1991 allein aus diesen Truppen 140.000 Mann unter Waffen hatten - das sind nur 40.000 weniger als die Gesamtstärke der Bundesarmee ohne Reservisten -, hochausgerüstet mit Kampfhubschraubern, Flugabwehrraketen und Panzerabwehrraketen. Der JVA sind sie allein im Bereich der Luftwaffe unterlegen. So wundert es nicht, daß Slowenien, im Gegensatz zu Kroatien, die volle Stärke seiner Territorialstreitkräfte nutzen konnte, so schnell die Bundesarmee im Sommer letzten Jahres niederkämpfen konnte. Nach Angaben des slowenischen Diplomaten in Genf und Militärexperten Anton Bebler waren überdies die meisten Piloten der Luftwaffe und Kommandanten der Marine Slowenen und Kroaten (taz 4.4.92). Bosnien, wie im übrigen auch Serbien, verfügte nicht über Territorialstreitkräfte. Bosnien war im Verteidigungskonzept als Rückzugsbastion der Armee vorgesehen, konnte also in dem Konflikt mit Kroatien nicht mit eigenen Streitkräften drohen.

Kroatisch-Serbische Pläne zur Aufteilung Bosniens

Das ganze Jahr über hat es trotz des serbisch-kroatischen Konfliktes Geheimverhandlungen zwischen Tudjman und Milosevic gegeben über eine Aufteilung Bosniens. So wundert es denn nicht, daß dessen Regierung gegen die von Deutschland betriebene Anerkennungspolitik massive Bedenken vortrug. Umgekehrt hat Kroatien auch die Unabhängigkeit von Bosnien-Herzegowina nicht anerkannt. Auf dem Parteitag der regierenden HDZ am 23.2.92 lehnte Tudjman eine völkerrechtliche Anerkennung der Nachbarrepublik ab. Statt dessen stellte er den derzeitigen Grenzverlauf in Frage, forderte eine kantonale Aufteilung der Volksgruppengebiete in Bosnien und eine doppelte Staatsbürgerschaft für die Kroaten dort. Letzteres verweigert die kroatische Regierung ganz entschieden der eigenen serbischen Minderheit. Mit dem Verweis auf die doppelbödige Politik Serbiens, den eigenen nationalen Minderheiten, wie den Albanern im Kosovo, zu verweigern, was für die serbische Minderheit in Kroatien gefordert würde, wurde wiederum in Deutschland um Verständnis für die kroatische Position gegenüber den Serben geworben.

Lange Zeit hat die Presse hierzulande versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob es in der Frage der kantonalen Aufteilung nach ethnischen Kriterien eine muslimisch-kroatische Einheitsfront gegen die Serben gäbe. Tatsächlich hat die in Kroatien regierende HDZ, deren erklärtes Ziel die Sicherung einer kroatisch definierten Herrschaft in der eigenen Republik ist, immer wieder massiven Einfluß auf die Kroaten in der

Herzegowina ausgeübt, dem multinationalen Staatskonstrukt eine Absage zu erteilen. Dem Druck aus Zagreb mußte so im Februar 1992 auch Stjepan Klujic, der bisherige Vorsitzende der HDZ in Bosnien, weichen der für ein einheitliches Bosnien eintritt. An seiner Stelle wurde der Anschlußpolitiker Boban der Vertreter der bosnischen Kroaten. Hatte die muslimische SDA noch im Herbst 1991 zusammen mit der HDZ gegen die serbische Partei ein Referendum über die Unabhängigkeit beschlossen, entgegen der Verfassung, die das Konsensprinzip zwischen den drei Gruppen vorsieht, so drohten die Kroaten Anfang Februar mit einem Boykott der Abstimmung, falls folgende Forderungen nicht erfüllt würden. Zum einen sollte die eigene Souveränität der Kroaten sichergestellt werden zum anderen verlangten sie eine Änderung des Abstimmungstextes, der die Einteilung des neuen Staates in nationale Kantone vorsah, mithin genau die Forderung die bisher immer der serbische SDS gefordert hatte und gegen die sich die SDA von Izetbegovic immer gewehrt hatte. Der Spitzenpolitiker der HDZ in Banja Luka Ivca Bijelic bekannte denn auch, die Zusammenarbeit mit den Muslimen sei nur taktisch bedingt gewesen, wegen der überzogenen Forderungen der Serben. Grundsätzlich stimme man jedoch mit den Serben in der Frage der Kantonisierung überein. Vor dem Referendum trafen sich im österreichischen Klagenfurt erneut der Serbenführer Karadzic und Manolic, ein Vertrauensman von Tudjman. Am 8. Mai trafen sich im österreichischen Graz der SDS-Vorsitzende mit dem neuen HDZ-Führer Boban, um unter Ausschluß der Muslime eine Kantonalisierung Bosniens abzusprechen. Offensichtlich wurde dabei auch über eine Aufteilung Bosniens verhandelt. 30% fielen demnach an Großkroatien und 60% an Großserbien. Izetbegovic versucht im Gegenzug nun verstärkt, aber mit mäßigem Erfolg, die Türkei für sich zu mobilisieren.

Die Kroatische Armee greift ein

Bewaffnete Aktionen der Ustascha-Milizen der HOS und regulärer Streitkräfte Kroatiens auf bosnischem Territorium mit dem langfristigen Ziel, das eroberte Territorium der eigenen Republik anzuschließen, finden mindestens seit Mitte Januar 1992 statt. Die HOS hat ihr Hauptquartier mittlerweile in die Herzegowina verlegt. Im Süden konzentrieren sich die kroatischen Streitkräfte vor allem auf die Stadt Mostar und die Dörfer der Umgebung. Dort greift die HOS immer wieder in Zusammenarbeit mit den kroatischen Streitkräften den Luftwaffenstützpunkt der Armee an. Im Januar gab es mehrere Bombenanschläge. Am 4. Februar hatten kroatische Kräfte die gesamte Stadt mittels Panzersperren lahmgelegt. In den vergangen Wochen davor war es bereits zu häufigen Schießereien mit der jugoslawischen Armee gekommen. Auch wenn in der deutschen Presse in aller Regel nur allgemein über "Kämpfe in Mostar" berichtet wird, bzw. über Zerstörungen, die von der Bundesarmee angerichtet werden, so mußte doch auch der FAZ-Redakteur V. Meier zugeben, daß in Mostar eindeutig die kroatischen Streitkräfte die Initiative zur Eröffnung der Kämpfe ergriffen hatten. (FAZ, 9.4.92) Die eroberten Dörfer wie Medugoria, Capljina, etc. wurden anschließend von einer 25 Mann starken Truppe durchkämmt, die die verbliebenen Serben vertrieben (The Guardian, 23.4.92) Mostar hat zwar keine kroatische Bevölkerungsmehrheit, mit der Eroberung soll jedoch der schmale Küstenverlauf Kroatiens verstärkt und das isoliert liegende Dubrovnik mit dem Staatsgebiet verbunden werden. Mostar soll in den kroatischen Plänen die Hauptstadt der westlichen Herzegowina werden. Daß Mostar so heftig umkämpft wird, hat nichts mit einem kroatischen Widerstand gegen serbische Eroberungspolitik zu tun. Die Ursache des Konfliktes ist vielmehr, daß bei grundsätzlicher Einigkeit in der Frage der Aufteilung Bosniens der Streit darum geht, ob die Stadt ganz zu Kroatien geschlagen wird oder, wie die serbische Seite wünscht, zwischen beiden Parteien aufgeteilt wird. Muslimische Verbände wie die "Grünen Barette" oder die neu aufgestellte Bosnische Armee werden von den Kroaten in Mostar nicht geduldet. Mitte Mai kam es zwischen beiden Parteien zu heftigen Gefechten, bei der die "Grünen Barette" von vornherein unterlegen waren.

Umstritten zwischen Serben und Kroaten sind auch das strategisch wichtige Kupres und Bosanski Brod im Norden. An beiden Punkten sind kroatische Streitkräfte aktiv. EG-Beobachter und kroatische Zeitungen berichten, daß seit Wochen Teile des 8. Korps der Armee Kroatiens in Bosnien aktiv sind. Dafür betreiben beide Seiten in einer Gemeinschaftsproduktion den Rüstungsbetrieb Djuro Djakovic im kroatischen Slavonski Brod. Zu einer Einigung über verschiedene andere Rüstungsbetriebe in Bosnien sind Serbien und Kroatien bisher noch nicht gekommen, da die Ansichten über die konkrete Ausgestaltung des Deals noch zu weit auseinandergehen. Für Teile der Werftindustrie und des militärischen Fregattenbaus möchte die Regierung Milosevic ganz gerne die Flughäfen in Sarajevo und Mostar bekommen. Vielleicht läßt sich da ja in nächster Zeit etwas machen? Angesichts der militärischen Erfolge der Kroaten im Raum Mostar ist die Armee zur Zerstörung des Flughafens übergegangen und schafft damit eines der Streitobjekte aus der Welt.

Die kroatischen Streitkräfte, die mittlerweile ca. 20% der Republik kontrollieren, dulden in den 30 km westlich von Sarajevo liegenden Kroatenenklaven keine Kämpfer muslimischer Truppen oder der bosnischen Armee. Nachdem kroatische Truppen die Armee-Kaserne am Ort abgeriegelt hatten, einigten sich die Armeeführung mit diesen auf einen Abzug. Die örtliche HDZ betreibt nun den Anschluß an Kroatien. Gefechte zwischen Kroaten und Muslimen gab es auch im Mai in Sarajevo. Seit Bosnien eine eigene Territorialverteidigung aufbaut, verweigern die Kroaten die Mitarbeit im Oberkommando in Sarajevo.

Mitte Mai deutete sich erneut eine neue Konstellation im Bürgerkrieg an. Am 19. Mai berichteten kroatische Zeitungen, Kroaten und Muslime hätten sich geeinigt, große Teile der Republik mit Kroatien zu einem Staatenbund zu vereinigen. Einen Tag später berichtete die Belgrader Zeitung Borba über einen 8-Punkte-Plan, die Vertreter beider Parteien in der Hafenstadt Split ausgehandelt haben sollen, dessen Kern eine Konföderation von Kroatien und Bosnien bildet. Die kroatische Nachrichtenagentur Hina zitierte Izetbegovic mit den Worten, daß eine solche Konföderation schon immer sein Ziel gewesen wäre. Bisher hatte sich dieser immer gegen ein zweiseitiges kroatisch-muslimische Abkommen ausgesprochen. Angesichts der verwickelten Konstellation gibt bisher nur eine Macht die eindeutig von dem Bürgerkrieg profitiert: Deutschland

Ein nützlicher Krieg für Deutschland

Für Deutschland, das seine Unterstützung der Abtrennung Sloweniens und Kroatiens immer damit begründet hatte, damit dem Krieg ein Ende zu bereiten, ist die Ausweitung des Bürgerkrieges auf Bosnien durchaus nützlich. Mit diesem Krieg wird nämlich jeder Art von jugoslawischen Lösung endgültig die Grundlage entzogen. Erst vor diesem Hintergrund schwenkte die US-Regierung auf die deutsche Linie ein und erkannte Kroatien und Slowenien völkerrechtlich an. Angesichts der allgemeinen Heuchelei über die aggressive Politik Serbiens bei gleichzeitiger Ignoranz gegenüber der Eroberungspolitik Kroatiens soll zum Abschluß noch einmal anhand eines älteren Zitates dargelegt werden, daß deutschnationale Strategen die aktuelle Zerlegung Bosniens immer schon einkalkuliert hatten. Am 3. Juni 1991 schrieb die FAZ unter der Überschrift "Der jugoslawische Staat hat ausgedient": "Unrealistisch scheint die Idee, die internationale Gemeinschaft solle nicht nur die äußeren, sondern auch die ‚inneren Grenzen` Jugoslawiens also die seiner Republiken, garantieren. Auch wirkte eine solche Garantie hemmend auf die Lösung einiger Probleme, vor allem in Bosnien. ... einige Randgebiete mit eindeutigen Bevölkerungszahlen zugunsten der Serben oder Kroaten dürften ohnehin nicht zu halten sein. Die Politiker in Sarajevo machen sich, auch wenn sie es nach außen nicht offen darlegen, Gedanken über die ‚Regionalisierung` oder die ‚Kantonalisierung` Bosniens; dies würde dem Dreivölkerstaat eine klare Grundlage geben und erst noch den Serben und Kroaten alle Möglichkeiten eines freien Kontaktes mit ihren ‚Mutterstaaten` bieten."

Heinz/Bielefeld

20. Thailand: Mit Handtelefon zur Demo

Rubrik: Thailand · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:34

Das thailändische Militär dominiert seit 60 Jahren das politische Geschehen des Landes. Mit dem Aufstand 1973 zeichnete sich jedoch eine Wende ab, die ihre Fortsetzung in den Unruhen dieser Tage findet: Eine selbstbewußte städtische Mittelschicht stellt die Macht des Militärs in Frage und fordert zunehmend ihr Recht auf eigene politische Entscheidungen.

23.2.91: Durch einen Putsch wird die gewählte Regierung des Premierministers Chatichai durch eine Junta abgelöst, an deren Spitze die Generäle Sunthorn (Oberbefehlshaber der Streitkräfte) und Suchinda (Armeechef) stehen. Sie kündigen freie Wahlen innerhalb eines Jahres an und betonen, nicht an der Macht interessiert zu sein, sondern einzig die Korruption bekämpfen zu wollen. Ermittlungen gegen "ungewöhnlich reiche" Abgeordnete werden eingeleitet, die Verhandlungen über die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns eingefroren und der Angriff auf die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes begonnen. Das ausländische Kapital wird sofort mit der Vergewisserung beruhigt, es ändere sich nichts an den herrschenden Verhältnissen.

15.3: Bildung einer Nationalversammlung, in der die Militärs die Mehrheit haben. An die Spitze der Regierung wird Anand Panyarachun gestellt, ein politikerfahrener Spitzenmanager.

22.3.92: Wie angekündigt, werden nach einem Jahr Wahlen abgehalten. Als Sieger geht eine Koalition aus fünf militärnahen Parteien hervor. Sunthorn und Suchinda erklären sich gerne bereit, die Regierung zu übernehmen. Diese Aussage ruft einen Sturm der Entrüstung bei der Opposition hervor. Widerstand wird angekündigt.

Die Koalition nominiert daraufhin Narong Wongwan zum Premier, den Vorsitzenden der größten Partei (Samakkitham). Die USA werfen Narong Drogenhandel vor, worauf seine Nominierung zurückgezogen wird.

Statt seiner wird nun doch Suchinda "gebeten", das Amt zu übernehmen. Sein Kabinett besteht zu 40% aus "ungewöhnlich reichen" Abgeordneten. Die Bevölkerung ist verärgert und wirft Suchinda Wortbruch vor. Die Wahlen werden als Farce für das Ausland angesehen und der Armee unterstellt, sie hätte nie vorgehabt, die Macht wieder abzugeben.

10.4.: Der Oppositionspolitiker Chalard Vorachat beginnt einen Hungerstreik, um den Rücktritt Suchindas zu erzwingen. Die Bevölkerung nimmt regen Anteil.

27.4.: Ein Oppositionsbündnis organisiert eine erste Kundgebung mit großem Erfolg. Im Verlauf der nächsten zwei Wochen schwillt die Menge auf über 100.000 an, vor allem als sich der beliebte ehemalige Gouverneur von Bangkok, Chamlong Srimuang, dem Hungerstreik anschließt. Erste Befürchtungen, die Armee könne gewaltsam gegen die Demonstranten vorgehen, bestätigen sich nicht. Trotzdem zeigt sich die Tourismusbranche besorgt und die Inlandsaktienkurse fallen.

10.5.: Auf die Zusage des Kabinetts, eine Verfassungsänderung einzuleiten, nach der nur gewählte Vertreter Premier werden können, und angesichts wichtiger buddhistischer Feiertage werden die Demonstrationen für eine Woche ausgesetzt und Chamlong bricht seinen Hungerstreik ab. Zwischenzeitlich machen die Regierungsparteien doch wieder einen Rückzieher und überlegen sich eine Klausel, die es Suchinda erlauben soll, bis zum Ende seiner Amtszeit Premier zu bleiben.

17.5.: Die Demonstrationen werden wieder aufgenommen. Nachts schießt die Armee in die Menge und tötet eine unbestimmte Zahl von Demonstranten. In den nächsten Tagen eskalieren die Auseinandersetzungen und breiten sich auch auf andere große Städte (Chiang Mai, Khon Khaen, hat Yai) aus. Begleitet werden sie von einer Art Generalstreik. Die Armee geht brutal vor und verhaftet an die 3.000 Menschen, unter anderem auch Chamlong. Offiziell werden 40 Menschen getötet, inoffiziell sollen es mehrere Hundert gewesen sein. Die Schäden für die Wirtschaft des Landes werden auf ca. eine Milliarde US-Dollar veranschlagt.

20.5.: Der König schaltet sich persönlich ein und verpflichtet in einer Audienz Suchinda und Chamlong zu einer Beilegung der Auseinandersetzungen.

24.5.: Suchinda tritt zurück, nicht ohne vorher noch eine Amnestie für Demonstranten und Militärführung zu erlassen.

Als im vorigen Jahr geputscht wurde, merkte man wenig Erstaunen in der Bevölkerung. Die Ankündigung der Junta, man wolle die Korruption bekämpfen, wurde sogar freudig begrüßt, wenn auch nicht besonders ernst genommen. Ebenso zweifelte man an dem Versprechen, dem Volk die Macht durch freie Wahlen zurückzugeben.

Der Putsch war der zwanzigste seit 1932, dem Jahr, in dem bürgerliche Kräfte und Militärs den damaligen König Rama VII. zur Anerkennung der konstitutionellen Monarchie zwangen. Seitdem dominiert das Militär Thailands politische Landschaft.

Als am 14.10.73 die Armee in eine Menschenmenge feuerte, die die Freilassung inhaftierter Studentenführer forderte, führte dies dazu, daß die regierende Junta das Land verlassen mußte und zum ersten Mal in der Geschichte Thailands demokratische Strukturen eingeführt werden konnten. Auch wenn bereits drei Jahre später das Militär sich wieder blutig zurückputschte, die begonnene Entwicklung konnte nicht mehr ganz rückgängig gemacht werden.

Der rasante wirtschaftliche Aufstieg, den Thailand seit den sechziger Jahren erlebt, hat viel ausländisches Kapital ins Land geholt. Die Basis dieses Booms (in den letzten fünf Jahren durchschnittlich 10% jährliche Zuwachsrate) bildet die Landwirtschaft. Systematisch vernachlässigte die Wirtschaftspolitik die Struktur der Landwirtschaft und schuf damit ein großes Gefälle zwischen der Hauptstadt Bangkok und den ländlichen Gebieten, vor allem des Nordostens und Nordens. Die vielen am Existenzminimum oder darunter wirtschaftenden Kleinbetriebe garantieren der Exportwirtschaft die Produktion billigster Nahrungsmittel (die Hälfte des Gesamtexports des Landes), andererseits senken sie die Reproduktionskosten der Arbeitskraft.

Viele Familienmitglieder müssen sich als Saisonarbeiter auf den großen Pflanzungen verdingen, ins Ausland gehen oder in die Städte abwandern. Dort bilden sie das große Heer billiger Arbeitskraft, das in der Industrie oder dem Dienstleistungssektor gebraucht wird. Die großen Gewinne, die sich aus dem Gefälle Stadt-Land ergeben, werden in eine rasche Industrialisierung gesteckt. Neben Südkorea, Hongkong, Singapur und Taiwan möchte Thailand der fünfte Tiger Südostasiens werden und in die Reihe der NIC, der neu industrialisierten Staaten aufsteigen.

Industrialisierung und Ausbau des Bildungswesens haben eine neue städtische, westlich orientierte Mittelschicht entstehen lassen. Sie ist auf Erfolg getrimmt und nicht länger gewillt, ihren neuerstandenen Wohlstand dem Machthunger der Militärs zu opfern. Während die Aufstände 1973 im wesentlichen von Studenten getragen wurden, so fiel bei den Kundgebungen der letzten Zeit die große Zahl von Demonstranten in Schlips und Kragen auf. Ihr Erscheinen war so augenfällig, daß die thailändischen Zeitungen bereits den Begriff "Yuppie-Protester" prägten. Viele trugen Handtelefone, das Prestigeobjekt der Mittelschicht, mit denen der Informationsfluß trotz Zensur aufrechterhalten wurde. Die Zahl der Telefonate mit diesen Handtelefonen stieg in der Zeit der Kundgebungen auf das Doppelte an.

Die Forderungen der Demonstranten beschränkten sich einzig auf den Rücktritt Suchindas und eine Verfassungsänderung, nach der nur noch gewählte Vertreter Premier werden können. Man wollte der politischen Bevormundung durch das Militär ein Ende setzen. Daß sich der Protest vor allem an der Person Suchindas festmachte, liegt wohl auch daran, daß Suchinda bereits als karrieristisch aufgefallen war, als er vor drei Jahren den Posten des Armeechefs an sich brachte. Seine dreisten und beleidigenden Ausfälle gegen die Oppositionsbewegung während der Kundgebungen trugen nicht zu seiner Beliebtheit bei.

Was die Bevölkerung besonders ärgerte, war die Zensur der Medien. Von den fünf Fernsehsendern gehören zwei der Armee und drei sind staatlich. Keine von ihnen berichtete über die Demonstrationen und auch das Radio schwieg sich aus. Versuche, eine Zensur der Zeitungen durchzusetzen, scheiterten jedoch. Als die ersten Schüsse fielen, wurde allerdings auch dort zensiert.

Schon während der ersten friedlichen Kundgebungen veröffentlichten die Zeitungen Berechnungen über die volkswirtschaftlichen Kosten der Unruhe, und die Tourismusindustrie, größter Devisenbringer des Landes, zeigte sich besorgt. Insgesamt wird heute der wirtschaftliche Schaden direkt oder durch Mindereinnahmen auf etwa eine Milliarde US-Dollar geschätzt. Ein enormer Verlust und ein Schock für das ausländische Kapital, der vielleicht die erstaunlich schnelle und heftige Reaktion westlicher Staaten erklären könnte. Bereits zwei Tage nach den ersten Schüssen kritisierten die USA, BRD, Frankreich und Italien das Vorgehen des Militärs scharf und Dänemark stellte die Entwicklungshilfe ein.

Wer nach dem Rücktritt Suchindas einen Sieg der Bevölkerung über das Militär konstatieren möchte, der sollte dennoch den weiteren Verlauf der Entwicklung abwarten.

Noch immer sind die fünf Parteien an der Macht, die dem Militär nahestehen. Sie wurden vor allem von der eher konservativen Landbevölkerung gewählt, die traditionell ihre Stimme den einflußreichen Geschäftsleuten mit Verbindungen zur Armee geben.

Die Sitze in Bangkok gingen bis auf drei alle an die eher liberale Palang Dharma Partei Chamlongs.

Chamlong selbst gilt als integer und unbestechlich und ist ausgesprochen beliebt. Die Bangkoker hätten sicherlich gerne ihn als Regierungschef. Um nicht in den Verdacht zu kommen, eigennützig an den Demonstrationen teilzunehmen, hat Chamlong jedoch den Vorsitz seiner Partei abgegeben.

Wieviel Bedeutung ihm beigemessen wird, zeigt die Presse, die ihn als Führer der Bewegung bezeichnete. Und auch die Militärs schätzten dies wohl so ein, als sie ihn kurz nach den ersten Schüssen verhaften ließen

Neuer Kandidat für das Premierministeramt ist Luftwaffenmarschall Somboon Rahong, der Vorsitzende der konservativen Chart Thai Partei und enger Freund des Luftwaffenchefs und Mitputschisten Kaset Rojananil. Die Thais bleiben unzufrieden und kampfbereit.

Teng

Unter Verwendung von Ausgaben der Zeitschriften Asiaweek und Far Eastern Economic Review, sowie Tageszeitungen des Zeitraums 1991-92. Ein brauchbarer Artikel zum Militär in Thailand ist: Rüland, Jürgen: Politischer und sozialer Wandel in Thailand 1973-1988, erschienen in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/89, 27.10.89

21. Euskadi im Jahr 1992 Harte Schläge und die alten Probleme

Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:08

Zum Prestigejahr 1992 läßt der spanische Staat im Baskenland seine geballte Repression spüren. Nach 270 Verhaftungen gegen ETA und deren vermeintliches Umfeld, setzte die Madrider Regierung Anfang Mai mit dem Verbot des Kongresses der Jugendorganisation JARRAI noch einen drauf. Seit der Durchsuchung von Büros der linksnationalistischen Gewerkschaft LAB und den fortgesetzten Drohungen, die Wahlkoalition Herri Batasuna (HB) zu verbieten, ist die Stimmung im Land gespannt. Trotz der Schärfe der Repression ist allerdings nichts an ihr neu, außer daß sie in vieler Hinsicht intensiviert worden ist. Madrid duldet keine Unruhe zum Jubeljahr, auch wenn die Zentralregierung sehr gut weiß, daß sie die Probleme auf diese Weise nicht löst.

Daß das Jahr 1992 für den spanischen Staat zentrale Bedeutung besitzt, ist weitgehend und seit langem bekannt. Seit bald einem Jahrzehnt weiß die Madrider Regierung, daß sie bis zum Ende des Jahres das allseits übliche EG-Niveau erreicht haben muß, d.h. daß der 1976 begonnene nachfranquistische Modernisierungsprozeß in Sachen wirtschaftlicher Umstrukturierung auf Kosten der KleinbäuerInnen und IndustriearbeiterInnen sowie in politischer Hinsicht die Einrichtung einer Demokratie westlichen Musters in weiten Teilen abgeschlossen sein muß.

Die Ballung der internationalen Großveranstaltungen mit ihren gigantischen Umbauprojekten in den drei Großstädten des spanischen Staats und die Feiern zum 500. Jahrestag der "Entdeckung" Amerikas sind ein Ausdruck solcher intensiver Modernisierungsbemühungen. Die Weltausstellung in Sevilla, die Olympiade in Barcelona und das Jahr der "Weltkulturstadt Madrid" haben Milliardeninvestitionen nach sich gezogen und die Umwälzungen der letzten Jahre vom klerikal-faschistischen Agrarland zum neoliberalen High-Tech- und Dienstleistungsstandort gleichzeitig manifestiert und weiter vorangetrieben.

Inwieweit das Jahr 1992 für den Konflikt ETA - spanischer Staat eine ähnlich zentrale Rolle spielt, gilt es zu hinterfragen. Auf jeden Fall ist die These, daß es so ist, weitverbreitet. Die Überlegung, daß mit dem Wegfall der europäischen Innengrenzen das spanische Problem mit der bewaffneten Organisation ETA zu einem europäischen werden könnte, ist von vielen Seiten ausgeführt worden und war in der Vergangenheit auch Grundlage für die Strategie der baskischen Linken selbst. 1986 äußerten baskische Flüchtlinge in Nordeuskadi in einem Gespräch, daß es bis 1992 mit großer Wahrscheinlichkeit zu Verhandlungen kommen würde, weil der spanische Staat nicht mit einer aktiven und in der Bevölkerung breit verankerten revolutionären Organisation in ein offenes Europa eintreten könne. Die stillschweigende Drohung der baskischen Organisation, ihren Kampf in andere Länder auszuweiten bzw. andere linke und linksnationalistische Gruppen zu unterstützen, würde Madrid zu einer politischen Lösung zwingen. Für ein mögliches Ergebnis wurde damals irgendein Kompromiß oberhalb der Generalamnestie für politische Gefangene und unterhalb der fünf Punkte KAS (1) gesehen.

Inzwischen sind sechs Jahre vergangen, ohne daß eine politische Lösung näher gekommen wäre. Die Anfang 1989 in Algerien aufgenommenen Verhandlungen zwischen Madrid und ETA sind nach wenigen Wochen abgebrochen worden, was die spanische Regierung in einen politischen Erfolg für sich ummünzen konnte, aber auch zu keinem entscheidenden Sieg gegen ETA geführt hat. Um genauer zu sein: Das seit Jahren anhaltende Gleichgewicht, das es weder der baskischen Linken ermöglicht, den Staat zu einer Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts zu zwingen, noch die spanische Regierung ihrem Ziel näherbringt, die baskische Linke in die gesellschaftliche Irrelevanz zu drängen, ist auch im Jahr 1992 nicht entscheidend durchbrochen worden.

Die Illegalisierungsversuche gegenüber den halblegalen Massenorganisationen und der linken, ETA-nahestehenden Parteienkoalition Herri Batasuna (Volksfront), die mit etwa 16% Stimmenanteil drittstärkste baskische Partei ist, die Polizeioperationen gegen ETA sowie die Fortführung der neoliberalen Umstrukturierungspolitik (Reconversion) sprechen für eine Kontinuität der Repression, wobei die Regierung Gonzalez keineswegs von einer schnellen Zerschlagung der baskischen Linken überzeugt ist.

Als es Ende März im französisch-baskischen Bidarte zur Verhaftung dreier wichtiger ETA-Führer, darunter den militärischen und politischen Köpfen der Organisation Francisco Mujika Garmendia, "Artapalo" oder "Pakito",

und Jose Luis Alvarez Santacristina, "Txelis", kam, waren Regierungsvertreter in diesem Sinne auch weniger triumphalistisch als weite Teile der Presse.

Während die liberale Tageszeitung "EL Mundo" am 30. März damit titelte, daß "ETA zum ersten Mal geköpft worden sei", sprach Innenminister Jose Luis Corcuera vorsichtiger von einem "bedeutenden Schlag gegen die ETA-Spitze", der kein endgültiges Ende der Organisation bedeute. Und auch der Chef der Guardia Civil Luis Roldan, der einen Tag später behauptete, daß es in ETA "niemanden mehr gäbe, der etwas organisieren könne", mußte gleichzeitig einräumen, daß ETA "nach wie vor in der Lage sei, Anschläge zu verüben".

Die Aussage von Herri Batasuna Führungsmitglied Tasio Erkizia, daß "es baskische Jugendliche gäbe, die bereit sind weiterzumachen", ist nicht einfach als Großtönerei abzutun. Man muß sich vergegenwärtigen, daß seit 1984 17 hochkarätige ETA-FührerInnen festgenommen worden sind, darunter der spätere Verhandlungsleiter der Organisation in Algerien Antxon Etxebeste, der Logistikchef "Baldo", der ETA-Mitgründer Julen Madariaga, sowie die zentralen Köpfe "Josu Ternera", "Santi Potros" und "Mamurru". Darüber hinaus hat die Organisation mehrmals ihre wichtigsten Führer durch Attentate und Unfälle verloren, zuletzt 1987 Txomin Iturbe, der bei einem Unfall in der algerischen Wüste ums Leben kam.

Es läßt sich zwar nicht übersehen, daß die "revolutionär-sozialistische Bewegung zur nationalen Befreiung" - wie sich ETA selbst bezeichnet - durch diese Verluste deutlich geschwächt worden ist, aber sie haben eben auch nicht ihren Untergang bedeutet.

Die vergleichsweise große Dynamik der sozialen Bewegungen, die hohe Politisierung der Jugendlichen und die Existenz von 1.000 Flüchtlingen und mehr als 500 politischen Gefangenen - damit sitzen heute im spanischen Staat so viele baskische Linke wie unter Franco im Knast - führen dazu, daß immer wieder Leute nachwachsen, die bereit sind, in die Illegalität zu gehen. Zum anderen hat aber auch die enge Verknüpfung von politischem und bewaffnetem Kampf verhindert, daß wie in anderen Ländern eine Selbstisolierung der illegalen Organisation eintritt. ETA ist trotz der Kritik, die an ihr geäußert wird, immer noch breit verankert. Das erklärt auch, warum selbst nach zwei Monaten ohne ETA-Aktion niemand ernsthaft behauptet, die Organisation sei zerschlagen.

Die Rolle der PNV

Die bürgerlich-nationalistische baskische Partei PNV (2) vertritt die Position, daß ETA nicht ausschließlich polizeilich zu besiegen ist - natürlich abgesehen von der baskischen Linken selbst - am entschiedensten. Das Gewicht der Partei, die in Gasteiz mit den baskischen SozialistInnen die Autonomieregierung stellt, ist nicht zu unterschätzen. Als größte Partei Euskadis besitzt die PNV trotz zahlreicher Skandale und der Spaltung 1987 (3) weiterhin große Legitimation unter den etwa 70% der im Baskenland lebenden Menschen, die sich die Unabhängigkeit ihres Landes wünschen. Und das obwohl sie keine Unabhängigkeitspartei, sondern im besten Fall eine Autonomiepartei ist, die den Bruch mit der Regierung in Madrid tunlichst vermeidet. Genau das erklärt die besondere Rolle der Partei als Vermittler zentralspanischer Politik in Euskadi.

Um so interessanter ist die Strategie, die die PNV und die Autonomieregierung seit einigen Monaten praktizieren. Stärker als andere politische Kräfte kombiniert die PNV nämlich im Kampf gegen die baskische Linke um HB härteste Repression mit Dialog. Diese Doppelstrategie hat in den letzten Monaten absurde Formen angenommen. Während Anfang Mai von der baskischen Polizei "Ertzaintza" in der größten Polizeioperation der spanischen Geschichte ein 20 mal 20 Quadratkilometer großes Gebiet bei Durango (Bizkaia) mit Helikoptern und mehreren hundert Polizisten buchstäblich durchkämmt wurde und wenig später der Kongreß der revolutionären Jugendorganisation JARRAI ebenfalls von baskischer Polizei gesprengt wurde - 25 Jugendliche wurden dabei festgenommen -, führt die PNV nach Jahren erstmals wieder offen Gespräche mit der baskischen Linken.

Dieser vor Jahren bereits geführte Dialog zwischen den beiden großen nationalistischen Formationen war parallel zum Zustandekommen des sogenannten Anti-Terror-Paktes von Ajuri Enea 1987, mit dem Herri Batasuna politisch marginalisiert werden sollte, von der PNV abgebrochen worden. Erst im vergangenen Sommer kam es im Rahmen des Konfliktes um die Leizaran Autobahn zu einer diskreten Wiederannäherung, die das von HB sehnlichst erwartete Ende der politischen Isolation bedeutete. Zu einem Zeitpunkt, als eine Verhinderung des Autobahnbaus unmöglich geworden war und auch die Forderung des Antiautobahnbündnisses LURRALDEA nach einem Referendum aussichtslos erschien, versuchte die Führung

von LURRALDEA, wenigstens noch einen Teilerfolg zu erreichen: eine Alternativtrasse, die das Waldgebiet von Leizaran schützt. Ziel der Linken war es dabei, einerseits die politische Isolierung der sozialen Bewegungen und der Linken zu durchbrechen und zum anderen der Bewegung in einer um sich greifenden resignativen Stimmung ein völliges Scheitern zu ersparen.

Während LURRALDEA mit der Diputacion der betroffenen Provinz von Gipuzkoa verhandelte und ETA nach zahlreichen Aktionen einen Waffenstillstand in der Autobahnfrage erklärte, trafen sich im Hintergrund die beiden Parteien PNV und HB, deren Einigung für die parlamentarische Absegnung der Alternativtrasse unabdingbar war.

Nach monatelangen Querelen haben PSOE, PNV und HB die ausgehandelte Alternativtrasse "Muga" schließlich im April verabschiedet, und die PNV hat ihre Kontakte mit Herri Batasuna an die Öffentlichkeit gebracht.

Neu hieran ist, daß auch als brisant geltende Themen wie die Nafarroa-Frage, die zu den fünf Punkten der Alternative KAS gehört, auf einmal auf der Tagesordnung stehen. In der baskischsprachigen Tageszeitung "Egunkaria" vom 2.4. äußerte sich der PNV-Politiker Urbiola überraschend eindeutig zum Thema: "PNV und HB reden deshalb auch über Nafarroa, weil Nafarroa Euskadi ist und das Problem aller politischen Kräfte." Die über Jahre geführte Politik, daß außer der Amnestie der politischen Gefangenen keine Punkte der von ETA als Grundlage geforderten KAS-Forderungen diskutiert werden, hat die PNV damit durchbrochen.

Auf der anderen Seite bemüht sie sich in der Öffentlichkeit, die politische Komponente des Konflikts zu betonen. Kurz vor den Verhaftungen hob der Chef der Regierung in Gasteiz, Lehendakari Ardanza, hervor, daß "ETA nicht allein ein Problem des Terrorismus sei und deswegen politischer Lösungen bedarf" (4). Und der Parteisprecher Egibar sprach kurz nach den Verhaftungen von Ende März von einem zwar positiven, aber kaum einschneidenden Schlag: "Die Ersetzung der Verhafteten ist von der ETA-Führung ganz genau vorgeplant worden." (5)

Repression: Kombination der Kampfformen

Wesentlich ist, daß diese von der PNV signalisierte Dialogbereitschaft in keinem Widerspruch zum Madrider Konzept steht. Im Gegenteil, auch wenn einzelne Sozialisten wie Vizepremier Narcis Serra "Zweifel darüber hat, ob die Verhandlungen von PNV und HB ein Ende der Gewalt ermöglichen" (6), heißt die Zentralregierung als solche die Gespräche dennoch gut. Im Gegensatz zu früheren Jahren ist es heute sicherlich richtig geworden, daß nicht interne Differenzen über den besten Weg, sondern im Gegenteil die Kombination unterschiedlicher Kampfformen die staatliche Repressionsstrategie kennzeichnen, wobei sich diese aus fünf Hauptelementen zusammensetzt:

- Eine wirtschaftliche Anpassung, wie sie in ganz Spanien durchgeführt wird und mit den Lebensgrundlagen der kämpferischen Kleinbauernschaft und IndustriearbeiterInnen auch deren Sozial- und Kommunikationsstrukturen zerstört,

- die Verlagerung der Verantwortung für die Repression von Madrid nach Gasteiz. Es ist auffällig, daß sowohl auf Demonstrationen als auch bei Operationen gegen ETA zunehmend die Eliteeinheiten der Ertzaintza zum Einsatz kommen und demnächst die Guardia Civil vollständig ersetzt haben dürften.

- Damit zusammenhängend eine Professionalisierung der Repression, die sich nicht mehr wie in den ersten Jahren des Postfranquismus wahllos gegen die Gesamtbevölkerung, sondern selektiv (dann aber auch mit Todesschuß) gegen ETA und deren näheres Umfeld richtet,

- die Aufnahme und der Abbruch von Gesprächen wie in Algerien oder jetzt zwischen PNV und HB, mit denen die Regierungen in Madrid und Gasteiz ihre politische Legitimität vergrößern wollen und außerdem hoffen, Spaltungen in die Linke treiben zu können,

- und fünftens die Repression gegen die Gefangenen und Deportierten, die faktisch eine Art Geiselstatus besitzen.

Hervorhebenswert ist jetzt für das Jahr 1992 ihre Intensivierung. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Nichts wäre bei der Olympiade im Sommer unpassender als Anschläge wie im vergangenen Frühjahr, als das "Komando Barcelona" im Abstand von wenigen Wochen, manchmal nur Tagen, Anschläge verübte. Das Ende

des ETA-Kommandos, bei dessen Zerschlagung im Juli 1991 die beiden führenden Etarras der Einheit erschossen wurden, führte deshalb zu großer Erleichterung in Regierungskreisen und leitete eine Reihe von französisch-spanisch koordinierten Polizeioperationen ein. Noch im August 91 wurden vier weitere Etarras erschossen und zahlreiche vermutliche UnterstützerInnen verhaftet. Danach gab es gleich mehrere Schläge gegen das "Komando Bizkaia" und zuletzt gegen die ETA-Führung im französischen Baskenland.

Man muß es aber noch einmal betonen: die Heftigkeit der Polizeiaktionen seit letztem Sommer, die Ablehnung jeglicher Verhandlungen mit ETA - informelle Kontakte mit der in die Dominikanische Republik deportierten Delegation um Antxon Etxebeste gibt es ständig -, der perfektionierte Einsatz von baskischen Eliteeinheiten, der juristische Druck auf Herri Batasuna, die Fortsetzung der Spaltungsversuche unter den baskischen Gefangenen -, all das bedeutet nicht, daß die spanische Regierung einen Sieg gegen die Linke in Euskadi bis zum 31.12. dieses Jahres vor Augen hat. Die Zielvorgabe für dieses Jahr ist eine andere. Unabhängig von jeglicher Lösung geht es einzig und allein darum, das Prestigejahr 1992 glatt über die Bühne zu bringen.

In diesem Sinne hat Madrid einen Erfolg errungen, und zwar nicht erst Ende März. Nach den gut gezielten Schlägen gegen die baskische Organisation wird die Regierung Gonzalez keine großen Schwierigkeiten haben, die EXPO und die Olympiade ohne Unruhe durchzuführen. Die Schüsse gegen die Anti-EXPO-Demo in Sevilla sprechen von Routine, nicht von Hysterie. Im spanischen Staat, in dem der Schußwaffeneinsatz gegen Demonstrationen immer wieder vorkommt, zeugen die Ereignisse von Sevilla von ganz normaler Disziplinierung, und nicht vom Terror einer verzweifelten Guardia Civil.

Der Konflikt geht weiter, und die Linke formiert sich neu. Die bereits im Oktober letzten Jahres gemachte Aussage ETAs, daß "1992 kein magisches Jahr wird", war ein frühes Eingeständnis dieses Kräfteverhältnisses. Das einmal angestrebte Ziel, Madrid im Vorfeld seines EG-Eintritts zu Verhandlungen zu zwingen, ist nicht umgesetzt worden, aber auf der anderen Seite haben sich - um in den Worten Herri Batasunas zu reden - "die Koordinaten des baskischen Konflikts auch nicht verändert".

Umwälzungen, die das Kräfteverhältnis wieder leicht verschieben könnten, sind eher aus dem Inneren der abertzalen Linken (7) selbst zu erwarten. Mit der Auflösung der "revolutionär-sozialistischen Volkspartei" HASI im Dezember letzten Jahres ist ein unauffälliger, aber wichtiger Schritt bei der Öffnung der politischen Strukturen gemacht. Die 1976 entstandene marxistisch-leninistische Partei, die sich stark am Cubanischen Modell orientierte, entwickelte immer wieder innerhalb von KAS (8) und vermittelt darüber in HB einen Führungsanspruch. Die Selbstauflösung der Partei dagegen stärkt nach Ansicht vieler die sozialen Bewegungen und die offene Diskussion in HB. Die Demokratisierung der "Volkseinheit" HB ist auch von daher spürbar. Bei der Diskussion des neuen Grundsatzprogramms "Herri Urrats" wurden die inneren Widersprüche zum ersten Mal in der Öffentlichkeit ausgetragen. In den vier eingereichten und von der Basis diskutierten Vorschlägen traten die Unterschiede hinsichtlich der politischen Strategie, des bewaffneten Kampfs und der Organisationsform offen zu Tage, ohne daß die heterogene Koalition darüber zerbrochen wäre.

Überraschend eindeutig war das Ergebnis in der Frage: ETA ja oder nein. Trotz lautgewordener Kritik wurde ein Vorschlag, der den bewaffneten Kampf als hinderlich für die politische Bewegung bezeichnete, mit 86% der Stimmen abgelehnt. Nach Einschätzungen Herri Batasunas selbst hat der fünf Monate lang dauernde Diskussionsprozeß um das "Herri Urrats" über die Neufestlegung von Prinzipien hinaus vor allem die politische Öffnung der Koalition gebracht. Der erst 25jährige HB-Sprecher und KAS-Militante Floren Aoiz in einem Interview mit "Egunkaria": "Zum ersten Mal gab es eine Debatte ohne Einschränkungen. Bisher hat der Druck von außen der Diskussion Bedingungen gesetzt; jetzt haben wir diese Angst, die die Linke vor offenen Auseinandersetzungen immer hatte, erstmals überwunden."

Noch zwei weitere Faktoren dürften eine große Rolle spielen. Einmal ob sich der aufgeflammte Protest im spanischen Staat gegen die Politik der Reconversion (Umstrukturierung) und die EG-Agrarpolitik fortsetzt. Im März und April kam es so in den baskischen Städten von Hernani und Llodio wegen des Konflikts in den Metallbetrieben von Acenor, wo mehrere tausend Arbeitsplätze abgebaut werden sollen, mehrmals zu Generalstreiks und heftigen Straßenschlachten. Für den 28. Mai haben jetzt außerdem die Gewerkschaften zu einem Euskadi-weiten Generalstreik aufgerufen. Auch der Widerstand der BäuerInnen nimmt zu. Im April blockierten wegen des Preisverfalls der Agrarprodukte Tausende von BäuerInnen die Grenzübergänge mit ihren Traktoren.

Und Anfang Mai streikten dann 17.000 LehrerInnen gegen die staatliche Kürzungspolitik, während die SchülerInnenbewegung im Zusammenhang mit einem Hungerstreik baskischer Gefangener mehrmals erfolgreich zu Schulstreiks und Aktionentagen aufgerufen hat. Der zweite gewichtige Punkt, über den sich allerdings nur spekulieren läßt, ist ETA. Die bewaffnete Organisation wird sich nach den letzten Verhaftungen grundlegend neustrukturieren müssen. Die Frage, ob es dabei auch zu politischen Veränderungen kommt, ist offen. Zuletzt waren Stimmen von anerkannten Etarras wie dem Gefangenen "Kubiti" laut geworden, die den Einsatz von Autobomben und die zahlreichen Opfer unter den Kindern spanischer Polizisten verurteilten, aber gleichzeitig auch den AbschwörerInnen eine harte Absage erteilten.

Zum Teil hat die Organisation schon vor den Verhaftungen Konsequenzen gezogen. Einzelne Kommandos sind vom Sprengstoff zu den für die ETA-Militanten gefährlicherem, aber zielgenauerem Einsatz von Handfeuerwaffen zurückgekehrt. Anschläge auf zivile Orte wie Supermärkte werden nach dem Massaker von Hipercor in Barcelona, wo 1987 mehr als 20 Menschen umkamen, weil die Polizei das Gebäude trotz telefonischer Warnungen nicht räumen ließ, von der Organisation ausgeschlossen.

Die Tatsache, daß sich ETA seit zwei Monaten nicht mehr gemeldet hat, zeigt wie schwierig der Neuaufbau der Strukturen ist, aber könnte auch damit zusammenhängen, daß bestimmte Kampfformen und Strategien überprüft werden. Die Verhaftung des ETA-Führungsmitglieds "Peio Zaharra" bei seiner Abreise nach Mexico deutet an, daß eine ganze Reihe der in Europa und Lateinamerika lebenden ETA-Illegalen an der Diskussion und dem Neuaufbau beteiligt sein dürften.

Fest steht auf jeden Fall, daß die Madrider Zermürbungsstrategie der letzten Jahre gegenüber der baskischen Linken zwar nicht gänzlich erfolglos geblieben ist, aber daß sie andererseits ihr Problem auch nicht aus der Welt schaffen konnte. Die spanische Regierung hat es im Baskenland weiterhin mit der neben Nordirland stärksten linken Massenbewegung Europas zu tun, und sie kann trotz der gigantischen Repressionsanstrengungen nicht wirklich sicher sein, ob diese ihr nicht doch noch den einen oder anderen Strich durch ihr Medienspektakel zum Galajahr 1992 machen wird. In diesem Sinne haben sich "die Koordinaten des baskischen Konflikts " überhaupt nicht verändert.

R., Baskenland-Seminar Berlin

Anmerkungen:

1) Die Taktische Alternative KAS ist ein kurz nach Francos Tod entstandener Verhandlungsvorschlag aller sozialistischen und für die Unabhängigkeit eintretenden Kräfte an die spanische Regierung. Sie ist auch heute noch die von ETA eingeforderte und angebotene Grundlage für Verhandlungen mit dem Zentralstaat und umfaßt fünf Forderungen:

- Selbstbestimmungsrecht der BaskInnen, d.h. auch das Recht auf Unabhängigkeit

- Generalamnestie und Legalisierung aller politischen Parteien

- Eingliederung der Nafarroa, das im Autonomiestatut vom Rest Euskadis abgekoppelt wurde

- Sofortige Einführung eines umfangreichen Autonomiestatuts mit dem Euskera als erste Sprache

- Verbesserung der Lebensbedingungen für die arbeitenden Klassen, Frauen und Jugendliche; darunter volle Legalisierung der Abtreibung und Arbeit für alle.

2) Der "Partido Nacionalista Vasco" ist die erste, noch in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts gegründete baskische Nationalistenpartei. Stark mit der katholischen Kirche verbunden ist sie eine Art CDU im Baskenland, die allerdings aufgrund der Verhältnisse in vielen Punkten eine fortschrittlichere Politik vertritt als die deutsche Sozialdemokratie. Seit den 40ern unterhält die PNV beste Verbindung zur CIA und war auch in das Gladio-Netz verstrickt. Seit 1979 stellt sie unterbrochen die Autonome baskische Regierung in Gasteiz.

3) Damals verließ der ehemalige Parteiführer Garaikoetxea die Partei und gründete die etwas nationalistischere Eusko Alkartasuna.

4) Egunkaria vom 24.3.1992.

5) El Diario Vasco, 2.4.1992.

6) Egunkaria, 10.4.1993.

7) Die Kräfte um HB und ETA bezeichnen sich selbst als "abertzale Linke", wobei "abertzale" nur schwer als "patriotisch" übersetzbar ist. Manche AutorInnen haben deswegen vorgeschlagen, auf eine Übersetzung des Begriffes, der im Deutschen völlig andere Assoziationen auslöst, zu verzichten.

8) Die Sozialistisch-abertzale Koordination KAS entstand 1976 als Bündnis aller für Unabhängigkeit und Sozialismus eintretenden Kräfte. Heute besteht die Koordination aus der Gewerkschaft LAB, den Abertzalen Basiskomitees ASK, der Jugendorganisation JARRAI und der Frauengruppierung EGIZAN. ETA ist Beobachter des Bündnisses. Viele KAS-Militante arbeiten außerdem in Herri Batasuna, als deren Rückgrat man KAS bezeichnen könnte.

22. Aufstandsbekämpfung in Euskadi durch Auslieferungen

Rote Hilfe Berlin

Autor: der Roten Hilfe Berlin · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:07

Ende März 1992 wurden im französischem Teil des Baskenlandes (Euskadi) drei wichtige Kader der um politische Autonomie kämpfenden baskischen Befreiungsbewegung ETA (Mujika, Santacristina, Erostarbe) festgenommen. Monatelang hatten sich französischen und spanischen Repressionsorgane, bis in die Spitzen der beiden Innenministerien, auf diesen Zugriff vorbereitet. Quasi-militärische Anti-"Terror"-Einheiten der französischen Polizei stürmten das Haus, in dem sich die Basken aufhielten und ließen den Bewohnern nur die Möglichkeit, sich widerstandslos zu ergeben. Mujika, Santacristina und Erostarbe wurden sofort in Paris dem Haftrichter vorgeführt und anschließend an einen unbekannten Ort verbracht. Zumindest im Fall Mujika wird erwartet, daß Frankreich ihn nicht sofort ausliefert, sondern erst dann überstellt, wenn ihm in Frankreich ein "Terrorismus"-Prozeß gemacht worden ist und er die zu erwartende Haftstrafe in Frankreich verbüßt hat.

Die ersten Auseinandersetzungen um die Auslieferung von Demokraten aus Frankreich nach Spanien reichen bis in die frühen Jahre der faschistischen Diktatur General Francos (1939-75) zurück. Sie entzündeten sich während bzw. kurz nach dem spanischen Bürgerkrieg (1936-39). 1941 lehnte ein Gericht in dem von der deutschen Wehrmacht unbesetzten Teil Frankreichs die Überstellung zweier republikanischer Bürgerkriegskämpfer (Just und Zunzarren) an das faschistische Spanien ab. Die den beiden vorgeworfenen Taten seien, so die Richter, im spanischen Bürgerkrieg erfolgt und somit nicht auslieferungsfähige "konnexe politische Delikte".

Um politische Autonomie kämpfende BaskInnen wurden von Franco blutig verfolgt - auch zu den Zeiten, als dieser nach dem 2. Weltkrieg von den USA als antikommunistische Bastion ausgehalten wurde. Während dieser jahrzehntelangen Unterdrückung flohen Tausende von BaskInnen in den - auf französischem Staatsgebiet liegenden - Nordteil Euskadis und suchten dort um politisches Asyl nach. Der Status als politischer Flüchtling war für diese Menschen damals in Frankreich unbestritten. Die Situation der baskischen Flüchtlinge in Frankreich änderte sich grundlegend, als General Franco 1975 ins Gras gebissen hatte. Ein erstes Anzeichen dieses neuen Abschnitts war der Auslieferungsfall Astudillo-Calleja. Dieser hatte in Frankreich politisches Asyl erhalten, war aber heimlich nach Süd-Euskadi zurückgekehrt und hatte dort an Anschlägen gegen spanische Armeeinrichtungen teilgenommen.

Obwohl das Auslieferungsersuchen vordergründig Straftaten zum Inhalt hatte, die keinen unmittelbaren politischen Bezug aufwiesen, stand außer Frage daß Astudillo-Calleja als anerkannter politischer Flüchtling unmöglich an das - zum Zeitpunkt des Ersuchens um Auslieferung (1973) - immer noch eindeutig faschistische Spanien ausgeliefert werden könnte. Französische Gerichte hielten aber auch nach dem Verbleichen Francos eine Auslieferung an die scheinbar über Nacht "demokratisch" gewordenen Repressionsorgane Spaniens für unzulässig. Dies wird den damaligen Richtern von einem bestimmten Teil der Fachöffentlichkeit bis heute nachgetragen.

Die konservative Phase bis 1981

Hinsichtlich der Auslieferung baskischer AktivistInnen war dieser Abschnitt gekennzeichnet von einer Gegenläufigkeit gerichtlicher Entscheidungen und den Vorhaben der Repressionsorgane. Dies wurde insbesondere in den Jahren 1979-81 offenkundig. Am 30.1.1979 verkündete der damalige konservative Staatspräsident Frankreichs, Giscard d'Estaing, daß SpanierInnen - gemeint waren im wesentlichen BaskInnen - von französischer Seite aus kein Asyl mehr erhalten würden. Giscard erreicht damit, daß die OFPRA (französisches Amt zum Schutz von Flüchtlingen und Staatenlosen) Asylanträge aus Spanien geflohener BaskInnen nicht einmal mehr annahm. Den in Frankreich als politische Flüchtlinge anerkannten BaskInnen wurde, entgegen den völkerrechtlich verbindlichen Regelungen der Genfer Flüchtlingskonvention, pauschal, d.h. ohne Einzelfallprüfung, der politische Asylstatus aberkannt. In der Regel wurden die baskischen Flüchtlinge aber geduldet. Nur in Einzelfällen wurden BaskInnen tatsächlich abgeschoben.

Die juristische Front des französischen Staatsschutz-Systems zeigte sich zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht im ausreichendem Maße begradigt. 1979 erklärte der Court d'Appel Aix-en-Provence ein gegen zwei Basken (Azcargorta und Goicoechea) gerichtetes Auslieferungsersuchen mit folgender Begründung für unzulässig: "So schwer die ihnen vorgeworfenen Taten auch sein mögen (Bombenanschläge und Morde an Mitgliedern der paramilitärischen Guardia Civil; Anm. RH), sie sind im Rahmen des Kampfes eines Teils der Bevölkerung ... mit dem Ziel begangen worden, politische Autonomie zu erhalten." 1981 wurde vom Chambre d'Accusation zum letzten Mal mit einer vergleichbaren politischen Begründung ein gegen die beiden baskischen Aktivisten Alberto Barrena und Redondo gerichtetes spanisches Auslieferungsersuchen abgewiesen.

Im selben Jahr standen noch drei weitere baskische Aktivisten auf der Wunschliste des spanischen Staatsschutzes: Arrugaeta (Court d'Appel Aix-en-Provence) und Echevarria (Court d'Appel Paris) und Achega-Aguirre (Chambre d'Accusation Paris). In diesen drei Fällen wurde, wie bereits in der Auslieferungsentscheidung gegen Miguel Barrena und Zabarte (Chambre d'Accusation Pau 1980), die "doctrine de gravité" auf baskischen Aktivisten angewandt. Dieser Theorie zufolge - nach der alle weiteren politischen Auslieferungsfälle vor französischen Gerichten entschieden wurden - besagt, daß die z.B. 1981 zu verhandelnden Straftaten (Mord, Bombenanschläge, Banküberfälle, Entführungen und Knieschüsse) so schwer wiegen würden, daß sie ungeachtet ihres politischen Kontextes (des Kampfes um baskische Autonomie) keine politischen Delikte darstellen würden und somit auslieferungsfähig seien. Diese Form der Entpolitisierung des politischen Deliktes orientiert sich ausschließlich an der Schwere der Tat. Andere mögliche Kriterien, wie z.B. die politische Funktion oder die blutige Biografie des Opfers, wurden somit gegenstandslos.

Die "sozialistische" Periode 1981-86

Diese Jahre waren für die Bekämpfung des Aufstandes in Euskadi von entscheidender Bedeutung. Der Rahmen dieser Entwicklung läßt sich anhand folgender Eckpunkte umreißen: Auch Spanien wählte sich 1981 mit Felipe Gonzales einen "sozialistischen" Ministerpräsidenten. Dessen erklärtes Regierungsziel war der EG-Beitritt und das Verbleiben in der NATO. In diese Phase fallen die ersten und wegweisenden institutionellen Maßnahmen zur Vereinheitlichung der westeuropäischen Repressionspolitik. Die französische Regierung wurde von Seiten Spaniens mit vielfältigen Methoden unter Druck gesetzt, seine anti-"terroristischen" Aktivitäten gegen baskische AktivistInnen zu verstärken, insbesondere deren Auslieferungen zu erleichtern. Die "sozialistische" Regierung in Paris reagierte hierauf, wie aus einem sozialdemokratischem Lehrbuch.

Am 10.11.1982 erließ die Regierung Mauroy zunächst ein Kommunique, daß den Erlaß von Ex-Präsident Giscard von 1979 bezüglich des Asyls für baskische Flüchtlinge entschärfte, wenn auch nicht vollständig aufhob. So wurde für sie die Asylantragstellung wieder ermöglicht. Anerkannte Flüchtlinge erhielten - wenn auch zumeist befristete - Aufenthaltsgenehmigungen. Die ausdrückliche Anerkennung als politische Flüchtlinge blieb den BaskInnen aber weiterhin versagt. Diese Entpolitisierungs-Strategie ging Hand in Hand mit der Aberkennung des politischen Status für in Frankreich inhaftierte revolutionäre Gefangene.

Letzter Punkt des französischen Regierungs-Kommuniques war das Verbot von Auslieferungen in solche Staaten, deren Rechtssysteme die freiheitlichen Menschenrechte nicht respektieren würden. Daß damit die "junge spanische Demokratie" nicht gemeint war, wurde im August 1984 klar gemacht.

Damals wurden in zwei getrennten Gerichtsverfahren insgesamt sieben Auslieferungsersuchen verhandelt. Alle sieben Basken wurden Mord bzw. Mordversuche im Rahmen von Aktionen der baskischen Befreiungsorganisation ETA vorgeworfen. Jeder von ihnen hatte in Frankreich um politisches Asyl nachgesucht. Die Basken behaupteten bei den ihnen vorgeworfenen Straftaten handele es sich eindeutig um politische Delikte, die im Zusammenhang mit dem Kampf der baskischen Bevölkerung um Autonomie stehen. Zudem wurden auf die skandalösen Praktiken der spanischen Repressionsorgane hingewiesen: die Folterungen in spanischen Knästen und die offene Gesinnungsjustiz in den Gerichtssälen. Der Court d'Appel in Pau setzte jedoch seine Linie unbeirrt fort, mithilfe der "doctrine de gravité" den politischen Charakter der Tat zu leugnen. Die Hinweise auf den Umgang mit politischen Gefangenen in Spanien wurde von dem französischen Gericht mit folgenden "Argumenten" vom Tisch gewischt: Spanien sei Unterzeichnerstaat der

Europäischen Menschenrechtskonvention und hätte 1978 Folter unter Strafe gestellt - was nicht sein darf, kann folglich auch nicht geschehen.

Alle sieben Auslieferungsersuchen wurden nach diesem Schema gebilligt. Tatsächlich überstellt wurden aber nur drei von ihnen (Ramirez, Galdeano und Beiztegui) - die ersten baskischen Aktivisten, die den spanischen Folterknechten bis dahin ausgeliefert wurden. Die übrigen vier Basken wurden nach Togo abgeschoben. Die französische Regierung griff damit auf ein Repressionsmittel aus den guten alten Kolonialtagen zurück: der Deportation von Gefangenen. Insgesamt wurden auf diese Art allein 1984 ca. 50 BaskInnen in Drittländer ausgeflogen (Algerien, Dominikanische Republik, Cap Verden, Cuba, Venezuela, Panama und Ecuador). In diesen Ländern wurden die deportierten BaskInnen (außer auf den Cap Verden und Cuba) einer Rund-um-die-Uhr-Bewachung durch dortige Repressionsorgane ausgesetzt. Zudem tolerierten die Aufnahmeländer teilweise, daß auf ihrem Territorium spanische Anti-"Terror"-Einheiten operieren und dabei einzelne der Deportierten liquidieren konnten.

Auch innerhalb Frankreichs wurde eine Form der innerstaatlichen Deportation praktiziert. 1986 hatten 18 baskische Flüchtlinge sogenannte "Wohnortszuweisungen" erhalten. Damit mußten sie zwangsweise in vorgeschriebene Orte ziehen (zumeist in Mittelfrankreich und der Alpenregion) und durften diese nicht verlassen. Gleichzeitig erließen neun Departements Ansiedlungsverbote für baskische Flüchtlinge.

Dramatisch vor Augen geführt wurde die besondere Verletzlichkeit der politischen Flüchtlinge in Nord-Euskadis, als der spanische Staatsschutz die Taktik wieder aufnahm, einzelne Flüchtlinge durch Todesschwadrone hinzurichten. Im November 1983 wurde erstmals die GAL ("Grupos Antiterroristas de Liberacion") aktiv. Bis 1986/87 liquidierte die GAL bei 65 Aktionen, die vornehmlich in Nord-Euskadi durchgeführt wurden, 26 Menschen und verletzte mindestens weitere 30 Personen schwer. Die GAL rekrutierte sich zumeist aus den Polizeibehörden und Geheimdiensten Spaniens. Kennzeichnend für diese Todesschwadrone ist deren personelle Kontinuität aus dem Franco-Faschismus in die nunmehr "demokratischen" Repressionsorgane Spaniens. Finanziert wurde die GAL durch einen "Reptilienfond", also aus geheimen Mittel des Madrider Innenministeriums.

Der Terror der GAL fiel genau in den Zeitraum, als auf politisch/diplomatischer Ebene massiver Druck auf die Pariser Regierung ausgeübt wurde, die Auslieferung baskischer AktivistInnen konsequent durchzuführen. Die spanische Regierung bediente sich ihres Todesschwadrons, um in gewissen Zeiten den Druck auf die französischen Kollegen zu erhöhen bzw. während der oben erwähnten Auslieferungsprozesse 1984, die Hinrichtungsaktionen deutlich zu reduzieren. Als Frankreich den drei Auslieferungen und 50 Deportationen keine weiteren Schritte folgen ließ, erreichte der Terror der GAL 1985 mit 16 Attentaten (12 Toten und 10 Schwerverletzten) seinen Höchststand.

Die GAL verübte ihr letztes vom spanischen Staat gedecktes Attentat am 17.2.86 (2 Tote). Von der Einzelaktion vom 24.7.87 abgesehen, hat die GAL ihren Terror exakt dann eingestellt, als die neugewählte konservative Regierung Frankreichs unter Chirac ihre zweijährige Amtszeit mit der Neufassung des "Gesetzes über Einreise und Aufenthalt von Ausländern" vom 9.9.86 begann. Hierdurch wurde die Ausweisung von politischen Flüchtlingen auf eine neue Grundlage gestellt.

Phase der Auslieferungen und Abschiebungen (1986-heute)

Auch diese Periode bewegt sich in dem klar abgesteckten Rahmen der Vereinheitlichung des westeuropäischen Staatsschutzes. 1985 waren die diesbezüglichen Bemühungen in eine entscheidende Phase eingetreten. Die informelle Anti-"Terrorismus"-Runde aller EG-Inneminister TREVI (Terrorisme, Radicalisme, Extremisme et Violence International) hatte sich 1985 eine neue Struktur gegeben. Mit einem neuen Konzept wollte man sich auf die aus dem EG-Binnenmarkt erwachsenen "Anforderungen" für die Repression vorbereiten. Zusätzlich hatten sich im Juni 1985 Frankreich, die BRD und die Benelux-Länder in der "Schengener Vertragsstaatengruppe" zusammengeschlossen. Hier sollten im kleinen Kreis wichtige Repressionskonzepte durchgesetzt werden, um den späteren Schengener Vertrag (1990) dann den übrigen EG-Ländern aufzuzwingen.

Spanien war mittlerweile der EG beigetreten. Im Sommer 1991 unterschrieb die spanische Regierung das Schengener Abkommen. Frankreich ratifizierte am 22.12.87 das Europäische Anti-"Terrorismus"-Übereinkommen von 1977 und war bereits am 11.5.86 dem Europäische

Auslieferungsübereinkommen beigetreten. Das neue französische AusländerInnengesetz wurde im Rahmen eines noch von der "sozialistischen" Regierung eingebrachten umfangreichen Gesetzespakets zur "Terrorismus"-Bekämpfung von der französischen Nationalversammlung am 9.9.86 verabschiedet. Damit wurde erstmals der "Terrorismus"-Begriff in das französische Strafrecht eingeführt. Die wichtigsten Maßnahmen betrafen eine erweiterte Kompetenz der Exekutive bei der Zuweisung von "Terrorismus"-Verfahren an ausgesuchte Staatsschutz-Gerichte, erleichtere Durchsuchungs- und Inhaftierungsmöglichkeiten, Aufenthaltsbeschränkungen und nicht zuletzt die Einführung einer Kronzeugenregelung.

Ein wesentlicher Punkt des neuen französischen Ausländergesetzes war die Überarbeitung der in Art. 26 festgelegten "procedure d'urgence". Dieser Regelung zufolge, die auf die Ordonnance Nr. 45-2658 vom 2.11.1945 zurückgeht, konnten BaskInnen, die in dem Verdacht standen an Vorbereitungen "terroristischer" Straftaten beteiligt gewesen zu sein, festgenommen werden. Um einE AusländerIn ausweisen zu können, mußte bis 1986 eine mit RichterInnen besetzte Departements-Kommission über die Ausweisungsverfügung des Innenministers befinden. Mit der Novelle von 1986 ist die Verwaltung in Fällen "absoluter Dringlichkeit", d.h. in allen Staatsschutzangelegenheiten, nicht mehr an den Beschluß der Kommission gebunden. Sie kann in diesen Fällen also faktisch alleine über die Abschiebung eineR AusländerIn entscheiden. Die sonst geltenden verfahrensrechtlichen Schutzbestimmungen wurden für die "Terrorismus"-Verdächtigen aufgehoben. Sie konnten ohne Frist abgeschoben und in direkter grenzüberschreitender Bullenkooperation den spanischen Kollegen übergeben werden. Inzwischen muß sich zumindestens ein Richter mit der jeweiligen Ausweisungsangelegenheit befassen. Dies tut aber den realen Abschiebezahlen keinen Abbruch.

Auch die OFPRA konnte nun wieder zu ihrer von 1979-82 verfolgten Linie zurückkehren. Am 1.10.86 wurde mit Bereciartua-Etxarri zum ersten Mal ein als politischer Flüchtling anerkannter Baske nach Spanien abgeschoben. Etxarri hatte zu den 19 BaskInnen gehört, die sich zunächst erfolgreich gegen die Aberkennung ihres Status als politische Flüchtlinge gewehrt hatten. Sie hatten vor Gericht glaubhaft machen können, daß ihr Leben bei einer Rückkehr nach Spanien durch Folter und Todesschwadrone gefährdet sei. Nun wollte der Conseil d'Etat nichts mehr davon wissen, stellte den spanischen Repressionsorgane einen Persilschein aus und verfügte die Abschiebung Etxarris.

Nun konnte die Auslieferungswelle gegen die baskischen Flüchtlinge in Frankreich richtig anrollen. Mittels der "Prozedur der absoluten Dringlichkeit" wurden binnen eines Jahres rund 90 BaskInnen dem spanischen Staatsschutz übergeben. Mehr als die Hälfte aller im Eilverfahren abgeschobenen BaskInnen gab an, in den spanischen Knästen gefoltert worden zu sein. In einigen Fällen gelang es auch, diese Mißhandlungen an politischen Gefangenen dokumentarisch festzuhalten.

Trotz allem wollte das Nörgeln aus Madrid nicht verstummen. Man beklagte sich, daß sich keine Führungskader der ETA unter den Abgeschobenen befunden hätten. So mußten bis Mitte 1987 34 der bis dahin überstellten BaskInnen auf freien Fuß gesetzt bzw. auf Kaution freigelassen werden. Nur fünf rechtskräftige Verurteilungen konnten erreicht werden.

Anfang Oktober 1987 holten anti-"terroristische" Sondereinheiten der französischen Polizei zu dem bis dahin größten Schlag gegen die baskischen Flüchtlinge in Nord-Euskadi aus. In nur drei Tagen wurden knapp einhundert Personen festgenommen. 50 von ihnen wurden gemäß der "procedur d'urgence" unverzüglich den spanischen Folterknechten übergeben. 14 weitere BaskInnen wurden deportiert.

Seit der Bullenaktion 1987 läuft die Massen-Auslieferung von BaskInnen aus Nord-Euskadi kontinuierlich und reibungslos weiter. Bis heute sind rund 300 BaskInnen dem spanischen Staatsschutz übergeben worden. Hinzu kommen die Deportierten. Zusammengerechnet wären somit knapp die Hälfte der in Frankreich lebenden baskischen Flüchtlinge (insgesamt ca. 700) ausgeliefert worden.

Beendet ist diese Aufstands-Bekämpfungsaktion auch heute noch nicht. Zuletzt wurde Anfang April 1992 der baskische Aktivist Michelena von Frankreich ausgeliefert. In nicht weniger als acht Auslieferungsbegehren wurde Michelena u.a. ein Sprengstoffanschlag zu Last gelegt, bei dem 1981 vier Militärangehörige, unter ihnen der spanische General Valenzuela, den Tod gefunden hatten.

Und die BRD-Linke?

Die bundesrepublikanische Linke hat diese Verschärfung der Repression, mittels der Abschaffung des politischen Delikts im Auslieferungsrecht, in den 80er Jahren leider komplett verschlafen. Sie hat diese Entwicklung nicht wahrgenommen, sich dafür nicht interessiert oder aber sich unfähig gezeigt, darauf angemessen zu reagieren. Die Vereinheitlichung im Vorgehen bei politischen Auslieferungsfällen ist innerhalb der EG verbunden gewesen mit massiven inner-imperialistischen Konflikten. Diese Form von Hegemoniepolitik innerhalb der EG führte in Euskadi, aber auch in der Republik- und in Nordirland zu gesellschaftlich breit verankerten und dennoch teilweise militanten Auseinandersetzungen, um die Auslieferung baskischer- und IRA-AktivistInnen zu verhindern. In diesen Fällen wäre auch aus der BRD heraus internationale Solidarität nicht nur geboten, sondern auch möglich gewesen. Z.B. wäre sie vonnöten, wenn von Seiten der BRD die Auslieferung der irischen Republikaner, Hanratty und McGeough, an GB bzw. die USA geplant und beschlossen wird. Oder muß die Linke erst daran erinnert werden, daß dieses Eintreten gegen die Auslieferung politischer Straftäter und die Bewahrung der Privilegierung des politischen Delikts vor allem in ihrem Interesse liegt?

Literatur:

- Cilip-Bürgerrechte und Polizei Nr. 26: "Frankreich: Neue 'Anti-Terror'-Gesetze"

- Duflot: "Die Rechtsstellung von Ausländern hinsichtlich Einreise und Aufenthalt in Frankreich", Zeitschrift für Ausländerrecht 1987, 179

- EUSKADI-INFORMATION (diverse Ausgaben 1986-1991)

- Olbrich: "Die Auslieferungsausnahme bei politischer Verfolgung", Konstanz 1987

- Stein: "Die Auslieferungsausnahme bei politischen Delikten", Berlin, Heidelberg, New York 1983

- Zimmermann: "Zum Aufenthaltsrecht anerkannter Flüchtlinge in Frankreich", Zeitschrift für Ausländerrecht 1986, 55

Hinweis: Im Laufe des Sommers 92 erscheint bei der Roten Hilfe Berlin eine Broschüre, die Länderberichte (Irland, Niederlande, Euskadi) zur Abschaffung des politischen Delikts in Westeuropa und Hintergrundsmaterial enthalten wird. Umfang ca. 36 Seiten.

Bestellungen: Rote Hilfe Berlin c/o A. Lüers; Grüntaler Str. 30; 1000 Berlin 65

23. Paul Merker und die Juden (DDR-Kulturpolitik, Teil 3)

Dokumentation

Rubrik: Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:27

In zwei vorangegangenen Artikeln, die sich mit Aspekten der DDR-Kulturpolitik um 1950 beschäftigten (AK 340 und 341), war mehrfach von einer antijüdischen Kampagne die Rede, die in dieser Zeit, ausgehend von der Sowjetunion, mehr oder weniger im gesamten Ostblock zum Ausdruck kam. In der DDR hatte diese Kampagne ihren Höhepunkt mit der Verurteilung der "Merker-Gruppe" im Dezember 1952, die auf den antijüdischen Slansky-Prozeß in der Tschechoslowakei (November 1952) folgte. Diese Zusammenhänge sollen hier näher betrachtet werden.

Paul Merker, Mitglied des Politbüros, hatte schon auf dem 3. Parteitag der SED im Juli 1950 seine Funktion verloren. Im August 1950 wurde er, zusammen mit mehreren anderen namhaften Funktionären, aus der SED ausgeschlossen. Die damalige "Säuberung", die hier aus Platzgründen nicht ausführlich genug dargestellt werden kann, wies noch nicht die späteren antijüdischen Motive auf. Wie schon im ungarischen Rajk-Prozeß (September 1949) ging es in erster Linie um die Verbindungen, die die Betroffenen während des Krieges zu Noel Field und seinem Bruder Herman unterhalten hatten. (1)

Field hatte eine amerikanische Hilfsorganisation Unitarian Service Comitee (USC) vertreten und sich, vermutlich primär aus persönlicher Neigung, besonders großzügig der kommunistischen Exilierten angenommen. Auf diese Weise hatte er tatsächlich die meisten führenden Kommunisten im Westexil freundschaftlich und intensiv kennengelernt und diese Kontakte wurden teilweise auch nach dem Krieg fortgesetzt.

Im Mai 1949 wurde Field in der Tschechoslowakei verhaftet und an Ungarn ausgeliefert. Der USC galt nun als "imperialistische Agentur", und wer während des Krieges Verbindung zu Field gehabt hatte, war logischerweise selbst ein Agent. (2) Der Kürze halber kann hier nur angemerkt werden, daß diese Bewertung des USC nicht als rein paranoid gelten kann. Tatsächlich stand während des Krieges die Leitung des USC in Verbindung mit dem US-Geheimdienst, und es wurde auch versucht, Kommunisten dafür einzuspannen, Informationen über die Lage in Deutschland, über militärische Ziele usw. zu gewinnen. Aufgrund der Kriegskoalition waren solche Vorgänge aber ganz normal und durchaus nicht "sittenwidrig", zumal ja die Illusion bestand (und von den kommunistischen Parteien gepflegt wurde), diese Koalition könne über den Krieg hinaus die Grundlage einer neuen Weltordnung darstellen. Wer als Kommunist Verbindungen zu Field unterhielt, hatte das in der Regel im Parteiauftrag getan.

Slowakischer Nationalist wird Kosmopolit

Der Slansky-Prozeß im November 1952 brachte eine politische Umorientierung zum Ausdruck, indem nun von Field kaum noch die Rede war, dafür aber "die Zionisten" als Hauptagentur der imperialistischen Subversion eingeführt wurden.

Slansky war bis zum September 1951 Generalsekretär der tschechoslowakischen KP gewesen. Seine Absetzung erfolgte ohne Angabe von Gründen und wurde öffentlich dadurch relativiert, daß Slansky zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt wurde. Erst im November 1951 folgte seine Verhaftung.

Damit fand die Vorbereitung eines Schauprozesses, die schon im Herbst 1949 - parallel zum ungarischen Rajk-Prozeß - begonnen hatte, einen überraschenden Abschluß. Als im Spätherbst 1949 die ersten Spitzenfunktionäre verhaftet wurden, war der spätere Hauptangeklagte noch propagandistischer Scharfmacher. Ebenso wie Slansky wurden auch einige leitende Leute des Repressionsapparats Opfer der Lawine, die sie selbst mit losgetreten hatten.

Im Laufe der drei Jahre, die bis zum Prozeß vergingen, veränderte sich nicht nur mehrfach die "Besetzungsliste", sondern auch der Inhalt der Anklage. Der stellvertretende Außenhandelsminister Evzen Löbl, der schon im November 1949 verhaftet worden war und 1952 zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, beschrieb später in seinen Erinnerungen den Wandel der Dinge: "Ursprünglich wurde ich des Kontakts mit

Herman Field und des Titoismus beschuldigt (...) In der zweiten Dezemberhälfte (1949) wurde ich zum slowakischen bürgerlichen Nationalisten gestempelt. Ich sei angeblich Mitglied der Führung der slowakischen bürgerlich-nationalistischen Fraktion gewesen. Der Leiter dieser Fraktion sei Clementis gewesen, weitere Mitglieder der Leitung wären Novomesky, Husak und ich (...) Ungefähr im März 1951 hörte ich auf, ein slowakischer bürgerlicher Nationalist zu sein. Ich wurde zu einem Kosmopoliten jüdisch-bürgerlicher Herkunft..." (3)

Von den eben Genannten wurde der ehem. Außenminister Clementis ebenfalls im Slansky-Prozeß vor Gericht gestellt (und zum Tode verurteilt), während den "slowakischen Nationalisten" im April 1954 gesondert der Prozeß gemacht wurde. (4)

Der im Aufbau befindliche große Prager Schauprozeß war im Laufe des Jahres 1951 "umpolitisiert" worden, indem er scharfe antijüdische Akzente erhielt. Der tschechoslowakische Historiker Kaplan schreibt das vor allem dem Einfluß der sowjetischen "Berater" zu, die seit Oktober 1949 an der Prozeßvorbereitung teilnahmen und mehr und mehr die politische Orientierung bestimmten: "Bojarsky und nach ihm Alexej Bescasnov, der neue Chefberater, wurden nicht müde, den Untersuchungsbeamten und überhaupt allen politischen Persönlichkeiten die Gefahren auszumalen, welche sich aus der Verschwörung des jüdischen Imperialismus ergäben. Die Russen setzten durch, daß scharfe Antisemiten - z.B. Andrej Keppert als Nachfolger Svabs (5) - hohe Stellen im Sicherheitsdienst erhielten." (6)

Tatsächlich war die antijüdische Kampagne von der Sowjetunion ausgegangen. Schon im November 1948 war dort das Jüdische Antifaschistische Komitee zerschlagen worden, das während des Krieges wichtige bündnispolitische Funktionen getragen hatte. In den folgenden Monaten wurden nach und nach die meisten führenden Mitglieder des Komitees verhaftet. Etliche von ihnen wurden im Juli 1952 in einem Geheimprozeß - die Akten sind anscheinend bis heute noch nicht publiziert - zum Tode verurteilt und im August hingerichtet. Alle diese Repressalien erfolgten aber ohne öffentliche Bekanntmachung; die sowjetischen Stellen waren sogar bemüht, im Ausland erscheinende Meldungen über das "Verschwinden" bekannter jüdischer Schriftsteller usw. zu dementieren.

Der Slansky-Prozeß war der erste, in dem die antijüdische Tendenz nicht nur nicht verborgen, sondern demonstrativ bekundet und propagandistisch verbreitet wurde. Er blieb, vermutlich begünstigt durch den Tod Stalins im März 1953, auch der einzige dieser Art.

Angeklagt: Die Wirtschaftspolitik

Elf von 14 Angeklagten im Slansky-Prozeß waren "jüdischer Abstammung", wie in der Anklage jeweils namentlich vermerkt wurde; von den übrigen waren zwei Tschechen und einer Slowake. Die Anklage hob auch die familiäre Herkunft hervor: "aus einer Kaufmannsfamilie", "Großkaufmannssohn", "Fabrikantensohn" usw. Nur die zwei angeklagten Tschechen kamen "aus einer Arbeiterfamilie" - was ihnen beim Urteil aber auch nichts mehr nützte: sie wurden hingerichtet. Insgesamt gab es elf Todesurteile; drei Angeklagte wurden zu lebenslanger Haft verurteilt: Evzen Löbl, Artur London (ehem. stellvertretende Außenminister) und Vavro Hajdu (gleiche Funktion).

Sieben der Angeklagten waren auf verantwortlichen Posten in der Volkswirtschaft, im Außenhandel sowie im Außenministerium tätig gewesen. Diese Bereiche standen im Zentrum des Prozesses. Angeklagt war der Versuch, die traditionellen Westbindungen der tschechoslowakischen Wirtschaft und Diplomatie nicht völlig zugunsten der UdSSR aufzugeben.

"Mit dem Ziel, den Aufbau des Sozialismus zu verhindern und das Abhängigkeitsverhältnis zu den kapitalistischen Staaten zu verstärken, erhöhten die Verschwörer die Investitionen der verarbeitenden Industrie und senkten wesentlich die Investitionen für die Entfaltung der Rohstoffbasis."

"Die Verschwörer setzten eine ganze Reihe von Handelsverträgen mit kapitalistischen Staaten durch, die für die Tschechoslowakei nachteilig waren, und den Kapitalisten die Möglichkeit boten, sich auf Kosten des tschechoslowakischen Volkes zu bereichern."

"Die Verschwörer versuchten, unsere Warenlieferungen nach der UdSSR und den volksdemokratischen Ländern, ohne Rücksicht auf die Verträge, im größtmöglichen Umfang zu verhindern, indem sie für diese Waren wesentlich höhere Preise als die auf den Weltmärkten gültigen forderten. Demgegenüber lieferten sie

die gleichen Waren in die kapitalistischen Staaten zu bedeutend niedrigeren Preisen als in die Sowjetunion, zu Preisen, die tief unter dem Weltpreisniveau lagen.

Die Verschwörer scheuten sich nicht, die Bedingungen der Handelsverträge mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern systematisch und vorsätzlich zu verletzen, indem sie die auf Grund der Verträge für unsere befreundeten und verbündeten Länder hergestellten und bestimmten Waren im letzten Augenblick nach dem Westen umdisponierten. Die vereinbarten Lieferfristen wurden nicht eingehalten, wodurch die Pläne der befreundeten Länder Störungen ausgesetzt wurden, und nicht selten wurden zum Schluß Waren und Erzeugnisse niedriger Qualität geliefert. (..) Damit sabotierten sie den Sozialismus nicht nur bei uns, sondern bemühten sich, den sozialistischen Aufbau auch in den volksdemokratischen Ländern zu hemmen." (7)

Loebl, der damals im Ministerium für Außenhandel arbeitete, hat nach seiner Rehabilitierung ausführlich und genau dargestellt, daß hinter diesen Vorwürfen reale Widersprüche standen. Ihm selbst wurde im Prozeß vorgeworfen, dafür verantwortlich zu sein, daß der tschechoslowakische Außenhandel noch zu 55 Prozent mit den kapitalistischen Staaten abgewickelt wurde. Für Konflikte hatte auch gesorgt, daß die CSR sich für ihre Nicht-Beteiligung am Marshall-Plan mit sowjetischen Großkrediten, Getreidelieferungen und weiteren "Pflastern" (Loebl) "entschädigen" ließ. Ein anderer Streit ergab sich daraus, daß Loebl dafür eintrat, Uran meistbietend an die USA (statt mit weniger Gewinn an die UdSSR) zu verkaufen. Insgesamt dürfte Loebl aber recht haben, wenn er behauptet, in jedem Punkt die Zustimmung seiner Regierung und der Parteispitze gehabt zu haben. (8)

"Die unterwühlende Tätigkeit der Zionisten ..."

In einem eigenen Anklagepunkt (IX.) wurde die "zionistische Connection" behandelt: "Slansky, Geminder (9) und die übrigen Verschwörer unterstützten und beschützten mit besonderer Aufmerksamkeit die unterwühlende Tätigkeit der Zionisten, dieser verläßlichen Agentur der amerikanischen Imperialisten." (10)

Laut Anklageschrift sei 1947 auf einer Geheimberatung in Washington zwischen US-Präsident Truman, Außenminister Acheson, dem ehem. US-Finanzminister Morgenthau, Ben Gurion (später israelischer Ministerpräsident) und Sharet (später israelischer Außenminister) "der sogenannte ‚Morgenthau-Plan` vereinbart worden, der die Bedingungen festsetzte, unter welchen die Vereinigten Staaten Israel unterstützen würden. Bestandteil dieses Planes war die Forderung, daß die zionistischen Organisationen zu einer breitangelegten Spionage- und Zersetzungstätigkeit in den volksdemokratischen Ländern im Interesse der Förderung der Weltherrschaftsbestrebungen der amerikanischen Imperialisten verwendet werden." (11)

Hauptpunkt der Anklage war in diesem Zusammenhang der Vorwurf, die von den USA betriebene wirtschaftliche Destabilisierung und Abhängigmachung der CSR sei wesentlich mit Hilfe "zionistischer" Kapitalisten sowie Israels erfolgt. Weiter heißt es in der Anklageschrift: "Unter dem Schutz der Verschwörer betrieb in der CSR die amerikanische jüdische Organisation JOINT (12), die sich mit Spionage, Sabotage, dunklen Devisenmachenschaften, Schleichhandel und Schmuggel befaßte, eine umfangreiche Tätigkeit. Die verschiedensten zionistischen Organisationen vom Typ des ‚Betar` (13) beschäftigten sich ungestraft mit verschiedener unterwühlender Tätigkeit, gaben staatsfeindliche Flugblätter heraus, bildeten Terroristen aus und organisierten die illegale Flucht kapitalistischer feindlicher Elemente ins Ausland." (14)

Im Hintergrund dieser Vorwürfe ist zu sehen, daß die Tschechoslowakei tatsächlich zeitweise eine Sonderrolle gespielt hatte, und zwar mit Billigung der sowjetischen Führung: 1948 war die CSR Drehscheibe für Waffenlieferungen an die Zionisten, was in einer schwierigen Phase des militärischen Kampfes um Palästina von erheblicher Bedeutung war. Das ging einher mit speziellen engen, teilweise selbstverständlich konspirativen und auch geheimdienstlichen Verbindungen zwischen Prag und zionistischen Organisationen, Geldgebern usw.

Als sich ab Herbst 1948 die sowjetisch-israelischen Beziehungen verschlechterten, vollzog die CSR diesen Wandel mit einer gewissen Zurückhaltung und Verspätung nach, wozu möglicherweise ebenfalls sowjetisches Einverständnis vorlag. (Der Gedanke, nicht sofort "sämtliche Brücken abzubrechen", müßte auch aus Moskauer Sicht seine Logik gehabt haben.)

Dieser Hintergrund könnte erklären, warum gerade in der CSR die Kriminalisierung solcher Verbindungen und die Abstempelung der "Zionisten" und "Kosmopoliten" zu Sündenböcken für die reale wirtschaftliche Misere weit größere Dimensionen annahm als in irgendeinem anderen Ostblockland.

Die SED zieht Lehren

"Von besonderer Bedeutung im Prozeß gegen die Slansky-Bande waren die Enthüllungen über die verbrecherische Tätigkeit der zionistischen Organisationen." (Einige Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky; Beschluß des ZK der SED, 20.12.52)

Der Slansky-Prozeß sollte, besonders in seinen "antizionistischen" Elementen, ein Lehrstück für die "internationale Arbeiterbewegung" darstellen. Staatsanwalt Urvalek betonte in seiner Schlußrede die Allgemeingültigkeit der politischen Ergebnisse: "Der Prozeß führt allen kommunistischen und Arbeiterparteien die Gefahr vor Augen, mit der der Zionismus in seiner Eigenschaft als Büro des amerikanischen Imperialismus sie bedroht. Seit jeher sind die zionistischen Organisationen durch die tausend Fäden der Klasseninteressen mit dem Weltkapitalismus verbunden. Daher waren sie für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse gefährliche Organisationen. Die Gefahr, die der Welt von den internationalen zionistischen Organisationen her droht, ist seit der Errichtung des amerikanischen Protektorates - des sogenannten Staates Israel - größer geworden. (...) Der Prozeß zeigt uns mit aller Schärfe die Gefahr, mit der uns der Zionismus bedroht. Er hat aber auch eine internationale Tragweite, denn nicht nur unserer Kommunistischen Partei, sondern auch den anderen kommunistischen Arbeiterparteien gilt diese Warnung, ihre Reihen nicht von diesem gefährlichen Werkzeug der amerikanischen Imperialisten infiltrieren zu lassen." (15)

Die SED-Erklärung "Einige Lehren ..." sollte dem primär von der sowjetischen Führung ausgehenden Drängen nach Verallgemeinerung der "antizionistischen" Akzente des Prager Prozesses Genüge tun. Im Vergleich mit den Vorwürfen gegen Slansky und Genossen zeigt sich jedoch, daß die SED dieser Verpflichtung nur vordergründig nachkam, sich ihr genau besehen aber entzog, soweit ihr eigener Spielraum (und vielleicht auch die Unterstützung einiger sowjetischer Funktionäre in der DDR) es zuzulassen schien.

Zweifellos übernahm die SED Inhalt und Diktion der "antizionistischen" Kampagne ohne wesentliche Abstriche. Der Unterschied lag darin, daß die SED der intendierten strafrechtlichen Dimension auswich. Im Zusammenhang mit den "Zionismus"-Vorwürfen war in der SED-Erklärung von einer Schädigung oder Gefährdung der DDR nicht die Rede. Verbal wurde die Moskauer "Theorie" akzeptiert, daß in allen sozialistischen Ländern imperialistische Agentennetze in die Parteiführungen eingedrungen seien, aber praktisch wurden daraus keine Konsequenzen gezogen.

Zwar nannte die SED-Erklärung Merker einen "Agenten" und trug damit der Tatsache Rechnung, daß einige Angeklagte des Prager Prozesses ihn persönlich belastet hatten. Tatsächlich aber wurde in der Erklärung Merker lediglich sein politisches Verhalten in den Jahren 1939-45, erst im französischen und dann im mexikanischen Exil, vorgeworfen. In erster Linie ging es um zwei Artikel, die Merker für die in Mexiko produzierte KPD-gesteuerte Zeitung "Freies Deutschland" geschrieben hatte. Das hatte sich mehrere Jahre vor Gründung der DDR abgespielt, und die SED hatte bis zum Slansky-Prozeß keine öffentliche Kritik an Merkers alten Texten geübt.

Offensichtlich war das, was man Merker vorwarf, allenfalls eine politische "Abweichung". Schlimmstenfalls hätte man damit ein Parteiverfahren begründen können, aber ganz sicher keinen Strafprozeß. Es ist sogar fragwürdig, ob das Material für eine innerparteiliche Verurteilung ausgereicht hätte. Zwar waren Merkers 1942 oder 1944 formulierte Positionen zum Zionismus, zum kommenden Staat Israel, zur jüdischen Nationalität und zur "Wiedergutmachung" mit der SED-Politik von 1952 nicht mehr zu vereinbaren. Dennoch waren sie zum Zeitpunkt der Niederschrift möglicherweise KPD-konform gewesen oder hatten sich in einem zugestandenen Spielraum des Experimentierens bewegt. Die Ansichten und/oder Aussagen der KPD/SED zu einigen dieser Fragen hatten sich seither stark verändert, aber das war nie Gegenstand einer öffentlichen Erörterung gewesen. In der Erklärung zum Slansky-Prozeß blieb dieser Umstand selbstverständlich unerwähnt.

Angeklagt wegen Aufenthalt in Mexiko

In der Hauptsache stellte die Erklärung vom Dezember 1952 eine Abrechnung mit der Politik der KPD-Gruppe im mexikanischen Exil dar. (16) Viele Mitglieder dieser Gruppe gerieten in den Jahren 1950-52 in den Sog der "Überprüfungen", "Säuberungen" und Strafverfahren:

Merker, als Mitglied des Politbüros einer der ranghöchsten KPD-Funktionäre in jenen Jahren, war offensichtlich der außenpolitische Vordenker des Kreises und produktivster Autor des "Freien Deutschland". Die bestimmenden Artikel zur jüdischen Thematik wurden alle von Merker geschrieben. (17)

Alexander Abusch war Chefredakteur des "Freien Deutschland" und als solcher für die politische Linie der Zeitung mitverantwortlich. Die SED-Erklärung zum Slansky-Prozeß erwähnt, daß Abusch diese Funktion hatte, was wohl als Tadel zu interpretieren ist. Da es in der Erklärung auch heißt, die Zeitung "entwickelte sich immer mehr zu einem Publikationsorgan zionistischer Auffassungen", wäre Abusch eigentlich von erheblicher Mitschuld nicht freizusprechen gewesen. Andererseits wurde durch das Attribut "Genosse", das Merker konsequent verweigert wurde, ein gnädiger Ton angestimmt. Tatsächlich hatte Abusch, selbst jüdischer Herkunft, der 1951 in eine schwere "Überprüfung" geraten war, zum Zeitpunkt Ende 1952 wohl schon das Schlimmste hinter sich. Es folgte eine schöne Karriere, die ihn schließlich ins Amt des Kulturministers trug.

Das härteste Schicksal unter Merkers Genossen in Mexiko hatte der aus der Tschechoslowakei stammende André Simone (früher Otto Katz): er war einer der Angeklagten im Slansky-Prozeß und wurde hingerichtet. Simone hatte zusammen mit Abusch das erste Braunbuch zum Reichstagsbrand-Prozeß redigiert; außerdem war er Autor des zweiten Braunbuchs "Dimitroff contra Göring" und redaktionell verantwortlich für das Buch "Das braune Netz", in dem die internationalen Aktivitäten der Nazis angegriffen wurden.

Für das "Freie Deutschland" schrieb Simone zahlreiche Artikel, darunter engagierte Propaganda für die Sowjetunion und für Stalin. - In der SED-Erklärung zum Slansky-Prozeß findet sich an eher versteckter Stelle, ohne weitere Erläuterung, der bemerkenswerte und bösartige Satz, André Simone habe die "zionistische Politik" der Gruppe "inspiriert", und Merker habe sie in der Presse "verkündet".

Zu den regelmäßigen Autoren des "Freien Deutschland" in Mexiko gehörte auch Rudolf Feistmann, der Chefredakteur der gleichfalls in Mexiko unter Regie der KPD herausgegebenen Zeitung "Demokratische Post". - Nach dem Krieg wurde er Leiter der außenpolitischen Redaktion des SED-Zentralorgans "Neues Deutschland". Er geriet - wie u.a. auch Merker - schon 1950 in eine "Parteisäuberung", die sich an den Rajk-Prozeß in Ungarn (September 1949) anschloß. Feistmann zog es nach einer "Befragung" durch die Zentrale Parteikontrollkommission vor, sich am 7. Juni 1950 selbst umzubringen. Die DDR-Medien meldeten eine Fleischvergiftung und brachten ehrende Nachrufe.

Der Rechtsanwalt und Staatsrechtler Leo Zuckermann hatte sich im "Freien Deutschland" für finanzielle "Wiedergutmachung" an den Juden und am jüdischen Volk ausgesprochen. In der DDR wurde er Staatssekretär, Chef der Präsidialkanzlei von Wilhelm Pieck und Leiter der Außenpolitischen Kommission beim ZK der SED. Als Jude und Mitglied der mexikanischen Exilgruppe doppelt gefährdet, verließ Zuckermann am 21. November 1952, dem zweiten Tag des Slansky-Prozesses, die DDR in Richtung Westberlin.

Der frühere Reichstagsabgeordnete Erich Jungmann zählte neben Merker, Simone und Abusch zu den produktivsten Autoren des "Freien Deutschland". Er war Sekretär des von der KPD-Gruppe in Mexiko ins Leben gerufenen Antifa-Bündnisses "Bewegung Freies Deutschland". - Wegen eines Artikel im "Freien Deutschland" wurde Jungmann in der SED-Erklärung zum Slansky-Prozeß namentlich kritisiert, er vertrete gleiche Ansichten wie Merker; jedoch war dieser Angriff wie im Fall von Abusch durch das Beiwort "Genosse" entschärft. Jungmann kam mit einem kleinen Karriereknick davon.

"Deutschland und die Juden"

Das "Freie Deutschland" (zuletzt unter dem Namen "Neues Deutschland") erschien von November 1941 bis Juni 1946 in Mexiko. Real wurde die Zeitung von der dortigen KPD-Gruppe bestimmt; ihrem erklärten Anspruch nach war sie aber ein Forum aller "Freien Deutschen", d.h. aller deutschen oder deutschsprachigen Antifaschisten. Die Auflage lag im Durchschnitt bei 3.500 oder 4.000 (18). Die meisten Exemplare gingen an Abonnenten in Lateinamerika, sowie auch in den USA.

Paul Merker war im FD mit insgesamt 72 Artikeln und kleineren Beiträgen vertreten. Er hat also etwa doppelt soviel geschrieben wie Erich Jungmann (37 Texte) und André Simone (32 Texte), die nach Merker die

fleißigsten Autoren waren. (19) Von dessen 72 Texten befaßten sich fünf mit dem Themenkreis "Juden und Deutschland". Einen weiteren Artikel, der 1952 von der SED kritisiert wurde, schrieb Jungmann für die Februar-Ausgabe 1945. (20)

Daneben gab es im FD zahlreiche andere Artikel zu "jüdischen Themen", wie etwa zwei Aufsätze von Leo Katz über die Geschichte des Antisemitismus (21) und über dessen angeblich geglückte Abschaffung in der UdSSR (22). Der einzige noch programmatisch zu nennende Artikel zum Problemkreis "Juden und Deutschland" wurde von Paul Mayer, einem jüdischen Nichtkommunisten, geschrieben. (23). Zum Einzelthema "Wiedergutmachung" gab es außerdem einen Artikel von Leo Zuckermann. (24)

Merker schrieb zum Thema erstmals im FD vom Oktober 1942. (25) Er argumentierte in diesem Artikel, daß an den Verbrechen gegen die Juden nicht nur die reaktionären Klassen Deutschlands schuldig seien, sondern daß das deutsche Volk insgesamt eine schwere Verantwortung auf sich geladen habe. "Verantwortlich für diese Schandtaten sind auch alle, die sich nicht der Schmutzwelle des Antisemitismus entgegenwarfen." Allerdings war die Tendenz zu erkennen, die Kommunisten doch wieder zu entlasten und umso stärkere Vorwürfe gegen die SPD zu richten.

Ein zweiter Punkt des Artikels beschäftigte sich mit der Funktion des Antisemitismus, die Merker in klassischer Weise definierte: "Der Antisemitismus ist für die reaktionärsten Teile der herrschenden deutschen Monopolisten und Großgrundbesitzer nichts als ein Mittel, sich zu bereichern" und die "Opfer" der kapitalistischen Entwicklung, "d.h. die Gewerbetreibenden und andere Angehörige kleinbürgerlicher Berufe, von den wirklich Schuldigen an ihrer zunehmenden Verelendung abzulenken." Der Antisemitismus sei "schwärzeste Reaktion, nicht nur gegen die Juden, sondern gegen die ureigensten Interessen der arbeitenden Klassen und Schichten des deutschen Volkes wie anderer Völker gerichtet".

Ein dritter Punkt galt dem geschichtlichen und aktuellen Schicksal der Juden: Selbst sehr reiche Juden hätten sich ihrer Position niemals sicher sein können. "Zahlreiche jüdische Großbürger haben das weder gesehen noch geglaubt und arbeiteten, indem sie sich auf die Seite der Reaktion stellten und manchmal sogar die Nazibewegung finanziell unterstützten, an ihrem eigenen und am Untergang ihrer Mitbürger." Der Kampf der Juden um die Lösung ihrer Probleme sei "untrennbar verbunden mit dem Befreiungskampf der Arbeiter und des Mittelstandes". Wo die wirkliche Zukunft der Juden liege, zeige das Beispiel der Sowjetunion.

Bis hierhin hatte Merker sehr konventionell klassische marxistische Standpunkte referiert. Er verließ diesen Boden jedoch dort, wo er als praktische Schlußfolgerung die Forderung nach einem jüdischen Nationalstaat unterstützte. Zwar war das 1947/48 auch die offizielle Politik der Sowjetunion, aber nach stalinistischem Brauch konnte eine verbrecherische Aktivität auch darin bestehen, daß jemand zu früh das später angeblich richtige getan oder ausgesprochen hatte.

Ein weiterer Punkt dieses ersten Merker-Artikels behandelte die "Wiedergutmachung": "Die den jüdischen Staatsbürgern zugefügten wirtschaftlichen Schäden werden im Rahmen der eingeschlagenen wirtschaftlichen Orientierung wieder gutgemacht. Die Entschädigung erfolgt sowohl an die Rückkehrer, wie an diejenigen, die im Ausland zu bleiben wünschen." Jeder Jude deutscher Nationalität müsse nach dem Krieg das Recht haben, auf Kosten des deutschen Staates entweder nach Deutschland zurückzukehren oder sich in einem Land seiner Wahl niederzulassen.

Im FD vom März 1943 nahm Merker zu Diskussionen und Widersprüchen Stellung, die sein Artikel ausgelöst hatte. In der Hauptsache ging es damals schon um das gleiche Problem, das 1952 in der SED-Erklärung im Mittelpunkt stand: man dürfe doch nicht den jüdischen Bankiers und Großkapitalisten ihre Millionen zurückgeben. Merker verwies demgegenüber auf seine Formulierung: Wiedergutmachung "im Rahmen seiner ökonomischen Orientierung" (er zitierte sich selbst nicht ganz genau). Das Programm der "Freien Deutschen" fordere bekanntlich die Nationalisierung der monopolisierten Großindustrie, der Großbanken und des Großgrundbesitzes, denn nur dadurch könne der Faschismus mit der Wurzel ausgerottet werden. Daher wäre es "widernatürlich, z.B. den Rothschilds ihren Anteil an diesen Monopolen zurückzugeben". Zwar müsse die Rückerstattung der geraubten Besitztümer im Prinzip unabhängig von der Klassenzugehörigkeit erfolgen, aber die Festsetzung einer Höchstgrenze werde notwendig sein. In erster Linie werde es darum gehen, jüdischen Handwerkern, Ärzten, kleinen und mittleren Industriellen ihre früheren Betriebe zurückzugeben.

In einem Artikel in der Ausgabe April 1944 des FD (26) wiederholte Merker im Wesentlichen die eben skizzierten Standpunkte. Neu war die klare Aussage: "Die Zugehörigkeit zu einer nationalen jüdischen Bewegung, wie z.B. zum Zionismus, schließt die Zugehörigkeit deutscher Staatsbürger jüdischer Herkunft zur Bewegung Freies Deutschland nicht aus." Merker beantwortete damit die (anscheinend schriftlich vorliegende, aber nicht publizierte) Anfrage eines "Freundes", "ob die jüdischen Mitglieder der Bewegung Freies Deutschland nicht in einen Gewissenskonflikt geraten müssen, der sich aus dem unter der Gesamtheit der jüdischen Bevölkerung stärker entflammten Nationalgefühl ergibt".

Außerdem argumentierte Merker in diesem Artikel gegen Widersprüche des "Freundes" in Sachen Wiedergutmachung und forderte einen "energischen Minderheitenschutz" für die Juden, da sich historisch erwiesen habe, daß bloße formelle juristische Gleichheit keinen ausreichenden Schutz biete.

In den Ausgaben Juni bis August 1944 gab das FD einige "Briefe an die Redaktion" zur Diskussion "über die Zukunft der deutschen Juden" wieder. Erneut stand die Frage der finanziellen Wiedergutmachung im Vordergrund. Trotz der Ankündigung, die Redaktion behalte sich vor, Paul Merker die Gelegenheit zu einem "Schlußwort" zu geben, erfolgte dieses unmittelbar nicht. Die Diskussion wurde nach der August-Ausgabe kommentarlos abgebrochen.

Der nächste Artikel Merkers zum Thema erschien erst im Oktober 1945. (27) Abgesehen von der Wiederholung früherer Aussagen bestand der Hauptpunkt in der Frage, ob Juden nach Deutschland zurückkehren sollten. Von vielen Juden wurde das damals kategorisch abgelehnt. Hierzu schrieb Merker nun, es sei für eine Beantwortung dieser Frage vielleicht noch zu früh, und selbstverständlich sei das eine Entscheidung der Juden selbst. Auf deutscher Seite bestehe aber jedenfalls die Verpflichtung, Voraussetzungen für eine Rückkehr zu schaffen ("Wiedergutmachung", Ausrottung des Antisemitismus), "und unabhängig davon die nationalen Bestrebungen des jüdischen Volkes zu unterstützen."

Letztmals nahm Merker zum Thema im FD, bzw. nun schon ND, vom März/April 1946 Stellung, wo er den Diskussionsbeitrag eines Dr. J. Lourie beantwortete. Dieser hatte die Frage nach national-kultureller Autonomie der Juden außerhalb Palästinas aufgeworfen. Merker schrieb dazu u.a.: "Die Anerkennung der nationalen Zugehörigkeit der Juden, die es wünschen, zum jüdischen Volk würde meines Erachtens deren Anerkennung als ethnische Gruppe einschließen."

Was die SED

Merker 1952 vorwarf

In der SED-Erklärung zum Slansky-Prozeß bildete die Frage der "Wiedergutmachung" den Schwerpunkt der Vorwürfe gegen Merker. Als Hintergrund bietet sich die Tatsache an, daß gerade ein Vierteljahr zuvor, im September 1952, ein entsprechendes Abkommen zwischen der BRD und Israel geschlossen worden war, und daß von jüdischer Seite auch Forderungen an die DDR gestellt wurden. Weniger plausibel ist die Deutung, Merker sei "ausgeschaltet" worden, weil er in dieser Frage eine andere Haltung eingenommen hatte (28): Merker war ja schon im August 1950 abgesetzt worden, noch bevor die israelische Regierung ihre konkreten Forderungen benannt hatte, und arbeitete seither als Kellner. Im übrigen wurde, wie schon erwähnt, bei den "Säuberungen" von 1950 der ganze Themenkreis Juden/ Israel / Zionismus / "Wiedergutmachung" überhaupt nicht erwähnt - und spielte allem Anschein nach auch tatsächlich keine Rolle. Zu untersuchen bliebe noch, ob das "Freie Deutschland" in Sachen Wiedergutmachung tatsächlich eine Sonderposition vertrat, oder ob es sich damit nicht eher im Rahmen der offiziellen KPD-Politik bewegte, wenn auch vielleicht etwas engagierter und weitgehender als andere Teile der Partei. Daß die Sache allerdings schon damals umstritten war, zeigen die Debatten im FD, wobei anzumerken ist, daß solche "Leserdiskussionen" in der Zeitung keineswegs üblich waren.

Ein zweiter Punkt der Vorwürfe betraf die Unterstützung der Staatsgründung in Palästina, aber Merker war dabei wohl kaum über das hinausgegangen, was dann 1947/48 offizielle SED-Position war. Am 12. Juni 1948 (einen Monat nach der Gründung Israels) gab das ZK der SED eine Broschüre heraus, die mit einer Erklärung Merkers eingeleitet wurde, dann Auszüge aus der UNO-Rede Gromykos für die Teilung Palästinas enthielt, und in der auch eine Erklärung des DDR-Präsidenten Pieck abgedruckt war, in der es hieß: "Wir betrachten die Schaffung eines jüdischen Staates als einen wesentlichen Beitrag, um Tausenden von Menschen, denen der Hitlerfaschismus die schwersten Leiden zufügte, den Aufbau eines neuen Lebens zu ermöglichen." (29) - Das

Abrücken von dieser positiven Haltung zu Israel setzte schon im Herbst 1948 ein, war jedoch anfangs noch keineswegs als abrupter Wandel zu erkennen.

Wirklich eine Sonderposition hatte Merker vermutlich mit seinem Plädoyer für die Anerkennung der Juden als nationale Minderheit/Nationalität im deutschen Staat vertreten. Jedenfalls scheint es für eine solche Forderung in der DDR nie Sympathien gegeben zu haben, obwohl das sowjetische Vorbild doch dafür gesprochen hätte, sich in diese Richtung zu bewegen, und obwohl die DDR am Beispiel der sorbischen Volksgruppe sehr bemüht war, sich mit einer großzügigen Minderheitenpolitik zu profilieren.

Bündnispolitische Experimente

Insgesamt ist festzustellen, daß von der KPD-Gruppe in Mexiko und vom FD in relativer Autonomie eine Bündnispolitik gegenüber jüdischen Kreisen versucht wurde, die tatsächlich neue Elemente beinhaltete und ein politisches Experiment darstellte. Sicher war es ungewöhnlich, daß im FD jedes Auftreten zionistischer Politiker in Mexiko, jede jüdische Veranstaltung, mit einer wohlwollenden Meldung zur Kenntnis genommen wurde. Ungewöhnlich war auch, daß die mexikanische Exilgruppe der KPD den Versuch unternahm, im Rahmen der Gruppe "Menorah" - die hebräische Bezeichnung des siebenarmigen Leuchters - oder auch der "Bené Berith" (wörtlich: Söhne des Bundes; die bekannteste, international organisierte jüdische Loge) mit nicht-kommunistischen, bürgerlichen Juden zusammenzuarbeiten. Eine spanischsprachige Monatszeitschrift, die in Mexiko herauskam und sich an jüdische Leser richtete, hieß "Tribuna Israelita". Ihr (anonymer) Chefredakteur soll André Simone gewesen sein, und Rudolf Feistmann war einer der Redaktionsmitarbeiter, ebenso wie der Kommunist Leo Katz, der auch im FD schrieb. (30)

Andererseits hatte zur gleichen Zeit auch die sowjetische Führung nichts dagegen einzuwenden, daß Juden ihres Landes Kontakte zu Zionisten der USA und anderer Länder unterhielten. Noch 1948 schrieb Merker, und er hatte vermutlich Grund für seinen Optimismus: "Nach Äußerungen von Mitgliedern der sowjetischen UN-Delegation, die an der Bearbeitung der Palästinafrage teilnahmen, wird die Sowjetunion auch die Alijah (= Einwanderung) sowjetischer Juden nach Palästina gestatten. Die Führer des Judentums in der Sowjetunion werden von nun an im direkten Kontakt mit dem jüdischen Zentrum in Palästina stehen." (31)

Diese Dinge verwandelten sich aber in ein Problem, als die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen sich nach dem Krieg rasant verschlechterten und als Israel, wider alle Hoffnungen, seinen Platz an der Seite der USA statt an der der Sowjetunion einnahm. Nunmehr wurde rückwirkend kriminalisiert, was zum Zeitpunkt der Ereignisse nicht nur toleriert, sondern sogar gefördert worden war.

So war die "antizionistische" Kampagne der frühen fünfziger Jahre auch Ausdruck einer Politik, die sich nicht kritisch der eigenen Praxis stellte, die taktisch bedingte Entscheidungen nicht im Licht gewandelter Bedingungen aufarbeitete, sondern die heute als "Verbrechen" verwarf, was gestern noch offiziell als richtig oder zumindest als zulässig gegolten hatte. Insofern war dann auch immanent logisch, daß sich das größte Mißtrauen ausgerechnet gegen die aktivsten, mutigsten und fähigsten Antifaschisten richtete. Schon die Teilnahme am Spanischen Krieg oder das Überleben faschistischer Gefängnisse und Lager galt nun als Beweismittel der Anklage.

Mit geschlossenem Visier

Den weiteren Gang der Dinge beschreibt Robin Ostow in ihrem Buch über Juden in der DDR so: "Diesem Rundschreiben (Erklärung zum Slansky-Prozeß) folgten antijüdische Hetzartikel in der Parteipresse, der Ausschluß von Juden aus hohen Ämtern sowie verstärkte Kontrolle und Überwachung von Juden in der DDR. Die Vorsteher der Jüdischen Gemeinden in der DDR wurden verhört und aufgefordert, Erklärungen zu unterschreiben, in denen sie das AJDC (die internationale jüdische Hilfsorganisation Joint) als eine Organisation amerikanischer Agenten denunzierten, Zionismus mit Faschismus gleichstellten, gegen die Todesurteile der Rosenbergs (jüdisches Ehepaar, das in den USA wegen angeblicher Spionage für die Sowjetunion hingerichtet wurde) protestierten und Wiedergutmachungszahlungen als Ausbeutung des deutschen Volkes bezeichneten. (...) Bei fast allen Juden wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt und Personalausweise beschlagnahmt. Die Bewohner wurden angewiesen, sich in unmittelbarer Nähe ihres Wohnortes aufzuhalten". (32)

Wieweit dieses Bild zutrifft, ist schwer einzuschätzen. In der DDR durfte zu diesen Vorgängen nicht publiziert werden, und anscheinend wurde dazu nicht einmal geforscht. Jedenfalls fehlt bis heute eine auch nur näherungsweise zusammenfassende Darstellung dieses Abschnitts. Einzelne Autoren wie Wolfgang Kießling und Wilfriede Otto haben offenbar dazu zu arbeiten begonnen.

Robin Ostow schreibt, die Politik der DDR-Führung habe sich ab Mitte Juni 1953 "schlagartig" geändert. "Antijüdische Maßnahmen wurden eingestellt, und man begann mit der Rehabilitierung der Juden und ihrer Gemeinden." (S. 17) - Für den "Fall Merker" galt das jedenfalls noch nicht: Merker wurde im März 1955 in einem Geheimprozeß zu acht Jahren Zuchtshaus verurteilt; die Anklageschrift wurde bisher nicht publiziert, so daß noch unklar ist, was ihm vorgeworfen wurde.

Im Juli 1956, nach dem 20. Parteitag der KPdSU, wurde eine Erklärung veröffentlicht, in der es ohne weitere Angaben zur Sache lediglich hieß: "Das Zentralkomitee stellte nach Prüfung der Angelegenheit Paul Merker fest, daß die ihm zur Last gelegten Anschuldigungen in der Hauptsache politischer Natur sind, die eine strafrechtliche Verfolgung nicht rechtfertigen." Im Gegensatz zu mehreren anderen wurde Merker damit aber noch nicht wieder in die Partei aufgenommen. Seine parteiinterne Rehabilitierung folgte erst 1958.

Öffentlich wurde aber bis zum Ende der DDR die "Episode" 1950-52 nicht nur nicht selbstkritisch kommentiert, sondern durfte nicht einmal erwähnt werden. Typisch dafür sind die Memoiren von Alexander Abusch (Mit offenem Visier, Berlin 1986), in denen zwar ausführlich und freundschaftlich die Rolle Merkers im mexikanischen Exil gewürdigt wird, aber der daraus 1952 konstruierte Kriminalfall mit keinem Wort erwähnt oder auch nur angedeutet wird. Vermutlich ließ vor allem die Rücksichtnahme auf den einzigen noch lebenden Hauptschuldigen, Erich Mielke (Staatssekretär im MfS seit Februar 1950), selbst aus dem historischen Abstand von über 30 Jahren kein klärendes Wort zu.

Knut Mellenthin

Anmerkungen:

1) Ausgeschlossen wurden 1950 zusammen mit Merker: Leo Bauer (Leiter des Deutschlandsenders), Bruno Goldhammer (leitender Mitarbeiter des Amtes für Information des Ministerrates), Willi Kreikemeyer (Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn), Lex Ende (bis Oktober 1949 Chefredakteur des "Neuen Deutschland") und Maria Weiterer (Ostsekretärin beim Bundesvorstand des Frauenbundes DFD). Ihrer Funktionen enthoben, aber wegen "geringerer Schuld" nicht aus der SED ausgeschlossen wurden: Bruno Fuhrmann (Instrukteur beim ZK), Hans Teubner (Leiter an der Parteihochschule), Walter Beling (Mitglied des SED-Parteivorstands) und Wolfgang Langhoff (Intendant am Deutschen Theater). Mehrere der Ausgeschlossenen wurden noch im August 1950 verhaftet. Ende und Kreikemeyer verstarben aufgrund der barbarischen Haftbedingungen. Leo Bauer wurde von einem sowjetischen Militärtribunal zum Tode verurteilt, was dann in 25 Jahre Strafarbeitslager umgewandelt wurde.

2) Eine gute Gesamtübersicht über die großen Prozesse der Jahre 1949-52 und speziell zum "Fall Field" bietet: Georg Hermann Hodos, Schauprozesse; Berlin 1990. - Interessante Einzelaufsätze, besonders zu den "Säuberungen" in der DDR und in der KPD, finden sich in: Wolfgang Maderthaner u.a. (Hrg.), "Ich habe den Tod verdient". Schauprozesse und politische Verfolgung in Mittel- und Osteuropa 1945-1956; Wien 1991.

3) Eugen Löbl, Die Aussage. Hintergründe eines Schauprozesses; Stuttgart 1978, S. 35.

4) Husak, der bis Mai 1950 Chef der slowakischen Landesregierung gewesen war, wurde zu lebenslanger Haft verurteilt. Später "rehabilitiert", war er nach der Besetzung der CSSR (August 1968) ab April 1969 Erster Sekretär der KPC und seit 1975 auch Staatspräsident.

5) Karel Svab war stellvertretender Minister für nationale Sicherheit gewesen und in dieser Funktion maßgeblich an der ersten Phase der Prozeßvorbereitungen beteiligt. Er wurde Anfang 1951 verhaftet und im Slansky-Prozeß zum Tode verurteilt.

6) Karel Kaplan, Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948-1954; München 1986, S. 202. Die Rolle der sowjetischen "Berater" bei der antijüdischen Umfunktionierung des Prozesses wird auch in dem Untersuchungsbericht hervorgehoben, den die KPC 1968 publizierte: Jiri Pelikan (Hrg.), The Czech Political Trials 1950-54; 1971, S. 102-103. (Deutsche Ausgabe: Das unterdrückte Dossier).

7) Das Protokoll des gesamten Prozesses erschien 1952 in Prag auch in einer deutschsprachigen Ausgabe. Die Anklagerede ist außerdem in dem Buch von Loebl (siehe Anm. 3) dokumentiert, die Schlußrede des Staatsanwalts in dem Buch von London (siehe Anm. 15). Zitate hier nach Loebl, S. 108-109, S. 115 und S. 118-119.

8) Loebl, s.o., S. 22-34. Diese realpolitischen Aspekte des Prozesses kommen in den meisten Darstellungen viel zu kurz oder tauchen überhaupt nicht auf.

9) Bedrich Geminder, ehem. Leiter der internationalen Abteilung des Sekretariats des ZK der KPC.

10) Loebl, s.o., S. 128-130.

11) Loebl, s.o., S. 129.

12) Joint Distribution Comitee, internationale jüdische Hilfsorganisation.

13) revisionistische, d.h. rechtszionistische Jugendorganisation.

14) Loebl, s.o., S. 130.

15) Zitiert nach: Artur London, Ich gestehe; Hamburg 1970, S. 311.

16) Hans-Albert Walter: Deutsche Exilliteratur, Bd. 4, Exilpresse; Stuttgart 1978, S. 190. - Eine Gesamtdarstellung bietet außerdem: Wolfgang Kießling, Exil in Lateinamerika; Frankfurt 1981. (Leider folgt diese Arbeit eng den Vorgaben der Parteilinie der SED und der DDR-Zensur. Der gesamte "Fall Merker" blieb ausgespart.) - Sehr wichtig ist in unserem Zusammenhang: Fritz Pohle, Das mexikanische Exil; Stuttgart 1986. Das Buch von Pohle bietet die vermutlich ausführlichste Darstellung über die Bündnispolitik der Merker-Gruppe gegenüber dem deutsch-jüdischen Exil.

17) Manche Publizisten aus dem Gebiet der DDR behaupten in neueren Veröffentlichungen, Merker sei Jude gewesen. So Angelika Timm im "Morgen" vom 10./11.11.90 (in einer späteren Bearbeitung dieses Artikels für die "Tribüne" im Herbst 1991 ließ sie den Juden weg), und zuletzt noch Olaf Groehler in der "konkret" 5/92. Die Herkunft dieses Gerüchts ist unklar. Merker selbst bezeichnete sich im FD vom Oktober 1942 ausdrücklich als "nichtjüdischen Antifaschisten". - Im übrigen bietet der Artikel von Groehler in der "konkret" eine sehr kompetente Übersicht über die Defizite der DDR-Geschichtsschreibung zur deutschen Judenverfolgung und Judenvernichtung.

18) Walter (s.o.), S. 190.

19) Walter (s.o.), S. 247.

20) Zur Notkonferenz des Jüdischen Weltkongresses. Jungmann bekräftigte dort erstens das Bekenntnis zur "Wiedergutmachung", die auch "von größter politischer Bedeutung", nämlich "eine der Voraussetzungen der Umerziehung des deutschen Volkes" sei. Zweitens widersprach Jungmann den jüdischen Stimmen, die den "Neuaufbau einer jüdischen Gemeinschaft in Deutschland" ablehnten.

21) Antisemitismus als Barometer. FD vom Januar 1942.

22) Die Juden in der Sowjetunion. FD vom November 1943.

23) Deutsche und Juden. FD vom Dezember 1943.

24) Der Rechtsanspruch der deutschen Juden auf Wiedergutmachung. FD vom September 1944.

25) Hitlers Antisemitismus und wir. In der SED-Erklärung falsch datiert auf August 1942.

26) Brief an einen Freund. Die Bewegung Freies Deutschland und die Zukunft der Juden.

27) Die Juden und das neue Deutschland.

28) So Angelika Timm, siehe Anm. 17.

29) zit. nach: Helmut Eschwege, Fremd unter meinesgleichen, Ch. Links Verlag 1991, S. 63-64.

30) Die vermutlich beste Darstellung der Mitarbeit der KPD-Gruppe in der "Menorah" und anderen jüdischen Vereinigungen findet sich bei Pohle (siehe Anm. 16), besonders S. 311-338. - Mit dem Verhältnis zwischen FD und jüdischem Exil beschäftigt sich Walter besonders auf den Seiten 226-236. Nahezu verschwiegen wurde diese Thematik hingegen in der Arbeit von Kießling.

31) Paul Merker, Der neue Staat des jüdischen Volkes entsteht; "Die Weltbühne", Februar 1948, S. 115.

32) Jüdisches Leben in der DDR; Frankfurt 1988, S. 15-16.

Dokumentation

Auszüge aus der SED-Erklärung zum Slansky-Prozeß

(...) Von besonderer Bedeutung im Prozeß gegen die Slansky-Bande waren die Enthüllungen über die verbrecherische Tätigkeit der zionistischen Organisationen.

Unter jüdisch-nationalistischer Flagge segelnd, getarnt als zionistische Organisation und als Diplomaten der amerikanischen Vasallenregierung Israels, verrichten diese amerikanischen Agenten ihr Handwerk. Aus dem im Prager Prozeß enthüllten "Morgenthau-Acheson-Plan" geht eindeutig hervor, daß der amerikanische Imperialismus über den Staat Israel seine Spionage- und Diversantentätigkeit mit Hilfe zionistischer Organisationen in den volksdemokratischen Ländern organisiert und durchführt.

Die Spekulation des amerikanischen Imperialismus geht dabei darauf hinaus, sich zunutze zu machen, daß vor allem die Werktätigen in den volksdemokratischen Ländern, die im Geiste der Völkerfreundschaft und des proletarischen Internationalismus erzogen werden, Antisemitismus nicht dulden und sich mit den vom Faschismus so stark verfolgten Juden solidarisch fühlen. Der Prozeßverlauf in Prag und die Aussagen einiger der angeklagten Verbrecher beweisen, daß es eine Methode dieser Verbrecher war, wachsame, fortschrittliche Genossen durch die Bezichtigung des Antisemitismus zu diskreditieren.

Die zionistische Bewegung hat nichts gemein mit Zielen der Humanität und wahrhafter Menschlichkeit. Sie wird beherrscht, gelenkt und befehligt vom USA-Imperialismus, dient ausschließlich seinen Interessen und den Interessen der jüdischen Kapitalisten. (...)

Die Entlarvung der Zionisten als einer Agentur des amerikanischen Imperialismus entlarvt zugleich die feindliche Rolle des Agenten Paul Merker in der Deutschen Emigrationsgruppe in Mexiko von 1942 bis 1946. Während dieser Zeit arbeitete Merker eng mit dem im Prager Prozeß verurteilten Verbrecher André Simone zusammen. Die von dem Genossen Alexander Abusch mit vielen Beiträgen von Paul Merker, André Simone und des Genossen Erich Jungmann in Mexiko herausgegebene Zeitschrift "Freies Deutschland" entwickelte sich immer mehr zu einem Publikationsorgan zionistischer Auffassungen.

Im Juni 1942 hatte die Zeitschrift noch einen Aufruf des II. Kongresses der Vertreter des jüdischen Volkes vom 24. Mai 1942 in Moskau veröffentlicht, der die Juden der ganzen Welt zum bewaffneten Kampf und zur Verstärkung der Waffenproduktion gegen die faschistischen Aggressoren aufruft. Von dem Zeitpunkt an, als Paul Merker die Leitung der Emigrationsgruppe übernimmt, beginnt in der Zeitschrift "Freies Deutschland" die Verteidigung der Interessen zionistischer Monopolkapitalisten. In der August-Ausgabe 1942 bezeichnet Merker die zusammengeraubten Kapitalien des mit der Wallstreet eng liierten Bankhauses Warburg & Co. und des Siemens-Schuckert-Konzerns als "jüdisches Gut". Die amerikanische Familie Warburg ist Partnerin des USA-Bankkonzerns Cuhn, Loeb & Co., New York.

J.P. Warburg, der ehemalige Leiter der Bank of the Manhattan und der International Acceptance Bank, war 1933 Finanzberater der USA-Delegation bei der Londoner Wirtschaftskonferenz und von 1942 bis 1944, also zur Zeit von Merkers Aufenthalt in Mexiko, stellvertretender Leiter der deutschen Abteilung des USA-Informationsdienstes.

Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß Merker ein Subjekt der USA-Finanz-Oligarchie ist, der die Entschädigung der jüdischen Vermögen nur forderte, um dem USA-Finanzkapital das Eindringen in Deutschland zu ermöglichen. Das ist die wahre Ursache seines Zionismus. Für diesen Staat von amerikanischen Gnaden setzt er sich im gleichen Artikel mit den Worten ein: "Die Frage der Schaffung eines jüdischen Nationalstaates ist damit mehr denn je zu einem aktuellen internationalen Problem geworden."

In der gleichen Weise wie die Verbrecher in der CSR fordert er die Finanzierung der Auswanderung jüdischer Kapitalisten nach Israel, indem er schreibt: "Die Einwanderung jüdischer Bürger deutscher Nationalität nach dem Kriege nach einem Land freier Wahl erfolgt auf Kosten des Staates (des deutschen Staates)."

Die Verschiebung von deutschem Volksvermögen fordert er mit den Worten: "Die Entschädigung des den jüdischen Staatsbürgern zugefügten Schadens erfolgt sowohl an die Rückkehrer wie an diejenigen, die im Ausland bleiben wollen."

Merker fälscht die aus den deutschen und ausländischen Arbeitern herausgepreßten Maximal-Profite der Monopolkapitalisten in angebliches Eigentum des jüdischen Volkes um. In Wirklichkeit sind bei der Arisierung dieses Kapitals nur die Profite "jüdischer" Monopol-Kapitalisten in die Hände "arischer" Monopol-Kapitalisten übergewechselt.

Im April 1944 wird Merker noch offener. Jetzt deklariert er die zionistische Agentur des amerikanischen Imperialismus als eine "national-jüdische Bewegung". Damit diese Agentur die Möglichkeit erhält, ihre Spione und Diversanten in das neue Deutschland zu entsenden, verlangt er, daß die Juden in Deutschland als nationale Minderheit anerkannt werden.

Merker verläßt die marxistisch-leninistische Theorie der nationalen Frage und begibt sich auf die Plattform des von Lenin und Stalin stets bekämpften kleinbürgerlich-opportunistischen "Bundes", der als Garantie gegen die Assimilation der Juden die national-kulturelle Autonomie forderte. An eine andere Autonomie hat Merker nicht gedacht, da die Juden in Deutschland nicht auf einem eigenen Siedlungsgebiet leben und "keine mit der Scholle verbundene stabile Schicht haben, die auf natürliche Weise die Nation nicht nur als Gerippe, sondern auch als nationalen Markt zusammenhält". (Stalin: Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage, Dietz-Verlag, 1950, Seite 65.)

André Simone inspirierte diese zionistische Politik und Merker verkündete sie in der Presse der deutschen Emigrationsgruppe. Im Februar 1945 wird diese feindliche Linie von dem heutigen Chefredakteur Genossen Erich Jungmann in einem Artikel vertreten. Obgleich Jungmann die fürchterlichen Zerstörungen, die die faschistischen Okkupanten vor allem in der Sowjetunion und in Volkspolen angerichtet haben, nur zu gut bekannt waren, forderte er: "... daß alle den deutschen Juden zugefügten Schäden vom deutschen Volk und bevorzugt vor anderen Schäden wiedergutgemacht werden."

Diese Forderung liegt auf der gleichen Linie wie die von dem Agenten Merker vertretenen Auffassungen. Jungmann denkt gar nicht an die werktätigen Juden, sondern vor allem an die reichen jüdischen sogenannten Wirtschaftsemigranten, mit denen Merker, André Simone und andere deutsche Emigranten in Mexiko in engster Verbindung standen. Er verlangt ausdrücklich: "... selbstverständlich sollen in die Wiedergutmachung auch jene deutschen Juden voll einbezogen werden, die nicht nach Deutschland zurückkehren wollen." Ebenso wie Merker verlangt er, daß die Juden nicht gehindert werden dürfen, nach Palästina, das heute eine amerikanische Agentur darstellt, auszureisen

Diese Äußerungen von Merker und Jungmann sind kein Ausdruck eines Kampfes gegen den Antisemitismus, sie sind nichts anderes als eine Verherrlichung des Zionismus. (...)

Die Agenten Merker und Simone beschränkten sich nicht darauf, den Zionismus in ihrer Presse zu propagieren, sie setzten alles daran, die gesamte deutsche Emigration in Mexiko in das feindliche Agentennetz einzubeziehen. Zu diesem Zweck beauftragten sie den größten Teil der deutschen Emigration, in die zionistische Loge "MENORAH" einzutreten. Mit dem führenden Mitglied dieser Agentur, dem Schatzmeister Ernst Meyer, der im Auftrage der USA-Rüstungskonzerne den japanischen Imperialismus mit Waffen versorgte, waren beide eng befreundet. Ebenso standen sie in enger Verbindung zu dem USA-Waffenschieber Stavenhagen, der 1950 in Westberlin auftauchte.

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland setzte Merker seine Dienste für die zionistische Agentur fort, zusammen mit Zuckermann forderte er alle Genossen jüdischer Abstammung auf, in die jüdische Gemeinde einzutreten, angeblich, damit sie in den Genuß von Care-Paketen der amerikanischen Agenten-Zentrale Joint kommen sollten, in Wirklichkeit, damit sie auf diese Weise dieser imperialistischen Agentur verpflichtet würden.

Merker benutzte die Zeitschrift "Freies Deutschland" zur Propagierung des Kosmopolitismus und der Ausplünderung Deutschlands durch die imperialistischen Mächte. (...)

24. Skandal Columbus (Teil 2): Die amerikanischen Kulturen vor der Eroberung

Rubrik: Geschichte; Lateinamerika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:01

Wie ist es zu erklären, daß eine kleine Anzahl spanischer Haudegen die riesigen Reiche der Azteken und Inka erobern konnte? Warum diese beispiellose Brutalität der Conquista? Wie waren die indianischen Gesellschaften überhaupt strukturiert, die von den Spaniern unterworfen wurden?

In den folgenden Artikeln, dem zweiten Teil einer Serie, die sich mit dem Voraussetzungen, Methoden und Folgen der Eroberung Amerikas befaßt, suchen wir Antworten auf diese Fragen. Im ersten Teil "Ausgangspunkt Europa" (ak 341) wurden Rolle und Bedeutung der "Entdecker- und Eroberernation" Portugal herausgearbeitet.

Der amerikanische Kontinent war um 1500 kein herrenloses Land, wie dies der von Europäern geprägte und nur aus der Sicht Europas zutreffende Begriff "Entdeckung" nahelegt. (1) Der Kontinent, mit einer Länge von 14.000 km und einer Breite von 46 km (Landenge von Panama) bis zu 5.000 km, war bewohnt und teilweise sogar dicht besiedelt. Ethnisch, sprachlich und kulturell bot sich ein äußerst vielfältiges Bild. Die 60 bis 80 Millionen Menschen gehörten 150-200 Sprachfamilien an. Der Entwicklungsstand der räumlich z.T. sehr weit voneinander getrennten Zivilisationen war sehr unterschiedlich. Die indianischen Ureinwohner Amerikas waren ihrerseits Nachfahren mongoloider Einwanderer aus Asien, die mehrere zehntausend Jahre zuvor vermutlich über die Beringstraße nach Alaska gelangt waren. Von dort aus drangen sie nach Süden vor und differenzierten sich aufgrund unterschiedlicher naturräumlicher Bedingungen und ernährungsbedingter Gründe aus. (2) Die indianischen Ethnien waren weder "gute Wilde", die egalitär, friedlich, solidarisch und in Einheit mit der Natur lebten, bis sie von goldgierigen Europäern ermordet, versklavt und ausgerottet wurden. Noch waren sie kannibalische Menschenfresser und religiös motivierte Massenmörder, die von europäischen Kosmopoliten, Vertretern eines letztlich menschlicheren Gesellschaftssystems zu Recht "zivilisiert" wurden. Die historischen Tatsachen sind schon wesentlich komplizierter. Diese Aussage mag banal erscheinen. Bei der Lektüre aktueller Veröffentlichungen - insbesondere von Zeitschriftenaufsätzen - fällt jedoch auf, daß die Debatte um die besiegten und unterworfenen Ureinwohner Amerikas letztlich um diese zwei hier überspitzt formulierten Pole kreist. (3) Dabei gibt das Ziel dieser Beiträge, Rechtfertigung oder Ablehnung der Conquista, die Wertung der indianischen Gesellschaften vor. Wir wollen - bei aller gebotenen Kürze - versuchen, zu differenzieren. Vereinfachend lassen sich die indianischen Zivilisationen, die vor Ankunft der Konquistadoren auf dem Kontinent vorzufinden waren, folgendermaßen einteilen:

a) Hochkulturen (Azteken/Tolteken; Maya; Chibcha; Inka); es waren vor allem diese vier Hochkulturen, welche die Europäer insbesondere wegen ihres Reichtums an Gold und Silber anzogen. Nach dem Fall der beiden wichtigen Zentren Tenochtitlán (México, 1521) und Cuzco (Peru, 1533) und der Ermordung der jeweiligen Herrscher waren die mächtigsten indianischen Zivilisationen geschlagen.

b) Von Hochkulturen unterworfene Ethnien (z.B. Totonaken) oder Gesellschaften, die sich ständig gegen Unterwerfungsversuche zur Wehr setzen mußten (z.B. Tlaxcalteken). Hier handelt es sich um eine "politische" Kategorie. Diese Völker hatten z.T. Sprache, Sitten und Gebräuche der Herrschenden übernommen. Sie waren von der jeweiligen - expansiven! - indianischen Hochkultur bereits vor Ankunft der Europäer unterworfen und den Azteken oder den Inkas tributpflichtig. Zehntausende Angehörige dieser Ethnien wurden v.a. von den Azteken im Rahmen religiöser Feiern umgebracht. Sie verbündeten sich mit den Spaniern gegen ihre alten Unterdrücker. Aus ihren Reihen konnten die spanischen Konquistadoren Zehntausende Soldaten rekrutieren, die für den Kampf gegen die militärisch starken Hochkulturen wichtig waren.

c) Ethnien, die sehr spät oder nie von den Spaniern unterworfen wurden (z.B. Tieflandindianer aus der Sprachgruppe der Tupi im Amazonasbecken oder die Araukaner im Süden Chiles). Geringe natürliche Reichtümer und ihre kriegerischen Fertigkeiten bremsten den Eroberungsdrang der Europäer. Diese Ethnien konnten, da sie verstreut und in geographisch sehr unzugänglichen Zonen lebten, weder von den indianischen Hochkulturen noch von den Konquistadoren unterworfen werden. Sie behielten zum Beispiel ihren eigenen Glauben lange bei und wurden nicht, wie die Indios des Hochlandes (Gruppe a und b), schon vor Jahrhunderten christianisiert. Ihr Kontakt mit westlicher Kultur erfolgte zum Teil erst im 19. und 20.

Jahrhundert. Dies ist besonders bei Stämmen der Fall, die im Amazonasbecken leben. Die Angehörigen dieser Ethnien wie z.B. die Yanomani in Brasilien sterben heute an Zivilisationskrankheiten (Fieber, Masern), die von Goldsuchern, Kautschuksammlern oder Diamantensuchern eingeschleppt werden. Diese Völker wurden nie in dem Sinne "erobert" wie die Indianer des Hochlandes. Die Kultur dieser Tieflandindianer, die auch als "Ureinwohner" (spanisch: naturales oder nativos) bezeichnet werden, ist kein Resultat eines 500 Jahre währenden Prozesses der Kolonisierung.

Dagegen sind die heutigen Sitten und Gebräuche der Hochlandindianer (spanisch: Indios oder Indigenas) nicht dieselben wie vor der Ankunft der Spanier. Ihre heutige Kultur ist vielmehr das ambivalente Ergebnis von Anpassung und Widerstand! Folge eines jahrhundertelangen Prozesses des Sich-zur-Wehr-Setztens gegen politische und kulturelle Unterdrükkung, ökonomische Ausbeutung und Zurichtung für die Bedürfnisse der herrschenden großgrundbesitzenden Kreolen und Mestizen in diesen Ländern. Ihre Kultur ist mitnichten "traditionell" im Sinne von "schon vor der Ankunft der europäischen Eroberer diesen Ethnien eigen". So sind zum Beispiel die "typisch indianischen Trachten" der Indigenas in Guatemala von den spanischen Eroberern eingeführt worden! (4)

In der Regel wird nicht wahrgenommen, daß diese beiden großen Gruppen völlig unterschiedliche gesellschaftliche Charakteristika haben. Sie erheben auch unterschiedliche politische Forderungen und weisen eine deutlich unterscheidbare politische Orientierung auf. Eine wichtige Konfliktlinie: ob und wenn ja, wie eng indianische Ethnien auch mit armen nichtindianischen Campesinos zusammenarbeiten sollen. Die pauschale Bezeichnung beider Gruppen als "Indios" oder "Indigenas" ist nur unter dem Gesichtspunkt sinnvoll, daß die Kulturen beider Gruppen sich deutlich von der westlichen unterscheiden. Als politische Kategorie hat dieser Begriff wenig analytische Aussagekraft.

Die Niederwerfung

der Hochkulturen

Die Azteken gründeten 1325 die Hauptstand Tenochtitlán, in der gegen Ende des 15. Jahrhunderts gewaltige Tempelanlagen, prunkvolle Adelspaläste, großzügige Gartenanlagen und solide Lehmhäuser für die ca. 200.000-300.000 Einwohner errichtet wurden. Sie eroberten im 14. Jahrhundert weitere Territorien in Zentralmexico, bis sie sich unter Moctezuma I. (1440-1469) bis an die Atlantik- und Pazifikküste und im Süden bis in den Einflußbereich der Mayas hinein ausdehnen konnten. Wenige Jahre vor der Eroberung durch Hernán Cortés (1519-1521) hatten die Azteken mehrere Aufstände niedergeworfen und Zehntausende Kriegsgefangene in Tenochtitlán rituell getötet und geopfert. Sie waren zwar militärisch sehr stark, hatten jedoch aufgrund der zum Machterhalt massiv angewendeten gewalttätigen Mittel viele Feinde.

Die Gesellschaft der Azteken war keinesfalls egalitär, sondern hinsichtlich der wirtschaftlichen Chancen und der politischen Macht differenziert in Adel, Priester, Krieger, Handwerker, Händler, Bauern und Sklaven. Sie produzierte beträchtliche Agrarüberschüsse (Mais, Bohnen, Kürbisse, Paprikaschoten, Ananas, Vanille) und pflegte Fernhandel auf Tauschbasis. Dazu kamen die Tributzahlungen der unterworfenen Völker. Metall (Gold, Silber, Kupfer) wurde mit einfachen Techniken hauptsächlich zu kultischen Gegenständen und Schmuck verarbeitet.

Die Eroberung des Aztekenreiches wurde in entscheidender Weise durch das Bündnis der eindringenden Spanier (in der zweiten Phase: 900 Mann) mit den Tlaxcalteken (20.000 Mann) getragen. Die Eroberung verlief in zwei Phasen: Zuerst näherte sich Cortés, der bereits die Tlaxcalteken besiegt hatte, mit seiner kleinen Truppe der Aztekenhauptstadt Tenochtitlán (am 8.11.1519) friedlich. Beide Seiten behandelten sich zunächst mit vorsichtigem Respekt: Die Azteken vermuteten in Cortés einen strafenden Gott, während jener von der Größe und Pracht der Hauptstadt eingeschüchtert war. Nach wenigen Tagen ließ Cortés den gastgebenden Aztekenherrscher Moctezuma II. festnehmen und regierte durch ihn, ohne sich einige Monate lang in die inneren Angelegenheiten einzumischen. Als Cortés die Hauptstadt verlassen mußte, erhoben sich die Azteken gegen den Willen des zögernden Moctezuma und vertrieben die Eroberer am 30. Juni 1520 wieder aus Tenochtitlán. Eine kleine Gruppe Spanier überlebte nur aufgrund der Hilfe der verbündeten Tlaxcalteken. Mit neuen Truppen spanischer Konquistadoren und einem gewaltigen Heer indianischer Verbündeter drang Cortés im Dezember 1520 ein zweites Mal in das Hochtal von Anáhuac ein und eroberte schließlich nach mehrmonatigem hartem Kampf am 13. August 1521 die reiche Aztekenmetropole, die er dem Erdboden

gleichmachen und nahezu alle schriftlichen Zeugnisse verbrennen ließ. Es blieb so gut wie nichts mehr übrig. Hier wurde die mesoamerikanische Kultur tief geschwächt. Auf den Trümmern gründeten die Spanier México-Stadt. (5)

Die Mayas (Pazifikküste Guatemalas; tropisches Regenwaldgebiet Guatemalas, Méxicos und Honduras'; Halbinsel Yucatán/México) hatten im 15. Jahrhundert den Höhepunkt ihrer Macht schon überschritten und waren in einander sich bekriegende Stämme und Städte gespalten. Die größten Zentren wie Tikal, wo heute noch großartige Pyramiden, Hunderte Paläste und Stelen erhalten sind, dienten kultischen Zwecken und waren von mindestens 10.000 Menschen im Innenbezirk und 30.000-80.000 in den Außenbezirken bewohnt. Die Mayas hatten eine hochentwickelte Arithmetik (sie kannten die Null), einen außerordentlich genauen Kalender und die am weitesten entwickelte Bilderschrift des Kontinents. Diese Kenntnisse setzten sie ebenso wie die Metallverarbeitung lediglich zu religiösen Zwecken ein. Die Werkzeuge und Waffen waren aus Holz oder Stein gefertigt. Ihre Wirtschaft basierte auf dem extensiven Anbau von Mais und Bohnen, was, nach neuesten Erkenntnissen, dem tropischen Klima unter ökologischen Gesichtspunkten optimal angepaßt war. Die Mayas unterhielten einen ausgedehnten Fernhandel.

Den Eroberungsfeldzügen von Hernán Cortés (1527-1546) und Pedro de Alvarado, die von México aus mit ihren indianischen Verbündeten angriffen, setzten sie erbitterten Widerstand entgegen. Dreimal konnten sie die Eindringlinge abwehren, die ihr Gebiet als "Kriegsland" bezeichneten. Im Norden Guatemalas, im Urwaldtiefland des Petén, konnten sich die Mayas noch Jahrhunderte behaupten. Hier, in dieser speziellen Konstellation, versuchte Bartolomé de Las Casas 1537 seine Idee zu verwirklichen, "die Indios ohne Anwendung von Gewalt friedlich zu bekehren" und zu Untertanen der spanischen Krone zu machen! (6)

Die Chibcha-Kulturzone, die sich in den Anden im Bereich des heutigen Kolumbien fand, brachte kein einheitliches oder gar zentralisiertes Staatswesen hervor. In ihrem Gebiet, das dörflich strukturiert war und dessen Bewohner Gold zu kultischen Gegenständen wie Masken, Helme, menschliche Figuren etc. verarbeiteten, vermuteten die Konquistadoren die sagenhaften Goldländer Omagua und El Dorado. Die Eroberung verlief ohne spektakuläre Ereignisse.

Die Inkas hatten im Zuge ihrer kriegerischen Expansion im 15. Jahrhundert, erst wenige Jahrzehnte vor der Ankunft der Spanier, das mächtigste Reich auf dem Kontinent errichtet. Der Inka Tupac Yupanqui (1471-1493) dehnte das "Reich der vier Himmelsrichtungen" von Perú bis ins Gebiet des heutigen Ecuador und Kolumbien im Norden, Bolivien im Osten und Argentinien und Chile im Süden aus. Sein Nachfolger Huaina Capac (1493-1527) konsolidierte die Herrschaft und warf Aufstände der eroberten Völker nieder.

Der Inka-Staat wurde von einem als Gottkönig verehrten unumschränkten Herrscher geführt, dem Sapay-Inka. Unter ihm folgte ein dreistufiger Adel, der wichtige bürokratische und religiöse Funktionen wahrnahm. Dieser Adel verfügte über soziale Privilegien (durfte z.B. Gold- und Silberschmuck tragen), und nur dessen Söhne wurden von besonderen Lehrern neben Geschichte und Religion auch in Naturwissenschaften unterwiesen. Der Zentralstaat war in Provinzen, Regionen, Sippen und Dorfgemeinschaften gegliedert, wobei die Sippen- und Dorfgemeinschaft bzw. der Sonnengott Inhaber des bebaubaren Landes war, das immer wieder zur Bebauung zugeteilt wurde. Die Inkas hatten eine hochentwickelte Landwirtschaft, die aufgrund des großflächigen Einsatzes von Bewässerungssystemen, Terrassenwirtschaft, Düngung mit Guano, staatlicher Planung und Vorratshaltung und einem effizienten Straßennetz (Küstenstraße 4.000 km; Gebirgsstraße mit 6.000 km) die Versorgung aller garantierte. (7)

Die Inkas kannten über dreißig Kulturpflanzen (Mais, Bohne, Erdnuß, Kartoffel, Maniok etc.) und züchteten einige Tiere (v.a. Meerschweinchen und Lamas). Sie hatten ein System zur Haltbarmachung der Kartoffeln entwickelt, was eine großangelegte Vorratswirtschaft und die Versorgung erlaubte.

Das Inkareich wurde nach dem Tod des Inka Huiana Capac von einem mehrjährigen Bruderkrieg (Huascar vs. Atahualpa) um dessen Nachfolge geschüttelt. Francisco Pizarro, der, nachdem er von sagenhaften Goldschätzen gehört hatte, auf Kosten einer eigens dafür gegründeten Gesellschaft die Eroberung des Inkareiches betrieb, konnte sich die Bruderkriegswirren zunutze machen.

Nach drei gescheiterten militärischen Expeditionen marschierte Pizarro nach Cajamarca. Aufgrund des Bürgerkrieges waren Teile des Landes verwüstet, viele Völker versuchten das Inkajoch abzuschütteln und boten Pizarro ihre Unterstützung an. In Cajamarca befand sich der höchste Inkaherrscher Atahualpa, den

Pizarro am 16. November eigenhändig gefangennahm. Atahualpa bot für seine Freilassung an, sein Gefängnis (24 Fuß lang, 17 Fuß breit) bis in die Höhe von 2,5 Meter mit Gold und einen Speicher mit Silber aus Kultgegenständen zu füllen. Ein sensationelles Lösegeld! Aus weiten Teilen von Peru wurden die Tempelschätze herangeschafft und den Spaniern ausgehändigt! Sie hatten keinerlei Interesse am künstlerischen Wert der Goldarbeiten und zerstörten nahezu alle Figuren, Masken etc. und schmolzen sie ein. Es blieb nahezu nichts übrig. Hier wurde die reiche kulturelle Tradition des Andenraumes fast vollständig zerstört. Die Spanier konnten sich aufgrund ihrer Geisel und der Kollaboration einiger indianischer Völker sicher in der Gegend von Cajamarca bewegen. Auch nach der Hinrichtung Atahualpas wurde den Eroberern wenig effektiver Widerstand entgegengesetzt, da der Inka-Adel zerstritten war und sich jeweils ein Teil mit den Spaniern verbündete. 1533 eroberten die Spanier Cuzco. Damit war das Zentrum der Inkaherrschaft in ihrer Hand. In den folgenden zwanzig Jahren leisteten einzelne indianische Völker harten Widerstand, es kam zu einem großen Aufstand, die Spanier konnten jedoch nicht mehr vertrieben werden. (8)

Eroberung und Widerstand

Vor der Eroberung durch die Spanier bewohnten 60-80 Mio. Indianer Amerika (Erdbevölkerung ca. 400 Mio.). Gegen 1550 lebten noch etwa 10 Mio. Indianer. Ca. 70 Mio. Ureinwohner, 17,5% der Weltbevölkerung (!!), wurden infolge der Conquista ausgerottet. Sie wurden Opfer: a) direkter Tötung mit unmittelbarer Verantwortlichkeit der Spanier (Kriege, Rachefeldzüge); b) unmenschlicher Behandlung ("Tod durch Arbeit") mit ebenfalls direkter Verantwortlichkeit und c) von den Spaniern übertragener Krankheiten ("Mikrobenschock"). Der geringere Teil wurde eigenhändig von den Eroberern umgebracht. Die meisten starben infolge von Krankheiten. (9) Todorov: Wenn das Wort "Völkermord" jemals wirklich zutreffend im umfassenden Wortsinn verwandt worden ist, dann in diesem Fall. Die gewaltsame Unterwerfung war der Beginn eines "vielfachen Verlustes", den diese Völker seit jener Zeit erleiden.

Der Conquista wurde bereits in den ersten Phasen zum Teil erheblicher Widerstand entgegengesetzt. Die indianischen Völker waren nie nur passive "Opfer" der Eroberung. Sie waren aktiv handelnde. Zum Teil als Kollaborateure der Konquistadoren und zum Teil als deren zähe Gegner. Deswegen ist heute die im Rahmen der "500-Jahr-Kampagne" kritisch gemeinte Frage nach den "Opfern" eine paternalistische Verkürzung des Problems. Dem europäischen Vernichtungswillen, der grenzenlosen Goldgier, der expansionistischen Spaltungs- und Bündnispolitik, der überlegenen Kommunikationsstruktur und der überlegenen Technologie waren die indianischen Völker jedoch unterlegen. Der erste Widerstand konnte bald gebrochen werden. Er flammte immer wieder im Kampf um die Abschaffung konkreter Abgaben, die Ablehnung von Institutionen oder Personen auf. Diese z.T. mit verzweifeltem Mut und gewaltsam begonnenen Aufstände konnten von den Spaniern jedoch niedergeschlagen werden, da sie jeweils lokal/regional begrenzt waren und keine nach vorne weisende Perspektive hatten. Die Ausrichtung auf die Vergangenheit manifestierte sich z.B. in der Forderung, die Inkaherrschaft wiedereinzusetzen. (10) Diese Kämpfe trugen trotz ihres Scheiterns mit dazu bei, daß die indianische Bevölkerung nicht völlig ausgerottet wurde. Heute gibt es noch Nachkommen der indianischen Bewohner des Kontinents, ca. 42 Mio., die in einer kontinentweiten Kampagne auf 500 Jahre Widerstand zurückblicken können.

Al., Nürnberg

Anmerkungen:

1) Wobei dies selbst aus der Perspektive Europas relativiert werden muß. Denn 500 Jahre vorher waren die Wikinger bereits von Grönland nach Nordamerika, das sie Vinland nannten, gelangt. Sie konnten sich dort jedoch nicht dauerhaft festsetzen und die Kenntnis über die Existenz Vinlands verblaßte.

2) Siehe: E. Schmitt (Hg.), Dokumente zur Geschichte der europäischen Expansion, Band 1: Die mittelalterlichen Ursprünge der europäischen Expansion, München 1986, S. 312

3) Vgl.: W. Rügemer, Das Ende vom Mythos der indianischen Unschuld, in: Links 1/1992, S. 27-30

4) Die Verwandlung der "Ureinwohner" in "Indios" wird in einem der nachfolgenden Artikel ausführlicher diskutiert, da das Verständnis dieses Prozesses für die Kritik des "Mythos vom guten Wilden" von zentraler Bedeutung ist. Ein zentrales Werk in diesem Zusammenhang: Severo Martinez Peláez, La patria del criollo, San José (Costa Rica) 8/1981

5) Siehe: E. Schmitt (Hg.), Dokumente zur Geschichte der europäischen Expansion, Band 2, Die großen Entdeckungen, München 1986, S. 332-342; Diaz del Castillo, Die Eroberung von Mexiko, Frankfurt/M. 1988

6) Siehe: E. Schmitt (Hg.), Dokumente zur Geschichte der europäischen Expansion, Band 3: Der Aufbau der Kolonialreiche, München 1986, S. 497

7) Siehe: E. Schmitt (Hg.), Dokumente zur Geschichte der europäischen Expansion, Band 1: Die mittelalterlichen Ursprünge der europäischen Expansion, München 1986, S. 327ff

8) Siehe: E. Schmitt (Hg.), Dokumente zur Geschichte der europäischen Expansion, Band 2, Die großen Entdeckungen, München 1986, S. 381-418

9) Tzvetan Todorov, Die Eroberung Amerikas - Das Problem des Anderen, Frankfurt/M. 1985, S. 161 ff.

10) A. Barabas, Die Indioaufstände gegen den Kolonialismus: eine Chronik der Utopie, in: Nach 500 Jahren - Stimmen aus dem Süden, FDCL (Hg.), Berlin 1992, S. 59-64

Die Angaben für die Zeittafeln wurden weitgehend übernommen aus: Evangelisches Missionswerk (Hg.), Unentdecktes Amerika, Hamburg 1992; Evangelisches Missionswerk (Hg.), Arbeitsheft Weltmission 1992, Hamburg 1992; Informationen zur politischen Bildung Nr. 226, Lateinamerika: Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft, Bonn 1990

Zeittafel 1

Europa

8. Jh. bis 1225: Unterwerfung der Iberischen Halbinsel (Spanien und Portugal) von islamischen Arabern (Mauren).

1096-1291: Kreuzzüge europäischer christlicher Heere gegen "Ungläubige" (Muslime).

1232: Gregor IX. wandelt die Inquisition zu einer ständigen Einrichtung unter unmittelbarer Leitung des Papstes um; die Mittel: Denunziation, Folter und Todesstrafe.

1271-1292: Der italienische Kaufmann Marco Polo bereist Asien und berichtet über die Reichtümer des Orients.

1333-1407: Bau der Alhambra in Granada.

1415: Portugal nimmt Ceuta (Küste Marokkos) ein. Das Ziel: direkte Kontrolle des Goldhandels aus dem Bereich des Niger. Der Aufstieg zur Weltmacht beginnt.

1420: Prinz Henrique beginnt die Expansion Portugals wissenschaftlich vorzubereiten. Er versammelt in Sagres Geographen, Astronomen, Schiffbauer und Seefahrer.

1443: Die Portugiesen gehen in Westafrika zum ersten Mal auf Sklavenfang; die ersten vier in ihrem Land gefangenen Afrikaner werden dem Hof vorgeführt.

1479: Vereinigung der Königreiche Kastilien und Aragón.

1481: Neueinsetzung der Inquisition in Spanien gegen Juden und Mauren, die sich hatten taufen lassen.

1488: Bartolomeu Díaz findet im Auftrag der portugiesischen Krone den Seeweg um den Süden Afrikas, umschifft das Kap der Guten Hoffnung und öffnet damit den für den Gewürzhandel wichtigen Seeweg nach Indien.

1492: Eroberung Granadas; Fall der letzten maurischen Bastion auf der Iberischen Halbinsel und Ende der "reconquista" (Rückeroberung) Spaniens. Vertreibung bzw. Zwangschristianisierung aller Mauren und Juden.

1494: Der Papst teilt im "Vertrag von Tordesillas" die außereuropäische Welt in ein spanisches und ein portugiesisches Reich.

1498: Der Portugiese Vasco da Gama erreicht Indien erstmals auf dem östlichen Seeweg.

1507: Mathias Ringmann und Martin Waldseemüller nennen den "neuentdeckten" Kontinent zur Ehre von Amerigo Vespucci in einer Karte "Amerika".

1507: Thesenanschlag Martin Luthers in Wittenberg

1519: Mit finanzieller Hilfe Jakob Fuggers wird Karl V. (seit 1516 Karl I. von Spanien) zum Kaiser gewählt.

1522: Aufstand der Stadtgemeinden (Comuneros) in Spanien.

1525: Deutsche Bauernkriege

1528: Karl V. überläßt Venezuela dem Handelshaus der Welser zur Kolonisierung. Diese scheitern und ziehen sich 1545 zurück.

1555: "Augsburger Religionsfrieden": Untertanen müssen dem Bekenntnis des Landesherrn folgen.

Zeittafel 2

Amerika

10. Jh.: Blütezeit des Mayareiches im südlichen Mittelamerika (v.a. Südmexico und Guatemala)

13. Jh.: Entstehung des Aztekenreiches in Zentralmexico; Errichtung von Tenochtitián im Hochtal (2200 ü.M.) von Anáhuac (heute: Mexico-Stadt), damals eine der größten Städte der Welt.

15. Jh.: Blütezeit des Inkareiches in den Anden (heute: Perú, Ecuador, Bolivien).

1492: Kolumbus landet, auf der Suche nach dem östlichen Seeweg nach Indien, im Auftrag Spaniens am 12. Oktober auf der Karibikinsel Guanahaní (heute eine Bahamas-Insel) und dann auf Kuba und Hispaniola (Haiti und Dominikanische Republik). Sieben von Kolumbus "Indios" (Inder) genannte Ureinwohner werden gefangen und dem Hof vorgeführt.

1495: Kolumbus erlegt den Eroberten Tributzahlungen auf. Nach zunehmenden Gewalttaten der Konquistadoren töten die Ureinwohner 20 Spanier. Kolumbus' erster Rachefeldzug basiert auf dem Vergeltungsprinzip: für jeden toten Spanier mindestens 100 liquidierte "Indianer".

1496: Santo Domingo (heute Hauptstadt der Dominikanischen Republik) wird von Kolumbus' Bruder als erste spanische Stadt in Amerika gegründet.

1497: Giovanni Caboto (John Cabot) landet im Auftrag Englands an der Küste Nordamerikas.

Die spanische Krone erklärt den Grund und Boden Amerikas zu Königsland. Kolumbus erhält das Recht zur Landverteilung (repartimiento) an Siedler.

1500: Vicente Yañes Pinzón, ein Begleiter Kolumbus', stößt ins Gebiet der Amazonasmündung vor. Pedro A. Cabral nimmt Brasilien gemäß des Vertrages von Tordesillas für Portugal in Besitz. Juan de la Cosa zeichnet die erste Karte der neuen Welt.

1501: Amerigo Vespucci erkundet im Auftrag Spaniens die amerikanischen Küsten und stößt in den Südatlantik vor.

Spanische Siedler beginnen mit dem Zuckerrohranbau auf Haiti.

1503: Königin Isabella läßt die Versklavung von angeblich kannibalischen Kariben (Ureinwohner der Antillen) zu.

1505: Der atlantische Sklavenhandel beginnt mit dem Transport von 17 Afrikanern von Sevilla (Südspanien) nach Hispaniola. Der Sklavenhandel wird königliches Monopol, das über Sklavenlizenzen, "Aslentos", abgesichert wird.

1510: Gründung der ersten spanischen Siedlung auf amerikanischem Festland.

1511: Eroberung von Kuba durch Diego Velásquez. In Santo Domingo predigt der Dominikanerpater Anton Montessinos gegen die Versklavung der indianischen Ureinwohner.

1513: Vasco Núñez de Balboa durchquert Panamá und erreicht als erster Europäer den Pazifik. Der spanische Kronjurist Palacio Rublos verfaßt eine Proklamation, das "Requerimiento", welche vor dem Einsatz von Gewalt den zu unterwerfenden Indianern vorgelesen werden muß. Bei "freiwilliger Unterwerfung" sichert sie Milde zu, bei Widerstand droht sie mit "gerechtem Krieg" und Versklavung.

1520: Magellan entdeckt die Durchfahrt vom Atlantik zum Pazifik, den westlichen Seeweg nach Asien.

1519-1521: Eroberung des Aztekenreiches durch Hernán Cortés. 1521 fällt dessen Hauptstadt Tenochtitlán nach erbittertem Widerstand. Die Stadt wird zerstört, ebenso alle greifbaren Kunstwerke, Bibliotheken und Kultgegenstände, um "die Seele der Indios auszulöschen" (Cortés). Auf den Trümmern wird die Hauptstadt des künftigen Vize-Königreiches Neu- Spanien, México, errichtet.

1524: Pedro de Alvarado erobert das heutige Guatemala und El Salvador. Die ersten Franziskaner beginnen in Mexico mit der Mission.

1527-32: Bruderkrieg zwischen den Inka-Thronfolgern Atahualpa und Huascar.

1531-1533: Franzisco Pizarro erobert das Inkareich und läßt den Inka Atahualpa erdrosseln; vorher ließ er Einwohner der Region als Übersetzer ausbilden.

1535: Gründung von Lima und Buenos Aires; Aufbau einer systematischen Kolonialverwaltung.

1536: Aufstand in Peru unter Manco Inca. Die monatelange Belagerung der Spanier in Cuzco bleibt erfolglos.

1542: Königlicher Erlaß der "Leyes Nuevas" (Neue Gesetze), die ein Verbot der Versklavung der Indios beinhalten und deren Verpflichtung zu Zwangsarbeit regeln. 1545, nach heftigen Widerstand der Konquistadoren, werden diese Gesetze weitgehend widerrufen.

1545: Entdeckung der Silberminen von Potosí; seit 1575 werden in Sklavenarbeit jährlich ca. 300.000 kg Silber gewonnen.

1549: Verstärkter Zuckerrohranbau in Brasilien. Als Arbeitskräfte werden massenhaft Sklaven importiert.

1553: Gründung von katholischen Universitäten in Mexico und Lima.

1555: Französische Piraten erobern Havanna. Die Karibik wird zum Brennpunkt der Rivalität europäischer Kolonialmächte. Freibeuter versuchen sich gegenseitig die Reichtümer abzujagen, die aus Amerika nach Europa geschafft werden.

25. Der Konsul und sein Entführer - (k)ein brasilianisches Märchen

Rubrik: Brasilien · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:02

Als am 10. November 1991 der Ex-Militante der Vanguardia Popular Revolucionaria und heutige Ökonom Ladislau Dowbor die Ankunftshalle des Flughafens in Tokio verließ, erkannte sein japanischer Gastgeber unverzüglich in ihm den aschblonden jungen Mann wieder, der ihn vor 21 Jahren und acht Monaten mit vorgehaltenem Maschinengewehr entführt hatte. Sie umarmten sich, gingen schweigend zur Limousine, die sie zum vereinbarten Treffpunkt im Hotel brachte und nahmen in den darauffolgenden vier Stunden ihres Gespräches den Faden einer Geschichte wieder auf, die in der Dämmerung des 15. Märzes 1970 unterbrochen worden war, als sich beide mit einem Händedruck in einer verlassenen Straße Sao Paulo's verabschiedeten.

Das Wiedersehen zwischen Nobuo Okuchi, Ex-Konsul und Ex-Botschafter Japans in Brasilien, und Ladislau Dowbor, der den heute 74jährigen Diplomaten vier Tage in einem kleinen Zimmer gefangen gehalten hatte, um die Freilassung von fünf politischen Gefangenen zu erreichen, war schon lange geplant. Ursprünglich sollte es anläßlich der Herausgabe des Buches von Nobuo Okuchi "Die Entführung des Diplomaten" in Sao Paulo stattfinden. Dort lehrt Ladislau Dowbor an der Katholischen Universität und ist gleichzeitig als Assesor für Internationale Beziehungen in der Präfektur der Bürgermeisterin Luiza Liundia tätig. Aber erst vier Monate später gelang die Zusammenkunft tatsächlich.

In dem unbefangenen Gespräch, das sich schnell zwischen beiden entwickelte, sprachen Okuchi und Dowbor über Gewalt, bewaffneten Kampf, Entführung, Politik und Ideale. Sie stimmten in vielen Dingen überein, was nicht bedeutete, die alten Überzeugungen zu leugnen. Aber es waren nicht mehr Terrorist und sein Opfer, die sich auf der Terrasse des Flughafenhotels gegenübersaßen. Dowbor schilderte seine Eindrücke des Treffens: "Das tiefe Gefühl der Gemeinschaft, das uns umhüllte, das Lächeln der Kumpanei, das die Kommentare umgab, zeigte einen einfachen Sinn: beide haben wir teilgehabt - jeder auf seine Art - an der Rettung eines Menschenlebens." Und er erinnert sich an die vier Tage der Entführung: "Was passiert, wenn sich Personen treffen als Gefangene eines Gewaltzyklus? Kein anständiger Mensch duldet Gewalt, weder in erlebter, noch in erlittener oder gegenwärtiger Form."

Der Ex-Militante Dowbor hatte vor 21 Jahren den Generalkonsul Japans in Brasilien entführt, um die Freilassung von Shizuo Ozawa, den "Mario Japa" zu erlangen, der in den Zellen der berüchtigten Operacao Bandeirantes (Oban) gefoltert wurde. Er bereut es nicht: "In der Mitte des Lebensweges fand ich mich in einer dunklen Wildnis wieder, weil der Weg zurück schon nicht mehr existierte", rechtfertigt er sich mit einem Vers aus Dantes Göttlicher Komödie.

Der Diplomat, der interessiert war, über das Schicksal der anderen an der Entführung Beteiligten zu erfahren, war glücklich zu hören, daß Liszt Vieira - Ex-Bundesabgeordneter - heute für den Umweltschutz aktiv ist und Ozawa als Journalist in Rio arbeitet. Er schwieg betroffen, als er hörte, daß einer der Entführer, Eduardo Leite, im Gefängnis zu Tode gefoltert worden war.

"Wenn wir die Dogmen brechen, beginnt das Erlernen eines menschlichen Zusammenlebens", beschrieb Ladislau Dowbor die Lehre, die er aus dem Gespräch in Tokio zog. "Vorher war ich der Terrorist und er der entführte Diplomat. Heute waren wir zwei Personen, besorgt um die persönliche Rekonstruktion der Ereignisse.

Dieses Bild der beiden Personen, die an einem Restaurant-Tisch die Details der Entführung diskutieren, mag Menschen schockieren, die die Welt in Gut und Böse, Schwarz und Weiß aufteilen. Aber wir können mit den Mechanismen des Lebens reifen, ohne unsere Ideale zu verraten."

In der Stunde des Abschieds schließlich erinnerten sich der brasilianische Ökonom und sein japanischer Gastgeber mit Rührung an die Szene ihres Abschiedes vor 21 Jahren, als bei der Freilassung Ladislau Dowbor den Konsul behutsam in das Taxi verfrachtete, das ihn zum Konsulat bringen sollte.

B., Recife

(frei nach dem Bericht des Journal do Brasil 2/91)

26. Ein Grund mehr zum Sterben. Cholera in Brasilien

Rubrik: Brasilien · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:03

Die nächsten zehn Jahre wird Brasilien mit der Cholera leben müssen, was im Nordosten eine zusätzliche Krankheit bedeutet, die im wesentlichen verursacht ist durch das Fehlen einer Wasserver- und -entsorgung, dem wirkungsvollsten Medikament zur Bekämpfung dieser Seuche.

Dies ist die traurige Bilanz zwei Monate nach Auftreten der ersten Fälle im Nordosten des Landes, und wieder bewahrheitet sich, daß Cholera nicht nur eine Krankheit des Schmutzes, sondern auch vor allem der Ignoranz ist.

Als vor einem Jahr die Krankheit in anderen Ländern Lateinamerikas auftauchte, entwickelten Mediziner Pläne zur Prävention, die u.a. vorsahen, den Bereich der Wasserversorgung und der Abwasserprobleme zu verbessern. Diese Pläne wurden der Regierung vorgelegt und verschwanden unbeachtet in den Schubladen. "Kein Geld", war die knappe Auskunft. In Wirklichkeit konnte es daran aber gerade nicht mangeln, hatte Pernambuco doch einen außerordentlich günstigen Kredit mit langen Laufzeiten in Höhe von 15 Millionen DM eines internationalen Geldgebers für Wasserver- und -entsorgung im Jahre 1991 verfallen lassen, weil sich das Kabinett nicht in der Lage sah, einen einfachen Beschluß hierüber zu fassen.

Dabei hat gerade Recife, die Hauptstadt Pernambucos, Erfahrungen mit der Cholera. Zwischen 1856 und 1859, als die Seuche in der Stadt grassierte, fielen ihr 5% der Bevölkerung zum Opfer. Heute, 130 Jahre später, werden ähnliche Prozent-Zahlen gehandelt, und die WHO rechnet mit 30 Millionen Krankheitsträgern bis Ende nächsten Jahres.

Krankheit der Armut und des Schmutzes

Mit seiner schlechten Wasserversorgung und fast ohne ein existierendes Kanalisationsnetz ist gerade Pernambuco ein fruchtbarer Boden für die Verbreitung der Cholera. Je kritischer die Wohn- und Lebensverhältnisse sind, desto leichter ist die Verbreitung der Krankheit. Der Präsident der nationalen Kommission zur Vermeidung der Cholera, Baldur Schubert, schreibt in seinem Bericht: "Die Krankheit kann sich dort nicht festsetzen, wo es eine ausreichende Infrastruktur von Wasserver- und -entsorgung gibt."

Bereits zu Beginn der Choleraepidemie äußerte der Ingenieur für Abwasserfragen, Jaime Brito, die Befürchtung, daß Pernambuco sich zu einem Ausbreitungsherd für Cholera entwickeln könnte. Von den 7,5 Millionen registrierten Einwohnern im Jahre 1991 haben fünf Millionen keinen Zugang zur Trinkwasserversorgung. Von diesen eigentlich schon Privilegierten, die Zuggang zur Trinkwasserversorgung haben, erhalten 30% das Wasser ohne eine ausreichende gesundheitshygienische Behandlung: Von den 191 Stationen zur Wasseraufbereitung haben 58 kein adäquates System der Chlorifizierung.

Noch deutlicher: Nur 12% der Bevölkerung waren zum Zeitpunkt der Erhebung im Juli 1991 an das Kanalisationsnetz angeschlossen. Der Koordinator der Staatlichen Gesundheitsstiftung, Dr. Renato Botto, hält die genannten Daten weiterhin für zutreffend, denn es hat keinerlei städtische Arbeiten im letzten Jahr gegeben, die das Problem gemindert hätten. Das Fehlen dieser Sanierungsarbeiten ist verantwortlich für die Verbreitung der Seuche. Das Ignorieren dieser Tatsache trotz Ausbruch der Cholera im letzten Jahr ist der politische Hintergrund der Epidemie im Lande.

Dreh- und Angelpunkt bei der Infektion mit dem Cholerabazillus ist das Wasser. Wird es kontaminiert, infiziert sich sein Konsument.

Dies ist auch der Grund der Besorgnis bei den Mitarbeitern der nichtstaatlichen Organisation ARRUAR, die im Bereich der Beratung von ökologischer Stadtentwicklung arbeitet. Sie befürchten in den Wohngebieten Recifes mit niedrigem Einkommen den Ausbruch einer regelrechten Seuche. Geraldo Buga von ARRUAR erläutert, daß 40% der 1,7 Millionen Einwohner Recifes in Elendsgebieten, den Favelas, wohnen, die in der Mehrzahl in den Mangrovensümpfen oder an den Flußrändern angesiedelt sind. Die Bevölkerung lebt vom und im Wasser der Flüsse und Kanäle, wobei von diesen inzwischen ein großer Teil nachweislich mit Cholerabakterien verseucht ist. "Von 1975 bis heute wurden die Favelas in flachen und nicht in hoch gelegenen Gebieten gebildet. Diese Gebiete sind leicht überschwemmbar, was die Ausbreitung der Krankheit enorm begünstigt." (Journal de Comercio vom 23.02.)

Ignoranz, Inkompetenz und Verantwortungslosigkeit

Der inzwischen abgesetzten Gesundheitsverantwortlichen Angela Valente konnte vielleicht vieles nachgesagt werden, nur mit Sicherheit nicht fachliche Kompetenz. War ihr Amt doch auch ein Dankeschön des amtierenden Gouverneurs Joaquim Francisco an ihren Bruder, der als Bauunternehmer nicht unerheblich zur Finanzierung des Wahlkampfes von Joaquim beigetragen hatte. So war es auch der Bruder, der erst sein Placet geben mußte, bevor Angela schließlich ihres Postens enthoben wurde.

Bis es so weit war, hatte sie allerdings in vielen Dingen ihr Unwesen treiben können. Kurz nach Auftreten der ersten Cholerafälle war es Angela (zu deutsch: "Mutiger Engel"), die immer noch von harmlosen Durchfallerkrankungen sprach, die in dieser Jahreszeit normal seien. Als Folge dieser Entscheidung leitete eines der Referenzkrankenhäuser der Schwerpunktregion einen Monat seine Fäkalien und Abwässer unbehandelt in den Rio Ipojuca, der daraufhin zur Hauptquelle weitreichender Gewässerverseuchungen wurde. Ihre Zentralisierung der Labortests und Krankenhausbehandlung konnte einzig als Verschleierungstaktik verstanden werden, machte sie sachlich überhaupt keinen Sinn. Die offiziellen Zahlenangaben wurden vollends unglaubwürdig, als sich herausstellte, daß die Labor-Kits, mit denen der Choleranachweis erfolgte, bereits seit sechs Monaten verfallen waren. Schließlich wandte sich das staatliche Labor zur Produktion von Soro-Lösungen und Mitteln zur Trinkwasserchlorifizierung an die Öffentlichkeit, weil sie seit vier Monaten mit defekten Anlagen arbeiten mußten und deshalb seit Dezember 1991 keinen Soro mehr produzieren konnten. Eine Tatsache, die erklärt, warum dieses lebenswichtige Präparat gegen Dehydration in fast keiner der öffentlichen Gesundheitsstationen erhältlich war.

Aber Angela Valente hielt sich an der stereotypen Formel "Wir haben alles unter Kontrolle" fest, als schon alles unkontrollierbar war. Zu diesem Zeitpunkt waren nicht nur die Küstengewässer nördlich und südlich Recifes verseucht, auch die großen Flüsse Capibaribe, Beribe und der Hafen Recifes waren kontaminiert, und täglich ergaben die Abwasserproben neue Infektionsherde in Form von Abflüssen und Kanälen. Der Bazillus hatte Besitz von der Stadt ergriffen.

In ihrer Not ließ die Gesundheitsverantwortliche die Strände der Region sperren und sprach ein Fischfangverbot aus. Bilder menschenleerer Strände, geschützt durch berittene Militärpolizei, drangen an die internationale Öffentlichkeit, was zu einem Aufschrei in der Tourismusbranche führte. Schnell kam man zum Ergebnis, daß allein das Badeverbot dieser Branche 1,5 Millionen. US-Dollar Verluste in 15 Tagen beschert hätte und einen Belegungsrückgang von 70%. Das Ansehen des im harten Konkurrenzkampf liegenden Pernambucos mit seinen Stränden und seiner Gastronomie sei für die nächsten Jahre unwiederbringbar geschädigt. In der neunjährigen Geschichte der LTU-Flüge, die deutsche Touristen nach Recife brachten, wurde erstmalig ein Flug gecancelt, da die Urlauber vom Flug Abstand genommen hatten. LTU beklagte heftigst, daß das deutsche Verbraucherrecht dem Urlauber diese Rücktrittsmöglichkeit einräumt und der Vertreter von MEDICO REISEN, Karl-Heinz Kögel, drohte ganz offen: "Wir werden die Flüge nach Recife canceln müssen und versuchen, die Touristen nach Bahia zu bringen, wo das Problem anders behandelt wird. Wenn die Strände nicht bald wieder eröffnet werden, wird der Tourismus nach Recife endgültig sterben." (Journal de Commercio vom 18.03.)

Es dauerte sechs Tage, und der Gouverneur persönlich sprang in die Badehose, um an den wieder freigegebenen Stränden zu demonstrieren, daß ein Bad in den Cholerabakterien noch lange nicht umbringt.

Jupp-hei di, jupp-hei da, wir leben gut von der Cholera

Während die Tourismusindustrie schrie, Verluste beklagte, sprach niemand von den Fischern, denen die Existenzgrundlage mit dem Fischereiverbot vollständig genommen wurde und bei denen der blanke Hunger einkehrte. Die Antwort der Regierung auf ihre Not war einzig und allein das In-Aussicht-Stellen von Lebensmittelgaben, alten Rezepten zur Entwürdigung der Bevölkerung, die sich so in der Rolle der Bettler wiederfindet.

Aber während auf der einen Seite gelitten wurde, wurde bereits auf der anderen Seite Kasse gemacht. Dienstleistungsbereiche, die mit Desinfektion von Wassertanks befaßt waren, verzeichneten Rekorde, Mineralwasserfirmen rechneten Verkaufszuwächse von 35%, die gesamte Desinfektionsindustrie steigerte die Absätze. Der Fleischpreis steig in den fischfreien Zeiten in zwei Wochen um 11%. Die Schwimmbadkonstrukteure kamen den Bestellungen nicht nach. Hinzu kam, daß Pernambuco 20,6 Mrd. Cr$

(Brasilianische Währung) für Baumaßnahmen im Sanierungsbereich zugewiesen bekommen sollte. So stellte allein die Interamerikanische Entwicklungsbank für Sanierungsmaßnahmen 380 Millionen US-Dollar bereit. Es fließen also öffentliche Gelder, und das Politikerherz lacht nur so bei dem Gedanken, hierin ein Machtinstrument für die Gestaltung der kommenden Wahlkämpfe zu sehen. Gab es in diesem Jahr doch Anzeichen für ein ernstes Problem derer, die in Politik und Wirtschaft von der Krise leben.

Traditionell ist jeder Jahresbeginn im wesentlichen in Pernambuco von der Dürreperiode im semi-ariden SertÆo im Landesinneren begleitet. Diese Zeit bedeutet für viele Familien mit steter Regelmäßigkeit Migration, Hunger und Tod. Das Leiden Tausender von Menschen, die weder Essen noch Wasser zur Verfügung haben, die an Durst sterbenden Kinder, sind Bilder, die schwer zu ertragen sind. Mit einer anders strukturieren Politik in dieser Region wären diese Probleme seit Jahren lösbar, aber es ändert sich nichts. Jedes Jahr mobilisiert das Eintreten der Dürre ein Nothilfeprogramm der Regierung. Millionen an Geldern werden von der Bundesregierung dafür bereitgestellt.

Es werden Nahrungsmittelhilfen organisiert und Wassertankwagen in die Region geschickt. Jede dieser Maßnahmen hat einen Abgeordneten im Hintergrund, der diese Programme und Nahrungsmittelgaben als willkommene Wahlkampfhilfe nutzt und die Wählerstimmen mit dem Lebensmittelkorb oder dem Tankwagen einkauft.

Dieses Jahr aber, nach zwei Wochen Dürre, bevor überhaupt die Programme zum Tragen kamen, setzte der Regen ein und beendete die Krise der Bevölkerung auf weiteres. Was für eine Not für die Politiker und die mit ihnen verwobene Industrie, und das in einem Wahljahr. Was fehlte, war also eine Krise. Eine Bevölkerung, die um das Überleben bettelte und die Hand aufhielt für die Lebensmittelspende. Was fehlte, war die Kulisse für den kandidierenden Abgeordneten, vor der er seine Versprechungen abgeben konnte, wo er mit Geschenken und kleinen Dienstleistungen unter der armen und immer betrogenen Bevölkerung seinen neuen Betrug starten kann. Was fehlte, war der Absatzmarkt für die Unternehmen, die von der Verteilung der Warenkörbe und dem Trinkwasser leben. Man möchte meinen, ein macciavellischer Plan hat all dies ersetzt. Es gibt für die Machthabenden also gar kein Interesse an der Bekämpfung der Cholera?

All diese Dinge sich permanent wiederholend zu sehen, wirft die Frage auf, ob es einen Ausweg gibt. Ob die Bevölkerung eines Tages die ihr zugedachte Rolle des gedemütigten Bettlers ablehnt. Die Antwort ist nicht zu erkennen. Aber zu erkennen ist, daß nach langer Zeit eine Diskussion beginnt zwischen den Fischern, den Frauengruppen, den Umweltgruppen, den Einwohnerassoziationen u.a. um die Frage eines gemeinsamen Interesses und die Bewußtwerdung der Gründe des eigenen Leidens. Und die Antwort auf die gestellte Frage kann sicher nur in diesem Prozeß gefunden werden.

B., Recife

27. Schluß mit der Blockade! Bericht vom Cuba-Kongreß in Bonn

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:21

Unter dem Titel "Die Tochter des Führers" tratschte eine kolumbianische Illustrierte (1): "Nach vielen Jahren des Schweigens bekannte Alina, die Tochter des Fidel Castro, daß sie Model in den Vereinigten Staaten werden möchte ... Cuba gefällt ihr nicht, und ihren Papa mag sie auch nicht." Der verknöcherte Fidel - vom cubanischen Volk und sogar seiner Tochter verlassen. Ein Ausschnitt daraus, wie international Medien das eigenwillige Cuba totreden, während USA und "freie Welt" versuchen, Cuba auszuhungern, wie das die Nazis mit Leningrad wollten (Heinz Dieterich).

Und dem etwas entgegenzusetzen, kamen am 23. Mai in Bonn auf einem Kongreß zur Solidarität mit Cuba 1.150 Linke zusammen. RednerInnen aus Cuba, Lateinamerika und Europa kritisierten die Blockadepolitik. Außer den schon lange bestehenden Freundschaftsgesellschaften Berlin-Cuba und BRD-Cuba hatten auch eine Reihe von internationalistischen Soligruppen (2) und sechs Abgeordnete des EG- Parlamentes aufgerufen, darunter aus der BRD die parteilose Ex-Grüne Dorothee Piermont von der Regenbogenfraktion. Im gemeinsamen Aufruf wurde die Isolierung Cubas kritisiert: Die "EG und die BRD unterstützen die USA, um Cuba, aufbauend auf der alltäglichen Desinformation fast aller Medien, in einer weltweiten Atmosphäre der Gleichgültigkeit politisch zu isolieren und zum Abschuß freizugeben. Demgegenüber muß das Recht des cubanischen Volkes auf Entwicklung und auf eine eigene Entwicklung gegen ökonomische Erpressung ebenso wie gegen eine neue Contra oder gar offene Aggression à la Grenada oder Panama verteidigt werden."

Zwischen Nicaraguakaffeeverkauf, Zeitungen gegen 500 Jahre Kolonialismus und cubanischen Tropi-Coladosen wurde in drei Themenblöcken referiert (3). Im folgenden eine Darstellung des Kongresses. Zur Entwicklung der Blockade gegen Cuba und der Lage Cubas gab es 1990 zwei Artikel im ak (4).

Was hat die cubanische Revolution erreicht?

Nachdem die Europaabgeordnete und Mitorganisatorin Dorothee Piermont den Tag eröffnete, berichtete Janey Buchan aus Schottland, wie die cubanische Revolution von Anfang an behindert wurde: Als zum Beispiel aus Großbritannien kurz nach der Revolution 30 Leyland-Busse nach Cuba geliefert werden sollten, versuchten die USA das zu verhindern. Eine breite Solikampagne setzte durch, daß die Blockade hier nicht klappte.

Auch in den USA gibt es eine Kampagne "Peace for Cuba", von der Teresa Gutierrez berichtete. Für den Kampf im Herzen der Bestie gegen die Blockade- und Aushungerungspolitik wird im Frühjahr 93 eine internationale Solidaritätsrallye für Cuba stattfinden. Die riots in Los Angeles hätten gezeigt, daß der Imperialismus seine Probleme nicht lösen kann. Teresa Gutierrez stellte Cuba dem gegenüber als praktischen, sichtbaren Beweis für eine mögliche alternative Politik, als Hoffnung auf den Bruch mit Rassismus und Elend dar.

Die Abgeordnete der cubanischen Nationalversammlung Irma Barrera zählte zahllose Fakten über das herausragende Sozial-, Gesundheits- und Bildungssystem Cubas auf. Zu der Diskussion, die im cubanischen Frauenverband stattfindet, daß die hohe Prozentzahl erwerbstätiger Frauen nicht automatisch eine Gleichberechtigung bedeutet, sagte sie nichts. Die cubanischen ReferentInnen argumentierten, als ob sie ein Publikum vor sich hätten, das sich zum erstenmal mit ihrem Land beschäftigte. So kam es kaum zu einer Diskussion über die Probleme in Cuba.

Frei Betto, ein brasilianischer Befreiungstheologe, verglich Cuba mit Brasilien und strich heraus, wie bedeutend der Unterschied zwischen dem Elend gerade der Straßenkinder von Rio und der immer noch funktionierenden Grundversorgung in Cuba ist.

Daniel Alegria, sandinistischer subcomandante, schilderte die Hilfe, die Nicaragua unter der FSLN-Regierung von cubanischer Seite erhalten hat: Materielle Hilfe ebenso wie den Einsatz von LehrerInnen und ÄrztInnen, von denen nicht wenige im Contra-Krieg starben. "Cuba muß sich als gleichberechtigtes Land in den Weltmarkt einklinken können. Zusammen können wir das schaffen...".

Cuba im Würgegriff der alten und "neuen" Weltordnung

Hugo Diaz aus Costa Rica nannte die Blockade Cubas eine schlimme Menschenrechtsverletzung. Seit der cubanischen Revolution sahen sich die USA und die lateinamerikanischen Eliten genötigt, in der Organisation Amerikanischer Staaten alternative Entwicklungsmöglichkeiten zu entwickeln, nachdem sie den Störenfried Cuba rausgeschmissen hatten. Aber mit der Menge an bedrucktem Papier wuchsen gleichzeitig die städtischen Elendsquartiere. Mexico City wurde zum Moloch, während auf Cuba die Städte kaum wachsen, es kaum Landflucht gibt. Die negativen Wirtschafts- und Sozialstrukturen bestehen in Lateinamerika fort. Cuba ist nach wie vor Beispiel für eine andere Entwicklung.

Ulrich Boje, ehemals DDR, zählte auf, welche DDR-Kooperationsprojekte mit Cuba eingestellt wurden - Ergebnis: alle. Obwohl im "Einigungsvertrag" als Pflicht festgelegt wurde, die Verträge zu übernehmen, werden jene durch die BRD als nicht rechtsgültig bezeichnet. Im krassen Widerspruch dazu will die BRD die Schulden, die Cuba aus diesen Verträgen bei der DDR hat, eintreiben. Opposition dagegen gibt es kaum, die SPD fordert lauwarm die Einschränkung der totalen Sanktionen, statt der Vertragseinhaltung durch die BRD-Regierung. Während die Grünen/Bündnis 90 zur BRD-Cubapolitik keine Stellung beziehen, fordert nur die PDS die Wahrung der Rechte Cubas gegenüber der BRD.

Rosario Navas, cubanische Botschafterin bei der EG, listete detailliert die Blockadepolitik der EG gegen Cuba auf: Ein allgemeines Abkommen zwischen EG und Cuba gibt es nicht, Cuba ist an keiner einzigen der EG-Institutionen zur "Zusammenarbeit" mit dem Trikont beteiligt, es ist das einzige Land Lateinamerikas ohne Abkommen mit der EG. Es gibt Unterredungen, aber keine offizielle Zusammenarbeit. Obwohl die diplomatischen Verbindungen seit 88 bestehen, hat Cuba nichts erreicht. Die Blockadegesetze der USA werden direkt von EG-Ländern übernommen, wozu Rosario Navas meinte: "Die politische Kampagne gegen Cuba ist extrem stark, das wirkt auch in das Europäische Parlament."

Mittlerweile wird jede humanitäre Hilfe verweigert: Eine belgische Organisation (OXFAM) stellte am 6. Februar 92 einen Antrag auf Nahrungsmittel-Dringlichkeitshilfe über 250 Tonnen Milchpulver für cubanische Kinder, Mütter und alte Menschen: "Daraufhin wurde ihm mitgeteilt, daß der zuständige Kommissar, Abel Manutes, vor acht Tagen genaue Anweisungen gegeben habe, um jede direkte oder indirekte (über Nicht-Regierungs-Organisationen) Hilfe an Cuba zu untersagen, ‚weil die cubanische Regierung die Menschenrechte nicht respektiere`." (5)

Wie Menschenrechte in der imperialistischen Weltordnung als Vorwand benutzt werden, um Unliebsame zu diskreditieren, machte Dorothee Piermont deutlich: Während 148 Todesurteile in den USA vollstreckt wurden, streicht die EG humanitäre Hilfe wegen eines Todesurteils in Cuba ganz. Dabei unterstrich sie, daß sie gegen die Todesstrafe ist, aber diese Instrumentalisierung von Menschenrechten ablehnt. Die "globalen Fragen" seien eine neue Waffe des alten Imperialismus. Linke dagegen sollten sich "nicht mit milden Gaben zufriedengeben - Spenden sind auch nötig - aber es geht darum, Cuba einen politischen Handlungsspielraum zu erkämpfen. Dabei geht es auch um unsere Identität."

Wie wehrt sich Cuba?

Der mit am meisten Spannung erwartete cubanische Redner war Roberto Robaina. Er ist Vorsitzender der Union Junger Kommunisten, Mitglied des Staatsrates und seit dem vierten Parteitag Ende 91 im ZK der cubanischen KP. Dem Gerücht, er sei möglicherweise Fidels Nachfolger, wurde er mit seiner Rede nicht gerecht: Er baute in seine ausschweifenden Sätze kaum Fakten ein, im Gegensatz zum maximo lider. Cuba als "socialismo muy cubano y tropical" ("sehr cubanischer und tropischer Sozialismus") zu bezeichnen ist aber weniger ergiebig, als beispielsweise die großen Probleme des fehlenden Öls für die Kühlung der landwirtschaftlichen Produkte zu schildern. Man muß immer wieder die Blockade erklären, sagte er dann, und: "Viele Dinge, die wir früher hatten, kommen überhaupt nicht mehr. Die Blockade ist schlimmer geworden." Aber: "Die Würde unseres Volkes, unser Vertrauen in die eigene Kraft können sie nicht blockieren." Allgemein benannte er die innere Blockade durch die Bürokratie als Problem, gegen die jeden Tag angegangen werden müsse.

In Gesprächen äußerte sich Roberto Robaina genauer. Den Tourismus bezeichnete er als Riesenproblem, zu dem es aber keine Alternative gäbe: Wo solle sonst das Geld herkommen? Er sprach auch weitere, innere Probleme Cubas an: Etwa die von Redakteuren verinnerlichte Schere im Kopf: Wer eine Zeitung lese, wisse was in den anderen drinstehe.

Grußadresse von Fidel

Fidel Castro Ruiz schickte eine Grußadresse an den Kongreß, in der es heißt, daß "... die USA diese Blockade nun zu verschärfen versuchen, indem sie neue Bestimmungen einführen, die das Einlaufen von Frachtschiffen aus Drittländern, die Handel mit Cuba treiben, in US-Häfen verbieten. Damit wird nicht nur beabsichtigt, ein ganzes Volk zu ersticken und verhungern zu lassen, sondern auch eine neue Art von Beziehungen auf der Welt durchzusetzen, ... in der die militärische und politische Macht der USA vorherrschen soll. ... Die überwiegende Mehrheit der Cubaner verteidigt die Idee, daß nur mit der Freiheit, Unabhängigkeit und sozialen Gerechtigkeit der Revolution die Lösungen für die gegenwärtigen Schwierigkeiten gefunden werden können. ... Denjenigen, die meinen, daß Cuba zerschlagen, erniedrigt und zerstört werden muß, antworten wir, daß unsere Revolution eigenständig bleiben wird, was am vergangenen 1. Mai mit den beeindruckenden Massendemonstrationen bewiesen wurde. Wir haben niemanden um Erlaubnis gebeten, um die Revolution einzuleiten, wir warten auf niemanden, der sie verteidigt. Die Revolution existiert und wird durch den souveränen Willen unseres Volkes weiterexistieren..."

Die Linke und die Solidarität ...

"Die Linke und die Solidarität - umfassende politische Unterstützung oder/und begrenzte praktische Hilfe", diese Frage warf Heinz Dieterich (6) auf: In Cuba würden 10 Millionen als Geiseln genommen, um sie auszuhungern, wie es Hitler mit Leningrad versucht hat. Der Uno-Sicherheitsrat funktioniere als Komplize der USA. Ein Gespenst gehe um in Europa, daß der "Demokratisierung". Von der Konrad-Adenauer-Stiftung bis in Teile der Soliszene hineinreichend heiße es: "Wir brauchen ein ‚who is who` der animal farm der neuen Weltordnung".

Die BRD-Demokratie beruhe auf Weltmarktausbeutung und sei nicht als Exportmodell gedacht. Eine solche "imperiale Demokratie" auf Cuba einzufordern sei demagogisch. In Lateinamerika sei die "low-intensity-Demokratie" vorherrschend: Die Lage sei gekennzeichnet davon, daß Eigentumsbildung für die Mehrheit unmöglich ist und es eine "partidocracia" gibt, die den Zugang zur Demokratie eng hält. Was früher die Kolonien waren, seien heute die internationalen Märkte: Die Beherrschung von High-Tech-Monopolen ist die heutige Macht der Imperialismen, die in der Konkurrenz der Triade USA-Japan-EG ausgetragen wird. Der Trikont sei hier nicht vorgesehen als Teilhaber, die gesellschaftlichen Voraussetzungen für Demokratie sind so nicht da.

Widerstand dagegen wird mit Staatsterrorismus beantwortet. Die gesellschaftliche Avantgarde fehlt, ist nur noch in Teilen vorhanden: in Cuba, Kolumbien und El Salvador. Kontinentale Befreiung sei nicht in Sicht, wäre aber die einzige Möglichkeit, für die Zukunft ein Konzept zu haben. Das Dilemma sei, daß linke Theorie nicht offen diskutiert wird. Das Projekt der Befreiung gegen das System von 1492 wäre eine weltweite Bewegung von den "Verdammten dieser Erde" aus dem Trikont und denjenigen aus den Metropolen, die den Schritt von der Caritas zur Solidarität gehen wollen. Cuba könnte dabei ein wichtiges Glied sein.

Viel Applaus bekam Dieterich für seine Kritik an der Soliszene, die eine Diskussion wert ist: Die Struktur der Soliszene sei überholt, weil sie länderspezifisch ausgerichtet ist. Der Weltmarkt sei aber in der Lage, fortschrittliche Entwicklungen in einzelnen Ländern zu zerstören. Darauf müsse sich Soliarbeit einstellen. Die ökonomische Hilfe könne nicht das Zentrum der Solidarität sein, weil sonst das gleiche passiere wie in der Solidarität mit Nicaragua. Nicht nur im Realsozialismus oder in Cuba existiere Bürokratie, auch in der Soliszene. Viel Beifall bekam er für die Kritik an der Enzensberger/Biermannrichtung, daß diese ihren Abschied von Solidarität mit dem Trikont scheinbar fortschrittlich kaschiert hätten.

In der Abschlußerklärung des Kongresses, die den Tenor des Aufrufes übernahm, heißt es abschließend: "Auch in der EG und der BRD müssen wir die Solidarität gegen die zunehmenden Angriffe auf Cuba verstärken. Deshalb fordert der Kongreß den Trägerkreis auf, in Zusammenarbeit mit den Initiativen der Cuba-Solidarität eine Infostelle Cuba aufzubauen, um eine raschere Verbreitung von Informationen aus und über Cuba sowie über die jeweiligen Aktivitäten innerhalb der Cuba-Solidarität zu erreichen."

Solidarität und Kritik

Die "Taller de Solidaridad", eine Darmstädter Soligruppe, die cubanische Betriebe mit Ersatzteilen vor allem aus der DDR unterstützt, organisierte Anfang Februar ein bundesweites Treffen, an dem 130 Menschen aus

30 Cuba-Soligruppen teilnahmen. Dort wurde der Kongreß kurzfristig geplant, um Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Zur Neuformierung der Cuba-Solidarität wurde auch die auf dem Kongreß beschlossene Einrichtung der zentralen Informationsstelle vorgeschlagen.

Um den Aufruf zum Kongreß hatte es einigen Zoff gegeben: Der Kongreß ist in enger Abstimmung mit der cubanischen Botschaft organisiert worden, von offizieller cubanischer Seite gab es eine starke Beteiligung mit ReferentInnen. Leider war diese offizielle Seite nicht an kontroversen Diskussionen mit - solidarischen - KritikerInnen interessiert. So wurde der cubanische Schriftstellers Jesus Diaz, der derzeit in Berlin lebt und als Teilnehmer im Gespräch war, nicht eingeladen. Auch wenn man seine Positionen nicht teilt, eine Solidaritätsbewegung mit Cuba kommt nicht um eine Auseinandersetzung mit KritikerInnen herum - erst recht nicht beim desolaten Zustand der BRD-Linken, die mit Vorliebe Noten verteilt für den Emanzipationsgehalt von Befreiungsbewegungen oder die Reinheit der Revolution: Wer kennt nicht eineN MetropolenlinkeN, der/die gerade für drei Wochen in Cuba im Urlaub war, und sich hinterher über den auch von ihm/ihr praktizierten Tourismus aufregt.

Demgegenüber klargestellt zu haben, daß unsere Aufgabe als Metropolenlinke darin besteht, für die CubanerInnen den politischen Raum zu erkämpfen, in dem sie ohne totale Blockade und Belagerung ihre Revolution weiterentwickeln können, das ist der Verdienst dieses Kongresses. Zur Solidarität gehört aber auch eine offenere Debatte um die Lage in Cuba: Damit klar ist, daß die cubanische Revolution nicht das Bollwerk des Kommunismus und der reinen Lehre ist, sondern daß sie gezwungen ist, Zugeständnisse in Form von Tourismus oder halbkapitalistischen Joint-ventures zu machen. Die klare Ablehnung von "Menschenrechtsgruppen", die sich von der Konrad-Adenauer-Stiftung oder der "Sozialistischen Internationale" gegen Cuba benutzen lassen, ist eine Sache. Das Interesse an offener Diskussion in der cubanischen KP und Gesellschaft um eine Weiterentwicklung Cubas als "erstem freien Territorium Amerikas" gegen die imperialistische Einmischung ist eine andere. Wer Cuba verteidigt, muß weder die Joint-ventures toll finden, noch das faktische Verbot des Filmes "Alicia en el pueblo de maravillas", der eine Kritik cubanischer Filmmacher an ihrem Land ist. Aber wer Cuba nicht gegen den äußeren Druck in Schutz nimmt und vorbehaltlos unterstützt, braucht sich auch keine Gedanken um "Demokratisierung" oder "Entbürokratisierung" zu machen.

moritz (gruppe kaa)

Anmerkungen:

1) "La hija del caudillo" in: "Semana" vom 31. März 92

2) Unter Anderen: Anti-EG-Gruppe Köln; Barrel-Öl-Kampagne; DeCub; El Rojito; Taller de Solidaridad; Monimbo; Infobüro Nicaragua; ...

3) Ausagen der ReferentInnen nach eigener Mitschrift. Im Herbst erscheint eine Doku mit allen Referaten, herausgegeben vom Kongreßbüro c/o Dorothee Piermont, Postfach 210 232, 53 Bonn 2; Telefon 0228/ 16.91.98.

4) Darstellung der Möglichkeiten für Cuba sind im ak 319/31-32: Cuba: Sozialismus oder Tod? und ak 325/28-29: Cuba: Ist das Unmögliche möglich?

5) Dorothee Piermont in "Cuba Libre" 1/92. Sie ruft zu Protestbriefen gegen diesen Aushungerungsbeschluß auf an: EG-Kommissar Herren Abel Manutes; 200, Rue de la Loi; B-1049 Brüssel.

6) Heinz Dieterich ist aktiv in der Kampagne "Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992" von der drei Bücher auch mit Texten von ihm erschienen sind. Zur Rolle der Caritas von NGOs empfehlenswerter Aufsatz: "Der V. Centenario als historischer Moment" in: "Sieger und Besiegte im Fünfhundertjährigen Reich"

28. Die Angst vor einem schwarzen Planeten. Nachträge zu den Riots in den USA. von Günther Jacob

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:20

Einige Wochen nach den Riots in Los Angeles und in mehreren anderen amerikanischen Städten ist das Thema wieder aus den Medien verschwunden. Bis auf tausend Nationalgardisten, die man "für alle Fälle" bereit hält, sind die Truppen inzwischen abgezogen. Bush hat die Gefechtszonen besichtigt, aber neben billigen Krediten für die Inhaber der geplünderten Läden nicht viel versprochen, dafür jedoch um so penetranter an den "Wert der Familie" erinnert, ein Stichwort bei dem jeder Amerikaner weiß wer gemeint ist: die zahlreichen alleinerziehenden schwarzen "welfare queens".

Verschiedene schwarze Politiker, allen voran Jesse Jackson, fordern unter nationalistischer Anspielung auf das viele gute Geld, das die USA angeblich selbstlos den Russen hinterherwerfen, Hilfsprogramme für die Inner Cities.

Die vier weißen Cops werden möglicherweise wegen Verletzung der Bürgerrechtsgesetze verklagt und Rodney King führt eine Privatklage auf Schadensersatz, der nach dem Freispruch auch nicht viel Erfolg beschieden sein wird.

Für die in den Ghettos - schwarze Radikale sprechen von Staatsreservaten - Marginalisierten haben die Riots kein einziges positives Ergebnis gebracht. Tausende sitzen nun in den Gefängnissen und warten auf ihren Prozeß.

Die massive Eruption in South Central hatte im ganzen Land eigenständige Aktionen ausgelöst, aber auch diese Demonstrationen und kleineren Riots konnten nirgends in politische Bewegungen einmünden, wie das noch in den 60er Jahren möglich war. Die Empörung galt dem King-Urteil, aber diese Empörung konnte die inhaltliche Unsicherheit über die nächsten Ziel nicht verdecken: Die Marginalisierten in den Ghettos hatten andere Probleme als etwa schwarze Studenten und Mittelschichtler aus den besseren schwarzen Vierteln in Brooklyn/New York. Die Zeiten, wo der "Stolz, schwarz zu sein" und die Aussicht auf die rechtliche Gleichstellung vor dem Gesetz alle einte sind vorbei. Die ärmeren Schwarzen fühlen sich von den Black Leaders nicht vertreten und denen ist es peinlich, daß man sich im Ghetto provokativ wieder "Nigger" nennt, ein Begriff der heute weitaus mehr auf die soziale Deklassierung anspielt als auf die Hautfarbe, aber die Erfolgreichen auch daran erinnern soll, daß man sie nie respektieren wird, solange die Mehrzahl der Verlierer der Konkurrenz eine dunkle Hautfarbe hat.

Auffallend war auch, daß es heute keine nennenswerte Bewegung weißer Unterstützer mehr gibt. In den 60er und 70er Jahren sympathisierten hunderttausende weiße Liberale und tausende weiße Radikale mit der schwarzen Bürgerrechtsbewegung bzw. mit der Black Power-Bewegung. Heute zeigen sich die Reste der weißen Friedensbewegung, der Öko-Bewegung und der Frauenbewegung völlig desinteressiert an der Situation in den Ghettos. Die radikale Linke, ob weiß oder schwarz ist so bedeutungslos wie in der Bundesrepublik und fällt ohnehin nicht ins Gewicht.

Auch die Mehrheit der Schwarzen verfolgte die Ereignisse nur vom Fernsehsessel aus. Die schwarze Mittel- und Oberschicht sieht darin bestenfalls ein Argument um den Preis für ihr Wohlverhalten etwas hochschrauben zu können. Ihren verantwortungsbewußten Warnungen, es könne schon bald zu einem neuen "heißen Sommer" kommen, kann man entnehmen, daß sie in diesem Fall nicht dabei sein würden.

Die "richtigen" Ghettos aber werden zunehmend "multikulturell", weshalb die Idee von der auf einer angeblichen Abstammungsgemeinschaft beruhenden Black Community zunehmend vom sozialen Gegensatz überlagert wird.

Zum konkreten Verlauf des Riots in South Central

Was in Los Angeles geschah, paßt nicht mehr bruchlos in den traditionellen Black Power-Diskurs. Der "Mob", der hier das eigene, verhaßte Wohnviertel zerstörte, war im Verlauf der Auseinandersetzungen "multikulturell"

geworden. Nichts zeigte das besser als die in vielen ausgebrannten Geschäften zurückgebliebenen, eilig angefertigten Plakate mit der Aufschrift "Bitte nicht anzünden - in schwarzem Besitz".

Als der Freispruch der King-Peiniger bekannt wurde, boten die traditionellen Strukturen der Black Community dem Unmut keinen Rahmen und die alten Theorien boten keine Perspektive.

Neben einer kleinen Bürgerdemonstration mit wenigen handgeschriebenen Protestplakaten vor dem Polizeihauptquartier war ein Friedensgottesdienst in der African Methodist Episcopal Church die einzige organisierte Veranstaltung. Während drinnen noch Gospels gesungen wurden, kommentierten draußen Street Gangs und andere junge Leute das fromme Gerede mit Schüssen aus ihren Ak-47-Gewehren und automatischen Pistolen auf vorbeifahrende Autos und schließlich auch auf die ängstlich nach Hause flüchtenden Kirchgänger. Die weithin zu hörenden Gewehrsalven gaben anderen das Signal. Der Riot verbreitete sich in wenigen Stunden über die halbe Stadt. Den eingeschlagenen Glasfronten von Rathaus, Polizeihauptquartier und Justizgebäude folgte die gewaltsame Öffnung der gut gesicherten Läden. Während die einen mit Hämmern die Eisengitter bearbeiteten stoppten andere zum Soundtrack verrückt spielender Alarmanlagen und dem Prasseln der ersten hochlodernden Flammen den fließenden Verkehr auf den Durchgangsstraßen. Unter den ersten Opfern der Street Gangs befand sich der weiße Truck Driver, dessen Leiden von einem der allgegenwärtigen Polizei-Helikopter auf Video gebannt wurde. Diese Szene ging, quasi als Retourkutsche zu dem King-Video, um die Welt. Was sie zeigt, ist jedoch eine ganz andere Realität als die, wofür sie angeblich stehen soll. Die hier dokumentierte Brutalität zeigt die Tat einer Crisp-Street Gang, die kurz darauf den Chicano James Henry nach dem gleichen Muster zurichtete. In beiden Fällen retteten schwarze Anwohner den Schwerverletzten das Leben. Zu vereinzelten gezielten Angriffen auf weiße Amerikaner kam es in Atlanta und New York, aber dieses Video zeigt nur ein Zufallsopfer brutalisierter und durch Crack psychisch ruinierter schwarzer "gangbanger", die im ritualisierten Kampf um die Vorherrschaft in den Neighbourhoods (und somit um die Drogenmärkte) nur einen Feind kennen - andere Schwarze.

Nachdem die Straßen unpassierbar und die Läden geöffnet waren, strömten bewaffnete und unbewaffnete Anwohner in die Läden im Zentrum von South Central und in Koreatown. (Hinter den Plünderungen in oder in der Nähe der besseren Viertel steckte zwar keine Systematik, aber ihr Ausmaß ist doch bemerkenswert. Offensichtlich nutzten Tausende, die mit den eigentlichen Riots nichts zu tun hatten - auch Weiße - die "rechtsfreie" Gelegenheit.) Dabei kam es wiederum zu Schießereien mit schwarzen und koreanischen Ladenbesitzern, Security Guards und Polizei. In South Central leben etwa 60% Afro-Amerikaner, 30% Latinos (mit einem hohen Prozentsatz illegaler Einwanderer), 7% weiße Amerikaner und 2% Asiaten.

Am kostenlosen Einkauf waren alle beteiligt. Nachdem die schwarze Empörung über das Urteil von Simi Valley kaum über das Niveau des Gang Terrors hinausgekommen war, mündete sie in einen allgemeinen bewaffneten und risikoreichen Konsumrausch. Keiner der Plünderer war Gegner des Privateigentums; schon am nächsten Tag wurde das meist unnütze Zeug (beim Plündern bleibt nicht die Muße der Wahl wie beim Diebstahl) gegen Cash wieder in den Ware-Geld-Kreislauf eingespeist. Rund 10.000 Läden wurden geplündert.

Bilanz: 57 Tote

Im Mai 1992 starben in South Central/L.A. - hauptsächlich durch gezielte sowie verirrte Kugeln von Street Gangs, Plünderern und Ladenbesitzern - 57 Menschen (35 Schwarze, 14 Hispanics, 6 Weiße, 2 Asiaten). Die Cops konnten ungestraft 12 Schwarze erschießen. Viele Todesursachen sind bis heute ungeklärt.

Insgesamt wurden 2.383 Menschen verletzt (davon 226 schwer) und 13.505 Personen (vorwiegende Schwarze sowie etwa 3.000 Latinos) festgenommen. Das FBI wertet die vielen Videos der Polizeihelikopter und die Pressefotos aus und durchkämmt auf der Suche nach den Verdächtigen unterm Schutz der Nationalgarde die Wohnviertel. An mehreren Verhaftungen von schwarzen Gang-Mitgliedern nahm der rechtsgerichtete Polizeichef von Los Angeles demonstrativ persönlich teil.

Vor großen Problemen standen Zehntausende, deren Reproduktion gänzlich vom pünktlichen Eintreffen der Schecks der Sozialhilfe abhängt. Da einige Postämter abgebrannt und andere geschlossen waren, verfügten sie tagelang über keinerlei Einkommen. Vor den Postämtern kam es zu Auseinandersetzungen zwischen alleinstehenden Müttern und der Nationalgarde. Hinzu kam, daß es in manchen Straßen eine Woche keinen

elektrischen Strom gab, manchmal auch kein Wasser, und daß man nun zwischen 10 und 20 Kilometer weit fahren mußte, um in weißen Gegenden teuer einkaufen zu können.

Als "riot control forces" kamen 8.000 kalifornische Polizisten, 9.900 Nationalgardisten (darunter Jugendliche, die zuvor als Plünderer festgenommen wurden und gegen Kaution freikamen.), 1.500 Marineinfantristen (mit Invasionserfahrung in Panama und Kuwait), 1.600 Heeressoldaten sowie mehrere Hundert FBI-Agenten zum Einsatz.

Der Waffenstillstand zwischen den Street Gangs

Nach Auskunft der "Mothers Of Murdered Sons" (MOMS) wurden im letzten Jahr 25.000 Menschen auf Amerikas Straßen umgebracht. 70% davon waren Schwarze, die von anderen Schwarzen ermordet wurden. 181 Schwarze wurden zwischen 1980 und 1990 von weißen Rechtsradikalen umgebracht. Von den schwarzen Jugendlichen zwischen 20 und 30 Jahren sitzen 23% im Gefängnis oder leben mit einer Bewährungsstrafe. 46% der Gefängnisinsassen sind schwarz, unter den zum Tode Verurteilten 2.000 Gefangenen sind 40% Afro-Amerikaner.

Am ersten Maiwochenende des vergangenen Jahres wurden in South Central 22 Menschen erschossen, 17 davon von Gangs. Der Terror der schwer bewaffneten Street Gangs zwingt die Bewohner von South Central immer wieder zur Kooperation mit der Polizei und zur eigenen militärischen Aufrüstung. Während des Riots wurden in L.A. mehrere Waffengeschäfte geplündert und rund 2.000 Pistolen und Gewehre sowie Munition entwendet. Nach dem Riot kauften sich tausende Bewohner, aber auch Pressefotografen, Feuerwehrmänner, etc. eigene Waffen.

Es gibt 800 Banden mit zusammen 20.000 Mitgliedern (in South Central leben 550.000 Menschen). Jede Gang favorisiert bestimmte Farben als Zugehörigkeitszeichen. Die wichtigsten Gruppierungen sind die Bloods (Farbe: Rot) und die Crips (Farbe: Blau), die jeweils wieder in Untergruppen zerfallen.

Nachdem im Sommer 1990 verschiedene populäre West Coast Rapper - alle frühere Gang-Mitglieder - unter dem Logo "We Are All In The Same Gang" mit Plakaten und Schallplatten eine Kampagne gegen die Gang Wars durchführten, sank die Anzahl der Todesopfer vorübergehend um 90 Prozent. Jetzt, nach dem Riot haben Crips und Bloods überraschend einen Waffenstillstand geschlossen, ihre Vereinigung in rituellen Begegnungen vollzogen und Verhandlungen mit den Behörden aufgenommen. Sie wollten, so heißt es, den Cops weniger Angriffsfläche bieten und so den Wiederaufbau von South Central unterstützten. "Wenn wir zusammenhalten", so der Crip Avalon Garden "werden die Schwarzen irgendwann oben sein und die Weißen unten." Einige argumentierten auch, nun besser gegen die "Schlitzaugen", die Koreaner vorgehen zu können. Solche Waffenstillstandsabkommen sind nicht neu. Die Gangs, die ursprünglich als Selbstverteidigungsgruppen gegen rassistische Übergriffe entstanden und später das Crack-Geschäft übernahmen, haben schon früher ihr Interesse an größeren Einheiten gezeigt. Die Black Panther Party hat seinerzeit unter den Gangs politische Aufklärungsarbeit geleistet und daraus Mitglieder rekrutiert. In manchen Wohnblocks, die seit Jahren von verfeindeten Gangs kontrolliert werden, kam der Gang-Terror einer Ausgangssperre gleich. Die Erleichterung ist jetzt riesengroß. Die Anwohner haben in den am schlimmsten betroffenen Vierteln spontan Picknicks organisiert, deren Harmonie von einem massiven Truppenaufgebot der Polizei systematisch gestört wurde.

Ghetto-Filme und Gangster-HipHop aus Los Angeles

Lange schon vor dem Riot im Mai diente South Central zahllosen Filmen als Vorbild und Kulisse - meist 20 Meilen westlich nachgebaut im sicheren Hollywood. Vor allem Dennis Hopper verstand es mit seinem Film "Colors" über den Krieg der Street Gangs dem vom Lone Ranger John Wayne gelangweilten Publikum eine neuen Nervenkitzel zu bieten. Wie wenig derartige Streifen an den tatsächlichen Verhältnissen interessiert sind, wird vielleicht deutlich, wenn man sich die South Central Filme von Charles Burnett anschaut, etwa "To Sleep With Anger" ("Zorniger Schlaf" in der deutschen Fassung). Burnett, in South Central aufgewachsen, schildert das Leben von konservativen und gläubigen schwarzen Familien, von Männern, die am Rande der Gefechtszonen Hühner in kleinen Gemüsegärten züchten und von Frauen, die Schwangerschaftskurse für junge Paare aus der Nachbarschaft geben. An diesen Themen ist Hollywood heute nicht sonderlich interessiert, denn von den heute weltweit berühmtesten schwarzen Ghettos South Central sowie dem benachbarten Stadtteil Compton (dazwischen liegt Watts, das Viertel, das sich von den materiellen Folgen des

Aufstandes von 1965 nie mehr erholt hat) ist das weiße Publikum mehr fasziniert als schockiert. Die Existenz dieser Ghettos wird niemals Ausgangspunkt einer radikalen Kapitalismuskritik. Es fasziniert als Ort eines sozialtechnischen Großversuches, bei dem dem Publikum die Techniken der Selbstbehauptung unter extremen Bedingungen vorgeführt werden. All jene, die die von der Ökonomie der freien Konkurrenz geprägte Psyche des bürgerlichen Individuums, seine Aggressionen und Rücksichtlosigkeiten für natürlich halten, sehen sich in South Central bestätigt. Das Ghetto ist für viele das Biotop, in dem es ganz "authentisch" sozialdarwinistisch zugeht. Seine Existenz bestätigt das falsche Volksbewußtsein von der grundsätzlichen Wolfsnatur des Menschen. Über den Zwischenschritt der Ästhetisierung erscheint es aber auch, insbesondere vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Verteilungskämpfe im vergrößerten Deutschland, als antizipierender Spiegel einer plötzlich für möglich gehaltenen eigenen Zukunft. Dies und natürlich auch die Überzeugung, daß man vorerst noch das bessere Los gezogen hat, sind die Elemente aus denen sich der Nervenkitzel nährt.

Bisher war das Ghetto nur der Ort, an dem aus Armut Kunst entsteht, die fotogene und exotische Fußnote im Merian-Heft, das "leider" und "Aber" zum Bericht über Amerikas Größe, der Pluspunkt für die BRD im internationalen Leistungsvergleich, die Bestätigung für Strukturpolitiker ("strukturschwaches Gebiet"), Sozialtechniker ("negative soziale Entmischung"), Sozialdarwinisten ("Survival Of The Fittest") und Rassisten ("die wollen ja so leben"). Bisher zählte das Ghetto vorwiegend zum Unterhaltungssektor, war es Western, Science Fiction, Horror, Krimi und Dschungelabenteuer zugleich. Das alles ist es auch immer noch, aber was eben noch in erster Linie Genuß ist, schlägt plötzlich in Haß um, wenn in der ehemals sorgsam aufgeräumten Bundesrepublik, wo in den 70er Jahren selbst ausgewiesene "Problemviertel" leicht zu befrieden waren, deutlich sichtbare Zeichen von Verslumung in den Innenstädten und Großsiedlungen auszumachen sind.

Nicht zufällig fiel deshalb auch die Reaktion auf den wenig spektakulären und sehr interessanten South Central-Film "Boyz N The Hood" von John Singleton (mit dem Rapper Ice-Cube in der Hauptrolle) erstmals offen rassistisch aus. Wie dünn die schicke Decke von "Toleranz und Weltoffenheit" in Wirklichkeit ist, bewiesen - kurz nach den "Ereignissen" in Hoyerswerda - mehrere Filmbesprechungen: "Dieser Film produziert Rassenvorurteile und ist deshalb so überflüssig wie ein Kropf" befand das "Hamburger Abendblatt" und die überregionale Billigstadtzeitschrift "Prinz" (2/92) meinte: "Schade, daß der Film unfreiwillig von der ersten bis zur letzten Minute signalisiert: Die Ausländerhasser in Hoyerswerda und anderswo haben völlig recht. Denn sämtliche Filmprotagonisten haben die kriminelle Energie buchstäblich in den Genen, wollen nur randalieren. Singleton, selbst schwarz, hat den reißerischen Effekten zuliebe seine eigene Rasse diskriminiert."

Das kriselnde Lifestyle-Magazin "Wiener" hält seine Leser in der Juni-Ausgabe hingegen noch für wohlhabend genug, um ihnen South Central weiterhin als geilen Action-Thriller und farbenfrohen Videoclip verkaufen zu können. In einer als "Gangsta Rap" betitelten und von in Sachen Rap ahnungslosen Schreibern verfaßten Story wird der Riot als allerneuster Fruchtjoghurt, als das letzte noch wirklich aufregende Neue Ding vermarktet.

Vom "wildwuchernden Asphaltdschungel" über die "authentische Glaubwürdigkeit der Ghetto-Identität" bis zur Charakterisierung von South Central als "moderner Wilder Westen" werden dort alle rassistischen Stereotypen zusammengetragen um sie dann - im Gegensatz zu "Prinz" - als authentische Ghetto-Kultur für den Genuß des Metropolenpublikums aufzubereiten. Aus dieser Sicht ist South Central auch weiterhin nichts als ein militantes Disneyland des Rap, also das witzig-interessante House Of Horror, das die Hamburger Hafenstraße für die Leser von "Bild am Sonntag" so nie werden kann, weil die gewöhnlichen Duckmäuser den Trick mit der Ästhetisierung nicht beherrschen und die Outbounds der Gesellschaft deshalb als wirkliche Bedrohung empfinden.

Der Rap aus Los Angeles ist - im Gegensatz etwa zu dem aus New York - tatsächlich in erster Linie "Gangsta Rap".

Ehemalige Kriminelle und Gang Members wie Above The Law nennen ihr Langspielplatte "Living Like Hustlers" mit dem Untertitel "South Central Survival Kit". Kriminelle Karrieren haben auch die Rapper von NWA ("Niggers With Attitude") hinter sich. Ihr Hit "Fuck Tha Police" von dem Album "Straight Outta Compton" wurde zur Hymne der Gangs. Von dieser Gruppe, die wie viele andere auch nur noch das Wort "Bitch" gebrauchen, wenn sie von Frauen reden, hat sich Ice-Cube als Solo-Künstler getrennt. Anfangs auch nur ein weiterer

Gangsta Rapper (Album-Titel: "AmeriKKKa's Most Wanted") konvertierte er vor einigen Monaten zu den rassistischen und antisemitischen Black Muslims. Sein Rap "Black Korea" richtet sich gegen die koreanischen Einwanderer, in einem anderen Titel wünscht er einer Frau einen Tritt in den Bauch, weil sie ihn angeblich mit einer Schwangerschaft "hereingelegt" hat. Seit der populäre Rapper Ice-T als mehrfacher Millionär auf den Hügeln von Hollywood lebt, fallen seine Crime Rhymes moderater aus. Doch der Titel "KKK Bitch" seiner Rockband "Body Count" phantasiert von der sexuellen Demütigung der Tochter eines Ku Klux Klan-Rassisten.

Neben weiteren schwarzen Rap-Gruppen wie CMW ("Comptons Most Wanted"), CPO ("Capital Punisment Organization"), Uzi Bros (die "Uzi" ist das in L.A. verbreiteste Schellfeuergewehr, "Bros" steht für Brothers) und Tone Loc (dessen Hit "Wild Thing" auf das "wilding" anspielt, womit Raub und Vergewaltigung gemeint sind) existieren in L.A. Gruppen, die anderen "ethnischen" Minderheiten angehören, etwa Boo-Yaa Tribe, die aus Samoa eingewandert sind oder die Latin-Rapper Mellow Man Ace, Kid Frost und Cypress Hill.

Der Gangsta Rap verkauft sich in den USA heute besser als jede andere Stil-Richtung des HipHop. Von vielen Singles und Alben werden mehrere Millionen Stück verkauft und sie sind bei den weißen Kids beliebter als bei den schwarzen. Dieses Phänomen gibt Anlaß zu vielerlei Spekulationen. Die englische Zeitschrift "Living Marxism", die bis dahin von Rap wenig mitbekam, sah in ihrem Januar-Heft schon die vereinigten Jugendmassen im Kampf gegen den American Dream. Da ist der Rapper KRS-One realistischer: "Viele Rapper verteilen an das Publikum auch nur einen Prospekt vom amerikanischen Traum."

Wahr ist, daß der Rap der Gangster und Pimps (Zuhälter) den bewaffneten Überlebenskampf heroisiert und die Demütigung und Ausbeutung der noch Schwächeren zum Hauptthema hat. Die Brutalisierung der Sprache in diesem Subgenre des HipHop zeugt von der Verrohung einer Generation männlicher Schwarzer. Wenn weiße Jugendliche, die dem dafür ursächlichen weißen Rassismus nicht entgegentreten, diese Sprache aufgreifen und sie zusammen mit den vergleichbaren Inhalten vieler amerikanischer Rockbands konsumieren, so zeugt das zwar von einem "Wertewandel" und einem Hegemonieverlust der protestenatischen WASP-Elite, aber dieser Wandel geht keineswegs in eine antikapitalistische oder emanzipative Richtung. Gerade dieser Hardcore-Rap steht für die Idee einer rücksichtlosen Bereicherung auf Kosten anderer. Bezahlen müssen letztlich die Marginalisierten in den Ghettos.

South Central und die Weltpolitik

Da die 30 Millionen "unruhigen Wilden" mit ihrem 12%-Anteil an der amerikanischen Bevölkerung Einfluß auf die Innenpolitik einer Weltmacht ausüben - und sei es nur negativ, etwa weil große Teile der weißen Wähler aus "Angst vor einem schwarzen Planeten" (Titel eines Albums der Rap-Gruppe Public Enemy) weiter nach rechts abdriften - konnten sich die Rioter von L.A. weltweiter Aufmerksamkeit sicher sein.

Das Interesse gilt jedoch nicht wirklich ihnen. Damals, 1968 hatte beispielweise Mao Tse-Tung eine flammende Erklärung zur Unterstützung der Afro-Amerikaner abgegeben und deren Aufstand als "Anfeuerung des Kampfes der Völker der ganzen Welt gegen den USA-Imperialismus" gepriesen, eine Einschätzung die das FBI teilte, weshalb es die Black Panther Party als eine der größten Gefahren für die Sicherheit der USA bezeichnete und deren Führung brutal liquidierte. Heute nutzten die VR China, Vietnam, Libyen und der Irak nur noch die Gelegenheit, um die USA der Heuchelei in Sachen "Menschenrechte" zu überführen. Und Gorbatschow, der sich, als der Riot begann, gerade von dem Mann, der den Schwarzen die Sozialhilfe strich, vom Hubschrauber aus die "swimmingpools of the workers bellow" ("Herald Tribune") zeigen lies, blickte später von Reagans Altersruhesitz in Bel Air auf das noch qualmende South Central. Mitterand, in dessen Grande Republique mit Immigranten kaum besser umgegangen wird, rächte sich für das vor die Tore von Paris gesetzte Euro-Disneyland mit Hinweisen auf die Überlegenheit französischer Toleranz und die in Sachen Asylantenhetze freiwillig gleichgeschaltete deutsche Presse warf dem Land, in dem immerhin so viele "Nicht-Weiße" leben, wie die alte BRD Einwohner hatte und in dem selbst die "Weißen" zu erheblichen Teilen von Menschen repräsentiert werden, denen in Deutschland niemand einen Paß ausstellen würde, moralisches Versagen vor - nach dem hämischen Muster: Schlaglöcher in den Straßen von New York und Ärger mit den eigenen Negern, das will eine Weltmacht sein?

Afro-Amerikaner, deutsche Linke und Rap

Im neuen Deutschland in den Grenzen von 1989 arbeitet man heute mehr denn je an der Beförderung der "nationalen Identität". Der seinen Nachbarn überlegene, arbeitsame, ordentliche Deutsche wird täglich

beschworen, die Skepsis im Ausland gegenüber dem erstarkten Deutschland umgehend als Neid der Erfolglosen qualifiziert.

Für die Rassisten sind unterdessen Schwarze derart zur bevorzugten Zielscheibe geworden, daß "The Voice", eine bürgerliche Zeitung der britischen Black Community, im Januar dieses Jahres ihren Lesern dringend von Reisen nach Deutschland abriet.

Aus allen Umfragen geht hervor, daß man den "Neger" - nicht nur in Deutschland - mehr haßt als alle anderen. Die Rap-Gruppe Public Enemy hat dies als tiefsitzende geheime Angst des weißen imperialistischen Europas vor einer Umkehrung der Verhältnisse interpretiert, als die "Angst vor einem schwarzem Planeten".

Ein Interesse an der Situation der African-Americans existierte hier nur in den 70er Jahren in Gestalt der Black Panther-Solidaritätskomitees und im Rahmen der Agitation gegen den Vietnamkrieg, auf dessen Verlauf die Widerstandshandlungen schwarzer GIs einen nicht zu unterschätzenden Einfluß hatten. Damals gab es in den US-Kasernen in Frankfurt und anderen Städten schwarze GI-Gruppen, die Hegel-Schulungen durchführten und Black Panther-Material verteilten. Die linke Studentenbewegung, die viele ihrer Aktionsformen, vom Sit-In bis zum Wahlboykott, direkt von der schwarzen Bürgerrechtsbewegung entliehen hatte, unterstützte diese GIs, half ihnen z.B. bei der Flucht, wenn sie nach Vietnam verlegt werden sollten, oder beim Verteilen ihrer Zeitungen. Der Widerstand der Afro-Amerikaner, deren militante Kräfte sich meistens als Linke verstanden, fügte sich ziemlich glatt in das damals gültige Bild vom weltumspannenden Kampf gegen den Imperialismus. Viele sahen in den schwarzen Organisationen vorwiegend Vertreter einer angeblich in den USA existierenden "schwarzen Nation". Da nach dieser Diktion das Proletariat möglichst die Führung im "nationalen Befreiungskampf" innehaben sollte, traf es sich auch gut, daß die Panthers und andere auch vom Klassenkampf sprachen. Im Gegensatz etwa zu den japanischen Linksradikalen (Zengakuren), die seinerzeit einen nach Japan gereisten Vertreter der Panthers als Rassisten kritisierten (Hue P. Newton, der Gründer der Panthers warf diesen Funktionär daraufhin wegen nationalistischer Abweichungen aus der Organisation), ging in Westdeutschland die Unterstützung nur selten bis zur kritischen Auseinandersetzung. Nach dem Ende der Panthers erlosch das Interesse an der Situation der Afro-Amerikaner nahezu vollständig.

Träger des Wissens über Lebensbedingungen und ideologische Strömungen in der amerikanischen Black Community sind heute die Konsumenten von Rap und HipHop. Das ist möglich, weil ein dicker Stapel Rap-Platten (den in Sachen Pop nur mäßig interessierte Altlinke eben nicht besitzen) tatsächlich ein aktuelles Lexikon zur Lage der Afro-Amerikaner darstellt. Vom gesampleten Polizeifunk der South Central Cops bis zur ausführlichen Darstellung aller existierenden Bewußtseinsformen und Gegenstrategien bietet Rap den kompletten Überblick.

Bei der Interpretation dieser vielfach codierten Rauchsignale aus der schwarzen Jugendsubkultur stößt die black music-Szene allerdings auf erhebliche Schwierigkeiten und scheitert meist schon an dem von den Rappern postulierten "Rassenstolz", gegen den man nichts einwenden möchte, weil man selber die guten diplomatischen "Beziehungen" zwischen den "Rassen" für ein erstebenswertes Ziel hält.

Black Marxism

Die "Black Radical Tradition" in Amerika und in der Karibik geht auf die ersten Widerstandshandlungen gegen die Sklaverei zurück. Dieser Widerstand ist zum Beispiel in den seit 1540 existierenden Archiven von Puebla de los Angeles dokumentiert. Seine Formen reichten von massenhaften "runaways" zu den Siedlungen der Indianer, bis zur Gründung befestigter Dörfer in den Bergen von Jamaika. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte der Kampf gegen die Sklaverei mit der Errichtung der ersten schwarzen Republik auf Haiti (1791-1804) unter den Losungen der Französischen Revolution.

Der Aufnahme theoretischer Entwürfe war seitens der verschleppten Afrikaner an bestimmte materielle Voraussetzungen gebunden. Bereits unter den Bedingungen der Sklaverei waren die weißen Herren häufig gezwungen, einigen Sklaven eine Ausbildung zu geben, damit sie Aufsichts- und Leitungsarbeiten in der Produktion übernehmen konnten. Auch wurden Sklaven als Ausbilder anderer Sklaven eingesetzt. Als in den USA 1863 die Sklaverei abgeschafft wurde, gab es bereits 60.000 "free persons of colour", also Menschen, die sich selbst freigekauft hatten oder von "liberalen" Sklavenhaltern wegen besonderer Leistungen freigelassen wurden. Meist handelte es sich dabei um "light skin blacks", also um hellhäutigere Nordafrikaner. Aus dieser ersten und sehr schmalen "schwarzen Mittelschicht" kamen dann auch die ersten schwarzen Intellektuellen,

die sich mit den aus Europa kommenden theoretischen Entwürfen auseinandersetzten. Der 1868 geborene W.E.B. Du Bois stammt aus einer dieser "hellhäutigen" Familien. (In Louisiana gilt noch heute, daß 1/32 "schwarzen Blutes" einen Menschen zum Schwarzen macht).

Du Bois ging 1885 auf die Fisk-Universität "für Neger und Negermischlinge". Zehn Jahre später veröffentlichte er das Buch "Die Unterdrückung des Handels mit afrikanischen Sklaven nach den USA 1638-1870". 1897 wurde er Professor an der "Negeruniversität" in Atlanta. Als er dann 1910 die bis heute existierende NAACP und die Zeitschrift "The Crisis" gründete, hatte er bereits einige Werke von Marx gelesen. Zum Ärger des bürgerlichen Flügels dieser "Nationalen Organisation zur Wahrung der Interessen der farbigen Bevölkerung" begrüßte er 1917 in einem Artikel die russische Oktoberrevoltion. Obwohl als "Bolschewist" verschrien und bald aus der Position des Chefredakteurs verdrängt, war Du Bois kein Marxist, sondern ein im Marxismus bewanderter Panafrikanist. Mitglied der KP der USA wurde er erst 1961. Seine Frau Shirley Graham Du Bois starb 1977 in Peking. Die "Peking Rundschau" 15/77 widmete ihr, wie schon 1963 ihrem Mann, einen ausführlichen Nachruf.

Bis 1922 gab es für radikale schwarze Intellektuelle wenig Gründe, vom Marxismus mehr als einen allgemeinen theoretischen Bezugsrahmen für ihre Studien zu erwarten. Die linken Parteien waren nicht in der Lage gewesen, das Phänomen eigenständiger schwarzer, nicht klassengebundener Organisationsformen mit ihrem Verständnis vom Klassenkampf zu vereinbaren. Als "rassifizierte" Fraktion der Arbeiterklasse oder des unteren Mittelstandes waren die Schwarzen von der weißen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zudem weitgehend ausgeschlossen.

Erst der Vierte Kongreß der Kommunistischen Internationale setzte 1922 eine Diskussion über die "Negerfrage in den USA" an. Erstmals nahmen zwei amerikanische Schwarze als Beobachter teil und am Ende wurde eine "Neger-Kommission" eingesetzt. Die Konfrontation mit der rapide wachsenden Bewegung des schwarzen Nationalismus warf dabei theoretische und praktische Probleme auf, die letztlich nie zufriedenstellend beantwortet wurden. Die KP der USA warb ab 1925 nachdrücklich um die Afro-Amerikaner und gründete mit dem American Negro Labor Congress eine von ihr geführte Massenorganisation, die u.a. verfolgten Schwarzen Rechtshilfe gewährte. Viele weiße Kommunisten wurden durch ihr persönliches Engagement sogar zu begeisterten Fans der "Race Music", wie der Rhythm & Blues damals noch genannt wurde. Eine große Anzahl schwarzer Genossen wurde in die höchsten Leitungsgremien der Partei gewählt. Trotzdem wurden bis 1928 nur 500 Schwarze Mitglieder der KP. Im selben Jahr schwenkte die KP um und setzte sich plötzlich für einen separaten schwarzen Bundesstaat ein, also für die Forderung, die heute vor allem von den Black Muslims und dem Ku Klux Klan vertreten wird und die vor wenigen Jahren auch Gorbatschow noch erhob.

Ähnlich verlief die Entwicklung in der Sozialistischen Partei. Die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung unterstützte zu dieser Zeit bereits die Demokratische Partei, die der schwarzen Mittelklasse Positionen in Gemeinderäten und staatlichen Einrichtungen anbieten konnte.

In der Karibik entwickelt sich in dieser Zeit eine schwarze Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung mit Bezügen auf den Marxismus. Der 1901 als Sohn eines schwarzen Lehrers auf Trinidad geborene C.L.R. James (1989 in London gestorben) wurde zu einem der bedeutendsten schwarzen Marxisten, dessen Einfluß bis in die USA reichte.

Marxistische Ansätze existierten im Grund durchgehend als Minderheitspositionen in den schwarzen Massenorganisationen, vor allem im Student Non-Violent Coordinating Commitee (SNCC). Malcolm X anerkannte in seinem letzten Lebensjahr die soziale Spaltung der bürgerlichen Gesellschaft als spezifische Grundlage das aktuellen Rassismus'. Robert Williams, der vom FBI gejagte Vorsitzende des NAACP ersuchte Mao Tse-Tung mehrfach um offizielle Unterstützung, was dann auch in den beiden Erklärungen Maos zum Kampf der Afro-Amerikaner ausdrücklich erwähnt wurde. Die in den 60er Jahren gegründete Black Panther Party wandelte sich unter dem Einfluß von Eldridge Cleaver von einer nationalistischen zu einer marxistisch orientierten Organisation, die das Bündnis mit weißen Radikalen (Cleaver und Bobby Seal waren vor allem von den Beatnicks und Bob Dylan begeistert; Cleaver arbeitete eng mit Jerry Rubin zusammen, dem Sprecher der Yippies, die sich als bewaffnete Fraktion der Hippies verstanden), den Befreiungsbewegungen sowie mit Vietnam und China suchte.

Inzwischen organisierten sich auch wieder radikale Schwarze, darunter Angela Davis in der KP der USA, die ihre Linie wieder geändert hatte. Anfang der siebziger Jahre spaltete sich der marxistische Flügel des panafrikanischen African Liberation Support Commitees ab, seine Mitglieder gingen zur KP und zu den Panthers. Von der Zerschlagung der Black Panther Party durch das FBI hat sich die schwarze Linke bis heute nicht mehr erholt. Das Thema Black Panther ist immer noch weitgehend tabu, selbst als Forschungsthema. Erst in den letzten beiden Jahren wird es wieder vorsichtig diskutiert. Auch in der HipHop-Szene tauchen zur Zeit mehrere Rapper auf, die sich als Söhne von Black Panther-Eltern zu erkennen geben, etwa Ali von A Tribe Called Quest und Tupac Amaru Skakur, der mit Assata Shakur (Ex-Black Panther und Black Liberation Army) verwandt ist und der im Gefängnis geboren wurde, weil seine Mutter angeblich einen Anschlag auf den Botanischen Garten von New York verübt hatte. Auf seinem Album "2 Pac" widmet er einen Song George und Jonathan Jackson (beim Versuch, seinen Bruder George aus dem Gerichtssaal zu befreien, wurde Jonathan erschossen. Angela Davis wurde angeklagt, die Tatwaffen besorgt zu haben. George wurde 1971 bei einem "Fluchtversuch" aus dem Gefängnis von Attica erschossen).

Der Einfluß der schwarzen Linken ist heute minimal. Es existieren einige schwarze stalinistisch-maoistische Gruppen, die sich z.B. "Afrikanische Sozialistische Partei" nennen, für einen schwarzen sozialistischen Separatstaat eintreten und von den USA Reparationen für die Sklaverei fordern. Mehrere trotzkistische Gruppen, vor allem die Spartacist Group, schreiben den Afro-Amerikanern eine Avantgarde-Rolle im Klassenkampf zu und werden von schwarzen Mitgliedern angeführt. Ähnliche Positionen vertrat auch die Zeitung "Race Today", die - unter Mitarbeit des Reggae-Poeten Linton Kwesi Johnson - bis vor zwei Jahren in London erschien und jetzt in eine C.L.R. James-Stiftung umgewandelt wurde.

Ghetto Music For Beginners:

1. Above The Law "Livin'Like Hustlers"

2. A Tribe Called Quest "The Low End Theory"

3. Black Sheep "A Wolf In Sheeps Clothing"

4. Boogie Down Productions "Sex And Violence"

5. Comptons Most Wanted "It's A Compton Thang"

6. Disposable Heroes Of Hiphoprisy "Hipocrisy ..."

7. Ed O.G. & The Bulldogs "Life Of A Kind In The Ghetto"

8. HEAL "Civilization vs. Technology"

9. Hijack "The Horns Of Jericho"

10. MC Peaches "More Than Just A Pretty Face"

11. NWA "Straight Outta Compton"

12. Public Enemy "Apocalypse 91"

13. Rebel MC "Black Meaning Good"

14. Stetsasonic "Blood, Sweat And No Tears"

15. Too Short "The Ghetto" (Maxi)

29. Afghanistan: Zurück in die Zukunft

Rubrik: Afghanistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:23

Seit April befinden sich in Afghanistan Kräfte an der Macht, die das Land zu einem islamischen Staat mit "fundamentalistischer" Prägung machen wollen. Die Frauen der Städte werden schon zwangsverschleiert, die kommunistische und alle "anti-islamische" Literatur muß verbrannt werden. In der Hauptstadt Kabul haben die Mudschahedin Einzug gehalten, nachdem Nadschibullah als Regierungschef durch einen internen Putsch entmachtet worden war. Die islamischen Traditionen haben einen Sieg davongetragen, doch wer ist der Sieger in Afghanistan?

Es gab beim Abgang von Nadschibullah weder "35.000 durchschnittene Kehlen", wie sie einst Hekmatyar, der radikalste unter den Mudschahedin, im Falle des Sieges angekündigt hatte, es gab auch keinen Erfolg des UNO-Planes, der nach einem Abtritt Nadschibullahs einen geordneten Machtübergang unter Beteiligung des alten Regimes vorsah, noch gab es einen militärischen Sieg der Mudschahedin. Die neuen Machtkonstellationen verlaufen quer zu bisherigen Fronten.

Es bleibt bestenfalls eine vage Hoffnung, daß nun wenigstens der Krieg in Afghanistan beendet wird. Vielfach wird befürchtet, daß er sich im Gegenteil auf einer neuen Stufe bis zum Zerfall des Landes in mehrere Nationalstaaten entwickeln könnte.

Zur Vorgeschichte

Vor dreizehn Jahren (1979) begann der militärische Eingriff der Sowjetunion in Afghanistan. Vor drei Jahren (im Februar 1989) verließen die letzten sowjetischen Truppen Afghanistan. Drei weitere Jahre hielt sich zur allgemeinen Überraschung des Westens das Regime Nadschibullahs, bevor es im April dieses Jahres zusammenbrach und die Macht an die Mudschahedin übergab. Der Versuch der "demokratischen Volkspartei" Afghanistans und der Sowjetunion, ein Land mit weitgehend feudalen Strukturen mit Waffengewalt auf einem "dritten Weg" in die realsozialistische Neuzeit zu führen, hatte in einem grausamen Krieg geendet, bei dem 13.500 Sowjetsoldaten und viele Hundertausende oder sogar eine Million Afghanis umgekommen sind. Rund zwei Drittel der Landwirtschaft sollen zerstört sein; fünf, manche sprechen sogar von zehn Millionen Menschen sind nach Pakistan und in den Iran geflohen, auf zwanzig Millionen wird die Hinterlassenschaft an Minen von der UNO eingeschätzt. Unter Gorbatschow wurde dieser Krieg seitens der Sowjetunion beendet. Alle Versuche, nach diesem grausamen Kapitel noch zu einer Versöhnung zwischen Nadschibullah und den vom Westen und islamischen Ländern unterstützten Mudschahedin zu kommen, sind gescheitert. Jetzt steht Afghanistan vor der Installierung eines islamisch-fundamentalistischen Staates, eventuell sogar vor der Aufteilung in mehrere Staaten, wenn sich die Sieger nicht einigen können.

Noch vor dem Abzug ihrer Truppen aus Afghanistan bemühte sich die Sowjetunion vergeblich darum, einen Friedensplan durchzusetzen. Die westliche Welt rechnete mit einem baldigen Sieg der Mudschahedin. Aus dem bereits für 1989 geplanten Endsieg der Mudschahedin wurde aber nichts, nicht einmal eine größere Provinzstadt konnte erobert werden. Die Ausrufung der neuen Regierung durch die Mudschahedin mußte abgeblasen werden. Das alte Regime erwies sich als stabiler, als seine Gegner behaupteten. Dabei vollzog es einen gewaltigen Wandel: Vom Internationalismus zum Verteidiger der islamischen Werte, von der Volkspartei zur Vaterlandspartei, von der Umgestaltung der feudalen Clan- und Nomadengesellschaft zum Versuch eines Paktes mit deren Vertretern. Gleichgeblieben waren nur die Figuren, die die Macht auch mit Waffengewalt verteidigen wollten.

Die Pattsituation im Lande sowie die Herausbildung neuer islamischer Bewegungen im südlichen Teil der ehemaligen Sowjetunion führten zu einer Veränderung der Haltung der am Konflikt beteiligten Staaten, die bisher die fundamentalistischen Gruppen der Mudschahedin unterstützt hatten. Aus der sogenannten "positiven Symmetrie", mit der sich die USA und die Sowjetunion die jeweilige Unterstützung ihrer Klientel in Afghanistan zugestanden hatten, wurde dieses Jahr erstmals eine "negative Symmetrie". Beide Seiten stellten die Waffenlieferungen ein. Selbst Pakistan, das jahrelang Hekmatyar, den glühendsten Verfechter eines eigenen islamischen Gottesstaates, unterstützt hatte, entdeckte nun sein Interesse an einem Ausgleich. Die UNO bekam nun durch die USA, Rußland, Pakistan, China, Indien und auch die Türkei entsprechende Rückendeckung für einen Friedensplan.

Mitte März dieses Jahres hatte der UNO-Diplomat Benon Sevan seinen Friedensplan fertig: Nadschibullah kündigte seinen baldigen Rücktritt an. Ende April sollte es in Wien zum großen Palaver von 150 durch die UNO, den Clans und Widerstandsparteien ausgesuchten Personen kommen, es galt nur noch, die letzten Mudschahedin-Führer in Peschawar (in Pakistan) und in Teheran (im Iran) von diesem Plan zu "überzeugen", auch diejenigen, die bisher jeden Ausgleich mit dem alten Regime verweigert hatten.

Natürlich ging es bei den Streitigkeiten unter den Mudschahedin um die Machtverteilung im neuen Afghanistan. Hekmatyar etwa hielt sich für so stark, daß er selbst alle königstreuen Gruppen ausschließen wollte, weil an den Händen des Königs Blut von Afghanen klebe. (1)

Das Ende Nadschibullahs

Doch noch bevor die UNO zum Zuge kommen konnte, brach das alte Regime in Kabul zusammen. Ende Januar hatte Nadschibullah den dafür ausschlaggebenden "Fehler" begangen. Er wollte gemeinsam mit dem Oberbefehlshaber der afghanischen Armee in den Nordprovinzen den General in Heiratan absetzen. Dieser verweigerte den Gehorsam und erhielt die Unterstützung militärischer Einheiten des Regimes im Norden. Darunter war der Chef der usbekischen Milizen, General Dostum, der eine entscheidende Rolle bei der aktuellen Umgestaltung spielt. Im Norden Afghanistans, an der Grenze zur alten Sowjetunion, gibt es eine usbekische Minderheit. General Dostum gilt als eine Art moderner Dschingis Khan, dessen Truppe zu den grausamsten Hilfsmitteln des Regimes zählte. Mit von der Partie war auch Said Dschaffar Nadri, Kommandeur einer islamischen Miliz, die das Regime als Helfer mit Macht und Waffen ausgestattet hatte. Die beiden Gruppen besetzten die Stadt Masar-i-Scharif und sperrten die Lebensmittelzufuhr aus den GUS-Staaten nach Kabul. Ausgerechnet Pakistan und der Iran beschlossen daraufhin, Kabul mit Lebensmittellieferungen aus der Patsche zu helfen. (2) Jeweils 10.000t steuerten die USA und Pakistan zum Erhalt des Nadschibullahs Regimes bei. Doch auch diese Lieferungen haben erst nach dem Sturz Nadschibullahs Kabul erreicht. In der ersten April-Hälfte hatten die UNO-Unterhändler in aller Eile ihren Plan aktualisiert: Ein fünfzehnköpfiger Rat sollte zunächst die Macht übernehmen, alle Feindseligkeiten eingestellt und eine Generalamnestie erlassen werden. Butros Ghali appellierte an alle Afghanen, "die Streitigkeiten zu beenden und die Wunden heilen zu lassen". (3)

Eine Koalitionsregierung unter UN-Aufsicht sollte die Macht übernehmen, bis schließlich "freie Wahlen" abgehalten würden. Die Räumung der Minen und die Rückführung der Flüchtlinge sollten eingeleitet werden. Dieser Plan fand aber keine Zustimmung unter den fundamentalistischen Mudschahedin-Gruppen. (4) Teile der sieben Peschawar-Parteien lehnen nach wie vor jede Beteiligung des alten Regimes ab, Teile der acht schiitischen Organisationen aus Teheran beklagen ihre mangelnde Beteiligung. Während der pakistanische Regierungschef und Schirmherr des Widerstand erklärte, der "heilige Krieg" sei zu Ende, wollten ihn die beiden großen Mudschahedin-Parteien unter Hekmatyar und Sayyaf bis zum bitteren Ende führen. (5) Es begann der Marsch der Mudschahedin in die Städte und auf die Hauptstadt Kabul, jeder wollte dort der erste sein, um die beste Ausgangsposition für die Zukunft zu erringen.

Verständigung unter "Brüdern"

Als die Mudschahedin in der Hauptstadt Kabul einmarschierten, waren die Verhältnisse bereits von den herrschenden Militärs und der Watan-Partei neu geordnet worden. Mitte April trat der Außenminister und bis dahin engste Vertraute Nadschibullahs an die Öffentlichkeit und erklärte, daß Nadschibullah nach seinem Versuch, aus dem Lande zu fliehen, abgesetzt worden sei. Wie sich herausstellte hat der bereits erwähnte General Dostum den Abflug verhindert, und Nadschibullah soll sich nun in der UN-Vertretung mit "Johnny Walker" trösten. Nadschibullah sei, so erklärte Wakil, ein "Hindernis zum Frieden und zur Verständigung mit unseren Mudschahedin-Brüdern" gewesen. Der alte Geheimdienstchef habe Selbstmord begangen. Wie man heute weiß, hat er es geschafft, sich gleich vier Kugeln in den Kopf zu schießen. Man habe einen neuen Armeerat aus 45 Generälen und 17 Kommandeuren der Rebellen und ein Exekutivkomitee aus der Watan-Partei gebildet. Kopf der Armee-Fraktion war General Azemi und mit in diesem Rat war der General Dostum, dessen Truppen nun in Kabul mit seinen Kollegen den Machtübergang organisierten. (6)

Es ist nun schwer zu durchschauen, wer mit wem gegen wen agiert hat. Tatsache ist, daß sowohl in den Provinzstädten als auch auf zentraler Ebene in Kabul eine Machtübergabe stattfand. Sieger in Kabul war Massud, Verlierer war Hekmatyar. Massud erklärte Hekmatyar zu einem "Kriegshetzer", und Hekmatyar

beschuldigte Massud, die "nationale Einheit" zu bedrohen, "opportunistische Kräfte" wollten mit Unterstützung des Auslands der kommunistischen Watan-Partei das Überleben ermöglichen. (7) Hekmatyar gab sich in der Öffentlichkeit als strikter Gegner jeglichen Arrangements mit dem alten Regime: "Es kann keine Abmachung mit den heimtückischen und gottlosen Kommunisten geben", erklärte er. Ultimativ forderte er die bedingungslose Übergabe von Kabul, dann könne es eine Amnestie geben, andernfalls werde er die Stadt stürmen. (8) Die radikalen Töne konnte er sich aber nur leisten, weil er selbst starke Verbündete in der Armee und Staatsführung hatte. Sein Pech war aber, daß er die schlechteren Partner hatte und man seiner Politik mißtraute. Zu den Drohungen Hekmatyars erklärte der Nachfolger Nadschibullahs, Hatef: Man sei bereit, die Staatsgewalt an eine Übergangsregierung der Mudschahedin zu übergeben, aber man "denke nicht daran, die Macht einer einzelnen Gruppe innerhalb der zersplitterten Rebellenbewegung zu übergeben." (9) Immerhin hatte Massud sich für einen friedlichen Übergang ausgesprochen, er persönlich könne "Nadschibullah seine zahllosen Verbrechen verzeihen", aber die Entscheidung darüber müsse das afghanische Volk treffen. (10) Ansonsten war sich Massud seines Bündnisses mit der Armee so sicher, daß er auf die Frage, warum er nicht schneller auf Kabul vorrücke, erklärte: "Ich bin sicher, daß die Armee nicht gegen mich kämpfen wird, weil ich die Versicherung gegeben habe, daß wir die Stadt nicht plündern und niemanden töten werden. Wenn ich jetzt also meine Truppen schicke, dann wird die militärische Verteidigung um Kabul nicht mehr kämpfen. Das würde anderen Mudschahedin-Gruppen ermöglichen, in die Stadt einzudringen, was ein Chaos auslösen würde." (11) Massud wollte ganz offensichtlich, daß die Armee seinem Rivalen Hekmatyar, der die alleinige Macht anstrebte, noch vor dem Endkampf um die Macht eine Niederlage beibringen sollte.

Von beiden stärksten Mudschahedin-Parteien sind schließlich Kämpfer in die Stadt gelassen worden, Massuds Kämpfer sind teilweise von der Armee eingeflogen worden. Hekmatyars Truppen gelang es sogar, zentrale Stellen wie den Flughafen und das Innenministerium zu besetzen. Nach zweitägigen Kämpfen, bei denen rund 800 Zivilisten umgekommen sein sollen (12), wurden seine Kämpfer weitgehend aus der Stadt vertrieben. Außerhalb der Stadt gingen die Kämpfe weiter und Hekmatyars Truppen beschossen - wie in alten Tagen - die Stadt mit Raketen. Wiederum soll es Hunderte von Toten und Verwundeten gegeben haben.

Eine gewisse Zeit versuchte Hekmatyar, jede Vereinbarung über die neue Regierung zu torpedieren. In Peschawar war im Beisein des pakistanischen Regierungschefs und eines saudischen Vertreters vereinbart worden, einen fünfzigköpfigen Rat zu bilden; zwei Monate sollte der Vertreter der schwächsten Peschawar-Partei, der königstreue Islam-Gelehrte Mojadidi, Chef der Übergangsregierung sein; Vertreter der Hekmatyar-Partei (Hezb-i Islam-ye) und der Konkurrenz unter Massud und Rabbani (von der Jamiat-i Islamye) sollten ihm folgenden und das Ministerpräsidentenamt bzw. den Vorsitz des Rates erhalten. (13) Einerseits hieß es, Hekmatyar sei nun doch bereit, am Regierungsbündnis (unter bestimmten Bedingungen) teilzunehmen, andererseits kündigte er an, jedes Flugzeug von Peschawar auf dem Wege nach Kabul abzuschießen. (14) Immerhin sind in den Händen der Mudschahedin noch rund 600 Stinger-Raketen, die die USA geliefert hatten. Die USA möchten zwar heute die Raketen wiederhaben, aber sie sind immer noch in den Händen der Mudschahedin. (15)

Mojadidi und die übrigen Erwählten reisten dann in einem großen militärischen Konvoi unter dem Schutz der Armee nach Kabul und wurden dort stürmisch empfangen. Kaum hatte Mojadidi aber eine "neue Ära des Friedens" für Afghanistan angekündigt (16), mußten die Menschen in ihre Häuser fliehen, weil die Stadt erneut beschossen wurde.

Auch wenn manchmal von einer Beruhigung der Lage in Kabul die Rede ist, ziehen sich die Kämpfe und die Verhandlungen um, einen Waffenstillstand hin. Am 25.5. - einen Tag zuvor hatte es wieder heftige Kämpfe um Kabul gegeben - erklärten Hekmatyar und Massud nach einem ersten Treffen, sie wollten nun Frieden schließen und ihre Kämpfer aus Kabul abziehen; innerhalb eines halben Jahres solle es Wahlen geben.

Welche Zukunft?

Werner Adam schrieb in der "Frankfurter Allgemeinen", daß bei aller Unklarheit über die Entwicklung Afghanistans ganz sicher gelten kann, daß "zur Ruhe diese von ethnischen, religiösen und nationalistischen Spannungen heimgesuchte Region in und um Afghanistan nicht kommen wird"...Wer immer am Ende in Kabul den Ton angeben mag, wird dies als Verfechter eines streng islamischen Staatswesens tun". (17) Schon jetzt ist aus der islamischen Republik ein islamischer Staat geworden; statt der angekündigten Amnestie wird ein "Volksgerichtshof" eingerichtet, kommunistische und "anti-religiöse" Literatur ist verboten. Die Frauen "sollen

sich fortan in der Öffentlichkeit von Kopf bis Fuß bedeckt halten und damit in jene Purdah zurück, die ihnen die Wahrnehmung der Umwelt nur noch durch ein enges Stoffgitter erlaubt. (...) Da die Nachfrage nach Purdahs gegenwärtig nicht gedeckt werden kann und die Preise zudem ins Unerschwingliche gestiegen sind, wird vorderhand die Verhüllung des Kopfes mit einem Schal von den Behörden für ausreichend angesehen. Viele Frauen sind es allerdings nicht, die sich so auf die Straße wagen. Das Risiko ist ihnen zu groß angesichts der nach Zehntausenden zählenden Mudschahedin, die aus der Provinz nach Kabul strömt sind." (18)

In diesem Land der Gegensätze gibt es rund fünf Millionen Nomaden auf der einen Seite. Das übertrifft noch die Zahl der Stadtbevölkerung, wovon fast zwei Millionen in Kabul leben. (19) Aber nur etwa 12%, also zwischen einer und zwei Millionen sollen lesen und schreiben können. Schon Zahir Schah, der 1973 gestürzte König, hatte den Schleier unter dem Beifall der städtischen Frauen in Afghanistan abschaffen wollen, schon damals rief das den Zorn der Mullahs hervor und der gleiche Hekmatyar, der heute zur Macht greift, verübte Säureattentate auf Frauen, die keinen Schleier trugen oder ihre Beine zeigten.

Der Weg zurück in eine islamische Clan- und Feudalgesellschaft wird sicherlich auf Dauer kaum möglich sein. Man darf nicht vergessen, daß dieses Land, das schon vor dem Kriege ein Armenhaus in der Welt war, nach dem Kriege erst recht keine sozialen Entwicklungsmöglichkeiten vor sich hat. Die ehemaligen Kriegsparteien, die viel Geld und Zerstörungskraft in dieses Land gepumpt haben, werden jedenfalls für den Aufbau kaum etwas tun. Die Sowjetunion hat es schon damals nicht vermocht und liegt nun selbst am Boden und wird wohl kaum den Forderungen der Mudschahedin nach Reparationszahlungen nachkommen. Und der Westen? Wie hieß es in einem FAZ-Kommentar so schön? "Ausländische Hilfe kann aber erst kommen, wenn das brudermörderische Schießen aufgehört hat." (20) Schon befürchtet dieser Kommentator, daß auch in Afghanistan die ethnischen Widersprüche zu den entscheidenden werden. Sie seien "viel gefährlicher als die zwischen verschiedenen Organisationen bestehenden politischen und religiösen Gegensätze, vielleicht sogar gefährlicher als die persönlichen Rivalitäten, die zwischen den Hauptführern jetzt ausgefochten werden", und das könnte dann nicht nur Afghanistan, sondern auch die umliegenden Staaten betreffen, in denen ebenfalls national verwandte Bevölkerungsgruppen leben. Das schafft zwar ein gemeinsames Interesse, diesen Konflikt zu befrieden, aber noch kein Interesse an der sozialen Entwicklung dieser Region.

HH

Anmerkungen, Quellen:

1) FR, 11.4.92

2) Tagesanzeiger, 11.4.92

3) taz, 11.4.92

4) FR, 11.4.92

5) taz, 16.4.92

6) FR, FAZ, 17.4.92

7) SZ, 22.4.92

8) SZ, 25.4.92

9) NZZ, 22.4.92

10) FR, 23.4.92

11) FR, 22.4.92

12) Spiegel, 11.5.92

13) FAZ, 25.4., NZZ, 22.4., FR, 26.4.92

14) FAZ, 27.4.92

15) SZ, 24.4.92

16) Spiegel, 4.5.92

17) FAZ, 18.5.92

18) FAZ, 14.5.92

19) 17% waren es laut offizieller Volkszählung von 1979

20) FAZ, 6.5.92

30. Die schreckliche Heiterkeit Richard Stahlmanns. - Über eine Figur in Peter Weiss" "Ästhetik des Widerstands"

Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:15

"Wir brauchen die Mythen nicht, die uns nur verkleinern wollen", formuliert im Roman "Die Ästhetik des Widerstands" (ÄdW) die Figur Coppi, und distanziert sich damit vom Ideal des revolutionären Heroen. Die Auseinandersetzung mit dem antiken Herakles durch die Hauptfiguren Coppi, Heilmann und Erzähl-ich bildet, wie ein Beitrag im letzten AK aufzuzeigen suchte (1), einen Entwicklungsstrang durch die 950 Seiten des dreibändigen Textes hindurch. Die jungen Widerstandskämpfer nehmen dabei Abschied von vereinfachenden künstlerischen und politischen Konzepten. Statt mythische Eindeutigkeit zu propagieren, nähern sie sich einem Kunstkonzept an, das das wache Erleben durch Wahrnehmungsformen des Traumes bereichern will. Im Politischen wird die Hoffnung auf den Männerhelden zugunsten eines handelnden Kollektivs aufgehoben.

Folgte man allerdings der Sekundärliteratur zum Roman des vor zehn Jahren verstorbenen deutsch-schwedischen Schriftstellers, so wäre die beschriebene Tendenz in der ÄdW durch eine andere idealisierte Männerfigur dementiert. Verschiedene sehr ernstzunehmende RezensentInnen haben in "Richard Stahlmann" eine Art revolutionärer Idealexistenz ausgemacht. Dem ehemals DKP-nahen Thomas Metscher gilt er beispielsweise als eine der "Hoffnungsfiguren des gesamten Romans", als "unbeugsamer, zugleich lebensfroher Kommunist", als "Grundfigur des ungebrochenen Willens und des unbrechbaren proletarischen Widerstands" (2). Alfons Söllner attestiert, Stahlmann habe sein "Abenteuertum ... vor allzu starker charakterlicher Deformation bewahrt" (3). Munkhammar/Bergh heben die "gute, großzügige und kraftvolle Männlichkeit" hervor, die "der legendäre Spanienkämpfer und Partisanenführer" (4) in der ÄdW repräsentiere (5).

Wie alle Figuren, ist auch "Stahlmann" in der ÄdW entlang einer realen historischen Person entwickelt. Stahlmann hieß eigentlich Artur Illner. Er nahm als Leiter des ostpreußischen "M(ilitär)-Apparates" an den '23er Aufständen der KPD teil. Nach deren Scheitern erhielt er auf der Moskauer Militärschule eine Ausbildung, wurde in den geheimdienstlichen Sektor der Komintern übernommen, und nahm seinen Decknamen an. Es folgten u.a. Einsätze in China, beim Kantoner Aufstand, und als Leiter einer Partisanenabteilung im spanischen Bürgerkrieg. 1943 wurde Stahlmann nach Stockholm kommandiert. Er organisierte von dort aus gemeinsam mit Herbert Wehner (alias "Funk"), Karl Mewis (alias "Arndt") und Jakob Rosner den kommunistischen Widerstand im faschistischen Deutschland. Für kurze Zeit gehörte er dem ZK der KPD an. Nach dem Krieg nahm er bis zu seinem Tod 1974 im Stasi-Apparat der DDR eine führende Stellung ein.

Peter Weiss versuchte 1972, Gespräche mit dem alten Kommunisten und Berufsrevolutionär zu führen. Es glückte nicht: "...Erfuhr von Stahlmanns schwerer Krankheit, wohl unmöglich, mit ihm zu sprechen." (6) So verschaffte sich Weiss in ausführlichen Gesprächen mit Menschen, die mit Stahlmann eng zusammengearbeitet hatten, einen intensiven Eindruck vom legendären "Haudegen", und er studierte die verfügbaren Memoiren, Bürgerkriegsschilderungen und historischen Darstellungen. Aus solchen Texten ergibt sich ein höchst schillerndes Bild von "Richard Stahlmann". Da ist der furchtlose Spanienkämpfer, der gütige Vater der Kompanie, der immer für einen Spaß und ein Gelage gut ist - und auf der anderen Seite der Geheimdienstexperte, der vor dem Liquidieren von Abweichlern nicht zurückschreckt, ein "Spion gegen Deutschland", oder ein Stalin-Apologet. Die geheimdienstliche Sphäre, in der Stahlmann tätig war, verknüpft sich mit den unterschiedlichen Interessen der jeweiligen AutorInnen zu gegensätzlich ausgeprägten Mythen, die einen real gelebten Menschen kaum erspüren lassen. Diese Quellenlage mag dazu beigetragen haben, daß auch Peter Weiss diese Figur wie einen mythischen Helden konzipierte.

So tritt der LeserIn der Ästhetik des Widerstands "Stahlmann" zunächst tatsächlich als höchst faszinierende Erscheinung gegenüber. Es dominiert der Eindruck umfassender Tatkraft, verbunden mit großem Humor. Die enge Begrenzung der Bewegungsfähigkeit durch die Übermacht des Feindes, die den antifaschistischen Widerstand ansonsten prägt, scheint für ihn nicht zu gelten. Stahlmann verwirklicht seine Arbeit nicht, wie die anderen, im stillen geschriebenen Wort, kaum ist er fähig, überhaupt einen Text zu verfassen (7). Vielmehr ist er laut, obwohl Illegaler, stimmt er in Stockholm auf offener Straße ein Parteilied an (ÄdW III, S.95). Er spricht

"mit Knurren und Fauchen" (ÄdW III, S.94), also machtvoll wie ein Löwe. Er begegnet der Vorstellung, die Umwelt, die Realität könne ihm, dem Illegalen, Bewegungsmöglichkeiten einschränken, mit lautem "Lachen" (ÄdW III, S.94). Bedrängende Quartiere sind ihm verhaßt, sie sind ihm "Gefängniszellen" (ÄdW III, S.94) - ihn zieht es stets hinaus ins Freie, dort allein macht er konspirative Treffpunkte ab. Ihn zieht es zur Brücke, auf den erhöhten Standpunkt, von dem aus Überblick möglich ist und wo "luftige Freiheit" vorherrscht (ÄdW III, S.94 u. 97). Stahlmann scheut jeden Stillstand, ist stets in schneller Bewegung, kommt an "wie geschleudert" (ÄdW III, S.94), seine Schritte sind wie Sprünge (ÄdW III, S.93). Er, der Kämpfer der Partei, bewegt sich machtvoll und exzessiv in Weite und Höhe, er ist stets wie im "Flug" (ÄdW III, S.95).

Damit durchbricht die Figur Richard Stahlmann alle Gesetze, die in der Ästhetik des Widerstands, ausgehend von der Betrachtung des Pergamon-Altars zu Romanbeginn, wirksam sind. Der Altarfries bildet die Gigantomachie ab, den Kampf der Götter gegen die erdgeborenen Giganten. Jene finden sich in bedrückender Lage am unteren Ende des Frieses, während der "Götterflug" den Sieg und die Handlungsfähigkeit der Oberen repräsentiert. Coppi, Heilmann und das Erzähl-ich, die den Steinblock betrachten, identifizieren

sich mit der Lage der Unterdrückten (vgl. die Ausführungen in AK 342). Wie für die Giganten sind auch für sie die Verdichtung, der Stillstand, die Lautlosigkeit des Steinblocks Umstände, die die eigene Lage spiegeln. Stahlmann aber ist wie die Götter, er bewegt sich in den Sphären, die eigentlich den "Oberen" vorbehalten sind.

In dieser Zwischenstellung ähnelt Stahlmann der Herakles-Figur, die als Halbgott ebenfalls zwischen den Welten der Götter und der Erdgeborenen osziliert. Diese Ähnlichkeit ist in der ÄdW durch Peter Weiss bewußt gestaltet. In den konkreten Beschreibungen Stahlmanns läßt der Roman immer wieder durch Erkennungssignale den Mythos des antiken Helden aufblitzen. So vollzieht Stahlmann die Bewegung des Herakles, die im Schlußsatz der ÄdW mit Bedeutung aufgeladen ist: "...mit ausholender Geste, als schwinge er einen Umhang, ein Löwenfell, um sich, wandte er mir sein gebräuntes Gesicht zu..." (ÄdW III, S.94) Der Löwenkopf, der Herakles der Sage nach als Schutz und Helm dient, eignet auch Stahlmann: sein "mächtiges Haupt" ist ausgestattet mit einer grauen "Mähne" (ÄdW III, S.53), es ist, "als lodere sein Haar" (ÄdW III, S.94); "Stahlmann hob sein Löwengesicht..." (ÄdW I, S.261).

Sowenig es aber in der ÄdW Heilmann gelingt, den Herakles-Mythos zugunsten der Unterdrückten umzudeuten, so wenig kann die Figur Richard Stahlmann zur Idealgestalt des Klassenkampfs stilisiert werden. In diesem Beitrag soll im Gegenteil die These entwickelt werden, daß die an Herakles entwickelte Überwindung des mythisch eindeutigen Helden sich in der Ästhetik des Widerstands an der Figur Stahlmann ein zweites Mal vollzieht. Dadurch wird die an Herakles beispielhaft aufgezeigte Konstellation auf die konkrete politische Sphäre des Romans, die kommunistische Bewegung der 30er und 40er Jahre, übertragen. "Stahlmann" steht wie eine Chiffre für eine ganze Epoche der Parteigeschichte, steht für den "Stalinismus" (8). Er ist nach der Darstellung des Romans nicht nur ein treuer Untergebener der sowjetischen Partei, sondern er identifiziert sich unmittelbar mit deren Führung, mit Stalin, dem "Stählernen": "Nach dem Georgier hatte er, Arthur Iller aus Königsberg, seinen Decknamen gewählt" (ÄdW III, S.139) (9). Über die Figur Stahlmann wird das Revolutionsproblem, das abstrakt bereits an Herakles diskutiert wurde, auf die konkreten Zeitläufe beziehbar.

Stahlmann in Spanien: Gelächter

Die Figur Richard Stahlmann begegnet der LeserIn der Ästhetik des Widerstands zunächst im ersten Band als Mitglied einer Delegation, die Max Hodann (10) in Cueva la Potita besucht. Im Spanien des Bürgerkriegs sucht die Parteikommission, der außerdem Mewis, Ehrenburg und Bredel angehören, scheinbar das freundschaftliche Gespräch mit dem Psychoanalytiker. Vor allem Stahlmann und Mewis, die Vertreter des militärischen und politischen Stabs, zielen aber untergründig auf eine inquisitorische Befragung Hodanns. Es ist ihnen höchst suspekt, daß jener Themen wie Sexualität, Onanie, Stellung der Frau in der Revolution offen thematisiert, und daß er in politischen Schulungszirkeln den Verletzten in der Sanitätsstation offene Debatten ermöglichen will. Vor allem Ehrenburg tritt hingegen als Verteidiger Hodanns und seiner Denkansätze auf, er kann den Umschlag des Gesprächs in ein womöglich tödliches Verhör verhindern. Ist offizielles Thema des Gesprächs Hodanns Antrag auf Versetzung nach Denia, um angesichts der Asthmaerkrankung günstigere klimatische Bedingungen zu erreichen, so steht am Ende diese Versetzung "wie in bestem Einvernehmen" (I,265) fest. Die im Text immer wieder spürbare Gefährdung Hodanns bleibt aber manifest - "aus Hodanns

Blick, der noch um eine Schattierung dunkler wurde," schreibt der Ich-Erzähler, "entnahm ich, daß er verstand, wie verdächtig seine Tätigkeit der politischen Leitung in Albacete war." (ÄdW I, S.265)

Mewis, der Vertreter der Parteiorganisation, formuliert in seinen Angriffen auf Hodann explizit, daß er dessen psychoanalytische Tätigkeit als überflüssig betrachtet. Die politische Organisation ist ihm dem Militär gleichzusetzen: Hodann "behandle Fragen der Arbeiterklasse auf einer zivilen Ebene und reduziere sie somit, sagte Mewis. Auch hier sei allein die Partei zuständig, denn nur in der politischen Gemeinschaft könne der einzelne Stärkung erfahren." (ÄdW I, S.262) Stahlmann verschärft im Gespräch noch die Tendenz, Hodanns Tätigkeit als völlig überflüssig abzulehnen. Dabei erspart sich Stahlmann, was er an Hodann gerade kritisiert: Das Argumentieren, die Diskussion. So beendet Stahlmann seinen ersten Angriff auf Hodann mit einer scherzhafter Bemerkung, die das "Gelächter" (ÄdW I, S.260) der Anwesenden hervorruft. Kurz darauf versucht er, Hodann zu unterbrechen, indem er abwinkt, und über das Gesagte wiederum in Gelächter ausbricht (ÄdW I, S.261). Er begegnet ihm dann mit "Spott" und kennzeichnet die Debatte wie Hodanns Arbeit als "Camarilla" und als überflüssiges "anarchistisches Kränzchen" (ÄdW I, S.262), später als - einzusparenden - "Diskussionsclub" (ÄdW I, S.263). Durch alle Äußerungen zieht sich, allein das Militärische repräsentiere das notwendige Handeln, dem sowohl der psychoanalytische Inhalt als auch das argumentative Herangehen Hodanns nur hinderlich sei. Einzusparen ist die "Einbeziehung psychologischer Realität" (I,262), sie ist - so Mewis - zu ersetzen durch "körperliche Ertüchtigung, ... Sport, militärische Weiterbildung" (ÄdW I, S.262). Einzusparen ist insgesamt das Nachdenken über die Veränderung gesellschaftlicher Strukturen im eigenen Lager, und sind solche Veränderungen selbst.

Diese Tendenz, sich kritische Reflexion zu ersparen, die die Vernichtung des Kritikers einschließen kann, ist bei Stahlmann untrennbar mit seinem "humorvollen" Charakter verknüpft (11). Stahlmann erklärt in einem ersten Eingriff in die Diskussion, der, "scherzhaft gesprochen", im "Gelächter" der Gruppe endet (ÄdW I, S.260), die Diskussion um sexuelle Bedürfnisse für überflüssig, da jene zurückzustellen seien. "Angelegenheiten der Privatsphäre" zählten im Befreiungskampf nicht zu den Aufgaben eines Arztes. Stahlmann vergleicht sich also mit dem Arzt und kommt zum Schluß, er würde sich dabei nur um Verletzungen etc. kümmern. Der imaginative Mehraufwand führt zu seiner Heiterkeit. Ähnlich ersparenswert, und daher erheiternd, empfindet Stahlmann die Diskussion um sexuelle Bedürfnisse, ja, diese Bedürfnisse selbst scheinen ihm lachhaft.

Die Bezeichnung "Kränzchen" belegt das als überflüssig erklärte Denken Hodanns mit der Vorstellung, es gehöre nicht in die Männerwelt, sondern sei der Welt von Frauen zugehörig. Stahlmann nutzt und reproduziert so gleichzeitig die Abwertung von Frauen, deren Äußerungen als Geschwätzigkeit disqualifiziert werden. Hodann, der die Revolutionierung des Geschlechterverhältnisses eingefordert hatte, wird als "weibisch" im tendenziösen Witz mit der Verachtung gezeichnet, die der herrschende Männerdiskurs Frauen entgegenbringt. Das Bild des "Diskussionsclubs" (ÄdW I, S.263) verknüpft Vorurteile gegenüber intellektuellen Kreisen mit dem Angriff auf den Kontrahenten. Durch die Form des Witzigen unhinterfragbar, ist Hodanns Argumenten mit einem "spielenden Urteil" (12) begegnet. Die durch Hodann geführte Diskussion, seine intellektuelle Anstrengung, seine Arbeit als Arzt, all dies wird "zum Witz" erklärt. Hodann wird in den Sphären, die seine Existenz ausmachen, verlacht, und damit auf eine subtile Weise in seiner Identität vernichtet. Da das Verlachen durch die Parteikommission ein durchaus relevantes gesellschaftliches Ereignis ist, enthält die schreckliche Heiterkeit Richard Stahlmanns als solche bereits liquidierende Züge. Das Lachen droht aber darüberhinaus die Auflösung in die Handlung an. Es präsentiert schon lauthals jenen Überschuß an Energie, der, wenn es ernst wird, der Vernichtung dient. Den Übergang zur offenen Aggression deutet Stahlmann zum Ende des Gesprächs denn auch bereits an. Stahlmann erhebt sich, ungeduldig, aufspringend, "den Stuhl zurückstoßend" (I,264), und mündet im Ruf, der militärischen Form des Befehlens (ÄdW I, S.264). Ehrenburgs Eingreifen verhindert, daß Stahlmann die Richtung einer Liquidation des "kleinbürgerlichen" Hodann, des Organisatoren "anarchistischer Kränzchen", einschlagen könnte.

Stahlmann in Schweden: Die Demontage des "inneren Mythos"

Im dritten Band, in dem das Erzähl-Ich die Figur ausführt (13), wird zunehmend deutlich, daß "Stahlmann" eine Selbststilisierung betreibt. Er scheut die Reflexion seines wirklichen Standorts in einer Welt der Unterdrückung : "Den Gedanken, etwas Falsches getan, sich geirrt zu haben, gab es für ihn nicht, nie hätte er anhalten wollen, um eine Handlung zu revidieren, um neu zu beginnen, er existierte nur in einer einzigen Tat." (ÄdW III, S.94 f) Daß ein solches Lebenskonzept wesentliche Realitätselemente aus der Wahrnehmung ausgrenzt, kann

der LeserIn bei der Lektüre des Romans zunehmend deutlich werden. Das Erzähl-Ich macht sich aber nicht zum Richter über die Figur. Typisch ist eher eine hübsche kleine Szene, die die Divergenz von Stahlmanns omnipotentem Selbstbild und der Wirklichkeit sehr beiläufig abbildet: "Als Stahlmann aus dem Grün in den Durchgang trat, vorgebeugt, als wolle er, der doch von untersetzter Gestalt war, nicht mit der Stirn an die Deckenkante stoßen..." (ÄdW III, S.94)

Die Brüche, die die Stahlmann-Figur demontieren, brechen eher als Verunsicherungen in die Wahrnehmung der Figur selbst ein. "Stahlmann" nimmt die Realität als einen großen Traum, in dem er unbegrenzt handlungsfähig ist. Prägnantestes Beispiel dafür ist, wenn er sich 1918, an die Spitze eines Kirchturms geklammert, wie ein Riese fühlt, der die "Gnome", die "tönernen Zwerge" der Polizei ungefährdet niedermacht. Doch kann die ihm eigene traumhafte Fähigkeit zur Anästhesie, zur Verdrängung allen Schmerzes und von allem Unangenehmen, nicht völlig verhindern, daß zunehmend Beunruhigendes vordringt. So ereilt Stahlmann die Vision, ein Opfer stalinistischer Verfolgung suche ihn heim: "...es sei ihm übrigens, beim Schwimmen, etwas Sonderbares widerfahren, und er hielt inne, sah mich an, mit zusammengekniffenen Augen. Vor ihm aus dem Wasser sei der Kopf Bucharins aufgetaucht..." (ÄdW III, S.156) Oder die Erinnerung an eine gnadenlose Exekution ereilt ihn wie eine Halluzination: "Und plötzlich sah er sich in einer Geröllhalde am Ebro, die Pistole hatte er einem Brigadisten an den Nacken gesetzt, und abgedrückt, vornüber war er gestürzt, von ihm allein zum Tod verurteilt..." (ÄdW III, S.157) In solchen Szenen wird der LeserIn deutlich, daß der Mythos, den Stahlmann aus sich macht, nicht tragen kann. Im "Epos, das er in sich trug" (ÄdW III, S.97) versucht Stahlmann, die Problematik eines Befreiungsversuches zu verdrängen, der in eine Praxis der Unterdrückung umgeschlagen ist.

Stahlmann in Angkor: Das Lächeln der Götter

Den Höhepunkt der Brechungen, die die Stahlmann-Figur in der ÄdW erfährt, bilden Erlebnisse in der kambodschanischen Tempelstadt Angkor (vgl. ÄdW III, S.97 ff). Stahlmann unternimmt eine Schiffsreise nach China, um im Auftrag der Komintern in Kanton den Revolutionären zu Hilfe zu eilen. Ein Kolonialbeamter lädt ihn unterwegs ein, Angkors Tempelanlagen zu besichtigen. Er führt ihn zum Bayon-Tempel, dessen Turm aus überdimensionalen, lächelnden Göttergesichtern gebildet ist. Sein Gastgeber erkennt in einem Götterkopf Stahlmann wieder.

Der Bayon-Tempel wird zum Orakel, das das Mißglücken des Revolutionärs Stahlmann dokumentiert. Dabei spielt das Lachen des Helden eine zentrale Rolle für seine Demontage: "War es denn möglich, fragte er sich, daß sein Aussehn, wie der Gastgeber behauptete, diesen Majestäten verwandt sei, und er verzog lachend den Mund. Da hörte er, daß er ihnen gerade in diesem Augenblick gleiche." (ÄdW III, S.101) Die Selbstgewißheit, die mangelnde Bereitschaft, sich mit der eigenen Rolle ernsthaft auseinanderzusetzen, so sagt diese Szene, führt zum Scheitern des Befreiungsversuchs. In mythischer Gestalt ist hier ausgedrückt, daß die Intention der Befreiung gerade dann in Unterdrückung umschlagen muß, wenn sie ihre eigenen destruktiven Tendenzen nicht mehr kritisch reflektiert.

Diese Szene ist durch das mythische Herakles-Thema, das die ÄdW strukturiert, mit weitreichender Bedeutung aufgeladen. Der Bayon-Tempel ähnelt dem Pergamonfries. Dort steht der Halbgott Herakles vor der Entscheidung, den Göttern, also den Herrschern, zu dienen, oder aber den Erdgeborenen, den Unterdrückten, zu Hilfe zu eilen. Der Mythos läßt Herakles letztlich zu den Göttern in den Olymp aufsteigen. Heilmann sucht in der ÄdW - letztlich vergeblich - das mythische Geschehen zugunsten einer Befreiung umzudeuten. Der Punkt, an dem die Umdeutung mißlingt, ist durch das wahnsinnige Lächeln des Herakles gekennzeichnet, als jener sich dem Opfertod in den Flammen übergibt - die Haltung des Märtyrers ist mit revolutionärer Perspektive unvereinbar (14).

Daß der Götterturm von Bayon auch an "Stahlmann" sein Lachen ins Zentrum rückt, wenn sein Scheitern ankündigt wird, erinnert die LeserIn an die schreckliche Heiterkeit, die Stahlmann gegenüber Max Hodann exekutierte. Es verweist aber auch umfassender auf die Problematik seines "humorvollen" charakterlichen Grundzugs. Humor ist - nach Freud - darin definiert, daß der Lachende an die Stelle eines Unlustgefühls einfach ein Lustgefühl setzt: "Das Ich verweigert es, sich durch die Veranlassungen aus der Realität kränken, zum Leid nötigen zu lassen, es beharrt darauf, daß ihm die Traumen der Außenwelt nicht nahegehen können, ja es zeigt, daß sie ihm nur Anlässe zu Lustgewinn sind" (15). Stahlmanns Humor treibt die Negation der Realitäten so weit voran, daß jene nicht mehr wahrgenommen werden können. Sein Humor setzt eine innere

Scheinwelt an die Stelle unerwünschter Gegebenheiten und Widersprüche. Stahlmanns Humor erfüllt dieselbe Funktion, wie das Traumhafte seiner Wahrnehmungsweise: Die ständige Verkennung und Verdrängung der Problematik der eigenen Rolle, die anstelle wirklicher Befreiung zur bloßen Reproduktion von Unterdrückung führt. Am Individuum "Stahlmann" ist damit eine Tendenz deutlich gemacht, die durchaus als typisch, als kennzeichnend für die Theoriebildung "stalinistischer" Parteien gelten kann (16).

Von Bayon nach Angkor Wat: "Stalinismus" und Nationalsozialismus

In der Tempelstadt Angkor führt der Kolonialbeamte Stahlmann zunächst, wie dargestellt, zum Bayon-Tempel, der in seiner Struktur dem Pergamon-Fries ähnelt. Bei beiden Bauwerken ist hauptsächlich die erdrückende Übermacht der Götter dargestellt, die jeweils oben den überwiegenden Teil des Raumes einnehmen. Beide Male ist in den Abbildungen unten zusammengedrängt dargestellt, in welch verzweifelte Lage sich die Unterdrückten befinden. Ihre Niederlage droht, noch sind sie im Moment der Darstellung aber nicht völlig besiegt und beseitigt.

Nachdem der Kolonialbeamte Stahlmann den Bayon-Tempel zeigte, führt er ihn nachts zu einem weiteren Bauwerk innerhalb der ehemaligen Stadt Angkor: Zu den Tempelanlagen Angkor Wats. In Angkor Wat, wie Stahlmann es schildert, verschwindet jede Möglichkeit, die Unterdrückten auch nur als potentiell handlungsfähige Gruppe wahrzunehmen. Nichts Lebendiges, "nichts zufälliges", "keine Diagonale" durchbricht die "starre Ordnung", die Tempelanlage bedeutet die "erste absolute Unterwerfung aller einzelnen unter das Regime einer Kaste" (ÄdW III, S.108). In Angkor Wat verschwindet der letzte Raum, der Hoffnung auf Veränderung noch ermöglichen könnte.

Am Bayon-Tempel wurde dem stalinistischen Widerstandskämpfers das Orakel des Scheitern gegeben, das nahelegte, er drohe, selbst zum Unterdrücker zu werden. Auf dem Weg von Bayon nach Angkor Wat, auf dem Stahlmann das "Tor des Todes" (ÄdW III, S.100) zu durchschreiten hat, erfüllt sich diese Prophezeiung. Er glaubt nunmehr, unsterblich geworden zu sein: "...in dieser Nacht sei er verrückt geworden, in einem solchen Grad, daß er den Tod nicht mehr scheue..." (ÄdW III, S.103). Was der Götterturm von Bayon als eine Gefahr ankündigte, verwirklicht sich in Angkor Wat - Stahlmann geht unwiderruflich auf die Seite der Herrschenden über. Er definiert sich in seiner verschobenen Weltwahrnehmung seitdem selbst als ein Gott: "...und es überkam ihn ein Schauder, vielleicht war er ein Göttlicher gewesen, der zu den Sterblichen hinabgestiegen war..." (ÄdW III, S.103). Die ständige Bewegung, in der Stahlmann sich wähnt, erweist sich nun möglicherweise als bloßer Schein, kommt sie doch als träge, immergleiche Bewegungsform dem Stillstand sehr nahe: In Angkor Wat erblickt Stahlmann eine Darstellung des Infernos, der Hölle, in der die ewige, die immergleiche Bewegung als quälender Zustand beschrieben ist (vgl. ÄdW III, S.105).

In solch immergleicher Bewegung üben hier "Teufel ... kreischend die Folter im Höllengrund" aus. Damit ist gleichzeitig jene Folter angekündigt, die Stahlmanns GenossInnen in den Gestapokellern des faschistischen Berlins erwartet. Verschiedene Mitglieder der Widerstandsgruppe "Rote Kapelle", zu denen Stahlmann von Schweden aus den Kontakt hält, werden durch die Nationalsozialisten gefangenen, gequält und hingerichtet, wie der dritte Band der ÄdW bis in die letzte Konsequenz darstellt. So steht Angkor Wat für den endgültig erscheinenden Sieg der Nationalsozialisten. Die Tempelanlage wird in der Ästhetik des Widerstands als "die erste totalitäre Stadt" (III,108) bezeichnet. Das "Tor des Todes", das Stahlmann zu durchschreiten hatte (ÄdW III, S.100), erinnert an jenes, über dem "Arbeit macht frei" geschrieben stand. Der Begriff "erste totalitäre Stadt" beinhaltet die visionäre Vorausschau auf Todeslager wie Auschwitz.

Angkor Wat bildet also die "totalitäre" nationalsozialistische Herrschaft ab, gegen die Stahlmann unter Einsatz seines Lebens kämpft. Wofür steht dann aber die Abfolge Bayon-Tempel - Angkor-Wat, wofür der Weg, den Stahlmann in der Ästhetik des Widerstands geht? Die Bedeutungen, die sich mit dieser Entwicklung Stahlmanns verknüpfen, hat sich die LeserIn der Ästhetik des Widerstands selbst zu erarbeiten. Angkor ist als "Traum von Schöpfungen" (III,107) gekennzeichnet, und wie zwei Traumbilder stehen Bayon und Angkor Wat sich im Roman gegenüber. Der Traum aber kennt nur dieses Nebeneinander von Bildern, durch das Ähnlichkeit, Gegensatz, wie auch eine Kausalbeziehung ausgedrückt sein kann (17). Der Text gibt lediglich Material vor, das verschiedene Verknüpfungsvarianten ermöglicht.

Ins Auge fällt die Beziehung der Ähnlichkeit, der Übereinstimmung, sind doch Bayon und Angkor Wat Teile derselben Stadt Angkor, und dienen sie ähnlich der Verherrlichung ihrer Herrscher. Stahlmann, besagte dann

das Orakel von Bayon, erstrebt eine ähnlich totalitäre Ordnung, wie sie der Faschismus darstellt. Das steinerne Angkor Wat stünde als Bild nicht nur für das nationalsozialistische Deutschland, sondern gleichzeitig für die "stalinistische" Herrschaftsformation. Die "totalitäre Stadt" bildete ab, was die Totalitarismusthese aussagen will. In der Zeit der Abfassung der Angkor-Passagen, so weisen die Notizbücher aus, beschäftigte sich Peter Weiss mit den damals bekanntgewordenen Greueln der Ära Pol Pot in Kambodscha (18). Peter Weiss hatte bei Abfassung der Angkor-Passagen den historisch vielleicht gewichtigsten Anlaß vor Augen, über eine mögliche Identität der Hintergründe massenhaften Mordens, verübt im Namen einer stalinistischen Politik, mit faschistischem Massenmord nachzudenken.

Doch kann die bildhafte Traumsprache in den aufeinanderfolgenden Sequenzen auch Ursache und Wirkung, die kausale Verknüpfung, zur Darstellung bringen. Dann wäre mit dem Orakel von Bayon das Ungenügen des antifaschistischen Widerstands, den Nationalsozialismus zu erkennen und wirksam zu bekämpfen, als ein Grund dafür ausgemacht, daß sich der Faschismus wie eine unbesiegbare Macht etablieren konnte. Stahlmanns Charakter eignet, wie der "Traum" vom Kirchturm und das Orakel von Bayon in sehr ähnlicher Form aufzeigen, die Phantasie, omnipotent zu sein (19). Wiederum ähnelt dieser individuelle Charakterzug einer ideologischen Grundposition der "stalinistischen" Partei. Noch in den 40er Jahren vertrat die Komintern, und in ihr die KPD, immer von neuem die These, der Nationalsozialismus könne sich nur noch kurze Zeit halten, die Kräfte des Widerstands würden ihn in kürzester Frist beseitigen. Die eigene imaginierte Stärke im Klassenkampf ging mit der völligen Unfähigkeit einher, Stärke und Charakter der nationalsozialistischen Bewegung auch nur annähernd richtig einzuschätzen (20).

Mit solchen Fehleinschätzungen verbunden ist auch die in der ÄdW thematisierte völlige Unfähigkeit der KPD, die Vernichtungspolitik gegen Juden vorherzusehen, wahrzunehmen und zu bekämpfen. Die Verdrängung jener Seite nationalsozialistischer Politik ist in der ÄdW im Kontext der Angkor-Sequenzen thematisiert. Stahlmann, Wehner und Rosner sitzen in einer Besprechung. Auch der Ich-Erzähler nimmt teil. Er übermittelt Nachrichten eines ihm bekannten schwedischen Ingenieurs, Nyman, über die systematische Ausrottung der jüdischen Bevölkerung in den Todeslagern. Die Informationen wissen von Krematorien und von der Verwertung der Opfer zugunsten "wirtschaftspolitischer Ziele" (ÄdW III, S.120). Quelle solcher Nachrichten ist ein Graf von Seydlitz, der Nyman bei einer zufälligen Begegnung in einem Restaurant insgeheim sein Wissen zukommen ließ (21). Jene entsetzlichen Nachrichten aber vermögen Stahlmann, Wehner und Rosner nicht ernstzunehmen: "Ich wollte noch Einzelheiten mitteilen über die Transportlinien und Umladestellen im Osten, Anzahl und Namen der Lager nennen, merkte aber, daß die Aufmerksamkeit der Anwesenden nachließ, auch verlor plötzlich alles seine Greifbarkeit, es war als müßten die Zuhörer sich nun auf sich selbst besinnen. Dem Bericht wollten sie nachgehen, sagten sie, wollten Informationen einholen lassen über das Geschick der Juden in den besetzten Ländern, ausgeschlossen wäre es, sich auf irgendeine Weise von den Aussagen Nymans abhängig zu machen." (ÄdW III, S.121) Die Funktionäre der KPD schließen sich vor der unfaßbaren Wirklichkeit ab. Sie unterschätzen den Nazismus, verfügen über kein Instrumentarium, die Dimensionen des durch ihn verursachten Grauens zu begreifen. Ihr Argument, Informationen einholen zu wollen, wirkt vorgeschoben, da sie sich den genauen Fakten gegenüber gleichgültig verhalten, die überprüft werden könnten. In Wirklichkeit verdrängen sie das Thema, wenn sie, "vielleicht aus Müdigkeit" (ÄdW III, S.122), auf ihre individuellen Hobbys und Neigungen zu sprechen kommen. Es wirkt obszön, wenn Rosner an dieser Stelle von Wien phantasiert und Wehner von seinem Wunsch berichtet, Rosen zu züchten. Und an diesem Ort und zu dieser Zeit, die dem Bemühen dienen müßten, sich der nazistischen Realität uneingeschränkt zu stellen, kehrt Stahlmann im Geiste zurück nach Angkor Wat. Die "Göttern und Göttinnen" des monumentalen Baues "wollten .. mit ständig veränderter Gestik zum Verweilen auffordern.., von Absatz zu Absatz", bis "zum Altan am höchsten Kuppelring", hatte Stahlmann beschrieben (ÄdW III, S.106), und verfällt gerade jetzt dieser Versuchung. Er erzählt vom Antlitz einer dieser Göttinnen, der Tänzerin Devata, und bekennt, "er habe sich eigentlich nie davon losreißen können." (ÄdW III, S.122) Die Hingabe an die "versteinerte Tänzerin" (ÄdW III, S.122) ist Bild dafür, daß Stahlmann in seiner Illusion, in unaufhörlicher Bewegung die Befreiung der Unterdrückten effektiv voranzutreiben, in Wirklichkeit den Stillstand, die Versteinerung, die Unterdrückung zementiert. Gerade weil er sich dem Sieg so unmittelbar nahe fühlt, vermag er die fatalen Konsequenzen des faschistischen Sieges nicht einmal wahrzunehmen, und es fehlt ihm jede Voraussetzung, diese starre, in Wirklichkeit ohnmächtige Haltung jemals zu überwinden.

Von Angkor Wat nach Bayon: Perspektiven

Stahlmanns Weg führt von Bayon nach Angkor Wat, von der bedrohten Lage in die totale Hoffnungslosigkeit. Doch bleibt der Romantext nicht dabei stehen, die fatalen Konsequenzen der Haltung Stahlmanns vorzuführen. Die Kausalbeziehung, die Bayon mit Angkor Wat verbindet, kann im Traum auch in umgekehrter Richtung gelten, die Folge der Ursache vorangestellt sein. Die Szenen zu Angkor lassen in ihren Schlußsätzen erkennen, daß auch diese gegenteilige Logik mitgedacht werden kann - Bayon "mit seinen Steingesichtern", heißt es da, "stieß im Norden aus den Gipfeln der Riesenbäume empor" (ÄdW III, S.108). Auch die historische Abfolge, gibt der Text nun zu erkennen, entspricht nicht dem Weg Stahlmanns von Bayon nach Angkor Wat. Bayon folgte historisch auf Angkor Wat, anstatt, wie bei Stahlmanns Begehung, darin zu münden. Angkor Wat stellt die Herrschaft zu ihrem Höhepunkt dar, Bayon im Niedergang. Da das Ende der Herrscher sich schon ankündigt, erhalten die Unterdrückten am Tempel von Bayon wieder Raum, es "kratzten die Namenlosen, die nun mit ihnen ins Verderben gerieten, noch etwas von ihrem Dasein in den Saum des Tempels ein, im Versuch, das Geleistete für sich zurückzuerobern" (ÄdW III, S.108).

Es zeigt sich, daß auch Angkor Wat kein Ort ewiger Herrschaftsausübung gewesen ist. Sind die Bauwerke Angkor Wats auch unbeschädigt, so ging doch die Herrschaft, die sich in ihnen erhöhen wollte, zugrunde. Die Gründe für den Niedergang der Herrschenden werden ähnlich dargestellt, wir für die Oberen Pergamons. Bleibt die Kunst Angkor Wats erhalten, so setzt sie sich "über die Auftraggeber hinweg, die Könige, die sich heiliggesprochen hatten, waren dennoch sterblich, die Pracht wurde ihnen nur verliehn, sie würden vergehn, jene aber würde weiter bestehn." (ÄdW III, S.108) Die Herrscher scheinen gerade am Versuch, sich kunstvoll zu verewigen, zu scheitern. Angkor Wat steht in seiner ganzen versteinerten Stillstellung dafür, daß letztlich die Unfähigkeit, sich weiterzuentwickeln, der Herrschaft seiner Erbauer ein Ende setzte. Dem Romantext ist mit solchen Gedanken keine sichere Fortschrittsutopie eingeschrieben. Doch bleibt eine Konstellation denkbar, die, ähnlich wie Pergamon, einen Rest der Hoffnung auf Überwindung von Klassengesellschaft und Barbarei enthält. Die LeserIn bleibt aufgerufen, die "steinerne" Wirklichkeit zu erkennen und zu überwinden.

Die Ästhetik des Widerstands stellt der LeserIn Material bereit, das einer solchen Arbeitsperspektive dienlich ist. Peter Weiss hat stets das Bemühen, die Vergangenheit erklärbar zu machen, um die Gegenwart verändern zu können, eingeklagt: "Wir sagen, wir können es nicht verstehn, was die Menschen in den Irrsinn des Faschismus führte, wir sagen, wir können es nicht verstehen, was die Bolschewiki zum Irrsinn dieser Bekenntnisse führte. Wir müssen es verstehen. Wir werden es verstehen. Wenn die Archive einmal geöffnet werden." (NB II, S.388) Er hat in der Ästhetik des Widerstands die Archive seiner Erfahrung zugänglich gemacht. Daraus läßt sich linke Theorie nicht einfach ableiten, aber es werden, auch über die Figur Stahlmann, doch immer wieder ungelöste Assoziationskomplexe deutlich, die auch theoretische Überlegungen zum Thema "Stalinismus" anregen können. Ein Beispiel: Stahlmann erspart sich bei einer Diskussion zwischen Wehner, Rosner und Mewis um die nationale Frage das brisante Thema: ""Er verstand nicht, warum die Genossen sich in die Haare gerieten über die nationale Frage, während er den Tisch mit reichlicher Verpflegung deckte. Die Manuskriptblätter beiseite schiebend, bestimmte er, daß nur von einem einzigen nationalen Kampf gesprochen werden könne, dem Befreiungskampf in der Sowjetunion..." (ÄdW III, S.147) Stahlmanns Internationalismus erweist sich so aber als bloße Verschiebung einer nationalistischen Konzeption auf ein anderes Land, in dem er neue Identität gefunden hat. Das ganze theoretische Problem des "sozialistischen Vaterlands Sowjetunion" ist durch eine solche Szene aufgeworfen.

Eine ausführlichere Analyse der "Traumsequenzen" der Stahlmann-Figur, als sie im Rahmen dieses Abrisses möglich ist, erweist, daß die Frage der unterdrückten Sexualität für den soldatischen "Haudegen" ein brisantes Thema ist - Omnipotenzphantasien und vermindertes Wahrnehmungsvermögen erweisen sich, ganz wie Max Hodann problematisierte, als damit eng verknüpft. Die im Kern autoritäre Charakterstruktur Stahlmanns, die sich durch die neue Parteiidentität befreit, entfesselt sieht, kann dem Parteisystem aber nur effektive Dienste leisten, da jenes grundsätzlich ähnlich strukturiert ist und ebenfalls mit der Ersparung unangenehmer Realitäten und mit Mythen arbeitet. Solche Ersparung rechtfertigt sich immer wieder aus militärischen Notwendigkeiten, denen alles Zivile unterzuordnen sei - die Partei entwickelt sich über die Verabsolutierung jenes Elements in einen militaristischen Zusammenhang. Für Peter Weiss steht am so formierten Männerbund immer wieder das "atavistische", patriarchische Element im Vordergrund - "Stahlmann" symbolisiert einen Zusammenhang von "Stalinismus" und Patriarchat, wie ihn Marcauer im Kontext der Moskauer Prozesse in der ÄdW anklagt (vgl. ÄdW I, S.293). Die Verhärtung, der Stahlmann unterliegt, symbolisiert jene der "stählernen" Partei. Wo sich scheinbar ungeheure Dynamik entfaltet, herrscht in Wahrheit Stillstand vor, weil die Ausrichtung der Bewegung kein Gegenstand unaufhörlicher bewußter Reflexion geblieben ist.

Ganz anders als allen aktuellen "Stasi"-Debatten geht es Peter Weiss in der Auseinandersetzung mit den Konzepten des Geheimdienstaktivisten "Stahlmann" nicht um billige Verurteilung, die objektive Revolutionsprobleme ihrerseits erspart, indem die ganze Fragestellung disqualifiziert wird. Weiss geht es vielmehr um eine Rekonstruktion revolutionärer Perspektive durch die theoretische und praktische Überwindung dessen, was hier zunächst vereinfachend "Stalinismus" genannt wurde. Daß die Öffnung der hierfür materialreichen Archive unter so ungünstigen Vorzeichen vonstatten gehen würde, wie es aktuell der Fall ist, konnte selbst der stets eher pessimistische Peter Weiss nicht vorhersehen.

Be, Gruppe K, Hamburg

Anmerkungen:

1) "Wir brauchen die Mythen nicht, die uns nur verkleinern wollen..." Betrachtungen zu "Die Ästhetik des Widerstands, AK 342, S. 34 f - zwei Ergänzungen zu den Anmerkungen in jenem Artikel:

Zum unter (5) zitierten Wolfgang Kehn fehlt die Literaturangabe: Von Dante zu Hölderlin. Traditionswahl und Engagement im Werk von Peter Weiss, Köln/Wien 1975.

Unter (6) verschluckte die neue Technik das Ende des Walter Benjamin-Zitats - der letzte Satz lautet vollständig: "Nur dem Geschichtsschreiber wohnt die Gabe bei, dem Vergangenen den Funken der Hoffnung anzufachen, der davon durchdrungen ist: auch die Toten werden vor dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein. Und dieser Feind hat zu siegen nicht aufgehört." Walter Benjamin, Über den Begriff der Geschichte, aus Abschnitt VI, in: Gesammelte Schriften I, S.695.

2) Thomas Metscher, Geschichte, Politik und Kunst. Zu Peter Weiss Ästhetik des Widerstands, in: Schriften der Marx-Engels-Stiftung 11, Die Herausforderung Peter Weiss. Symposium Wuppertal 17./18. Oktober 1987, Düsseldorf 1989, S.24 ff; Zitat S.36.

3) Alfons Söllner, Peter Weiss und die Deutschen. Die Entstehung einer politischen Ästhetik wider die Verdrängung, Opladen 1988, S.215.

4) Magnus Bergh/Birgit Munkhammar, Über die Mythen in der Ästhetik des Widerstands, in: Christa Bürger (Hrsg.), Zerstörung, Rettung des Mythos durch Licht, Frankfurt a.M. 1986, S.199 ff, Zitat S.207.

5) Der in diesem Beitrag vorgetragene kritische Blick auf die Stahlmann-Figur findet sich dagegen bei: Hans-Peter Burmeister, Das Bild der Götter und die Sprache der Erdgeborenen. Zu einigen Motiven der Ästhetik des Widerstands, in: Internationale Peter-Weiss-Gesellschaft (Hrsg.), Ästhetik Revolte Widerstand. Dokumentation zu den Peter- Weiss-Tagen in der Kampnagel-Fabrik Hamburg (4.-13. November 1988). Ergänzungsband, Luzern, Mannenberg 1990, S.169 ff. Sie ist ausgearbeitet in: Berthold Brunner, Stahlmann. Herakles, Durruti. Eine Figur aus Peter Weiss' Ästhetik des Widerstands und Vorbilder, Hamburg 1991, unveröffentlichte Magisterarbeit.

6) Peter Weiss: Notizbücher 1971-1980, Frankfurt a.M. 1981 (im folgenden: NB II), S.97.

7) Gedanken der Wehner-Figur zu Stahlmann: "Bei aller Abneigung gegen dreiste Mutproben ... war ihm der Kommandant, der jeden Trupp an der Front zusammenhielt, nur nicht im Stande war, einen vernünftigen Satz aufs Papier zu bringen, doch lieber..." (ÄdW III, S.53)

8) "Stalinismus" ist hier als vorläufiger Arbeitsbegriff verwendet, und deshalb in Anführungszeichen gesetzt. Es soll damit nicht impliziert werden, die Strukturen der kommunistischen Bewegung der "Stalin-Ära" seien auf die Wirkungsgeschichte der Person Stalin zurückzuführen. Von einer solchen Bewertung grenzte sich auch Peter Weiss in seinen Notizen vehement ab: "die innern Widersprüche sind die Triebkraft - Trotzki hat beigetragen zum Begriff "Stalinismus" (der unhistorisch, unmarxistisch ist) durch seinen Anti-Stalinismus. Trotzkismus, Stalinismus - Gegenstände, die es nicht gibt, die für etwas andres stehn (nachlesen bei Althusser)" (NB II, S.319, Mai 1974)

9) Es bleibt unklar, weshalb der Klarname bei Peter Weiss' verändert ist. Denkbar ist eine bewußte Verfremdung des Namens im Roman - dagegen spricht, daß Weiss auch in seinen Notizen von "Arthur Iller" spricht.

10) Der historische Max Hodann war KPD-naher Psychoanalytiker und Sexualpädagoge. Nach der Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg emigrierte er nach Norwegen und Schweden, wo er sich mit dem jungen Peter Weiss befreundete. Hodann arbeitete als Vorsitzender des Freien Deutschen Kulturbundes in Stockholm mit der Britischen Botschaft zusammen und überwarf sich mit der KPD. Die politische Isolation trug zu seinem Tod 1945 bei, den Peter Weiss als Selbstmord interpretierte. Weiss verfaßte ein Epitaph über das Ende Max Hodanns, das ursprünglich die ÄdW beschließen sollte, das er dann aber mit den Notizbüchern veröffentlichte (vgl. NB II, S.898 ff).

11) Das Komische ist - nach Freud - die Ersparung von psychischem Aufwand, der sich dann im Lachen entlädt. So ist z.B. die Komik "ersparter Vorstellungs(Besetzungs)aufwand" - ein Vorgang (zum Beispiel die umständliche Bewegung eines Clowns) wird mit dem Aufwand abgeglichen, der für den Lachenden notwendig wäre, die Differenz als Lachen entladen. "Die Lust des Witzes" definiert Freud als "ersparten Hemmungsaufwand" - ein tabuisiertes Thema kann, indem der Witz durch eine verschobene Darstellungsform die unbewußte Zensur umgeht, plötzlich ohne Tabu ausgesprochen werden, wodurch auch die sonst für die Zensur notwendige Energie frei wird. "Humor" ist als "ersparter Gefühlsaufwand" definiert - an die Stelle einer Unlustempfindung wird in Inversion das Lustgefühl gesetzt (Zitate aus: Sigmund Freud, Der Witz und seine Beziehung zum Unbewußten, S.219).

12) Zu diesem Begriff vgl. bei Freud, Der Witz..., S.14.

13) Im zweiten Band der ÄdW tritt Stahlmann nur an einer Stelle und indirekt, als Vermittler der Erzählungen des Spanienkämpfers Gallego, auf - vgl. ÄdW II, S.153 ff. Die pittoreske Ausgestaltung der Passagen ist allerdings eng mit der Romanfigur Stahlmann verknüpft. Dem Bericht, heißt es später (ÄdW II, S.111), habe er "viel von seinem abenteuerlichen Wesen hinzugefügt." Die Tendenz dieses Erzählabschnitts, die reale Niederlage im Bürgerkrieg mit der Imagination wachsender Handlungsfähigkeit zu beantworten, wirft so vor allem ein Licht auf das Wesen "Stahlmanns".

14) Vgl. dazu ÄdW I, S.319 und die Ausführungen in AK 342.

15) Sigmund Freud, Der Humor, in: Studienausgabe Bd. IV, Psychologische Schriften, Frankfurt am Main 1970, S.281.

16) In einer Analyse verschiedener Stalin-Reden kommt Franz Marek zur Schlußfolgerung: "Stalin hat die marxistische Theorie im Prokustesbett der sowjetischen Realität zu einer institutionellen Ideologie degradiert. Er hat gleichzeitig diese Realität im Sinne der Theorie und ihres Begriffsapparates verklärt und damit jenen Mythos ermöglicht, der alle Widersprüche verwischte und verschleierte. Aus dieser Mystifikation der Realität ergeben sich jene falschen Töne, die typisch sind für das, was Stalin wirklich sagte. Bald konnte nicht sein, was nicht sein durfte; bald mußte sein, was sein sollte. Bald mußte, was theoretisch behauptet wurde, Tatsache sein, auch wenn es keine Tatsache war; bald mußte, was praktisch verübt wurde, der Theorie entsprechen, auch wenn es der Theorie widersprach. Bald mußte die Theorie ihre Bestätigung finden in einer Scheinwelt, bald mußte die Wirklichkeit ihre Rechtfertigung finden in einer Scheintheorie. Bald konnte die Theorie so tun, als ob es keine Wirklichkeit gäbe, bald mußte sie so dargestellt werden, als ob die Wirklichkeit ihr entspräche." (Franz Marek, Was Stalin wirklich sagte, Wien-München-Zürich 1970, S.12).

17) Sigmund Freud unterscheidet am Traum den Trauminhalt, dessen bildhafte, höchst verdichtete Sprache über begrenzte Darstellungssmittel verfügt, von den darin eingeschlossenen Traumgedanken. Ein Nebeneinander im Trauminhalt kann Identität, Gegensatz oder Kausalität in den Traumgedanken bedeuten, wobei Überdeterminierungen möglich sind, auch einander widersprechende; vgl. Sigmund Freud, Die Traumdeutung, in: Studienausgabe Bd. II, Frankfurt am Main 1970, S.310 ff.

18) Im selben Zeitraum, in dem Peter Weiss die Angkor-Szenen der ÄdW formulierte, arbeitete Peter Weiss an Artikeln, die Vietnam gegenüber Angriffen wegen Fluchtwellen von Boat People in Schutz nahmen, und er setzte sich in diesem Kontext mit dem Pol Pot-Regime in Kambodscha auseinander - die Notizen zu den sehr verschiedenen Texten greifen ineinander. Darunter die Eintragung zu Pol Pot: "Die 'Goldene Epoche' Angkors sollte wieder errichtet werden." NB II, S. 848, September 1979.

19) In die Größensucht mischt sich hier - betrachtet man die Symbolik nach Freuds Traumtheorie - unverkennbar die Komponente sexueller Größenwünsche, was Stahlmanns Illusion, sich selbst das sexuelle Thema ersparen zu können, Lügen straft.

20) Dieser Grundzug blieb ungeachtet verschiedener Richtungsänderungen eine Konstante der KPD-Politik. U.a. Herbert Wehner überlieferte, daß Diskussionen unter Genossen, denen realistischere Einschätzungen zugrundegelegt werden sollten, unter konspirativen Umständen geführt werden mußten.

21) Peter Weiss führte, wie die Notizbücher ausweisen, Gespräche "mit Gert Nyman, Schwed. Schriftsteller, ehemals Ingenieur" bei denen dieser ihm von einem solchen tatsächlich stattgefundenen Gespräch berichtete: "Merkwürdige Begegnung mit Graf von Seydlitz, der Genaues über die Judenvernichtungen berichtet. ... (Ausführliche Dokumentation im größeren Notizbuch)" (NB II, S.175 f, 26/10 1972).

"... Der Anflug einer Kontroverse aber wurde sofort wieder weggewischt, Ehrenburg äußerte sich lobend über die Sanitätsstation Cueva, er habe viel, sagte er, über die Wirksamkeit der Studiengruppen, das Betätigungsfeld der Patienten vernommen. Doch einigen Vorhaben gegenüber, sagte Stahlmann, müßten Bedenken geäußert werden. Er hatte die Zeitschrift La Voz de la Sanidad mitgebracht, in der ein Artikel Hodanns publiziert war über Sexualprobleme der Soldaten im Krieg. Die Aufnahme einer derartigen Diskussion, sagte er, wäre doch wohl kleinbürgerlicher Art, in einem Befreiungskampf, wie er in Spanien geführt werde, seien sexuelle Bedürfnisse zurückzustellen, und es könne in einer solchen Zeit nicht zu den Aufgaben eines Arztes gehören, sich mit Angelegenheiten der Privatsphäre zu befassen. Dies war scherzhaft ausgesprochen, auch wirkte Stahlmann, von untersetzter kräftiger Gestalt, mit breiter wuchtiger Stirn, schrägen Augen, hervortretenden Backenknochen, wulstigen Muskelsträngen überm Mund, nicht prüde. Hodann aber schloß sich dem Gelächter nicht an. ..." (ÄdW I, S. 260)

"Ausländer ohne festes Einkommen, fristeten sie ihr Leben gar als Schriftsteller oder Künstler, wurden oft als Asoziale des Rechts auf Ansässigkeit in der Hauptstadt beraubt und zur Zwangsarbeit in die Wälder im Norden geschickt. Für Stahlmann, den Illegalen, war eine solche Verunsicherung einzig Grund zum Lachen, ihm gehörte der Blick über den Strom mit den Schiffen, die Rundtürme auf dem Riddarholm, die vom Schloß überragte Altstadt, die Eisenbahnbrücken, die Hügelketten hinterm Tiergarten ebenso wie mir, der ich Fremdenpaß und Aufenthaltsgenehmigung besaß. ... Es war nicht der Rede wert, ob wir hier zugelassen waren oder nicht, wir folgten nur einer Bestimmung, die für ihn schon seit November Neunzehnhundert Achtzehn gültig war. Die nach ihm trachteten, waren für ihn nicht mehr als die tönernen Zwerge, die links am Abhang, mit blöden bärtigen Gesichtern, roten Zipfelmützen, umgeben von Häschen und Rehen, das Grundstück der Firma für Gartenbau bevölkerten. Verächtlich hatte er auf sie gezielt, die winzig umherliefen unten auf dem Platz vor der Kirche, damals, in jenem Dorf bei Königsberg, festgeklammert an die Spitze des Turms. Deckung nehmend hinter den Kupferplatten, hatte er auf sie geschossen, auf die Konterrevolutionäre. Was konnten sie ihm schon anhaben, die Gnome der Polizei, war er ihnen, die ihm auf der Spur waren, doch immer wieder entkommen, durch einen jähen Sprung, durch ein Tor, ein Fenster, durch Seitengassen und über Dächer. Im Gras, drunten in der Anlage, saßen Paare, hielten einander fest in den Armen, Kinder liefen Bällen nach, Sportler hüpften im Kreis, und um den Fridhemsplan strömte der Verkehr." (ÄdW III, S. 97)

"... Daß er jetzt da, in dem Knusperhäuschen, zwischen den Heinzelmännchen sein Leben verbringen mußte, dachte er, das war die Strafe dafür, sich ins Hinterland verzogen zu haben. Und plötzlich sah er sich in einer Geröllhalde am Ebro, die Pistole hatte er einem Brigadisten an den Nacken gesetzt, und abgedrückt, vornüber war er gestürzt, von ihm allein zum Tod verurteilt, wegen Feigheit vor dem Feind. Feigheit. Die Nerven hatten ihm versagt, geheult hatte er, nach Hause wollte er.. Vorwärts, sang er, einbiegend in die Straße nach Hagalund, vorwärts, Internationale Brigade, hoch die Fahne, sang er, marschierend, hoch die Fahne der Solidarität." (ÄdW III, S. 157)

"Diese Wand sollte den Betrachter von der Überlegenheit und Unbesiegbarkeit der Palastbesitzer überzeugen, auf das weltliche Triumphieren aber folgte, nach der Unterbrechung durch die Mittelhalle, das Göttergericht, das die Toten in zwei Ströme teilte, oben gingen sie eiligen Schritts mit Urnen und Schreinen ins Paradies ein, unten wurden sie in die Hölle verstoßen. Und da füllte sich nun, nachdem der Weg in den Himmel schnell abgetan war, die lange karge Upplandsgate mit den Erscheinungen aus der Unterwelt, wie sie sich eingeätzt hatten in das Denken des vom Wahnsinn heimgesuchten, der Disziplin doch ergebnen Spanienkämpfers und Zahlmeisters der deutschen Partei, und schwarze Vögel jagten hin über die nackten Verdammten, die von

Henkersknechten an Stricken um Hals oder Füßen gezerrt wurden, ein einziger Schrei des Entsetzens, sinnlos flehend warfen sich manche nieder, nur um vorwärtsgetreten, vorwärtsgeprügelt, oder angefallen zu werden von Panthern. Festgeknüpft an den Händen oder kopfüber hingen sie im Geäst, mit zerzaustem Haar, struppigem Bart, umschwirrt von kleinen, die Zunge herausstreckenden Teufeln, die kreischend die Folter im Höllengrund ankündigten. Nie würden sie erlöst werden aus dem beißenden Rauch. Wieder und wieder würden die Geister, mit den großen runden Augen, den grauenhaften, gemalten Mündern, Hiebe mit ihren flammenden Schwertern austeilen. Immer wieder, sagte er und wischte sich die Stirn, würden die abgetrennten Glieder von den Leibern fliegen, anwachsen, fliegen, immer wieder, mit dem gleichen, gellenden Schmerz." (ÄdW III, S. 105)

"Das Antlitz war jenen unten am Brückenweg ähnlich, es war in die Quadern gehauen, deren Fugen die Züge zerteilten, doch nicht auflösten, es lächelte in seinem steinernen Verlies, fast mit einem Anflug von Wollust, aus dem Leben ins Dasein der Götter enthoben. Doppelt so hoch wie die Gestalt der Besucher waren die überall wiederholten Gesichter mit ihren leeren geschwungnen, in die vier Himmelsrichtungen starrenden Augen. Die Gesichter beherrschten die Welt, kamen aus dem Zeitlosen, erhoben sich über das Vergängliche, klar zeichnete das weiße Mondlicht die Konturen der sich wölbenden Lippen, die aus Blumen und Blättern bestehenden Bordüren des Kopfputzes, das Ohrengehänge, die Gescheide um den Hals. ... War es denn möglich, fragte er sich, daß sein Aussehn, wie der Gastgeber behauptete, diesen Majestäten verwandt sei, und er verzog lachend den Mund. Da hörte er, daß er ihnen gerade in diesem Augenblick gleiche." (ÄdW III, S. 101)

"... Der Anflug einer Kontroverse aber wurde sofort wieder weggewischt, Ehrenburg äußerte sich lobend über die Sanitätsstation Cueva, er habe viel, sagte er, über die Wirksamkeit der Studiengruppen, das Betätigungsfeld der Patienten vernommen. Doch einigen Vorhaben gegenüber, sagte Stahlmann, müßten Bedenken geäußert werden. Er hatte die Zeitschrift La Voz de la Sanidad mitgebracht, in der ein Artikel Hodanns publiziert war über Sexualprobleme der Soldaten im Krieg. Die Aufnahme einer derartigen Diskussion, sagte er, wäre doch wohl kleinbürgerlicher Art, in einem Befreiungskampf, wie er in Spanien geführt werde, seien sexuelle Bedürfnisse zurückzustellen, und es könne in einer solchen Zeit nicht zu den Aufgaben eines Arztes gehören, sich mit Angelegenheiten der Privatsphäre zu befassen. Dies war scherzhaft ausgesprochen, auch wirkte Stahlmann, von untersetzter kräftiger Gestalt, mit breiter wuchtiger Stirn, schrägen Augen, hervortretenden Backenknochen, wulstigen Muskelsträngen überm Mund, nicht prüde. Hodann aber schloß sich dem Gelächter nicht an. ..." (ÄdW I, S. 260)

"... Daß er jetzt da, in dem Knusperhäuschen, zwischen den Heinzelmännchen sein Leben verbringen mußte, dachte er, das war die Strafe dafür, sich ins Hinterland verzogen zu haben. Und plötzlich sah er sich in einer Geröllhalde am Ebro, die Pistole hatte er einem Brigadisten an den Nacken gesetzt, und abgedrückt, vornüber war er gestürzt, von ihm allein zum Tod verurteilt, wegen Feigheit vor dem Feind. Feigheit. Die Nerven hatten ihm versagt, geheult hatte er, nach Hause wollte er. Vorwärts, sang er, einbiegend in die Straße nach Hagalund, vorwärts, Internationale Brigade, hoch die Fahne, sang er, marschierend, hoch die Fahne der Solidarität." (ÄdW III, S. 157)

"Ausländer ohne festes Einkommen, fristeten sie ihr Leben gar als Schriftsteller oder Künstler, wurden oft als Asoziale des Rechts auf Ansässigkeit in der Hauptstadt beraubt und zur Zwangsarbeit in die Wälder im Norden geschickt. Für Stahlmann, den Illegalen, war eine solche Verunsicherung einzig Grund zum Lachen, ihm gehörte der Blick über den Strom mit den Schiffen, die Rundtürme auf dem Riddarholm, die vom Schloß überragte Altstadt, die Eisenbahnbrücken, die Hügelketten hinterm Tiergarten ebenso wie mir, der ich Fremdenpaß und Aufenthaltsgenehmigung besaß. ... Es war nicht der Rede wert, ob wir hier zugelassen waren oder nicht, wir folgten nur einer Bestimmung, die für ihn schon seit November Neunzehnhundert Achtzehn gültig war. Die nach ihm trachteten, waren für ihn nicht mehr als die tönernen Zwerge, die links am Abhang, mit blöden bärtigen Gesichtern, roten Zipfelmützen, umgeben von Häschen und Rehen, das Grundstück der Firma für Gartenbau bevölkerten. Verächtlich hatte er auf sie gezielt, die winzig umherliefen unten auf dem Platz vor der Kirche, damals, in jenem Dorf bei Königsberg, festgeklammert an die Spitze des Turms. Deckung nehmend hinter den Kupferplatten, hatte er auf sie geschossen, auf die Konterrevolutionäre. Was konnten sie ihm schon anhaben, die Gnome der Polizei, war er ihnen, die ihm auf der Spur waren, doch immer wieder entkommen, durch einen jähen Sprung, durch ein Tor, ein Fenster, durch Seitengassen und über

Dächer. Im Gras, drunten in der Anlage, saßen Paare, hielten einander fest in den Armen, Kinder liefen Bällen nach, Sportler hüpften im Kreis, und um den Fridhemsplan strömte der Verkehr." (ÄdW III, S. 97)

"Das Antlitz war jenen unten am Brückenweg ähnlich, es war in die Quadern gehauen, deren Fugen die Züge zerteilten, doch nicht auflösten, es lächelte in seinem steinernen Verlies, fast mit einem Anflug von Wollust, aus dem Leben ins Dasein der Götter enthoben. Doppelt so hoch wie die Gestalt der Besucher waren die überall wiederholten Gesichter mit ihren leeren geschwungnen, in die vier Himmelsrichtungen starrenden Augen. Die Gesichter beherrschten die Welt, kamen aus dem Zeitlosen, erhoben sich über das Vergängliche, klar zeichnete das weiße Mondlicht die Konturen der sich wölbenden Lippen, die aus Blumen und Blättern bestehenden Bordüren des Kopfputzes, das Ohrengehänge, die Gescheide um den Hals. ... War es denn möglich, fragte er sich, daß sein Aussehn, wie der Gastgeber behauptete, diesen Majestäten verwandt sei, und er verzog lachend den Mund. Da hörte er, daß er ihnen gerade in diesem Augenblick gleiche." (ÄdW III, S. 101)

"Diese Wand sollte den Betrachter von der Überlegenheit und Unbesiegbarkeit der Palastbesitzer überzeugen, auf das weltliche Triumphieren aber folgte, nach der Unterbrechung durch die Mittelhalle, das Göttergericht, das die Toten in zwei Ströme teilte, oben gingen sie eiligen Schritts mit Urnen und Schreinen ins Paradies ein, unten wurden sie in die Hölle verstoßen. Und da füllte sich nun, nachdem der Weg in den Himmel schnell abgetan war, die lange karge Upplandsgate mit den Erscheinungen aus der Unterwelt, wie sie sich eingeätzt hatten in das Denken des vom Wahnsinn heimgesuchten, der Disziplin doch ergebnen Spanienkämpfers und Zahlmeisters der deutschen Partei, und schwarze Vögel jagten hin über die nackten Verdammten, die von Henkersknechten an Stricken um Hals oder Füßen gezerrt wurden, ein einziger Schrei des Entsetzens, sinnlos flehend warfen sich manche nieder, nur um vorwärtsgetreten, vorwärtsgeprügelt, oder angefallen zu werden von Panthern. Festgeknüpft an den Händen oder kopfüber hingen sie im Geäst, mit zerzaustem Haar, struppigem Bart, umschwirrt von kleinen, die Zunge herausstreckenden Teufeln, die kreischend die Folter im Höllengrund ankündigten. Nie würden sie erlöst werden aus dem beißenden Rauch. Wieder und wieder würden die Geister, mit den großen runden Augen, den grauenhaften, gemalten Mündern, Hiebe mit ihren flammenden Schwertern austeilen. Immer wieder, sagte er und wischte sich die Stirn, würden die abgetrennten Glieder von den Leibern fliegen, anwachsen, fliegen, immer wieder, mit dem gleichen, gellenden Schmerz." (ÄdW III, S. 105)

31. Musealisierung des Sozialismus. Russische Anvantgarde in der Frankfurter Schirn von Michael Barg und Verena Krieger

Russische Avantgarde in der Frankfurter Schirn - eine politische Utopie im Museum Von Michael Barg und Verena Krieger

Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:13

Russische Avantgarde in der Frankfurter Schirn - eine politische Utopie im Museum

Von Michael Barg und Verena Krieger

Längst war die künstlerische Avantgarde der zehner und zwanziger Jahre in (Sowjet-) Rußland aus der Straße, der Produktion und dem täglichen Leben verschwunden und letztlich genau dort gelandet, wo sie nicht hinwollte: im Museum - und auch dort eher in den Depots als in den Ausstellungsräumen. Nach dem Zusammenbruch des "realen" Sozialismus ergeht es nun der Revolutionskunst nicht anders als dem roten Oktober. Die Frankfurter Ausstellung über die Russische Avantgarde geriet zum Projekt einer Musealisierung des Sozialismus. Das Museum als letzte Ruhestätte? Oder eine Chance zum Überleben?

Die russische Avantgardekunst ist älter als die Oktoberrevolution und zugleich ihr legitimes Kind; ihren frühen Höhe- und Ausgangspunkt bildet die Ausstellung "Null-Zehn" im Jahr 1915 in St. Petersburg, in der Kasimir Malewitsch dem verblüfften Publikum seine radikale Neuerung vorstellte: das "schwarze Quadrat auf weißem Grund". Eine einfache geometrische Figur auf weiß gestrichener, ebenfalls quadratischer Leinwand, ungegenständlich und ohne Räumlichkeit. Das war die totale Reduktion, radikalste Abstraktion aller in den Jahren zuvor in Anlehnung an den westlichen Futurismus und Kubismus unternommenen künstlerischen Experimente - ein historischer Übergang von der figurativen zur abstrakten Malerei. Malewitsch nannte sein "Schwarzes Quadrat" die "Ikone" der neuen Kunst, und in der Tat wurde es dazu nicht nur aufgrund der formalen und ikonographischen (1) Bezüge des Kunstwerks zur ostchristlichen Ikonenmalerei, sondern auch durch die geradezu kulthafte Verehrung und Begeisterung seiner Schüler und Kollegen.

Geboren war damit der "Suprematismus", eine Kunstströmung, für die Malewitsch den Anspruch erhob, alles Bisherige überwunden zu haben. Der Suprematismus mit seinen klaren geometrischen Formen in ihrem einfachen und strengen Dasein ohne jeden räumlichen und zeitlichen Bezug stellte für ihn eine Art Neuschaffung der Welt dar: der Künstler als Demiurg. (2)

* * *

Die künstlerische Avantgarde der vorrevolutionären Jahre bestand aus winzigen Grüppchen und wenigen exzentrischen Einzelpersonen; sie lagen im Streit mit den Akademien und der vorherrschenden ästhetizistischen Kunstströmung des "Mir Iskusstwa" ("Welt der Kunst", Titel einer Zeitschrift), waren von den großen Ausstellungen ausgeschlossen und lebten ausgesprochen karg. Mit dem Anspruch, die Welt neu schaffen zu wollen, befanden sie sich dennoch mit dem Zeitgeist auf einer Linie. Die brodelnde Stimmung am Vorabend der Revolution gärte auch unter den Künstlern. Viele von ihnen beteiligten sich aktiv an der Revolution, und im Sturz des Zarenregimes und der Machtergreifung der Bolschewiki sahen die meisten von ihnen die Chance, ihre Vorstellungen auf breiter Basis zu realisieren. Etliche, die zuvor im öffentlichen Kulturleben keine Rolle gespielt hatten, wurden plötzlich zu wichtigen Funktionsträgern: Kandinsky, Malewitsch, Rozanova und andere wurden zu Mitgliedern des von der Regierungskommission für Bildungswesen einberufenen ISO NARKOMPROS, der Allrussischen Abteilung für bildende Kunst ernannt. Die klassischen Akademien wurden geschlossen, und avantgardistische KünstlerInnen wurden zu ProfessorInnen an den neu gegründeten Kunsthochschulen und Instituten und bestimmten dort die neuen Lehrpläne. Dabei gingen die VertreterInnen der Avantgarde mit ihren der Tradition verpflichteten KonkurrentInnen, von denen sie vor der Revolution stets abgewertet und blockiert worden waren, nicht eben zimperlich um: Die Avantgarde erhob einen radikalen Alleinvertretungsanspruch. (3) Analog zur Diktatur des Proletariats proklamierte sie nach der Revolution die Diktatur des Futurismus.

* * *

Heute ist hierzulande neben Wassily Kandinsky und Marc Chagall, die zu Beginn der zwanziger Jahre in den Westen emigrierten, wohl Malewitsch der bekannteste Repräsentant der Russischen Avantgarde; seine theologisch anmutenden Schriften und die völlige Isolation und Denunziation in den Jahren der Stalinschen Kulturpolitik prädestinierten ihn vermutlich dazu, als Vertreter einer möglichst "reinen", unpolitischen abstrakten Malerei rezipiert zu werden.

In Wirklichkeit freilich war die Russische Avantgarde eine Ansammlung höchst unterschiedlicher künstlerischer Auffassungen, Stilrichtungen und Techniken. Wichtigster Konkurrent von Malewitsch war Wladimir Tatlin, der im Westen vor allem aufgrund seines nie realisierten "Turms der 3. Internationale" bekannt geworden ist. Tatlin schuf in den ärmlichen, materialknappen Jahren der Revolution die sogenannte "Materialkunst": Jedes Stück Holz, jeder Draht, jede Pappe und jeder Filz war geeignet, im künstlerischen Prozeß eingesetzt zu werden. Das Material wird aus seinen herkömmlichen Funktionen herausgelöst und durch die neue Kombination zum Kunstwerk. Tatlins "Konterreliefs" sind raffinierte dreidimensionale Konstruktionen, die, mit groben Stricken oder Drähten an Wänden befestigt, im Raum zu schweben scheinen.

Die meisten sowjetischen AvantgardekünstlerInnen haben sowohl Elemente Tatlins als auch von Malewitsch aufgegriffen: El Lissitzky, Warwara Stepanowa, Alexander Rodschenko, Alexandra Exter, Ljubow Popowa, Gustav Kluzis und viele andere haben meist nacheinander und nebeneinander kubofuturistisch, suprematistisch, konstruktivistisch etc. gearbeitet - und dabei heftig miteinander gestritten und konkurriert. Gemeinsam hatten sie allerdings die radikale Absage an die Tradition: "Werft Puschkin vom Dampfer der Gegenwart" forderte der futuristische Dichter und Maler Majakowski. Die überkommene Funktion der Kunst wurde radikal in Frage gestellt; anstatt für das Museum und zum Genuß für eine winzige gebildete Minderheit sollte Kunst für das Leben und den Alltag der Massen produziert und damit die Kunst selbst aufgehoben werden.

Die Avantgarde sprengte die Grenzen zwischen den künstlerischen Gattungen Literatur, Film, Theater, Architektur etc.; die meisten KünstlerInnen arbeiteten interdisziplinär und versuchten sich immer wieder auf neuem Terrain. Dem zugrunde lag der Gedanke, daß Kunst nicht Resultat eines genialen Schaffungsaktes sei, sondern ein erlernbares schöpferisches Handwerk. Zigtausende erhielten solide Ausbildungen in den künstlerisch-technischen Werkstätten. Josef Beuys' Gedanke - jeder Mensch ein Künstler - wurde hier in gewissem Sinne vorweggenommen.

Selbst eine winzige, elitäre und unverstandene Minderheit, versuchten sich die KünstlerInnen der Avantgarde in den Jahren nach der Revolution als PropagandistInnen des sozialistischen Aufbaus. Malewitsch und El Lissitzky gestalteten den Bühnendekor für den Kongreß der Dorfarmut mit suprematistischen Motiven. Rodschenko schuf die Einrichtung eines Arbeiterlesesaals, Gustav Kluzis entwarf eine Rednertribüne mit integrierter Projektionsleinwand. Stepanowa und Popowa kreierten ein völlig neues Textildesign. Malewitsch und Suetin entwarfen Porzellanservices mit Symbolen der Revolution oder mit suprematistischen Zeichen. Rodschenko machte sich Gedanken über den Prototyp des ultimativ praktischen und robusten, allseitig verwendbaren Arbeitsanzuges (und trug ihn dann auch selbst). Majakowski bemalte Eisenbahnwaggons mit aussagekräftigen Comicfiguren, die sogenannten Rosta-Fenster, die beim langsamen Durchqueren weiter Landschaften die leseunkundige Bevölkerung über die Vorzüge des Sozialismus aufklären sollten, bessere Hygienemaßnahmen und geringeren Alkoholkonsum propagierten.

* * *

Die Kunst der Avantgarde war zur Kunst der Revolution geworden, aber sie war dabei trotzdem nicht zum reinen Propagandainstrument verkommen. Die KünstlerInnen verstanden ihre Neuerungen keineswegs als schlichte Ableitung der sozialen Umwälzung, sondern waren durch immanent-ästhetische Überlegungen zu ihnen gelangt. Malewitsch wollte eine "gegenstandslose Welt" schaffen; Popowa kreierte wegweisende konstruktivistische Theaterinszenierungen; Rodschenko experimentierte mit der Linie als "Konstruktionselement und selbständige Form der Malerei", malte "schwarz in schwarz" und schuf eine völlig neue Ästhetik der Fotografie.

Für einen kurzen Augenblick fielen beide Momente - das künstlerische und das politische Interesse - zusammen und wurden identisch, bevor sie wieder auseinandertraten und in Konflikt gerieten. Die Polarität

zwischen Funktionalität und Ästhetik, Kunst und Politik, Populismus und Avantgarde war letztlich nicht aufzuheben.

Dabei waren die Innovationen der Avantgarde auch von inneren Widersprüchen geprägt. Einerseits wollten sie Kunst und Leben miteinander verschmelzen, der Musealisierung von Kunst und dem bürgerlichen "l'art pour l'art" ein Ende setzen; andererseits wurden nie so viele neue Museen geschaffen wie in den Jahren nach der Revolution, als die Avantgarde für kurze Zeit die Kunstpolitik bestimmen konnte. Einerseits lehnten viele von ihnen das Theater als Inbegriff einer überkommenen kulturellen Tradition ab, wollten es abschaffen; andererseits entwarfen Popowa, Stepanowa, Tatlin u.a. phantastische Bühnendekorationen und Kostüme (und suchten sich dafür eine etwas fadenscheinige ideologische Legitimation).

Generell bestand das Problem, daß die Avantgarde-KünstlerInnen sich bei allem guten Willen den Massen kaum verständlich machen konnten. Malewitsch erlitt mit seinem Versuch, in verschiedenen Produktionsstätten die ästhetische und technische (der neue Anspruch des Künstler-Ingenieurs verbot es, sich auf die reine Ästhetik verpflichten zu lassen) Befehlsgewalt zu erlangen, eine harte Bauchlandung. Und auch in ästhetischer Hinsicht stießen die KünstlerInnen weitgehend auf Ablehnung und Unverständnis, und zwar gerade auch bei den Bolschewiki, die einem bürgerlich-klassizistischen Bildungs- und Kunstideal verpflichtet waren und eher die humanistische Erziehung des Proletariats in der Nachfolge der großen literarischen Vorbilder Tolstoi und Goethe oder in Anlehnung an den Naturalismus Gorkis anstrebten, als Verständnis für die schrillen Klang-, Farb- und Lautexperimente weniger Spinner aufzubringen. "Gibt es denn keine zuverlässigen Anti-Avantgardisten?" soll Lenin gefragt haben. Der relativen Liberalität Anatoli Lunatscharskijs, selbst ein ausgesprochen schöngeistiger bourgeoiser Kunstliebhaber und nach der Revolution zwölf Jahre lang Volkskommissar für das Bildungswesen, sowie der Tatsache, daß nach der Revolution an allen Ecken und Enden händeringend qualifizierte Leute gesucht wurden, haben es die AvantgardistInnen zu verdanken, daß sie etwa zwischen 1919 und 1924 die Kulturpolitik der jungen Sowjetunion maßgeblich beeinflussen und erhebliche Freiräume für ihre eigene Arbeit schaffen konnten. Sie bewegten sich dabei ständig in schwierigen Spannungsfeldern: zwischen populistischer Massenagitation und elitärem Avantgardismus; zwischen Funktionalisierung der Kunst und künstlerischem Autonomieanspruch.

* * *

Seit Beginn der zwanziger Jahre trat neben und gegen die Positionen der künstlerischen Avantgarde die mit konventionellen Techniken arbeitende und einem eher massenfreundlichen Naturalismus verschriebene Auffassung des später so genannten "sozialistischen Realismus" auf den Plan. Immer mehr KünstlerInnen und StudentInnen organisierten sich in den bewußt gegen die AvantgardistInnen auftretenden neu gegründeten Verbänden. Die Avantgarde wurde zunehmend des "Formalismus" geziehen. Mit der Ablösung von Lunatscharskij aus dem Amt des Volkskommissars für das Bildungswesen 1929 verschärfte sich diese Tendenz. Der unter Stalin für Kulturfragen zuständige A. Shdanov definierte auf einem Schriftstellerkongreß im Jahre 1934 als Hauptmerkmale des "sozialistischen Realismus": Volkstümlichkeit, Parteilichkeit und Darstellung der Wirklichkeit in ihrer revolutionären Entwicklung. Mit Beginn der dreißiger Jahre setzte eine massive Bekämpfung der avantgardistischen Bestrebungen ein. 1932 wurden durch ein staatliches Dekret alle unabhängigen Künstlervereinigungen aufgelöst.

* * *

Die ästhetische Differenz zwischen Avantgardekunst und dem stalinistischen Realismus ist evident. Dennoch gibt es eine Vielzahl von Überschneidungen. Die avantgardistischen KünstlerInnen haben bereits sehr früh Elemente dessen, was sich später als "sozialistischer Realismus" ideologisch und stilistisch formierte, in ihre eigene Bildgestaltung aufgenommen. Plakate etwa, die der überzeugte Kommunist Gustav Kluzis in der Mitte der zwanziger Jahre geschaffen hat, zeigen meist entindividualisierte und monumentalisierte Arbeitermassen beim unaufhaltsamen Marsch in die Zukunft oder heben einen heroisch stilisierten Lenin oder Stalin hervor. Dies hat Kluzis allerdings nicht davor bewahrt, 1938 verhaftet und deportiert zu werden. Und er ist kein Einzelfall.

Nicht zufällig auch wird in neueren wissenschaftlichen Arbeiten der "Brechtsche" vom "stalinistischen" El Lissitzky unterschieden. (4) Anders als Gustav Kluzis, der im Lager starb, anders als Malewitsch, dem man die Rente sperrte, anders auch als Tatlin, dessen Entwürfe in den späten dreißiger Jahren als "politisch schädlich"

eingestuft wurden, arbeitete er unbehelligt bis zu seinem Tod 1941 im Dienst des sowjetischen Staates. Unter anderem erstellte er monumentale Dekorationen zur Präsentation der Errungenschaften der Sowjetunion für die "Pressa" in Köln 1928 und für die Weltausstellung in Paris 1937. Rodschenko, der seit Beginn der dreißiger Jahre als "Formalist" verfemt war und in den vierziger Jahren nicht mehr öffentlich ausstellen konnte, fotografierte gleichwohl 1933 Zwangsarbeiter beim Bau des Weißmeer-Ostseekanals, trug also faktisch zur Ästhetisierung der Lagerarbeit bei. In den Architektur-Entwürfen der zwanziger Jahre ist die Monumentalität der in der Stalinzeit realisierten Bauten durchaus vorweggenommen worden. Und Popowas ornamentale Textilgestaltung mit Hammer-und-Sichel-Motiven sind nicht eindeutig von den mit Traktoren, Flugzeugen und Soldaten übersäten Produkten etwa des Realisten Sergej Burylin abzugrenzen. Eine klare Trennlinie zu ziehen zwischen avantgardistischen Künstlern, die in den Jahren der Stalinherrschaft denunziert, behindert, verfolgt und vernichtet wurden, und jenen, die sich anpaßten und im monumental-kitschigen Stil des "sozialistischen Realismus" an der Stalin-Apologie beteiligten, erweist sich vor diesem Hintergrund als problematisch. Letztlich taucht hier in der Kunst dasselbe Phänomen wieder auf wie in der Politik: Die alten Bolschewiki, die von Stalin vernichtet wurden, hatten ähnliche Methoden zuvor häufig noch gebilligt. (5)

* * *

Walter Benjamin unterschied scharf zwischen einer Ästhetisierung der Politik und der Politisierung der Ästhetik. (6) Diente erstere als Kennzeichnung des Faschismus und dessen in Italien erprobten und in Deutschland fortgeführten systematischen Einsatzes ästhetischer Mittel zur staatlichen und gesellschaftlichen Formierung (Inszenierung von Massenaufmärschen, Kino und Radio als Propagandainstrumente etc.), so war für ihn die "Politisierung der Kunst" das kommunistische Gegenprogramm. Er richtete dabei seine Hoffnung auf die künstlerische Avantgarde (insbesondere den Surrealismus) und ihr Programm der Dekonstruktion von Wirklichkeit, also der ästhetischen Zersetzung und Analyse anstelle einer Produktion falscher Totalität.

Analyse und Synthese - dies ist auch das Gegensatzpaar, mit dem die Differenz zwischen Avantgarde und "sozialistischem Realismus" gekennzeichnet werden kann (und gemeinhin gekennzeichnet wird). Zumindest auf einer oberflächlichen Ebene jedoch ist beiden Richtungen die programmatisch angestrebte Verschmelzung von Kunst und Politik gemeinsam: Die Kunst im Dienst des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft. Um Differenz und Verquickung zwischen der Kunst der Revolutionszeit und jener der stalinistischen Herrschaftsepoche auf die Spur zu kommen, kann sich Benjamins Unterscheidung der einander entgegengesetzten Funktions- und Kausalitätszusammenhänge von Ästhetik und Politik als sinnvoll erweisen. Das Gesamtkunstwerk, eine Utopie der bürgerlichen décadence des späten 19. Jahrhunderts, wurde nie wieder so konsequent in die Realität umgesetzt wie von D'Annunzio, Mussolini und Stalin. Das betrifft sowohl ihre Inszenierungen, die - wie etwa die von dem italienischen Dichter und Protofaschisten D'Annunzio inszenierten Massenveranstaltungen in der besetzten Stadt Fiume (Rijeka), bei der die gesamte Bevölkerung freiwillig und unfreiwillig zu Statisten einer gigantisch angelegten Dramaturgie wurde - als auch die totale Durchstrukturierung der Gesellschaft nach den Prinzipien des Führerkults, der (von den italienischen Futuristen vorbereiteten) Ästhetisierung des Krieges, des Lenin- und Stalinkultes, des Technikfetischismus und des systematischen Ausrottens alles "Schädlichen" oder "Volksfremden".

Der von der Avantgarde in einer bis zu Selbstherrlichkeit und Größenwahn reichenden Radikalität formulierte Anspruch, "die Kunst zum Leben" und - als höhere Stufe - "das Leben zur Kunst" zu machen (Ilja Ehrenburg 1922), zielte demgegenüber vielmehr auf eine Politisierung der Ästhetik. Die AvantgardekünstlerInnen wollten die Autonomie der Kunst aufheben, aber nicht im Sinne ihrer schlichten Funktionalisierung, sondern im Sinne einer Steigerung ihrer Relevanz für die unmittelbare Lebenspraxis. Das heißt, es ging ihnen darum, von der Kunst ausgehend, gestaltend in politische und ökonomische Prozesse einzugreifen. Ein Programm, das sich nicht als realisierbar erwies, weil es mit der realen Machtlosigkeit der Künste nicht gerechnet hatte. Der entschiedene Versuch, vom "Künstler-Zuschauer" (Karl Radek über bürgerliche Künstler) (7) zum "Künstler-Ingenieur" (Rodschenko über sich selbst) zu werden, endete zwangsläufig in der Sackgasse des Designers von Massenkonsumartikeln. Es ist schon nicht ohne Grund, daß die phantastischen typographischen Neuerungen eines El Lissitzky zum unerschöpflichen Steinbruch für Zeitgeist-GraphikerInnen geworden sind. Die Kunst wurde in die Lebenspraxis integriert - so gesehen hat sich das Programm der AvantgardistInnen realisiert, aber in der Form der Warenästhetik und damit einer "falschen Aufhebung der Institution Kunst" (Peter Bürger). (8)

* * *

Im Museum ein merkwürdiges Gefühl. Um uns lauter Kunstwerke, die keine sein sollten; eigentlich gehören sie nicht hierher, sondern auf die Straße und in Versammlungsräume. Hier sind sie nun, oft aus staubigen Depots russischer Kleinstadtmuseen aufgelesen und noch mit den alten, billig zusammengehauenen Rahmen versehen, fein säuberlich nach Gattungen sortiert an langen Wänden aufgereiht. Die cleane Atmosphäre des Museums steht im krassen Gegensatz zu den Bedingungen, unter denen die Werke entstanden sind: Armut und Materialknappheit, nicht selten auch Hunger. Die Ausstellung vermittelt dies ebensowenig wie den Funktionszusammenhang der einzelnen Werke. Rodschenkos geniale Titelgestaltung für die Bestseller-Kriminalromanreihe "Mess Mend" geht im Wust der kommentarlos aufgereihten typographischen Exponate unter; El Lissitzkys Plakat "Schlagt die Weißen mit dem roten Keil" - radikal auf die ungegenständliche Bildsprache des Suprematismus reduziert und zugleich als Agitationsplakat im Bürgerkrieg konzipiert - erscheint ohne diesen Kontext nur als irgendein suprematistisches Bild neben vielen anderen; und Malewitsch' bemalte Porzellanservices stehen scheinbar in keinerlei Zusammenhang zu seinem berühmten "Schwarzen Quadrat".

Was bleibt da noch von dem utopischen Gehalt dieser Kunst, von ihrer himmelstürmenden Dynamik, ihrer Aggressivität? Einen Anflug der Aufbruchstimmung und sinnlichen Expressivität der Avantgarde konnten die AusstellungsmacherInnen immerhin fühlbar und erfahrbar machen: In breiten Lettern auf rotem Grund verkündete ein um den Turm der Schirn gewickeltes Transparent "die große Utopie", den Titel der Ausstellung, und verlieh der Architektur damit selbst ein wenig den utopischen Charakter der drinnen ausgestellten - meist nicht ausgeführten - radikalen architektonischen Entwürfe. In der Eingangshalle dann Tatlins "Turm der 3. Internationale", die Idee eines sich um eine schräg in den Himmel schraubenden Achse spiralförmig aufgebauten Kongreßzentrums mit sich drehendem Innenteil. Und über dem Treppenaufgang schwebend sein vogelähnlicher Flugapparat "Letatlin", eine Aufforderung zum mentalen Höhenflug.

Keine Rednertribüne aber hat jemals so verloren herumgestanden wie das nachgebaute Modell von Gustav Kluzis, das, mit einer Projektionsleinwand und einem mächtigen Lautsprecher versehen, kulturelle Bildung und politische Agitation noch in das letzte russische Dorf bringen sollte und statt dessen in der Cafeteria der Frankfurter Kunsthalle gelandet ist. Nichts ist geblieben vom vollmundigen Anspruch, Kunst und Leben zu integrieren; nur die Idee - im Museum konserviert und nur sehr andeutungsweise sinnlich erfahrbar gemacht. Wir stehen also mitten im Widerspruch. Die uns umgebenden Exponate haben noch die Aura vergangener Geschichtsträchtigkeit. Melancholisch atmen wir sie ein, diese Aura, doch gerade das vermag die Deplaziertheit der Werke, die uns umgeben, nicht aufzuheben.

* * *

Kliment Redkos großformatiges Gemälde "Aufstand" (1923/25) ist eine komprimierte Darstellung der sowjetischen Gesellschaft nach der Oktoberrevolution unter Verwendung christlicher Metaphorik. In der Mitte ein großer Lenin, in eine weiße Aureole gehüllt und mit segnend-kommandierenden Armbewegungen. Eine Anlehnung an den speziellen Ikonentyp des "Christus Pantokrator in der Aureole", also die Darstellung von Christus als Weltenherrscher. Zu seiner Rechten und Linken - wie die Heiligen - in porträthafter Genauigkeit die Mitglieder des Politbüros wie die Orgelpfeifen je nach ihrer politischen Bedeutung und räumlichen Nähe zu Lenin in der Größe gestaffelt aufgereiht (Trotzki direkt an Lenins Seite, Stalin eine kleine, unbedeutende Figur weiter zur Seite). Über dem Kopf Lenins - etwa dort, wo sich in christlichen Bildern die Taube des Heiligen Geistes befinden würde - ist eine Fabrikanlage zu sehen. In einem auf die Spitze gestellten Quadrat sind um die Politbüro-Gruppe herum Demonstrationszüge von Soldaten, ArbeiterInnen und BäuerInnen angeordnet. Die Zwischenräume sind durch stilisierte Hochhausbauten gefüllt. Strahlenförmig gehen von dem durch diese Anordnung gebildeten Quadrat Menschenmassen in alle vier Bildecken aus, so daß sie ein querliegendes (Andreas-) Kreuz bilden. Die Figuren sind also in geometrische Grundformen eingefügt und werden damit zum Teil eines Ornaments. So zeigt das Bild einen in sich abgeschlossenen Kosmos und ist zugleich nach allen Seiten hin potentiell unendlich: Die Menschenmassen als Träger der sozialistischen Idee befinden sich in einer dynamischen Bewegung aus dem Bild heraus und nach allen Seiten hin.

Redkos Bild ist keineswegs untypisch für die Kunst der zwanziger Jahre in der Sowjetunion. Nicht wenige Künstler hatten noch in den Klöstern eine solide Grundausbildung als Ikonenmaler erhalten. Die dort erlernte christliche Symbolik und die Techniken überhöhender Darstellung wurden umstandslos auf die neue Kunst übertragen und der politischen Propaganda zur Verfügung gestellt. Mit der Adaption religiöser

Darstellungstradition für säkulare Zwecke konnte an gewohnte Seherfahrungen angeknüpft werden. Die Leute verstanden, was gemeint war: Lenin als neuer Weltenherrscher hat den Kosmos neu geordnet.

* * *

Was verstehen die BetrachterInnen eines solchen Bildes heute? Im Museum steht eine Besuchergruppe vor Redkos Gemälde, entsetzt. Das sei ja schrecklich, sagt eine Teilnehmerin, diese Hochhäuser seien so düster, wie Gefängnisse. Das Bild könne ja nur kritisch gemeint sein, denn in solchen Häusern wollte wohl niemand gerne wohnen. Und überhaupt, diese düsteren Menschenmengen, so uniform und gesichtslos... Die Ausstellungsführerin reagiert ratlos. Eigentlich seien die Künstler ja alle auf Seiten der Revolution gewesen, aber dieses Bild sei wirklich so abschreckend - das könne tatsächlich nur kritisch intendiert gewesen sein.

Natürlich ein fundamentales Mißverständnis; schließlich sollten die Wohnungsneubauten als Beleg für den Fortschritt dienen, und die Menschenmassen das einträchtige Wirken von Arbeitern und Bauernschaft für den Aufbau des Sozialismus repräsentieren. Doch dieses Mißverständnis ist symptomatisch, es birgt in sich die gesamte Problematik der Ausstellung und jedes gegenwärtigen Umganges mit der Kunst der Oktoberrevolution: Weder eine nostalgische, gewissermaßen naive Rezeption der künstlerischen Utopien von damals ist heute möglich, noch ist es legitim, bei ihrer Betrachtung heutige Kriterien so umstandslos anzuwenden, wie es die Museumsbesucherin mit ihrem Entsetzen über die häßlichen Hochhäuser in Redkos Gemälde getan hat. Zu einem adäquaten Umgang mit dieser Kunst gehört eben doch mehr, als sie aus den Depots zu befreien und in helle, saubere Ausstellungsräume zu verfrachten. Er erfordert Informationen über Rahmenbedingungen, Absichten und Zwecke der künstlerischen Projekte ebenso wie eine vorbehaltlose Thematisierung ihrer Begrenztheiten und inneren Widersprüche und der Momente von Korruption und totalitärem Gebaren. Die Avantgardekunst der Zeit der Oktoberrevolution mit kritikloser Nostalgie zu rezipieren ist ähnlich reaktionär wie dem "realen" Sozialismus nachzutrauern.

* * *

Die Niederlage der künstlerischen Avantgardebewegungen ist evident, ihr Scheitern an den eigenen Ansprüchen ein alter Hut, die Musealisierung perfekt, und eigentlich könnte dieser Abschnitt der Weltgeschichte von den historischen Siegern zu den Akten gelegt worden sein - doch offenbar reicht es noch nicht aus, daß sich der "Realsozialismus" praktisch in Luft aufgelöst hat. Nun muß auch noch seine Idee in Gestalt dieser Kunst destruiert werden. Ein neuer Diskurs mit dem russischen Mathematiker und Philosophen Boris Groys (9) als Stichwortgeber zielt darauf, die sowjetische Avantgardebewegung jedes positiven utopischen Moments zu entkleiden und eine gerade Linie von der Avantgarde bis zum Stalinismus zu ziehen.

Die Avantgardekünstler, so argumentiert Groys, haben eine künstlerische Utopie formuliert, die letztlich von Stalin perfekt realisiert worden ist. Denn weder die harten ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Konstruktivisten und Soz-Realisten in den zwanziger Jahren noch die staatliche Bekämpfung der Avantgarde seit den dreißiger Jahren könnten darüber hinwegtäuschen, daß Stepanowa, Majakowski und Brik mit ihren Vorstellungen von einer "lebensbauenden" Kunst ihrerseits totalitäre Ziele verfolgt hätten. Stalin war demnach der perfekte Künstler, der wahre Demiurg.

Groys sieht dabei souverän darüber hinweg, daß die Avantgarde stets den analytischen Blick, das Aus-den-Fugen-Geratende, Schräge, Ungewohnte und Prozeßhafte der soz-realistischen Methode des Überschaubarmachens und totalen Erfassens entgegengesetzt hat, daß mit ihrem radikalen Erneuerungsanspruch eine permanente Selbstkritik und -infragestellung zwangsläufig verbunden war, und daß ihr der extrem utilitaristische Zugriff der Stalinzeit auf das traditionale Kulturerbe völlig fremd war. Er benutzt die egozentrischen und verquasten Schriften Malewitschs, der sich auch schon mal selbst als Gott bezeichnet hat, als Beleg für seine These vom totalitären Charakter der gesamten Avantgardebewegung und relativiert dabei die reale Vielfalt der Personen und Programme.

Eine wichtige Wurzel der Russischen Avantgarde ist neben der Ikonenmalerei die russische Volkskunst der vorhergehenden Jahrhunderte mit ihrer spezifischen Tradition der "Luboks", der unter das Volk gebrachten Volksbilderbögen. Hier knüpfte bereits die antielitäre, dem Volk zugewandte "Wandererbewegung" des späten 19. Jahrhunderts an, und auch die Agitationskunst der Avantgarde speist sich aus dieser Quelle. Der - zumeist kaum eingelöste - Anspruch populärer Verhaftetheit ist insofern sicherlich kein proto-stalinistisches Moment. Auch künstlerische Projekte wie z.B. Kluzis' bereits erwähnte Rednertribüne mit eingebauter

Projektionsleinwand können schwerlich als Indiz für die Groysschen Thesen herangezogen werden. Werke wie dieses müßten als okkupatorisches Monument eher lächerlich wirken. Es ist kaum vorstellbar, eine solche Tribüne als Kommunikationszentrum mitten in ein Dorf zu verpflanzen, wenn dies nicht zugleich auf ein virulentes Interesse der Bevölkerung träfe. Das gilt für El Lissitzkys Lenin-Tribüne genauso wie für Rodschenkos Einrichtung eines Lesesaals für Arbeiter: Die Realisierung dieser Entwürfe erfordert nicht totalitäre Herrschaft noch Gewalt, sondern sie setzt politische Hegemonie voraus. Aber Hegemonie als Grundlage einer sozialistischen Entwicklung kommt im Weltbild des Autors Groys - wohl auch aufgrund seiner eigenen unmittelbaren Schädigung durch das Regime in den siebziger Jahren - nicht vor.

Mit diesem x-ten Aufguß der Totalitarismusthese wird ein alter Diskurs auf ein neues Feld übertragen. Denn für die Kunstgeschichte stand bislang der ästhetische Bruch zwischen der Avantgarde und ihren Widersachern im Vordergrund, von Kontinuität war nicht die Rede. Nun, wo es gilt, den Kampf gegen den Sozialismus endgültig bis zur totalen Auslöschung jeglichen kritischen und utopischen Potentials zu Ende zu führen, wird auch die Kunst mal wieder zum Terrain ernsthafter ideologischer Kontroverse. Hier wird exemplarisch der Kampf um den Sozialismus weitergeführt, nachdem er andernorts bereits gewonnen worden ist. Das heißt auch: Hier ist er offenbar noch nicht gewonnen.

* * *

Der Sozialismus - oder besser: seine Utopie - taucht also unverhofft im Museum wieder auf. Der Gedanke liegt nahe, dies als Bestätigung seiner endgültigen Niederlage zu interpretieren, als die von einem letzten Hohngelächter begleitete Einbalsamierung. Oder bleibt in diesen Kunstwerken doch ein subversives Moment, ein Residuum unerfüllter Forderung? Hat sich die Avantgarde mit ihrer (Selbst-) Musealisierung nicht auch eine Überlebenschance geschaffen?

Die Arbeitsgruppe, die die Ausstellung vorbereitet hat, war paritätisch aus sowjetischen, amerikanischen und deutschen Mitgliedern zusammengesetzt. Die Unterschiede in Position und Herangehensweise, die zwischen den östlichen und den westlichen ExpertInnen bei der gemeinsamen Arbeit zutage traten, gehen nicht nur aus den Beiträgen im Ausstellungskatalog hervor. Christoph Vitali, der Leiter der Frankfurter Kunsthalle, schildert in seiner Einleitung selbst die Kontroverse, die um den Frankfurter Titel der Ausstellung entstanden war: Den russischen KunsthistorikerInnen erschien "Die große Utopie" viel zu sehr auf die politische - und damit auf eine eher negative - Komponente der künstlerischen Avantgarde bezogen. In ihren Texten wird weitgehend versucht, den Zusammenhang zwischen Kunst und Oktoberrevolution auszublenden, um damit die Kunst vor dem Sog der Niederlage und Diskreditierung zu bewahren. Anders die westlichen AutorInnen: Sie betonen eher das politisch-utopische Moment der Avantgarde und - mehr noch - scheinen überwiegend daran interessiert zu sein, wenn schon der Sozialismus nicht mehr zu retten ist, so doch wenigstens "seiner" Kunst eine angemessene Würdigung zuteil werden zu lassen.

Das Konzept der Frankfurter Ausstellung zielt auf die Rettung des Utopischen und Revolutionären durch den Rückzug auf die Kunst. Vitali verteidigt den Ausstellungstitel mit der "Feststellung, daß das endliche Scheitern an der Kühnheit des Entwurfs nichts zu ändern vermag, daß die Utopie, die Gesellschaft mit den Mitteln der Kunst verändern und den Menschen selber besser machen zu können, deshalb nicht weniger großartig ist, weil sie Utopie bleibt und bleiben mußte." (10) Diese Auffassung wird dem Anspruch der Kunst der Revolutionszeit insofern nicht gerecht, als sie dessen Uneingelöstheit ignoriert oder, besser gesagt, als letzten Zustand hinnimmt. Die Hoffnung, eine Utopie zu bewahren, indem man sie von der Utopie ihrer Realisation abschneidet, ist keine wirkliche Hoffnung. Vielleicht kann die Ausstellung aber auch - untergründig - mehr bewirken als ihre MacherInnen zu hoffen gewagt haben?

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist jedenfalls die altersmäßige Zusammensetzung des Publikums. Während sich normalerweise in Kunstausstellungen hauptsächlich die Unter-Dreißigjährigen tummeln, bei einer ansonsten gleichmäßigen Verteilung der restlichen Generationen, wurde die Frankfurter Ausstellung offenkundig fast ausschließlich von Menschen zwischen dreißig und fünfzig besucht: die Generation der (ehemaligen) Neuen Linken Westdeutschlands also. Offenbar hat sie das Bedürfnis nach Selbstverständigung ins Museum getrieben.

Was ist das Museum? Tiefgefrorene Geschichte. Bildung im schlechten und im guten Sinne. Ein Ort der Reflexion. Was im Museum gelandet ist, hat zwar seine Relevanz im Alltag verloren, Relevanz für den Gewinn

von Erkenntnissen besitzt es aber weiterhin. Der in den letzten Jahren zunehmend massenhafte Zulauf vor allem junger Leute in Kunstausstellungen mag Ausdruck von Entpolitisierung und Individualisierungstendenzen sein, er ist aber auch Ausdruck eines Bedürfnisses nach einer anderen Art von Reflexion. Was auf klassisch politischem Terrain ausdiskutiert scheint, abgehakt in desillusionierter Opportunität, das sucht sich einen neuen Ort. In der Russischen Avantgardekunst sind alle Hoffnungen und Probleme, die sich um die Oktoberrevolution ranken, komprimiert wiederzufinden; anders als diese ist sie aber bis heute sinnlich erfahrbar. Ihr eignet der Vorteil jeder Kunst, materiell und transzendent zugleich zu sein.

Vielleicht wird (zumindest hierzulande) auf etliche Jahre das Museum ein wichtiger Ort sein, wo noch über den Sozialismus nachgedacht werden kann. Vielleicht hat die Russische Avantgarde ja ähnliche Qualitäten wie ein anderer wichtiger Vertreter der historischen Avantgarde, Arnold Schönberg, über dessen Musik Adorno einmal emphatisch gesagt hat, sie sei "die wahre Flaschenpost". (11)

Der Katalog zur Ausstellung "Die große Utopie", Frankfurt 1992 (im Buchhandel etwa 75 DM) bietet mit 300 Textseiten und über 690 Farbabbildungen einen ausgezeichneten Überblick zum Thema.

Anmerkungen:

1) Ikonographie: Lehre von Inhalt und Sinn bildlicher Darstellung in ihrer historischen Veränderung, so etwa der (christlichen, neoplatonischen, politischen) Bedeutung von Symbolen und Allegorien

2) Weltenschöpfer

3) Über die Auseinandersetzungen zwischen linken und bürgerlichen Künstlern in dieser Phase siehe: Hubertus Gaßner/Eckhard Gillen, Zwischen Revolutionskunst und Sozialistischem Realismus. Kunstdebatten in der Sowjetunion von 1917 bis 1934, Köln 1979

4) Yves-Alain Bois, zitiert bei Paul Wood, Die Avantgarde und die Politik, in: Die große Utopie. Die russische Avantgarde 1915-1932, Katalog zur Ausstellung, Frankfurt 1992, S. 298ff.

5) Besonders plastisch nachzulesen bei Anna Larina Bucharina, Nun bin ich schon weit über zwanzig, Göttingen 1991, in dem sie den Prozeß gegen Bucharin und seine Ermordung sowie ihre zwanzigjährige Lagerhaft schildert und dabei gegenüber den vorherigen Verfahren gegen Trotzki, Kamenew und Sinowjew kritiklos bleibt.

6) Walter Benjamin, Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, Frankfurt/Main 1963, S. 42ff

7) Karl Radek, Larissa Reissner in Deutschland, in: Fritz Mierau (Hg.), Russen in Berlin. Literatur, Malerei, Theater, Film, 1918-1933, Leipzig 1991, S. 238

8) Peter Bürger, Theorie der Avantgarde, Frankfurt/Main 1974, S. 73

9) Boris Groys, Gesamtkunstwerk Stalin. Die gespaltene Kultur in der Sowjetunion, München/Wien 1988

10) Christoph Vitali, Zur Ausstellung, in: Ausstellungskatalog S. 12ff

11) Theodor W. Adorno, Philosophie der neuen Musik, Frankfurt/Main 1978, S. 126

32. "Bitte keine Sentimentalitäten" Marlene Dietrich: Mythos gegen Mythos von Regina Behrendt

Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:44

"Auch wenn Sie uns 1930 verlassen hat: hier ist ihr Vaterland. Natürlich Rosen aufs Grab." "Erst wollte sie nie mehr nach Deutschland kommen. Das war jetzt inkonsequent." (Berliner Zeitung)

"Ich finde das nicht in Ordnung, daß man sie herschafft. Nach allem, was die über Deutschland gesagt hat." "Ihr Geld hat sie im Ausland verpraßt und wir müssen jetzt zahlen für die Ausländerin." (Tagesspiegel, Berlin)

An der toten Marlene Dietrich wurde der Abscheu vieler Deutscher vor einer, die nicht an dem Gemeinschaftshandeln des faschistischen Lebens teilgenommen hatte, noch einmal vollstreckt. Es ist das gleiche "deutsche Wesen", das sie, die so gerne in Deutschland hätte leben wollen, schon damals ausschloß. Man verzeiht ihr nicht, daß sie sich das zusammenschweißende imperialistische Kollektiverlebnis von Sieg und Niederlage ersparte.

1960 machte sie ihre erste und letzte Konzerttournee nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Bundesrepublik: in West-Berlin und anderen Städten kam es zu unmißverständlichen Haßbezeugungen: "Marlene hau ab" und "Vaterlandsverräterin" waren die gängigsten Schimpfworte. Auch wenn sie "Hänschen klein" oder "Am Brunnen vor dem Tore" gesungen hätte und nicht ihre beeindruckende Interpretation des Liedes von Pete Seeger "Sag mir wo die Blumen sind" - man wollte ihr auch damals nicht verzeihen. Sie wollte nie mehr nach Deutschland zurückkommen.

Die Wiedervereinigung hat sie als Rückkehr zu einem Deutschland verstanden, in dem sie hätte leben können. 1989 faßte sie den Entschluß, sich nun doch in Berlin beerdigen zu lassen.

Kurz darauf entschied die Radikale Linke, ausgerechnet für ihre Kampagne gegen die Wiedervereinigung, das Konterfei von Marlene Dietrich und ihren Ausspruch: "Deutschland - Nie wieder" (man weiß nicht aus welchem Zusammenhang) auf Plakate zu bringen. Ein unglückseliger Instrumentalisierungsversuch (früher vorrangig Bestandteil der DKP-Politik), der darauf verzichtet, Personen in ihrem gesellschaftlichen Kontext zu sehen, um sie irgendwie und oberflächlich als Bündnispartner einordnen zu können.

Ein bezeichnendes Bild auf die neuen gesamtdeutschen Verhältnisse wirft nun anläßlich der Überführung und Beerdigung von Marlene Dietrich das Beharrungsvermögen der deutschen Öffentlichkeit: sie können selbst einem Weltstar, dem gemeinhin viel verziehen wird, und der das angestrebte Image einer europäischen Kulturstadt aufmöbeln könnte, den Selbstausschluß vom Volk nicht verziehen.

Marlene Dietrich glaubte, daß der aggressive Expansionismus des Faschismus dem Wesen der deutschen Kultur fremd sei. Jetzt zeigt die "Wiedervereinigung", daß ein sich politisch und ökonomisch ausdehnendes Großdeutschland ohne den Mythos von der Überlegenheit des deutschen Volkes nicht auskommt.

Die am Tag der Beerdigung von Marlene Dietrich nicht stattgefundene Hommage, die mickrigen Trauerfeierlichkeiten, die Rücksichten gegenüber einer rechtspopulistischen Massenstimmung im zu diesem Zeitpunkt gerade aktuellen Berliner Kommunalwahlkampf werfen die Frage auf, ob Marlene Dietrich nicht in der "alten" BRD versöhnlicher aufgenommen worden wäre?

Eine Ordensträgerin der Anti-Hitler-Koalition hier mit aller gebührenden Aufmerksamkeit zu bestatten - diese Symbolik hat im Großdeutschland, das gerade fleißig dabei ist, sich eine neue gesamtstaatliche Identität zu verschaffen, offensichtlich keinen Platz. Aufwand und Mühe zur sinnhaften Ausgestaltung deutscher Größe werden ansonsten nicht gescheut: die staubigen Überreste von Friedrich dem Großen wurden mit großem Pomp und staatlichen Würdenträgern nach Berlin überführt, die Statue von Kaiser Wilhelm wieder ans Deutsche Eck in Koblenz transportiert. Zur gleichen Zeit werden in der ex-DDR Lenin- und Thälmann-Denkmäler zerstört und Straßennamen ausgewechselt. Mit den Straßennamen werden auch Symbole des Antifaschismus zerstört. Antifaschistische Widerstandshandlungen wie die von Mielke werden erneut geahndet. Auch der Prozeß Kielhorn/Bögelein, die Verurteilung von Bögelein wegen Tötung eines faschistischen Offiziers im Gefangenenlager (Bögelein war schon von einem sowjetischen Militärgericht

verurteilt worden) zeigt, wohin die Reise zum Zwecke der Identitätsbeschaffung geht: "Deutschland, Deutschland über alles."

Die relativ bescheidene staatliche Symbolik in der alten BRD stand gleichermaßen für Wohlstand als auch für eine aufgezwungene Distanz zur alten Reichsidee. Aber hierüber ist keine Identität mit dem heutigen Deutschland mehr herzustellen: zu groß sind unter anderem die ökonomischen Probleme, zu groß der "Ossi/Wessi-Gegensatz: Während man die ex-DDR für Ausländerhaß und Neofaschismus verantwortlich macht, schreibt die "FAZ" plötzlich Westdeutschland, wenn sie die positiven Seiten der BRD hervorhebt.

Die Überführung Marlene Dietrichs hatte durchaus einen Symbolwert für Großdeutschland: die Überführung erinnerte an "Heimholung" - sie erfolgte im Flugzeug der Bundeswehr, die französische und amerikanische Flagge wurde vom Sarg genommen und gegen Schwarz/Rot/Gold ausgewechselt. Die Faschisten hatten sie als einen Weltstar vereinnahmen wollen, der ihnen damals fehlte. Jetzt haben die Deutschen eine Marlene Dietrich, eine bürgerliche Antifaschistin, die ihre Autobiographie mit "Ich bin, Gott sei Dank, Berlinerin" titelte und sie können sie immer noch nicht genießen. Sie hatte sich gegen die Faschisten entschieden - nicht gegen Deutschland. Die Deutschen haben sich gegen sie entschieden, weil sie gegen die Faschisten kämpfte. Mythos gegen Mythos.

Zeitphänomen Marlene Dietrich

Marlene Dietrichs Karriere und Mythos war zuallererst der Film. Als der Film noch ein Ozean war, sich vom Stummfilm zum Tonfilm, vom Schwarz/Weiß-Film zum Farbfilm wandelte, war jede Lichteinstellung, jedes Reaktionsmuster der Schauspieler neu - ein Abenteuer.

Es war die Zeit des Beginns der Massenproduktion von Bildern, die völlig neue Schauspieler wie auch ein neues Publikum hervorbrachte. Anders als noch beim Theater, wo man sich über Inhalt und Aussage eines Stückes aufregte, war es jetzt der "Glamour", die Ausstrahlung der Schauspieler, die den Erfolg eines Filmstückes prägten.

Für das Publikum wurde es immer wichtiger, Namen und Intimverhältnisse der Stars zu wissen, der "Skandal" verdrängte die Aussage - die Bildungsbeflissenheit wurde durch die Zerstreuung ersetzt - das Zeitalter der großen Stars und des Entertainment hatte begonnen.

Marlene Dietrich wurde 1901 in Berlin geboren. Eine großbürgerliche Erziehung in einem preußisch-soldatischem Milieu bilden die Eigenschaften aus, die sich später in der Theater- und Filmwelt und vor allem in den USA zu jenem Habitus zusammenfügen, in der ihre Haltung, ihre Gesten gewissermaßen unbeabsichtigt zur symbolischen Kraft gelangten.

Zunächst aber lernte Marlene Dietrich in Berlin vor allem Sprachen (mit Begeisterung Französisch) und Musik (sie ist eine ausgezeichnete Geigerin) - ihre Erziehung ist durchaus großbürgerlich-kosmopolitisch. Doch als alleroberstes Prinzip lernt Marlene Dietrich, sich in "demütiger Unterwerfung unter die Pflicht" zu beugen - eine Haltung, die sie nicht aufgegeben hat.

Nachdem eine Karriere als Konzert-Geigerin sich als Fehlschlag erwies, schaffte sie es mit Zähigkeit und Ausdauer, in die Max-Reinhardt-Schule aufgenommen zu werden und sich nebenbei ihren Lebensunterhalt mit unzähligen Statisten- und Kleinstrollen zu erwerben. Sie war praktisch zu dieser Zeit (Beginn der 20er Jahre) auf allen Bühnen zu finden - in den typischen Kleinkunsttheatern und Varietes, für die unter anderem Kurt Tucholsky Stücke schrieb und Friedrich Hollaender die Musik. Sie wird in dieser Zeit als strahlend schöne Frau beschrieben - noch ohne den Nimbus der "Geheimnisvollen" und einige Kilo schwerer.

Ihre berühmten Beine verschafften ihr nach eigener Beschreibung schneller das Entree in die aufblühende Filmindustrie als ihr schauspielerisches Können - schöne Beine wurden natürlich immer gebraucht. Den Film allerdings konnte sie anfangs überhaupt nicht leiden - er war "billiges" Theater. Kurz, sie gehörte zur Boheme des Berlins der 20er Jahre.

"Der kleine Soldat"

Die gesellschaftliche Realität der 20er Jahre, das Erstarken des Nationalsozialismus hat Marlene Dietrich wohl kaum innerlich berührt - wie sie überhaupt gesellschaftliche Realität anscheinend nur in ihrer unmittelbaren Greifbarkeit und aus dem Blickwinkel der Betroffenheit ihrer künstlerischen Laufbahn wahrnahm. Das

unterschied und unterscheidet sie natürlich nicht von der Mehrzahl der Künstler bis heute. Den Antisemitismus hat sie allein als Verletzung der Kunst registriert, als es "Juden raus" hieß an den Berliner Theatern und ihre eigenen Kollegen betroffen waren.

Später in den USA hat sie sehr engagiert Verfolgten des Faschismus geholfen, zu entkommen und ihnen neue Arbeit in den USA verschafft. Als ein Kollege, der sich in USA-Verhältnisse nicht einfinden konnte und vor allem seine frühere Bekanntheit vermißte, ins Nazideutschland zurückkehrte, war ihr Kommentar: Wenn er dort leichter eine Rolle einnehmen kann, ist es besser für ihn.

Als Marlene Dietrich 1930 nach dem Riesenerfolg von "Der Blaue Engel", eine Verfilmung des Romans von Heinrich Manns "Professor Unrat", dem in den USA ansässigen Regisseur Joseph von Sternberg nach Hollywood folgte, waren die besseren Arbeitsmöglichkeiten einer entwickelten Filmindustrie und die gemeinsame Arbeit mit Sternberg, dem sie sich künstlerisch bedingungslos unterordnete, das Hauptmotiv.

Ihrer Autobiographie kann man nur entnehmen, daß sie sich angegriffen fühlte von der Verfolgung ihrer Künstlerfreunde durch die Faschisten. Sie selbst wollte man zurückholen ins faschistische Deutschland. Sie sollte die "Königin des deutschen Films" werden - denn sie war weder Jüdin, noch war sie jemals politisch unangenehm aufgefallen. Wie schon mit der Olympiade 1936 wollten sich die Faschisten mit ihr schmücken und durch sie internationale Anerkennung erhalten. Immerhin war sie sehr schnell durch weitere Filme mit Sternberg zum Hollywood-Star avanciert.

Den Haß der Faschisten auf eine nicht ihren Zwecken zugerichtete Kunst, den Haß auf die Intellektuellen, konnte sie wohl kaum nachvollziehen. Sie war weit davon entfernt, mit Kritikern des Kapitalismus oder politischen Gegnern des Faschismus näheren Kontakt beziehungsweise Gedankenaustausch zu haben. Die Zerschlagung der Trennung von privatem und öffentlichem Bereich, realisiert in der Volksgemeinschaft, hat sie lediglich als Angriff auf ihren Status empfunden.

Für bürgerliche Intellektuelle und Künstler, die dem kulturellen Traditionalismus verhaftet waren, kam der Angriff gegen sie gleichsam überraschend - denn hatten sie nicht in ihrem Denken unmittelbare Verbundenheit mit den Zwecken der Gesellschaft bewiesen?

Für die einfachen Leute, die die Faschisten repräsentieren wollten, also ihre Massenbasis, war die bürgerliche Kultur immer etwas, von dem sie ausgeschlossen waren, der sie neidvoll und mißtrauisch gegenüberstanden. Wenn Kultur selber aber der radikalen Trennung geistiger und körperlicher Arbeit entspringt, so mußte der Haß der Faschisten sich vor allem auch auf die kulturelle und geistige Arbeit richten als etwas ihnen Fremdes, Abstraktes, als sie und ihren Arbeitsethos ständig reflektierendes, letztlich kritisierendes. Einer Blut-und-Boden-Ideologie als das scheinbar Konkrete stand die geistige Arbeit als das Abstrakte feindlich gegenüber. Da die Faschisten geistige Arbeit als nur ihren Zwecken der Gesellschaft zugeordnet zuließen, also im oben genannten Sinne keine Kultur schufen, raubten sie was zu rauben war. Obwohl dem faschistischen Frauenbild diametral entgegenstehend (vielleicht auch gerade deswegen), sollte auch Marlene Dietrich zurückgeholt werden - sie war fremd und deutsch zugleich, begehrenswert und elegant. Sie war wie ein erotisches Kunstwerk, mit dem die Mühen der Krieger hätten belohnt werden können - als Kunstwerk, das über das konkrete Tun der Krieger hinauswies.

Das relativ geringe Interesse von Marlene Dietrich an politischen und gesellschaftlichen Ereignissen, herauszulesen aus ihrer Autobiographie, formuliert sie so: "Das ist privat und wird nicht gesagt". Sie versteht sich nicht als Zeitzeugin - sie ist das Zeitphänomen. Vielleicht ist sie schon in der strikten Unterlassung, sich in einen gesellschaftlichen Kontext außerhalb ihres selbstgeschaffenen Bildes zu stellen, eine moderne Erscheinung, die über den Narzißmus eines Stars hinausreicht.

Marlene Dietrich lebte seit 1930 mitsamt ihren preußisch-bürgerlichen Tugenden und mit der Selbstbezogenheit eines Weltstars in Gestalt der "femme fatale" in den USA - einer Gesellschaft, in der die Individualisierung schon weiter vorangeschritten war. Gemeinschaftliches Handeln reicht aber in einer narzißtischen Gesellschaft nur noch soweit, wie der Spiegel das Selbst noch zurückspiegeln kann.

Aus der Verfolgung ihrer Freunde und Künstlerkollegen, aus der Verfolgung unschuldiger Menschen erwuchs der für Künstler ungewöhnliche Widerstandsakt eines Weltstars: sie sammelte Geld mit Straßenaufführungen zur Unterstützung der amerikanischen Truppen. 1944 ging sie zur US-Armee an die Front in Nordafrika und

Frankreich. Sie sang und tanzte vor den Soldaten. Ihre künstlerische Laufbahn war 1944 ins Stocken geraten - sie drehte drittklassige Filme. Ihr letzter Film 1944 war "Kismet", eine orientalische Romanze, die allein durch die Attraktivität von Marlene Dietrich und der ihres Partners Ronald Colman zusammengehalten wurde. An der Front nun war "Der kleine Soldat" wie man sie liebevoll nannte, für die Alliierten das, was Zarah Leander im Nazideutschland für die Soldaten bedeutete. Aber sie stand nicht nur auf der Siegerseite, sie nahm auch die "amerikanische Lebensweise" des Nachkriegsdeutschlands voraus.

(Selbst)Bild

Aus dem Spannungsverhältnis zwischen Privatheit und Öffentlichkeit der modernen Gesellschaft gewinnt auch die Künstlerin Marlene Dietrich ihre Themen und Bilder. Von Joseph von Sternberg wird sie zur "femme fatale" gestaltet, die sich in allen Gesichtern zeigt: als vulgäre Lola, Lebedame, Bardame, Zarin oder weltmüde amerikanische Frau. Ihr maskenhaftes Gesicht, ihre ätherische Gestalt, ihre Vornehmheit in der Entblößung prägt sie zu einem Sex-Symbol. Sie verkörpert Frauengestalten, zerrissen zwischen Liebe, Ehre und Pflicht - mit allen Attributen des damaligen Verständnisses von Weiblichkeit ausgestattet. In ihren Rollen scheint die Unterwerfung der Frau unter die männlichen Wünsche perfekt zu sein. Weibliche Taktik und Raffinesse sind in diesen Filmen die wirksamsten Handlungsmöglichkeiten der Frauen. Doch die Darstellung von Marlene Dietrich läßt die Totalität des "Ewigweiblichen" zu und scheint sie dabei gleichzeitig ironisch zu spiegeln. Ihre Maske bleibt immer elitär/aristokratisch.

Der Journalist C.H. Rand hat die Idee, die sie verkörperte, als "Vamp mit Hirn" umschrieben. Nachfolgende Sex-Symbole wie Marilyn Monroe waren unmittelbarer und sozusagen "natürlich". Die Ironie einer Marlene Dietrich über ihre eigene Rolle hat nach ihr niemand mehr aufgebracht. Wenn sie sich in ihrer zweiten Karriere als Entertainerin von der "Grand Dame" in eine Person mit Smoking und Zylinder verwandelte, war das bestimmt nicht Ausdruck ihrer Androgynität. In einem Zeitungsartikel schrieb sie: "Im allgemeinen sind Männer bessere Wesen als Frauen. Sie haben einen besseren Charakter, mehr Verstand und denken logischer." Die "männlichen Eigenschaften" wie Ehrgeiz, Aktivität, Konkurrenzfähigkeit und Willensstärke hat Marlene Dietrich in das Bild der "femme fatale" eingebaut und war damit gewissermaßen subversiv. Aber die Macht dieser neuen "femme fatale", die sich mit intelligenteren Mitteln in der Verführung der Männer behauptet, trägt auch bei Marlene Dietrich nicht zum weiblichen Emanzipationsgedanken bei.

Regina Behrendt

33. Islam: Das altneue Feindbild

Teil 1: Geschichte der arabisch-islamischen Welt

Rubrik: Kultur; Nahost allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:18

"Der fanatische Muslim gehört zum ältesten Potential europäischer Weltverzerrung seit der Zeit der Kreuzzüge. Die päpstliche Kreuzzugspartei schuf die Masken des Satans, die es zu vernichten galt: die Muslime und die Juden. Antiislamismus und Antisemitismus gehören zum Arsenal des christlichen Europa, um Herrschaftsinteresse zu legitimieren." (1)

Was charakterisiert den Islam? Eine Hundertschaft dem Betrachter entgegengereckter Männerärsche, wie es nicht allein die Boulevardpresse, sondern auch Zeitschriften wie die "Emma" ihren Leserinnen nahelegen? Oder sind es die tiefverschleierten Frauen, die der "Stern", ebenfalls als düster dräuende Masse, auf seinen Bildseiten aufmarschieren ließ? Bringt der von dem "Nahost-Experten" Scholl-Latour geortete "neue Tatarensturm" den Islam aus den ehedem sowjetischen Weiten nach Europa? Für den "Stern" ist die Sache ausgemacht: Um einen "Vormarsch im Namen Allahs" geht es. "Keine Weltreligion entwickelt derzeit so unbändige Kraft (...) Ein Millionenheer von Unterprivilegierten sammelt sich unter dem Grünen Banner - vielleicht schon bald zum Krieg der ‚Armen` gegen die ‚Reichen` im Norden." (2) Die Botschaft kann klarer nicht sein: Unser Besitzstand ist gefährdet.

Zu Beginn einer mehrteiligen ak-Serie zum Islam geben wir einen groben Aufriß der Geschichte der arabisch-islamischen Welt (3) und des Islam. Im zweiten Teil wird das aktuelle "Feindbild Islam", insbesondere die westliche Auffassung des sog. islamischen Fundamentalismus, dargestellt und erörtert, im dritten - abschließenden - Teil eine Anzahl meist aktueller Publikationen zum Islam vorgestellt.

Die altorientalischen Reiche Mesopotamien, Assyrien, Babylon und Ägypten - Teile der späteren islamischen Welt - waren schon im dritten bis zweiten Jahrtausend v.u.Z. hochentwickelte Kulturen, zu einer Zeit also als unsere Vorfahren in Europa noch gleichsam auf den Bäumen saßen. Diese Reiche wurden um 500 v.u.Z. von den Persern erobert, die ihre Herrschaft auf das Zweistromland, dann bis zum Mittelmeer und nach Ägypten ausdehnten. Das Perserreich brach unter Volksaufständen und dem Angriff Alexanders zweihundert Jahre später zusammen. Im 2. und 1. Jh. v.u.Z. drang Rom bis in die Gebiete der ehedem altorientalischen Reiche vor. Mit dem Zerfall des Römischen Reiches verselbständigten sich die römischen Ostprovinzen gegen Ende des 4. Jh.s u.Z.

Arabische Stammesordnung

Zu dieser Zeit hatte die Arabische Halbinsel schon jahrhundertelang mehr am Rande des Weltgeschehens gelegen. Die meisten Araber in Westarabien lebten im 6. Jh. als Nomaden ("arab" hieß ursprünglich nichts anderes als "Nomaden"), d.h. als wandernde Viehzüchter. Andere betrieben Ackerbau, wieder andere waren in Umschlagplätzen des Fernhandels wie u.a. Mekka als Händler und Handwerker tätig. Unabhängig von ihrer Tätigkeit waren sie alle traditionell in einer urgemeinschaftliche Stammesordnung eingebunden. Die Stammesgemeinschaften leiteten ihre Herkunft von einem gemeinsamen Vorfahren ab, gründeten also auf der Überzeugung einer Blutsverwandtschaft. Die jedesmaligen Verhaltensregeln galten nur jeweils innerhalb des eignen Stammes. Die Sippen und Familien eines Stammes wurden von einem gewählten Führer geleitet. Da Weideplätze und Wasser knapp waren, waren Kriege der Stämme gegeneinander entsprechend häufig. Unter den Bewohnern des Hidschas dominierte der Polytheismus, d.h. der Glaube an viele Götter. In Mekka wurden mehr als 300 Gottheiten verehrt. Dort befand sich auch die Kaaba, ein würfelförmiger Bau, in den ein schwarzer Stein eingelassen war. Dieser Ort galt schon vor Muhammad als heilig, auch die spätere islamische Zeremonie der Umschreitung der Kaaba wurde bereits damals ausgeübt.

Im 6. Jh. war die überkommene Gesellschaftsordnung der Stämme auf der Arabischen Halbinsel in eine Krise geraten. Stammeseigentum verwandelte sich zunehmend in das Eigentum einzelner Familien und Sippen. Diese Entwicklung war im Handelszentrum Mekka besonders augenfällig. Der transarabische Handel hatte der Stadt Reichtum gebracht, wovon aber vor allem der in Mekka herrschende Stamm der Kuraisch profitierte. Die schwächeren Stämme opponierten, sie hatten sich zu einer "Tugendliga" zusammengeschlossen. Die zunehmende soziale Differenzierung verstärkte auch die blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Stämmen. Der Zerfall der Stammesordnung und die fortwährenden Stammeskriege behinderten die weitere

gesellschaftliche Entwicklung. Ein Umbruch, auch im Geistigen, bahnte sich an. Während immer mehr Araber, entgegen den ursprünglichen Gesetzen der Stammessolidarität, individuellen Reichtum anstrebten, traten Mahner und Propheten auf, die zu vernünftigem Handeln aufforderten. Proteste gegen das wachsende Unrecht, das aus der sozialen Differenzierung entstand, wurden laut.

Der Polytheismus war vom allgemeinen Niedergang erfaßt. Mehr und mehr setzte sich die Tendenz zum Monotheismus, dem Glauben an einen Gott, durch. Hierin artikulierte sich das Bedürfnis nach einem stammesübergreifenden Gemeinwesen. Die sog. Buchreligionen, Judentum und Christentum, fanden immer mehr Anklang. Auch Mekka wurde von diesem Wandel erfaßt. Zu seinen 300 Göttern gehörte Allah. Vermutlich haben verschiedene Stämme ihren Gott "Allah" genannt, denn nichts anderes als "der Gott" - zusammengezogen aus dem arabischen "al-ilah" - bedeutet Allah. In der Abstraktheit, die ihn zunehmend als Gott schlechthin charakterisierte, gewann Allah eine Vorzugsstellung gegenüber anderen Göttern.

Muhammad, der Prophet Allahs

In diese Zeit eines sich anbahnenden Umbruchs hinein wurde Muhammad (arab., der Vielgepriesene) ibn Abdallah um 570 u.Z. in Mekka geboren. Seine Sippe gehörte zum Stamm der herrschenden Kuraisch, war aber ohne größeren Einfluß. Die Familie lebte in bescheidenen Verhältnissen. Mit zwanzig Jahren trat er in den Dienst der reichen Kaufmannswitwe Chadidscha, die den etwa 15 Jahre jüngeren Muhammad 595 heiratete. Hiermit hatte Muhammad eine relative materielle Sicherheit erreicht. Muhammad stand zwar in der Tradition der arabischen Stämme, nahm aber nicht alles für gegeben hin. Er machte sich mit anderen Vorstellungen vertraut, insbesondere mit dem Judentum und dem Christentum; er suchte und fragte. - Soweit die reale Geschichte Muhammads.

Im Sinne historischer Realdarstellung nicht wiederzugeben ist die "Offenbarung", die Weise, in der Muhammad die "Botschaft" empfing - was im übrigen aber für jede Religion gilt, die sich auf "Offenbarungen" bezieht. Nicht-muslimische Autoren umschiffen diese Klippe, indem sie etwa - wie in einem maßgeblichen Handbuch zum Islam - formulieren: "Innere und äußere Erfahrungen verdichteten sich zu einem Berufungserlebnis, das auf dem Berg Hira (...) gehabt haben soll, wohin er sich jährlich zur Meditation und asketischen Übungen zurückzog." (4)

Muslimische Autoren haben mit der Darstellung der "Offenbarung" hingegen kein Problem. In einem von Muhammad Hamidullah verfaßten und seit den 50er Jahren immer wieder neu aufgelegten Lehrbuch des Islam heißt es: "Im fünften Jahr seiner jährlichen Zurückgezogenheit wurde er vierzig Jahre alt. Gegen Ende des Monats erhielt er während der Nacht den Besuch eines Engels. Dieser teilte ihm mit, daß Gott ihn zu Seinem Boten auserwählt und den Menschen gesandt habe; er lehrte ihn die Abwaschungen, die Art und Weise, Gott anzubeten, und das Gebet, und teilte ihm den göttlichen Auftrag mit folgenden Worten mit:

‚Im Namen Gottes, des sehr Barmherzigen, des Allbarmherzigen.

Lies im Namen deines Herrn, der erschaffen hat:

Der den Menschen erschaffen hat aus geronnenem Blut.

Lies! Den dein Herr, der sehr Edle,

Er hat gelehrt durch die Feder,

Gelehrt den Menschen, was er nicht wußte.` (Koran 96, 1-5)" (5) Während der folgenden drei Jahre empfing Muhammad keine neuen Offenbarungen. "Während dieser drei Jahre der Unterbrechung und der Erwartung widmete sich der Prophet mehr und mehr dem Gebet und geistlichen Übungen. Dann begannen die Offenbarungen aufs Neue: Gott versicherte ihm, daß Er ihn keineswegs im Stich gelassen habe - im Gegenteil: durch Ihn sei er auf den rechten Weg geführt worden; nun solle er sich der Waisen und der Bettler annehmen und die Gnade Gottes verkünden (Koran, Sure 93). Das war in Wirklichkeit ein Befehl zum Predigen. Eine andere Offenbarung forderte ihn auf, die Menschen von dem zu unterrichten, was ihnen drohte, wenn sie ihre schlechten Sitten beibehielten; sie zu ermahnen, nur den einen Gott anzubeten und alles zu unterlassen, was ihn erzürnen könnte (74, 2-4). Wieder eine andere Offenbarung trug ihm auf, seine Verwandten zu warnen (26, 214); und endlich: ‚Verkünde offen, was dir aufgetragen ist, und wende dich ab von Götzendienern` (15, 94)." (6)

Die Offenbarungen, die Muhammad der Überlieferung zufolge empfangen hat, sind im Koran niedergelegt.

Eine neue Sozialordnung

Muhammad wollte zum einen die Schranken der Stammesordnung, die die materielle und geistige Entwicklung der Araber hemmten, sprengen. Er strebte eine neue Gemeinschaft an, die sich allein auf den gemeinsamen Glauben an Allah, den einen Gott, gründete. Zum anderen beherzigte er seine sozialen Erfahrungen. Wenn auch durch die Heirat zu einigem Wohlstand gekommen, sah er sich nach wie vor mit der Oberschicht Mekkas konfrontiert, die ihren Reichtum mehrte und ihre politische Macht ausbaute. Muhammad machte sich zum Sprecher der sozial Benachteiligten. In der 102. Sure heißt es an die Reichen gerichtet: "1 Die Sucht, mehr zu haben (als andere), hat euch (so sehr von allem höheren Streben) abgelenkt, 2 daß ihr sogar die Gräber besuchet (d.h. daß ihr euch sogar bewogen fühlet, eure verstorbenen Angehörigen in den Wettstreit einzubeziehen). 3 Nein! Ihr werdet (dereinst schon noch zu) wissen (bekommen, was mit euch geschieht). (...) 6 Ihr werdet bestimmt den Höllenbrand zu sehen bekommen. (...)" (7) Er verlangte die Freilassung der Sklaven und eine bessere Behandlung der Frauen, Witwen und Waisen. Muhammad bejahte grundsätzlich das sich durchsetzende Privateigentum an den Produktionsmitteln, was in der Konsequenz die Polarisierung der Gesellschaft in arm und reich bedeutete. Aber er wollte die Beziehungen zwischen den Gesellschaftsteilen elastisch gestaltet wissen. Die Reichen müßten den Armen etwas von ihrem Reichtum abtreten. Die Armen wiederum hätten sich vor Neid zu hüten. Muhammads Gottesvorstellung ordnet sich hier ein: Allah ist der Herr und Schöpfer der Welt und aller Lebewesen, die Menschen sind seine Diener und Schutzbefohlenen, ihm gegenüber zu Dankbarkeit und Unterwerfung verpflichtet.

Menschen aus sozial benachteiligten Schichten, darunter auch Sklaven, schlossen sich Muhammad an. Er selbst wurde von den meisten Mekkanern, die in der neuen Lehre eine Gefährdung ihrer privilegierten Stellung sahen, verhöhnt. Seine Anhänger, soweit sie nicht Stammesschutz genossen, wurden vertrieben.

Die grundlegende Wende begann mit der Einladung Muhammads im Jahr 621 nach Jathrib, eine Siedlung mit etwa 3000 Einwohnern, 400 km nördlich von Mekka in einer fruchtbaren Oase gelegen. Die Bewohner von Jathrib, zwei arabische und drei jüdische Stämme - d.h. zur jüdischen Religion übergetretene arabische Stämme - waren in ununterbrochener Fehde. Es war kaum noch möglich, das Gebiet der eigenen Sippe oder seines Stammes zu verlassen, worunter auch das Wirtschaftsleben litt. Von Muhammad hatte man gehört, daß er ein Gemeinschaftskonzept verfechte, in dem Stammesschranken und mithin auch Stammeskämpfe keinen Platz mehr hätten. Er schien der geeignete Mann Ordnung zu schaffen. Im Jahr 622 siedelte Muhammad mit seiner kleinen Gemeinde nach Jathrib über. Diese Umsiedlung ist als "Hidschra" (Flucht oder Ausreise) in die Geschichte eingegangen. Der erste Tag des Jahres, in dem sie stattfand, der 15. oder 16. Juni 622, wurde zum Beginn der islamischen Zeitrechnung erklärt (dementsprechend sind wir im Mai 1992 der sog. christlichen Zeitrechnung im Jahr 1412 H. nach dem islamischen Kalender, das stets hinzugefügte "H." steht für "Hidschra").

Muhammads Position war in Jathrib eine gänzlich andere als in Mekka. Zusammen mit den anderen arabischen Stämmen konnte er darangehen, die vorgefundenen Verhältnisse umzugestalten. Er schuf mit seinen Anhängern, über Stammesschranken und Stammesbräuche hinweg, eine neue Gemeinschaft. Araber und Juden wurden weitgehend gleichgestellt. Fehden in der Gemeinschaft waren fortan verboten; sie sollten vor Gott und seinen Gewalten, d.h. vor ordentlichen Gerichten ausgetragen werden. Muhammad hob zwar die arabische Stammesverfassung nicht ausdrücklich auf, aber es standen sich fortan nicht mehr Stämme gegenüber, sondern die Bekenner des Islam, die Muslime, und die sog. Ungläubigen. Jathrib trug künftig den Namen, den es auch heute noch hat: Medina (von madinat al- nabij - Stadt des Propheten).

Der Islam verbreitete sich in wenigen Jahren in einem solchen Maße, daß Muhammads Position es ihm gestattete, im Jahr 630 Mekka mit einem 10.000 Mann starken Heer einzunehmen. Die Stadt fiel nahezu kampflos. Aus allen Teilen der Arabischen Halbinsel trafen Gesandtschaften von Stämmen ein, die den Beitritt ihrer Stämme zum Islam bekundeten. Zur Zeit von Muhammads Tod 632 hatte sich die Situation der arabischen Stämme grundlegend gewandelt. Hatten zuvor einzelne Stämme die Halbinsel verlassen, um sich anderswo anzusiedeln, so war jetzt eine umfassende Gemeinschaft entstanden, bereit und stark genug zum großen Aufbruch.

Eine islamische Welt

Die arabischen Truppen brachen von der Arabischen Halbinsel zugleich nach Norden, Westen und Osten auf. Der Iran und Byzanz, auf die sie zuerst trafen, waren ihnen zwar kulturell und militärisch überlegen; Verfallserscheinungen und Unruhen im Inneren sowie Auseinandersetzungen untereinander hatten die beiden Mächte jedoch so geschwächt, daß sie den hochmotivierten arabischen Kriegern nicht gewachsen waren. Zudem sahen große Teile der Bevölkerung in nordafrikanischen und Nahost- Provinzen von Byzanz in den Arabern die Befreier von fremdem Joch und unterstützten sie. Bis etwa 750 war ausgehend von der Arabischen Halbinsel ein arabisch-islamisches Reich entstanden, das den Bereich der heutigen Staaten Portugal, Spanien, Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten, Libanon, Israel, Syrien, Jordanien, Irak, Saudi- Arabien, alle Golfstaaten, Jemen, Irak und Iran umfaßte. Der Islam war zur Weltreligion geworden.

Auf die verschiedenen islamischen Dynastien der folgenden Jahrhunderte, die Ergebnis politischer und religiöser Auseinandersetzungen, innerer Machtkämpfe und von Volksaufständen waren, werde ich nicht detailliert eingehen, sondern - wie im Bisherigen - die weitere Entwicklung nur grob skizzieren. Der Khalif (d.h. "Nachfolger, Stellvertreter" Muhammads) der im 8. Jh. an die Macht gelangten Abassiden ließ eine neue Hauptstadt bauen: Bagdad. Die Stadt lag günstig, um politisch, wirtschaftlich und kulturell Einfluß zu gewinnen. Wichtige Straßen kreuzten sich in ihrem Bereich, durch den Tigris gelangte man zum Persischen Golf, Ausgangspunkt für den Handel mit Ostafrika und Indien. Ausgehend von den Traditionen der griechischen, römischen und persischen Kultur kam es zum allgemeinen Aufschwung. Zahlreiche Städte entstanden als kulturelle Zentren. Die islamischen Herrscher förderten ihre Entwicklung; nicht nur die Moscheen, auch die Bibliotheken, Schulen und Bäder waren großenteils allen zugänglich. Unter dem Khalifen Harun al-Raschid entstand in Bagdad das erste Spital, nach dessen Vorbild im ganzen Land Krankenanstalten eingerichtet wurden. Ein anderer Khalif gründete ein Observatorium, zu dem eine Bibliothek und eine größere Anzahl von Übersetzern gehörte. Astronomen in seinen Diensten nahmen die Kugelgestalt der Erde - wir schreiben jetzt die Mitte des 9. Jh.s - bereits als gegeben an.

Muslimische Gelehrte taten viel, um das Erbe der Antike zu erhalten, zu erschließen und weiterzuentwickeln - hierfür steht insbesondere die Zeit der arabischen Herrschaft in Spanien, das "goldene Zeitalter", das durch die fruchtbare Zusammenarbeit von Juden und Muslimen charakterisiert ist. Als Sprache des Koran erlangte das Arabische Weltgeltung auch als Verkehrssprache. Noch größere Verbreitung erreichte das arabische Alphabet, Perser wie Türken machten es sich zu eigen. Mit der Sprache des Koran bildeten sich Bande zwischen Völkern und Staaten heraus, die noch heute wirksam sind.

Ein einheitliches islamisches Reich bestand jedoch nur bis etwa 900. Zu diesem Zeitpunkt war es bereits um die Frage der

Fortsetzung Seite 36

Fortsetzung von Seite 35

Leitung der Gemeinde zur Spaltung der Muslime in Schiiten und Sunniten gekommen. Die Schiiten (von "schia": Gruppe, Partei), Anhänger von Muhammads Schwiegersohn Ali Ibn Abi Talid, der als vierter Khalif zur Macht gekommen war, waren der Auffassung, Muhammad habe Ali zu seinem Nachfolger bestimmt, und jedes rechtmäßige Oberhaupt (Imam) der Gemeinschaft müsse der Nachkommenschaft aus Alis Ehe mit Muhammads Tochter Fatima entstammen. Die Sunniten (von "sunna": Weg, Vorbild; speziell verstanden als das vorbildhafte Leben des Propheten, für Muslime die zweite Wissensquelle neben dem Koran) erkannten die bestehenden Machtverhältnisse an und glaubten, dem Handeln des Propheten am nächsten zu sein. Sie sahen die aus dem Stamme Kuraisch, zu dem auch Muhammad gehörte, stammenden Khalifen, die von einem Wahlkollegium gewählt worden waren, als rechtmäßig an. Ihr vornehmlich auf Wahrung der Einheit gerichtetes Streben setzte sich durch, etwa 90% der Muslime gehören heute dem sunnitischen Islam an; nur im Iran ist der Schiismus Staatsreligion. Innerhalb dieser beiden Hauptrichtungen entwickelten sich im Laufe der Zeit eine große Zahl von Untergruppen, wie die Wahhabiten in Saudi-Arabien und die Alawiten in Syrien, die, obwohl eine Minderheit von etwa 12% der Bevölkerung, die Regierung stellen.

Kreuzzüge

In den Jahrhunderten der Ausdehnung des islamischen Reichs war die Entwicklung in Europa nicht stehengeblieben. Zu den Expansionszielen europäischer Mächte gehörte auch der Orient; die italienischen Seerepubliken wollten den Handel im östlichen Mittelmeer und den Transithandel in die Hand bekommen. Die

ideologische Rechtfertigung für die Eroberungsgelüste europäischer Mächte kam aus Rom. Im Orient lagen die wichtigsten heiligen Stätten des Christentums, die, befanden die Repräsentanten des Papsttums, nicht auf Dauer den Muslimen überlassen bleiben sollten. Es wäre jedoch verfehlt, heißt es in einer kritischen Abhandlung über "Morgenland und Abendland", "die Kreuzzüge allein aus den ökonomischen und auch politischen Ambitionen der teilnehmenden Kreise zu erklären. So sehr diese den Vorrang verdienen, so ist gar kein Zweifel, daß Ungezählte dem Ruf gefolgt sind, die lediglich dem ideologischen Zwang der Zeit verfallen waren. Das eben war die Folge jenes schon damals entwickelten ‚abendländischen` Denkens: Das Christentum in der katholischen Form ist berufen, wie schon der Name ‚katholisch` sagt, sich über die ganze Welt auszubreiten, die katholische Kirche ist der legitime Nachfolger des alten Imperium Romanum, das weder politisch noch ökonomisch eine Macht neben sich dulden kann; wer den Fahnen der Kreuzfahrer folgt, steht in unmittelbarem Gehorsam zum ‚Stellvertreter Gottes auf Erden`, der auf dem ‚Stuhl Petri` sitzt." (8)

1095 rief Papst Urban zu einem Kreuzzug ins "Heilige Land" auf. Ein Jahr später begann der erste Kreuzzug und 1099 eroberten die Kreuzfahrer nach langer Belagerung Jerusalem. In der Stadt verübten sie ein Massaker an Muslimen und Juden, die Angaben über die Zahl der Ermordeten schwanken zwischen zehn- und hunderttausend. Eine christliche Chronik berichtet: "Der Patriarch zog eine lange Straße entlang und mordete auf seinem Weg alle Ungläubigen. So kam er zur Kirche des Heiligen Grabes, die Hände blutverklebt am Griff seines Schwertes. Dort wusch er sich die Hände mit den Worten des Psalmes ‚Der Gerechte freut sich in dem Herrn, wenn er solche Rache sieht, die er ausführt. Er wird seine Hände baden im Blut der Gottlosen.` Dann feierte er die Heilige Messe und sagte, er habe niemals Gott ein wohlgefälligeres Opfer gebracht." Den selben Vorgang beschreibt Steven Runciman, Historiker an der Universität von Cambridge, in seiner umfassenden Darstellung der Kreuzzüge so: "Die Kreuzfahrer (...) rasten wie Besessene durch Straßen, Häuser und Moscheen und machten jedermann nieder, der ihnen in den Weg kam, Männer, Frauen und Kinder ohne Unterschied. Das Massenmorden währte den ganzen Nachmittag und den folgenden Tag hindurch. (...) Früh am nächsten Morgen erzwang sich eine Rotte Kreuzfahrer Eintritt in die (al-Aqsa-) Moschee und erschlug (die dorthin geflüchteten Muslime) samt und sonders. (...) Die Juden Jerusalems hatten sich geschlossen in ihre Hauptsynagoge geflüchtet. Aber sie standen im Verdacht, den Mohammedanern geholfen zu haben; und so gab es kein Mitleid für sie. Das Gebäude wurde in Brand gesteckt; in seinem Innern fanden sie alle den Feuertod." (9)

Die Kreuzritter hatten Erfolg, weil es auf der islamischen Seite keine einheitliche Abwehr gab. Die Gegensätze zwischen lokalen Dynastien untereinander und zwischen zentraleren Mächten war stärker als der Wille, die Kreuzfahrer zu bekämpfen. Es entstanden vier kleine "Kreuzfahrer-Staaten": das Königreich Jerusalem, das Fürstentum Antiochia und die Grafschaften Tripolis und Edessa.

Unter Salah al-Din wurden die Kreuzfahrer 1187 entscheidend geschlagen und Jerusalem wurde wiedererobert. Während der zweihundert Jahre der Kreuzzüge konnten die Europäer keine dauerhafte Herrschaft errichten. Auf beiden Seiten - bei Christen wie bei Muslimen - haben diese Jahrhunderte indessen tiefe Spuren hinterlassen. Die ältesten Wurzeln des heutigen Feindbilds Islam sind hier zu finden. Und in islamischen Schriften der Gegenwart, die sich mit Kolonialismus und Imperialismus auseinandersetzen, werden häufig die Kreuzzüge als erste Beispiele für das Bestreben des Westens herangezogen, die Araber bzw. die Muslime zu unterdrücken. Sowohl der jüngste Krieg gegen den Irak wie das aktuelle Vorgehen gegen Libyen werden von arabischen Autoren als "Kreuzzüge" qualifiziert.

Das Osmanische Reich

Während im Westen die Kämpfe mit den Kreuzfahrern endeten, begann im Osten der Untergang des islamischen Reiches. 1258 wurde Bagdad, die bisherige Hauptstadt des Islam, von Mongolen überrannt und zerstört. Deren Vormarsch wurde zwar schon 1260 von den Mamluken, den Angehörigen einer aus Ägypten kommenden Militäraristokratie, aufgehalten, dennoch zerfiel die islamische Welt jetzt in zwei Teile - den von den Mongolen eroberten und in die Gebiete westlich davon. Der Teil der arabischen Welt, der von den Mongolen fast unberührt geblieben war, entwickelte sich von nun an selbständig. Das Zentrum wurde Kairo.

Es zeichneten sich aber schon die nächsten Machtverschiebungen ab: Im 14. Jh. gingen die Osmanen (so genannt nach dem Begründer der Dynastie Osman, arab.: Uthman) daran, ein großes Reich mit der Türkei als Kern zu errichten. Schritt für Schritt eroberten sie Teile des tausendjährigen oströmischen Reiches. Konstantinopel (das heutige Istanbul) wurde 1453 erobert und stieg zur Hauptstadt des Osmanischen Reiches

auf. Im 15. Jh. wurden die Araber und mit ihnen die Juden endgültig von der Iberischen Halbinsel vertrieben. Die Osmanen dehnten im Verlaufe des 16. Jh. ihre Herrschaft auf die arabischen Kernländer aus, Syrien und Ägypten wurden besetzt, die Arabische Halbinsel und Nordafrika mit Ausnahme Marokkos in das Osmanische Reich einbezogen. Seit dem Ende des 15. Jh. griffen türkische Heere wiederholt Ungarn und Österreich an. Zweimal belagerten die Türken Wien, 1529 und 1683, beide Male vergeblich. Die Osmanen herrschten über das letzte große islamische Reich. Es erstreckte sich von Algerien bis zum Jemen und Georgien und von Anatolien bis Bessarabien. Heer und Verwaltung bildeten sein Rückgrat. In Konstantinopel wurden die Kulturschätze der ganzen islamischen Welt zusammengezogen.

Formell konnten die Osmanen ihre Herrschaft bis zum Ersten Weltkrieg aufrechterhalten. Faktisch aber setzte mit dem Krieg, der mit der zweiten Belagerung Wiens 1683 begann, ihr Niedergang ein. Mit den 1699 geschlossenen Friedensverträge mußten sie Gebiete an Österreich, Polen und Venedig abgeben. Anderen Gebieten gegenüber begnügten sie sich mit der formalen Anerkennung der Oberherrschaft in Konstantinopel und der Erhebung von Steuern. Im Ergebnis des Ersten Weltkrieges brach das Osmanische Reich - das den imperialistischen Mächten schon lange als "kranker Mann am Bosporus" galt - zusammen und mit ihm das mehr oder weniger einheitlich zusammengefaßte Reich des Islam. Werden heute Begriffe wie "islamische Welt" oder "arabische Welt" im Sinne einer großen Einheit verwendet, sind dies Propagandaformeln - Propaganda arabischer Herrscher nach innen, um das Einheitsstreben der Bevölkerung verbal zufriedenzustellen; Propaganda der westlichen Politik, um eine Bedrohung durch eine "islamische" bzw. "arabische Welt" glaubhafter verkaufen zu können.

Kolonialismus

Mit den Kreuzfahrern waren erstmals Europäer ins Zentrum der arabisch-islamischen Welt eingedrungen. Sie konnten sich nicht behaupten. Die Mongolen wurden aufgehalten, bevor sie in den westlichen Teil der arabisch-islamischen Welt eindringen konnten. Im Osmanischen Reich standen die muslimischen Araber zwar unter fremder Herrschaft, denn die Türken waren kein arabisches Volk, aber sie waren ebenfalls Muslime. Eine grundlegend andere Situation tritt mit dem Griff europäischer Mächte nach der arabisch-islamischen Welt in Nordafrika und Vorderasien ein.

Mit der Entwicklung der Produktivkräfte, der sog. industriellen Revolution und der Beseitigung des Feudalismus, der Erkämpfung der Demokratie durch das Bürgertum erlebten die Länder vornehmlich in Westeuropa und Nordamerika einen gewaltigen Aufschwung. Die Staaten, in denen sich die kapitalistische Ordnung durchsetzte, nutzten den dadurch gewonnen sozialökonomischen Vorsprung, um sich nahezu die gesamte übrige Welt als Kolonien, Halbkolonien oder abhängige Länder zu unterwerfen. Für die betroffenen Menschen veränderte sich die historische Grundsituation. Äußere Abhängigkeit zerstörte bzw. deformierte die gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen sie lebten. Die von ihnen erzeugten Werte flossen in die Kolonialmetropolen. Ein zunächst vorhandener historischer Rückstand verwandelte sich aufgrund der Fremdbestimmung und der institutionalisierten Ausbeutung in Unterentwicklung.

Für den allergrößten Teil der Muslime, der ebenfalls kolonial versklavt wurde, bedeutete die Verwandlung ihrer Länder in europäische Kolonien eine doppelte Herausforderung: Sie waren der Fremdherrschaft ferner Mächte unterworfen, die zudem einen anderen Gott verehrten; und die neuen Herren verkörperten eine höhere Gesellschaftsordnung.

Aus der Sicht des islamischen Weltbildes war infolge der kolonialen Besetzung durch die "Ungläubigen" aus dem "Haus des Islam" (dar al-islam) ein "Haus des Krieges" (dar al-harb) geworden, was die "Auswanderung" und/oder den "Dschihad", die "(heilige) Anstrengung" bis hin zum Krieg gegen die Eindringlinge gebot. Hinzu kam die Erinnerung an die glorreiche Vergangenheit, in der ein Weltreich mit hoch entwickelter Wissenschaft und Kultur geschaffen worden war. Konnte der Glaube die Muslime nicht befähigen, auch mit dieser neuen Herausforderung fertig zu werden, wenn sie sich dem Alten, Klaren, Einfachen zuwandten? So erschien der Islam besonders geeignet, den antikolonialistischen Kampf zu inspirieren. Zumindest ein Beispiel schien es zu geben, das die Rückkehr zum Alten, die Reinigung des Islam von allen Neuerungen fremden Einflüssen und den Sieg ermöglicht. Im 18. Jh. entstand auf der Arabischen Halbinsel mit den Wahhabiten eine Bewegung, die mit Waffengewalt die Befreiung von osmanischer Herrschaft erkämpfte und - auch in Kämpfen mit Portugiesen und Briten - ein unabhängiges Reich von beträchtlicher Größe schuf. Der Wahhabismus, die heutige Staatsideologie Saudi-Arabiens, erkennt damals wie heute alleine den Koran als Grundlage der

staatlichen Gesetzgebung an. Antikoloniale Bewegungen in u.a. Indien, Indonesien, Algerien und dem Sudan waren ebenfalls islamisch motiviert und trugen ihrerseits zur Verbreitung des Islam bei.

Die antikolonialen Kämpfe scheiterten - nach z.T. jahrelangem und immer wieder neu aufflammendem kriegerischen Widerstand - sämtlich an der ökonomischen und militärischen Überlegenheit der Kolonialmächte. Und sie scheiterten ebenfalls am fehlenden Zusammenhalt. Die Vertreter der muslimischen Stammes- und Feudalaristokratie, die an der Spitze der antikolonialen Kämpfe standen, waren häufig zuerst um den eigenen Vorteil besorgt und neigten zum Kompromiß mit den Kolonialmächten, wurden in vielen Fällen sogar ihre willigen Gehilfen. Von der Mitte des letzten Jh.s bis zum Beginn der 70er Jahre dieses Jahrhunderts wurden alle Länder bzw. Staaten der arabisch-islamischen Welt in unterschiedlicher Form und Dauer von europäischen Kolonialmächten beherrscht.

K., Hamburg

Quellen und Anmerkungen

(1) Detlev Claussen: Im Spiegelkabinett der Feindbilder. In. Blätter für internationale Politik, H. 3, 1991

(2) Stern, H. 8, 13.2.92

(3) Der Geschichtsaufriß stützt sich im wesentlichen, sofern nicht anders angegeben, auf Martin Robbe: Welt des Islam. Geschichte und Alltag einer Religion. Leipzig (Urania-Verlag), 2. überarb. u. aktualis. Auflage 1991

(4) Werner Ende, Udo Steinbach (Hg.): Der Islam in der Gegenwart. München (Beck'sche Verlagsbuchhandlung), zweite, überarb. Aufl. 1989, S. 20

(5) Da sich das Arabische, die Ursprungssprache des Koran, sehr stark vom Deutschen unterscheidet und der Koran zudem ein ohnehin schwer verständlicher Text ist, gleicht keine deutsche Übersetzung der anderen. Selbst die Zählung der Suren und Verse ist in deutschen Koran- Übersetzungen nicht immer einheitlich. Wer also nachschlagen will und die Verse nicht unter den Zahlen findet, die Hamidullah angegeben hat, suche ein wenig in der näheren Umgebung der Angabe und wundere sich nicht, wenn der Wortlaut in der benutzten Ausgabe von dem Hamidullahs abweicht.

(6) Muhammad Hamidullah: Der Islam. Geschichte, Religion, Kultur. München (Islamisches Zentrum) 1991, S. 18 ff.

(7) Hier zit. nach der Koran-Übersetzung von Rudi Paret (Stuttgart, Kohlhammer, 5. Aufl. 1989), die als eine der zuverlässigsten Übertragungen gilt. Die in Klammern gesetzten Passagen sind Ergänzungen des Übersetzers zur besseren Verständlichkeit des Textes.

(8) Heinz Herz: Morgenland - Abendland. Fragmente zu einer Kritik "abendländischer" Geschichtsbetrachtung. Leipzig (Koehler & Amelang) 1963, S. 339 f.

(9) Steven Runciman: Geschichte der Kreuzzüge. Frankfurt (Büchergilde Gutenberg) 1989, S. 273 f. (Die engl. Orig.ausg. erschien in den Jahren 1950- 54)

Glaube und Leben

Nach dem Judentum und dem Christentum entstanden, ist der Islam die jüngste der drei monotheistischen - d.h. auf nur einen Gott bezogenen - Religionen. Allerdings ist die Bezeichnung des Islam als Religion - im Sinne abendländischer Aufklärung - unzureichend. Der Islam beansprucht im öffentlichen wie im privaten Leben, im säkularen wie im sakralen Bereich Gültigkeit. Dementsprechend ist das islamische Ideal, die "umma", die Gemeinschaft der Gläubigen, in der Einheit von Religion, Gesellschaft und Staat verkörpert. Da der Islam, anders als Christentum und Judentum, nie mit einem (umfassenderen) Prozeß der Aufklärung und seinem Ergebnis: der Trennung von Kirche und Staat, konfrontiert war, besteht dieser allumfassende Anspruch bis heute. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit liegt im Islam wie in jedem Glauben eine mehr oder minder große Kluft. Grundlage der folgenden Darstellung ist jedoch keine Interpretation oder kritische Betrachtung, sondern die von der Islamic Foundation Ende 70er Jahre herausgegebene Schrift von Muhammad Manazir Ahsan über den Islam als "Glaube und Leben" (1), die selbstredend apologetisch ist, aber den Vorzug der authentischen Sichtweise hat.

1. Der Begriff "Islam". Das arabische Wort "Islam" bedeutet Gehorsam, Unterwerfung, Hingabe. "Islam heißt also, sich völlig Gott anzuvertrauen, den eigenen Willen ganz dem Willen Gottes unterzuordnen und in vollkommener Übereinstimmung mit Gott zu sein." Unterwerfung gilt im Islam nicht als passive Haltung, sondern als positiver Akt der Hinwendung des Selbst zu einem Leben im Frieden mit Gott und dem richtigen Einordnen des eigenen Wollens und Tuns in den göttlichen Willen.

2. Die Glaubensartikel. Der islamische Glaube basiert auf der Einheit Gottes, dem Prophetentum und dem Leben nach dem Tode. Einheit Gottes bedeutet im Islam, daß Gott allmächtig ist, Herr und Herrscher über alles, der keines Gefährten bedarf und weder Nachkommen noch Angehörige hat. Den Propheten wird die Rechtleitung, die Anweisungen Gottes an die Menschen zuteil. Der Koran, der die letzte göttliche Offenbarung ist, enthält alle grundsätzlichen Lehren der vorangegangenen Schriften (Tora, Bibel), deren ursprüngliche Texte verlorengegangen sind. Der Koran ist so erhalten geblieben, wie er übermittelt worden ist. Deshalb ist der Koran die erste und wichtigste Quelle der Rechtleitung. Die zweite Quelle der Rechtleitung nach dem Koran ist der Hadith, die Überlieferung dessen, was der Prophet gesagt oder getan hat oder was seine Zustimmung fand. Die Muslime gestalten ihr Leben nach den Richtlinien, die im Koran und dem Hadith festgelegt sind. Das gegenwärtige Leben auf Erden ist bedeutungslos, wenn ihm nicht ein anderes Leben folgt, in dem jedem einzelnen Belohnung und Strafe entsprechend seinem vorangegangen Leben zuteil wird. Muslime glauben an das Jenseits und den Tag des Jüngsten Gerichts. Bevor ein Muslim ein Vorhaben in die Tat umsetzt, prüft er, ob sein Tun mit Gottes Gebeten im Einklang ist.

3. Die Säulen des Islam. Es sind dies 1. das Glaubensbekenntnis: "la ilaha illa-l-la wa muhammadun rasulu-l-lah" - "Es gibt keinen Gott außer (dem einen) Gott, und Muhammad ist sein Prophet"; 2. das fünfmal (2) täglich zu verrichtende Gebet (salat); 3. das Fasten (saum) während des Monats Ramadan; 4. die Abgabe für Bedürftige (zakat); 5. die Pilgerfahrt (hadsch) nach Mekka.

4. Islamische Lebensweise. Der Islam zeigt die richtige Verhaltensweise für alle Aspekte des menschlichen Lebens von der Wiege bis zum Grab. Er kennt keine Aufteilung in einen säkularen und einen religiösen Bereich. Jeder Gesichtspunkt des menschlichen Lebens hat im Islam Berücksichtigung gefunden und für jedes Gebiet wurde die richtige Anleitung niedergelegt. Insofern ist auch die Berufsausübung ein Akt der Anbetung, vorausgesetzt, er wird mit der richtigen Einstellung unternommen und unter Beachtung der vom Islam gesetzten Werte. Der Islam vertritt nicht die Auffassung, daß der Mensch sündig geboren sei. Er lehrt im Gegenteil, daß jeder Mensch von Natur aus als Muslim geboren wird, und darum frei von Sünde und allen anderen Menschen gleich ist. Entsprechend dieser Gleichheitsauffassung gibt es weder eine Auszeichnung noch eine Diskriminierung aufgrund einer bestimmten Hautfarbe, Rasse, Nationalität oder ethnischer Abstammung. Vielmehr knüpft der Islam feste Bande zwischen allen Menschen und läßt sie ihre alten Vorurteile aufgeben.

5. Feste und Feierlichkeiten. Die beiden großen jährlichen Feste im Islam werden am Ende des Fastenmonats Ramadan und am Ende einer Pilgerfahrt begangen.

6. Ehe und Familie. Die Ehe ist die Grundlage des gesellschaftlichen Lebens und der Beginn des Familienlebens. Im Islam wird die Ehe als etwas sehr Heiliges angesehen und als ein Schritt hin zu einem besseren, reineren und glücklicheren Leben. Ehen werden gewöhnlich von den Eltern in die Wege geleitet. Der Islam verurteilt voreheliche Geschlechtsbeziehungen; das uneingeschränkte Zusammenkommen von älteren Jungen und Mädchen ist nicht gestattet. Die Strafe für voreheliche Beziehungen und außereheliche Unmoral sind streng. "In manchen Fällen gestattet der Islam die Mehrehe, weil sie dazu beitragen kann, die Gesellschaft vor Promiskuität und Prostitution zu schützen." Diskriminierung aufgrund des Geschlechts ist unzulässig. "Frau und Mann sind gleichgestellte Partner und spielen eine gleichbedeutende, wenn auch andersgeartete Rolle bei der Formung von Familie und Gesellschaft." Die Scheidung ist zulässig, obwohl sie als die unerwünschteste der erlaubten Handlungen gilt.

7. Sitten und Gebräuche. Neben allgemeingültigen (also nicht speziell im Islam vorgeschriebenen) Regeln für den zwischenmenschlichen Umgang - Höflichkeit, Achtung des Privatlebens, Verbot von Verleumdung und Spott - ist hier die Achtung vor den Eltern, insbesondere vor den alt gewordenen Eltern hervorzuheben. Die gute Behandlung der Eltern ist eine der wichtigsten islamischen Vorschriften. Ältere Menschen gelten daher als die am meisten geachteten Familienmitglieder. Eine Erscheinung wie Altersheime gibt es im Islam nicht.

8. Kleidung. Eine besondere Tracht schreibt der Islam nicht vor. Es muß jedoch der Mindestteil des Körpers bedeckt sein. Dies ist beim Mann zwischen Nabel und Knien, bei der Frau vom Kopf bis zu den Füßen, ausgenommen sind nur Gesicht und Hände. Frauen, die das Haus verlassen, legen im allgemeinen eine besondere Art von Verhüllung an, die den Kopf und einen Teil des Gesichts verdeckt (3), was als Zeichen ihrer Würde und Ehrbarkeit betrachtet wird. Auf keinen Fall ist es ihr gestattet, ihre Beine unverhüllt zu lassen.

9. Speisevorschriften. In der Regel gelten für Muslime alle guten und gesunden Speisen als zulässig. Verboten ist der Genuß, wenn es sich a) um verendete Tiere handelt, b) Schweine, c) Tiere, die nicht ordnungsgemäß rituell geschlachtet wurden, d) alle Raubtiere, e) Blut. In nichtislamischen Ländern richten Muslime ihre eigenen Halal-Schlachtereien ein und kaufen keine Lebensmittel, wenn sie nicht sicher sind, daß sie aus zulässigen Zutaten bestehen. Jede Art von Alkohol sowie andere Rauschmittel sind im Islam gänzlich verboten. (Ebenso sind Glücksspiel und Lotterien für unzulässig erklärt worden.) Muslime in aller Welt essen mit den Fingern der rechten Hand. Vor und nach dem Essen wird eine gründliche Reinigung vorgenommen. Zu den Tischregeln gehört neben den Gebeten, daß sich der Familienälteste oder der Gast zuerst bedient, daß es als unhöflich gilt, den Tisch zu verlassen, bevor der letzte seine Mahlzeit beendet hat, daß beim Essen nicht zuviel gesprochen werden soll. In der Vergangenheit und heute noch in ländlichen Gegenden ist es üblich, gemeinsam von einer großen Platte zu essen. Die Verschwendung von Speisen ist im Islam verboten.

10. Tod und Begräbnis. Es gibt keine strengen Vorschriften, wann der Leichnam zu begraben ist, er soll aber - nach den Waschungen und anderen Prozeduren - so rasch wie möglich beerdigt werden. Die Toten werden nicht in einen Sarg gebettet, sondern in Tücher gehüllt und mit dem Gesicht zur Ka'ba begraben. Muslimen ist es nicht gestattet, Grabsteine oder irgendwelche Gebäude über dem Grab zu errichten. Das Gebet auf dem Friedhof wird nicht an den Toten gerichtet sondern an Allah.

Quellen und Anmerkungen

(1) Muhammad Mananzir Ahsan, Islam: Glaube und Leben. Hg. von der Islamic Foundation, London, 1978.

(2) Wiewohl alle Lebensregeln vornehmlich aus dem Koran abgeleitet werden (sollen), ist das fünfmalige Gebet, entgegen anderen Auffassungen, im Koran nicht vorgeschrieben.

(3) Der Koran enthält keinerlei Anweisungen zur teilweisen oder gar völligen Verschleierung des Gesichts der Frau; hier, wie in anderen Fällen, handelt es sich um "nach-koranische" Ausweitungen, die von einzelnen Islam-Gelehrten durchgesetzt wurden.

34. Volxküche und Volksgemeinschaft Die feinen Analysen der Gruppe K

Rubrik: RAF; Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:25

Politik, auch linke, kommt ohne die Verwendung vereinfachender Schlagworte nicht aus; insbesondere dann nicht, wenn sie Menschen zum Handeln bewegen will. Zweck aller linken Politik ist es nun mal, Menschen zur Auflehnung gegen die bestehenden Verhältnisse zu bewegen; ihr Mittel: Agitation. Weniger empfehlenswert ist die "agitatorische" Vereinfachung dort, wo wissenschaftliche Analyse gefordert wäre. Der Rechtsruck des deutschen Wahlvolkes ist zweifellos eine Erscheinung, welche die Linke noch nicht ausreichend verstanden hat; ebenso ihre eigene wenig erfolgreiche Geschichte, zuletzt auf spezielle Weise thematisiert in der RAF-Erklärung "An alle ...". Die in ak 342 abgedruckten Artikel von Autoren der Gruppe K zu diesen beiden Fragen sind in weiten Teilen Beispiele für den Ersatz von Analyse durch Agitation. Insbesondere der inflationäre Gebrauch des Begriffs "Volksgemeinschaft" zeigt, wie eine scheinbar griffige Agitationsparole Erkenntnis verhindern kann.

Die Autoren der Gruppe K, die diesen Begriff mit Vorliebe zur Kennzeichnung der bestehenden oder demnächst drohenden deutschen Zustände verwenden, legen sich nicht auf eine Definition fest. "Der große nationale Konsens ist hergestellt, der sich widerspiegelt in der ‚Volksgemeinschaft`, die von rechts her zunehmend eingefordert wird", schreibt Bernhard und läßt seine LeserInnen ratlos. Gibt es sie schon, die "Volksgemeinschaft", Spiegelfläche des "nationalen Konsenses", oder wird sie erst "von rechts her zunehmend eingefordert"? Sind "nationaler Konsens" und "Volksgemeinschaft" am Ende ein und dasselbe? Da wäre zu analysieren, worin denn der "Konsens" besteht. "Heute schon gibt es in allen zentralen Fragen ‚die Nation betreffend` eine große Koalition von CDU/CSU/FDP/SPD/Grünen", schreibt hr., der den Begriff "Volksgemeinschaft" vermeidet, aber mitdenkt (und als verantwortlicher Redakteur bei Bernhard durchgehen läßt). Den Grünen unterstellt er sogar noch die Zustimmung zu der Forderung "Scheinasylanten raus" (in etwas geschönter Umschreibung, versteht sich). Das wollten die Grünen offenbar nicht auf sich sitzen lassen: auf ihrem Bundesparteitag entschieden sie sich gegen die Quotenregelung eines Einwanderungsgesetzes und de facto für "offene Grenzen", die Parole, die von linksradikaler Seite gern - und bisweilen gerade zum Zwecke der Abgrenzung von den grünen Quotierungspolitikern - als Ausweis prinzipienfesten Antirassismus hochgehalten wird. Nun kann mit Recht behauptet werden, daß diese Parteitagsmehrheit nicht lange Bestand haben wird; daß die Grünen in Baden-Württemberg, hätte man sie nur gelassen, sich an die CDU verkauft hätten; daß Parteitagsbeschlüsse für die Tagespolitik grüner Parlamentsabgeordneter noch nie bindend waren. Dennoch ist die Entschließung der Grünen ein Signal gegen den Trend, das in der Öffentlichkeit sehr wohl verstanden und in der Presse von "FAZ" bis "taz" entsprechend abqualifiziert wurde. Multikulturpolitiker Cohn-Bendit sah gar die "Grenze zum gemeingefährlichen Unsinn" überschritten, der seiner eigenen Politik nur hinderlich sei: "Ich möchte mich nicht im Gefühl meiner besseren Einsicht und meiner moralischen Überlegenheit baden - ich möchte diese Republik, die sich zusammen mit anderen Ländern Europas in einer schwierigen und vielleicht gefährlichen Situation befindet, erhalten und verbessern". (taz, 20.5.92)

Auch nach Abzug der dramatisierenden Übertreibungen bleibt Cohn-Bendits Polemik ein Beleg dafür, daß die Verstaatlichung der Grünen, ihre Einbeziehung in die "Gemeinsamkeit der Demokraten", kein linearer, sondern ein widersprüchlicher Prozeß ist. Aufgabe von Linken wäre es, das in der grünen Partei immer noch vorhandene oppositionelle Potential zu stärken, statt es unverdient mit Regierungsparteien und SPD in einen Sack zu stecken. Das gilt um so mehr in einer Situation, in der mehrere Landesverbände den eben gefaßten Beschluß wieder kippen wollen.

Wer den weiteren, unveränderbaren Gang der Geschichte schon zu kennen meint, muß sich um derlei Randerscheinungen natürlich nicht kümmern. "Die formierte Gesellschaft ist auf dem Weg zur Volksgemeinschaft", lautet der Schlußsatz von Bernhards Artikel. Der unmotivierte Rückgriff auf eine Propagandaformel Ludwig Erhards, Bundeskanzler von 1963 bis 1966, steigert die Konfusion nur noch. "Formierte Gesellschaft" ist - wer kann sich daran überhaupt noch erinnern? - in einer Definition von Georg Fülberth "ein freiwillig koordiniertes Zusammenwirken von öffentlichen Händen, Unternehmen und Gewerkschaften ... zu Lasten der Lohnabhängigen" (1). Ob das heutige Deutschland damit auch nur ansatzweise sinnvoll beschrieben ist, sei dahingestellt. Warum auf die "formierte Gesellschaft" des Jahres

1992 unausweichlich die "Volksgemeinschaft" folgt, bleibt unbegründet; auf die "formierte Gesellschaft" der Erhard-Jahre folgten große Koalition und APO.

Volksgemeinschaft, alternativ

Die Polemik von jw. gegen die RAF-Erklärung "An alle ..." ist ein Beispiel dafür, wie eine richtige Kritik so weit überzogen wird, daß als Ergebnis nichts als Zynismus herauskommt. Das Papier der RAF fordert linke Kritik heraus. "Böswillig interpretiert ist es ein Antrag an die Hafenstraße, dort einzuziehen, Imperialismus Imperialismus sein zu lassen - dazu sind wir jetzt zu schwach - um hier und jetzt die eigenen Bedürfnisse zu leben, zusammen mit ‚den Menschen`", schreibt die Mehrheitsredakteurin ga. und irrt sich nur in der Verwendung des Wortes "böswillig". Böswillig, destruktiv und zynisch ist die Kritik von jw., deren Maßlosigkeit sich schon in der Unterzeile der Überschrift ankündigt: "Der ideologische GAU der RAF". Einen GAU ("größten anzunehmenden Unfall") würde ich mir, bezogen auf die RAF, doch anders vorstellen: als endgültige Aussöhnung mit dem Staat, Übergang ins Lager der Reaktion, Verrat.

Über das Massenphänomen "Verräter" in der Geschichte des bewaffneten Kampfs in Italien schreibt der Brigate-Rosse-Aussteiger Alberto Franceschini: "Ich habe Leute kennengelernt, die haben getötet, ohne sich klar zu machen, was sie da taten. Und als sie dann geschnappt wurden, haben sie sich davon distanziert, haben sie ausgepackt, auf die allerselbstverständlichste Art. Das war für sie etwas Natürliches. (...) Als der Staat ihnen bewies, daß er der Stärkere war, gingen sie auf seine Seite über." (2)

Nichts davon findet sich in der RAF-Erklärung und in den Kommentaren, die von den Gefangenen dazu abgegeben wurden. Die Anbiederung der RAF an die "Kiezreformer autonomer Prägung" (jw.) ist eine Bankrotterklärung, aber kein Überlaufen ins (pro)faschistische Lager, in das jw. die neue Zielgruppe der RAF, die "Leute vom Hafen" u.a. mit ihrem alternativen "Volksgemeinschaftsansatz", bedenkenlos einsortiert: "Erinnert sei an den autonom-antiimperialistisch gefärbten Volksgemeinschaftsansatz, der sich von der Volxküche bis zur Volxkultur Lebensräume zurückholte und Selbstbestimmung veranstaltete, die im konsequenten Kiezkampf gegen Spekulanten und Yuppies, für das Kleingewerbe und gewachsene Strukturen, geeignet ist, eine authentische Republikanerhochburg aufs Selbstbestimmteste aufzubauen."

Der von jw. als antagonistisch unterstellte Widerspruch, "statt die Kälte via Weltrevolution aufzuheben, einfach im hier und jetzt mehr Wärme zu stiften", hätte eine genauere Untersuchung verdient. Die von den HafenstraßenbewohnerInnen gestiftete "Wärme" ist immerhin ehrlich erkämpft, ihr von jw. bekritteltes Bestreben, "sich den ganz normalen Leuten von nebenan zu vermitteln", ist - neben der Militanz - eine wesentliche Bedingung ihres keineswegs endgültig gesicherten Erfolges. Und "Abschied vom Antiimperialismus" haben auch schon Leute genommen, die der Gruppe K sehr nahe- und politisch mit völlig leeren Händen dastehen. Daß die Erkämpfung einer "Wärme" spendenden gesellschaftlichen Nische notwendigerweise zur Entpolitisierung führt, müßte erst noch bewiesen werden. Eher scheint das Gegenteil richtig: daß das Leben in der jw. so verhaßten "Gemeinschaft" die Individuen eher zum Durchhalten und Weiterkämpfen in die Lage versetzt als ihre Vereinsamung. Die jetzt auch von der RAF betriebene Überschätzung von Freiräumen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft muß von revolutionären Linken als Illusion kritisiert werden. Aber welchen Sinn hat es, diese Illusion als Beitrag zu "urdeutscher Sinnstiftung" und Anbiederung an "riesige Teile der Bevölkerung" zu denunzieren?

Js.

Anmerkungen:

1) Georg Fülberth: Leitfaden durch die Geschichte der Bundesrepublik, Köln (Pahl-Rugenstein) 1987, S.57

2) zitiert in: Stefan Seifert: Lotta armata. Bewaffneter Kampf in Italien, Berlin/Amsterdam (Edition ID-Archiv) 1991, S. 159

35. Was uns Adorno eigentlich sagen wollte. Entgegnung J. Bruhns auf den Artikel "Vom Elend der Ideologiekritik" (AK 341)

Einige Einwände gegen den Artikel "Vom Elend der Ideologiekritik" von Henning Böke (AK 341)

Rubrik: Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:14

Henning Böke hegt einen ausgeprägten Widerwillen gegen "eine sektenspezifische, ultradogmatische Marx-Interpretation", die wissenschaftlich so abseitig und anachronistisch ist, daß sie von Gestalten vertreten wird, deren Armseligkeit in Sachen Theorie nur noch von ihrer "großspurigen Überheblichkeit" überboten werden kann. Das mag sein. Auch was den Zusammenhang von Politik und Psychologie angeht und die Kompensation von psychischen Deformationen durch politischen Avantgardismus betrifft, hat Böke wahrscheinlich ganz recht, denn zum Beispiel stimmt es, daß die größten Spießer immer die besten Kader sind und Stalin deswegen Stalinist wurde.

Doch ist der Zusammenhang von Psychologie und Politik nicht immer so eng. In der Praxis finden sich jede Menge Ausnahmen zur Bestätigung der Regel. Nicht jeder, der gerne Althusser liest, ermordet seine Frau. Wer Foucault gut findet, kann trotzdem heterosexuell sein. Wer über "theoretisches Selbstbewußtsein" verfügt wie der cl. aus Berlin, kann trotzdem das Richtige sagen. Obwohl nicht jeder "Anbeter" Adornos selbst das Zeug zum "Säulenheiligen" hat, kann, wer das Epigonentum anprangert, noch ganz andere Motive haben als nur, wie Henning Böke, die selbstlose Sorge um einen "produktiven Diskussionsstil".

Der Leser mag solche Gedanken als Abschweifungen empfinden. Aber sie führen nicht nur in medias res der "dogmatischen Lesart der marxschen Wertformanalyse", sondern sind es schon. Denn weil der Kapitalismus den Zusammenhang von Intention und Resultat durcheinander bringt, führt guter Wille meist zu ekligen Resultaten. Dieser Tatbestand, die "Entfremdung", setzt nicht, wie Marx als junger Spunt glaubte, ein "Wesen" voraus, das in seiner verkehrten "Erscheinung" herumirrte und sich ergo danach sehnte, oder, im "Spätkapitalismus", dazu gezwungen werden müßte, sein "Wesen" anzuerkennen, wie Henning Böke antikritisch immer noch annimmt. Mit dieser Konstruktion baut er sich einen Watschenmann auf.

Denn nur dann könnte die "Erkenntnis des Wesens" zur "Auflösung der falschen Bewußtseinsformen" beitragen, wenn man unterstellt, das Wesen sei das seiner selbst unbewußte Gute und es repräsentierte, in welch scheußlicher Verkehrung auch immer, ein revolutionsträchtiges gesellschaftliches Interesse, ein proletarisches etwa. Daraus leitet sich sodann ein Denken in den Kategorien von "Theorie und Praxis" ab, gegen das Böke ganz zu Recht, aber mit ganz falschen Gründen polemisiert. Denn das "Wesen" ist ein Unwesen; ein Unwesen, das die marxsche Wertformanalyse zwar allerdings durchschaut, das sie aber keineswegs auf einen theoretischen Begriff bringt und nicht auf eine Definition, die akademisch zwecks weiterer Diskussion anzueignen wäre. Gerade darin liegt der Unterschied, der zwischen der "Position diverser intellektueller Marx-Zirkel" und der verblichenen Marxistischen Gruppe einerseits, der ISF andererseits besteht und den Böke in seinem anti-ökonomiekritischen Furor übersieht. Die "Ableitung" geschah in letzter Instanz aus dem Begriff der gesellschaftlichen Arbeit, nicht aus der Wertform als einer "verrückten Form" (Marx); die enervierende Rabulistik der MG speiste sich aus der Antinomie des Gegensatzes von Citoyen und Bourgeois, einem Gegensatz, in dem die MG sich wie im Spiegelkabinett bewegte, weil sie als aufgeklärte Leninisten das proletarische Interesse unter Utopieverbot stellten.

Als Wissenschaftler stellt Böke die Auffassungen der ISF in diesen theoretischen Horizont. Er ist indigniert darüber, daß im System der "Ableitung" die marxschen Begriffe einen "essentialistischen Status" gewinnen, woraus, was weder dem Positivismus noch dem Strukturalismus schmecken kann, "metaphysische Prämissen" folgen. Dem linken Akademiker ist "Metaphysik" natürlich ein Graus. Sein halbierter Rationalismus, der theoretische Überbau des egoistischen Interesses an der endlosen "Diskussion", darf Metaphysik nicht wahrhaben. Die Wertformanalyse darf nur dogmatisch, d.h. arbeitertümelnd gelesen werden oder gar nicht, weil sie andernfalls den real-metaphysischen Charakter der ökonomischen Gegenständlichkeit nachweisen würde. So kann etwa das Geld als sinnliche Darstellung und praktische Materialisierung der gesellschaftlichen

Allgemeinheit nicht vorkommen. Das Geld, die "Gesellschaft in der Hosentasche" (Marx), stellt ein Erkenntnisproblem, das mit Bökes Begriff von Wissenschaft als der "theoretischen Konstruktion eines idealisierten Modells" nur verfehlt werden kann. Thema der marxschen Kritik ist vielmehr die Selbstidealisierung des Kapitals, ein Thema, das den kritischen Marxismus von "jeder wissenschaftlichen Theorie" unterscheidet.

Paradox formuliert: Die "Kritik der politischen Ökonomie" ist keine Wissenschaft, und sie kann auch keine sein. Als Kritik hat sie einen merkwürdigen, sozusagen dialektischen Status, weil ihr Wahrheitskriterium nicht, wie jeder Wissenschaftler von jeder Theorie verlangen muß, in ihr selbst liegt. Vor der Revolution sind ihre Aussagen unbeweisbar, nach der Revolution sind sie überflüssig. Das macht: es kann keine "Theorie" eines Unwesens geben. Sollte es sie doch geben - und die Geschichte der marxistischen Theorie bis hin zu Robert Kurz demonstriert dies -, dann kann sie nur die geistige Rationalisierung und sekundäre Verständlichmachung, d.h. Ideologisierung eines gesellschaftlichen Bewegungsgesetzes zur Folge haben, das noch nicht einmal Marx verstanden hat, weil es an sich selbst und objektiv unverständlich ist. Marx ahnte dies allerdings zumindest, wovon der reichhaltige Gebrauch von theologischen Metaphern auf den ersten hundert Seiten des "Kapital" zeugt - Böke will es trotz Adorno, Hans-Jürgen Krahl, Alfred Sohn-Rethel und Hans-Georg Backhaus nicht wissen, weil er sich entschieden hat, die Dinge wissenschaftlich zu sehen, während ihre vernünftige Betrachtung nur im Lichte ihrer Abschaffung möglich wäre, d.h. als Polemik, d.h. als Kritik.

Henning Böke fragt, "kraft welcher Bedingungen die Erkenntnis in der Lage ist, die Fetischgestalten zu enträtseln". Wie gelingt es dem Ideologiekritiker, selbst dem Bann der Ideologie zu entrinnen? Das ist eine gute Frage und etwa so originell wie die Behauptung von Ernst Nolte: "Alle Schuldvorwürfe gegen die ‚Deutschen`, die von Deutschen kommen, sind unaufrichtig, da die Ankläger sich selbst oder die Gruppe, die sie vertreten, nicht einbeziehen und im Grunde bloß den alten Gegnern den entscheidenden Schlag versetzen wollen". Ist es nicht elitär, überheblich und arrogant, mit dem Kollektiv der Deutschen (Nolte) oder der Gemeinschaft der ideologischen Verblendung (Böke) nichts gemein haben zu wollen, obwohl man ihm doch entstammt? Was berechtigt einen, einer "kleine Schar von Eingeweihten" sich zuzurechnen? Ich weiß nicht, wie Böke, angenommen, er hat etwas gegen den deutschen Nationalismus einzuwenden, dieser Erkenntnisfalle entrinnt - in Sachen Ideologiekritik jedenfalls liegt die minimale Bedingung wohl darin, Ideologie als Zwang zur Rationalisierung des Irrationalen zu verstehen, als idealistische Denkform, die keine gesellschaftliche Grenze des Verstehens und damit der Affirmation kennt, und als Nötigung zur Theorie, die noch das an sich Unverständliche unter die Bedingungen der Vernunft setzen will. Daher ist Ideologiekritik kein "Standpunkt" und keine "Methode", sie repräsentiert keine allgemeinen Interessen und lehrt kein Wissen, das frei macht; sie handelt vielmehr kritisch von der Vergeistigung der Herrschaft zum System von Freiheit und Gleichheit. "Materialismus", sagt Adorno, sei seit Marx, "keine durch Entschluß zu beziehende Gegenposition mehr, sondern der Inbegriff der Kritik am Idealismus und an der Realität, für welche der Idealismus optiert, indem er sie verzerrt" (Negative Dialektik, Frankfurt 1966, S. 197).

Daher beansprucht Ideologiekritik kein "Wahrheitsprivileg", sondern zielt auf die Denunziation der praktizierten Lüge. Auch hält sie keine Wahrheit in petto, vor der Hic rhodus, hic salta niederzuknien wäre, sie strebt, als geistige Vorschein "freier Assoziation", nicht auf die Verwirklichung von Wahrheit, sondern auf ihre Aufhebung. Als "geistige Aktion" (Karl Korsch) repräsentiert sie nichts, schon gar nicht die Arbeiterklasse. Daß die "Bedingungen der Erkenntnis" jeder "systematischen Grundlage" entbehren, besagt nichts gegen ihre Richtigkeit. Daß sie mangels objektiver Rückendeckung meist von einigermaßen abseitigen und idiosynkratischen Individuen vertreten wird, von denen man nicht so recht weiß, ob sie sich wirklich nicht anpassen wollen oder ob nur keiner sie kaufen will, von Leuten, die ihre privaten Marotten und Ticks kaum verbergen können, ist kein Einwand, sondern bezeichnet das historische Verhältnis der Erkenntnis zu ihren subjektiven Möglichkeiten. Wer dies, wie Henning Böke, als "Sektiererei" und "großspurige Überheblichkeit" bezeichnet, sollte sich prüfen, ob dahinter nicht das Bedürfnis steht, um jeden Preis den Konsens - und sei es den linken - zu repräsentieren und daher eine mentale Prägung, die man als kleingeistiges Mitläufertum bezeichnen könnte.

Es war der Zusammenhang von Erkenntnis und Idiosynkrasie im totalen Kapitalismus, über den uns Adorno eigentlich aufklären wollte. Die berühmte "Anschlußfähigkeit" (Habermas) des Denkens jedenfalls, die den abgründigen Akademismus der endlosen "theoretischen Diskussion" ausmacht, ist nur ein anderes Wort für

einen Konformismus, der den Individuen den letzten Rest Individualität, der sich in ihren Obsessionen verbirgt, auch noch austreiben will.

Joachim Bruhn

36. Tod eines Fischers. Nachruf auf Thies Kätner

Rubrik: Varia - Verschiedenes · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:11

Mittwoch, 1. April 1992, gegen 21 Uhr. Zwischen Helgoland und Büsum hat der Kutter "Kpt. Haye Laurens" die Netze ausgelegt. Kapitän Thies Kätner spricht im Ruderhaus mit einem Büsumer Kollegen über Funk. Nichts Besonderes, beste Fangbedingungen: Windstärke 4, gute Sicht, ein Meter Wellengang. Sein Helfer Oliver Kück ist an Deck, macht die Kisten klar für den Fang, der üppig zu werden verspricht, denn das Schiff hat Fahrt verloren trotz voller Maschinenleistung. Plötzlich steht es. Thies kommt aus dem Ruderhaus, in dem Moment reißt der linke Baum das Schiff backbords auf die Seite, Thies wird über Bord geschleudert, Oliver versucht sein Möglichstes, bis er mit dem sinkenden Kutter in die 18-Meter-Tiefe gezogen wird: auf 21.20 ist die Borduhr stehengeblieben.

Versuch der Rekonstruktion - reale Bergungsdiagnose: 2,5 Tonnen Schlamm im Backbordnetz, die sie bei der Fangfahrt über eines der berüchtigten Schlammlöcher aufgenommen hatten.

Der März war dieses Jahr ein prächtiger Krabbenmonat, ich hatte für ein Pfund ganze drei Mark zu zahlen, was etwa 150g Krabbenfleisch ergibt, weswegen ich zu Thies sagte, daß im Hamburger Fischladen 100g acht Mark kosteten. "Die Rohware wird uns nicht bezahlt", seufzte er resigniert, "wir können nicht gegen die an." So gehen sie eben nicht mehr nur auf Krabben, sondern weiter hinaus auf Seezungen, die in Schwärmen von Süden aus dem Kanal in die Nordsee streben, das heißt, was die holländischen High-Tech-Catcher von der Population übriglassen. Auch am 1. April waren der 32jährige Thies und der 27jährige Oliver deshalb den Seezungen entgegengefahren.

Thies hatte nur noch diese Fahrt vor, dann wollte er wieder ans Studium, seine Dissertation voranbringen. Vorangebracht hatte er schon durch seine theoretischen und praktischen Kenntnisse die Position der Fischer in diversen Verhandlungen mit Behörden und Institutionen einschließlich Nationalparkamt - alle lobten sein Argumentationsgeschick, seinen politischen Scharfblick und nicht nur die Hooger Fischer setzten große Hoffnungen in Thies. Bei einem von ihnen, Okke, hat Thies gelernt, nachdem er zum Zivildienst 1979 auf die Hallig Hooge gekommen war und seine Liebe zu See und Meer entdeckt hatte. Als Geselle verließ er die Hallig, machte auf Ostseekuttern Fischwirtschaftsmeister und Patente, kehrte nach Kiel zur Uni zurück, um Fischereibiologie zu studieren und in den Semesterferien fuhr er auch noch auf Forschungsschiffen. Während der Semester verstärkte er die politische Peilung, ortete Widersprüche, diskutierte in jenen Gruppen, die auch dieser Zeitung nahe stehen, verproviantierte sich für die ruhigen Stunden der nächsten Fahrten mit den neuesten Analysen und bildete so ein solides politisch-ökonomisches Wissen aus, das er auf eine bescheidene und freundliche Art auch in das damit nicht verwöhnte Halligleben einbrachte.

Schließlich begann er zu publizieren: In den letzten Nummern der Zeitschrift "Gegenwind" sorgte er mit seinen Überlegungen zum Konflikt Krabbenfischerei - Naturverwertung für heftigen Widerspruch, dem er zum Begriff "Natur" in Nr. 49 interdisziplinär begegnete: "Dadurch, daß es auf der Erde keinen Raum mehr gibt, der durch menschliche Eingriffe noch nicht verändert oder beeinflußt worden ist, sei es durch Übertragung über die Atmosphäre oder Wasser oder ganz direkte Eingriffe, tritt der soziologische Effekt auf, daß sich der Mensch das, was er nicht mehr hat, versucht durch Umdefinition neu zu schaffen ... Dieser Naturverlust und die daraus erwachsende idealisierte Natursehnsucht ... ist lenkbar und politisch nutzbar. ‚Nebenbei` ist der Nationalpark auch ein riesiges Geschäft geworden, Hauptwerbeträger in einer strukturarmen Region. ‚Naturnähe` wird verwertet und unterliegt damit den politisch ökonomischen Interessen." (Gegenwind 49, S. 6) .

Thies hatte auf Hooge tiefe Einblicke in die Widersprüchlichkeit des Umgangs mit Natur bekommen: hier die Ignoranz von Stundentouristen, dort die Wetter- und Wasservertrautheit der Halligmenschen. Zusammen mit dem jungen Hooger Fischer Dirk erwarb er den Kutter, auf dem er schon so oft mitgefahren war: die stattliche "Kpt. Haye Laurens" mit dem Namen eines sagenumwobenen Vorfahren aus dem 18. Jahrhundert. Mit seinem Kompagnon fuhr er nun auf eigene Rechnung mit jenem Quantum Erfolg, das die kapitalistische Fischindustrie den Selbständigen noch läßt. Das Krabbenpreisdumping, das Thies seufzen ließ, beleuchtet einen brutalen Markt: Beispielsweise haben die Verwertungsunternehmen ihre Froster letzten Herbst vollgeknallt mit Billigware wie etwa Formosa-Shrimps, die nun hemmungslos in die Plastikbecher mit dem Etikett "Krabbensalat" zu den fünf Nordseekrabben unter die Mayo gemischt werden - die Etikettenverordnung wünscht lediglich 30% Nordseekrabben im Plastikbrei. Doch nicht genug dessen: Wegen des vorjährigen

Überangebots warten auch noch ein paar hundert Tonnen ungepulter Krabben in niederländischen und deutschen Kühlhäusern auf ihren Auftritt in den Delikateßfächern der Superbillighandelskettenmärkte.

Trotzdem war Thies nicht alle Freude an der Fischerei vergangen - gerade auch, weil er sie nicht nur ökonomisch sah. Auf derselben Seite im "Gegenwind" wendet er sich gegen Abfindungen für Fischer, die ihnen "nur in einer wirtschaftlichen Notsituation angeboten würde(n), um sie möglichst niedrig zu halten ... Mit einer ‚Auszahlung` wären auch gleichzeitig Beobachter und Experten, für die ich Wattfischer nun mal halte, die sich laufend im Nationalpark aufhalten und dadurch viel Überblick haben, verdrängt. Vielleicht ist das auch so gewollt, um politisch motivierten biologischen Feststellungen die Gegenargumentationsgrundlage zu entziehen."

A., Hamburg

37. Der "Dach-AK" vor dem Ende? Rechenschaftsbericht der Gruppe K über ihre AK-Arbeit und ein Ausblick auf die Zukunft des AK

Redaktion Gruppe K:

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:42

Ein Rechenschaftsbericht über unsere AK-Arbeit und ein Ausblick auf die Zukunft des AK

Der vorliegende AK ist der vermutlich vorletzte, der als "Dach-AK" erscheint. Mit dem AK 344 läuft am 29. Juli 1992 der Vertrag zwischen der Gruppe K und der "Ex-Mehrheit", den Nachfolgegruppen des im April 1991 aufgelösten KB, aus. (1) Die Herausgabe der Zeitung unter dem Dach zweier Gruppen, die sich kurz vorher wegen gravierender politischer und organisatorischer Differenzen getrennt hatten, war Experiment und zugleich Notlösung - keine der beiden Gruppen wollte freiwillig auf ihren Anteil an der bisherigen Zeitung verzichten. Die Notlösung kam auch deswegen zustande, weil die ungeschriebenen ("Ex-Mehrheit") und geschriebenen (Gruppe K) Optionen auf eine politische Neuorientierung mehr vage Ideen waren, als konkrete, reale Projekte. Die "Mehrheit" orientierte in ihren internen Debatten auf ein linkes Publikum in der DDR und eine Ausweitung ins linke reformistische Lager. Die andere, die Gruppe K, formulierte zwar die Orientierung auf Diskussion und Zusammenarbeit mit Gruppen, Zirkeln und Personen aus der radikalen Linken öffentlich mehrfach in dieser Zeitung (2), doch blieb diese Perspektive gleichermaßen mehr Wunsch, als daß sie realisiert werden konnte. Da der "Dach-AK" ausläuft, zudem die bisherigen Diskussionen in der "Ex-Mehrheit" auf Aufkündigung der gemeinsamen Herausgeberschaft und alleinige Herausgabe des AK zielen, nehmen wir dies zum Anlaß, elf Monate gemeinsamer Herausgabe des AK zu resümieren und unsere eigene Arbeit selbstkritisch zu reflektieren.

Ziele nicht erreicht

Vieles von dem, was wir uns vorgenommen haben, haben wir nicht einhalten können. Weder ist uns eine die verschiedenen Spektren der radikalen Linken einbeziehende Diskussion und Zusammenarbeit gelungen - entsprechend blieben solche Beiträge in der AK-Publizistik die Ausnahme. Noch haben wir die meisten unser Vorhaben - Aufarbeitung der KB-Geschichte, Analyse der ökonomischen, ideologischen und außenpolitischen Entwicklungen des neuen Deutschland und seiner innenpolitischen Grundlagen - in vorgesehener Weise realisiert. Gelungen ist uns eine relativ eigenständige redaktionelle Arbeit. Dennoch hat sie nicht wesentlich mehr als die Fortsetzung der bisherigen AK-Arbeit unter anderen redaktionellen Vorzeichen und bei etwas veränderter Gewichtung der Inhalte bedeutet. Insofern haben wir die weitere Herausgabe des AK mit ermöglicht. Nicht gelungen ist es uns aber, im AK ein verändertes inhaltliches Profil so zu verankern, daß über diese Zeitung die zentralen Fragen linker Analyse und Theoriebildung für die radikale Linke thematisiert und diskutierbar geworden wären. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, ist der AK in grundlegend veränderten Zeiten seinem alten "Aussehen" treu geblieben: wenig Theorie, aufeinander bezogene Diskussion als Ausnahme, relativ viele, wenn auch geographisch eingeschränkte, Übersichten und Darstellungen internationaler Entwicklungen und wenig Analyse der Veränderungen in der Welt. Zugleich transportiert der AK nach unserer Selbsteinschätzung und gemessen am sonstigen linken Publikationsstandard immer noch eine Reihe interessanter Einzelanalysen und Artikel, die das Blatt für die kleiner werdende linke Gemeinde auch weiterhin lesbar machte.

Wofür haben wir im AK gestanden? Ohne nachfolgend eine vollständige Auflistung unserer Arbeit und Bemühungen leisten zu wollen, ein Überblick:

Es gab Einzelbeiträge zu verschiedenen Themen, Artikel zur AKW-Politik nach der Wiedervereinigung, zur Entwicklung in Türkei-Kurdistan, Kroatien, Mazedonien, Iran, zum Staatsstreich in der SU. Es gab kontinuierliche Berichterstattung zum Beispiel zum Bereich Antifa mit Berichterstattungen zum Kielhorn-Bögelein-Prozeß, der Einschätzung der Erfolge der Rechten bei Wahlen, usw. Es gab Beiträge zur deutschen Einfluß- und Außenpolitik (Jugoslawien, Baltikum, Türkei, Kaliningrad), und zu diversen Themen haben wir "FremdautorInnen" angesprochen.

Fünf inhaltliche Arbeitsschwerpunkte der letzten elf Monate haben den Löwenanteil unserer Arbeit ausgemacht und ansatzweise die Debatten bei uns und in der Linken widergespiegelt. Diese Schwerpunkte gesellschaftlicher und linker Auseinandersetzung sind in der Redaktionsarbeit zwischen den beiden Herausgebergruppen zum entscheidenden Ärgernis geworden, da sich an ihnen am krassesten die inhaltlichen Differenzen ergaben. Für die Redaktionsgruppe der "Mehrheit" handelt es sich da überwiegend "um Ideologie". Bei einem künftigen AK ohne uns würden die Diskussionen auf diesen Gebieten zum weißen Fleck. Im einzelnen:

* Die Entwicklung deutscher Großmachtpolitik (am Beispiel Jugoslawien, EG, Türkei, Kaliningrad) und des deutschen Nationalismus (Berlin-/Hauptstadtdebatte, 3. Oktober 1991, Rassismusdebatte); das Bemühen, Debatten um eine Analyse der NS-Vergangenheit zu führen (Interview mit Susanne Heim, Interview mit Moishe Postone), und die Bedeutung der deutschen Vergangenheit für die Gegenwart einer neuen Großmacht Deutschland zu thematisieren, wie die "Vergangenheitsbewältigung" zu analysieren (Aktualisierung der Historikerdebatte vor allem in der Ex-Linken, Gedenkstätte Ravensbrück, Kielhorn/Bögelein-Prozeß).

* Zahlreiche Artikel zur Entwicklung von Staat und Justiz anhand der Verfolgungen/ Prozesse gegen ehemalige DDR-Repräsentanten: Mielke-Prozeß, Mauerschützenprozeß, Stasi-Debatte, aber auch Kielhorn/Bögelein. Anders als in den Stasi-Artikeln unserer Redaktions-KollegInnen, die im wesentlichen (Ausnahme hier: die Artikel von Kt.) die PDS-Befindlichkeiten transportiert haben, stand für uns dabei die Entwicklung des deutschen Staates, die Ausformung seiner Rachejustiz und die Kritik seiner Demokratie-Grundlagen ebenso im Mittelpunkt, wie die ideologische Auseinandersetzung mit den ex-linken Stasi-Bewältigern.

* Selbstbestimmungsrecht und Nationalismus. Über fünf AK-Nummern haben (nicht nur) wir die Debatte über den Zusammenhang der Praktizierung des Selbstbestimmungsrechts mit dem aufkommenden Nationalismus, seine theoretischen Hintergründe (Selbstbestimmungsrecht bei Lenin) und Definitionen (Volk und Nation) geführt, und dabei insbesondere am Beispiel Jugoslawiens die Übernahme solcher nationalistischen Positionen durch Redakteure der "Mehrheit" kritisiert.

* Rassismus. Im Mittelpunkt unserer Arbeit zum Rassismus stand die Auseinandersetzung mit Erklärungsansätzen für den Rassismus, und dem linken Ökonomismus in dieser Frage. Daneben haben wir die Schwierigkeiten antirassistischer Arbeit und rassistische Überzeugungen sogenannter Ausländerfreunde an Fallbeispielen, wie der Flüchtlingsauseinandersetzung in Norderstedt und an der TU-Berlin, genauer analysiert.

* Zionismus, Antizionismus, Antisemitismus. Hier ist nach Selbsteinschätzung die Debatte am intensivsten gelaufen. In sieben von zehn AKs haben wir uns mit Theoretischem zum Antisemitismus (Filmbesprechung "Pretty Woman", Interview mit und Vorstellung von Moishe Postone, Definitionsversuch über den Zusammenhang von Zionismus und nationaler Befreiung) auseinandergesetzt, realen Antisemitismus behandelt (Spiegel-Umfrage, Kohl bei Waldheim, Jüdischer Friedhof in Hamburg-Ottensen) und die Diskussion um den linken Antisemitismus (Radio Dreyeckland, Wiesbadener Kontroverse, RZ-Papier zu Entebbe) geführt.

Weiter so, oder?

Insgesamt sind wir mit den Zielen, die wir als Gruppe K mit der Arbeit am AK verbunden haben, wenig vorangekommen. In der Gründungserklärung der Gruppe K hatten wir unsere eigenen ehrgeizigen Ziele mit der Bemerkung versehen: "Wir müssen im Hinblick auf die Erarbeitung neuer politischer und theoretischer Grundlagen für revolutionäre Politik erkennen, daß derzeit die Summe der als offen erkannten Fragen schneller zu wachsen scheint als die Summe unserer Antworten." Dies gilt heute mehr noch als vor einem Jahr. So ist auch das kleine Häuflein der Gruppe K seit dem Ende des KB nicht mehr, sondern weniger vereinheitlicht, sind wir derzeit nicht in der Lage, wesentlich Vorantreibendes und Erhellendes zu den die Linke heute bewegenden Fragen zu leisten. Statt dessen werden die Debatten zur Einschätzung des Golfkriegs, zur Imperialismusanalyse, zum Selbstbestimmungsrecht, zum Rassismus und dem Antizionismus, neuerdings zur Diskussion der Papiere aus den RZ und der RAF, unter uns kontrovers geführt. Wir halten uns allerdings zugute, solche Diskussionen überhaupt noch auszutragen und nach Vermögen zu veröffentlichen. Wieweit daraus allerdings Grundlagen für einen Neuanfang linker Politik erwachsen, oder der Prozeß des Auseinanderdriftens sich verstärkt, diese Frage können wir derzeit nicht beantworten.

Warum ist uns eine publizistische Zusammenarbeit mit anderen Spektren der radikalen Linken über den AK nicht gelungen? Möglicherweise sind wir für Interessierte immer noch zu sehr der alte KB. Ein größeres Problem scheint uns allerdings zu sein, daß der Niedergang linken politischen Engagements und darauf basierender Bereitschaft zur inhaltlichen politischen Auseinandersetzung unaufhaltsam weitergegangen ist. Der erste Debattenanlauf der Radikalen Linken ist gescheitert. "Aufarbeitung" linker Niederlagen und Fehler, aber auch möglicher gesellschaftlicher Grenzen für linke Politik findet heute nicht selten als Verabschiedung aus der Linken statt. Diskussionen spielen sich - wenn überhaupt noch - eher in kleinen Zirkeln ab. Das muß nicht schlecht sein. Schlecht ist allerdings, wenn darauf verzichtet wird, diesen Debatten einen breiteren Zugang in der Linken zu verschaffen. Um aber diesen Zweck zu erfüllen, sind wir Anhänger einer linken Publizistik, die sich nicht auf Kleingruppenarbeit selbstbeschränkt. Dieses Motiv hat uns trotz unserer "Bauchschmerzen" mit einigen reformistischen und nationalistischen Entwicklungen im AK dazu bewogen, uns weiterhin redaktionell am AK zu beteiligen. Für uns war und ist der "Dach-AK" ein Zweckbündnis mit (derzeit zeitlich nicht exakt festzulegendem) Übergangscharakter, und kein angestrebtes politisches Projekt. Er hat, dessen sind wir gewiß, keine Zukunft, sondern nur eine Gegenwart (die kann allerdings, siehe das zurückliegende Jahr, etwas länger andauern). Eine publizistische und organisatorische Zukunft liegt in einer Neuformierung von radikalen Linken und KommunistInnen. Ob und wann der Zeitpunkt für eine anders zu organisierende Selbstverständigung untereinander gekommen ist, wissen wir derzeit nicht. Wir wollen aber mit Nachdruck hierfür arbeiten.

In Klagen unserer "Mehrheits"-RedaktionskollegInnen über die Zusammenarbeit mit uns werden zwei Dinge immer hervorgehoben: wir würden als autonomer Redaktionsteil arbeiten und nicht das Gesamtprodukt vertreten; der Beginn des "Dach-AK" sei auf die Einschätzung ausreichender Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Herausgebergruppen zurückzuführen - Beispiel: Golfkrieg. Hieran sei seitens der Gruppe K nicht weitergearbeitet worden. So kann man sich irren. Wäre die ablehnende Haltung zum Golfkrieg entscheidend gewesen, könnten wir heute auch mit der PDS und nationalistischen Vertretern der Friedensbewegung eine gemeinsame Redaktion bilden. Unser Vorschlag eines "Dach-AK" war unabhängig von und vor dem Golfkrieg entstanden. Niemand ging damals von der Entwicklung politischer Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Ex-KB-Gruppen in den uns trennenden Fragen aus, nachdem wir gerade den Versuch der administrativen Abwicklung inhaltlicher Differenzen, die Auseinandersetzung um die Wiedervereinigung und das deutsche Selbstbestimmungsrecht und den Versuch, den KB auf eine reformistische, vermeintliche Massenorientierung über das PDS-Ticket festzulegen, hinter uns hatten. In all diesen Fragen gibt es inzwischen nicht mehr Gemeinsamkeiten, sondern größere Differenzen: die öde PDS-Option schleppt sich gähnend durch den AK des letzten Jahres, stellt schon einmal die Forderung nach "offenen Grenzen" in die behütete "Sektierer"ecke (he. im AK) und ist nicht einmal mehr reformistisch, sondern nur noch irgendwie links überleben wollend zu nennen. In Kt's Jugoslawien-Artikeln ist der nationalistische Ansatz aus der Zeit der deutschen Wiedervereinigung und die Ambitionen großdeutscher außenpolitischer Gehversuche mißachtende Befürwortung des Kampfmittels "Selbstbestimmungsrecht" noch einmal verstärkt worden (darin sind wir uns unabhängig von unseren eigenen Differenzen zum "nationalen Selbstbestimmungsrecht" zu Völkern gemachter Unterdrückter einig). Durchgängig, zuletzt wieder bei der Bewertung des RZ-Entebbe-Papiers, wird von "Mehrheits"seite im AK im Kontext Israel und Antizionismus jedweder Antisemitismus in der Linken geleugnet und eine geradezu manische Neigung entwickelt, diesen ausschließlich als Verschwörung zu behandeln; wird die Notwendigkeit, die eigene KB-Geschichte hierzu kritisch zu bearbeiten, geleugnet (auch in dieser Bewertung sind wir uns einig, wenngleich wir uns in der Definition von Antizionismus und der Ableitung von Antisemitismus im inhaltlichen Streit untereinander befinden).

Unsere Gründe für die weitere Mitarbeit am AK waren mehrschichtig. Zum einen haben wir im AK eine informierende und Hintergründe beleuchtende Funktion jenseits unseres Flügelstreits im KB gesehen. Dies hat die Mehrheit der Gruppe K trotz aller Verletzungen, die die machtpolitischen Versuche, uns rauszukanten, erzeugt hatten, vor 18 Monaten zu der Einsicht bewegt, dem Weitererscheinen der Zeitung keine Steine in den Weg zu legen. Wir wissen eine Reihe von Arbeiten am AK, die Leute jenseits der inhaltlichen Bezüge der Herausgebergruppen für den AK leisten, sehr zu schätzen; ebenso wie wir anerkennen, daß es zahlreiche, aus dem "Mehrheits"flügel stammende Artikel gibt, die wir gerne in der Zeitung sehen. Wir hatten und haben insbesondere ein Eigeninteresse an Veröffentlichungen, um den AK zur inhaltlichen Fundierung und Polarisierung in der Linken zu nutzen, deren Anpassung und Zerfall sich insbesondere mit der Wiedervereinigung und dem Golfkrieg beschleunigt hat. All dies, nur nicht gerade die neuerdings zwecks

aktueller Abgrenzung beschworene "Gemeinsamkeit", waren die Gründe für unser Eingehen auf den "Dach-AK". Damit war für uns von vornherein klar, daß wir die Veröffentlichung von Positionen würden in Kauf nehmen müssen, die uns ganz und gar nicht passen. Welche inhaltlichen Grenzen wir dabei ziehen, wo Artikel jenseits des Vertretbaren liegen, wollten wir nicht starr festlegen, sondern mußten und müssen wir im Einzelfall diskutieren. Kt's Jugoslawienartikel hatten bei uns z.B. die Frage aufgeworfen, wieweit unsere Absichten, eine Zeitungsarbeit zur Selbstverständigung und Aufarbeitung radikaler linker und kommunistischer Politik zu fördern, in einem gemeinsamen Projekt konterkariert werden könnten.

Die uns jetzt zum Vorwurf gemachte autonome Redaktionsarbeit war eine logische Konsequenz aus den Differenzen und in unseren Vorschlägen für ein Redaktionsstatut angekündigt worden - darauf ist nie eingegangen worden. Wir haben uns nach dem kräftezehrenden Auflösungsgerangel des KB sowie seiner Trennungsregularien u.E. zurecht entschlossen, uns machtpolitisches Komponenten einer Auseinandersetzung mit der "Mehrheit" vom Halse zu halten und uns auf die inhaltlichen Anliegen unserer Arbeit am AK zu konzentrieren (Wer hat das Geld, wer den Apparat? - Beides nicht die Gruppe K ...).

Als Noch- und ehemalige RedakteurInnen der Gruppe K werden wir unserer Vereinsversammlung am 20./21. Juni den nachstehenden Vorschlag zur Diskussion stellen:

* Aus pragmatischen Gründen, weil es momentan keine realisierbare andere Publikationsperspektive gibt, Fortführung des Zweckbündnisses für den "Dach-AK" zu den bisherigen Konditionen. Diese Fortsetzung kann zeitlich limitiert (ein Jahr) oder unbefristet vorgeschlagen werden. Unsere redaktionelle Autonomie ist selbstverständlich. Zugleich streben wir nachhaltig die redaktionelle Öffnung unseres Teils der AK-Redaktion für Leute aus der radikalen Linken an. Wird das abgelehnt, ist der "Dach-AK" gestorben. Die Versammlung der Gruppe K müßte dann über den Punkt 9 unseres Vertrages vom 25.8.91 entscheiden, in dem es heißt: "Im Falle einer vorzeitigen oder vertragsgemäßen Beendigung der Zusammenarbeit ist die Weiterführung des AK-Titels nur mit Zustimmung der anderen Seite möglich."

Ende des Dach-AK ...?

Wie könnte es sich aber statt dessen entwickeln? Beiträgen aus der "Mehrheit" entnehmen wir, daß die "zupackende" Fraktion den Ton angibt: nicht lange fackeln, raus mit den K-Leuten und ihrem ideologischem Gewäsch, steht da zu lesen (3). Und: die AK-LeserInnen wie potentielle SchreiberInnen würden von unserer Streitlust abgeschreckt. Ob das stimmt, wie das ermittelt wurde, wer die KronzeugInnen dafür sind, wieweit Kneipenstammtische dafür die Argumente lieferten, ist nicht zu festzustellen. Es wird halt Stimmung gemacht. Wir wissen aus unseren eigenen Kreisen, daß je nachdem, mit wem man diskutiert, die einen sagen, euer AK-Teil ist gut, aber das Gewäsch der anderen stört mich, und umgekehrt. Zeugen finden sich für beides wie ebenso Leute, die das real existierende Spannungsfeld im AK nicht für einen Nachteil halten.

Vor diesem Hintergrund wird eine Diskussion um die Fortsetzung des AK wohl wie vor gut zwölf Monaten nicht mit Argumenten, sondern machtpolitisch geführt werden. Inhaltlich nämlich steht die "Mehrheit" heute noch nackter da, als wir dies für uns selber empfinden. Auf einen Satz gebracht wird intern festgestellt: einig sind wir uns nur in der Ablehnung der Gruppe K, worin wir uns inhaltlich einig sind, wissen wir nicht, weil wir untereinander nicht mehr diskutieren, aber wir brauchen eine Zeitung "aus einem Guß". Nostalgie und ein sich verselbständigender Konservatismus, der die Zeitung aus Gewohnheit macht und die "Zeitung an sich", jenseits der Inhalte, für ein Mittel kommunistischer Politik hält, bietet aber u.E. ebensowenig Chancen für eine Zukunft erneuerter kommunistischer Publizistik, wie die angedeutete Tendenz, auf ein Bündnis mit (im übrigen weitgehend uninteressierten) linkssozialdemokratischen Kreisen setzen zu wollen. Für die Ex-"Mehrheit" war der "Dach-AK" erklärtermaßen genau wie für uns ein Zweckbündnis. Natürlich bezweifeln wir, daß ein redaktionell reduzierter AK den derzeitigen Standard halten kann - das Konzept, eine über linke Themen umfassend informierende Zeitung zu produzieren, wird durch die "Mehrheit" aufs Spiel gesetzt. Wir wissen aber auch, daß, wo Argumente nicht zählen und die fehlende Perspektive verdängt wird, um so eher die Machtpolitik zum Zuge kommen wird. Machtpolitisch hat sich für uns als RedakteurInnen der Gruppe K alles zum Schlechten verändert: 1. Finanziell ist der AK derzeit auch ohne uns gesichert, das hatten beide Teile vor zwölf Monaten noch anders eingeschätzt. 2. Die LeserInnenschaft scheint so treu, daß - so die Spekulation - sie auch einen redaktionell ausgedünnten AK akzeptieren wird, zumal ein Ausscheiden der Gruppe K durch Nichtverlängern des Vertrages nicht mehr den gleichen Wirbel wie bei der KB-Auflösung machen würde. Beides können wir nicht dementieren.

Das Ende des "Dach-AK" scheint also realistisch. Die Gruppe K und ihr Nahestehende stünden erstmals ernsthaft vor der Beantwortung der Fragen, ob sie mehr zusammenhält, als die AK-Arbeit; ob sie bisher alles Mögliche getan haben, einen neuen publizistischen Ansatz der radikalen Linken (der sich wahrlich anders organisieren müßte, als die AK-Redaktion) zu versuchen; ob das derzeit überhaupt möglich ist; ob das Festhalten am AK als ein Relikt der niedergegangenen Linken, aus der wir kommen, dabei nicht sogar hinderlich war. Bislang haben wir die Konsequenzen aus der Beantwortung dieser Fragen gescheut und sind den pragmatischen Weg gegangen. Möglicherweise zwingt uns die machtpolitisch und technokratisch am längeren Hebel sitzende "Mehrheit" diese Konsequenz auf. Nicht alle von uns finden das nur schlecht.

Be, hr, jw, kla., max., NM, ol, sab, ZF (Noch- und ehemalige RedakteurInnen der Gruppe K)

Anmerkungen:

1) Der Vertrag zwischen den beiden Herausgebergruppen ist in AK 333, August 1991, S. 2 abgedruckt. Dokumente zur Auflösung des KB in AK 330, Mai 1991, S. 30 f.

2) Siehe die Stellungnahme der Gruppe K zu ihren Zielen in AK 333, August 1991, S. 39.

3) InteressentInnen können die sieben Seiten Diskussionspapiere der "Mehrheit" in der neuesten Nummer der "Bahamas", des Zirkulars der Gruppe K, nachlesen - Bezug gegen 6 DM in Briefmarken bei: Gruppe K, Karolinenstraße 21, Haus 2, 2000 Hamburg 36

Aktuell: Das Ende des Dach-AK steht fest

Noch während der vorstehende Artikel in Arbeit war, am 24.5., beschloß ein bundesweites Treffen der "Mehrheit" in Hamburg, die Zusammenarbeit am Dach-AK mit der Gruppe K beenden, und die Zeitung in Zukunft alleine herausgeben zu wollen.

Die Gruppe K wird vor diesem neuen Hintergrund auf ihrem zweitägigen Treffen am 20./21.6. in Berlin ausführlich über ihre weitere Arbeit und zukünftige Publizistik zu debattieren haben (zweiter Schwerpunkt am Sonntag, 21.6.: Beginn einer Diskussion um Imperialismusanalyse).

An dem Treffen Interessierte wenden sich an: Büro der Gruppe K, Karolinenstr. 21/ Haus 2, 2000 Hamburg 36, Tel. 040/43 88 46, Montag-Donnerstag, 17.30-19 Uhr.

38. Juskowiak und die Schwedenplatte. Wenn Deutsche zum Fußball nach Schweden fahren

Wenn Deutsche zum Fußball nach Schweden fahren Von Dietrich Schulze-Marmeling

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak343/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:16

Von Dietrich Schulze-Marmeling

Juni 1992: Fußballeuropameisterschaft im IKEA-Land - und die Deutschen sind dabei. Das weckt - je nach Standort - gute und ungute Erinnerungen: an 1958.

Damals war Schweden Austragungsland der Fußballweltmeisterschaft, und im Halbfinale trafen die Gastgeber auf die Deutschen, die sich vier Jahre zuvor, im legendären Endspiel von Bern, von der Schmach der Weltkriegsniederlage befreit hatten und nun wieder in gewohnter Dreistigkeit Ansprüche anmeldeten.

Im ausverkauften Rasunda-Stadion zu Göteborg dominierten die Farben blau und gelb. Angetrieben von einer "fanatisierten" Menge siegten die Elche mit 3:1 und zerstörten damit den deutschen Traum von der Titelverteidigung.

Kein anderes Länderspiel in der Nachkriegsgeschichte des deutschen Fußballs erregte dermaßen das nationale Gemüt wie die Niederlage von Göteborg; vielleicht noch am ehesten das 2:3 - die "Schmach von Cordoba" - exakt zwanzig Jahre später gegen Österreich. Deutsche Restaurants strichen die kulinarische "Schweden-Platte" von ihren Speisekarten, die Tanzkapelle "Lars-Lindström-Sextett" durfte nicht auftreten und deutsche Geschäftsleute kündigten die Beziehungen zu ihren schwedischen Partnern.

Was war geschehen, was war das Besondere an dieser Niederlage? Es war die unverhohlene Genugtuung des Gegners und Siegers, dessen Anhängerschaft das Spiel in eine anti-deutsche Manifestation verwandelte. Indes: Wenn die Deutschen etwas partout nicht mögen, dann ist es, daß man sie nicht leiden mag. Wenn es dann zudem nicht gelingt, den Herausforderer in die Schranken zu weisen und auf diese Weise zum Verstummen zu bringen, ist die Stimmung echt im Arsch.

Noch heute empört sich die deutsche Sportschreibe über die seinerzeitigen "Heja-Heja"-Rufe "aufgepeitschter" schwedischer Massen. Noch heute wird die Niederlage als zutiefst ungerecht rezipiert und werden die schwedischen Akteure übergroßer Härte bezichtigt. Ein Volk, das nahezu ganz Europa mit Krieg überzog und verwüstete, geriert sich angesichts einiger blauer Flecken als Memme. Besser kann sich der Volkscharakter nicht entlarven: eine Mischung aus ungehemmter Brutalität und geradezu grotesker Empfindsamkeit.

Höhepunkt der nationalen Empörung war die rote Karte für Erich Juskowiak. Bezüglich dieses Platzverweises ist noch 32 Jahre später in Karl-Heinz Hubas als Standardwerk gehandelter "Fußball-Weltgeschichte" zu lesen: "Schiedsrichter Zsolt aus Ungarn ließ zu, daß Bergmark Rahn im Strafraum umsäbelte, daß Parling nicht nur nach dem Ball trat. So kam, was kommen mußte (sic!): Juskowiak ließ sich von Hamrin provozieren, trat nach - und wurde des Feldes verwiesen." Helmut Rahn, der Oberheld von Bern 1954, der auch in und gegen die Schweden auf dem Platz war, schildert die Vorgeschichte des Vorfalls völlig anders: "Die Schweden spielten hervorragend. Vor allem Hamrin, ihr glänzender Rechtsaußen, stellte Juskowiak an diesem Tag vor ein unlösbares Problem. Und weil Jus das selbst spürte, wurde er wütend und ließ sich zu seiner berühmt gewordenen Affekthandlung hinreißen. In einem derart wichtigen Spiel hätte so etwas nicht passieren dürfen. Aber auch wenn Jus auf dem Platz geblieben wäre, Hamrin hätte immer einen Weg an ihm vorbei gefunden." Bundestrainer Sepp Herberger äußerte sich ähnlich und anerkannte das bessere Spiel der Schweden. Fazit: Sowohl Niederlage als auch Platzverweis waren berechtigt. Und auch ohne den Platzverweis wären die Deutschen an diesem Tag nicht ins Finale eingezogen. Aber eine komplette Nation verweigerte sich dieser unbequemen Erkenntnis. Statt dessen schwor man Rache und forderte Satisfaktion, die man trotz manch späterer Siege über Schweden nie erlangt hat.

So ist wohl zu befürchten, daß das wiedervereinigte "neue" Deutschland in diesem Sommer auch in Sachen "hooliganism" seinen Führungsanspruch unterstreichen wird.

Das sportliche Ereignis und das Austragungsland bieten hierfür die ideale Kulisse. Das "neue" Deutschland wird kommen, um alte Rechnungen zu begleichen; und im Unterschied zu 1958 wird es dieses Mal nicht das "halbe" Deutschland sein. Bleibt nur zu hoffen, daß dies auch der schwedischen Polizei vollauf bewußt ist.

(aus: Sportkritik Nullnummer 1/92)

"Der instinktsichere ‚kleine Mann` hat aus den fanatischen Heja-Rufen des aufgepeitschten schwedischen Zuschauerplebs den Grundton abgrundtiefer Gehässigkeit herausgehört, wenn nicht den Grundton eines Hasses, der sich nicht nur gegen die deutschen Fußballspieler richtet, sondern gegen die Deutschen schlechthin. Das offizielle Schweden hat hämisch genießend zugelassen, daß rund 40.000 Repräsentanten dieses mittelmäßigen Volkes, das sich nie über nationale oder völkische Durchschnittsleistungen erhoben hat, den Haß über uns auskübelte, der nur aus Minderwertigkeitskomplexen kommt. (...) Es ist der Haß eines Volkes, dem man das Schnapstrinken verbieten muß, weil es sonst zu einem Volk von maßlosen Säufern würde."

(Kommentar der "Saar-Zeitung", Saarlouis, aus dem Jahre 1958)

39. Quelldatei 09.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak343/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:09

Betrifft ak 340,

Beitrag der RH-West-Berlin

Zu Gerry Hanratty

Erst im nachhinein sind wir auf einige fehlerhafte Fakten in unserem Artikel "Auslieferungsurteil gegen irische Republikaner" in Rote Hilfe Info 1-2/92 aufmerksam geworden. Die nun folgenden Korrekturen berühren zwar nicht den politischen Gehalt des besprochenen Auslieferungsurteils. Sie sind aber aus Sicht des nach seiner Auslieferung erneut mit dem britischen Staatsschutzsystem in Nordirland konfrontierten Gerry Hanratty wichtig genug, um von uns an dieser Stelle richtig gestellt zu werden.

Das britische Auslieferungsersuchen an die bundesdeutsche Justiz basiert auf einem Vorfall 1984 in Belfast. Gerry wurde damals nicht, wie es bei uns stand, mit drei weiteren Personen in einem PKW heraus festgenommen, vielmehr wurde Gerry erst eine halbe Stunde später und alleine verhaftet. Bei seiner Festnahme war Gerry unbewaffnet. Es gibt keine Fingerabdrücke, keinen Zeugenbeweis und keine Schmauchspuren, die Gerry Hanratty mit den drei anderen Gefangenen bzw. mit den bei ihnen aufgefundenen Gegenständen in Zusammenhang bringen.

Einziger Sach"beweis" für die britische Anklage "Waffenbesitz in der Absicht terroristische Anschläge zu verüben oder zu ermöglichen" (Höchststrafe: 10 Jahre Knast) sind winzige Fasern von Gerrys Kleidung, die bei der Kleidung einer der drei im PKW verhafteten Personen aufgespürt wurden. Wie diese Stoffasern dorthin kamen? Gerry wurde nach seiner Festnahme in einem Jeep der nordirischen Polizei RUC einfach über die 30 Minuten zuvor verhafteten Drei gelegt. Derartig übereinandergestapelt ist es kaum zu umgehen, daß Fasern der eigenen Kleidung an der unter einem liegenden Person hängenbleiben.

Auf die Haltlosigkeit der britischen Anklage zugrunde liegenden Beweislage im Falle Gerry Hanratty soll hiermit hingewiesen werden.

Rote Hilfe Berlin

40. Quelldatei 28.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak343/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:28

KALENDER

KommunistInnen im sowjetischen Exil

Reinhard Müller, Herausgeber der Dokumentation Die Säuberung. Moskau 1936 - Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung stellt seine Arbeit auf Einladung der Hamburger Geschichtswerkstatt "Willi-Bredel-Gesellschaft" zur Diskussion. Er wird ebenfalls über die neuesten Ergebnisse der Forschung in den Moskauer Archiven der Komintern, der KPdSU und des KGB informieren.

10.6.92, 20 Uhr, in der Bücherhalle Fuhlsbüttel, Ratsmühlendamm 23, Hamburg. (Kontakt: Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e.V., Friedhofsweg 42, 2000 Hamburg 63, Tel. 040-591107)

Ökoimperialismus

Das Ergebnis der Umweltkonferenz in Rio wie des Weltwirtschaftsgipfels in München wird aller Wahrscheinlichkeit nach eine weitere Festigung des Diktats der G7-Staaten über den Rest der Welt sein. Die herrschenden Ansätze zur Vermeidung der ökologischen Katastrophe führen, da sie allein die Interessen der hochindustrialisierten Staaten berücksichtigen, fast zwangsläufig zu einer weiteren Verelendung der Bevölkerung in den Staaten der sog. Dritten Welt. Wie sich die Linke in den "entwickelten" Staaten dazu verhalten kann, soll Thema einer Diskussionsrunde der Ex-KB- Mehrheit sein.

17.6.92, 19.30 Uhr, Haus für Alle, Amandastraße, Hamburg

Politische Gefangene

Mit einer bundesweiten Demonstration in Bonn soll die Regierung aufgefordert werden, "die Weichen für eine politische Lösung für alle politischen Gefangenen zu stellen. Das heißt, die Freilassung aller politischen Gefangenen zu entscheiden und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, daß die Gefangenen in einem überschaubaren Zeitraum rauskommen" (aus dem Aufruf). Der Aufruf ist unterzeichnet von "FreundInnen und GenossInnen der politischen Gefangenen in der BRD" und wird von etlichen Initiativen für die Freilassung der Gefangenen unterstützt.

20.6.91, Bonn. Auftaktkundgebung um 12 Uhr, Ecke Heinrich Böll-/Walter Flex-Straße. (Kontakt: Infoladen Bonn, Wolfstr. 10, Hinterhaus, 5300 Bonn 1.)

Gesundheit und Herrschaft

Der Gesundheitspolitische Kongreß (GPK), ursprünglich als reiner "Studienreform-Kongreß" konzipiert, ist über die Fragestellung: "Auf welches Gesundheitswesen soll das Medizinstudium vorbereiten?" zur gesundheitspolitischen Veranstaltung erweitert worden. Der diesjährige Kongreß steht unter dem Thema "Gesundheit und Herrschaft". Vorgesehen sind Arbeitsgruppen u.a. zu den Themen: Entwicklungen in der Drogenpolitik, Frauen / Gleichstellung, sexueller Mißbrauch, Homosexualität und Gesundheitswesen, Knast und Psychiatrie, Flucht und Folter. - "Wir sehen in dem GPK", schreiben die InitiatorInnen, "zunächst einen Versuch, über das gewählte Thema ‚Gesundheitspolitik als Herrschaftsinstrument' mit möglichst vielen Gruppen eine gemeinsame Diskussion zu führen. Wir erhoffen uns von diesem Kongreß zum einen eine kritische Bestandsaufnahme der letzten Jahre, zum anderen das Aufzeigen oder Entwickeln gemeinsamer Handlungsansätze."

19.6.91, 18 Uhr bis 21.6.91 ca. 14 Uhr, Universität Hamburg, Philturm. (Kontakt: Fachschaft Medizin, Arbeitsgruppe GPK, UKE- Martinistr. 52, 2000 Hamburg 20, Tel. 040 - 4684162.)

Projekt Wartburg 1992

Der Bund demokratischer WissenschaftlerInnen veranstaltet in Zusammenarbeit mit der Geschichtswerkstatt Marburg eine wissenschaftliche Konferenz zur kritischen Auseinandersetzung mit den studentischen Verbindungen und deren Ideologie. "Der aktuelle Anlaß ist der 175. Jahrestag des ersten Wartburgfestes der urburschenschaftlichen Bewegung, aus der später die deutschen Burschenschaften hervorging. Diese plant

eine Neuauflage des Wartburgfestes, welches wahrscheinlich zu einer großangelegten Manifestation großdeutsch-nationalistischer Gesinnung geraten wird, zum Fanal der Wiedereroberung der Hochschullandschaft durch die konservativen bis rechtsextremen Korporationen und zu einer Siegesfeier über die gesamte linke und demokratische Bewegung." (Aus dem Aufruf) - Die Konferenz beginnt mit Vorträgen zum "Wartburgfest als Ausgangspunkt der modernen Korporationsgeschichte. Kontinuitäten und Diskontinuitäten seit 1817", wird mit Arbeitsforen unter der Fragestellung "Ist die Demokratie durch studentische Korporationen gefährdet?" fortgeführt und endet mit Podiumsdiskussionen zur "Zukunft des vereinigten Deutschland" und zu den "Aufgaben einer demokratischen Hochschulentwicklung".

19.6., 20 Uhr bis 21.6., 13 Uhr, Universität Marburg. (Kontakt: Projekt Wartburg '92, c/o Geschichtswerkstatt Marburg e.V., Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 06241-13107.)

Freiburger Video-Forum

"Das Freiburger Video-Forum", teilen die VeranstalterInnen mit, "sieht sich an der Schnittstelle von Video und digital erzeugten Bildern einerseits und Video und Film andererseits und gleichzeitig an der Schnittstelle von technischer Innovation und Autorenhandschrift gepaart mit emanzipatorischen Inhalten." Was auch immer dies heißen mag (genauere Informationen gibt es bei der unten angegebenen Anschrift) - gezeigt werden sollen aktuelle Videos (die von VideomacherInnen, sofern sie aus der BRD, Österreich oder der deutschsprachigen Schweiz stammen, bis zum 30.6. einzureichen sind) und eine der drei Rahmenveranstaltungen wird von Northern Visions, Belfast mit Videos aus Nordirland bestritten.

27.-30.8., Kommunales Kino, Alter Wiehrebahnhof, Urachstr. 40. (Kontakt: Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, 7800 Freiburg, Tel. 0761-709757.)

41. "... dem Militärischen endgültig abschwören"

CD-Datei: daten/aksuche/ak343/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:30

Buchvorstellung

"... dem Militärischen endgültig abschwören"

Als Soldat und Offizier im 2. Weltkrieg tat Arnold Hausmann seine Pflicht, trotzdem erkannte er, "daß es notwendig ist, den Krieg zu verlieren, um die furchtbare Seuche des Nationalismus loszuwerden". "Gott mit uns" stand auf dem Koppelschloß der Wehrmachtsuniform, aber Haumann will "dafür eintreten, daß wir eine Demokratie mit sozialer Grundstruktur bekommen und vor allem dem Militärischen endgültig abschwören" - deshalb studiert er Theologie.

So widersprüchlich, unorthodox und manchmal ein wenig verschroben wie diese beiden Episoden wirkt sein ganzes Buch. Neben sehr viel Persönlichem über sein "theologisch-philosophisches Denken" bis zum ersten Stelldichein mit seiner späteren Ehefrau finden sich echte "Perlen" politischer Entwicklung der frühen BRD: Haumann war 1948 einer der ersten deutschen Studenten in den USA und kam von dort mit einer starken Abneigung gegen Rassismus und Antikommunismus der US-Gesellschaft zurück - seine Berichte wurden in der BRD nicht geglaubt. Hier engagiert er sich in der Jugendbewegung, nimmt 1950 verbotenerweise am Pfingsttreffen der FDJ in Ostberlin teil - und macht sich dort als Kritiker unbeliebt. 1952 ist er Anmelder der ersten großen Demonstration gegen die Wiederbewaffnung, über deren Anliegen er vorher sogar mit dem Verfassungsschutz diskutiert hat - trotzdem wird dabei der FDJler Philipp Müller erschossen. Früh kommt er zu Heinemanns "Gesamtdeutscher Volkspartei" (GVP), wo er als "Linker" gilt - gleichzeitig lehnen Teile der KPD(-Bündnispartner) Kontakte zu ihm als "Antikommunisten" ab. 1955-57 ist er Generalsekretär der GVP und weiß einige interessante Details über deren de-facto-Überführung in die SPD zu erzählen - die er ablehnt und zum Anlaß nimmt, aus der Parteipolitik auszusteigen.

Das Buch ist oft schwer zu lesen, nicht weil es in einer komplizierten Sprache geschrieben ist oder allzu schwierige Probleme behandelt, sondern weil sein Autor "ganz gewiß ein Mann von großer Eigenwilligkeit und es (...) deshalb nicht immer leicht (ist), mit ihm klarzukommen", wie Gustav Heinemann 1955 an einen gemeinsamen Bekannten schreibt. Aber in der Friedensbewegung gab es immer ein Defizit an Wissen um die Erfahrungen der "Alten". Wer ein Interesse daran hat und sie als Teil unserer Geschichte begreift, wird "Gott mit uns" mit Vergnügen lesen.

Werner Rätz

Arnold Hausmann, Gott mit uns. Bonn (Pahl-Rugenstein-Nachf.) 1992. 270 Seiten, 28,- DM

42. Quelldatei 39.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak343/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:39

Schwarze Kultur

"Weil die Völker Europas diejenigen Amerikas ausgerottet haben, müssen sie die Afrikaner versklaven (...) Der Zucker wäre auch viel zu teuer, wenn man den Zuckerrohranbau nicht von Sklaven durchführen ließe." (Montesquieu, 1748) - Die Verschleppung von Millionen von AfrikanerInnen in die Sklaverei ist in den bisherigen aktuellen Publikationen zur "Entdeckung" Amerikas und deren Folgen bisher weniger beachtet worden. Die Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika ila hat ihre neueste Ausgabe unter das Thema "Schwarze Kultur - Schwarzer Widerstand" gestellt. Neben einer Einführung in die Geschichte von Sklavenhandel und Plantagensklaverei in der Neuen Welt und Artikeln zu den einzelnen Regionen Lateinamerikas, in die Schwarze verschleppt wurden, stehen Diskussionsbeiträge u.a. zu "Rassismus in der Linken und in der Frauenbewegung".

ila, H. 155 (Mai 1992). 72 S., 6 DM

Zentralasien

Das Ende der UdSSR hat nicht nur auf die älteren Gebiete des früheren Zarenreichs eine destabilisierende Wirkung, sondern auch in den asiatischen und kaukasischen Republiken. In der Dritten Welt werden einige zentrale Aspekte dieses Prozesses erörtert: das Wirtschaftspotential der mittelasiatischen Republiken; die Rolle des Islam in dieser Region; die Einflußnahme der Türkei; das Interesse Chinas an den Geschehnissen in den angrenzenden ehemaligen Sowjetrepubliken; die Entwicklungen in Afghanistan.

Dritte Welt, H. 5 (Mai 1992). 40 S., 6.50 DM

Menschenrechte

Seit 1991 bindet das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit die Entwicklungszusammenarbeit mit anderen Staaten an eine Reihe von Kriterien. Eines davon ist die Einhaltung bestimmter Menschenrechte, während bisher fast ausschließlich die ökonomischen Bedingungen in den Empfängerländern geprüft wurden. Volkmar Deile, Generalsekretär von amnesty international, erörtert diese Neuorientierung in einem Beitrag zum Verhältnis von Entwicklungspolitik und Menschenrechten. Die Mai- Ausgabe des ai-info enthält außerdem einen Bericht über politische Haft, Mißhandlung und Folter in Malawi und über die Verfolgung von Gewerkschaftern in Peru.

ai-info. H. 5 (Mai 1992). 36 S.

Bezug über: amnesty international,

Post. 170229, 5300 Bonn 1

Rote Hilfe

Die Zeitung der Roten Hilfe berichtet über die politischen Prozesse der letzten Monate (Kielhorn und Bögelein, Mielke, Kurden, Iren) und den repressiven Alltag. Beigegeben ist der aktuellen Ausgabe der Rechenschaftsbericht des Bundesvorstands der Roten Hilfe.

Die Rote Hilfe. H. 2/92 (2. Quartal 92). 28 S., 2 DM

AusländerInnen-Gesetz

Die Kriminalisierung von politisch aktiven AusländerInnen in der BRD wird - auch von der linken - Öffentlichkeit nur in Ausnahmefällen wahrgenommen. Tatsächlich aber ist die Unterdrückung politischer Arbeit von AusländerInnen faktisch ein Teil ihres Alltags. Die Rote Hilfe Berlin hat eine Broschüre zu dem am 1.1.91 in Kraft getretenen neuen AusländerInnen- Gesetz herausgegeben. Erörtert wird das Zusammenwirken von aufenthaltsrechtlichen und Ausweisungsbestimmungen, die darauf abzielen, AusländerInnen von vornherein von politischer Arbeit abzuhalten; das ausdrückliche Verbot politischer Betätigung; die Übermittlungspflicht von Behörden an das Ausländeramt, um möglichst frühzeitig Informationen über politische Aktivitäten von

AusländerInnen zu erhalten; Umfang und Bedeutung des Ausländerzentralregisters für ein zukünftiges Staatsschutzkonzept für Westeuropa. Die Broschüre wird beschlossen mit einer Einschätzung der Funktion von AusländerInnen-Gesetzen und der Kriminalisierung politisch aktiver AusländerInnen im Kapitalismus.

"Wer die Interessen der Bundesrepublik gefährdet ..." - Das AusländerInnen-Gesetz: Ausbeutung, Einschüchterung und Spaltung. Hg.: Rote Hilfe Berlin. 36 S., 3 DM. (Bezug: Rote Hilfe Literaturvertrieb, Postf. 6444, 2300 Kiel 14)

Jüdischer Friedhof Ottensen

Über die Auseinandersetzung um den Jüdischen Friedhof in Hamburg-Ottensen ist, nicht allein in Hamburg, vergleichsweise ausführlich in den Medien berichtet worden. Tenor der meisten Meldungen war die Sorge um das "Ansehen Deutschlands", und mehr oder weniger explizit wurden die "guten Juden", die zum Einlenken bereite Hamburger Jüdische Gemeinde, gegen die "bösen Juden", die "Auswärtigen", die - wie es schon vor dem Nationalsozialismus hieß - "Kaftanjuden" ausgespielt. In der Broschüre Für den Erhalt des jüdischen Friedhofs in Ottensen hat der Herausgeber, die Gruppe K, die im AK 342 erschienenen Artikel zum Jüdischen Friedhof nachgedruckt. Desweiteren enthält die Broschüre eine 20seitige Dokumentation zur Auseinandersetzung, darunter Anfragen an den Hamburger Senat, Schreiben des Hamburger Bürgermeisters und des Sprechers der Senatskanzlei, Gutachten der Deutschen Rabbinerkonferenz, Flugblätter der die Aktionen tragenden "Athra Kadischa" und Pressemeldungen. Ein Mangel der Publikation ist allerdings, daß die Position des Zentralrats der Juden in Deutschland und der Jüdischen Gemeinde Hamburg innerhalb der Dokumentation ebensowenig wiedergegeben wird wie das Gutachten des Landesrabbiners von Hamburg und Schleswig-Holstein, Nathan Peter Levinson, der zu der Folgerung gelangt, daß "die Umbettung religiöses Gebot" sei, wenn der Rückkauf des Geländes nicht möglich ist. Wenngleich diese Position das Verlangen von "Athra Kadischa" nach dem Erhalt des Friedhofs am jetzigen Ort nicht widerlegt, so ist sie doch - beteiligt man sich schon an der religiösen Debatte - ein nicht zu ignorierender Bestandteil der Auseinandersetzung.

Für den Erhalt des jüdischen Friedhofs in Ottensen. Hg.: Gruppe K. 40 S., 5 DM. (Bezug: Büro K, Karolinenstr. 21/Haus 2, 2000 Hamburg 36)

Antisemitismus

Das Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin hat den ersten Band seines Jahrbuchs für Antisemitismusforschung vorgelegt. "Motive und Erscheinungsformen des Antisemitismus in Deutschland nach 1945," schreibt der Leiter des Zentrums, Wolfgang Benz, im Vorwort, "sind von ganz anderer Beschaffenheit als in der Zeit ‚vor Auschwitz'; er ist auch ein Reflex, eine psychologisch erklärbare Abwehr gegen das Wissen vom Holocaust. Der gegenwärtige Antisemitismus existiert nicht trotz, sondern wegen Auschwitz und korrespondiert aufs engste mit dem Philosemitismus, der als konstitutives Element der politischen Kultur Westdeutschlands etabliert wurde." Daneben existiere der traditionelle Antisemitismus, der insbesondere in Ost- und Südosteuropa eine Auferstehung erlebe. - Das Jahrbuch wendet sich sowohl an die sozialwissenschaftlichen und historischen Wissenschaftler wie an eine interessierte Öffentlichkeit. Zudem versteht sich das Jahrbuch als "fächerübergreifendes Unternehmen", da nur mit der Zusammenfassung der Disziplinen, die zum Antisemitismus forschen, ein klares Bild der Tradition und Struktur antijüdischen Denkens und Handelns gewonnen werden könne. - Der vorliegende Band enthält die Hauptteile Antisemitismus; Minoritätenkonflikte; Nationalsozialismus, Verfolgung, Holocaust; Emigration und Exil; Theorien und Methoden; Besprechungsessays; Dokumente mit meist mehreren Einzelbeiträgen. Wie aus diesen Hauptteilen ersichtlich ist, beschränkt sich das Jahrbuch nicht auf Arbeiten zum Antisemitismus im engeren Sinne, sondern publiziert auch allgemeiner zu Fragen des Rassismus ("Zigeuner", Ausländerfeindlichkeit in Ostdeutschland) und der Rechtsprechung (Asylrecht).

Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Bd. 1. Hg. von Wolfgang Benz. Frankfurt/M. (Campus Verlag) 1992. 348 S.,

38 DM

Gregor Gysi

Der "Traum von einer sozial gerechten Gesellschaft", äußerte Gregor Gysi in einer Diskussion in der Berliner Akademie der Künste im Januar 1992, könne "einfach nicht abgeschafft werden". Von dieser Hoffnung

getragen sind die meisten der Gespräche, Briefe und Reden Gregor Gysis, die unter dem Titel Einspruch nun in einem handlichen Band vorliegen. Neben Gysis Verteidigungsschrift für Rudolf Bahro aus dem Jahre 1978 enthält die Publikation Gespräche mit u.a. Christian Ströbele und Günter Gaus, Reden vor der Volkskammer und dem Bundestag, seine Aussagen vor der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Parteivermögens und seine Erkenntnisse nach Akteneinsicht bei der Gauck-Behörde.

Gregor Gysi: Einspruch. Gespräche, Briefe, Reden. Hg. v. Hanno Harnisch und Hannelore Heider. Berlin (Alexander Verlag) 1992. 390 S., 19.80 DM

43. Sieger unter sich

Afghanistan

CD-Datei: daten/aksuche/ak343/afghan.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:afghan

Der Krieg in Afghanistan stand lange Jahre als Sinnbild für die Großmachtpolitik der ehemaligen UdSSR. Diese selbst rechtfertigte ihren militärischen Einsatz mit dem Hinweis, die imperialistischen Staaten wollten sich an der Südgrenze der SU festsetzen. Nach dem Zerfall der SU war es nur eine Frage der Zeit, wann das Regime in Kabul abdanken mußte, auch wenn es noch überraschend lange durchgehalten hat. Seine Widersacher, die islamistischen Mudschahedin, wurden im Westen zu Freiheitskämpfern hochgelogen. Heute ziehen sie als Sieger in die Städte ein, aber von Freiheit ist nicht mehr die Rede. Der Krieg geht weiter, jetzt um die Frage, welche der rivalisierenden Gruppen die Oberhand gewinnt. Eine aktuelle Analyse auf Seite 26

44. Sozialismus im Museum

CD-Datei: daten/aksuche/ak343/avant.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:avant

Welchen Wert kann - 1992 in einem Frankfurter Museum - eine Ausstellung über die russische Avantgardekunst seit 1915 haben? In der Russischen Avantgarde sind alle mit der Oktoberrevolution verbundenen Hoffnungen und Probleme komprimiert wiederzufinden. Die Musealisierung der sozialistischen Utopien könnte ihnen eine Chance zum Überleben bieten. Anhänger der Totalitarismustheorie betonen dagegen die Kontinuität von Avantgarde und Stalinismus.

Nach dem Ende des Realsozialismus soll auch die ihm zugrunde liegende Utopie begraben werden. Wie das Museum, ein Depot "tiefgefrorener Geschichte", zum Austragungsort ideologischer Kontroversen wird, beschreiben Michael Barg und Verena Krieger. Seite 32

45. Kroatische Aggression und deutsches Interesse

CD-Datei: daten/aksuche/ak343/bosnien.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:bosnien

Die deutsche Presse zeichnet zum Krieg in Bosnien ein einfaches Bild: Serbien ist Aggressor, Kroatien eilt den Muslimen zu Hilfe. Unser Autor kommt dagegen zu dem Schluß, die kroatische Regierung verfolge in Bosnien eine - auch militärisch - aggressive Politik. Ziel des Vormarsches ist der Anschluß von Teilen Bosniens an Kroatien - das Hauptquartier der Ustascha wurde mittlerweile auf bosnisches Gebiet verlagert. Kroatiens Regierungschef Tudjman lehnt ein einheitliches, multinationales Bosnien ab, hat ihm öffentlich Anerkennung verweigert, und mit Serbiens Regierungschef Milosevic Verhandlungen zur Aufteilung der Republik geführt. Mit der entscheidenden Unterstützung Deutschlands wurden in Bosnien Ansätze einer Politik des multinationalen Zusammenlebens zerschlagen, die sich dort u.a. auf eine starke Friedensbewegung stützen konnten. Der Autor kommt zudem Schluß, das deutsche Interesse an einer "Kantonalisierung" Bosniens trage zur kriegerischen Eskalation entscheidend bei. Seite 16

46. Ende des Dach-AK

CD-Datei: daten/aksuche/ak343/dach.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:dach

Mit der nächsten Ausgabe Nr. 344 endet der Vertrag der KB-Nachfolgegruppen, den AK für zunächst ein Jahr gemeinsam herauszugeben. Am 24.5. beschloß die "Ex-Mehrheit" auf ihrer Versammlung, die gemeinsame Herausgeberschaft mit der Gruppe K zu beenden und den ak alleine herauszugeben. Das Ende des "Dach-AK" steht damit bereits fest. Knapp ein Jahr Dach-AK nehmen die RedakteurInnen der Gruppe K zum Anlaß eines selbstkritischen Resümees. Viele Ziele, wie das Projekt einer intensiven linksradikalen Zusammenarbeit oder einer forcierten Theoriediskussion, wurden, so das Fazit, nicht erreicht; gelungen dagegen ist kontinuierliche Redaktionsarbeit an einigen wesentlichen Themen deutscher Realität. Die Gruppe K-Redaktion schlägt aus pragmatischen Erwägungen eine Fortsetzung des Dach-AK vor.

Seite 2 und 39

47. Euskadi - Ein Hindernis auf dem Weg der EG-Angleichung

CD-Datei: daten/aksuche/ak343/euskadi.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:euskadi

Das Jahr 1992 ist für Spanien von besonderer Bedeutung. Bis zum Ende dieses Jahres muß die Regierung den Anforderungen der EG entsprochen haben, d.h. daß der nach-franquistische Modernisierungsprozeß - die wirtschaftliche Umstrukturierung und die Installierung einer Demokratie westlichen Musters - in weiten Teilen abgeschlossen sein muß. Inwiefern das Jahr 1992 auch für den Konflikt zwischen dem spanischen Staat und der ETA eine zentrale Rolle spielt, ist zu hinterfragen. 1992 werde es, wurde Mitte der 80er Jahre von baskischer Seite geäußert, mit großer Wahrscheinlichkeit zu Verhandlungen kommen, weil der spanische Staat nicht mit einer aktiven und in der Bevölkerung verankerten revolutionären Organisation in ein offenes Europa eintreten könne. Tatsächlich ist eine politische Lösung jedoch bisher nicht in Sicht. Denn das seit Jahren anhaltende Gleichgewicht, das es weder der baskischen Linken ermöglicht, den Staat zu einer Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts zu zwingen, noch die spanische Regierung ihrem Ziel näherbringt, die baskische Linke in die gesellschaftliche Irrelevanz zu drängen, kennzeichnet die Lage auch im Jahr 1992. Die ETA hat zwar durch Mordanschläge und die Auslieferung von politischen Asylanten aus Frankreich an den spanischen Staat viele ihrer führenden Persönlichkeiten verloren, aber die Dynamik der sozialen Bewegungen und die Politisierung der Jugendlichen führen dazu, daß immer wieder neue Leute bereit sind, den Kampf um die Selbstbestimmung des baskischen Volkes auch in der Illegalität zu führen. Seite 18

48. Freilassung sofort!

CD-Datei: daten/aksuche/ak343/freiheit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:freiheit

Freilassung aller politischen Gefangenen! Diese Forderung ist so alt, wie es politische Gefangene gibt. Die Gefangenen aus RAF und Widerstand sitzen seit mittlerweile bis zu 20 Jahren in bundesdeutschen Knästen, größtenteils immer noch voneinander getrennt. Einige sind haftunfähig, andere haben zwei Drittel ihrer Zeit abgesessen, manche der Lebenslänglichen 15 Jahre oder mehr. Frei sind sie aber immer noch nicht. Nach Claudia Wannersdorfer ist Günter Sonnenberg am 13.5. als zweite der haftunfähigen Gefangenen entlassen worden. Noch immer aber ist nicht klar, welche Kritereien bei anderen, die jetzt auch nach den bundesdeutschen Gesetzen freikommen könnten, angewendet werden: Ali Jansens Enlassung wurde am 21.4. abgelehnt. Damit ist unübersehbar, daß das alleinige Starren auf die sogenannte "Kinkel-Initiative" sicherlich nicht ausreichen wird, die Entlasssung der Gefangenen beziehungsweise ihre Zusammenlegung zu erreichen.

Einige von ihnen konnten jetzt zum ersten Mal Interviews geben: Irmgard Möller, Hanna Krabbe, Christine Kuby und Brigitte Rollnick in Lübeck, Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo und Knut Folkerts in Celle. Zum ersten Mal konnte mensch lebendige - und gleichzeitig von den Haftbedingungen gezeichnete - Gesichter sehen und nachlesen, wie groß das Interesse der Gefangenen an einer Diskussion ist. Im Mittelpunkt des Austausches, auch das unübersehbares Interesse der Gefangenen, steht die Frage nach einer Neukonstituierung revolutionärer Politik. Auch in der RAF-Erklärung vom 10. April wurde eine solche Diskussion eingefordert und in Ansätzen begonnen; Stellungnahmen von Gefangenen dazu. Seite 11

Weiterhin dokumentieren wir das Fernsehinterview, das die vier gefangenen Frauen in Lübeck gegeben haben. Seite 14

49. Deutschland tobt

Denkmal für Harris:

CD-Datei: daten/aksuche/ak343/harris.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:harris

Am 31. 5. wird in London ein Denkmal enthüllt: Geehrt wird der britische Chef der Bomber-Kommandos im 2. Weltkrieg, Sir Arthur Harris. Der Festakt wird von deutscher Seite heftig befehdet: Genscher intervenierte, parteiübergreifend äußern diverse Bürgermeister ihr Entsetzen, eine Pressekampagne deutet sich an. Grund: "Bomber-Harris" befehligte nicht nur Einsätze gegen militärisch-industrielle Ziele, sondern auch auf Wohngebiete, um die NS-Massenunterstützung zu brechen. Anlaß in Deutschland, diese britischen Einsätze und NS-Aktivitäten gleichzusetzen, und sich so zum doppelten Opfer zu stilisieren: Erst von Hitler vergewaltigt, dann von den Alliierten zerbombt. Unser Autor analysiert die neue "Westfront in der Geschichtsrevision" auf Seite 8

50. Feindbild Islam

CD-Datei: daten/aksuche/ak343/islam.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:islam

Mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten und der Auflösung des bis dahin für die westliche Welt wichtigsten Feindbildes "der Kommunismus", das gleichermaßen der Abwehr einer "kommunistischen Gefahr" galt wie der Selbstbestätigung als "der freien Welt", tritt an dessen Stelle ein Feindbild, das in der abendländischen Tradition tief verwurzelt ist: der Araber, der Orient - zusammengefaßt im (fundamentalistischen) Islam. Der sog. Nord-Süd- Konflikt konkretisiert sich in den Massen, die, den westlichen Besitzstand bedrohend, unter dem Grünen Banner des Islam und im Zeichen des Heiligen Krieges den Sturm auf das Abendland vorbereiten. - Im ersten Teil der ak-Serie zum Islam werden die Geschichte der arabisch-islamischen Welt und der Islam dargestellt; in den folgenden ak-Ausgaben wird das aktuelle "Feindbild Islam", insbesondere die westliche Auffassung von "Fundamentalismus" und "Dschihad", kritisch erörtert, und es werden eine Anzahl neuerer Schriften zum Islam vorgestellt. Seite 35

51. Paul Merker und die Juden

CD-Datei: daten/aksuche/ak343/merker.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:merker

Paul Merker, Mitglied des Politbüros der SED, wurde im Dezember 1952 verhaftet und 1955 in einem Geheimprozeß zu acht Jahren Haft verurteilt. Nach dem 20. Parteitag der KPdSU, auf dem stalinistische "Verletzungen der Gesetzlichkeit" kritisiert wurden, kam Merker 1956 frei. Bis zum Ende der DDR gab es jedoch keine politische und wissenschaftliche Aufarbeitung der "Merker-Affäre". Der Vorgang durfte nicht einmal öffentlich erwähnt werden.

Paul Merker waren Äußerungen zum Verhängnis geworden, die er in den Jahren 1942-1945 im mexikanischen Exil publiziert hatte. Damals war Merker der Kopf der dortigen KPD-Gruppe, die zu Themen wie "Deutschland und die Juden", Zionismus und Judenstaat eigene Positionen entwickelte hatte.

Die Verurteilung der "Merker-Gruppe" stand in Zusammenhang mit antijüdischen Maßnahmen wie der Zerschlagung des Jüdischen Antifaschistischen Komitees in der Sowjetunion und dem Slansky-Prozeß in Prag. Seite 27

52. Nicht die schwarze, sondern die weiße Gewalt ist das Problem!

Eine Bilanz der Riots in den USA

CD-Datei: daten/aksuche/ak343/usa.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:usa

Für die in die Ghettos Ausgesperrten haben die Riots keinerlei positives Ergebnis gebracht. Tausende sind inhaftiert und warten auf ihren Prozeß. Die massive Eruption in South Central hatte zwar im ganzen Land eigenständige Aktionen ausgelöst, die aber nirgends in politische Bewegungen mündeten, wie es noch in den 60er Jahren der Fall war. Der Protest gegen das King-Urteil blieb in der Empörung stecken: Die Marginalisierten in den Ghettos hatten andere Probleme als etwa schwarze Studenten und Mittelschichtler aus den besseren schwarzen Vierteln. Auffallend war auch, daß es keine nennenswerte Bewegung weißer Unterstützer mehr gibt. In den 60er und 70er Jahren sympathisierten hunderttausende weiße Liberale mit der schwarzen Bürgerrechtsbewegung. Heute zeigen sich die Reste der weißen Friedensbewegung, der Öko-Bewegung und der Frauenbewegung völlig desinteressiert an der Situation in den Ghettos.

Günther Jacob zieht eine vorläufige Bilanz der Riots auf Seite 24

53. Schreckliche Heiterkeit

CD-Datei: daten/aksuche/ak343/weiss.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:343:weiss

In Peter Weiss' Roman "Die Ästhetik des Widerstands" wirkt der Komintern-Geheimdienstaktivist "Stahlmann" auf den ersten Blick wie ein faszinierender, humorvoller Held. Eine genauere Analyse der Figur in diesem AK entdeckt in seiner Heiterkeit jedoch schreckliche Züge: Sie dient der Errichtung einer Scheinwelt, in der die Liquidation der GenossInnen zur Normalität gerät. In "Stahlmann", so die These, ist die "Stalinismus"-Problematik in literarischer Weise diskutiert. Seite 35